

Reutlinger Geschichtsblätter  
Jahrgang 2020 · Neue Folge Nr. 59



# Reutlinger Geschichtsblätter



Jahrgang 2020 · Neue Folge Nr. 59

Stadtarchiv Reutlingen  
Reutlinger Geschichtsverein e.V.

Herausgeber:  
Stadtarchiv Reutlingen  
Reutlinger Geschichtsverein e.V.

Schriftleitung und redaktionelle Bearbeitung:  
Dr. Roland Deigendesch (Stadtarchiv)

Redaktionsbeirat:  
Irmtraud Betz-Wischnath, Dr. Wilhelm Borth, Dr. Heinz Alfred Gemeinhardt,  
Werner Krauß, Dr. Werner Ströbele, Prof. Roland Wolf

Für Inhalt und Form der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.  
Zuschriften, Manuskripte und Besprechungen werden erbeten an:  
Stadtarchiv Reutlingen (zugleich Geschäftsstelle des Geschichtsvereins),  
Marktplatz 22, 72764 Reutlingen, Telefon: 0 71 21 / 3 03 23 86,  
Fax: 0 71 21 / 3 03 27 58, E-Mail: stadtarchiv@reutlingen.de

Die Reutlinger Geschichtsblätter erscheinen jährlich. Sie können über den  
Buchhandel und beim Reutlinger Stadtarchiv bezogen werden. Mitglieder  
des Reutlinger Geschichtsvereins erhalten den jeweiligen Band gegen Entrichtung  
des Jahresbeitrags.

Satz: typoscript GmbH, Walddorfhäslach  
Druck: Oertel+Spörer Druck und Medien-GmbH + Co. KG, Riederich  
Einband: Josef Spinner Großbuchbinderei GmbH, Ottersweier

Drucktechnische Beratung und Umschlaggestaltung:  
Hermann Pfeiffer, Reutlingen

Dieses Buch ist auf säure- und holzfreiem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt  
und entspricht den Frankfurter Forderungen zur Verwendung alterungsbeständi-  
gen Papiers für die Buchherstellung.

Grundschrift: Garamond, Papier: FocusArt Cream (90 g/m<sup>2</sup>)  
Einbandstoff: EfaIn/Feinleinen

Auflage: 900 Exemplare

Dem Regierungspräsidium Tübingen wird für einen Druckkostenzuschuss gedankt.

© 2021 Stadtarchiv Reutlingen, Reutlinger Geschichtsverein e. V.  
Printed in Germany  
ISSN 0486-5901

Abbildung auf Umschlag:  
Fundstücke des Mittelalters und der Frühen Neuzeit aus der Katharinenhofgrabung, 2018–  
2019. Bildvorlage: Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart, Foto:  
Sybil Harding.

## Inhalt

|                                                                                                                                                              |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Vorwort                                                                                                                                                      | 9   |
| <i>Sybil Harding</i><br>Die archäologischen Ausgrabungen auf dem Katharinenhof-Areal –<br>Einblicke in die Reutlinger Siedlungsgenese                        | 11  |
| <i>Sigrid Hirbodian</i><br>Zum Reutlinger Urkundenbuch. Wert und Erkenntnismöglichkeiten<br>für die Forschung                                                | 45  |
| <i>Wilfried Schöntag</i><br>Die Marchtaler Fälschungen und die frühe Stadtgeschichte von<br>Reutlingen. Bekannte Quellen in neuem Licht                      | 51  |
| <i>Uwe Grupp</i><br>Krieger, Diener und andere. Zu Status und Funktion der<br>Ministerialen im Reutlinger Raum                                               | 69  |
| <i>Bernhard Kreutz</i><br>Reutlingen und Esslingen. Zwischenstädtische Beziehungen<br>im 14. Jahrhundert im Spiegel der Urkunden                             | 91  |
| <i>Maria Magdalena Rückert und Ulrich Müller</i><br>Die Anfänge der Hollensammlung im Spiegel neuer Urkunden<br>im Stadtarchiv Reutlingen                    | 109 |
| <i>Irmtraud Betz-Wischnath</i><br>„Hinter Pferdestall und Kellerhals“ – Die Hauskapelle des<br>Zwiefalter Hofes in Reutlingen                                | 125 |
| <i>Thomas Schnabel</i><br>Ende und Wende. Das Jahr 1945 in Südwestdeutschland                                                                                | 143 |
| <i>Lukas Weyell</i><br>„Die Deutschen verteidigen Reutlingen mit Verbissenheit“ –<br>Die Eroberung Reutlingens durch die französische Armee im<br>April 1945 | 165 |

*Boris Niclas-Tölle*

Durch die Hölle und zurück. Der Reutlinger Kommunist

Fritz Wandel

189

*Marisse Hartmut*

„Arbeit im Dienst der Textilindustrie der ganzen Welt“.

Modernisierung und Rationalisierung beim Unternehmen

Emil Adolff 1918 bis 1939

231

Buchbesprechungen (siehe Übersicht auf S. 7)

257

Autoren und Rezensenten

295

Abkürzungen

297

Abbildungsnachweise

299

## Buchbesprechungen

- Mittendrin. Tatort Schule – Der Blick hinter die Kulissen. Friedrich-List-Gymnasium, hrsg. von Cornelia Rottke-Fleisch u. a., 2020 (W. Borth)
- Grieshaber Malgré tout. Der politische HAP Grieshaber, hrsg. von Kurt Femppel, 2019 (B. Krämer)
- Glasfenster. Dokumentation zu den Glasfenstern des Reutlinger Künstlers Winand Victor mit Entwurfszeichnungen und Werkverzeichnis, hrsg. von Winni Victor, Reinhold Maas, 2019 (R. Tabbert)
- Christa Birkenmaier (Hrsg.): Rudolf Yelin d. J. 1902–1991, 2019 (T. Becker)
- Nation im Siegesrausch. Württemberg und die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71, hrsg. von Wolfgang Mährle, 2020 (R. Deigendesch)
- Wolfgang Mährle (Hrsg.): Württemberg und die Deutsche Frage 1866–1870. Politik – Diskurs – Historiografie (Geschichte Württembergs. Impulse der Forschung, Bd. 5), 2019 (R. Deigendesch)
- Von der Monarchie zur Republik. Beiträge zur Demokratiegeschichte des deutschen Südwestens 1918–1923, hrsg. von Sabine Holtz, Gerald Maier (VKGL B, Bd. 224). 2019 (L. Kuhn)
- Sebastian Elsbach: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik (Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 10), 2019 (M. Adler)
- Von Hölderlin bis Jünger. Zur politischen Topographie der Literatur im deutschen Südwesten, hrsg. von Thomas Schmidt und Kristina Mateescu (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 51), 2020 (R. Overbeck)
- Der „Schwäbische Dichterkreis“ von 1938 und seine Entnazifizierung, hrsg. von Stephan Molitor, 2019 (S. Knödler)
- Wolfgang Proske (Hrsg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer. Bd. 9: NS-Belastete aus dem Süden des heutigen Baden-Württemberg, 2018 (W. Alber)
- Andreas Heusel, Peter Maier: Der Einsiedel im Schönbuch. Stiftskirche, Schloss, Hofgut, 2018 (H. A. Gemeinhardt)
- Casimir Bumiller: Zwischen Alb und Alpen. Die Grafen von Gammertingen in der politischen Welt des Hochmittelalters, 2019 (U. Grupp)
- Verena Christ: Täter von Grafeneck. Vier Ärzte als Angeklagte im Tübinger „Euthanasie“-Prozess 1949 (Contubernium, Bd. 88), 2020 (W. Alber)
- Friedemann Scheck: Interesse und Konflikte. Eine Untersuchung zur politischen Praxis im frühneuzeitlichen Württemberg am Beispiel von Herzog Friedrichs Weberwerk (1598–1608) (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 81), 2020 (R. Deigendesch)





## Vorwort

Der 59. Band der Reutlinger Geschichtsblätter erscheint in Zeiten einer globalen Pandemie und der Blick auf die Beiträge ruft manche Begegnungsmöglichkeit wach, die wir heute schmerzlich vermissen. Der erste Teil des Jahresbandes 2020 enthält Aufsätze zur Mittelalter-, besonders zur Urkundenforschung, die großenteils auf die Vorstellung des Reutlinger Urkundenbuchs am 6. Dezember 2019 zurückgehen. Dieses Symposium fand in Zusammenarbeit mit dem Tübinger Institut für geschichtliche Landeskunde statt. Dessen Direktorin Sigrid Hirbodian steuert nun eine Einführung zum Wert von Urkundenbüchern für die Forschung bei. Aus seiner umfassenden Studie zu den Urkundenfälschungen der Prämonstratenser von Marchtal stellt Wilfried Schöntag die Reutlingen betreffenden Aspekte heraus, etwa die am hiesigen Klosterhof hängenden Rechte Marchtals. Neben dem Marchtaler kommt aber auch der Zwiefalter Hof zur Sprache. In Fortführung ihres in den Geschichtsblättern 2017 erschienenen Aufsatzes gelingt es Irmtraud Betz-Wischnath, Geschichte, Ausstattung und Lage der mittelalterlichen Kapelle dieser einst reichen Institution zu klären. Zwei neu entdeckte Urkunden zur spätmittelalterlichen „Hollensammlung“ stellen Maria Magdalena Rückert und Ulrich Müller vor und schließlich zeigt Bernhard Kreuz exemplarisch anhand der Beziehungen Reutlingens und Esslingens Auswertungsmöglichkeiten des Urkundenbuchs auf. Für das Symposium vorgesehen, aber damals leider entfallen, erscheint nun die Arbeit von Uwe Grupp, der auf Basis der jüngsten Forschung die seit Langem bekannten Eintragungen der Zwiefalter Chronik zum Niederadel in der Region neu bewertet. Diesen Beiträgen geht ein umfangreicher Grabungsbericht der Tübinger Archäologin Sybil Harding voran, mit dem die Erkenntnisse aus der mehr als einjährigen Kernstadtgrabung auf dem Gelände des „Katharinenhofs“ vorgestellt werden.

Der zweite Teil widmet sich dem Jahrestag des Kriegsendes 1945 vor 75 Jahren. Die 2020 geplante Ausstellung des Heimatmuseums musste um ein Jahr verschoben werden, vorgesehene Veranstaltungen konnten zum Teil gar nicht, zum Teil nur in eingeschränkter Form stattfinden. Umso erfreulicher, dass der langjährige Leiter des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg, Thomas Schnabel, hier nun einen kundigen Überblick zu diesen heute so fern scheinenden Tagen und Wochen im Frühjahr und Sommer auf dem Gebiet des heutigen Südweststaats gibt. Heimatmuseum und Stadtarchiv haben sich 1995 in mehre-

ren Ausstellungen und Publikationen dem Thema im lokalen Rahmen gewidmet, die Erträge sind auch heute noch eine unerlässliche Grundlage für die Beschäftigung mit dieser Zeit. Der Journalist und Historiker Lukas Weyell aus Berlin sowie der Museumsmitarbeiter Boris Niclas-Tölle vermochten zum Teil mit neuen Quellen Einzelaspekte neu und intensiver zu beleuchten. Schließlich zeigt die Leiterin des „Industriemagazins“, Marisse Hartmut, vor allem anhand des im Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg verwahrten Archivbestands der Hülsenfabrik Emil Adolff die Innovationskraft dieses Unternehmens zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg auf und versucht deren Einordnung in Rationalisierungsbestrebungen der Zeit.

Wie stets runden Buchbesprechungen zu aktuellen Neuerscheinungen den Band ab. Hervorgehoben seien profunde Besprechungen zu Literatur und darstellender Kunst des 20. Jahrhunderts in Reutlingen und der Region, auch dadurch werden Bandbreite von Geschichte und Kultur in und um Reutlingen in schöner Weise deutlich.

Reutlingen, im April 2021

Roland Deigendesch

## Die archäologischen Ausgrabungen auf dem Katharinenhof-Areal – Einblicke in die Reutlinger Siedlungsgenese

Sybil Harding

Im März 2018 begann eine umfangreiche archäologische Rettungsgrabung auf dem Katharinenhof-Areal, die bis Anfang Mai des Folgejahres andauern sollte und von der Tübinger Grabungsfirma ArchaeoConnect GmbH ausgeführt wurde. Anlass der Grabung war die geplante Neubebauung der insgesamt knapp 2000 m<sup>2</sup> umfassenden Fläche zwischen der Katharinen- und Hofstattstraße inmitten der Reutlinger Altstadt. Geplant ist der Bau eines mehrstöckigen Wohn- und Geschäftsgebäudes, dessen Realisierung auch einen mehrere Meter tief ins Erdreich eingreifenden Tiefgaragenbau beinhaltet. Allein aufgrund der Lage im Zentrum der historischen Altstadt Reutlingens war auf dem Gelände mit archäologischen Befunden zu rechnen, die durch die Baumaßnahme vollständig zerstört werden würden. Aus diesem Grund war die Untersuchung der fünf nur teilweise unterkellerten Altstadtparzellen von großem archäologischem Interesse. Insbesondere deswegen, da sie Aufschlüsse zur vorstädtischen Entwicklungsphase Reutlingens versprach. Des Weiteren war mit archäologischen Zeugnissen aus der Zeit der frühen Stadtentwicklung bis hin zur frühneuzeitlichen Bebauung des Stadtareals zu rechnen.

Im Frühjahr 2017 war die bisherige, aus fünf Gebäuden bestehende Bebauung durch die veranlassende Baufirma bereits ebenerdig abgebrochen worden. Die Kellerbereiche der Gebäude blieben hierbei erhalten. Im Anschluss an die Abbrucharbeiten wurde eine mehrwöchige Sondagegrabung durch das Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart durchgeführt. Diese ersten Untersuchungen ergaben, dass innerhalb des Baufensters mit einer Vielzahl von Mauerwerks- und Erdbefunden gerechnet werden musste, die eine Besiedlungsaktivität seit dem frühen Mittelalter belegen. Aufgrund dieser Ergebnisse wurde seitens der Landesdenkmalpflege Baden-Württemberg die oben genannte archäologische Rettungsgrabung veranlasst. Im Folgenden sollen nun die umfangreichen Ergebnisse dieser Rettungsgrabung zusammengefasst werden. Um sie in einen stadthistorischen Zusammenhang bringen zu können, soll zunächst der bisherige Forschungsstand erörtert werden.

## Überblick über den archäologischen und historischen Forschungsstand zur Siedlungsgenese und Stadtstruktur

Zur Entstehung und frühen Phase Reutlingens ist die historische Quellenlage bedauerlicherweise sehr dünn. Der frühmittelalterliche Ursprung Reutlingens lässt sich jedoch bereits an der -ingen Endung des Ortsnamens erkennen, der wohl von dem Rufnamen „Riutilo“ herzuleiten ist. Dieser Name lässt somit auf eine Entstehung der Siedlung während der Landnahmezeit im frühen Mittelalter schließen.<sup>1</sup> Mithilfe von verschiedenen archäologischen Aufschlüssen, die innerhalb des Stadtgebiets erfasst wurden, konnten bereits wichtige Fragen zur Siedlungsgenese näher beleuchtet werden. So dienen drei merowingerzeitliche Bestattungsplätze, die während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts am südöstlichen Rand der Altstadt dokumentiert wurden, als Beleg dafür, dass das Stadtgebiet bereits in der Zeit des frühen Mittelalters besiedelt war. Darüber hinaus wurden von der Geschichtsforschung fünf eigenständige frühmittelalterliche Siedlungen im Stadtgebiet postuliert. Drei dieser präurbanen Siedlungskerne sollen sich außerhalb der späteren Stadtmauer, in den Bereichen der Oberen, der Unteren und der Tübinger Vorstadt befunden haben. Ein weiterer Siedlungskern wird in der Nähe des Zwiefalter Hofes an der Nordostflanke der heutigen Altstadt vermutet. Für diesen Beitrag von besonderem Interesse ist jedoch, dass die fünfte dieser frühen Siedlungen im Areal der heutigen Hofstattstraße vermutet wird.<sup>2</sup> Die Hofstatt-Siedlung ist zudem der einzige dieser fünf Standorte, in dem bereits einige frühmittelalterliche Siedlungsspuren archäologisch erfasst werden konnten. So fanden sich Mitte der 1990er Jahre, während einer kurzen baubegleitenden archäologischen Maßnahme in der nahe gelegenen Bebenhäuserhofstraße, einige Siedlungsgruben, die anhand des Fundguts der jüngeren Merowingerzeit zugeschrieben werden konnten.<sup>3</sup>

Weitere Aussagen zur frühen Siedlungsgenese Reutlingens lassen sich nur sehr schwer treffen, es wird jedoch davon ausgegangen, dass das Ortsgebiet zur frühmittelalterlichen Verwaltungseinheit des Pfullichgau gehört hat, der in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts in den Schriftquellen Erwähnung fand. Das oben genannte breit gestreute Siedlungsgefüge aus verschiedenen Siedlungskernen scheint schließlich im Zuge des Hochmittelalters allmählich zu einer Ortschaft zusammengewachsen zu sein.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Alois Schneider: Reutlingen (Archäologischer Stadtkataster Baden-Württemberg, Bd. 23), Esslingen 2003, S. 32f.

<sup>2</sup> Dorothee Ade-Rademacher: Die Grabungen Königsbronner Pflughof und Oberes Bollwerk – Aussagen zur frühen Geschichte der Stadt, in: Barbara Scholkmann; Werner Ströbele (Hrsg.): Unter Putz und Pflasterstein. Bauforschung und Mittelalterarchäologie in Reutlingen. Zum Beispiel Pfäfflinshofstraße 4, Reutlingen 1999, S. 16–38.

<sup>3</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 94.

<sup>4</sup> Ebd., S. 54f.

Der Ort Reutlingen selbst wird in den schriftlichen Quellen erstmals im Bempflinger Vertrag von 1089 genannt, der in der um 1135 niedergeschriebenen Zwiefalter Chronik überliefert ist.<sup>5</sup> Es wird vonseiten der Geschichtsforschung davon ausgegangen, dass das vorstädtische Reutlingen Teil der Herrschaft Achalm gewesen ist. Die Nachbarschaft zur Burg und die günstige Verkehrslage haben sicherlich zum weiteren Wachstum der Ansiedlung beigetragen. Weiter wird angenommen, dass Reutlingen mit dem späten 12. Jahrhundert bereits eine Siedlungsgröße erreicht hatte, die frühstädtische Strukturen erkennen ließ.<sup>6</sup> Aus dieser Phase der vorstädtischen Entwicklung konnten jedoch bisher nur wenig archäologische Nachweise erfasst werden. Hierzu gehören Aufschlüsse zur hochmittelalterlichen Siedlungsaktivität an der Oberamteistraße, am Oberen Bollwerk und am Königsbronner Pflughof. Für diese präurbane Zeit lässt sich zudem an verschiedenen Stellen des Ortsgebiets die Verhüttung von Eisen archäologisch belegen. Möglicherweise weisen diese Befunde auf eine Wirtschaftsaktivität hin, mit der man den Eisenbedarf einer zügig wachsenden Ortschaft zu decken suchte.<sup>7</sup>

Spätestens um 1235/1240 kam es schließlich zur Erhebung Reutlingens zur Reichsstadt. Nunmehr folgte eine Phase, in der sich das teilweise noch erhaltene Reutlinger Stadtbild zu formen beginnt. So finden sich beispielsweise Hinweise in den Schriftquellen, die darauf schließen lassen, dass die Stadt Mitte des 13. Jahrhunderts bereits eine Stadtumwehrung besaß. Die archäologischen Untersuchungen, die in den 1990er Jahren auf der Parzelle Pfäfflinshofstraße 4 durchgeführt wurden, lieferten hierzu weitere Belege.<sup>8</sup>

Auch die Straßenführung und Aufteilung der Stadtquartiere, die sich bis ins 19. Jahrhundert und teilweise noch bis heute erhalten haben, begannen sich in dieser Entwicklungsphase abzuzeichnen. In den Schriftquellen haben sich Erwähnungen zu großen Bauprojekten, besonders in Bezug auf die Errichtung von Kirchengebäuden, erhalten. Immer wieder aber finden sich auch Anmerkungen zu Steingebäuden, die von wohlhabenden Bürgern oder Patrizierfamilien bewohnt wurden.<sup>9</sup> Eine genaue berufliche Aufteilung der einzelnen

<sup>5</sup> Ebd., S. 31–34. Eine weitere zeitnahe Schenkung von Reutlinger Gütern an das Kloster Zwiefalten erfolgte durch Liutgard von Beuren und ihren Onkel, den Priester Eberhard (um 1130), WUB II (Anhang 2), S. 420–421, zur Quelle siehe auch den Beitrag von Uwe Grupp in diesem Band.

<sup>6</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 34 f.

<sup>7</sup> Ebd., S. 59. D. Ade-Rademacher (wie Anm. 2), S. 35–37; Guntram Gassmann: Mittelalterliche Eisenerzverhüttung in und um Reutlingen, in: Unter Putz und Pflasterstein (wie Anm. 2), S. 39–46.

<sup>8</sup> Tilmann Marstaller: Das Haus Pfäfflinshofstraße 4 – Bauen und Wohnen am Rande der Reutlinger Altstadt, in: Unter Putz und Pflasterstein (wie Anm. 2), S. 57–107. Weitere neuere Beiträge zur Stadtbefestigung Reutlingens: Tilmann Marstaller: Das Tübinger Tor. Neue Daten zum ältesten Tübinger Stadttor, in: RGB NF 46 (2007), S. 9–56, und Linda Gaiser: Die Reutlinger Stadtmauer – Schutz, Repräsentation, Ressourcen, in: RGB NF 55 (2016), S. 9–66.

<sup>9</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 34–36, 63–66.

Stadtviertel lässt sich für diese frühe Phase der Stadt jedoch kaum anhand der derzeitigen Quellenlage nachvollziehen. Allein einige noch überlieferte Straßen- und Quartiersnamen erlauben Rückschlüsse auf die hier angesiedelten Berufsgruppen. Ob diese überlieferten Einteilungen aber auch schon für die frühstädtische Phase angenommen werden können, ist ungewiss.<sup>10</sup>

Was die allgemeine Bebauungsstruktur des Ortes in der vor- und frühstädtischen Zeit angeht, so mangelt es hier an aussagekräftigen Quellen. Ein etwas eindeutigeres Bild ergibt sich jedoch für den Gebäudebestand des 14. und 15. Jahrhunderts. So haben sich aus dieser Zeitphase noch einige Gebäudebeispiele bis in die heutige Zeit erhalten. Zwar sind viele von diesen Bauten, teilweise nur mäßig dokumentiert, den innerstädtischen Bauvorhaben der letzten Jahrzehnte zum Opfer gefallen,<sup>11</sup> doch sind einige dieser Häuser noch im heutigen Bestand erhalten geblieben. Namhafte Beispiele hierfür stellen eine erhaltene Häuserzeile des 14. Jahrhunderts in der Oberamteistraße sowie das in die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts datierende Zunfthaus der Schuhmacher in der Kanzleigasse dar. Anhand der heute noch bekannten Gebäude aus dieser Epoche lässt sich eine typische Bauweise erkennen, die sehr wahrscheinlich das mittelalterliche Straßenbild einst prägte. So bestanden die Gebäude zumeist aus einem eingeschossigen Unterstock, der mit einem straßenseitig auskragenden, zweigeschossigen Oberstock überbaut war.<sup>12</sup>

Die frühen Bildquellen und Kartendarstellungen der Stadt Reutlingen bieten keine genaueren Aussagen über den Stadtaufbau oder die räumliche Gliederung der Parzellen. Eine der ältesten Darstellungen entstammt dem 16. Jahrhundert und zeigt einen bannerschwenkenden Landsknecht mit Fachwerk- und möglicherweise Steingebäuden der Stadt im Hintergrund. Ein genauer Bezug zu einem Reutlinger Gebäudeensemble lässt sich jedoch nicht herstellen.<sup>13</sup>

Mit dem 17. Jahrhundert nimmt die Anzahl an aussagekräftigeren Bildquellen deutlich zu. So sind unterschiedliche Stadtansichten erhalten, die, wenngleich sie auch keine wirkliche Kartengrundlage bieten, immerhin die dichte innerstädtische Bebauung zeigen sowie bauliche Besonderheiten, wie Wehranlagen und Kirchen, hervorheben. Des Weiteren bieten sie Hinweise auf Straßenzüge und Brücken sowie die Gebäudestruktur in den Vorstädten. Zu nennen sind hier im Besonderen die im Jahr 1620 entstandene Standtansicht

---

<sup>10</sup> Ebd., S. 66.

<sup>11</sup> Zu nennen sind hier Gebäude in der Spendhaus-, der Oberamtei- und der Pfäfflinshofstraße. Siehe dazu: Tilmann Marstaller: Mittelalterliche Hausbauten in Reutlingen – eine Quelle zur Geschichte der Stadt, in: Unter Putz und Pflasterstein (wie Anm. 2), S. 47–56.

<sup>12</sup> Ebd., S. 51–54.

<sup>13</sup> Stadt Reutlingen (Hrsg.): Stadt Bild Geschichte, Reutlingen in Ansichten aus fünf Jahrhunderten, Katalog und Ausstellung zum Stadtjubiläum „900 Jahre Reutlingen“, Reutlingen 1990, S. 12–14.



Abb. 1: Gabriel Bodenehrs Darstellung des Stadtbrands, Kupferstich 1727.

von Ludwig Ditzinger und ein 1643 entstandener Kupferstich des Matthäus Merian.<sup>14</sup>

Für das 17. Jahrhundert ist, aufgrund der schweren Folgen des Dreißigjährigen Krieges, eine Zeit der Stagnation in der baulichen und wirtschaftlichen Entwicklung Reutlingens überliefert. Dieser noch bis ins 18. Jahrhundert hineinreichende Entwicklungsstillstand wird durch eine Schriftquelle des Jahres 1722 verdeutlicht, die für über ein Drittel der 742 Gebäude innerhalb der Stadtmauern einen schlechten Erhaltungszustand bezeugt.<sup>15</sup> Nur wenige Jahre später kulminiert diese Zeit der wirtschaftlichen Not in einem der größten Brandereignisse der Stadtgeschichte. Am 23. September 1726 brach in einem Gebäude nahe der Nikolaikirche ein Großbrand aus, der den damaligen Wohngebäudebestand zu etwa vier Fünfteln sowie nahezu alle öffentlichen Gebäude zerstörte.<sup>16</sup>

Nach diesem Stadtbrand entstehen eine Reihe von Stadtansichten, die die Brandkatastrophe verbildlichen, jedoch ebenfalls keine eindeutigen Schlüsse über die mit dem Brand abgegangenen Gebäudestrukturen zulassen. Eine ein-

<sup>14</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 239–241.

<sup>15</sup> Ebd., S. 50, 75.

<sup>16</sup> Ebd., S. 75–77.

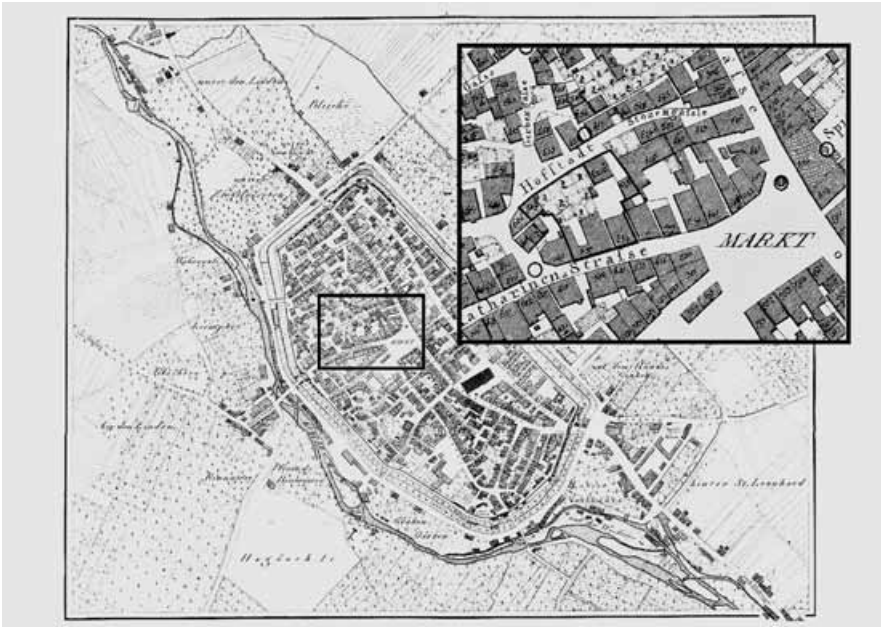


Abb. 2: Der Urkatasterplan des Jahres 1820 mit hervorgehobenem Katharinenhof-Areal.

drucksvolle Darstellung des Brandes ist die farbige Radierung des Kartographen Gabriel Bodenehr aus dem Jahr 1727, die die Geschehnisse dramatisch in Szene setzt (Abb. 1). Eine schematisch gehaltene Karte desselben Autors von diesem Jahr bietet keine Aussage zu ehemaligen Gebäudestrukturen in den einzelnen Stadtbereichen. Hier ist jedoch deutlich zu erkennen, dass auch die Parzellen des Katharinenhof-Areals zu den Stadtteilen gehörten, die dem Brand von 1726 zum Opfer fielen.<sup>17</sup>

Die im Rahmen der württembergischen Landesvermessung entstandene Urkarte aus dem Jahr 1820 stellt den ersten amtlichen Katasterplan der Stadt dar. Auch nahezu hundert Jahre nach dem Großbrand sind auf diesem Plan immer wieder große, zumeist als Gärten genutzte Freiflächen innerhalb des Stadtareals abgebildet. Laut der schriftlichen Überlieferung rühren diese daher, dass der Wiederaufbau der Stadt aufgrund der schon zuvor schwierigen Wirtschaftslage nur sehr langsam vorangeschritten war. Immer wieder wird erwähnt, dass ganze Parzellen unbebaut bleiben mussten oder Gebäude mit kleinerem Grundriss wieder aufgebaut wurden.<sup>18</sup> Ein Blick auf den Kataster-

<sup>17</sup> Stadt Reutlingen (wie Anm. 13), S. 52–53 (Abb. 4.5).

<sup>18</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 76 f.



plan von 1820 zeigt auch, dass die für diesen Beitrag relevanten Parzellen zwischen der Hofstattstraße und der Katharinenstraße möglicherweise einen ähnlich stockenden Wiederaufbau erlebt haben. Deutlich sichtbar sind hier die als Garten beziehungsweise Hof genutzten Freiflächen, aber auch die noch bis zum Gebäudeabbruch erhaltene Parzellierung des Areals. Auf dem Plan lassen sich die Gebäude Katharinenstraße 6 und 8 sowie die Gebäude Hofstattstraße 13 und 9 erkennen. Hofstattstraße 9 weist zudem im südwestlichen Anschluss ein kleines Nebengebäude auf, während im direkten nördlichen Anschluss an die Katharinenstraße 4 eine Scheune zu erkennen ist (Hofstattstraße 7) (Abb. 2).

In den folgenden Jahrzehnten erlebte das Katharinenhof-Areal nur geringfügige bauliche Überformungen. Im frühen 20. Jahrhundert erfolgte der Anbau des späteren Kinosaals auf der Nordseite der Katharinenstraße 8, der die gesamte Breite des Hofareals bis hin zur Hofstattstraße überspannte. Vermutlich in den 1950er Jahren wurde die Scheune auf dem Grundstück Hofstattstraße 7 zu einem Wohngebäude umgebaut und 2007/2008 verschwand das Gebäude Hofstattstraße 9.

## **Die Befunde auf dem Katharinenhof-Areal – ein erster Ergebnisüberblick**

Im Folgenden soll nun ein Überblick über die Grabungsergebnisse der verschiedenen auf dem Katharinenhof-Areal erfassten Zeitphasen gegeben werden. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Befunde, trotz einiger tief greifender Störungen der modernen Bauungsperiode, mit einer außerordentlich guten Erhaltung dokumentiert werden konnten. Auch die bis ins Frühmittelalter zurückreichende Schichtenabfolge hat sich zum größten Teil auf dem Areal bewahrt. So folgte unter den jüngsten Lagen aus modernen Pflasterungen und Abbruchschutt eine Abfolge von diversen frühneuzeitlich bis spätmittelalterlich datierenden Planierschichten. Auf nahezu dem gesamten Gelände konnte zudem eine mächtige, ins Früh- bis Spätmittelalter einzuordnende Kulturschicht erfasst werden, die die Schichtenabfolge des geologischen Untergrundes aus Talkieslagen und Hochflutsedimenten überlagerte. Auf dem Areal ist zudem ein deutlicher Geländeabfall nach Nordwesten Richtung Ecke Glaserstraße/Hofstattstraße erkennbar. Dieser Hang lässt sich allerdings nicht auf ein natürliches Absenken des geologischen Untergrundes zurückführen, sondern muss durch eine tief greifende Abgrabung entstanden sein. Wann diese entstanden ist, lässt sich jedoch nicht mehr nachvollziehen.

## Siedlungstätigkeit im Früh- und Hochmittelalter

Von der frühesten auf dem Katharinenhof-Areal erfassten Besiedlungsphase zeugt eine große Anzahl von verschiedenen Siedlungsgruben, die in den anstehenden Echazkies eingetieft worden waren. Erfreulicherweise haben sich auf dem gesamten Gelände viele Bereiche erhalten, in denen dieses Befundniveau noch nicht durch eine jüngere Bebauungsphase gestört worden war. Insbesondere ist hier der Nordanschluss an das Gebäude Katharinenstraße 8 zu nennen, in dem der Bau des nur geringfügig unterkellerten Kinosaals kaum tief greifenden Schaden angerichtet hatte. Insgesamt konnten auf der Gesamtfläche mehr als 400 dieser frühen Siedlungsbefunde freigelegt werden. Was die genaue zeitliche Einordnung dieser Befunde und besonders der großen Anzahl an Pfostengruben angeht, so gestaltet sich diese aufgrund der hier üblicherweise geringen Mengen von Fundmaterial oftmals als schwierig. Gemäß den stratigrafischen Verhältnissen müssen die Pfostenstellungen aber in einer Zeitphase zwischen dem 7. und 13. Jahrhundert entstanden sein. Nur bei den Befundgruppen, aus denen mehr Fundmaterial geborgen werden konnte, also bei den Grubenhäusern und Erdkellern, war eine genauere zeitliche Differenzierung möglich (*Abb. 3*).

Wie erwähnt, gehören zu den am meisten entdeckten Befunden dieser Phase die Pfostengruben der in Pfostenbauweise gebauten Wohnhäuser. Aufgrund der Kurzlebigkeit dieser Bauweise mussten die Wohnbauten zumeist nach wenigen Jahrzehnten wieder erneuert werden, was erklärt, warum auf dem Areal eine so große Zahl dieser Befundgattung freigelegt wurde. Oftmals überlagern sich die einzelnen Pfostengruben und aufgrund der großen Befunddichte ist es schwer, sie zu ehemaligen Gebäudegrundrissen zusammenzufügen.

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass bei der Erfassung dieser frühen Siedlungsbefunde ein besonderes Augenmerk der Frage galt, ob die damaligen Gebäudestrukturen noch einen Hinweis auf die Ausrichtung der damaligen Grundstücke bieten können. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, inwiefern diese mit der heutigen Parzellenstruktur vergleichbar ist, da die eher unregelmäßig konstruierten Parzellen des Hofstattquartiers möglicherweise ein Element aus der vorstädtischen Entstehungszeit darstellen.<sup>19</sup> Auch wenn bisher keine kompletten Gebäudegrundrisse rekonstruiert werden konnten, so konnten auf dem Areal immer wieder ganze Pfostenreihen beobachtet werden, die auf der gleichen Achse liegen wie die Gebäudestrukturen späterer Bauphasen.

---

<sup>19</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 66 f.



Abb. 3: Phasenplan der auf dem Grabungsgelände erfassten Strukturen.

Eine weitere wichtige Befundgruppe dieser frühen Siedlungsphase sind die Grubenhäuser. Diese überdachten Halbkeller stellen eine typische Bauform des Früh- und Hochmittelalters dar und wurden zumeist für die Vorratshaltung oder im Zusammenhang mit der Textilverarbeitung genutzt. Insgesamt konnte auf dem Gelände die Lage von fünf Grubenhäusern erfasst werden, von denen allerdings nur eines mit seinen Gesamtausmaßen dokumentiert werden konnte. Die restlichen vier Grubenhäuser waren durch die jüngere Bebauung bereits so stark gestört, dass nur noch ihre Ausrichtung und Tiefe erfasst wurden. Auch hier ist anzumerken, dass nicht nur die Pfostenreihen,

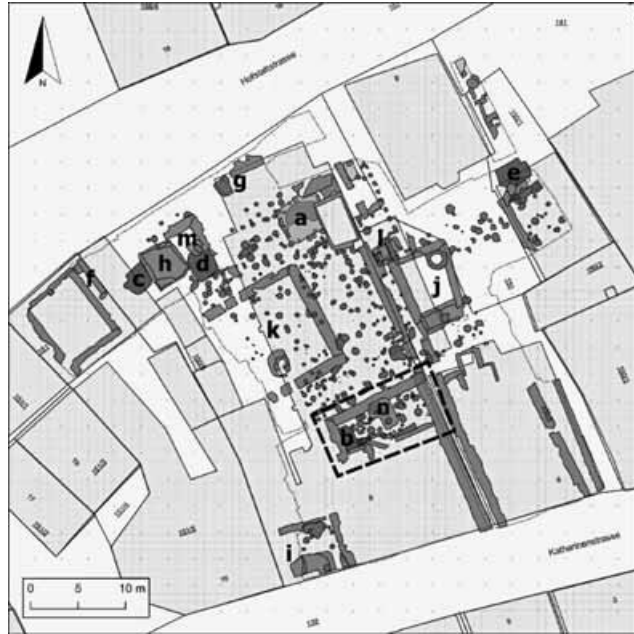


Abb. 4: Überblicksplan mit der Verortung der im Text angesprochenen Befunde.

sondern auch die Grubenhäuser in ihrer Ausrichtung der heutigen Parzellenstruktur zum größten Teil entsprechen.

Das oben genannte, nahezu komplett erhaltene Grubenhaus lag im nördlichsten Drittel der Fläche und besaß eine Größe von etwa  $20 \text{ m}^2$  (Abb. 4, a). Anhand der Funde konnte die Aufgabe dieses Gebäudes in das 7. bis 8. Jahrhundert datiert werden. Neben einer Vielzahl von keramischen Bruchstücken der rauwandigen Drehscheibenware konnten hier außerdem Reste von stark fragmentierten und verworfen liegenden Webgewichten geborgen werden. Unterhalb der Verfüllungen wurden zudem auf der Sohle des Grubenhauses noch ein deutlicher Laufhorizont sowie eingedrückte Standspuren dokumentiert, die wohl mit dem Standort eines Webstuhls zusammenhingen. Des Weiteren fanden sich bis zu 17 Pfostenstellungen, die entweder im Innenraum oder entlang der Außenflanken des Grubenhauses lagen und Reste der ehemaligen Überdachung bildeten.

In der Südhälfte des Grabungsgeländes, unterhalb des ehemaligen Gebäudes der Katharinenstraße 8, konnten zudem Reste eines Ofenbefundes ergraben werden. Dieser wurde allerdings stark durch den Bau des Kellers der Katharinenstraße 8 sowie durch einen hochmittelalterlichen Erdkeller gestört. Insgesamt hat sich ein Ofenbereich von ca.  $1,25 \text{ m}^2$  erhalten, der mit verschiedenen Sedimentschichten verfüllt war und in dem sich noch geringfügige Reste der Ofenwandung erhalten haben. Die spärlichen Funde aus den ver-

füllenden Sedimenten lassen für die Aufgabe des Ofens eine zeitliche Einordnung in den Übergang vom Früh- ins Hochmittelalter zu. Eine Aussage über den Ofentyp ist allerdings kaum möglich.

Die Befunde dieser ältesten Besiedlungsphase wurden mit dem Abtrag einer teilweise bis zu 0,40 m starken, über der Echazkies-Oberkante verlaufenden Kulturschicht freigelegt. Da die Kulturschicht allerdings in ihrer Sedimentbeschaffenheit den Verfüllungen der oben beschriebenen Eingrabungsbefunde sehr stark ähnelte, ist davon auszugehen, dass der ursprüngliche Horizont der Eintiefungen etwas weiter oben lag und zumindest die ältesten Schichtbereiche schnitt. Diese Schicht datiert in etwa vom 7. bis ins 13. Jahrhundert und wurde nahezu flächendeckend erfasst. Anhand der Verteilung des in dieser Schicht enthaltenen Fundmaterials lässt sich ablesen, dass der Schichtaufbau sukzessive und über einen langen Zeitraum hinweg erfolgte. Die Kulturschicht bezeugt somit eine durchgehende Siedlungstätigkeit in diesem Stadtareal, die bereits in merowingischer Zeit ihren Anfang nahm.<sup>20</sup>

## Erdkeller und Grubenhäuser des Hochmittelalters

Ferner konnten auf dem Grabungsareal zwei Erdkeller und zwei weitere Grubenhäuser untersucht werden, deren Verfüllung im Hochmittelalter stattfand. Vorab ist zu bemerken, dass auch diese Baustrukturen mit ihrer Ausrichtung die noch überlieferte Parzellenstruktur widerspiegeln. Einer dieser Befunde befand sich in der Südhälfte der Fläche auf der Parzelle Katharinenstraße 8 (*Abb. 4, b*). Dieser Erdkeller wurde stark durch die Fundamente des Vorgängergebäudes der Katharinenstraße 8 und einigen modernen Kelleranbauten gestört, sodass er nicht in seinem Gesamtausmaß dokumentiert werden konnte. Der Bau scheint aber eine geschätzte Fläche von mindestens 12 m<sup>2</sup> gehabt zu haben, die erfasste Tiefe lag bei bis zu 1,40 m. Nach der Aufgabe des Kellers wurde der Befund mit verschiedenen Sedimentschichten verfüllt. Das hieraus geborgene keramische Fundmaterial stammt aus dem Hochmittelalter und entspricht dem jüngsten Typ der älteren gelben Drehscheibenware, was eine Datierung in das späte 10. bis 12. Jahrhundert zulässt. Im östlichen Anschluss an den Kellerbefund fand sich zudem eine große Anzahl an Pfostengruben. Wenn sich diese auch nicht zu einem Hausgrundriss zusammenfassen lassen, geben sie doch möglicherweise einen Hinweis auf einen zum Keller gehörenden ebenerdigen Wohnbau.

---

<sup>20</sup> Ein Befund der, was stratigraphische Einordnung und Sedimentbeschaffenheit angeht, sehr ähnlich ist, konnte bei archäologischen Untersuchungen auf dem unweit gelegenen Grundstück Pfäfflinshofstraße 4 dokumentiert werden. Für die dort erfasste Kulturschicht ist allerdings nur eine zeitliche Einordnung zwischen dem 11. und frühen 13. Jahrhundert möglich. Siehe: T. Marstaller, Pfäfflinshofstraße 4 (wie Anm. 8), S. 62–64.

An dieser Stelle ist ein weiterer äußerst interessanter Befund zu erwähnen, denn in unmittelbarer Nähe zum oben genannten Erdkeller fand sich die Bestattung eines Säuglings. Bei einer ersten anthropologischen Begutachtung stellte sich heraus, dass es sich um die Knochen eines möglicherweise weiblichen, geburtsreifen Neugeborenen handelte. Es ist jedoch schwer, die Bestattung in einen eindeutigen zeitlichen Zusammenhang mit den erfassten Siedlungsphasen zu stellen. Die Grabgrube war zwar in derselben Schicht eingetieft worden, in der auch der Erdkeller eingriff, da das Grab aber weder einem Hausgrundriss zugeschrieben werden kann noch Fundmaterial der Grabgrubenverfüllung zuzuordnen war, kann die Bestattung nur vage ins Hochmittelalter datiert werden.

Auf der Nordseite des Baugeländes, östlich der Hofstattstraße 13, fanden sich zwei weitere in den Echazkies eingetieft Befunde mit hochmittelalterlichem Aufgabedatum (*Abb. 4, c und d*). Da den Befunden keine ebenerdigen Gebäude zugeordnet werden konnten und es sich vermutlich eher um frei stehende Erdbauten gehandelt hat, werden sie im Folgenden als Grubenhäuser und nicht als Erdkeller angesprochen. Bei dem westlicheren der beiden Grubenhäuser handelt es sich um einen Südwest-Nordost ausgerichteten Bau mit einer Größe von etwa 6,50 m<sup>2</sup>. Er wird auf seiner Nordostseite von der Baugrube eines jüngeren Kellers geschnitten, wodurch die Gesamtausdehnung fraglich bleibt. Da darüber hinaus in diesem Grundstücksbereich der Erdboden im Zuge späterer Bauungsmaßnahmen großflächig abgetragen worden war, konnten nur noch die untersten Dezimeter des Grubenhauses und seiner hochmittelalterlich datierenden Verfüllungen dokumentiert werden. Ein beachtenswerter Fund aus diesem Grubenhaus ist das Bruchstück eines Glättsteins aus Glas (*Abb. 19*).

Nur wenige Meter weiter nordwestlich lag ein weiteres, in diesem Falle Nordwest-Südost ausgerichtetes Grubenhaus (*Abb. 4, d*). Obschon dieser Befund an verschiedenen Seiten von jüngeren Befunden gestört wird, lässt sich noch eine Gesamtfläche von etwa 8 m<sup>2</sup> errechnen. Das Grubenhaus war noch mit einer Tiefe von bis zu 0,97 m erhalten, wurde aber im oberen Bereich, wie alle angrenzenden Befunde, durch den oben genannten Geländeabtrag gestört. Aus seinen Verfüllschichten konnte eine Vielzahl von kleinteiligen Geschirrkera- mikfragmenten geborgen werden, hinzu kamen größere Mengen von Schlachtabfällen.

Auf der Nordostseite des Grabungsareals, unterhalb des ehemaligen Gebäudes Hofstattstraße 7, wurde ein weiterer großer Erdkeller erfasst (*Abb. 4, e*). Der Keller wurde allerdings an seiner Nordost- und Nordwestseite stark durch moderne Eingrabungen gestört, sodass die ursprünglichen Ausmaße nicht mehr zu rekonstruieren sind. Insgesamt konnten aber eine Fläche von 13,80 m<sup>2</sup> und eine Tiefe von 1,45 m dokumentiert werden. Im südöstlichen Anschluss an diesen Erdkeller wurde wiederum eine große Anzahl an nicht genauer datierbaren Pfostenstellungen beobachtet, die möglicherweise Teil

eines Gebäudes, das mit dem Erdkeller im Zusammenhang stand, darstellen. Aus diesem Keller konnte neben einer großen Menge hochmittelalterlicher Keramikscherben auch eine überraschend hohe Anzahl von Keramikfunden römischen Ursprungs geborgen werden. So fand sich in den Verfüllschichten dieses Kellers eine Bandbreite von Funden, die bis in die mittlere Kaiserzeit zurückreichen. Eine ähnliche Fundvergesellschaftung ließ sich auch in Befunden der südwestlichsten Ecke des Grabungsareals feststellen, während in den anderen Grabungsbereichen nur sehr vereinzelt römische Keramik zutage trat. Wie diese Fundvergesellschaftung zu interpretieren ist, lässt sich derzeit jedoch nicht beantworten.

### Keller des späten Mittelalters

Auch aus der Phase des späten Mittelalters konnten verschiedene Befunde auf dem Areal freigelegt werden. Bei einem dieser Befundkomplexe handelte es sich um einen sehr schmalen Kellerrest, der weiter nach Nordwesten in die Hofstattstraße hineinreicht und wohl noch während des Spätmittelalters verfüllt und später durch einen neuzeitlichen Keller des Gebäudes Hofstattstraße 13 gestört wurde (*Abb. 4, f*). Von diesem Keller konnte ein ca. 4 m langer, massiver Mauerzug erfasst werden, bei dem es sich wohl um dessen Nordostwand handelte. Am Südostende der Mauer erhielten sich noch Reste der ehemaligen Mauerecke. Der Keller wurde vermutlich zu einem späteren Zeitpunkt noch weiter in das Erdreich eingetieft, wodurch die erfasste Kellersohle nun sogar 0,60 m unterhalb der Unterkante der Kellermauer lag. Wahrscheinlich im Zuge mit der Abtiefung des Bodens wurde eine ebenso tief fundamentierte Binnenmauer eingebracht, die auf der Südwestseite stumpf gegen die erhaltene Kelleraußenmauer gesetzt wurde (*Abb. 5*). Vom jüngeren Kellerbau der benachbarten Hofstattstraße 13 auf der Südwestseite überlagert, blieb nur ein schmaler Streifen erhalten. Die hier erfassten Verfüllsedimente weisen jedoch eine große Menge von Geschirr- und Ofenkeramik auf, mit deren Hilfe die Aufgabe des Kellers etwa in das späte 15. bis frühe 16. Jahrhundert datiert werden kann. Ein besonders nennenswertes Fundstück ist eine steinerne Geschosskugel, die vermutlich einer frühen Kartätsche entstammte.

Bei einem weiteren Befundkomplex handelt es sich um einen direkt am Geländerand zur Hofstattstraße hin erfassten Kellerhals (*Abb. 4, g*), dessen Wänden mit schmalen Bruchsteinmauerwerk ausgekleidet waren und in den eine grob gesetzte steinerne Treppe in nördliche Richtung hineinführte (*Abb. 6*).

Sowohl der Einbau der Treppe und des Mauerwerks als auch die spätere Verfüllung des Kellerhalses lassen sich anhand der Keramikfunde in das 14. bis 15. Jahrhundert datieren. Auch dieser Keller reichte weiter in die heutige Hofstattstraße hinein. Somit ist der eigentliche Kellerraum, in den die Treppe



*Abb. 5:* Kellerrest in der Nordwestecke der Grabungsfläche. Auf der rechten Bildseite verläuft die nordöstliche Kelleraußenmauer, während mittig im Bild die Binnenmauer anstößt. Auf der linken Bildseite ist die Mauer des jüngeren Kellers der Hofstattstraße 13 zu sehen. Im Profil hinter dem Fotomaßstab findet sich noch die spätmittelalterliche Kellerverfüllung, die auf der rechten Seite zusammen mit der Kelleraußenmauer durch einen modernen Backsteinschacht gestört wird.

hinabführte, innerhalb des Grabungsareals nicht mehr erfasst worden. Die Tatsache, dass die beiden hier genannten Keller in die heutige Hofstattstraße hineinreichen, lässt darauf schließen, dass die Straße während dieser Zeitphase anders verlief oder schmaler war. Darauf weist vielleicht der Urkatasterplan von 1820 hin, der im Verlauf der Hofstattstraße einen deutlichen Rücksprung im Vergleich zum anschließenden „Stozengässle“ erkennen lässt. Möglicherweise ist dies ein Hinweis auf eine Parzellenverkleinerung (*Abb. 2*).

Ein weiterer Kellerraum, der noch mit sehr guter Erhaltung und in seinem kompletten Ausmaß angetroffen wurde, lag entlang der Hofstattstraße zwischen dem Gebäude Hofstattstraße 13 und der nördlichen Hälfte des ehemaligen Kinosaals (*Abb. 4, b*). Es ist ein kleiner, leicht trapezförmiger Kellerraum, der lediglich eine Raumgröße von etwa 12 m<sup>2</sup> aufwies und mit einer Mauerhöhe von bis zu 1,90 m erhalten war. Die ehemalige maximale Raumhöhe lässt sich mithilfe der noch erhaltenen Gewölbereiche auf etwa 2 m rekonstruieren. Der Keller verfügte über ein parallel zur Hofstattstraße verlaufendes Tonnengewölbe, von dem noch Teile der beiden Gewölbewangen erhalten waren. Diese Gewölbeansätze ruhten auf einem etwa 0,10 m tiefen und 0,80 m hohen Mauervorsprung an den jeweiligen Kellerwänden. Das Mauerwerk bestand aus eher flachen, regelmäßig gesetzten Kalkbruchsteinen in einem Bindemittel aus lehmigem Kalkmörtel. Die nahezu vollständig erhaltene Ostwand besaß eine rechteckige Wandnische, die zu einem späteren





Abb. 6: Treppe des spätmittelalterlichen Kellerhalses an der Nordflanke des Grabungsareals.



Abb. 7: Ostmauer des trapezförmigen Kellers mit backsteinabgestützter Wandnische.

Zeitpunkt mit einer Backsteinsetzung mittig abgestützt werden musste (Abb. 7).

Der Zugang erfolgte offensichtlich von Norden. Die hier auf der Ostseite erhaltene Gewölbewange weist eine gerade Abmauerung auf, die vermutlich vom ehemaligen Kellerzugang stammte. Die teilweise stark durch moderne



Abb. 8: Nordmauer des Kellers mit erhaltener Gewölbewange und möglichem Zugangsbereich.

Leitungsgräben gestörte Westseite hatte hier keinen Gewölbeansatz mehr. Lediglich eine nur geringfügig erhaltene Gewölbesteinlage auf dem als Widerlager genutzten Mauervorsprung lässt auf eine Zugangsbreite von etwa 1,10 m schließen (Abb. 8).

Die genaue Bauzeit dieses Kellers ist jedoch anhand der Befundsituation und aufgrund von fehlendem Fundmaterial aus den Baugruben nur schwer einzugrenzen. Ein in Bauweise und Ausmaß sehr ähnlicher Kellerraum wurde jedoch Mitte der 1990er Jahre auf der Parzelle Pfäfflinshofstraße 4 dokumentiert. Dieser Keller gehörte zu der ersten dort erfassten Gebäudephase, die in das späte 13. Jahrhundert datiert wurde.<sup>21</sup> Die großen Ähnlichkeiten mit diesem Befund lassen nun die Vermutung zu, dass es sich um eine ähnliche Zeitstellung handeln könnte. Die im Innenraum vorgefundenen Verfüllungen lassen immerhin darauf schließen, dass dieser Keller erst im 18. Jahrhundert, vermutlich nach dem Stadtbrand, aufgegeben und verfüllt wurde. Was das dazugehörige aufgehende Gebäude betrifft, so hat sich hiervon wohl nur ein nordöstlich liegender Mauerwinkel mit wenigen Steinlagen erhalten. Es ist aber auch hierbei nicht eindeutig zu klären, ob Keller und Mauerwerk tatsächlich zum selben Gebäude gehörten.

<sup>21</sup> T. Marstaller, Pfäfflinshofstraße 4 (wie Anm. 8), S. 62 f.

## Die spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Bebauung bis zum Stadtbrand von 1726

Insgesamt lieferten die archäologischen Aufschlüsse auf dem Grabungsareal besonders umfassende Informationen zu Baustrukturen des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit. Hierdurch erlauben sie bisher unbekannte Einblicke in die bauliche Entwicklung dieses Stadtbezirks, die dem großen Stadtbrand voranging und schließlich zum größten Teil ihre Zerstörung fand. Stellenweise hat sich dieses Brandereignis sogar in sehr direkter Weise im archäologischen Befund niedergeschlagen. Als besonders informationsreich erwiesen sich hier die Parzellen entlang der Katharinenstraße und deren unmittelbarem nördlichen Anschluss.

So wurden auf der südlichen Flanke des Baufensters bereits im Frühjahr 2017 zwei giebelständige Gebäude sowie ein Querbau und ein Pultdachbau (Hausnummern 6 und 8) entlang der Katharinenstraße abgerissen. Unter diesen Gebäuden, deren Bauzeit in die Wiederbebauungsphase nach dem Stadtbrand fällt, befanden sich noch die komplett erhaltenen älteren Gewölbekeller. Diese waren noch bis zum Abriss in Benutzung und konnten im Vorfeld bauhistorisch untersucht werden.<sup>22</sup>

Während die erfassten Mauerbefunde des Kellers unter dem Gebäude Katharinenstraße 6 keine weiteren Überraschungen lieferten, waren die baulichen Hinterlassenschaften auf der Parzelle Katharinenstraße 8 umso interessanter. Der von Michael Hermann bauhistorisch untersuchte Keller bestand aus zwei Räumen mit parallel zur Katharinenstraße verlaufenden Tonnengewölben. Ein Großteil dieser Kellerbereiche wurde anhand von stilistischen Ausprägungen und Mauerwerksstrukturen von Hermann in das späte Mittelalter, von Marstaller genauer in das 15. bis 16. Jahrhundert datiert. Während der Bauaufnahme wurden zudem Hinweise auf einen nach Norden gerichteten Kellerhals erfasst, der durch die Backsteinmauer des bis zum Abbruch noch genutzten Westzugangs verschlossen wurde.<sup>23</sup>

Bei den Ausgrabungen zeigte sich nun, dass im nördlichen Anschluss an den Gewölbekeller noch die Reste eines kleinen ebenerdigen Raums erhalten geblieben waren, von dem aus der Keller über den bereits postulierten Kellerhals zugänglich war (*Abb. 4, Lage durch Umrandung hervorgehoben*). Auch

---

<sup>22</sup> Tilmann Marstaller: Reutlingen – Projekt K8 Katharinenstraße 6–10, Hofstattstraße 7, 13 und 19 Wohn- und Wirtschaftsquartier aus der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Stadtbrand 1726, Mai 2013, unpublizierter Bericht; Michael Hermann: Kelleranlage Katharinenstraße 6 und 8, 72764 Reutlingen, Bauhistorische Untersuchung, September 2016, unpublizierter Bericht.

<sup>23</sup> M. Hermann (wie Anm. 22), S. 5.



Abb. 9: Die verkohlten Früchte während der Bergung (links) und nach der Restaurierung durch das Landesamt für Denkmalpflege (rechts).

die Kellertreppe ließ sich anhand der noch in situ erhaltenen obersten Stufe und den Stufennegativen in den erhaltenen Treppenwangen rekonstruieren.

Der ebenerdige Nordraum, in den der Treppenhals mündete, war nach dem Stadtbrand nicht in Benutzung geblieben, da der Wiederaufbau eine Verkürzung des Kernbaus mit sich gebracht hatte.<sup>24</sup> In dem nur wenige Quadratmeter großen Raum fand sich ein gut erhaltener Fußboden aus verschiedenen gestampften Lehmschichten. Der Einbau des Lehmbo­dens erfolgte laut Fundmaterial im späten 15. bis frühen 16. Jahrhundert. Interessant ist, dass im direkten nördlichen Anschluss an den oben beschriebenen ursprünglichen Kellerabgang ein Absinken des Sediments unterhalb des Fußbodens dazu geführt hatte, dass der Lehmstampfboden hier immer wieder mit erneut aufgetragenen Lagen ausgebessert werden musste. Zu einem späteren Zeitpunkt der Grabung stellte sich heraus, dass sich in diesem Bereich ein im Hochmittelalter aufgegebener Erdkeller befand (Abb. 4, b). Die lockeren Verfüllschichten innerhalb dieses Vorgängerkellers waren wohl der Grund für das spätere Absinken des Bodenniveaus.

Nicht nur lieferte dieser Gebäudeabschnitt Informationen zu den mit dem Stadtbrand abgegangenen Bauten, er zeigte darüber hinaus noch direkte Spuren des Brandereignisses. So wiesen die erhaltenen Mauerreste großflächige Verfärbungen durch Hitzeeinwirkung auf und der Lehmstampfboden war an vielen Stellen tiefrot verziegelt.

<sup>24</sup> Der Kernbau wurde von T. Marstaller in das Jahr 1727 datiert. Später folgte der Anbau einer nicht unterkellerten und bereits im Urkataster erfassten Scheune und schließlich mit dem frühen 20. Jahrhundert der Anbau des Tanz- bzw. Kinosaa­ls. Siehe: T. Marstaller, Projekt K 8 (wie Anm. 22), S. 6.



Abb. 10: Die durch jüngere Gebäudephasen überbaute Pflasterung des 16. Jahrhunderts mit mittiger Abflussrinne. Auf der linken Bildseite liegt der den Brunnen überlagernde Steinsockel.

Ein weiterer Befund bezeugte die Brandkatastrophe auf äußerst unerwartete Weise. So fanden sich auf dem Bodenbelag noch die stark verbrannten Reste einer Holzkiste, deren Struktur sich jedoch noch gut ablesen ließ. Aus dem Inneren der Kiste konnten über 70 stark verkohlte Äpfel und Birnen geborgen werden, die dort ganz offensichtlich gelagert worden waren (Abb. 9).

Auch die Südwestecke des Areals lieferte einige neue Erkenntnisse zur frühneuzeitlichen Bebauung vor dem Stadtbrand (Abb. 4, i). So fand sich unter dem traufständigen Westanbau<sup>25</sup> an der Katharinenstraße 8 die gut erhaltene Kalkbruchsteinpflasterung einer Hofzufahrt, die wohl in das 16. Jahrhundert datiert (Abb. 10). Es ist allerdings archäologisch nicht mehr nachweisbar, ob diese Hofzufahrt erst mit der Wiederaufbauphase nach dem Stadtbrand überbaut worden war oder ob hier schon vorher ein Gebäude die Durchfahrt zwischen Katharinenstraße 8 und 10 versperrte.

Ein an das Pflaster angrenzender und wohl zeitgleich gebauter Steinsockel integrierte hier außerdem eine kleine Gewölbehaube aus Kalkbruchsteinen. Im Zuge der Grabung stellte sich heraus, dass diese einen älteren, noch Wasser

<sup>25</sup> Die Errichtung des Querbaus und des daran anschließenden Pultdachbaus wurde von Marstaller in das Jahr 1739 datiert. Siehe: T. Marstaller, Projekt K 8 (wie Anm. 22), S. 6.



Abb. 11: Großer Kellerraum an der Nordseite der Katharinenstraße 6. Im Vordergrund liegt der vermutlich später eingebaute Brunnenschacht, während sich im Hintergrund der spätere Zugang auf der Südseite erkennen lässt.

führenden Brunnenschacht überdeckte. Offenbar ist dieser Brunnen bereits mit dem Bau der Hofzufahrt im 16. Jahrhundert mit einem Gewölbe versiegelt worden. Schließlich ist er, spätestens nach der Überbauung mit dem Querbau nach dem Stadtbrand, gänzlich in Vergessenheit geraten.

Während die Gebäude entlang der Katharinenstraße kurz nach dem Stadtbrand wieder aufgebaut wurden, blieben die Parzellen zur Hofstattstraße hin weitgehend unbebaut. Lediglich die Gebäude der Hofstattstraße 7, 9 und 13 wurden wieder neu errichtet. Wie bereits erwähnt, blieb das restliche Areal offen und auf den Urkatasterplänen des 19. Jahrhunderts ist zu erkennen, dass eine ca. 700 m<sup>2</sup> große Fläche als Garten- beziehungsweise Hof genutzt wurde, die erst mit der Errichtung des Kinosaals teilweise überbaut wurde. Dank dieser geringen Bautätigkeit auf der Nordseite des Untersuchungsgebietes verblieben viele ältere Baustrukturen weitgehend ungestört.

Besonders das nach dem Stadtbrand als Hofbereich offen gebliebene Areal im direkten nördlichen Anschluss an das Gebäude Katharinenstraße 6 lieferte großflächige und außerordentlich gut erhaltene Baubefunde (Abb. 4, j). Hier fand sich der ca. 31 m<sup>2</sup> große Raum eines ehemaligen, aus Kalkbruchsteinen errichteten Gewölbekellers. Die massiven Kellerwände waren stellenweise bis auf eine Tiefe von nur noch 0,70 m abgetragen worden. Vermutlich wurde das



Abb. 12: Draufsicht auf den Kellerraum mit hervorgehobenen Bauphasen: Auf der linken Bildseite liegen die Treppenwangen des älteren Zugangs (blau), der mit einem Mauerstück (lila) zugesetzt wurde. Auf der rechten Bildseite liegt der spätere Zugangsbereich (orange). Der Verlauf der hierfür abgebrochenen Südmauer, die sich noch mit Hilfe von Abbruchkanten und Ausbruchgrube rekonstruieren lässt, wurde mit gestrichelter Linie hervorgehoben.

Steinmaterial für den Wiederaufbau angrenzender Gebäude nach dem Stadtbrand entnommen. Auf der Nordseite des Kellerraums waren die Mauern jedoch noch mit einer Höhe von über 2,50 m erhalten. Mithilfe der teilweise noch erhaltenen Gewölbeansätze lässt sich rekonstruieren, dass es sich hierbei nahezu um die Originalhöhe gehandelt hat (Abb. 11).

Anhand der erhaltenen Mauerbefunde ließen sich zudem die verschiedenen Bauphasen und baulichen Veränderungen des Kellers gut ablesen (Abb. 12). So zeigte sich, dass er zunächst von Norden aus über einen schmalen, nur ca. 1,55 m breiten Treppenhals zugänglich war. Gleichzeitig war der Keller zu diesem Zeitpunkt mit einem nur 27 m<sup>2</sup> großen Innenraum geringfügig kleiner. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde diese Nordtreppe dann mit einem massiven Mauerstück verschlossen, was sich noch als auffällige Baunaht in der Nordwand des Kellerinnenraums ablesen ließ. In den verbliebenen Seitenwänden des Kellerhalses ließ sich noch das Negativ der herausgebrochenen Treppenstufen erkennen.

Mit Aufgabe der Nordtreppe wurde ein neuer Zugang zum Keller auf der Südseite geschaffen, für den die ehemalige Südmauer abgebrochen und ein etwa zwei Meter breiter Treppenbereich entlang der Südflanke eingebracht

wurde. Der neue Zugang erfolgte nun über die Südostecke, von der aus die Treppe parallel zum ehemaligen Südabschluss verlief und in einen kleinen, etwas höher als der Hauptraum liegenden Absatzbereich mündete. Auch die Stufen dieses Abgangs wurden nach der Aufgabe herausgebrochen und möglicherweise zweitverwendet. Das Treppennegativ dieser Phase lässt sich noch als Abdruck im Sediment und in der jüngeren südlichen Kellerwand beobachten.

In der Nordostecke des Kellerinnenraums wurde zudem, möglicherweise erst zu einem späteren Zeitpunkt und nicht zusammen mit der ursprünglichen Erbauung, ein großer runder Brunnenschacht eingetieft. Dieser war wohl vom Erdgeschoss des Gebäudes aus zugänglich. Die Baugrube des Brunnens schneidet deutlich in die Nordostmauer des Kellers ein. Hier ließ sich aber auch erkennen, dass die Brunnenwandung während des Einbaus mit in die nordöstliche Gewölbewange integriert worden war, da hiervon noch Reste dokumentiert werden konnten.

Der Brunnen hat einen Außendurchmesser von etwa 2 m und das aus dem Inneren geborgene Fundmaterial deutet darauf hin, dass er mindestens bis zum Zeitpunkt des Stadtbrandes in Benutzung war. Der aus dem unteren Bereich des Schachtes geborgene Schlick roch zudem stark nach Fäkalmaterial, was auf eine letzte Nutzung als Latrine nach 1726 schließen lässt.

Die Bauzeit des Kellers ist nicht mithilfe von Fundmaterial genauer eingrenzbar, da die sehr engen Baugruben keine Funde lieferten. Interessant ist allerdings, dass ein Teil des älteren nördlichen Treppenhalses nach dessen Aufgabe durch die Eingrabung einer Gerbergrube gestört wurde. Die Funde aus der äußeren Lehmauskleidung dieser Gerbergrube datieren deren Fertigung in das 15. bis 16. Jahrhundert. Vermutlich noch während des 16. Jahrhunderts wurde diese Grube wieder aufgegeben. Der Nordzugang des Kellers muss also noch während des ausgehenden Spätmittelalters, vor Anlage der Gerbergrube, aufgegeben worden sein. Diese Datierung im Zusammenhang mit der Tatsache, dass der Bau des Kellers die Kulturschicht des 7. bis 13. Jahrhunderts schneidet, lässt eine zeitliche Einordnung während des späten Mittelalters zu.

Nach der Aufgabe des Kellers wurde dieser mit verschiedenen Bauschuttmaterialien verfüllt, die teilweise große Mengen an Geschirrkernik aufwiesen. Interessant ist hierbei, dass nur sehr geringe Mengen an Holzkohle und sonstigem Brandschutt in den Verfüllungen enthalten waren. Das lässt die Vermutung zu, dass der Keller eventuell nicht direkt nach der Brandkatastrophe verfüllt wurde, sondern wohl noch einige Zeit offen lag. Möglicherweise dienten die erhaltenen Kellermauern während dieser Zeit ebenfalls als „Steinbruch“ für den Wiederaufbau der angrenzenden Gebäude. Bestätigt wird diese Annahme durch ein Tellerfragment mit Malhorndekor, auf dem sich ein Teil der Schriftfahne mit der Jahreszahl 1733 erhalten hatte und welcher nahe der Kellersohle in einer der Verfüllschichten gefunden wurde.





Abb. 13: Aus einem 3-D Modell generiertes Überblicksfoto mit Gebäudegrundriss und dazugehörigem Brunnen. Im Flächenbereich lassen sich auch die dunklen Verfärbungen, die von den Pfostengruben stammen, gut erkennen. Im rechten oberen Bildbereich liegt das auf Seite 22 beschriebene Grubenhaus (hervorgehoben).



Abb. 14: Brunnen-schacht des mittig im Areal liegenden Gebäudegrundrisses.

Was die baulichen Hinterlassenschaften des aufgehenden Gebäudes zu diesem Keller angeht, so lieferte die Befundsituation kein eindeutiges Bild. Es fanden sich außerhalb des Kellers lediglich kürzere und nicht sehr tief fundamentierte Mauerreste, die sich aber nicht zu einem Gesamtgrundriss zusammenfügen lassen. Westlich des Kellers verläuft parallel dazu ein langer und massiver Mauerzug, der Teil eines Gebäudes gewesen sein könnte. Allerdings haben sich keine Mauerecken nach Osten oder östlich ansetzende Strukturen an diesem Mauerzug erhalten. Somit kann dieser Befund nicht eindeutig mit dem Keller in Verbindung gebracht werden. Ferner stellt dieses Mauerwerk eine direkte Fortsetzung der Ostmauer der Parzelle Katharinenstraße 8 dar, während der Keller im direkten nördlichen Anschluss an die Katharinenstraße 6 liegt.

Auch in den zur Hofstattstraße hin verlaufenden Abschnitten fanden sich an verschiedenen Stellen Gebäudereste, die bis zum Stadtbrand existierten und teilweise mit ihrer Erbauungszeit offensichtlich bis ins späte Mittelalter datieren. Aufgrund des oben erwähnten Geländeabtrags haben sich die hier angetroffenen Baubefunde oftmals nur noch mit einer sehr geringen Höhe erhalten. Eine der prominentesten Strukturen ist hier ein großer, nicht unterkellertes Hausgrundriss, der unterhalb des ehemaligen Gartenbereichs, beziehungsweise teils unterhalb des späteren Kinobaus, erfasst wurde (Abb. 4, k). Der Grundriss besteht aus insgesamt drei massiven Mauerzügen, die den Nord-, Ost- und Südabschluss eines Gebäudes darstellen. Ein eindeutiger Westabschluss wurde nicht nachgewiesen, jedoch fanden sich unterhalb des verbleibenden, westlich angrenzenden Gebäudes noch Fundamentabschnitte, die dem Mauerwerk des Gebäudegrundrisses sehr ähnlich sind. Möglicherweise wurde hier der Westabschluss des abgegangenen Gebäudes mit in den angrenzenden Neubau integriert. Somit lassen sich die Gesamtausmaße auf etwa 11x15 m schätzen (Abb. 13).

Zeitlich einordnen lässt sich dieses Bauwerk nur sehr ungenau. Dessen Grundmauern wurden allerdings durch eine größere Grube geschnitten, in der sich sehr viel Brandschutt befand und die anhand vom Fundmaterial in das 18. Jahrhundert datiert. Ferner ließen sich deutliche Brandspuren und Hitze- einwirkungen ablesen, selbst das Sediment unterhalb der Mauerzüge war in den Bereichen, in denen die Steine aufsaßen, rot verziegelt. Somit ist davon auszugehen, dass dieses Gebäude gleichermaßen dem Stadtbrand zum Opfer gefallen ist.

Im Innern dieses Hausgrundrisses fand sich ebenfalls ein Brunnenschacht, der vermutlich zum Gebäude gehörte. Der Brunnen ist mit einem Außendurchmesser von ca. 1,60 m der kleinste der drei erfassten auf der Fläche. Die in den Verfüllungen angetroffenen Funde lassen darauf schließen, dass er bis zum Stadtbrand und möglicherweise darüber hinaus in Benutzung war oder zumindest offen lag (*Abb. 14*).

## Das Gerberhandwerk auf dem Katharinenhof-Areal

Da das untersuchte Areal an ein Stadtgebiet angrenzt, für das schon seit dem 14. Jahrhundert ein Gerbereiquartier überliefert ist,<sup>26</sup> ist es nicht sehr überraschend, dass hier die archäologischen Hinterlassenschaften dieses Handwerkszweiges vorgefunden wurden.

Den ältesten Gerbereibefund stellt die oben bereits genannte Grube dar, die den Treppenabgang des Kellers nördlich der Katharinenstraße 6 schnitt (*Abb. 4, l*). Es handelte sich um eine etwas über 6 m<sup>2</sup> große, rechteckige Grube, die eine abdichtende Lehmauskleidung aufwies. Anders als bei den im Folgenden behandelten jüngeren Gerbergruben, fand sich hier kein Gerberbottich in Form eines Daubengefäßes. Im Zentrum der mit Lehm ausgekleideten Grube fand sich lediglich eine rechteckige Vertiefung, bei der es sich möglicherweise um das Negativ eines solchen Bottichs handelte (*Abb. 15*). Wie bereits erwähnt, lassen die Funde aus der Lehm- und Schuttverfüllung auf einen Nutzungszeitraum des Befundes während des 15. bis 16. Jahrhunderts schließen.

Eine weitere, ebenfalls dem 16. Jahrhundert entstammende Gerbergrube fand sich im Norden der Fläche, zwischen Hofstattstraße 13 und dem Nordende des Kinosaaß (*Abb. 4, m*). Die Grube war mit nur etwa 2,50 m<sup>2</sup> sehr viel kleiner als die beiden anderen und beinhaltete neben der Lehmverfüllung lediglich einen kleinen ovalen Daubenbottich. Im Inneren fanden sich noch Reste einer Mischung aus Asche und Kalk. Diese Art von Verfüllung deutet auf den Gerbereiprozess des Äscherns hin, bei dem das Fell und die noch

---

<sup>26</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 66.



Abb. 15: Die ältere erfasste Gerbergrube mit freigelegtem Negativ des Gerbergewässes und schneidenden modernen Backsteinschächten. Im Vordergrund des Bildes lässt sich noch die Nordmauer des großen Kellerraumes erkennen, die durch die Anlage der Gerbergrube geschnitten wird.

anhaftenden Fleisch- und Fettreste gelöst und die Häute so für die weitere Verarbeitung vorbereitet wurden.

Die jüngste der erfassten Gerbergruben lag in dem oben beschriebenen Nordraum des Vorgängerbaus der Katharinenstraße 8 (Abb. 4, n). Da die Anlage der Grube den Verlauf der Nordmauer des Vorgängerbaus störte, lässt sich dieser Befund stratigraphisch in die Zeit nach dem Stadtbrand einordnen. Die Grube hatte ebenfalls eine Größe von etwa 6 m<sup>2</sup> und eine abdichtende Lehmverkleidung. Innerhalb dieser waren noch drei ovale, hölzerne Gerberbottiche in situ erhalten geblieben. Es handelte sich um aus Birkenholz gefertigte und mit Weidenruten zusammengehaltene Daubenbottiche. Im Inneren der drei fand sich, unter einer noch teilweise erhaltenen Holzabdeckung, ebenfalls eine Äscherverfüllung (Abb. 16).

Abschließend ist zu erwähnen, dass wider Erwarten auf dem gesamten Grabungsareal keine Latrinenebefunde erfasst wurden, mit Ausnahme des vermutlich sekundär als Latrine genutzten Brunnens. Dies ist deshalb von Interesse, da sich die Frage nach der Form der Abwasser- und Unratentsorgung in diesem Stadtareal stellt. Möglicherweise erfolgte diese über ein Ehgraben- beziehungsweise Stadtbachsystem. Während einer Befundbeobach-



Abb. 16: Der Abdruck eines hölzernen Gerberbottichs im Sediment der Lehmauskleidung der Gerbergrube. Die Struktur der Holzdauben und die der zusammenhaltenden Weidenruten lässt sich noch gut erkennen.

tion in den 1960er Jahren wurde am Marktplatz an der Einmündung der Katharinenstraße ein solcher Stadtbachrest dokumentiert, der einen Hinweis auf ein solches, aus vielen anderen Städten bekanntes System darstellen könnte.<sup>27</sup>

## Das Fundmaterial

Wie der vorangegangene Text zu veranschaulichen sucht, barg der Grund unter dem Katharinenhof eine bemerkenswerte Befunderhaltung, die einen umfangreichen Einblick in die bauliche Entwicklung dieses Stadtareals erlaubt. Im Folgenden soll nun auch das geborgene Fundmaterial etwas näher beleuchtet werden. Der erfasste Fundbestand deckt alle für die Zeitstellung üblichen Fundgattungen ab und lieferte besonders im Bereich der Geschirrkemik große Mengen an Material. Innerhalb der Verfüllsedimente der ältesten Befunde fanden sich beispielsweise Scherben von römischer Keramik, die bis in die mittlere Kaiserzeit zurückreichen und mit früh- bis hochmittelalterlichen Funden vergesellschaftet waren. Zudem fanden sich immer wieder Scherben der merowingerzeitlichen rauwandigen Drehscheibenware, die mit einem recht üblichen Formenspektrum aus teils dickwandigen Topfformen vertreten ist. Auch die Siedlungsphase des Hochmittelalters ließ sich anhand des Fundmaterials aus Gebrauchskeramik der gelbtonigen Drehscheibenware deutlich ablesen.

<sup>27</sup> Ebd., S. 123. Zu den Aborten vgl. auch den Beitrag von Maria Magdalena Rückert und Ulrich Müller in diesem Band.



Abb. 17: Fragmente spätmittelalterlicher Öllämpchen mit Henkelansatz, Dochtrinne und Rußspuren.

Die Haushaltskeramik des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit ist besonders reich vertreten und stammt zumeist aus den Verfüllschichten der verschiedenen Keller. Hierzu gehörten neben Kochtöpfen, Deckeln, Siebtöpfen und Pfannen auch Fragmente von kleinen Öllämpchen (Abb. 17).

Besonders in den Schuttverfüllungen der nach dem Stadtbrand aufgegebenen Keller fanden sich zudem immer wieder Fragmente verschiedener Ofenkacheltypen. Das Spektrum reicht hier von mittelalterlichen Becher- und Napfkacheln bis hin zu den reich verzierten Blattkacheln des 16. und 17. Jahrhunderts. Keramikfunde, die über das Formenspektrum von Alltagswaren hinausgehen, wurden hingegen nur selten angetroffen. Hier sind neben einem verzierten Tabakspfeifenstiel mit Mundstück (Abb. 18) auch die Fragmente zweier Tonfigürchen zu nennen, von denen eines in der Lehmverkleidung der spätmittelalterlichen Gerbergrube, das andere in einer Kellerverfüllung des 18. Jahrhunderts entdeckt wurde. Von beiden Statuetten sind bedauerlicherweise nur die Fußbereiche erhalten (Abb. 18 und 19).

Neben den großen Mengen an Keramikscherben umfassten die Funde auch die ganze Bandbreite anderer Materialien. Wie bereits erwähnt, lieferte das Fundmaterial eines hochmittelalterlichen Grubenhauses ein zur Hälfte erhaltenes Glättglas (Abb. 19). Diese handlichen, auf einer Seite gewölbten Glasobjekte können für das gesamte Mittelalter nachgewiesen werden und dienen



*Abb. 18:* Zusammenstellung verschiedener Funde. Oberes Bild: Links Füße des Tonfigürchens aus der Gerbergrube, rechts der tönerner Pfeifenstiel. In der Mitte ein bronzenener Zierbeschlag, verschiedene Knöpfe aus Knochen und Perlmutter, schließlich eine Knochenscheibe mit ausgesägten Rundungen, die vom Handwerk eines Paternosterers zeugt. Unten Bronzeohrring und Bronzenadel vor der Restaurierung.



Abb. 19: Fundzusammenstellung mit Geschosskugel (links), Tonfigürchen (Mitte), Bronzeanhänger und Münzen (links oben und Mitte) und einigen Knochenartefakten. Im Vordergrund ist das Knochenwürfelchen zu sehen, in der rechten oberen Ecke das Glättglas aus dem hochmittelalterlichen Grubenhaus.

zum Glätten von Textilien.<sup>28</sup> Wiederholt fanden sich aber auch Fragmente von mittelalterlichen Hohlglasformen, wie beispielsweise kleinteilige Nuppenbecher oder Flaschenhälse.

Des Weiteren konnten verschiedene Buntmetallfunde aus Befunden aller erfassten Zeitphasen geborgen werden. In einem frühmittelalterlich datierenden Grubenhausrest fand sich ein einzelner ringförmiger Bronzeohrring, während aus verschiedenen hoch- und spätmittelalterlichen Eingrabungen bronzene Fingerringe, Möbelbeschläge sowie eine Bronzenadel und ein Pferdegeschirranhänger geborgen wurden. Zudem fanden sich in diesen Gruben immer wieder einzelne Bronzemünzen, von denen einige bis in die Römerzeit zurückreichen (Abb. 18 und 19).

Die große Menge an Knochenmaterial, die auf dem Gelände geborgen wurde, stellt ebenfalls eine sehr aussagekräftige Fundgattung dar. Nicht nur liefern die als Schlacht- und Hausabfälle entsorgten Tierknochen Informationen über

<sup>28</sup> Peter Steppuhn: Der mittelalterliche Gniedelstein: Glättglas oder Glasbarren? Zu Primärfunktion und Kontinuität eines Glasobjektes vom Frühmittelalter bis zur Neuzeit, in: Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte, Bd. 68, Stuttgart 1999, S. 112–139.





Abb. 20: Zusammenstellung von verschiedenen Hornzapfen, die in Planierschichten und Verfüllungen des Mittelalters und der frühen Neuzeit gefunden wurden.

die Ernährung der ehemaligen Bewohner dieser Parzellen. Oftmals erlauben sie auch Aussagen über deren handwerkliche Tätigkeiten. So fanden sich in den Tierknochenkomplexen sehr große Mengen von Hornzapfen, die in erster Linie von Ziegen und Rindern stammten (Abb. 20). Eine derartige Konzentration dieser Skelettelemente belegt, besonders im Zusammenhang mit dem Auffinden von Gerbergruben, eindrucksvoll die Ausübung des Gerbereihandwerks. Verschiedene schriftliche und archäologische Quellen überliefern, dass die Tierhäute mitsamt den Schädeln an die Gerber geliefert wurden. Diese brachen die Hörner nebst Hornzapfen aus und nachdem sich das Horn vom Knochenzapfen gelöst hatte, wurde es an das hornverarbeitende Gewerbe weitergegeben. Eine ähnliche Konzentration von Knochenresten, die auf das Gerberhandwerk hinweisen, konnte auch während der Ausgrabung an der Pfäfflinshofstraße 4 beobachtet werden.<sup>29</sup>

In den Fundkomplexen haben sich zudem einige bearbeitete Knochenartefakte erhalten. Diese reichen von den Abfällen eines Paternosterers, also Rosenkranzherstellers, über verzierte Knochenfragmente und Knochenringe bis hin zu verschiedenen Lochknöpfen. Einen Hinweis auf den Zeitvertreib während des spätmittelalterlichen Alltags liefert zudem der Fund eines kleinen Spielwürfels (Abb. 18 und 19).

Auch Artefakte aus Stein wurden immer wieder in den Verfüllschichten entdeckt. Hierzu gehörten nicht nur vereinzelte Geschosskugeln, wie die oben

<sup>29</sup> Monika Doll: Tierknochen als Zeugnisse mittelalterlicher Gerberei in Reutlingen, in: Unter Putz und Pflasterstein (wie Anm. 2), S. 123–125.

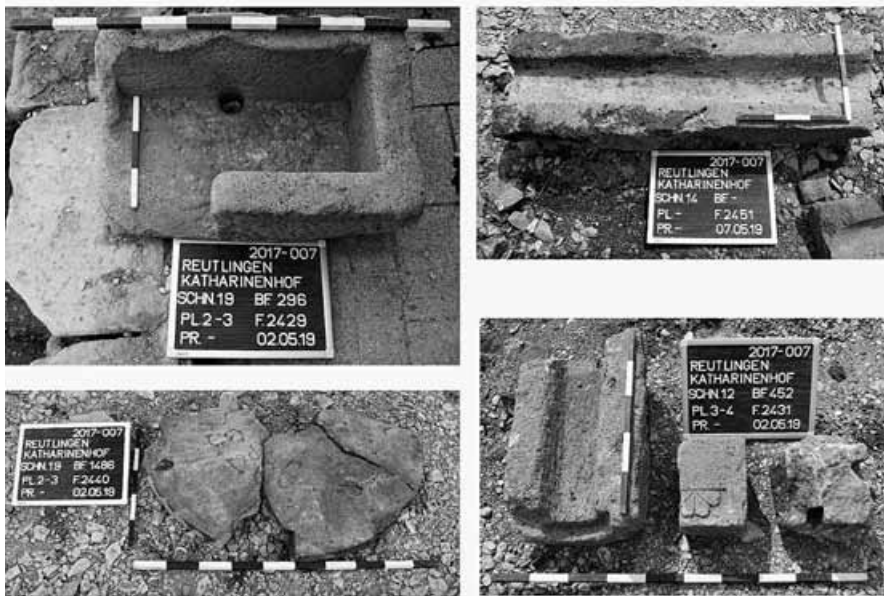


Abb. 21: Zusammenstellung verschiedener Bauelemente aus Stein.

erwähnte Kugel einer Kartätsche (Abb. 19), sondern auch diverse Bauelemente. Diese waren entweder in aufgegebenen Kellern und Brunnen entsorgt oder aber in jüngeren Gebäudeteilen wiederverwendet worden. In der Wandung des spätestens mit Beginn der frühen Neuzeit angelegten Brunnen im Zentrum der Fläche (Abb. 14) fanden sich einige solcher wiederverwendeten Gebäudeteile, darunter steinerne Rinnen, Gesimsfragmente und steinerne Eckpfeiler mit Bretternuten (Abb. 21, rechts unten). Der Steinsockel, mit dem im 16. Jahrhundert in der Südwestecke des Areals der noch Wasser führende Brunnen überbaut worden war, bestand unter anderem aus einem kopfüber eingebauten Steintrog und einer noch ihrem Zweck dienenden Steinrinne (Abb. 21, oben). Auf der Nordseite der Fläche konnten darüber hinaus in der Brandschuttverfüllung des trapezförmigen Steinkellers die Fragmente eines Mühlsteins geborgen werden (Abb. 21, links unten). Eine eingemeißelte Jahreszahl datiert die Herstellung dieses Steins in das Jahr 1706.

## Resümee

Diese Abhandlung stellt bislang nur eine erste Zusammenfassung der auf dem Katharinenhof-Areal erfassten archäologischen Ergebnisse dar und soll das wissenschaftliche Potenzial dieser Ausgrabung verdeutlichen. So liefert sie

einen Einblick in die Bebauung des Areals während des Früh- und Hochmittelalters, welche sich mit den für diese Zeit typischen Pfostenbauten, Grubenhäusern und Erdkellern eindrucksvoll niedergeschlagen hat. Für die Zeit des Spätmittelalters lassen sich schließlich die ersten Steinbauten in Form der erhaltenen Keller und vermutlich auch einiger Fundamentreste aufgehenden Mauerwerks nachweisen. Es zeigte sich, dass einige dieser Keller noch bis ins 18. Jahrhundert in Benutzung waren und erst nach der Zerstörung durch den Stadtbrand aufgegeben worden waren. Auf der Seite der Katharinenstraße kann eine Kontinuität dieser frühen Keller sogar noch bis zum Gebäudeabriss vor wenigen Jahren belegt werden. Überdies lässt sich die Zerstörung, die mit dem Stadtbrand einherging, sowie die darauffolgende, teils lückenhafte Wiederherstellung der Bebauung deutlich in den archäologischen Befunden auf dem Katharinenhof ablesen.

Die Untersuchungen liefern zudem interessante Hinweise auf die Entwicklung der Geländeoberfläche, der angrenzenden Straßenverläufe und insbesondere der Parzellenstrukturen. So wird bei der Betrachtung der Gebäudeausrichtungen der verschiedenen Phasen deutlich, dass diese weitestgehend noch mit den heutigen Parzellenorientierungen übereinstimmen.

Während die umfangreichen Nachweise für das Gerberhandwerk auf dem Areal kein unerwartetes Ergebnis darstellen, so wirft das Fehlen von Latrinenebefunden innerhalb des gesamten Geländes interessante Fragen zur Entsorgungsinfrastruktur auf.

Aufgrund der außerordentlich guten Befunderhaltung und des damit zusammenhängenden reichhaltigen Fundmaterials bietet die Ausgrabung somit eine hervorragende Basis für eine intensivere Auswertung, die einen umfassenden Erkenntnisgewinn für die Siedlungsgenese Reutlingens mit sich bringen wird.



## Zum Reutlinger Urkundenbuch. Wert und Erkenntnismöglichkeiten für die Forschung\*

Sigrid Hirbodian

Am 26. April 1349 verkauften die Grafen Eberhard II. und Ulrich IV. von Württemberg dem Rat und der Gemeinde von Reutlingen alle Güter, die die Juden der Stadt zurückgelassen hatten, für 1200 Gulden, ganz gleich, ob die Juden „lebens oder tot“ seien, ganz gleich, ob es sich dabei um Häuser, Höfe, Betten, Hausgeschirr, Kleinodien (Schmuck usw.) oder was auch immer handelt.<sup>1</sup>

An dieser kleinen Urkunde, die man seit Neuestem im Reutlinger Urkundenbuch finden kann, lassen sich eine ganze Reihe von hochinteressanten Beobachtungen machen. Zunächst erfahren wir aus ihr, dass in Reutlingen – wie in so vielen anderen Städten – während der Pest, die 1348/49 in Europa wütete, die Juden ermordet oder vertrieben worden sind.<sup>2</sup> Man machte die Juden für die Seuche verantwortlich, weil sie angeblich die Brunnen in den Städten vergiftet hätten. Obwohl schon 1348 der Stadtrat von Straßburg eine gerichtliche Untersuchung über diese Vorwürfe hatte anstellen lassen<sup>3</sup> und dabei zu dem Ergebnis gekommen war, dass an diesem Vorwurf absolut nichts dran war – schließlich starben die Juden genauso wie die Christen massenhaft an der Pest – und obwohl Straßburg diese Erkenntnis auch an befreundete Stadträte weitergegeben hatte, wurden in den schwäbischen Städten die Juden ermordet oder vertrieben. Gerade in den Stadträten gab es nämlich Gruppen, die diese Wahrheit gar nicht wissen wollten, die vielmehr die Gelegenheit nutzten, sich am Besitz der ermordeten Juden zu bereichern. Dass zu diesen Mördern aus

---

\* Eröffnungsvortrag zum Symposium „Neue Forschungen zur regionalen Urkundenüberlieferung“ am 6. 12. 2019.

<sup>1</sup> HStA Stuttgart, B 201 U 222. Vgl. jetzt: Reutlinger Urkundenbuch, Teil 1, bearb. von Bernhard Kreutz, Reutlingen 2019 (im Folgenden: RUB I), Nr. 340, S. 217.

<sup>2</sup> Zur jüdischen Geschichte Reutlingens in reichsstädtischer Zeit vgl. Paul Sauer: Art. Reutlingen, in: *Germania Judaica*, Bd. 3.2, hrsg. von Arye Maimon u. a., Tübingen 1995, S. 1235–1237; Bernd Serger; Karin-Anne Böttcher: Es gab Juden in Reutlingen. Geschichte, Erinnerungen, Schicksale; ein historisches Lesebuch, Reutlingen 2005, hier v. a. S. 15–21; KB Rt., Bd. 2, S. 351–352. Nach wie vor einschlägig darüber hinaus die ältere Arbeit von Theodor Schön: Geschichte der Juden in Reutlingen, in: RGB 5 (1894), S. 36–38, 59–62.

<sup>3</sup> František Graus: Judenpogrome im 14. Jahrhundert: Der Schwarze Tod, in: *Ausgewählte Aufsätze von František Graus (1959–1989)*, hrsg. von Hans-Jörg Gilomen u. a. (Vorträge und Forschungen, Bd. 55), Sigmaringen 2002, S. 289–301, hier: S. 293; Arno Herzig: Art. Brunnenvergiftung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 3, Berlin–New York 2010, S. 49.

Geldgier auch der oberste Schutzherr der Juden im Reich gehörte, König Karl IV., sieht man sehr gut daran, dass er bereits vor dem Pogrom der Stadt Frankfurt verzieh, dass die Juden demnächst erschlagen werden würden – und sich dafür eine hübsche Entschädigungssumme vom Stadtrat zahlen ließ.<sup>4</sup> Und auch den Reutlingern hatte Karl IV. sechs Tage vor der eingangs zitierten Urkunde die Morde an den Juden vergeben „und auch um die fraevelkait, di sy an den Juden getan hant, die vergeben wir in gentzlichen“.<sup>5</sup> Wir sehen also, dass die sogenannten Pestpogrome, also die Verfolgung und Ermordung von Juden während der Zeit der ersten großen Pestwelle, auch hier in Reutlingen stattfanden und dass es auch dabei letztlich um den Besitz der Juden ging: um Haus und Hof, um Hausrat aller Art und um „Kleinodien“, also Schmuck und andere Wertgegenstände.

Weiter erfahren wir aus der kleinen Urkunde, dass die Grafen Eberhard II. und Ulrich IV. von Württemberg den Besitz der Juden in ihren Händen hielten, denn die Reutlinger mussten ihnen die Rechte daran abkaufen. Das erklärt sich aus der Funktion der Württemberger, sie waren nämlich vom König mit der Reichslandvogtei belehnt worden<sup>6</sup> und hatten in dieser Eigenschaft alle Rechte des Reiches – also auch den Schutz der Juden – auszuüben. Reutlingen musste sich also damit arrangieren, dass seine größten Feinde und gefährlichsten Nachbarn, die Württemberger, erhebliche Rechte in seinen eigenen Mauern ausübten. Es sollte noch lange dauern, bis die Reutlinger sich vom Einfluss der Württemberger auf ihre Stadt befreien konnten, ich nenne nur das Jahr 1377 mit der Schlacht bei Reutlingen als ein markantes Datum in diesem Kampf. Dass es noch im 16. Jahrhundert zu kriegerischen Handlungen zwischen den beiden ungleichen Nachbarn, der Reichsstadt und dem Landesfürsten, kommen sollte, ist bestens bekannt. Im Urkundenbuch lässt sich diese Auseinandersetzung nun sehr genau nachvollziehen, erst jetzt wird das ganze Ausmaß der württembergischen Einflussversuche und der unverdrossene Widerstand der Reutlinger hiergegen deutlich.

Und schließlich erfahren wir, dass Rat und Gemeinde von Reutlingen als politisch handelnde Einheit die Stadt und ihre Interessen vertreten konnten

---

<sup>4</sup> Vgl. die Urkunde von 1349, Juni 25, in: *Corpus der Quellen zur Geschichte der Juden im spätmittelalterlichen Reich*, hrsg. von Alfred Haverkamp und Jörg R. Müller, Trier–Mainz 2016, FW02, Nr. 113, online verfügbar unter der URL: <http://www.medieval-ashkenaz.org/FW02/FW-c1-0026.html> (26.5.2020).

<sup>5</sup> RUB I, Nr. 338, S. 216.

<sup>6</sup> Vgl. zuletzt Christian Jörg: Kooperation – Konfrontation – Pragmatismus. Oberdeutsche Städtebünde und Landfrieden zur Mitte des 14. Jahrhunderts, in: *Zeitschrift für historische Forschung*, Beiheft 54, Berlin 2018, S. 66; Peter Rückert: Die Grafen von Württemberg, die schwäbischen Reichsstädte und Kaiser Karl IV. in Konflikt und Kooperation, in: Roland Deigendesch; Christian Jörg (Hrsg.): *Städtebünde und städtische Außenpolitik. Träger, Instrumentarien und Konflikte während des hohen und späten Mittelalters* (Stadt in der Geschichte, Bd. 44), Ostfildern 2019, S. 107–108.

und dabei offenbar über erhebliche Finanzmittel verfügten – 1200 Gulden sind in der Mitte des 14. Jahrhunderts eine große Menge Geld! Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts treten die Selbstverwaltungsrechte der Stadt immer deutlicher in Erscheinung, und auch hier erlaubt uns das neue Urkundenbuch nun Schritt für Schritt nachzuvollziehen, wie sich aus einer vom König und seinen Amtleuten regierten Siedlung eine Stadt als eigene kleine Republik herausbilden konnte.

Die kleine Urkunde vom 26. April 1349 ist nur eines von 967 Beispielen dafür, was die hier im neuen Reutlinger Urkundenbuch gesammelten und präsentierte Urkunden uns über die Geschichte der Stadt zu sagen vermögen. Selbst eine auf den ersten Blick völlig unspektakuläre und nur abschriftlich erhaltene Urkunde wie die vom 20. Mai 1277<sup>7</sup> bietet höchst interessante Informationen, wenn man sie nur zu lesen weiß: „Die Nonne Irmgard aus Reutlingen schenkt der Zisterzienserabtei Bebenhausen ihre Güter in Kusterdingen und erhält sie als Leibgeding für 2 Schilling Heller jährlich auf Lebenszeit zurück.“ Es handelt sich zunächst um eine ganz schlichte Schenkung, die diese Irmgard an das Kloster Bebenhausen macht: Damit will sie für ihr Seelenheil sorgen, sie will also, dass die Mönche nach ihrem Tod für ihre arme Seele beten. Solange sie noch lebt, will sie die Güter allerdings selbst nutzen, denn sie braucht deren Einkünfte für ihren Lebensunterhalt. So weit, so normal. Aber wer ist diese Irmgard? Nonne, „monialis“, in Reutlingen? In einer späteren Urkunde nennt sie sich „Irmengard dicta Elpin, begina“<sup>8</sup> und macht weitere Schenkungen für ihr Seelenheil, diesmal dem Reutlinger Leprosenhaus. „monialis“, „begina“ – wir treffen hier auf eine Vertreterin einer ganz neuen Gruppe von religiösen Frauen, den sogenannten Beginen, die in den Städten – also offenbar auch in Reutlingen! – eine neue Art von frommem Leben führen. Es sind Frauen aus der Mittel- und Oberschicht, die sich nicht in ein Kloster begeben und dort in der Klausur leben wollten, sondern die in der Welt ein frommes Leben führten.<sup>9</sup> Nicht nur Irmgard begegnet uns in dieser hochinteressanten, weil mit ganz vielen persönlichen Gestaltungsmöglichkeiten ausgestatteten Lebensform: 1297 und 1307 eine „Mechthild Helkün, conversa in Rutlingen“,<sup>10</sup> 1312 eine „swester Metz“,<sup>11</sup> 1315 und 1326 eine „swester

<sup>7</sup> HStA Stuttgart, H 14 Bd. 20, fol. 550v–551r; RUB I, Nr. 18, S. 10–11.

<sup>8</sup> RUB I, Nr. 31, S. 18–19, von 1289, Februar.

<sup>9</sup> Gisela Muschiol: Die Gleichheit und die Differenz. Klösterliche Lebensformen für Frauen im Hoch- und im Spätmittelalter, in: Württembergisches Klosterbuch. Klöster, Stifte und Ordensgemeinschaften von den Anfängen bis in die Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Zimmermann; Nicole Priesching, Ostfildern 2003, hier: S. 66–69. Siehe dazu auch den Beitrag Rückert/Müller in diesem Band.

<sup>10</sup> RUB I, Nr. 55, S. 33; Nr. 80, S. 47–48.

<sup>11</sup> RUB I, Nr. 95, S. 62–63.

Bene“,<sup>12</sup> 1331 eine „Schwester Gute“<sup>13</sup> – diese Frauen haben allesamt Besitz, den sie verkaufen, verpfänden oder stiften, und es scheint, dass sie keiner geistlichen Gemeinschaft angehören, sondern als einzeln lebende Beginen in Reutlingen sind – und das noch nach 1314, dem Jahr, in dem diese Lebensweise der Beginen vom Konzil von Vienne als ketzerisch verboten wird! Aber es gibt auch ganze Beginenkonvente in Reutlingen, wie wir aus einer Verkaufsurkunde aus dem Jahr 1292 an „Adelheid vom Frauenkonvent der Rast-sammlung und an ihre Mitschwestern“<sup>14</sup> erfahren.

Oder, was machen wir aus folgender Urkunde aus dem Jahr 1290?<sup>15</sup> Darin stiftet „diu Hurnborgan von Rutelingen“ ihrer Tochter Irmel, Schwester im Dominikanerinnenkloster Offenhausen, eine jährliche „Gült“ von einem Pfund Heller aus einem Gut in Sondelfingen, also eine Rente von jährlich einem Pfund Heller. Nach Irmgards Tod soll die Gült zuerst an die dortige Schwester Irmgard Valrus fallen und dann an die Urenkelin der Stifterin, sofern sie ins Kloster eintritt. Ist das nicht der Fall, „fällt die Gült an den Konvent, der dann für die Eltern der Hurnbogin ein Jahrtagsgedächtnis abhalten soll.“ Auch das zunächst ein ganz normaler Geschäftsvorgang, wie wir ihn im Urkundenbuch vielfach kennenlernen: Eine Frau stiftet an ein Kloster, um für das Seelgedächtnis ihrer verstorbenen Eltern zu sorgen. Aber dann stützen wir: Sie gibt die Geldeinkünfte zunächst an ihre Tochter Irmel, die Schwester im Dominikanerinnenkloster Offenhausen ist – sollen nicht Klosterfrauen gänzlich besitzlos und arm sein? Was macht sie im Kloster mit diesen Einkünften? Und nach ihrem Tod gehen die Einkünfte an eine weitere Schwester im Kloster, danach sogar an die Urenkelin der Stifterin, von der sie nur vermutet, dass sie auch ins Kloster eintritt, sie ist also wohl noch ein ganz kleines Kind. Wir sehen hier also ganze Verwandtschaftsverbände in ein Frauenkloster eintreten und offenbar brauchen diese Frauen persönliche Einkünfte im Kloster. Ganz anders als es die Regel vorsieht – die bei jeder Schwester absolute persönliche Armut vorschreibt – gibt es in Wirklichkeit also Privatbesitz im Dominikanerinnenkloster. Auch hierfür finden wir, wenn wir erst mal darauf aufmerksam geworden sind, zahlreiche Beispiele im Urkundenbuch: 1309 schenkt Mechtild von Öschingen, Reutlinger Bürgerin, ebenfalls an die Dominikanerinnen zu Offenhausen, einen Garten in Pfullingen, dessen Einkünfte zunächst ihre Tochter Agnes und ihre Nichte Adelheid, beide Schwestern im Kloster, nutzen sollen;<sup>16</sup> 1313 schenkt Rüdiger Bondorfer seiner Tochter Hailke, Schwester im Klarissenkloster Pfullingen, einen Weinberg in Pful-

<sup>12</sup> RUB I, Nr. 108, S. 70; Nr. 149, S. 95.

<sup>13</sup> RUB I, Nr. 169, S. 107–108.

<sup>14</sup> RUB I, Nr. 39, S. 23–24. Zu den Frauensammlungen in der Stadt vgl. KB Rt. Bd. 2, S. 339–340; Württembergisches Klosterbuch (wie Anm. 9), S. 396–397.

<sup>15</sup> RUB I, Nr. 32, S. 19.

<sup>16</sup> RUB I, Nr. 84, S. 52–53.



lingen sowie jährliche Einkünfte von zweieinhalb Pfund Heller,<sup>17</sup> weitere Beispiele ließen sich anfügen.

Das Reutlinger Urkundenbuch bietet dem Wissenschaftler, der Wissenschaftlerin eine atemberaubende Fülle an neuem Material, für dessen Erschließung es bisher aufwendiger Archivrecherchen bedurft hätte. Ob es dabei um die Verfassung der spätmittelalterlichen Reichsstädte, die Wirtschaftsgeschichte, die politische Geschichte der Region, die Alltags- und Frömmigkeitsgeschichte, die Geschichte einzelner geistlicher Einrichtungen oder spezieller Lebensformen geht – wir haben hier eine wahre Fundgrube vor uns, mit der der Forscher, die Forscherin arbeiten kann. Dass das auch für die Heimatforscher in Reutlingen und Umgebung gilt, versteht sich von selbst. Aus meiner Sicht aber mindestens genauso wichtig sind die Möglichkeiten, die das Urkundenbuch für die universitäre Lehre bietet. Eine Masterarbeit über das Stiftungsverhalten von Frauen im 14. Jahrhundert, die die Frage klärt, ob und inwiefern Frauen über Besitz verfügen können? Eine Untersuchung über die sich wandelnden Vorstellungen der Jenseitsvorsorge? Stiftet man am Anfang des Jahrhunderts anders als am Ende, gewinnt vielleicht z. B. der Gedanke der Armenfürsorge größeres Gewicht, wenn es um die Sicherung des Seelenheils geht? Welche Waren wurden in Reutlingen am Beginn des 14. Jahrhunderts gehandelt? Da ist die Rede von Weizen, Unschlitt, Pfeffer, Eisen, Stahl, Honig usw. – im 16. Jahrhundert werden interessanterweise „ballin bappir“ hinzugefügt.<sup>18</sup> Wie wird das Reutlinger Spital verwaltet, wie das Leprosenhaus? Welche Nutzungsrechte hat die Stadt Reutlingen im Schönbuch, wer darf sich unter welchen Bedingungen dort mit Holz eindecken, seine Schweine in die Eichenmast treiben usw. Das Reutlinger Urkundenbuch liefert ungezählte Möglichkeiten für die Lehre und die Wissenschaft, es steckt voll von Informationen über das Leben im 14. Jahrhundert.

Nun werden manche von Ihnen vielleicht fragen: Ist das denn wirklich so viel Neues? Weiß man das nicht alles schon? Schließlich gibt es das Urkundenbuch von Ulm, von Esslingen, von Stuttgart oder von Rottweil schon seit über hundert Jahren. Ja und nein: Manches ist gewiss ähnlich, doch vieles ist auch anders und speziell. Gerade darin besteht ja der Reiz landesgeschichtlichen Arbeitens: Erst im Vergleich wird deutlich, was das Typische und was das Besondere ausmacht! So ist es natürlich wichtig zu wissen, dass Reutlingen nicht die einzige Reichsstadt in Schwaben war, in der 1349 die Juden ermordet wurden und in der sich die Stadt deren Besitz unter den Nagel gerissen hat. Aber hier ist eben doch auch einiges anders, allen voran die besondere Rolle der Württemberger! Und so erklären vielleicht die Erfahrungen, die man 1349 in Reutlingen mit den Württembergern als Reichslandvögten gemacht hat, die besondere Härte, mit der man 1377 gegen sie vorgeht.

<sup>17</sup> RUB I, Nr. 98, S. 64.

<sup>18</sup> RUB I, Nr. 82, hier: S. 51.

Der jetzt vorgelegte erste Teil des Urkundenbuchs endet mit dem 12. November 1399. Wie gerne würde man wissen, wie es weitergeht! Viele der Themen, die hier angelegt sind, ließen sich im 15. Jahrhundert weiterverfolgen: das Verhältnis der Reichsstadt zum König, zum Württemberger Nachbarn, zu den anderen Reichsstädten, zu den Klöstern und Kirchen! Das 15. Jahrhundert lässt noch einmal ganz neue Aspekte hinzukommen, die für die Entwicklung der Stadt von existenzieller Bedeutung waren; so wie die Urkundendichte zunimmt, so werden auch die Themen zunehmen, die hier in einer Zeit umfassenderer Schriftlichkeit dokumentiert sind. Als das Schwergewicht unter den Reutlinger Urkunden am Ende des 15. Jahrhunderts nenne ich nur die große Privilegienbestätigung durch Kaiser Maximilian, die der Stadt ihre Freiheitsrechte sichert und ihr für über 300 Jahre den Status der freien Reichsstadt garantiert.<sup>19</sup>

Als das Projekt vor zwei Jahren noch ziemlich am Anfang stand, freute ich mich, dass in den heutigen Zeiten so etwas noch möglich ist: In einer Zeit von Haushaltsmittelknappheit, von schnelllebigen Twitterformat-Nachrichten, von Stadtmarketing um des reinen Effekts willen, von Fakenews und Halbwahrheiten, die sich rasend schnell in den sozialen Medien verbreiten – dass in dieser Zeit eine Stadt sich vornimmt, ein Werk für die Ewigkeit zu schaffen – oder doch zumindest für viele hundert Jahre! Ein Werk, das mit sorgfältiger Archivrecherche und umsichtiger Editionstätigkeit, mit hilfswissenschaftlicher Akribie und sprachwissenschaftlicher Präzision die Grundlagen für neue wissenschaftliche Forschung zur Geschichte Reutlingens, aber auch weit darüber hinaus legt! Ich persönlich hätte das nicht für möglich gehalten, ich hätte gesagt, das schafft heute niemand mehr, weil auch der wissenschaftliche Output oft nur noch den kurzfristigen Effekten und dem schnellen Erfolg dient, weil insbesondere staatliche und kommunale Archive so überlastet sind mit den Aufgaben der Digitalisierung, der Erschließung und der Öffentlichkeitsarbeit, sodass sie kaum noch große wissenschaftliche Langzeitvorhaben stemmen können. Dem Bearbeiter, Dr. Bernhard Kreutz, gilt alle Anerkennung dafür, dass er seine Aufgabe so akribisch und zuverlässig gelöst hat. Besondere Anerkennung und Dank gelten auch dem Kulturamt und dem Stadtarchiv für die Ermöglichung und die Begleitung des Vorhabens. Der Stadt Reutlingen ist zu einem echten Juwel, dem ersten Band des Urkundenbuchs, zu gratulieren. Möge es bald eine Fortsetzung, weite Verbreitung in der Fachwelt, aber auch großes Interesse in Reutlingen finden!

---

<sup>19</sup> Vgl. Heinz Alfred Gemeinhardt: Reutlingen, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 2 (Die Territorien im Alten Reich), Stuttgart 1995, S. 698–699; KB Rt. Bd. 2, S. 315.

## Die Marchtaler Fälschungen und die frühe Stadtgeschichte von Reutlingen. Bekannte Quellen in neuem Licht\*

Wilfried Schöntag

Frater Heinrich lobt in seiner um 1299 niedergeschriebenen Geschichte des Prämonstratenserstifts Marchtal die Frömmigkeit der Bewohner der Stadt Reutlingen und deren Spendenfreudigkeit. Er berichtet, dass Propst Walter II. von Marchtal (1229–1243) in der Neustadt von Reutlingen eine geräumige Hofstatt erworben habe.<sup>1</sup> Neben den schon bestehenden Gebäuden habe er eine neue Kapelle errichtet. Da der Erwerb wahrscheinlich im Zusammenspiel mit Bischof Heinrich von Konstanz (1233–1248) erfolgt ist, lässt sich der Zeitraum auf die Jahre 1233 bis 1243 eingrenzen. Auf diesem an die Stadtmauer angrenzenden Areal stehen heute in der Oberamteistraße 29–31 der im 16. Jahrhundert errichtete repräsentative Marchtaler Hof und das im 19. Jahrhundert unter Einbeziehungen von Bauteilen der Marchtaler Kapelle konzipierte Gebäude der Freimaurer-Loge „Glocke am Fusse der Alb“.<sup>2</sup>

Die der Jungfrau Maria geweihte Kapelle war keine bei den Prämonstratensern übliche Privatkapelle, sondern eine mit beschränkten Pfarrrechten ausgestattete, für die Bewohner der Stadt zugängliche Kirche, die damit in Konkurrenz zu der Pfarrkirche Peter und Paul in den Weiden stand. Die auf Seelsorge spezialisierten Prämonstratenser waren bald bei den Bewohnern sehr beliebt. Sie nahmen zahlreich an den Messfeiern teil und wurden von den Chorherren seelsorgerlich betreut. Als Gegenleistungen zahlten sie ihre Stolgebühren und spendeten darüber hinaus großzügig. Die Spiritualität der

---

\* Erweiterter und mit Anmerkungen versehener Text des Vortrags „Was wussten die Marchtaler Prämonstratenser um 1300 über die Stadtentwicklung von Reutlingen? Bekannte Quellen in neuem Licht“ beim Kolloquium „Neue Forschungen zur regionalen Urkundenüberlieferung“ am 6. Dezember 2019 in Reutlingen.

<sup>1</sup> *Historia Monasterii Marchtelanensis*, bearb. v. Georg Waitz, in: *Monumenta Germaniae Historica Scriptorum*, Bd. 24, Hannover 1879, ND Stuttgart 1964, S. 660–683, hier S. 679. Ausführlich dazu Wilfried Schöntag: *Die Marchtaler Fälschungen. Das Prämonstratenserstift Marchtal im politischen Kräftespiel der Pfalzgrafen von Tübingen, der Bischöfe von Konstanz und der Habsburger (1171–1312)* (Studien zur Germania Sacra, NF Bd. 5), Berlin–Boston 2017, S. 144–149.

<sup>2</sup> Moritz Johner: *Geschichte des Marchtaler Hofes und seiner Kapelle in der Reichsstadt Reutlingen*, in: *RGB* 17 (1906), S. 13–37.



Das 1171 gegründete Prämonstatenserstift Marchtal über der Donau. Die Ansicht zeigt Kirche und Konventgebäude in der barocken, 1747–1757 durch Johann Caspar Bagnato vollendeten Ausgestaltung.

Prämonstratenser fand Anklang. Z. B. trat ein junger Reutlinger in den Orden ein, der später in der Nähe seiner Heimat tätig wurde. Im Jahr 1283 wirkte er als Priester in der den Prämonstratensern gehörenden Pfarrei Ammern bei Tübingen.<sup>3</sup> Für den Chronisten lag die Bedeutung des Reutlinger Hofes nicht bei der Verwaltung der in und bei Reutlingen liegenden Güter und Rechte, sondern vor allem in dem Spendenaufkommen. „Celebrentur misse in capellam ut denarios recipiat nostra capsella. Dignum est enim, ut qui altari deseruiunt vivant de altari“.<sup>4</sup> Über das während der Gottesdienste in der Kapelle gespendete Geld hinaus schenkten die Gläubigen zu ihrem Seelenheil zahlreiche Geldzinsen, Wiesen, Äcker und Weinberge. Die Liegenschaften wurden jedoch noch im gleichen Jahr verkauft. Was der Chronist etwas vorwurfsvoll feststellte, hatte zum Hintergrund, dass der Propst von Marchtal gezwungen war, geschenkte Liegenschaften binnen Jahr und Tag zu verkaufen. Dies ist die einzige versteckte Formulierung des Chronisten, dass die Tätigkeit der Prämonstratenser im Reutlinger Hof gewissen von dem Schultheißen und

<sup>3</sup> WUB VIII (vgl. auch die Onlineausgabe unter der URL <https://www.wubonline.de>), Nr. 3198, S. 376; unter den Zeugen: „her Hainrich von Rutilingen singer zu der capelle“.

<sup>4</sup> Historia (wie Anm. 1) (Die Fratres feierten die Messen, damit unsere Schatulle mit Pfennigen gefüllt werde. Es geziemt sich, dass die, welche am Altar eifrig dienen, auch vom Altar leben).

der Stadtgemeinde, der „universitas civium“, erlassenen Regeln unterworfen war.

Mit diesen beiden Themenbereichen – Kapelle mit beschränkten Seelsorge-rechten und Rechtsverhältnisse des Marchtaler Hofes und dessen Verhältnis zur weltlichen Gewalt in Reutlingen – befassen sich Urkunden aus dem Marchtaler Archiv. Für unsere Fragestellung sind vor allem Urkunden von Bedeutung, welche die Jahreszahl 1245,<sup>5</sup> 1275,<sup>6</sup> 1297,<sup>7</sup> 1300,<sup>8</sup> und 1312<sup>9</sup> tra-gen. Trotz der inhaltlichen Unterschiede sind alle ge- oder verfälscht worden. Urkunden, welche zwischen 1250 und 1293 bzw. 1312 vorgenommene Gült-schenkungen dokumentieren, sind alle als Original überliefert. Eine erste mit dem Siegel der Stadt Reutlingen beglaubigte Schenkungsurkunde über Güter in der Stadt Reutlingen stammt aus dem Jahr 1316.<sup>10</sup> Dieser späte Zeitpunkt ist wahrscheinlich damit zu erklären, dass die Prämonstratenser in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts die geschenkten Güter binnen Jahr und Tag wie-der verkaufen mussten. Ich komme später nochmals darauf zurück. Die Marchtaler Überlieferung, die Reutlingen betrifft, ist also zweigeteilt. Die damals üblichen Gült- oder Gütergeschäfte waren von den Fälschungen nicht betroffen. Die Fälschungen bezogen sich allein auf rechtliche Auseinander-setzungen der Marchtaler Prämonstratenser mit den Pfarrherren von St. Peter in den Weiden und der Bürgerschaft der Stadt Reutlingen.

## **Die rechtliche Absicherung der Marchtaler Pflegehofs in der Stadt Reutlingen**

Auch wenn der Marchtaler Chronist die Reutlinger Kapelle und die durch die Seelsorge erlangten materiellen Gewinne in den Vordergrund seiner Erzäh-lung stellt, beginne ich mit den Beziehungen der Prämonstratenser zur Stadt

---

<sup>5</sup> WUB IV, Nr. 1045 S. 101 zu 1245 Juni 22; RUB I, Nr. 3, S. 2; zuletzt dazu W. Schöntag, Fäl-schungen (wie Anm. 1), Nr. 27, S. 438–443.

<sup>6</sup> WUB VII, Nr. 2534 S. 393 zu 1275 Oktober 8; RUB I, Nr. 15 S. 8; W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), Nr. 37 S. 459–462.

<sup>7</sup> WUB XI, Nr. 5002 S. 41 zu 1297 April 13; RUB I, Nr. 57 S. 34; W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), Nr. 67 S. 515–517.

<sup>8</sup> WUB XI, Nr. 5416 S. 356 zu 1300 Januar 15; RUB I, Nr. 66 S. 39; W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), Nr. 74 S. 530–534.

<sup>9</sup> HStA Stuttgart, B 375 U 8 zu 1312 April 10; vom Abt Ulrich von Zwiefalten beglaubigte Ab-schrift 1336 Januar 26, StA Sigmaringen, Dep. 30/12 T 1 Nr. 1263; Edition: Stefan Petersen: Die süddeutschen Prämonstratenserstifte. Anfänge – Regionale Vernetzung – Kurienkon-takte, Habil. Masch. Würzburg 2008, Urkundenanhang Nr. 10 S. 79; W. Schöntag, Fälschun-gen (wie Anm. 1), S. 555–559 Nr. 82.

<sup>10</sup> HStA Stuttgart B 475 U 210 zu 1316 Februar 13; Die Urkunden des Reichsstifts Obermarch-tal. Regesten 1171–1797, bearb. von Hans-Martin Maurer; Alois Sailer (Documenta Suevica, Bd. 5), Eggingen 2005 (künftig: Reg. Marchtal), S. 92, Nr. 153; RUB I, Nr. 117, S. 76 f.

Reutlingen, d. h. mit den Rechten und Pflichten der Bewohner des Marchtaler Hofes. Propst Walter II. von Marchtal (1229–1243) hatte in der Stadt Reutlingen eine Hofstätte („curia“) mit einigen Häusern („curtilibus“) erworben.<sup>11</sup> Auf diesem Areal errichtete er sofort eine Kapelle. Die Umstände des Erwerbs verschweigt der Chronist. Da er die Reutlinger Begebenheit unmittelbar nach der Schenkung der Konstanzer Brückenskapelle Maria Magdalena durch den Konstanzer Bischof Heinrich von Tanne (1233–1248) stellt, hat dieser wahrscheinlich auch in Reutlingen mitgewirkt. Propst Walter war ein enger Mitarbeiter, ja Vertrauter des Bischofs, der in diesen Jahren versucht hat, Einfluss auf das Stift Marchtal zu nehmen. Die Gelegenheit hierzu bot sich an, als der Vogt und Eigenkirchenherr des Stifts, Graf Wilhelm von Tübingen (Böblingen-Asperg-Gießen), seinen Herrschaftsmittelpunkt in die von seiner Mutter geerbte Grafschaft Gleiberg-Gießen verlegt hatte.<sup>12</sup> Das Grundstück lag in der Stadt Reutlingen an der westlichen Stadtmauer neben einem Tor.<sup>13</sup> Die Stadthöfe von Marchtal, Zwiefalten, Salem, später auch der von Königsbronn und nicht zuletzt das Barfüßerkloster liegen wie in einem Kranz um die von den Bürgern errichtete Marienkapelle herum, die spätere Stadtkirche. Nur der Bebenhäuser Hof befand sich in dem am frühesten besiedelten Stadtbereich beim Unteren Tor an der alten Handelsstraße. Die Marchtaler curia war so groß, dass später mehrere Häuser darauf gebaut werden konnten. Propst Heinrich III. verkaufte z. B. im Jahr 1297 dem Pfarrer Ulrich der Schiemer aus Reutlingen ein darauf stehendes Haus.<sup>14</sup>

In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts kam dem Marchtaler Hof eine allen anderen Klosterpfleghöfen vergleichbare Funktion zu, nämlich die Verwaltung der Güter und Rechte in oder bei einer Stadt wahrzunehmen und vor allem Zugang zu einem Markt zu haben. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Prämonstratenser zunächst keinen weiteren Besitz und keine Einkünfte in oder bei Reutlingen besaßen. Aus Marchtaler Sicht war die Stadt Reutlingen jedoch ein geeigneter Standort, um die Erträge der Grangie Ammern (heute

<sup>11</sup> Historia (wie Anm. 1), S. 679.

<sup>12</sup> W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 64–72; zu Propst und Bischof ebd., S. 85 f.

<sup>13</sup> Zum Stadtkataster ausführlich Alois Schneider: Reutlingen (Archäologischer Stadtkataster Baden-Württemberg, Bd. 23), Esslingen 2003, S. 161 f., 175–177; Kurt Albrecht: Reutlingen. Beispiel der Entwicklung einer staufischen Reichsstadt, in: Karawane-Taschenbuch „Die Stauer“, Bd. 2, Ludwigsburg 1969, S. 106–126, hier S. 113, Abbildung des Stadtplans von 1820 mit Einzeichnung einer älteren Stadtmauer um die „Stadt Friedrichs I“. Diese Hypothese konnte bisher bauseits nicht verifiziert werden. Der Katasterplan von 1820 zeigt, dass der Marchtaler Hof an einer von Süd nach Nord verlaufenden Straße liegt, die auf eine alte Grenze eines Siedlungskerns deutet. Eine Karte mit der Lage des Hofes an dem vom Zwingerturm und dem Diebsturm geschützten Tor bei Linda Gaiser: Die Reutlinger Stadtmauer – Schutz Repräsentation Ressource, in: RGB NF 55 (2016), S. 9–66, hier S. 62, 64.

<sup>14</sup> WUB XI, Nr. 5047, S. 124 zu 1297 Sept. 29; Reg. Marchtal, S. 82, Nr. 118; RUB I, Nr. 58, S. 34 zu 1297 September 28. – Hierbei handelte es sich um einen Rentenverkauf gegen einen Ewigzins von sechs Schilling und einem Pfund Ewigzins.

Ammerhof, Tübingen-Unterjesingen)<sup>15</sup>, die etwa eine Tagesreise von 20 km entfernt lag, vermarkten zu können. Die von Pfalzgraf Hugo II. geschenkten Güter in Ammern waren ein isolierter Fernbesitz. Nachdem Propst Walter II. die Stiftsvogtei dem (Pfalz-)Grafen Wilhelm von Tübingen und Gießen entzogen und diese dem Hochstift Konstanz übertragen hatte,<sup>16</sup> waren die Beziehungen zu den Pfalzgrafen gestört und der Markt der Stadt Tübingen bot sich nicht als Umschlagplatz an. Dass der Marktzugang für die landwirtschaftlichen Produkte der Grangie zunächst im Mittelpunkt stand, ergibt sich daraus, dass das Stift neben der Hofstätte zunächst keinen weiteren Besitz in oder bei der Stadt hatte. In den 40er Jahren des 13. Jahrhunderts, als die Reutlinger Stadtwerdung mit der Nennung eines Schultheißen und seines Siegels offenbar wird,<sup>17</sup> muss es einen für die Prämonstratenser attraktiven Marktbetrieb in Reutlingen gegeben haben.

Wie sich die Beziehungen zur Bürgerschaft und dem Rat der Stadt in den folgenden Jahrzehnten entwickelt haben, kann angesichts der schütterten Urkundenüberlieferung nur schwer ermittelt werden. Die erste authentische, einen Marchtaler Stützpunkt in Reutlingen betreffende Urkunde stammt aus den Jahren um 1250. Der Reutlinger Bürger Heinrich gen. Gesello schenkt mit einigen Auflagen im Hinblick auf eine lebenslange Nutzung durch ihn und die Kinder seiner Tochter dem Stift Marchtal eine Wiese am „Stainberch“.<sup>18</sup> Der Text ist von einer Marchtaler Hand geschrieben, Propst und Konvent von Marchtal haben die Urkunde besiegelt. Außer dem Schenkungsobjekt wird kein Bezug zu Reutlingen hergestellt, weder zum dortigen Hof noch zur Kapelle. Mehr als 40 Jahre vergehen, bis wieder eine Reutlingen betreffende authentische Urkunde überliefert ist.

In zwei authentischen Quellen aus dem Jahr 1293 wird erstmals der Hof (curia) der Prämonstratenser genannt.<sup>19</sup> Um einen Gultverkauf an die Prämonstratenser zu verhandeln und zu beurkunden, trafen sich die Beteiligten, der Reutlinger Bürger Ber(thold) Pfannkuch (Phannchuoeh), Propst Heinrich und Zeugen, im Marchtaler Hof (in curia minorum) in Reutlingen. Der Notar Ulrich Shiemarus schrieb die Urkunde, der Abt von Zwiefalten besiegelte die Urkunde. Obwohl die Verhandlung in Reutlingen stattfand, zog es der

---

<sup>15</sup> Wilfried Schöntag: Das reichsunmittelbare Prämonstratenserstift Marchtal (Germania Sacra, Dritte Folge 5, Das Bistum Konstanz, Bd. 6), Berlin–Boston 2012, S. 461 f. – Die Grangienwirtschaft wurde Mitte des 14. Jahrhunderts aufgegeben und die Rentenwirtschaft eingeführt. Der jeweilige Lehensinhaber hatte die Abgaben an den Hof in Reutlingen abzuliefern (Reg. Marchtal, S. 103, Nr. 192 zu 1351 Juli 25).

<sup>16</sup> W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 92–116.

<sup>17</sup> WUB IV, Nr. 963, S. 9 zu 1241; Nr. 994, S. 45 zu 1243.

<sup>18</sup> WUB VI, Nr. N34, S. 471 f.; Reg. Marchtal, S. 62, Nr. 37; RUB I, Nr. 4, S. 2.

<sup>19</sup> Gultschenkung für die Kapelle im Marchtaler Hof, WUB X, Nr. 4338 zu 1293 Februar 4; Reg. Marchtal, S. 76, Nr. 96; RUB I Nr. 41, S. 24; WUB X, Nr. 4416, S. 165 zu 1293 August 22; Reg. Marchtal, S. 76, Nr. 97; RUB I, Nr. 41, S. 24.



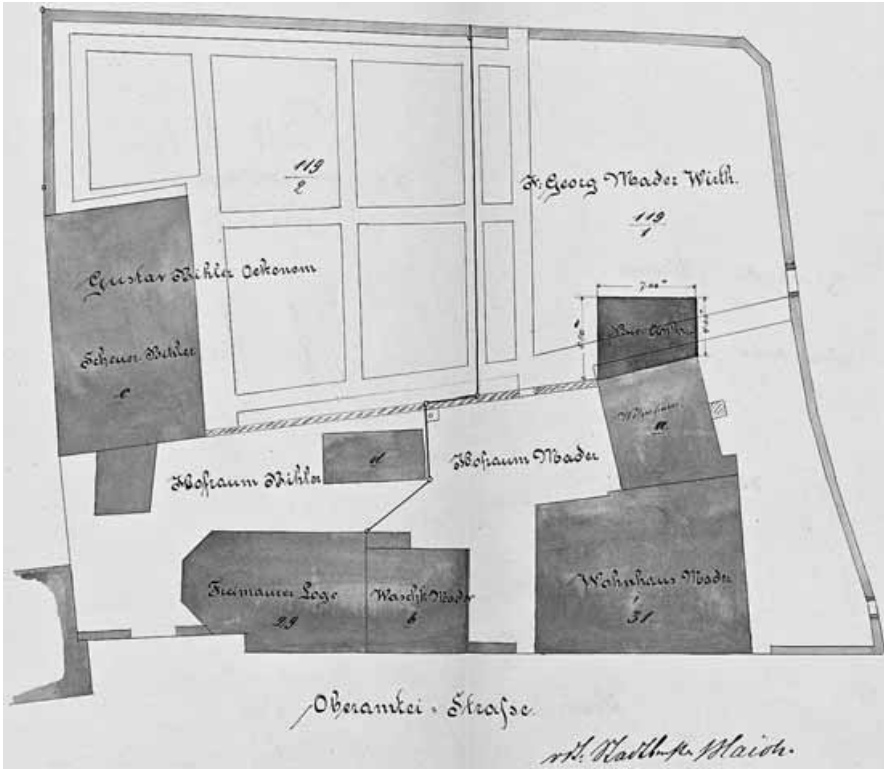
Die um 1900 entstandene Photographie zeigt den Marchtaler Hof an der dem Ledergraben zugewandten Altstadtkante. Rechts noch zu erkennen sind die aus dem benachbarten Franziskanerkloster erwachsenen Gebäude, das heutige Friedrich-List-Gymnasium.

Propst vor, die städtische Gerichtsbarkeit nicht in Anspruch zu nehmen. Abt Heinrich II. brachte auch zwei Jahre später einen Streit über die Verteilung der Einkünfte aus einer Wiese mit den Johannitern in Urach nicht vor das Stadtgericht, sondern ließ ihn 1295 durch einen von Pfarrer (Konrad) Balmar und Heinrich von Hausen herbeigeführten Vergleich beilegen.<sup>20</sup> Diesmal wurde der Vergleich (dinc) jedoch mit dem Stadtsiegel beglaubigt und unter den Zeugen werden unter anderem der Bürgermeister Albrecht Becht (Bethe) und der Zunftmeister Walter Guetensun genannt. Auch als Pfaff Ulrich der Schiemer von Reutlingen, der von Propst Heinrich ein Häuslein im Marchtaler Herrenhof gekauft hatte, dem Stift eine ewige Gülte aus diesem Haus vermachte, wurde dies nicht vor dem Stadtgericht verhandelt.<sup>21</sup> Der Dekan von Bempflingen und der Kirchherr von Hayingen bezeugten und beglaubig-

<sup>20</sup> WUB X, Nr. 4632, S. 319 zu 1295 März 16; Reg. Marchtal, S. 77, Nr. 101; RUB I, Nr. 46, S. 27.

<sup>21</sup> WUB XI, Nr. 5047, S. 77: „[...] gab ze köfenne sin huseli, daz da stat in der herro hove von Martil [...]“. Reg. Marchtal, S. 82, Nr. 118 zu 1297 Sept. 28; RUB I, Nr. 58, S. 34.





Der Plan von 1891 lässt das umfangreiche, ummauerte Areal des Klosterhofs erahnen. Getrennt vom Wirtschaftshof des Stifts liegt die einstige Marienkapelle, schon damals im Besitz der Freimaurer.

ten das Verhandlungsergebnis. Der Hof wurde als Herrenhof bezeichnet, weil die Prämonstratenserchorherren in diesen Jahrzehnten als „Herren“ angesprochen wurden.

Die Güter- und Gültchenkungen müssen umfangreich gewesen sein, so dass die Prämonstratenser seit dem Ende des 13. Jahrhunderts ein Siechenhaus unterhalten konnten.<sup>22</sup> Die Marchtaler Prämonstratenser hatten um 1300 mit Herrenhof, Marienkapelle und Siechenhaus eine für die Seelsorge und Unterstützung der Armen bedeutende Infrastruktur in der Stadt aufgebaut. Dennoch deuten die authentischen Urkunden der zweiten Hälfte des 13. Jahr-

<sup>22</sup> WUB XI, Nr. 5397, S. 345 zu 1300. Die Datierung ist auf 1312 zu verbessern. – „[...] in unser siech hus den siechen ze troest und ze besserunge ir phründe [...]“. Für die jeweiligen Siechen waren feste Pfründen ausgesetzt worden. – Reg. Marchtal, Nr. 128, S. 84; RUB I, Nr. 64, S. 38.

hunderts auf eine gewisse Distanz zu Schultheiß und Gericht der Stadt. Diese Vermutung lässt sich konkretisieren, wenn die Königsurkunden herangezogen werden.

Das Stift Marchtal hatte Urkunden von Kaiser Heinrich VI. und den Königen Philipp von Schwaben, Rudolf I. von Habsburg und Albrecht I., erhalten, die alle nur in überarbeiteter Fassung vorliegen.<sup>23</sup> Das große Privileg von König Rudolf von 1275 enthält einen Passus über die Rechtsverhältnisse des Reutlinger Hofes, der im Rahmen der Überarbeitung der authentischen Königsurkunde stark erweitert worden ist.<sup>24</sup> Die Urkunde wurde lange Zeit als authentisch angesehen.<sup>25</sup> Der Text ist in den Jahren zwischen 1300 und 1306 überarbeitet worden. Diese Eingrenzung ergibt sich daraus, weil das von König Albrecht I. am 15. Januar 1300 erteilte Privileg<sup>26</sup> mit gleichem Wortlaut verfälscht worden ist und die überarbeiteten Königsurkunden im Juli 1306 bei Verhandlungen mit Herzog Friedrich von Österreich und seinen Beamten in Munderkingen vorgelegt worden sind.<sup>27</sup> Der neue Wortlaut, den die Prämonstratenser in Zusammenarbeit mit Klerikern der Kurie des Bischofs von Konstanz entworfen hatten, wurde auf neue Pergamentblätter geschrieben, die Siegel der Könige von den authentischen Urkunden gelöst und an den neuen Pergamenten befestigt.

Dem Reutlinger Hof kommt in der Fälschung nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Das zentrale Anliegen der Fälscher war es, darzustellen, dass der Besitz des Konstanzer Eigenstifts Marchtal von allen weltlichen Abgaben

<sup>23</sup> W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 207–230.

<sup>24</sup> HStA Stuttgart, H 51 U 102 (Findbuch mit Farabbildung der Urkunde auf der Webseite [www.la-bw.de](http://www.la-bw.de)); Regesta imperii (im Folgenden RI), Teil 6, Abt. 1, hrsg. von Oswald Redlich, Innsbruck 1898, ND Wien u. a. 1969, Nr. 437 zu 1275 Oktober 8, auch in Regesta Imperii Online; WUB VII, Nr. 2534, S. 393–398; RUB I, Nr. 15, S. 8; W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 226–231, S. 459–462, Nr. 37. Als Vergleich für eine übliche Privilegienbestätigung siehe die Urkunde König Albrechts I. für das Prämonstratenserstift Adelberg: WUB XI, Nr. 5408, S. 351 zu 1300 Januar 6.

<sup>25</sup> Bernhard Diestelkamp; Ute Rödel (Bearb.): Urkundenregesten zur Tätigkeit des deutschen Königs- und Hofgerichts bis 1451, Bd. 3: Die Zeit Rudolfs von Habsburg 1273–1291 (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Sonderreihe), Köln-Wien 1986, Nr. 62, S. 51 f. Der Bearbeiter der Marchtaler Urkunden im WUB VII, erschienen 1900, hatte die Urkunde jedoch schon als Fälschung bezeichnet und eine lange Begründung geliefert (Bd. 7, S. 396–398). Der Bearbeiter Dr. Gebhard Mehring (1864–1931) wollte die Zeitstellung und den Hintergrund für die Fälschung „[...] an anderer Stelle [...]“ behandeln (S. 398), wozu er jedoch nicht mehr gekommen ist. Dazu W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 8 f.

<sup>26</sup> HStA Stuttgart, H 51 U 170, farbige Abbildung im Internetfindbuch (wie Anm. 24); WUB XI, Nr. 5416, S. 356 f.; RI VI (wie Anm. 24), Nr. 254; Reg. Marchtal, Nr. 129, S. 84 f.; RUB I, Nr. 66, S. 39; zur Fälschung vgl. W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 530–534.

<sup>27</sup> Ebd., S. 208–235, zum Gerichtstag in Munderkingen am 17. Juli 1306 s. S. 231 f.



Aus der Arbeit der Fälscher: Um die überarbeitete Urkunde von 1245 gerichtsfest zu machen, wurde eine auf 1297 datierte Abschrift (Transsumpt) nochmals in Urkundenform gebracht und auf das Jahr 1308 datiert. Auf der Rückseite des Pergamentblattes steht der Text der verfälschten Bulle von Papst Clemens V. von 1312, ebenfalls in die Form einer in das Jahr 1312 datierten angeblich beglaubigten Urkunde.

und Diensten befreit war.<sup>28</sup> Dies richtete sich gegen die Übergriffe der Habsburger Beamten auf Marchtaler Besitz seit dem Ende des 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts. An zweiter Stelle stand der Kampf gegen die von den Prämonstratensern bestrittenen Vogteien der Grafen von Berg über Kirchbierlingen und der Grafen von Tübingen über Ammern. Erst an dritter Stelle ist ein Textbaustein über den Reutlinger Hof eingerückt worden, dem wohl eine einfache Besitzbestätigung zugrunde liegt, die stark verändert worden ist. Der Hof wird nicht in der Liste der Marchtaler Besitzungen aufgeführt, die der König von allen weltlichen Dienstbarkeiten befreite. Im Unterschied dazu nimmt König Rudolf I. den gesamten Besitz in und im Bereich der Stadt in den königlichen Schutz und setzte als jährliche Steuer 30 Schilling Heller als Zeichen und Anerkennung der Freiheit fest.<sup>29</sup> Eine drastische Poenformel

<sup>28</sup> WUB VII, Nr. 2534, S. 393: „[...] ut ipsum monasterium Marthellense cum rebus et personis intus et extra sit immune liberum et exemptum ab omni iugo humane servitutis, [...]“.

<sup>29</sup> WUB VII, Nr. 2534, S. 394, „[...] Curiam etiam in Rutelingen et omnia, que intra septa ipsius civitatis et in confinio eiusdem possidet monasterium memoratum, in nostram regalem suscipimus protectionem litteras per presentes decernendo et statuendo, ut prelate possessiones annuatim triginta solidos Hallensium, sicut hucusque consuetudo obtinuit, pro stipendio ipsi civitati et nichil amplius persolvant pro intersigno omnimode libertatis, [...]“.

droht den Amtspersonen der Stadt und dem königlichen Prokurator auf der Achalm hohe Strafen wie Geldbußen oder Amtsenthebung an. Bemerkenswert ist, dass der Herr der Achalm, Graf Albrecht von Hohenberg, Landvogt, in der Poenformel mit den städtischen Großen als potentieller Übeltäter gleichgesetzt wird.

Die eingeschobenen und verfälschten Poenformeln der Fälschungen von 1275 und 1300 sind fast gleichlautend,<sup>30</sup> und erlauben keine Aussage über die damalige Gewaltenteilung in der Stadt. Genannt werden der vom König als Stadtherr eingesetzte Schultheiß, die Bürgerschaft und Ratsherren und der Herr oder sein Stellvertreter (procurator) auf der Burg Achalm, der die königliche Vogtei über die Stadt ausübte. Der 1293 genannte Bürgermeister (Albrecht Becht) wird nicht genannt und wahrscheinlich unter den Consules subsumiert.

Welche Bedeutung kam der Bestätigung der jährlich von den Prämonstratensern zu zahlenden 30 Schillinge „pro stipendio ipsi civitatis“ zu? Hierbei handelt es sich um die in den verschiedenen Stadtrechten Süddeutschlands genannten Steuern und Wachtdienste. Im Esslinger Stadtrecht lautet die Formulierung „[...] und gebe steuer und wacht, die behebt man doch für burger.“<sup>31</sup> Die Prämonstratenser genossen in Reutlingen das Bürgerrecht, waren aber nicht von der Steuer befreit wie etwa der Salemer Hof in Esslingen.<sup>32</sup> Die Prämonstratenser zahlten demnach seit Langem einen festen Satz von 30 Schillingen als Bürgergeld für die Hofstätte (curia) in Reutlingen und den gesamten Besitz, der innerhalb der Stadtmauern (saepa ipsius civitatis) und im Weichbild (in confinio) lag. Hierbei muss es sich um die Hofstätte mit den Häusern und der Kapelle gehandelt haben und vor allem um die Gülten, denn in den ersten Jahrzehnten durften die Prämonstratenser keine Liegenschaften erwerben. Wie der Chronist treffend bemerkt hatte, mussten die geschenkten Liegenschaften binnen einem Jahr verkauft werden. Da ein Reutlinger Stadtrecht aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts nicht erhalten ist, bestätigt ein Blick in die Stadtrechte von Esslingen, Ravensburg oder Überlingen, die in

<sup>30</sup> Fassung 1275: „[...] si scultetus, qui pro tempore fuerit, vel universitas aut consules predictae civitatis sive dominus et procurator castri in Achaln [...]“. Fassung 1300: WUB XI, Nr. 5416 S. 356f.: „[...] si scultetus qui pro tempore fuerit universitas aut consules vel dominus castri in Achaln seu etiam maiores dicte civitatis in Rutelingen [...]“.

<sup>31</sup> Die Stadt Esslingen teilt ihr Recht der Stadt Brackenheim mit: WUB XI, Nr. N5688, S. 541 zu 1280 Mai 29; vgl. die Formulierung: „[...] stipendium seu sturam, que vulgariter samenschatz dicitur, inposimus [...]“, die für den Grundbesitz erhoben und aus Billigkeitsgründen von St. Blasien mit einer wesentlich niedrigeren jährlichen Zahlung von vier Pfund abgelöst wird. Von dieser Zahlung konnte nur der König befreien. Urkundenbuch der Stadt Esslingen, bearb. von Adolf Diehl, Stuttgart 1899, ND 2010, Bd. 1, S. 33, Nr. 138 zu 1277 Januar 18.

<sup>32</sup> König Rudolf für Zisterzienserkloster Salem, 1274 November 4, WUB VII, S. 330, Nr. 2451; vgl. die Befreiung des Herrenalber Klosterhofs in Weil der Stadt von der Steuer und allen Diensten, 1275 Dez. 29, WUB VII, Nr. 2545, S. 407.

diesem Punkt übereinstimmen, diesen Sachverhalt.<sup>33</sup> Über die Reutlinger Verhältnisse informiert eine Urkunde für das Zisterzienserkloster Bebenhausen aus dem Jahr 1267. Die Zisterzienser lösten mit jährlich 2 Pfund Heller, was 40 Schillingen entspricht, die städtischen Steuern und Abgaben ab und durften keine Liegenschaften in der Stadt erwerben.<sup>34</sup> Wenige Jahre später, 1282, milderte die Bürgerschaft jedoch diese Bestimmung.<sup>35</sup> Den Zisterziensern wurde erlaubt, Schenkungen und Vermächtnisse bis zum Wert von 200 Pfund Heller anzunehmen. Hierfür hatten sie jedoch eine Schenkungssteuer von 10 Schillingen für je 50 Pfund Schenkungsgut zu zahlen, die auf die jährliche Steuer von 2 Pfund Heller aufgeschlagen wurden. Wenige Jahre später finden wir das gleiche Verfahren in Esslingen. Die Stadt Esslingen traf 1288 mit dem Kloster Bebenhausen eine neue Vereinbarung über die Höhe der für die im Stadtgebiet gelegenen Güter zu entrichtenden Steuer.<sup>36</sup> Da die Zisterzienser beträchtliche Liegenschaften erworben hatten, wurde die Steuer auf neun Pfund Heller erhöht. Im Vergleich mit diesen Beträgen zahlten die Prämonstratenser in Reutlingen eine fixierte geringe Summe. Die Könige Rudolf I. und später Albrecht I. haben die Prämonstratenser nicht von der jährlichen Steuer befreit. Beide hatten der Stadt nur verboten, den Betrag von 30 Schillingen zu erhöhen. Dies ist bemerkenswert, hatten doch beide Könige in einer vorhergehenden Passage der Urkunde andere namentlich genannte Marchtaler Besitzungen von allen Diensten und Abgaben befreit.<sup>37</sup> Möglicherweise hatte es einen Streit zwischen Schultheiß und Stadtrat und den Prämonstratensern gegeben, diese mit Stadthöfen anderer Orden gleichzustellen und die Steuer zu erhöhen. Um 1300 wehrten sich der Marchtaler Propst und die Konstanzer Bischofskurie dagegen und setzten die 30 Heller sowohl in die Privilegierung König Rudolfs als auch in die von König Albrecht I. von 1300 ein.<sup>38</sup> Mithilfe der beiden verfälschten Königsurkunden konnten sie die-

---

<sup>33</sup> Vgl. König Rudolf I. für Ravensburg, 1276 Juni 15: „[...] Nullus etiam miles nec monachus predium aliquod in civitate predictorum civium iure hereditario acquirere poterit nec tenere. Et si aliquod predium alicui cenobio vel aliis personis religiosis dabitur propter deum, infra terminum unius anni vendere tenentur, quod si facere neglexerint, extunc proprietatis eiusdem predii ad heredes tradentis succedet libere et quiete [...]“. WUB VII, Nr. 2596, S. 447; RI VI (wie Anm. 24), Nr. 562.

<sup>34</sup> WUB VI, Nr. 1907, S. 298 zu 1267 März 5: „[...] sic eidem in posterum ab omni exactione et precaria sint liberi penitus et immunes, hoc adiecto, quod eidem eciam apud nos in posterum nulla predia licent comparare, si quid vero per elemosinam assecuti fuerint, infra spacium unius anni vendere teneantur.“

<sup>35</sup> WUB XII, Nr. 5990 zu 1282 Januar 30; RUB I, Nr. 23, S. 13 f.

<sup>36</sup> Esslingen 1288 Februar 2, UB Esslingen Bd. 1, S. 61, Nr. 175, Text C. Eine zweite Ausfertigung in anderer Form mit einigen weiteren Bestimmungen unter dem Datum 1288 Febr. 3, ebd., S. 64, Anm. 1.

<sup>37</sup> W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 146, bes. Anm. 295.

<sup>38</sup> WUB XI, Nr. 5416, S. 356 zu 1300 Jan. 15; RI (Böhmer), Albrecht Nr. 254; Reg. Marchtal S. 84, Nr. 129; W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 148 f., S. 530–534, Nr. 74. Die Verfälschung des Textes ist zwischen 1300 und 1306 vorgenommen worden.

sen Anspruch gegenüber der Stadt durchsetzen. Eine Besitzvermehrung in Reutlingen führte zu keiner Erhöhung der Steuer. Die Fälscher gingen jedoch noch einen Schritt weiter und bezeichneten die Vergünstigung als *libertas*, als Freiheit.<sup>39</sup> In zahlreichen anderen gleichzeitigen Fälschungen wird die *libertas* von jeder weltlichen Gewalt beansprucht. Als Beleg hierfür beriefen sich die Prämonstratenser auf die verfälschte Gründungsurkunde von Pfalzgraf Hugo II., die immer wieder als *Privilegium libertatis* zitiert worden ist.<sup>40</sup> Diese Formulierung diente den Prämonstratensern bis zum Ende des Alten Reichs dazu, den Reutlinger Hof als „Freihof“, als besonders privilegierten Hof, zu bezeichnen. Die Fälschungen zeigten gegenüber dem Stadtrat ihre Wirkung. In den nächsten Jahrhunderten zahlten die Prämonstratenser jährlich 30 Schillinge, manchmal sogar weniger.<sup>41</sup> Weiterhin bestand jedoch die Unsicherheit, ob der Stadtrat erlaubte, die geschenkten Gülten und Liegenschaften behalten zu dürfen oder diese verkaufen zu müssen.<sup>42</sup>

Bisher wurde die Verleihung des königlichen Schutzes über den Stadthof der Prämonstratenser nicht problematisiert. Es ist in Erinnerung zu rufen, dass ja nur der Stadthof Königsschutz genoss, nicht das Stift Marchtal oder sein sonstiger Besitz. Die Passage ist nicht kanzleigemäß, denn es fehlt das Wort *specialis*. Weiterhin fehlt im Vergleich mit ähnlichen Privilegien König Rudolfs eine Bestimmung, wer den Königsschutz über den Hof praktisch ausüben soll. Der „Königsschutz“ war eine Erfindung der Fälscher. In späteren Jahrhunderten waren es Bürgermeister und Rat der Stadt Reutlingen, die Schutz und Schirm über den Stadthof ausübten. Wie sahen im 13. Jahrhundert die rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten aus? Der erwählte König Konrad nahm 1240 das Kloster Weil bei Esslingen in seinen Schutz und beauftragte mit der Ausübung den Schultheißen von Esslingen und den Vogt auf der Achalm.<sup>43</sup> 1282 übten Schultheiß, Rat und Bürgerschaft von Reutlingen den Schutz über den Stadthof des Klosters Bebenhausen aus.<sup>44</sup> Wenn König Rudolf Klosterhöfe in den königlichen Schutz aufgenommen hatte, delegierte

<sup>39</sup> „[...] pro intersigno omnimode libertatis [...]“, sowohl in der Verfälschung von 1275 als auch in der Urkunde König Albrechts I. von 1300 Januar 15, WUB XI, Nr. 5416, S. 357.

<sup>40</sup> HStA Stuttgart, B 475 U 126 zu 1171 Mai 1 (Ausfertigung A), Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv, Regensburg, KUM 1, 1171 Mai 1 (Ausfertigung A); W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 349–356, Nr. 1. Die Verfälschungen wurden zwischen 1298/99 und 1304/06 vorgenommen.

<sup>41</sup> StA Sigmaringen, Dep. 30/12 T 1 Nr. 1360 zu 1555 August 26; Reg. Marchtal, S. 354, Nr. 1066.

<sup>42</sup> WUB XII, Nr. 5397, S. 345 zu 1300. Die Begründung für die Datierung ist nicht zu halten. Wenn das zweite „zehen“ gestrichen würde, fehlt tausend.

<sup>43</sup> Schwäbisch Gmünd, 1240 Juni, WUB III, Nr. 945, S. 449: Der erwählte römische König Konrad (IV.) nimmt die Priorin und den Konvent der Nonnen zu Weil in seinen und des Reiches Schutz und beauftragt den Schultheißen von Esslingen und den Vogt von Achalm, diesen wahrzunehmen.

<sup>44</sup> Nur in WUB online Bd. XII Nr. 5990; RUB I, Nr. 23, S. 13 f.

er den Schutz an die jeweilige Stadtobrigkeit.<sup>45</sup> Nicht zuletzt entspricht die Formulierung in den Urkunden von 1275 und 1300 nicht der Kanzleisprache, sodass der Königsschutz von den Fälschern frei erfunden worden ist.

Da an beiden Pergamenten die königlichen Siegel umgehängt worden sind, es also Vorurkunden gab, deutet die jeweilige Nennung des Herrn auf der Achalm 1275 und 1300 darauf, dass anlässlich der herrschaftlichen Verschiebungen Urkunden für das Stift Marchtal ausgestellt worden sind. 1273 hatte König Rudolf die in Händen der Grafen von Württemberg liegenden Pfandschaften über die Achalm und die Stadt Reutlingen ausgelöst und sie Graf Albrecht II. von Hohenberg übertragen, der auch Landvogt in Niederschwaben war. 1298 hatte sich die Lage wieder verändert. Graf Eberhard von Württemberg erlangte die Landvogtei Niederschwaben und damit auch die Vogteien über die Achalm und Reutlingen.

## Die Marienkapelle im Herrenhof in Reutlingen

Die Marienkapelle im Herrenhof wird erstmals 1293 anlässlich einer Seelgerätstiftung in einer authentischen Urkunde genannt.<sup>46</sup> Wenige Jahre später, 1299, stiftete die Mesnerin Adelheid als Seelgerät für sich und ihre Familie ein ewiges Licht vor dem Altar im Chor der Marienkapelle.<sup>47</sup> Aus diesen Angaben kann geschlossen werden, dass die Kapelle baulich fertiggestellt worden war. Fast gleichzeitig berichtet der Marchtaler Chronist über die üppigen Einkünfte der Kapelle,<sup>48</sup> wie oben schon dargestellt wurde. Der Marienkapelle im Marchtaler Hof wurden später immer wieder Gülten und Liegenschaften geschenkt.<sup>49</sup> Die Bedeutung der Marienkapelle für das geistliche Leben der

---

<sup>45</sup> Vgl. die sehr gut dokumentierte Aufnahme des Klosters St. Blasien im Jahr 1277 in das Bürgerrecht der Stadt Esslingen auf Geheiß König Rudolfs: Die Bürgerrechtsaufnahme ist verbunden mit dem Schutz und Schirm („[...] defendere et in iure conservare [...]“) über den St. Blasianer Besitz in Esslingen, 1277 Januar 18, Urkundenbuch Esslingen (wie Anm. 31), Bd. 1, S. 32, Nr. 137; Urkundenbuch des Klosters Sankt Blasien im Schwarzwald, bearb. v. Johann W. Braun, Stuttgart 2003, Teil 1, S. 665, Nr. 515. Zum gleichen Datum verglichen sich Stadt und Kloster, alle steuerlichen Verpflichtungen und Abgaben durch eine jährliche Pauschale von vier Pfund abzulösen, UB Esslingen S. 33, Nr. 138; UB Sankt Blasien S. 666, Nr. 516.

<sup>46</sup> WUB X, Nr. 4338: „[...] ut diebus vite mee unam dimidiam libram cere in festo beati Michaelis capellam ipsorum officiantibus debeam presentare [...] ad predictam capellam in Ruetlingen [...] rectoribus capelle [...]“. Reg. Marchtal, Nr. 96, S. 76; RUB I, Nr. 41, S. 24. Die Urkunde besiegelte der Abt von Zwiefalten.

<sup>47</sup> WUB XI, Nr. 5199, S. 187; Reg. Marchtal, S. 82, Nr. 120; RUB I, Nr. 60, S. 35. – Die Urkunde besiegelte der Propst von Marchtal.

<sup>48</sup> Historia (wie Anm. 1), S. 679.

<sup>49</sup> Z. B. um 1300 HStA Stuttgart, B 475 U 203; Reg. Marchtal S. 84, Nr. 125; HStA Stuttgart, B 475 U 206 zu 1304 Juli 15; Reg. Marchtal, S. 88, Nr. 140; HStA Stuttgart, B 475 U 208 zu 1309 Mai 18; Reg. Marchtal, S. 89, Nr. 143.



Innenraum der Kapelle des Marchtaler Hofes (Oberamteistraße 29) in ihrer spätgotischen Ausgestaltung. Heute genutzt durch die Freimaurerloge „Glocke am Fusse der Alb“ und der Druidenloge „Achalm“.

Bürger unterstreicht eine Pfründstiftung. Der Priester (phaff) Konrad Balde-  
mar aus Reutlingen hatte Güter in Kusterdingen und Lustnau aufgekauft und  
diese dem Propst von Marchtal übertragen, damit er mit den Einkünften einen  
Kaplan an der Marienkapelle unterhalte.<sup>50</sup> Für die Seelsorge stand neben den  
Prämonstratensern nun ein weiterer Weltpriester an der Kapelle zur Ver-  
fügung.

Die Marienkapelle nimmt innerhalb der Marchtaler Fälschungen breiten  
Raum ein.<sup>51</sup> Die Kapelle wird in einer Urkunde Bischof Heinrichs I. von  
Tanne aus dem Jahr 1245 genannt, die in den Jahren zwischen 1307 und 1312  
verfälscht worden ist. Der in diese verfälschte Urkunde eingeschobene Text  
ist die Grundlage für alle weiteren Fälschungen. Um unverdächtige Urkunden  
in einem gerichtlichen Urkundenbeweis vorlegen zu können, fügten die  
Prämonstratenser im ersten Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts gefälschte Text-  
bausteine in Abschriften älterer Urkunden ein und ließen sich diese mehrmals

<sup>50</sup> HStA Stuttgart, B 475 U 205; Reg. Marchtal, Nr. 140, S. 88; RUB I, Nr. 73, S. 44: „[...] an  
unser Frowen capelle die si hant zu Rutelingen [...] ainen priester ewklich ze bestatende bi  
der selben capelle [...]“.

<sup>51</sup> Ausführlich dazu W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 149–158.



beglaubigen. Damit erhielten sie eine Reihe von „älteren“ Urkunden und konnten die beanspruchten Rechte als altes Recht ausgeben. Den gerichtlichen Urkundenbeweis forderten die Prämonstratenser in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts wiederholt, da sie sich mit ihrem reichhaltigen Arsenal von Fälschungen einen Vorteil vor allem gegenüber weltlichen Gegnern geschaffen hatten, die über kein Archiv verfügten. Wegen der komplizierten Überlieferung der Fälschungen und Verfälschungen kann daher der mit der Marienkapelle zusammenhängende Fälschungskomplex in seiner Komplexität nicht dargestellt werden.<sup>52</sup>

Für die Reutlinger Geschichte ist vor allem von Bedeutung, den historischen Hintergrund der verfälschten und erweiterten Urkunde von Bischof Heinrich I. von Konstanz herauszuarbeiten, die er angeblich im „Lager unseres Sieges“ am 22. Juni 1245 ausgestellt hat.<sup>53</sup> In krassem Gegensatz zu dem zeitgemäßen Urkundenstil hat der Marchtaler Fälscher weitschweifig und mit großer Phantasie von einem Kriegszug Bischof Heinrichs I. von Konstanz im Swigerstal erzählt. Propst Walter II. habe den Bischof bei Kämpfen in der Nähe des mittleren Neckar- oder Ermstals (Swigerstal) gegen eine große Feindeschar materiell unterstützt und ihn durch Lieferung von Lebensmitteln aus großer Not gerettet.<sup>54</sup> Dank dieser Unterstützung habe der Bischof den Kampf siegreich beenden können. Weder die Namen der Gegner werden genannt noch der Ort des Siegeslagers, in dem die Urkunde ausgestellt worden sein soll. Aus Dankbarkeit und als Gegenleistung gewährte der Bischof der Marienkapelle im Marchtaler Hof gewisse Anteile an den während der Messen gespendeten Gaben. Die die Messe feiernden Prämonstratenser durften die vor der Lesung der Epistel und nach der Messfeier gespendeten Opfergaben und Vermächtnisse („oblationes vel remedia animarum“) oder die zu anderen Zeiten eingegangenen Spenden für ihre Zwecke nutzen. Jedoch standen die Gaben und Stolgebühren („super altare vel ad stolam sacerdotis oblate fuerint“), die nach dem Beginn der Epistellesung bis zum Ende der Messfeier gespendet wurden, den Priestern der Pfarrkirche St. Peter zu. Holten die Priester der Pfarrei die Spenden nicht innerhalb von drei Tagen ab, sollten die Fratres diese für den Bau ihrer Kapelle verwenden. Weiterhin durften die Prämonstratenser die Beichte abnehmen, die Gläubigen absolvieren und den an der Predigt teilnehmenden Menschen einen 30-tägigen Ablass erteilen. Nach einer ausführlichen Poenformel, die sich an die Pfarrrektoren und Presbyter in Reutlingen richtet, folgt eine Erklärung über die Beweggründe

---

<sup>52</sup> Ebd., zur Urkunde 1245 Nr. 27, S. 438–443; zu 1297 April 13 Nr. 67, S. 515–517; zu 1297 August 11 Nr. 69, S. 519–521; zu 1308 Nr. 79, S. 550–551; zu 1312 Nr. 82, S. 555–559.

<sup>53</sup> HStA Stuttgart, B 475 U 33; WUB IV, S. 101, Nr. 1045 zu 1235 Juni 22; Reg. Marchtal, S. 58, Nr. 28 zu 1235 Juni 22; RUB I, Nr. 3, S. 2; W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 438–443, Nr. 27. Zur Vorliebe der Fälscher für kriegerische Inszenierungen ebd., S. 434.

<sup>54</sup> Ebd., S. 551 f.

des Bischofs. Er wolle mit der Schenkung den Kult in der Marienkapelle verbessern, weil ihn die Jungfrau Maria zu einem triumphalen Sieg geführt habe.

Die mehrfache Begründung für den angeblichen Sieg des Bischofs sollte die Historiker, die die Urkunde kurzerhand in das Jahr 1235 umdatierten, stutzig gemacht haben. 1235 hatten die kaiserlichen Truppen zwar die Burg Achalm erobern können, wegen der großen Verluste aber weder die Burg Hohenneuffen belagern noch die Anhänger König Heinrichs (VII.) verfolgen können. Damals wie 1245 hat es sicherlich kein Siegeslager gegeben. Es passte manchem Historiker zu schön zu den Ereignissen des Jahres 1235, den Auseinandersetzungen von Anhängern König Heinrichs (VII.) und seines Vaters Friedrich II.<sup>55</sup> Der Stuttgarter Archivar Karl Weller datierte die verfälschte Urkunde von 1245 in das Jahr 1235, da ihm die Geschichte gut in den heldenhaften Kampf Heinrichs (VII.) gegen die Truppen seines Vaters Friedrich II. im Ermstal passte.<sup>56</sup> Durch seine Veröffentlichung, die ungeprüft über Jahrzehnte hinweg kanonische Geltung erlangt hatte, gelangte die Episode selbst in moderne Standardwerke.<sup>57</sup> Doch 1235 kämpfte Bischof Heinrich I. – zu seinem Aufgebot gehörten auch einige Pröpste von Prämonstratenserstiften – im Auftrag Kaiser Friedrichs II. gegen die Herren von Justingen im Raum von Münsingen und Ehingen, also weit entfernt vom Ermstal.<sup>58</sup> Auch berücksichtigte Weller nicht, dass sich Bischof Heinrich I. im Sommer 1245 am mittleren Neckar aufgehalten hat, denn am 16. Juni hat er in Tübingen eine Urkunde ausgestellt.<sup>59</sup> Es hat also eine echte bischöfliche Vorurkunde gegeben, die für das Stift Marchtal am 22. Juni 1245 ausgestellt worden ist. Von dieser authentischen Urkunde haben die Marchtaler Fälscher die beiden Siegel von Bischof Heinrich I. und von dem Konstanzer Domkapitel gelöst, indem sie diese flach aufschnitten und an einem neuen Pergament mit dem neuen, erweiterten Text wieder befestigten. Die Schnittstellen wurden mit einer dicken Wachsschicht überstrichen.

Auch wenn wir in der romanhaften Erzählung keine Hinweise auf die Stadtgeschichte finden, so gibt uns doch die Regelung über die Verwendung der Spenden einen wichtigen Einblick in das religiöse Leben der mittelalter-

---

<sup>55</sup> Zu den Kämpfen 1235 um die Burgen Achalm und Hohenneuffen Heinz Alfred Gemeinhardt: Die Belagerung Reutlingens an Pfingsten 1247. Erinnerung an ein wichtiges Datum der frühen Stadtgeschichte, in: RGB NF 36 (1997) S. 189–220, hier S. 194f.; W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 89, mit Literatur in den Anm. 60–62.

<sup>56</sup> Karl Weller: Zur Kriegsgeschichte der Empörung des Königs Heinrich gegen Kaiser Friedrich II., in: Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte NF 4 (1895), S. 176–184, hier S. 182.

<sup>57</sup> Z. B. Wolfgang Stürner: Friedrich II. 1194–1250, Darmstadt<sup>3</sup>2009, Teil 2, S. 305f.

<sup>58</sup> Zu den Kämpfen bei der Burg Justingen und dem Vorgehen des Bischofs zum Erwerb des Justinger Besitzes in Frickingen s. W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 86–88, 153.

<sup>59</sup> Regesta Episcoporum Constantiensium. Regesten zur Geschichte der Bischöfe von Konstanz, Bd. 1, bearb. von Paul Ladewig; Theodor Müller, Innsbruck 1895, Nr. 1620.

lichen Stadtbewohner und vor allem in den Ablauf einer Messfeier. Die Prämonstratenser durften die Opfergaben, die als Heilmittel für die Seelen bezeichnet wurden, behalten, wenn die Gläubigen diese vor dem Beginn der Epistellegung und nach dem Ende der Messe auf den Altar gelegt oder unmittelbar dem Priester übergeben hatten. Auch die sonstigen Spenden durften sie für ihre Zwecke verwenden. Die Opfer aber, welche die Gläubigen nach dem Beginn der Epistellegung bis zum Ende der Messe auf den Altar gelegt oder dem Priester anvertraut hatten, standen den Priestern der Pfarrkirche St. Peter und Paul in den Weiden zu. Wenn diese nicht binnen drei Tagen abgeholt wurden, durften die Prämonstratenser diese Spenden für Bauarbeiten an der Marienkapelle verwenden. Für die Gläubigen gab es während des Ablaufs der Messe vielfältige Möglichkeiten, nicht nur dem Priester zuzuhören, sondern auch etwas Materielles für ihr Seelenheil zu tun.

Die oben genannten Zeiträume der Fälschungen weisen darauf, dass diese Praxis über Jahrzehnte hinweg Bestand hatte, aber um oder nach 1308 gefährdet war. Der Grund lässt sich in wenige Worte fassen. Das Patronatsrecht der Reutlinger Pfarrkirche Peter und Paul in den Weiden gehörte König Albrecht I., der es im Jahr 1308<sup>60</sup> dem von ihm 1303 gegründeten Zisterzienserkloster Königsbronn geschenkt hat.<sup>61</sup> 1325 erlaubte Papst Johannes XXII. die Inkorporation der Pfarrei in das Zisterzienserkloster Königsbronn und beauftragte den Bischof von Augsburg mit dem Vollzug.<sup>62</sup> Die Zisterzienser benötigten für den Aufbau ihres neuen Klosters beträchtliche Mittel und versuchten daher wohl, die Einkünfte der Reutlinger Pfarrei in den Weiden zu vermehren. Das aufwendige Vorgehen der Prämonstratenser – immerhin wurden vier Bischofsurkunden und eine päpstliche Bulle verfälscht – weist darauf hin, dass das von dem Chronisten geschilderte einträgliche Geschäft mit den Opfergaben der Marienkapelle gefährdet war. 1312 verfälschten sie eine von Papst Clemens V. ausgestellte Bulle,<sup>63</sup> indem sie den aus der verfälschten Bischofsurkunde von 1245 genommenen ausführlichen und ungekürzten Passus über die Aufteilung der Spenden zwischen der Pfarrei in den Weiden und der Marchtaler Kapelle einfügten. Die Absicherung der beschränkten Pfarr-

---

<sup>60</sup> HStA Stuttgart, H 51 U 225; RI VIII, Nr. 7198; RUB I, Nr. 81, S. 48–49: „[...] ius patronatus ecclesie parrochialis in Ruttelingen quod nobis et imperio pertinet [...].“ Grundlegend Wolfgang Zimmermann: Die Beziehungen zwischen der Zisterzienserabtei Königsbronn und der Reichsstadt Reutlingen im Mittelalter, in: RGB NF 45 (2006), S. 55–73, hier S. 62–66.

<sup>61</sup> Zu 29. April 1303 HStA Stuttgart, A 495 U 19; Übergabe des Stiftungsguts an das Kloster Salem, welches das neue Kloster aufbauen sollte 1303 Mai 1, HStA Stuttgart, H 51 U 178.

<sup>62</sup> HStA Stuttgart, B 201 U 305; RUB I, Nr. 144, S. 89. Dazu Zimmermann, Beziehungen, S. 65f.

<sup>63</sup> Papst Clemens V., Vienne 1312 April 10, HStA Stuttgart, B 475 U 8; Textabdruck: S. Petersen: (wie Anm. 9), S. 79–81, Nr. 10; Text auch bei W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 1), S. 555–559f., Nr. 82.

rechte der Marienkapelle war nur ein Teil eines wesentlich größeren Fälschungskomplexes, mithilfe dessen sich die Prämonstratenser die Nutzungsrechte mehrerer Pfarreien sichern wollten.<sup>64</sup> Die Verfälschung der Papsturkunde von 1312 stellte den Abschluss der Arbeit der Marchtaler Fälscher dar.

Die Historiker sind seit dem 19. Jahrhundert ganz unterschiedlich mit den ge- und verfälschten Marchtaler Urkunden umgegangen. Inzwischen wissen wir, dass es mehrere Fälschungskomplexe gegeben hat, die unterschiedliche Ziele hatten. Die nach 1300 angefertigten Texte über die Rechtsverhältnisse des Marchtaler Hofes spielten dabei nur eine untergeordnete Rolle. Sie waren als Textbaustein in Königsurkunden eingefügt worden, mit denen das Vordringen der Habsburger an der Donau gestoppt und die Unabhängigkeit und „Freiheit“ des Stifts Marchtal und seiner Besitzungen gesichert werden sollten.<sup>65</sup> Ein weiterer Fälschungskomplex hatte zum Ziel, den Prämonstratensern die Nutzung von Pfarreieinkünften und der Reutlinger Kapelle zu sichern.<sup>66</sup> Im Falle von Reutlingen richtete sich der Stoß gegen das Zisterzienserkloster Königsbronn, im Falle der Nutzung von Pfarreien gegen das Hochstift Konstanz als Eigenkirchenherrn. In allen Fällen waren die Prämonstratenser erfolgreich.

---

<sup>64</sup> Ebd., S. 149f.

<sup>65</sup> Ebd., S. 202–252.

<sup>66</sup> Ebd., S. 252–260.

## Krieger, Diener und andere. Zu Status und Funktion der Ministerialen im Reutlinger Raum

Uwe Grupp

„Liutold übergab diesem Kloster keinen ritterlichen Dienstmann [...] Er sagte nämlich: die ritterlichen Dienstmännern trügen die Hauptschuld am Niedergange der Klöster und an der Störung des Friedens der Mönche; die Hauptursache von Mangel und Armut wären diese Dienstmännern. Mönche, sage ich, die solche Dienstmännern halten, kommen nie zur Ruhe und zum Frieden; sie bleiben nie ohne Zorn, Zank und Streit.“<sup>1</sup>

Diese Worte lässt der Zwiefalter Mönch Berthold um 1135 den Grafen Liutold von Achalm in seiner Klosterchronik sprechen. Der Chronist berichtet ausführlich über die Achalmgrafen Liutold und Kuno als den Stiftern des Klosters Zwiefalten und von der umfangreichen Ausstattung, die die Gemeinschaft von beiden erhielt. „Ritterliche Dienstmännern“ (*milites* im lateinischen Text), waren offenbar nicht darunter. Warum aber erwähnt er dies? Warum kanzelt Berthold (via Graf Liutold) diese Personen so pauschal ab, wo er doch einige Seiten später diverse *milites* aufzählt, die den Zwiefalter Mönchen fromme Schenkungen zukommen ließen?

Antworten findet die Forschung in den sozialen Umwälzungen, die seit dem 11. Jahrhundert zur Ausbildung und zum Aufstieg einer neuen Funktionselite führten, den Ministerialen. Aus der grundherrschaftlichen Unfreiheit heraus führte der Weg einer idealtypischen Ministerialenkarriere über spezialisierten Dienst in gehobene Positionen am Hof oder im Kriegsdienst. Einzelnen Protagonisten gelang sogar der Anschluss an die adlige Lebenswelt.<sup>2</sup> Es ist kaum

<sup>1</sup> Die Zwiefalter Chroniken Ortliebs und Bertholds, hrsg. von Luitpold Wallach; Erich König; Karl Otto Müller (Schwäbische Chroniken der Stauferzeit, Bd. 2), Sigmaringen 1978, hier S. 154–157 (im Folgenden zitiert als „Ortlieb“ bzw. „Berthold“ mit Stellenangabe): „Liutoldus nullum militem huic coenobio tradidit [...] Dixit etenim milites maximam occasionem destructionis monasteriorum et quietis monachorum perturbationis fore, maximam penurie et paupertatis causam milites esse. Monachi, inquam, qui milites habent, semper quiete et pace carent; nunquam sine ira, rixa et disceptatione manent.“

<sup>2</sup> Über das Thema wurde reichlich gelehrte Tinte vergossen. Stellvertretend für die jüngeren Publikationen seien genannt: Werner Hechberger: Adel, Ministerialität und Rittertum im Mittelalter (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 72), München 2010; Peter Neumeister: Ministeriale, Ministerialität, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 2Bd. 3, Sp. 1531–1535; für die Reichsministerialen unverzichtbar Jan Ulrich Keupp: Dienst und Verdienst. Die Ministerialen Friedrich Barbarossas und Heinrichs VI. (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 48), Stuttgart 2002.

verwunderlich, dass dies nicht ohne Konflikte ablaufen konnte. Gerade geistliche Gemeinschaften sahen sich in besonderem Maße bedroht. Berthold stand daher mit seiner Pauschalkritik keineswegs alleine; die zitierte Passage gehört zu einer ganzen Reihe ähnlicher Klagen aus dem monastischen Umfeld.<sup>3</sup>

Dies ist aber nicht die ganze Geschichte. So uniform, wie es die Sammelbezeichnung als Dienstmannen oder Ministerialen suggeriert, war diese Klientel nicht. In der Literatur wurde wiederholt auf die großen Unterschiede hingewiesen, die von Fall zu Fall bestehen können.<sup>4</sup> Die Interpretation der einschlägigen Belege verlangt ein hohes Maß an Feingefühl, denn ein guter Teil unseres Bildes der hochmittelalterlichen Sozialstruktur hängt am Forschungsmodell vom Aufstieg der Ministerialen. Umso mehr gilt dies, seitdem einige Grundlagen des Modells selbst ihre absolute Gültigkeit eingebüßt haben.<sup>5</sup>

Der vorliegende Beitrag will daher auf regionaler Ebene, am Beispiel der Quellen aus dem Reutlinger Raum, die Anwendbarkeit der modernen Forschungskategorien prüfen. Dabei zeigen sich die Probleme allzu starrer Modellbildung bereits an der oben zitierten Übersetzung der Zwiefalter Chroniken aus dem Jahr 1978: Was sind überhaupt ritterliche Dienstmannen? Wie kann man ihre rechtliche und soziale Stellung charakterisieren? Welche Funktionen übernehmen sie? In der Übersetzung schwingen die gängigen Antworten mit, die aber erst noch aus dem Quellentext zu belegen wären.<sup>6</sup> Für Reutlingen und Umgebung bilden die beiden Chroniken als älteste einschlägige Überlieferung den Ausgangspunkt der Untersuchung. Für das frühe 12. Jahrhundert sind wir durch diese Texte ausgesprochen gut über die *ministeriales* und vor allem die *milites* der Region informiert. Dagegen sind die fol-

<sup>3</sup> In etwa zeitgleich: Die Chronik des Klosters Petershausen, hrsg. von Otto Feger (Schwäbische Chroniken der Stauferzeit, Bd. 3), Lindau–Konstanz 1956, hier lib. I, c. 32, S. 68–69; für das 11. Jahrhundert bereits Ekkehard IV., St. Galler Klostersgeschichten (Causus sancti Galli), hrsg. von Hans F. Haefele; Ernst Tremp (Monumenta Germaniae historica, Scriptorum rerum Germanicarum [...], Bd. 82), Wiesbaden 2020, hier c. 48, S. 280–282.

<sup>4</sup> Forschungsgeschichtlich grundlegend Thomas Zotz: Die Formierung der Ministerialität, in: Die Salier und das Reich, Bd. 3: Gesellschaftlicher und ideengeschichtlicher Wandel im Reich der Salier, hrsg. von S. Weinfurter, Sigmaringen 1991, S. 3–50. Für Zwiefalten zuletzt Casimir Bumiller: Zwischen Alb und Alpen. Die Grafen von Gammertingen in der politischen Welt des Hochmittelalters, Konstanz 2019, S. 63–70.

<sup>5</sup> In erster Linie ist die Revision des Lehnswesens zu nennen, die mit der Grundsatzkritik durch Susan Reynolds: *Fiefs and Vassals. The Medieval Evidence Reinterpreted*, Oxford 1994, ihren Anfang nahm. In den letzten Jahren hat sich auch die deutschsprachige Forschung, nach einigem Zögern, an eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit dieser Fundamentalkritik gewagt; vgl. dazu zusammenfassend Steffen Patzold: *Das Lehnswesen* (Beck Wissen), München 2012. Was die Ministerialen angeht, steht eine Neubewertung auf dieser Basis noch aus.

<sup>6</sup> Die direkte Übersetzung etwa von *ministerialis* als „Ministeriale“ und von *miles* als „Ritter“ ist in der Literatur allgegenwärtig. Die Grenzen sind jedoch fließend und jede Kategorisierung ist akribisch zu prüfen und zu begründen. Im Rahmen dieses Beitrags wird auf eine verbindliche Übersetzung der relevanten Schlüsselworte bewusst verzichtet.

genden Jahrzehnte, bis weit in das 13. Jahrhundert, nur ganz schemenhaft zu fassen; hier sind wir auf einzelne Urkunden und sporadische Passagen aus erzählenden Texten angewiesen, die gleichwohl das Gesamtbild weiter nuancieren können. Den Schlusspunkt der Untersuchung bilden die für die Reutlinger Stadtgeschichte bedeutenden Jahre um die Mitte des 13. Jahrhunderts.

## 1. Die Zwiefalter Chroniken

In den Jahren um 1135/38 verfassten die beiden Zwiefalter Mönche Ortlieb und Berthold in kurzem Abstand ihre Chroniken. Die berichteten Ereignisse reichen bis in die Gründungszeit des Klosters zurück, wobei die Informationen aus der Zeit generell als glaubwürdig gelten.<sup>7</sup> Die beiden Texte sind nicht nur für die Erforschung klösterlicher Dienstleute von Bedeutung, sondern auch für die Geschichte des Klosters und die generelle Regionalgeschichte.<sup>8</sup>

Den Zeitgenossen waren indes andere Aspekte wichtig. Einmal wurde den beiden Achalmgrafen Kuno und Liutold als Stifter und Förderer des Klosters mit diesen Texten ein idealisierendes Denkmal gesetzt.<sup>9</sup> Zweitens ging es den Chronisten darum, die reichen Schenkungen, die das Kloster als Gründungs-ausstattung und in den ersten Jahren erhielt, gegen erbrechtliche Ansprüche abzusichern.<sup>10</sup> In diesem Zusammenhang berichtet uns vor allem Berthold von einer großen Zahl von Personen, die fromme Stiftungen an das Kloster gaben, aber die uns interessierenden Stellen ziehen sich durch das gesamte Werk.

<sup>7</sup> Vgl. grundsätzlich die Bemerkungen der Editoren: L. Wallach (wie Anm. 1), S. 1\*–47\*. Zu bedenken bleibt die unterschiedliche Überlieferung. Ortliebs Text ist im Autograph überliefert, Bertholds Text ist dagegen eine Rekonstruktion aus einzelnen Fragmenten.

<sup>8</sup> Regionalgeschichtlich verdanken zahllose Orte den Zwiefalter Geschichtswerken ihre schriftliche Ersterwähnung, darunter auch Reutlingen selbst (in Form der Zubenennung *Roudolfus de Rutelingin*: Ortlieb, lib. I, c. 7, S. 38–41). Zur Geschichte des Klosters sind die Arbeiten von Winfried Setzler maßgeblich; vgl. stellvertretend Winfried Setzler: Zwiefalten im Hochmittelalter, in: Liutold von Achalm († 1098), Graf und Klostergründer. Reutlinger Symposium zum 900. Todesjahr, hrsg. von Heinz Alfred Gemeinhardt; Sönke Lorenz, Reutlingen 2000, S. 57–74.

<sup>9</sup> Dazu Tobie Walther: Zwischen Polemik und Rekonziliation. Die Bischöfe von Straßburg im Investiturstreit bis 1100 und ihre Gegner (VKGL B, Bd. 210), Stuttgart 2017, S. 133–163.

<sup>10</sup> Die Quintessenz z. B. bei Stefan Schipperges: Der Bempflinger Vertrag von 1089/90. Überlieferung und historische Bedeutung, Esslingen 1990, bes. S. 34–51. Eine Übersicht über die Gründungsausstattung bietet Hendrik Weingarten: Herrschaft und Landnutzung. Zur mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte Kloster Zwiefaltens (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 57), Ostfildern 2006, S. 17–29; die Zustiftungen bis 1138 ebd., S. 37–50.

## Sichtung der Belege

Die Reihe der Dienstmannen in Zwiefalten und Umgebung nimmt ihren Anfang im sogenannten Bempflinger Vertrag von 1089.<sup>11</sup> Dieser ist bekanntlich nicht im Wortlaut erhalten. Wir kennen ihn nur aus Ortliebs Schilderung, die um 1135 verfasst wurde, es gilt aber als sicher, dass Ortlieb eine schriftliche Vorlage benutzte.<sup>12</sup> In diesem Vertrag ist ein Erbausgleich zwischen den beiden Achalmgrafen Kuno und Liutold, also den Klosterstiftern, mit ihrem Nefen Werner von Grüningen festgehalten. Werner verzichtet auf seine Rechte am klösterlichen Besitz und erhält dafür umfangreiche Entschädigungen: diverse Güter und Dörfer, unter anderem das halbe Dorf Metzgingen und die Burg Achalm mit „fast allen“ *apparitores* und *milites*.<sup>13</sup> Dem Kloster gab dies ein wichtiges Stück Rechtssicherheit, denn es wurde nicht nur eine Regelung für die reiche Gründungsausstattung gefunden, auf die prinzipiell auch die Erben Werners Ansprüche anmelden konnten; darüber hinaus wurde auch die Rechtmäßigkeit aller Schenkungen der *milites* festgehalten, die durch den Vertrag in Werners Verantwortung kamen. Durch Ortliebs detaillierte Schilderung des Vertragsinhalts und seines Zustandekommens lernen wir auch einen Dienstmann näher kennen: So wurde Werners Verzicht durch die Hand eines seiner *clientes* namens Otto beeidigt. Ortlieb bezeichnet ihn zudem als *gregarius scilicet miles*<sup>14</sup>.

Wir sehen hier mehrere Arten von persönlichen und rechtlichen Abhängigkeiten, mit unterschiedlicher Gewichtung. Die *apparitores* und *milites* konnten im Rahmen des Vertrags verschenkt werden, ihre persönliche Abhängigkeit steht damit außer Frage. Man ist geneigt, die *milites* als mutmaßlich waffentragende Dienstleute sozial höher anzusetzen. Da beide in einer Reihe stehen, liegt aber ebenso eine rein funktionale Unterscheidung nahe. Schwierig einzuordnen ist der eidleistende Otto. Es wirkt paradox, dass Ortlieb ihn geringschätzig als *gregarius* bezeichnet, wo es sich doch um eine zentrale Figur für das Rechtsgeschäft handelt. Der Grund liegt wohl in der Bindung zu

<sup>11</sup> Die Datierung zwischen 8. und 29. September 1089 nach S. Schipperges, Vertrag (wie Anm. 10), S. 32–34, gilt in der Forschung als Konsens.

<sup>12</sup> Vgl. etwa Stephan Molitor: Zu den Urkundeninsertionen in Ortliebs „Zwiefalter Chronik“, in: Aus südwestdeutscher Geschichte. Festschrift für Hans-Martin Maurer. Dem Archivar und Historiker zum 65. Geburtstag, hrsg. von Wolfgang Schmierer u. a., Stuttgart 1994, S. 44–57. Vermutlich diente Ortlieb eine Notiz über den Vorgang als Vorlage, nicht jedoch die Vertragsurkunde; vgl. dazu Schipperges, Vertrag (wie Anm. 10), S. 23–28.

<sup>13</sup> Ortlieb, lib. I, c. 7, S. 38: „[...] iureiurando per manum Ottonis sui clientis, gregarii scilicet militis, confirmavit [...]“. Die Entschädigung Werners ebd. („paene cunctos apparitores et milites“). Die Bezeichnung *apparitores* ist eher selten. Aus dem Kontext liegt es nahe, hier unspezifisch „Diener“ oder „Bedienstete“ zu sehen.

<sup>14</sup> Die Wendung *gregarius miles* ließe sich übersetzen als „einfacher Krieger“. Im klassischen Latein ist die Formulierung gebräuchlich zur Abgrenzung des gemeinen Soldaten von höheren militärischen Rängen. Otto wird von Ortlieb also gerade nicht als eigenständig handelnde Figur beschrieben, sondern eher als Befehlsempfänger.



Werner als Teil von dessen *clientes*. Für Ortlieb war dies anscheinend Anlass, Ottos Stellung unbedeutender darzustellen, als sie es möglicherweise war. Wir kommen noch darauf zurück.

Zunächst jedoch zu den zahlreich in den Chroniken vertretenen *militēs*. Vor allem aus Bertholds Text kennen wir eine ganze Reihe von *militēs* der Grafen Kuno und Liutold namentlich. Sie werden fast durchweg anlässlich der Schenkungen genannt, die sie der Zwiefalter Gemeinschaft zukommen ließen.<sup>15</sup> Wir erfahren in diesem Zug manches über ihre Besitzverhältnisse und erhalten Einblicke in ihren familiären Hintergrund sowie ihren Lebenswandel. Einmal mehr sind die Zwiefalter Chroniken dadurch eine regionalgeschichtlich ungeheuer wertvolle Quelle; nicht zuletzt, weil es sich um *militēs* von Grafen handelt. Für das frühe 12. Jahrhundert ist das in dieser Dichte höchst selten, denn vergleichbare Belege finden sich in erster Linie auf Ebene der Fürsten und der *ministeriales imperii*. Oft geht mit den Schenkungen die Abkehr vom weltlichen Leben einher. Die reumütigen *militēs* treten in das Kloster ein, nachdem sie sich ihres irdischen Besitzes entledigt hatten.<sup>16</sup> Für diese Eintritte gibt es eine ganze Reihe plausibler Gründe: Altersversorgung und Sicherung des Seelenheils sind wohl an erster Stelle zu nennen.<sup>17</sup> Für unsere Frage ist der genaue Status vor dem Eintritt von Interesse, und genau dies ist oftmals die große Unbekannte. Auch wenn es naheliegt, für alle diese Personen ein ähnliches, mithin ministerialisches Dienstverhältnis anzunehmen, lohnt sich ein näherer Blick.

Art und Umfang der Schenkungen vermitteln uns ein gutes Bild von der Wirtschaftskraft der *militēs*. Der Umfang der Schenkungen reicht von wenigen Morgen bis hin zu umfangreichen Güterkomplexen;<sup>18</sup> die Masse bewegt

<sup>15</sup> Als *militēs* der Grafen Kuno und Liutold werden, wenn ich richtig zähle, explizit 25 Personen bezeichnet, davon 10 *militēs* Kunos und 15 *militēs* Liutolds. Die Liste könnte allerdings ergänzt werden um verschiedene Fälle ohne die ausdrückliche Zuschreibung, etwa einzelne Söhne von gräflichen *militēs*. Nicht gezählt sind die *militēs* ohne Nennung eines Herren. Zu den Schenkungen in den Zwiefalter Chroniken vgl. zuletzt auch Marco Krätschmer: *Die discretio* des Abtes. Kloster und Außenwelt im hochmittelalterlichen Alemannien (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 66), Stuttgart 2019, S. 166–178 (mit Blick auf die klösterliche Memoria).

<sup>16</sup> Die Zuordnung einiger Personen in die Reihe der Dienstleute lädt durchaus zu Diskussionen ein. So ist nicht ersichtlich, weshalb C. Bumiller, Gammertingen (wie Anm. 4), S. 68–69, in seine Übersicht den Zwiefalter *praepositus* Adelbert unter den Dienstmannen listet. Vergleicht man die Rolle des *praepositus* in Ortliebs Ausführungen zur klösterlichen *familia* (Ortlieb, lib. I, c. 9, S. 44–51), ist durchaus eine Hierarchie zu erkennen. Nicht eindeutig ist die Zuschreibung auch im Fall des Priesters Eberhard von Ehrenstein (Berthold, c. 11, S. 184), des *clericus* Adelbert von Melchingen (ebd., c. 11, S. 186), des Mönchs Ulrich von Grüningen (ebd., c. 33, S. 240) und Rudolfs von Grüningen (ebd., c. 35, S. 252).

<sup>17</sup> Vgl. allgemein C. Bumiller, Gammertingen (wie Anm. 4), S. 64–67.

<sup>18</sup> Dass sich materieller Reichtum und abhängiger Status keineswegs ausschließen, zeigt das Beispiel der Konstanzer Dienstleute Makko und Turand: Petershauser Chronik (wie Anm. 3), lib. I, c. 35, S. 70.

sich in der Größenordnung von einer bis drei Huben. Herausragende Schenkungen sind etwa jene eines Ernst, *miles* Graf Liutolds. Er gibt, gemeinsam mit seinen Söhnen Adelbert und Hermann, eine Mühle bei Reutlingen und insgesamt 15,5 Huben Land in verschiedenen Ortschaften.<sup>19</sup> Jene Reutlinger Mühle wurde später von Zwiefalten an Rudolf von Pfullingen verkauft.<sup>20</sup>

Unsicher ist, ob er mit jenem Ernst von Hohenstein identisch ist, der Mönch wurde und drei Huben an die Zwiefalter Gemeinschaft schenkte. Wenn es sich um dieselbe Person handelt, ergäbe sich eine interessante Konstellation, denn Ernsts Bruder, Adelbert von Oberstetten, hatte wiederum selbst *militēs*, denen er Güter *in beneficio*, also als Leihegut, ausgab.<sup>21</sup>

Namhafte Schenkungen sind weiter die 7,5 Huben und 9 Morgen, die der *miles* Landold und sein gleichnamiger Sohn gaben<sup>22</sup> und die insgesamt 10 Huben zweier *militēs* in Diensten Kunos, namens Engelschalk.<sup>23</sup> Erwähnung verdient auch die Schenkung des Priesters Eberhard von Ehrenstein. Er gibt zwei Huben an das Kloster, die er zuvor von zwei nicht namentlich genannten *militēs* des Grafen Kuno gekauft hatte.<sup>24</sup>

Neben Landbesitz werden mitunter auch Immobilien und Wertsachen geschenkt, so etwa eine *taberna* (Wirtshaus) durch Heinrich, den Sohn des *miles* Liutold<sup>25</sup>, oder der Anteil an einer Kirche durch Adelbert von Hohlenstein<sup>26</sup>. Salome, die Gattin des *miles* Bern von Dettingen, schenkte acht Unzen Gold und wertvolle Steine, um ein aus Jerusalem ins Kloster gebrachtes Kreuz zu schmücken. Diese Schenkung war offenbar so bedeutend, dass sie auch schon von Ortlieb bei seiner Aufzählung der Klosterreliquien erwähnt wurde.<sup>27</sup>

<sup>19</sup> Berthold, c. 11, S. 184.

<sup>20</sup> Berthold, c. 3, S. 150.

<sup>21</sup> So C. Bumiller, Gammertingen (wie Anm. 4), S. 69; die Schenkung bei Berthold, c. 35, S. 250. Ein vages Indiz für die Identität mag sein, dass *Ernest de Hohinstain* in wohlhabenden Verhältnissen aufwuchs (ebd.: *in magnis deliciis enutritus*). Dagegen ist der doppelte Adelbert (einmal als Bruder, einmal als Sohn) wohl zufällig. Im klassischen Modell des Lehnswesen wäre das *beneficium* als „Lehen“ zu verstehen. Ohne Nachweis einer gegenseitigen, lehnrechtlichen Bindung ist aber eine unspezifische Übersetzung als „Leihegut“ vorzuziehen.

<sup>22</sup> Berthold, c. 11, S. 180.

<sup>23</sup> Berthold, c. 20, S. 206. Einmal gab der Mönch *Engilscalc* sechs Huben, sodann gab ein weiterer *Engilscalc eiusdem Conuonis miles* vier Huben. C. Bumiller, Gammertingen (wie Anm. 4), S. 69, listet sie als nur eine Person. Der Text lässt zwar Raum für diese Interpretation, aber nach dem Wortlaut ist von zwei Personen die Rede. Die Stellung des Bruders Adelbert, der Propst war, ist davon unberührt (vgl. dazu oben, Anm. 16).

<sup>24</sup> Berthold, c. 11, S. 184. Zum gleichen Vorgang auch WUB II, Nr. A2, S. 389–390. Die beiden Namenlosen sind nicht in der Gesamtzahl der gräflichen *militēs* berücksichtigt.

<sup>25</sup> Berthold, c. 11, S. 182: „Heinricus [...] dedit unam tabernam ad Dettingin.“

<sup>26</sup> Berthold, c. 11, S. 184.

<sup>27</sup> Ortlieb, lib. II, c. 2, S. 114.

Völlig frei verfügen konnten die *milites* über die geschenkten Güter in aller Regel nicht. Dies ergibt sich einmal aus dem schon genannten Passus im Bempflinger Vertrag: Im Anschluss an den Vertragsinhalt weist Ortlieb eigens darauf hin, dass Werner nicht nur sein dort gegebenes Versprechen zeitlebens († 1121) eingehalten hat, sondern auch darauf, dass er den Schenkungen aller *milites*, die aufgrund dieses Vertrags in seine Gewalt kamen, zugestimmt hat. Berthold wiederholt am Ende seines 11. Kapitels, im Anschluss an die Schenkungen, nochmal diese Absicherung. Die Schenkungen der gräflichen *milites* wurden durch die Hand Werners von Grüningen gegeben und sind damit rechtmäßig erfolgt.<sup>28</sup> Dies ist aber wiederum kein Alleinstellungsmerkmal der *milites*. Verschiedene Beispiele zeigen, dass Schenker außerhalb des Kreises der gräflichen *milites* eine ähnliche Zustimmung einholen mussten.<sup>29</sup> Man kann daraus folgern, dass bei Letzteren die summarische Zustimmung genügte und eine Wiederholung bei jeder einzelnen Schenkung aus Bertholds Sicht unnötig war.

Das führt uns zur Frage, wie das Dienstverhältnis der *milites* generell gestaltet war. Hier bewegen wir uns auf unsicherem Grund. Was bei den Angaben Bertholds meist fehlt, sind Hinweise darauf, wie die Güter in den Besitz der *milites* gekommen sind. Dies ist letztlich nicht anders zu erwarten, war es doch dem Chronisten in erster Linie daran gelegen, den Umfang und die Rechtmäßigkeit der Schenkungen festzuhalten. Die Vertragsverhältnisse Dritter waren nur dann von Interesse, wenn es im konkreten Fall für den Nachweis der Rechtmäßigkeit diente; hier eben vorrangig die Eigenschaft, *miles* eines der Klosterstifter zu sein.

Es ist aufgrund der zwingenden Beteiligung des Grafen davon auszugehen, dass die geschenkten Güter überwiegend nicht Eigengüter der *milites* waren, sondern Leihegüter. Offen bleibt, zu welchen Konditionen die Leihe im Einzelnen erfolgte und welche gegenseitigen Rechte und Pflichten damit verbunden waren. Nur selten ist nachzuweisen, dass die *milites* im Besitz von *beneficia* waren. Zwei Fälle haben wir bereits kennengelernt; einmal Ernst, der eine Reutlinger Mühle *in beneficio habebat* und daneben Adelbert von Oberstetten, der selbst Benefizien an seine *milites* gab.<sup>30</sup> Ansonsten stoßen wir vor allem im Kontext von Güterstreitigkeiten auf das Thema. Im Zuge der Auseinandersetzungen mit den Klostervögten um das Gut Dietikon lesen wir von einer (unrechtmäßigen) Vergabe des Guts an die *homines* der Welfen.<sup>31</sup>

<sup>28</sup> Ortlieb, lib. I, c. 7, S. 40; Berthold, c. 11, S. 188: „universa haec, [...] quae milites Liutoldi et Cunonis comitum huic coenobio contulerunt, per manum Wernheri comitis, successoris vel nepotis eorum, dederunt.“

<sup>29</sup> Vgl. etwa Berthold, c. 25, S. 224.

<sup>30</sup> Berthold, c. 3, S. 150 bzw. c. 35, S. 250.

<sup>31</sup> Ortlieb, lib. I, c. 8, S. 44: „praedium suis hominibus in beneficium concessit et tam diu provisores huius loci huc et illuc fatigando frustravit [...]“; dazu T. Walther, Polemik (wie

Eine Präzisierung dieser Leihen als „Lehen“ ist ohne nähere Angaben problematisch.

Hinsichtlich der konkreten Aufgaben zeigt sich ein ganz einseitiger Befund. Dass man es mit Waffenträgern zu tun hat, die diese nötigenfalls auch einzusetzen wussten, kann man voraussetzen. Man kann auch eine generelle Kritik am Lebenswandel einzelner Personen in Bertholds moralisierenden Wendungen erahnen, etwa wenn er schreibt, dass Liutfrid „aus der Mitte Babylons“ entflo, oder dass Rather von Genkingen sich im hohen Alter „aus dem Schiffbruche dieser Welt“ rettete.<sup>32</sup>

Wenn wir darüber hinaus Näheres erfahren, dann nur, wenn ganz konkret die Untaten einzelner angeprangert wurden. Im Grunde setzt sich hier der Tenor der allgemeinen Aussagen Ortliebs und Bertholds fort.<sup>33</sup> Ein gewisser Liutold etwa wurde „wegen seiner Frechheit“ von Graf Werner geblendet und dadurch letztlich zum Eintritt ins Kloster gezwungen.<sup>34</sup> Ein ähnliches Schicksal erlitt Volkmar, ein *miles* Kunos. Er war „sehr grausam und schlechter als die Schlechtesten“, und auch er wurde geblendet – nicht unverdient, wie Berthold andeutet. Die Schwere der Sünden stand übrigens in keinem direkten Verhältnis zum Umfang der Schenkungen, wie sich bei Volkmar zeigt, der lediglich eine Hube gab.<sup>35</sup>

Man kann diesen Episoden entnehmen, dass die *milites* durchaus über Autorität in ihrem Verantwortungsbereich verfügten und sie diese auch gerne ausreizten. Dass dies von der klösterlichen Gemeinschaft abgelehnt wurde, versteht sich von selbst und zeigt sich durchweg in der Wortwahl.

Zu den Ortszubenennungen wäre anzumerken, dass diese in aller Regel der bloßen Identifikation der Personen dienen. Es lassen sich keine Korrelationen herstellen zwischen einer Bezeichnung als *miles*, *frater* oder *monachus* und einer Zubenennung. Als anschauliches Beispiel greifen wir die Uracher heraus. Nur einer von ihnen, Eberhard von Urach, ist als *miles* des Grafen Kuno aufgeführt. Ansonsten finden wir gesammelt an separater Stelle Otto von Urach, der gemeinsam mit seiner Gattin eine halbe Hube in Burladingen schenkt, aber nicht ins Kloster eintritt und auch nicht *miles* war. Heribort von Urach, ein „hochbetagter Ritter“ (*miles grandaevus*) schenkt fünf Huben. In wessen Diensten er stand, erfahren wir nicht. Gleiches gilt für den *miles emeritus* Hartruch von Urach. Dass diese Zubenennungen ganz situativ erfolgen konnten, zeigt der Fall eines gewissen Rudolf. Er taucht mehrfach in den Zwiefalter

---

Anm. 9), S. 138–139 mit Anm. 570. Ein ähnlicher Fall findet sich bei Berthold, c. 13, S. 192–195.

<sup>32</sup> Beide Stellen bei Berthold, c. 11, S. 180.

<sup>33</sup> Siehe die Kritik Bertholds, die er dem Grafen Liutold in den Mund legt (Berthold, c. 5, S. 154–157) und die Haltung Ortliebs gegenüber den *clientes* und *ministeriumales* (Ortlieb, lib. I, c. 9, S. 48–51).

<sup>34</sup> Berthold, c. 11, S. 183.

<sup>35</sup> Berthold, c. 11, S. 186.

Chroniken auf, teils als Rudolf von Reutlingen und teils von Pfullingen, wobei es sich jeweils um dieselbe Person handelt.<sup>36</sup>

Ziehen wir an dieser Stelle ein Zwischenfazit: Trotz der vielen Informationen im Detail ist es schwer, stichhaltige Aussagen zum rechtlichen und funktionalen Status der *milites* zu treffen. Aus den bisherigen Angaben sind nur Vermutungen anzustellen. Es wäre ein Leichtes, zusätzliche Informationen und Elemente – etwa eine dienstrechtliche Bindung, Aufgaben im Hof- und Kriegsdienst oder ein ständisches Bewusstsein – pauschal anhand des Ministerialenmodells zu ergänzen. Noch sind aber nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, daher versuchen wir eine Gegenprobe und betrachten einige Schenker außerhalb des engen Kreises der *milites*.

### Gegenproben

Kaum zur Sprache kamen bisher die Leute, die dem ganzen Forschungsmodell den Namen gaben, die *ministeriales*. Diese sind allerdings in den Chroniken überaus selten. Mit Wimar von Grüningen findet sich einer unter den Dienstleuten des Grafen Werner.<sup>37</sup> In den Zwiefalter Frauenkonvent trat eine Elbigeba ein, *ex ministerialibus Liutoldi comitis*. Auch sie schenkte einige Güter an die Gemeinschaft.<sup>38</sup>

Nur in wenigen Fällen ist im Kontext der Schenkungen explizit von Freien die Rede. So sind die Schenkungen eines gewissen Ogge von Gruorn (*libera stirpe progenitus*) und seines Bruders festgehalten.<sup>39</sup> Der zweite Fall betrifft mit Gisela von Hiltensweiler (*libera propagine orta*) erneut eine Frau. Beachtenswert ist, dass beide Frauen ohne Umschweife und ohne dass ein Ordnungskriterium erkennbar wäre, zwischen den Schenkungen der *milites* auftauchen. Eine weitere Stelle betrifft den *liber homo* Sigibolt, der immerhin sechs Huben schenkte. Seine Kategorisierung als „Edelfreier“ in der Übersetzung der Editoren ergibt sich nicht aus dem Wortlaut des Textes. Auch über die Qualität der *plebeiae libertatis* Hartmanns kann man sicher diskutieren.<sup>40</sup>

Was sagt uns dies über die Personen, die nicht explizit frei waren, aber auch nicht als *milites* oder *ministeriales* erscheinen? Zumindest ist festzustellen, dass keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Schenkungen von *milites* und „Nicht-*milites*“ auszumachen sind. Das Beispiel Konrads von Offenhausen kann dies illustrieren. Er schenkte vor seinem Eintritt ins Kloster

<sup>36</sup> Stefan Schipperges: Rudolf von Reutlingen und der Bempflinger Vertrag von 1089/90. Zur Erstnennung Reutlingens in der Zwiefalter Chronik Ortliebs, in: RGB NF 29 (1990), S. 159–177 (dort auch die Belegstellen).

<sup>37</sup> Berthold, c. 21, S. 210: „Wimar de Gruningen, ministerialis Werinheri comitis“, gab 20 Pfund Silber an das Kloster. Mönch wurde er offenbar nicht.

<sup>38</sup> Berthold, c. 11, S. 186.

<sup>39</sup> Berthold, c. 35, S. 248.

<sup>40</sup> Berthold, c. 14, S. 194.

drei Huben durch die Hand seines Herrn, Walther von Horb. Er trägt kein „Statusprädikat“, könnte aber ohne Weiteres auch unter den *militēs* stehen.<sup>41</sup>

Womöglich ging es bei den genannten Beispielen nicht in erster Linie um eine klare ständische Zuordnung. Eine präzise Ansprache ist auch dann ein Problem, wenn Personen ohne die erwarteten Signalworte auftauchen. Das zeigt das Beispiel der Brüder Milo und Heinrich, die zunächst zwei Huben in Krissenbuch gaben.<sup>42</sup> Diese Übergabe erfolgte durch die Hand ihres Herren, des Grafen Ulrich von Gammertingen. Unabhängig von dieser Schenkung gab Heinrich noch eine weitere Hube in Mägerkingen. Beide waren weder *militēs* noch *ministeriales*. Soll man sie dennoch als Ministeriale ansprechen?<sup>43</sup>

Nach diesen Gegenproben ist die Gesamtsituation zu konkretisieren. Nach wie vor sind viele Belege, viele Schenkungen für sich genommen in ihrer Interpretation mehrdeutig, aber es lässt sich ein ganz zentraler Befund festhalten: Weder Umfang oder Art der geschenkten Güter noch Zubenennungen nach Orten geben direkte Hinweise auf den sozialen Status einer Person. Damit bleibt als Anhaltspunkt für eine Kategorisierung als „Dienstleute“, „Ministeriale“, oder auch „Edelfreie“ nur das schmale Kontingent an Signalworten. Doch genau hier liegt ein wesentliches Problem. Auch innerhalb dieser Gruppierungen sehen wir dieselben Unregelmäßigkeiten und Mehrdeutigkeiten wie in der Gesamtschau. Eine direkte Ableitung ständischer Zuordnung ist so nicht ohne Vorbehalte möglich. Auch Worte wie *miles* unterliegen einer bestimmten Funktion innerhalb des Textes und sind in ihrem Gebrauch nicht festgelegt. Im Fall der Zwiefalter Geschichtswerke ist dies unverkennbar, wie wir im Folgenden sehen.

### Die Befunde im Kontext

Weiter konkretisieren lassen sich die aus den Schenkungen gewonnenen Befunde, wenn wir sie den allgemeinen Aussagen der beiden Chronisten zum Thema gegenüberstellen. Bertholds ausgeprägte Abneigung den *militēs* gegenüber wurde schon deutlich. Das Ganze gipfelt freilich in den eingangs zitierten Worten, die er dem Grafen Kuno zuschreibt.<sup>44</sup> Nun sind aber auch Beispiele für eine lobende, gar ehrende Verwendung des Wortes zu finden, allen voran über Graf Kuno selbst, der von Berthold unmittelbar vor jenem Zitat als *miles strenuus* gelobt wurde.<sup>45</sup> Mit derselben Wendung wird beispielsweise auch Berthold von Sperberseck bedacht, hier sogar als *strenuissimus*.<sup>46</sup> Dass eine

<sup>41</sup> Berthold, c. 25, S. 224.

<sup>42</sup> Berthold, c. 42, S. 276.

<sup>43</sup> So jedenfalls C. Bumiller, Gammertingen (wie Anm. 4), S. 112.

<sup>44</sup> Vgl. oben, Anm. 1.

<sup>45</sup> Berthold, c. 4, S. 154: „in bello miles strenuus et nimis impavidus.“

<sup>46</sup> Berthold, c. 15, S. 194.

solche Zuschreibung keineswegs ungewöhnlich war, zeigt für den schwäbischen Raum etwa die Chronik Bernolds von Konstanz.<sup>47</sup>

Diese anerkennenden Beispiele sind auf Bertholds Text beschränkt. Vergleichen wir dies mit Ortliebs Schilderung der klösterlichen *familia*, die es in der Ministerialenforschung zu einer gewissen Prominenz gebracht hat. Kaum eine einschlägige Arbeit kommt ohne sie aus und entsprechend vielfältig sind die Interpretationen. Generell unterscheidet Ortlieb drei Gruppen: unfreie Hörige, Zinspflichtige und „andere“, die Dienst zu Pferde leisten und die für diesen Dienst ein *beneficium* erhalten.<sup>48</sup> Damit sind schon gewichtige Kriterien für einen „standesgemäßen“ Ministerialen erfüllt. Ortlieb schreitet hier jedoch ein: Leute, die in Waffen reiten, sich über die Mönche erheben, mithin solche, die man *clientes sive ministeriales* nenne, gebe es in Zwiefalten gar nicht. Bis zu dieser Stelle geht Ortlieb ganz mit der älteren These konform, nach der sog. „Reformklöster“ auf ritterliche Ministerialen verzichteten.<sup>49</sup>

Dennoch verschwinden die Probleme damit nicht. Die Interpretation der *beneficia* als (Dienst-)Lehen ist zumindest mit Vorsicht zu genießen,<sup>50</sup> und auch Ortliebs Wortwahl wirft letztlich mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Erinnern wir uns an den schon erwähnten *cliens* Otto, jenen „einfachen Krieger“, der den Bempflinger Vertrag beeidigte.<sup>51</sup> Größer könnte der Kontrast kaum sein als zwischen dem unbedeutenden „Handlanger“, wie er von Ortlieb dargestellt wird,<sup>52</sup> und den hochmütigen, ritterlichen Ministerialen. Erinnern wir uns auch an die vergleichsweise wenigen *ministeriales* in den Chroniken, die reichlich blass bleiben und eher nicht in das Raster des raubei-

<sup>47</sup> Bernoldi Chronicon, hrsg. von Ian S. Robinson (Monumenta Germaniae historica, Scriptores rerum Germanicarum [...], N.S. Bd. 14), Hannover 2003, a. 1092, S. 497: „[...] Chono comes de Vulvelingin, strennuissimus miles sancti Petri, diem clausit extremum Idibus Octobris [...]“ Vgl. darüber hinaus Knut Görich: Miles strenuus, imperator incautus. Friedrich Barbarossa als kämpfender Herrscher, in: Der König als Krieger. Zum Verhältnis von Königtum und Krieg im Mittelalter, hrsg. von Martin Clauss u. a. (Bamberger interdisziplinäre Mittelalterstudien. Vorlesungen und Vorträge, Bd. 5), Bamberg 2015, S. 333–369. In diesen Fällen steht freilich das Ideal des christlichen Ritters, des *miles Christianus*, im Raum. Der Kontrast und der situative Wortgebrauch bei Berthold ist dennoch beachtenswert.

<sup>48</sup> Ortlieb, lib. I, c. 9, S. 48: „Sunt adhuc alii, quibus hoc genus servitutis iniungitur, ut domno abbati, priori, praeposito seu ceteris fratribus quoquam profecturis cum equis suis comitantes ministrent et obsequantur. Quapropter, ut hoc munus iure possit ab eisdem exigi, quaedam beneficia solent eis praestari [...]“ Das Weitere ebenfalls nach diesem Kapitel.

<sup>49</sup> Vgl. mit der älteren Literatur W. Hechberger, Adel (wie Anm. 2), S. 93. Für eine neue Sicht auf das Modell der monastischen Reformen zuletzt M. Krätschmer, *discretio* (wie Anm. 15), speziell zu Zwiefalten S. 154–202.

<sup>50</sup> Vgl. Jan Ulrich Keupp: Ministerialität und Lehnswesen. Anmerkungen zur Frage der Dienstlehen, in: Das Lehnswesen im Hochmittelalter. Forschungskonstrukte – Quellenbefunde – Deutungsrelevanz, hrsg. von J. Dendorfer; R. Deutinger (Mittelalter-Forschungen, Bd. 34), Ostfildern 2010, S. 347–366.

<sup>51</sup> Ortlieb, lib. I, c. 7, S. 38.

<sup>52</sup> Vgl. dazu die Bemerkungen oben, Anm. 14.

nigen, hochmütigen Ritters fallen. Klar ist jedenfalls, dass die Wortwahl beider Chronisten insgesamt situativ erfolgte und mitunter quer zu den vertrauten Rechts- und Standeskategorien liegt.

Bei Berthold sind die *milites*, soweit wir Näheres über sie erfahren, stets im Zusammenhang mit Gewalttaten oder allgemein in einem militärischen Kontext verortet – Krieger, wenn man so will. Ob deren Tun für gut oder schlecht befunden wurde, hing von der Situation und nicht zuletzt auch von der einzelnen Person ab. Ganz essenziell ist, dass dadurch keine ständische Zuordnung erfolgt, der *miles* also eine rein funktionale Zuschreibung ist. Dagegen sind die *ministeriales* und *clientes* vielschichtiger. Einerseits kommen sie den klassischen Ministerialen nahe, andererseits war gerade Ortlieb flexibel genug, sie so darzustellen, wie es im Sinne des Klosters vorteilhaft war. Ortlieb und Berthold müssen also eine klare Vorstellung von der Zielsetzung ihrer Texte und von der Wirkung ihrer Worte gehabt haben. Der variable Einsatz des relativ engen Wortkontingents, das den beiden zur Verfügung stand, zeigt damit, dass eine undifferenzierte Gleichsetzung von Quellenworten mit Forschungskategorien nicht zielführend ist.<sup>53</sup>

## 2. Die Quellen bis 1235

Die Ausbeute an Quellenmaterial aus den rund 100 Jahren zwischen der Abfassung der Zwiefalter Chroniken und der Einsetzung des Achalmvogts (dazu unten) fällt für unsere Fragen sehr spärlich aus. Dennoch ist dieser Seitenblick von Interesse, da die Belege gut mit dem Zwiefalter Material zu kontrastieren sind.

Vergleichsweise gut nachvollziehen lassen sich Gütertransaktionen. Trotz großer zeitlicher Lücken ergibt sich über einige die Uracher *milites* betreffende Diplome sogar ein Anknüpfungspunkt an Bertholds Chronik. Aus dem Jahr 1188 kennen wir eine Urkunde Eginos V., in der er allen von ihm abhängigen *ministeriales*, *mercatores* sowie geistlichen und weltlichen Personen erlaubt, dem Kloster Bebenhausen Güter zu übertragen.<sup>54</sup> Tatsächliche Übertragungen sind erst deutlich später überliefert. Ein Verkaufsgeschäft lässt sich für 1228<sup>55</sup> und eine Schenkung für 1250<sup>56</sup> nachweisen.

Im ersten Fall verkaufen die *ministeriales* Graf Eginos mit dessen Zustimmung ein Gut, das sie von diesem als *beneficium* erhielten. Die Schenkung von 1250 betrifft eine Wiese, die Werner von Gomadingen *in feodo* besaß. Die

---

<sup>53</sup> Eine detaillierte Studie des Verfassers zur Neubewertung des Ministerialenmodells auf Grundlage dieser und anderer Texte ist in Vorbereitung.

<sup>54</sup> WUB III, Nr. 724, S. 208–209.

<sup>55</sup> WUB III, Nr. 751, S. 238–239.

<sup>56</sup> WUB IV, Nr. N163, S. 463.



Schenkung wird von Graf Berthold von Urach durchgeführt, nachdem sein *miles* (und *fidelis*) Werner ihn darum bat. In beiden Fällen handelt es sich also um Leihegut, das übertragen wird, einmal als *beneficium*, und einmal als *feodum*. Dadurch erklärt sich die Zustimmung bzw. Mitwirkung der Grafen. Ergänzend sei auf eine Belegstelle im Codex Hirsaugiensis hingewiesen. Graf Eginno von Urach schenkt auf Bitten seines *cliens* Hugo drei Huben in Erlingen an die Hirsauer Gemeinschaft.<sup>57</sup> Es wäre müßig, einen kategorischen Unterschied zwischen Uracher *militēs*, *ministeriales* und *clientes* zu postulieren. Die Quellen geben hierzu schlicht keine Informationen preis.

Von den Urachern abgesehen, lassen sich kaum jemals Personen(gruppen) über einen längeren Zeitraum beobachten. Für 1232 ist ein Vergleich zwischen dem *miles* H. von Wildenau (Pliezhausen) und dem Kloster Adelberg bezeugt.<sup>58</sup> Einige Jahre später (1243) verkauft ein Heinrich *de Wildenowe* einen Hof in Sindelfingen.<sup>59</sup> Sollte es sich um dieselbe Person handeln, war die Bezeichnung als *miles* wohl nicht so entscheidend, als dass sie zwingend zu nennen war.

Auch über das Dienstverhältnis lässt sich im Einzelnen nur wenig aussagen. Wir können festhalten, dass die fraglichen Personen fast durchweg Land besitzen, zumeist als Leihegut in Form von *beneficia* oder *feuda*. Nach den für Zwiefalten gemachten Beobachtungen sollte auch hier nicht ohne Weiteres von Dienstlehen gesprochen werden, da nicht klar hervorgeht, zu welchen Konditionen die Güter vergeben wurden.<sup>60</sup>

Etwas ergiebiger sind die Zeugenlisten der Urkunden, denn hier lässt sich in den meisten Fällen eine Hierarchie verschiedener Personengruppen erkennen. In der Regel werden *liberi* und *ministeriales* unterschieden.<sup>61</sup> Auffällig ist die Gruppe der *ministeriales* in einer Urkunde Rudolfs von Tübingen von ca. 1192.<sup>62</sup> Innerhalb der Zeugenliste werden zunächst verschiedene Funktionsträger genannt (ein *advocatus* und zwei *dapiferi*), danach ein *Heinricus miles de Beringin* (Böhringen). Man kommt nicht umhin, in all diesen

<sup>57</sup> Codex Hirsaugiensis, hrsg. von Eugen Schneider (Württembergische Geschichtsquellen, Bd. 1), Stuttgart 1887, fol. 65 a, S. 54. Erlingen ist vermutlich der Leonberger Ortsteil Eltingen, Lkr. Böblingen. Der Eintrag ist datiert auf „um 1090“; die Traditionen gelten trotz der sehr späten Überlieferung (in Form einer Kompilation um 1500) als authentisch, vgl. dazu zuletzt Denis Drumm: Das Hirsauer Geschichtsbild im 12. Jahrhundert. Studien zum Umgang mit der klösterlichen Vergangenheit in einer Zeit des Umbruchs (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 77), Ostfildern 2016, S. 11–18 (mit der relevanten Literatur).

<sup>58</sup> WUB III, Nr. 806, S. 301–302.

<sup>59</sup> WUB IV, Nr. 1000, S. 50–51.

<sup>60</sup> Vgl. wiederum J. U. Keupp, Ministerialität (wie Anm. 50).

<sup>61</sup> Einschlägig z. B. WUB III, Nr. 588, S. 41–43 (*de liberis – de ministerialibus*); ebd., Nr. 724, S. 208–209 (*dux, palatinus – de ministerialibus*); ebd., Nr. 751, S. 238–239 (*de clericis – de liberis – de ministerialibus*).

<sup>62</sup> Ebd., Nr. N17, S. 477.

Bezeichnungen eine Tätigkeitsbeschreibung anzunehmen. Erneut ist also ein pragmatischer Gebrauch von Statusbezeichnungen festzuhalten.

Mitunter finden sich in der Literatur Beispiele, die als sozialer Abstieg gedeutet wurden, so etwa im Fall der Pfullinger und der Herren von Stöffeln.<sup>63</sup> Angesichts des fragmentarischen und mehrdeutigen Materials wäre im Einzelfall kritisch zu prüfen, inwieweit dies als „Absinken“ zu verstehen ist, oder ob nicht andere Maßstäbe anzulegen sind.

Zu den wenigen *ministeriales*, die wir außerhalb von Urkunden fassen können, zählen Gebhard von Lichtenstein, der im Jahr 1182 in der Chronik des Klosters Ottobeuren als *ministerialis marchionis [de Ruomsperc]* erscheint.<sup>64</sup> Eine Verbindung des im gleichen Abschnitt erwähnten Heinrich von Genkingen zu dem bei Berthold als Schenker genannten *miles* Rather von Genkingen wäre denkbar, wenn auch nicht zu belegen.<sup>65</sup>

Am Ende der recht übersichtlichen Materialsammlung stehen zwei Dokumente aus dem Jahr 1235. Hier rückt die Burg Achalm wieder in unser Blickfeld. Nach älterer Darstellung entlud sich im Juni diesen Jahres der Konflikt zwischen Friedrich II. und seinem Sohn Heinrich (VII.) in einer großen Feldschlacht im Ermstal. Ob diese Schlacht tatsächlich so stattfand und ob sie überhaupt entscheidend auf den Verlauf des Konflikts wirkte, ist mit guten Gründen bezweifelt worden.<sup>66</sup> Außer Frage steht gleichwohl, dass Kampfhandlungen im Zuge der Belagerung der Achalm stattfanden. Just dazu sind

---

<sup>63</sup> Vgl. Hans-Georg Hofacker: Die schwäbischen Reichslandvogteien im späten Mittelalter (Spätmittelalter und Frühe Neuzeit, Bd. 8), Stuttgart 1980, S. 75–76. Aus dem urkundlichen Material ist dieser Abstieg, soweit ich sehe, nicht nachzuvollziehen.

<sup>64</sup> *Chronicon Ottenburanum*, hrsg. von Ludwig Weiland (*Monumenta Germaniae historica*, *Scriptores*, Bd. 23), Hannover 1874, S. 609–630, hier S. 621, Z. 16–17.

<sup>65</sup> *Chron. Ottenburanum* (wie Anm. 64), S. 621, Z. 20; Berthold, c. 11, S. 180.

<sup>66</sup> Die ältere Geschichtsforschung sah hier eine Entscheidungsschlacht um große Reichskonzeptionen, nicht zuletzt aufgrund einer mutmaßlichen Beteiligung des Konstanzer Bischofs Heinrich I. von Tanne. Nach jüngeren Erkenntnissen handelt es sich eher um regionale Auseinandersetzungen, die im Fahrwasser des größeren Konflikts ausgetragen wurden. Daher ist auch nicht schematisch von „Kaiserlichen“ gegen „Aufständische“ zu sprechen. Im Verlauf der Ereignisse sind lokale, wechselnde Klientelbildungen mit eigenen Motiven und territorialen Interessen zu beobachten. Die ältere Sicht beruht wesentlich auf Karl Weller: Zur Kriegsgeschichte der Empörung des Königs Heinrich gegen Kaiser Friedrich II., in: *Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte* 4 (1895), S. 176–184. Zur Neubewertung Karl Borchardt: Der sogenannte Aufstand Heinrichs (VII.) in Franken 1234/35, in: *Forschungen zur bayerischen und fränkischen Geschichte*. Peter Herde zum 65. Geburtstag von Freunden, Schülern und Kollegen dargebracht, hrsg. von Dems.; Enno Bünz (*Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg*, Bd. 52), Würzburg 1998, S. 53–119, und insbesondere Wilfried Schöntag: Die Marchtaler Fälschungen. Das Prämonstratenserstift Marchtal im politischen Kräftefeld der Pfalzgrafen von Tübingen, der Bischöfe von Konstanz und der Habsburger (1171–1312), bes. S. 86–89; vgl. auch dessen Beitrag in diesem Band.

zwei unscheinbare Briefe im Original<sup>67</sup> überliefert, die nicht nur einen intimen Einblick in die militärische Lage geben, sondern auch zum Thema Ritter und Ministeriale wertvolle Informationen liefern.<sup>68</sup>

Im ersten Schreiben berichtet Graf Friedrich von Zollern an den Kaiser Friedrich vom Verlauf der Belagerung. Mit einem Ausfall bringen die Belagerten (Anhänger Heinrichs) Friedrich an den Rand der Niederlage. Ganz konkret wird er mit Angaben zu den Männern unter seinem Kommando. Alle seine *servientes* sowie acht seiner *ministeriales* wurden verwundet, sogar vom „Herrn Marschall“ (Anselm von Justingen) grausam gequält und gefangen genommen.<sup>69</sup> Auch wurden „ihm und den Seinen“ zahlreiche Waffen und Pferde geraubt. In dieser kritischen Situation bittet Friedrich also beim Kaiser dringend um Hilfe. Wenige Tage danach folgte das zweite Schreiben vonseiten der Belagerer. Die Achalm ist mittlerweile eingenommen, aber den Anhängern Heinrichs gelang die Flucht auf die Burg Hohenurach, wo sie bei Eginov. V. Unterschlupf fanden und sich mit einer großen Zahl von *milites* und *homines* verschanzten.<sup>70</sup> Die Entscheidung des Konflikts zugunsten des Kaisers habe dann die besagte Schlacht gebracht.

Was ist von diesen Informationen zu halten? In beiden Texten sehen wir in konzentrierter Form das zentrale Problem, das sich durch den gesamten Beitrag zieht: Eine mehrdeutige, nach verschiedenen Richtungen offene Terminologie, deren Interpretation primär von den zugrunde gelegten Modellen abhängt. Je nach gewählter Übersetzung bekommen die Texte – und damit auch der Verlauf des Konflikts! – einen anderen Charakter. Entsprechend vielfältig sind die Auslegungen in der Literatur.

Insgesamt sehen wir vier verschiedene Personengruppen, die an den Kampfhandlungen beteiligt waren: Aufseiten der Belagerer waren es *ministeriales* und *servientes*, aufseiten der Belagerten *milites* und *homines*. Beide

<sup>67</sup> Es ergeben sich keine Verdachtsmomente gegen die Authentizität der beiden Stücke. Beide Texte wurden augenscheinlich in einem Zug und von jeweils einem Schreiber aufs Pergament gebracht; das Schriftbild der beiden Texte ist unauffällig, unterscheidet sich aber stark. Gerade das spricht aber für die situative Anfertigung. Insgesamt stehen Inhalt und Sprachduktus im deutlichen Gegensatz zu den von Schöntag nachgewiesenen Marchtaler Fälschungen, auf denen die spätere Stilisierung der Kämpfe zur Entscheidungsschlacht beruhte; vgl. z. B. die in mehreren Zeitschichten entstandene Bestätigung der Marchtaler Rechte durch Bischof Heinrich I.: WUB IV, Nr. 1045, S. 101–103 = RUB I, Nr. 3, S. 2; dazu W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 66), S. 438–443.

<sup>68</sup> Gedruckt als WUB III, Nr. 863, S. 361 und ebd., Nr. 864, S. 362.

<sup>69</sup> WUB III, Nr. 863, S. 361: „Omnes enim mei servientes et ex ministerialibus octo vulneribus infecti et nimium cruciati a domino marschalcho et a domino de Nifin sunt captivati.“

<sup>70</sup> WUB III, Nr. 864, S. 362: „Vestra scire dignetur excellentia, quod comes Eginov. V. in Vrach, munitus multa collectione militum et aliorum hominum, se locavit [...] Preterea scire dignemini, quod cum Nipharius nuper domum ante Achalm expugnasset et ibi nostros homines captivasset, dictus comes Eginov. V. in Vrach recepit, et adhuc ibi cum eo morantur.“

Schreiben wurden situativ im Kontext einer kriegerischen Operation erstellt, insofern muss die Unterscheidung jeweils einen militärischen Sinn gehabt haben, sonst wäre sie doch verzichtbar gewesen.

Der erste Text beschreibt eine konkrete Notlage und zielte darauf ab, die unmittelbaren Konsequenzen des Ausfalls deutlich zu machen. Vom Modell der Ministerialität ausgehend, läge es nahe, in den *ministeriales* die maßgebliche bewaffnete Gruppe der Belagerer zu sehen. Wie sind dann aber die *servientes* einzuordnen? Das lateinische Wort gibt keine zwingende Richtung vor. Handelt es sich um einfache „Diener“<sup>71</sup> oder um „Söldner“<sup>72</sup>? Der Wortlaut der Urkunde lässt jedenfalls nicht erkennen, wem ein möglicher höherer Rang zukommt. Dass die *ministeriales* höher stehen, ließe sich vielleicht an der konkreten Anzahl ablesen, im Gegensatz zu den summarisch genannten *servientes*, die aber im Text zuerst aufgeführt werden. Im Übrigen ist zu fragen, warum hier nun nicht von *milites* gesprochen wird, sind es doch gerade diese, die gemeinhin an erster Stelle erscheinen, wenn es um Kampfhandlungen geht.<sup>73</sup>

In der zweiten Urkunde werden dann, wie oben schon erwähnt, die auf der Hohenurach ausharrenden Männer als *milites* und *homines* beschrieben. Die Erklärung scheint hier relativ simpel. Entscheidend ist, dass, anders als im ersten Schreiben, die Lage der Gegenseite geschildert wird, in die der Schreiber keinen genauen Einblick haben konnte. Man kann daher von einer unspezifischen Terminologie, im Sinne von „Kriegern“ und „Männern“ ausgehen. Dazu tritt noch eine weitere Beobachtung. Auch die bei dem Ausfall vor der Achalm gefangen genommenen Personen (eben jene *servientes* und *ministeriales*) werden im zweiten Schreiben kollektiv als *homines* bezeichnet.<sup>74</sup> Hier ist klar zu sehen, wie der Gebrauch der Quellsprache von der jeweiligen Situation abhängt. Für die konkrete militärische Lagebeschreibung war es notwendig, zwischen *ministeriales* und *servientes* zu unterscheiden, doch in der rückblickenden Darstellung der zweiten Urkunde genügte eine Sammelbezeichnung. Eine Zuordnung dieser situativ gebrauchten Worte zu festen rechtlichen Kategorien ist daher nicht hilfreich.

<sup>71</sup> K. Weller, Kriegsgeschichte (wie Anm. 66), S. 180.

<sup>72</sup> W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 66), S. 89.

<sup>73</sup> Anders herum können auch *milites* in der Bedeutung als „Söldner“ erscheinen, wenn sie z. B. ein *stipendium* für ihren Waffendienst erhalten; vgl. Die Chronik des Propstes Burchard von Ursberg, hrsg. von Oswald Holder-Egger; Bernhard von Simson (Monumenta Germaniae historica, Scriptorum rerum Germanicarum [...], Bd. 16), Hannover–Leipzig 1916, S. 72 (a. 1193) und S. 124 (a. 1227).

<sup>74</sup> WUB III, Nr. 864, S. 362: „[...] ante Achalm expugnasset et ibi nostros homines captivasset [...]“.

Als ein letztes Vergleichsdokument können wir eine wenige Monate später erstellte Urkunde beibringen.<sup>75</sup> Der Marschall Anselm von Justingen, bei der Belagerung auf Seite des Kaisersohnes, wird hier als *nobilis miles* bezeichnet und ist damit offenkundig abgesetzt von den ebenfalls genannten *milites* Brugil und Albert *de Rutilingin*. Auch aus dieser Differenzierung geht hervor, dass die Bezeichnung *miles* für sich allein keine hinreichende Statusbezeichnung sein kann.<sup>76</sup>

Eine Gesamtwürdigung all dieser Belege hat mit gewissen Schwierigkeiten zu kämpfen. Anders als bei den Zwiefalter Chroniken haben wir es überwiegend mit voneinander unabhängigen Texten zu tun, die über einen längeren Zeitraum gestreut sind. Insofern lassen sich zwar nur punktuell Zusammenhänge herstellen, doch zeigen sich Tendenzen, die denen der Zwiefalter Befunde ähnlich sind. Wir sehen erneut einen variablen Gebrauch von Worten wie *miles* und *ministerialis*, die teils funktional-beschreibend, teils rechtlich-sozial differenzierend, in jedem Fall aber flexibel verwendet wurden. Akzeptiert man den Befund, dass es noch im 13. Jahrhundert für die Zeitgenossen keine einheitliche, verbindliche Terminologie gegeben hat, so führt kein Weg vorbei an der Analyse des Einzelfalls. Der exakte Informationsgehalt einzelner Worte ergibt sich gerade nicht nach standardisierten Kriterien, sondern ist kontextabhängig und nicht immer in sich konsistent.

### 3. Die frühe Reichsstadtzeit

Als Abschluss der Quellensichtung soll ein kurzer Blick auf die Verhältnisse um die Mitte des 13. Jahrhunderts geworfen werden. Bald nach den Ereignissen der 1230er Jahre wurde auf der Achalm von staufischer Seite ein Vogt eingesetzt, der nicht zuletzt auch stadtherrliche Funktionen ausübte bzw. diese kontrollierte.<sup>77</sup> Diese entscheidende Phase der Reutlinger Stadtgeschichte

<sup>75</sup> Fürstenbergisches Urkundenbuch, Bd. V, hrsg. von Siegmund Riezler, Tübingen 1885, Nr. 138, S. 94–95; ausgestellt am 31. Dezember 1235. Zu den Hintergründen W. Schöntag, Fälschungen (wie Anm. 66), S. 86–87.

<sup>76</sup> Hier ist allerdings nicht eindeutig zu klären, ob mit *Rutilingin* Reutlingen oder das ähnlich geschriebene Riedlingen gemeint ist; vgl. dazu den für 1306 genannten *Albertus de Rutelingen* in: Das habsburgische Urbar, Bd. 2,1, hrsg. von Rudolf Maag (Quellen zur Schweizer Geschichte, Bd. 15,1), Basel 1899, S. 249.

<sup>77</sup> Wann genau Reutlingen das Stadtrecht erhielt, ist unsicher. Eine entsprechende Urkunde oder auch nur eine Erwähnung des Vorgangs ist nicht überliefert; nach impliziten Hinweisen muss man aber von einem sukzessiven Erwerb städtischer „Kennzeichen“ ausgehen; die Verleihung des Stadtrechts, wohl durch Friedrich II., ist plausibel in diesem Zusammenhang zu vermuten. Bedeutende Meilensteine sind die erste Erwähnung eines *scultetus* für 1241 (siehe das Folgende) und Existenz einer Stadtmauer, die spätestens bei der Belagerung der Stadt 1247 vorhanden war; letzteres Ereignis kann mangels zeitgenössischer Nachrichten hier außen vor bleiben; vgl. dazu Heinz Alfred Gemeinhardt: Die Belagerung Reutlingens

hatte sicherlich Auswirkungen auf die Stellung und die Möglichkeiten der *milites* der Region.

Der sogenannte „Achalmvogt“ ist bis 1267 insgesamt viermal in Urkunden nachzuweisen. Erstmals taucht er 1240 anlässlich der Ausstellung des Schutzbriefs Konrads IV. für die Nonnen von Weil auf (als *advocatus de Abhalme*).<sup>78</sup> Seine genaue Identität ist bis heute ungeklärt und auch die weiteren Belege helfen nur bedingt weiter. 1241 fungiert der Vogt (*Cvnradius advocatus de Achhalme*), zusammen mit dem Reutlinger Schultheiß Arnold, als Zeuge für die Transaktion einer Mühle gegen 100 *homines*.<sup>79</sup> 1243 sind beide als Zeugen einer Streitschlichtung zugegen.<sup>80</sup> Für das soziale Gesamtgefüge um die Achalm wäre es nun aufschlussreich, den Vogt genau einzuordnen. Sämtliche Versuche scheiterten aber an der dünnen Quellenlage. In der Literatur wird Konrad gerne mit jenem Konrad von Plochingen gleichgesetzt, der bei der Belagerung von 1235 aufseiten des Kaisers stand.<sup>81</sup> Die Herleitung ist nicht unplausibel, denn mit den Plochingern wäre eine einflussreiche Familie von Reichsministerialen in Reutlingen präsent, allerdings ist die Namensgleichheit allein kein hinreichender Beleg.

Spätestens 1267 ist der Achalmvogt dann in der Tat ein Plochinger, hier wiederum ohne Nennung seines Namens. Unter den Zeugen ist ein *miles* namens Grienhard als Stellvertreter des Vogts genannt.<sup>82</sup> Angenommen, der *advocatus* ist als Reichsministeriale anzusprechen, dann ist die genaue Stellung des *miles* weiterhin offen für Interpretationen. Am Beispiel des Achalmvogts zeigt sich so einmal mehr, wie fließend die Grenzen zwischen verschiedenen Funktions- und Statuszuschreibungen verlaufen können.

Nur noch als Ausblick angerissen werden kann das Verhältnis von Ministerialen und Reutlinger Bürgern. Hier tapen wir noch in der Mitte des 13. Jahrhunderts weitgehend im Dunkeln. Die große Bedeutung, die den Ministeria-

---

an Pfingsten 1247. Erinnerung an ein wichtiges Datum der frühen Stadtgeschichte, in: RGB NF 36 (1997), S. 189–220, zur Quellenlage bes. S. 198–204. Ergänzend dazu RUB I, S. IX–XI; ferner auch H.-G. Hofacker, Reichslandvogteien (wie Anm. 63), S. 73–75.

<sup>78</sup> WUB III, Nr. 945, S. 449; vgl. dazu H.-G. Hofacker, Reichslandvogteien (wie Anm. 63), S. 77; Theodor Schön: Die Burgvögte und Burgherren von Achalm, in: RGB 12 (1901), S. 55–58, 65–71, 86–88.

<sup>79</sup> WUB IV, Nr. 963, S. 9–10 = RUB I, Nr. 1, S. 1. Mit Arnold ist erstmals ein *scultetus* in Reutlingen bezeugt. Über den Status des Truchsessens (*dapifer*) Berthold von Urach ist nur zu spekulieren. Allein aus dem Hofamt ist keine exakte soziale Zuordnung abzuleiten.

<sup>80</sup> WUB IV, Nr. 994, S. 45 = RUB I, Nr. 2, S. 1.

<sup>81</sup> Karl Bosl: Die Reichsministerialität der Salier und Staufer. Ein Beitrag zur Geschichte des hochmittelalterlichen deutschen Volkes, Staates und Reiches (MGH Schriften, Bd. 10), Stuttgart 1950/51, S. 373; H.-G. Hofacker, Reichslandvogtei (wie Anm. 63), S. 71, 75–77; T. Schön, Burgvögte (wie Anm. 78), S. 55–56 verortet sie aufgrund des Wappens in Kirchheim.

<sup>82</sup> WUB VI, Nr. 1930, S. 320–321 = RUB I, Nr. 7, S. 4: „domini Grienhardi militis, vicarii domini [...] advocati in Achalmin dicti de Blochingen.“

len im Allgemeinen für die Stadtentwicklung zugesprochen wird, zeigt sich in den Reutlinger Quellen nur ganz sporadisch und erst spät. Eine sukzessive „Verschmelzung“ von Bürgern und Ministerialen, wie es in vielen Städten als kontinuierlicher Prozess nachzuweisen ist,<sup>83</sup> geht aus den Reutlinger Quellen bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts nur punktuell hervor. Zu den wenigen Urkunden, in denen Reutlinger *militēs* fassbar werden, gehört ein Diplom von März 1267, in dem die Abgaben der in der Reutlinger Pfarrei gelegenen Güter des Klosters Bebenhausen geregelt werden. In der Zeugenliste erscheinen mehrere *militēs*, noch vor dem *scultetus* und dem *camerarius*, dazu mehrere Reutlinger Bürger (ohne dass sie aber als *cives* bezeichnet würden).<sup>84</sup>

Eine zweite Urkunde von Juni 1267 wurde oben schon genannt. Der *miles* Grienhard ist hier unter den *cives de Rutelingen* genannt. Die Reihenfolge der Zeugen gestaltet sich ganz anders als in der wenige Monate älteren Urkunde zu Bebenhausen. Die Reihe beginnt mit dem Schultheißen, nennt dann mehrere Personen ohne nähere Zuschreibung, danach Grienhard und abschließend einige geistliche Zeugen. Entscheidendes Detail ist, dass diese alle unter den Reutlinger *cives* gefasst sind.<sup>85</sup> Als erste Annäherung an diese Befunde können wir verbuchen, dass *militēs* in Reutlingen offenbar noch in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts als Gruppe präsent waren, aber gleichzeitig auch als Teil der Bürgerschaft erscheinen. Erneut ist hier also eher an eine pragmatische, funktionale Unterscheidung zu denken und nicht an einen ministerialischen Stand. Das Phänomen der „bürgerlichen Ministerialen“ in Reutlingen wäre vor diesem Hintergrund in einem anderen Rahmen zu sondieren.

Überhaupt scheinen die terminologischen Grenzen auch in dieser Phase noch keinesfalls starr. Noch in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts war es explizit möglich, zugleich *miles* und *ministerialis* zu sein, wie eine in Wildenau ausgestellte Urkunde von 1259 zeigt: Als Zeuge eines Verkaufsgeschäfts fungieren hier u. a. ein *miles* Berthold von Mörsberg und ein *miles* Konrad von Wildenau. Interessanter ist der Schenker selbst: ein gewisser *miles* Hugo von Müneck, seines Zeichens *ministerialis noster* Graf Rudolfs von Tübingen.<sup>86</sup> Hier ergibt sich aus dem Kontext, welche Zuschreibung ein Dienstverhältnis

<sup>83</sup> Vgl. zum Thema „bürgerliche Ministerialen“ stellvertretend den Forschungsüberblick Knut Schulz: Ministerialität und Bürgertum. Rückblick und Bewertung nach vierzig Jahren, in: Kurtrierisches Jahrbuch 47 (2007), S. 189–210.

<sup>84</sup> WUB VI, Nr. 1907, S. 298 = RUB I, Nr. 6, S. 3.

<sup>85</sup> WUB VI, Nr. 1930, S. 320–321 = RUB I, Nr. 7, S. 4: „prelibati sunt cives de Rutelingen, videlicet [...]“

<sup>86</sup> WUB VI, Nr. N45, S. 491: „Hugo miles noster ministerialis dictus de Mügenegge curiam suam [...] vendidit.“ Derartige Formulierungen begegnen noch öfters, für Reutlingen z. B. 1279: WUB VIII, Nr. 2907, S. 186; vollständig in Monumenta Hohenbergica. Urkundenbuch zur Geschichte der Grafen von Zollern-Hohenberg und ihrer Grafschaft, hrsg. von Ludwig Schmid, Stuttgart 1862, Nr. 85, S. 59–60.

und welche eine Funktion anzeigt. Am anderen Ende des Spektrums steht die oft zitierte Urkunde von 1254, mit der Ulrich von Württemberg und Heinrich von Fürstenberg die Hälfte der Burgen Wittlingen und Urach tauschten. In das Tauschgeschäft einbezogen waren alle zugehörigen Personen – *vassalli*, *ministeriales* und *homines*.<sup>87</sup> Welcher Status sich hinter diesen Bezeichnungen verbirgt, sei dahingestellt.

#### 4. Fazit

Wenn wir die Beobachtungen der zurückliegenden Seiten in wenigen Worten zusammenfassen, ergibt sich ein komplexes und ausdrücklich nicht auf eine einfache Formel zu bringendes Ergebnis. Durchweg finden wir Bestandteile, die ein ministeriales Dienstverhältnis ausmachen. Dienstleute verfügen über teils erheblichen Besitz, zumeist in Form von Leihgut, über das sie nicht völlig frei verfügen können. Sie tragen Waffen und haben in gewissen Grenzen herrschaftliche Befugnisse. Dazu treten sie häufig als Schenker und Stifter für geistliche Gemeinschaften auf. Ihr Anspruch auf Distinktion lässt sich an einigen Stellen nachzeichnen.

Über weite Strecken fehlt es allerdings an expliziten Aussagen zum Charakter der Dienstbindung und zu den genauen Aufgaben innerhalb dieser Bindung. Ein normativer Rahmen, etwa ein einschlägiges Dienstrecht, fehlt. Einzig Ortliebs Definition der *familia* könnte in diese Richtung interpretiert werden. Ganz besonders hat sich gezeigt, dass eine Zuschreibung zu sozialen oder ständischen Gruppen rein nach Signalworten (*miles*, *ministerialis*) ihre Tücken hat. Hier stoßen wir ein ums andere Mal auf vermeintliche Widersprüche und Inkonsistenzen, die sich aber auflösen, sobald man das etablierte Aufstiegsnarrativ in den Hintergrund rückt.

Die in den Quellen überlieferten, von der Forschung als Ministerialen oder Dienstleute bezeichneten Personen sind keine homogene Einheit. Weder in sozialer noch rechtlicher oder wirtschaftlicher Hinsicht lassen sie sich als „Stand“ beschreiben und selbst die weiter gefasste Wendung einer „Funktionselite“ kann nicht die ganze Bandbreite der Befunde abdecken. Die Terminologie speziell in den Zwiefalter Chroniken lässt sich entweder auf eine bestimmte erzählerische Intention oder auf konkrete Verhältnisse im Einzelfall zurückführen. Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, dass die Chronisten wie auch Urkundenschreiber mit einem (gemessen an späteren Verhältnissen) sehr begrenzten Kontingent an möglichen Benennungen arbei-

---

<sup>87</sup> WUB V, Nr. 1293, S. 57–59.



ten mussten, welches es heute umso schwerer macht, einzelne Nuancen aufzudecken.<sup>88</sup>

Selbst das relativ übersichtliche Material des Reutlinger Raums liefert klare Hinweise auf den dynamischen Umgang mit Worten und Konzepten durch die Zeitgenossen. Kurzum: Die Deutung der einschlägigen Belege lässt sich nicht auf die Frage nach der Zugehörigkeit zur Klasse der Ministerialen reduzieren. „Krieger, Diener und andere“ sind keine starren Kategorien. Treffender sollte man von einem flexiblen Raster sprechen, in dem der soziale und rechtliche Status wie auch die konkrete Funktion fließend verortet wurde. Der Ministeriale als Idealtypus hat auf regionaler Ebene, jedenfalls im Reutlinger Material, eine weit geringere Rolle gespielt als wohl für reichsweit agierende, führende *ministeriales imperii*. Wenn man ein systematisierendes Modell wie das der Ministerialität in diesem Sinn zurechtstutzt, geht nichts verloren, im Gegenteil. Erst jenseits des schematischen Zugriffs zeigt sich die Vielfalt und Dynamik der mittelalterlichen Sozialstruktur.

---

<sup>88</sup> Ähnliches lässt sich beispielsweise auch im Bereich der Grundherrschaft feststellen; vgl. Rolf Köhn: Wahrnehmung und Bezeichnung von Leibeigenschaft in Mittel- und Westeuropa vor dem 14. Jahrhundert, in: Sozialer Wandel im Mittelalter. Wahrnehmungsformen, Erklärungsmuster, Regelungsmechanismen, hrsg. von Jürgen Miethke; Klaus Schreiner, Sigmaringen 1994, S. 301–334, der auch auf den Gebrauch des Lateins als Fremdsprache eingeht.



## Reutlingen und Esslingen. Zwischenstädtische Beziehungen im 14. Jahrhundert im Spiegel der Urkunden

Bernhard Kreutz

Das städtische Leben und die städtische Politik in Reutlingen vollzogen sich im Mittelalter ebenso wenig wie heute isoliert von der Außenwelt. Als Reichsstadt war ihr eine besondere Beziehung zu Königen und Kaisern als Stadtherren in die Wiege gelegt.<sup>1</sup> Unter den benachbarten Adelsherrschaften sticht besonders die Grafschaft Württemberg hervor.<sup>2</sup>

Von den schwäbischen Klöstern und Stiften unterhielten Königsbronn, Bebenhausen, Marchtal, Salem und Zwiefalten eigene Höfe in Reutlingen und waren dadurch unmittelbar im Stadtleben präsent.<sup>3</sup> Eine wesentliche Rolle für die Geschehnisse der Stadt spielten auch die Beziehungen zu den anderen Reichsstädten in Schwaben. Dies gilt insbesondere für das rund 35 km entfernte Esslingen. In ihrer Verfassung, ihrer Wirtschaft, aber auch in ihren politischen Rahmenbedingungen waren sich die beiden Reichsstädte im Spätmittelalter so ähnlich, dass man geradezu von „Schwesterstädten“<sup>4</sup> sprechen könnte.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Zu Stadtwerdung und Reichsstadtstatus: Markus M. Bauer u. a.: Reutlingen, in: KB Reutlingen, Bd. 2, S. 300–578, hier: 309–323; Alois Schneider: Reutlingen (Archäologische Stadtkataster Baden-Württemberg, Bd. 23), Esslingen 2003, S. 34–47; Bernd Breyvogel: Von den dörflichen Anfängen zur stolzen Reichsstadt, in: Wilhelm Borth u. a.: Reutlingen. Vergangenheit trifft Zukunft. Von der Reichsstadtherrlichkeit zur selbstbewussten Großstadt, Reutlingen 2013, S. 22–27.

<sup>2</sup> Zum Verhältnis der beiden Reichsstädte zu Württemberg: Eugen Schneider: Die Friedensverträge Reutlingens mit Württemberg von 1389, in: RGB 8 (1897), S. 74–76; Paul Schwarz: Von der Stadtgründung im Mittelalter bis zum Beginn der Neuzeit, in: Reutlingen. Aus der Geschichte einer Stadt, hrsg. von Dems.; Heinz Dieter Schmid, Reutlingen 1973, S. 65–68; Otto Borst: Geschichte der Stadt Esslingen am Neckar, Esslingen 1977, S. 126–133; Peter Rückert: Die Grafen von Württemberg, die schwäbischen Reichsstädte und Kaiser Karl IV. in Konflikt und Kooperation, in: Roland Deigendesch; Christian Jörg (Hrsg.): Städtebünde und städtische Außenpolitik – Träger, Instrumente und Konflikte während des hohen und späten Mittelalters (Stadt in der Geschichte, Bd. 44), Ostfildern 2019, S. 103–124.

<sup>3</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 156–167, 175 ff.

<sup>4</sup> Der Begriff „Schwesterstädte“ findet sich erstmals – bezogen auf Mainz, Worms und Speyer – bei Michael Mathews: Vom Bistumsstreit zur Mainzer Stiftsfehde: Zur Geschichte der Stadt Mainz 1328–1459, in: Mainz. Die Geschichte der Stadt, hrsg. von Franz Dumont u. a., Mainz 1998, S. 272–304, hier: S. 178.

<sup>5</sup> Überblicksdarstellungen zu Esslingen: O. Borst (wie Anm. 2), S. 75–169; Joachim Halbekann: Esslingen am Neckar, in: KB Esslingen, Bd. 1, S. 437–469; zu Reutlingen: Wolfgang Jäger: Die Freie Reichsstadt Reutlingen. Siedlungs- und Verfassungsgeschichte bis 1500, Würzburg 1940; P. Schwarz (wie Anm. 2); Markus Bauer: Kompendium der Reutlinger Geschichte

Reutlingen war im Spätmittelalter etwas kleiner als Esslingen. Für Reutlingen ist eine Einwohnerzahl zwischen 4500 und 5000 anzunehmen,<sup>6</sup> für Esslingen sind es ca. 6000 Einwohner.<sup>7</sup> Die ummauerte Stadtfläche war in Esslingen ebenfalls größer. Hier waren es im 15. Jahrhundert ca. 50 ha,<sup>8</sup> in Reutlingen ca. 24,5 ha.<sup>9</sup> Die Esslinger Stadtmauer umfasste allerdings weite unbebaute Flächen, z. B. die Hanglagen unterhalb der Burg, auf denen noch heute Wein angebaut wird, oder große Teile der Obertorvorstadt. Die Wirtschaft beider Städte war geprägt vom Weinbau und vom zünftischen Handwerk. Die Esslinger Zunftordnung von 1331 zählt 13 verschiedene Zünfte auf.<sup>10</sup> Für Reutlingen werden im Jahr 1297 acht Zunftmeister erwähnt, allerdings ohne genauere Bezeichnung der jeweiligen Berufsgruppen.<sup>11</sup> Bis 1399 erscheinen in den Reutlinger Urkunden dann sechs explizit nach ihrem Handwerk benannte Zünfte.<sup>12</sup> Beide Gemeinden waren Reichsstädte mit staufischen Wurzeln und lagen wie Inseln umgeben vom Gebiet der Grafschaft Württemberg. Aus württembergischer Sicht waren sie zwei Stachel im Fleisch des gräflichen Territoriums.<sup>13</sup>

Die Rolle, welche die Stadt Esslingen für die Geschichte Reutlingens spielte, schlug sich auch in der urkundlichen Überlieferung nieder. So ist im Reutlinger Urkundenbuch – nach Reutlingen selbst – Esslingen die Stadt mit den meisten Einträgen. In den 967 Urkunden bis zum Jahr 1399 wird Esslingen insgesamt 106-mal genannt, die städtischen Amtsträger wie Bürgermeister, Rat und Richter 34-mal, Kirchen und Klöster 17-mal, 27 verschiedene Einwohner Esslingens, Laien und Kleriker, erscheinen namentlich in den Urkunden.<sup>14</sup> Am bekanntesten unter diesen Urkunden sind wohl die beiden

---

in reichsstädtischer Zeit, Reutlingen 1994 (masch., unveröffentlicht); Heinz Alfred Gemeinhardt: Reutlingen, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 2, hrsg. von Meinrad Schaab; Hansmartin Schwarzmaier, Stuttgart 1995, S. 697–703; M. Bauer u. a. (wie Anm. 1), S. 309–362; A. Schneider (wie Anm. 1), S. 26–47; B. Breyvogel (wie Anm. 1), S. 17–51.

<sup>6</sup> Württembergisches Städtebuch (Deutsches Städtebuch: Handbuch städtischer Geschichte, Bd. 4), Stuttgart 1962, S. 411; M. Bauer u. a. (wie Anm. 1), S. 350.

<sup>7</sup> J. Halbekann (wie Anm. 5), S. 453 f.

<sup>8</sup> Württembergisches Städtebuch (wie Anm. 6), S. 69 f.; vgl. die Stadtpläne in: O. Borst (wie Anm. 2), S. 97, Abb. 4 und 5.

<sup>9</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 61.

<sup>10</sup> Urkundenbuch der Stadt Esslingen, 2 Bde., bearb. von Adolf Diehl, (Württembergische Geschichtsquellen, Bde. 4 und 7) Stuttgart 1898, 1905 (im Folgenden: UB Esslingen I–II), Bd. 1, Nr. 612, S. 301–304.

<sup>11</sup> Reutlinger Urkundenbuch, Teil 1: Die Urkunden bis 1399, bearb. von Bernhard Kreutz, hrsg. vom Stadtarchiv Reutlingen, Reutlingen 2019 (im Folgenden: RUB I), Nr. 56, S. 33–34.

<sup>12</sup> Vgl. RUB I, Orts- und Personenregister, S. 601.

<sup>13</sup> P. Rückert (wie Anm. 2), S. 104–108.

<sup>14</sup> RUB I, Orts- und Personenregister, S. 586.

Verfassungsdokumente, die Esslingen den Reutlingern auf deren Anfragen zukommen ließ. Zunächst schickten die Esslinger 1299 ihre Wahlordnung für Richter und Zunftmeister nach Reutlingen.<sup>15</sup> Im Jahr 1331 folgte dann die Esslinger Zunftordnung.<sup>16</sup> Auch die Bundesverträge und Korrespondenzen der schwäbischen Städtebünde, besonders ab 1376, in denen Reutlingen und Esslingen gemeinsam einen wichtigen Platz einnahmen, wurden bereits von der Forschung behandelt.<sup>17</sup> So wichtig diese Urkunden auch sind, so bilden sie doch nur einen Ausschnitt der zwischenstädtischen Beziehungen zwischen Reutlingen und Esslingen ab. Anhand der im Reutlinger Urkundenbuch versammelten Quellen soll hier versucht werden, ein umfassenderes Bild dieser zwischenstädtischen Beziehungen zu skizzieren. Diese reichen von den Schenkungen Reutlinger Bürgerinnen und Bürger an die Esslinger Klöster über persönliche Geschäftsbeziehungen bis zur gemeinsamen Bezeugung und Besiegelung von Urkunden Dritter durch die Bürgermeister beider Städte. Diese alltäglichen, persönlichen und geschäftlichen Beziehungen zwischen Reutlingen und Esslingen bildeten die Basis für die gemeinsame auswärtige Politik beider Gemeinden, die im späten 14. Jahrhundert ihren Höhepunkt fand. Der Weg dorthin lässt sich über das gesamte Jahrhundert verfolgen.

---

<sup>15</sup> RUB I, Nr. 62, S. 36 f. O. Borst (wie Anm. 2), S. 114–116; B. Breyvogel (wie Anm. 1), S. 27, 36; Horst Rabe: Der Rat der niederschwäbischen Reichsstädte. Rechtsgeschichtliche Untersuchungen über Ratsverfassung der Reichsstädte Niederschwabens bis zum Ausgang der Zunftbewegungen im Rahmen der oberdeutschen Reichs- und Bischofsstädte (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 4), Köln/Graz 1966, S. 136. Im Reutlinger Urkundenbuch sind zu den einzelnen Urkunden weitere Literaturverweise angegeben, auf die hier generell verwiesen sein soll.

<sup>16</sup> Wie Anm. 10; M. Bauer u. a. (wie Anm. 1), S. 352–356; Kuno Ziegler: Das Zunftrecht der Freien Reichsstadt Reutlingen, Diss. jur. masch., Würzburg 1952, S. 29–35.

<sup>17</sup> Wilhelm Vischer: Geschichte des schwäbischen Städtebundes 1376–1389 (Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd. 2), Göttingen 1862; O. Borst (wie Anm. 2), S. 134–152; Alexander Schubert: Der Stadt Nutz oder Notdurft? Die Reichsstadt Nürnberg und der Städtekrieg von 1388/89 (Historische Studien, Bd. 476), Husum 2003; Bernhard Kreutz: Städtebünde und Städtetz am Mittelrhein im 13. und 14. Jahrhundert (Trierer Historische Forschungen, Bd. 54), Trier 2005, zum Schwäbischen und zum Rheinisch-Schwäbischen Städtebund S. 211–327; Roland Deigendesch: Die Schlacht bei Reutlingen 1377. Geschichte – Wirkung – Erinnerung, in: Deigendesch/Jörg (wie Anm. 2), S. 19–44; Stefanie Rüther: „...do zugen die von Ulm gen Weißenhorn.“ Die Kriege des Schwäbischen Städtebundes mit den Fürsten und Herren im ausgehenden 14. Jahrhundert, in: Weißenhorner Profile 1160–2010. Beiträge und Untersuchungen zur Stadtgeschichte (Kataloge und Schriften des Weißenhorner Heimatmuseums, Bd. 5), Weißenhorn 2010, S. 81–97; Dies.: Der Bündnisfall. Ordnung und Organisation der Kriegführung des schwäbischen Städtebundes (1376–1390), in: Deigendesch/Jörg (wie Anm. 2), S. 213–232.

## I.

In Reutlingen bestanden im Mittelalter lediglich ein Franziskanerkloster und einige kleinere Frauengemeinschaften wie die „Von Rast Sammlung“ oder die Hollensammlung. Für eine Stadt dieser Größenordnung war die monastische Ausstattung damit vergleichsweise gering. In Esslingen etwa waren im 14. Jahrhundert vier Männerklöster (Augustiner, Dominikaner, Franziskaner, Karmeliten) ansässig, außerdem zwei Frauenklöster (Dominikanerinnen, Klarissen), zwei Frauensammlungen und ein Doppelkonvent am Katharinen-spital. In Schwäbisch Gmünd waren es drei Männerklöster (Augustiner, Dominikaner, Franziskaner) und ein Frauenkloster (Dominikanerinnen).<sup>18</sup> Besonders für Frauen, die ein klösterliches Leben anstrebten, war das geistliche Angebot in Reutlingen nicht ausreichend. Zahlreiche Reutlingerinnen traten daher ins nahe liegende Klarissenkloster in Pfullingen oder ins Dominikanerinnenkloster in Offenhausen (bei Gomadingen) ein, wie aus den Urkunden hervorgeht.<sup>19</sup> Von großer Bedeutung waren aber ebenso die Klöster des Dominikanerordens in Esslingen.

Die älteste bekannte Schenkung von Reutlinger Bürgern an ein Esslinger Kloster ging am 15. Januar 1297 an die Esslinger Dominikaner. In einer Urkunde dieses Datums bestätigt die Laienschwester Mechthild Helkün aus Reutlingen die Schenkungen ihres Vaters Walter an dieses Kloster und an die Prämonstratenserabtei Weißenau.<sup>20</sup> Walter Helkün hatte zu einem unbekanntem Zeitpunkt zuvor den Esslinger Dominikanern das Vorderhaus eines Anwesens in Reutlingen vererbt. Ans Kloster Weißenau gingen das dortige Hinterhaus mit Garten, Scheune und Wegerecht. Den Esslinger Dominikanern wurde außerdem ein Nutzungsrecht an einem Drittel des Gartens und an dessen Zuwegung eingeräumt. Die Reutlinger Stifterin behält sich jedoch vor, im Falle persönlicher Not selber frei über die genannten Güter verfügen zu können. Am 29. November 1307 bestätigte Mechthild Helkün die Schenkung ihres Vaters an die Esslinger Dominikaner ein weiteres Mal. Diese Urkunde wurde auch vom Abt von Weißenau mitbesiegelt.<sup>21</sup> Schließlich verzichtete der Reutlinger Bürgermeister Ernst Wittige mit seinen Schwestern Adelheid und Irmgard am 15. April 1318 gegenüber den Esslinger Domini-

---

<sup>18</sup> Überblicksdaten in: *Württembergisches Klosterbuch: Klöster, Stifte und Ordensgemeinschaften von den Anfängen bis in die Gegenwart*, hrsg. von Wolfgang Zimmermann; Nicole Priesching, Ostfildern 2003, zu Reutlingen: S. 395–397, zu Esslingen: S. 235–240, zu Schwäbisch Gmünd: S. 440–451; online unter der URL: <http://www.kloester-bw.de/>>www.kloester-bw.de (19.8.2020).

<sup>19</sup> Vgl. RUB I, Orts- und Personenregister, S. 595–597.

<sup>20</sup> RUB I, Nr. 55, S. 33; UB Esslingen I, Nr. 290, S. 123–124. J. Halbekann (wie Anm. 5), S. 463; A. Schneider (wie Anm. 1), S. 158 f.

<sup>21</sup> RUB I, Nr. 80, S. 47 f.

kanern auf sämtliche Ansprüche an dem ehemaligen Haus und dem Garten ihrer verstorbenen Verwandten Mechthild Helkün in Reutlingen.<sup>22</sup>

Die Besitzentwicklung des Predigerordens aus der „Schwesterstadt“ setzte sich weiter fort. Im Jahr 1350 schenken der Reutlinger Heinrich Fischer und seine Frau Adelheid ihrem Sohn Albrecht, der Dominikanermönch und später Prior in Esslingen war, eine jährliche Zahlung von zwei Pfund Heller aus einem Haus in der Reutlinger Bitrolfsgasse.<sup>23</sup> Nach Albrechts Tod sollte davon ein Pfund dem Kloster verbleiben, das andere Pfund ging an Albrechts Schwester und ihre Kinder. Dass die Esslinger Dominikaner noch über weiteren Besitz in Reutlingen verfügten, belegt eine Urkunde vom 17. März 1356.<sup>24</sup> Darin erhält



Innenansicht der ehemaligen Dominikanerkirche in Esslingen, geweiht 1268 von Albertus Magnus, heute Münster Sankt Paul.

die Reutlinger Bürgerin Anna von Trochtelfingen ein Haus des Konvents in der Stadt. „Ich Anna von Trochtelfingen dez an dem Anger tohter bürgerin ze Rütlingen [...] vergihe öffentlich daz ich [von] den ersamen gaistlichen herren dem prior und dem convent gemainlich der Brediger huses ze Esslingen ir hus ze Rütlingen emphanen han.“ Die Dominikaner behielten jedoch das Recht, weiterhin bei Aufenthalt in Reutlingen in diesem Haus Quartier zu beziehen. „Darzu sul die erbern herren ir herberg dar ynnen haben an allen sachen als sy vormalz gehent hant.“<sup>25</sup> Die neue Besitzerin bekam die Auflage, das Gebäude zu diesem Zweck instand zu halten. Im Jahr 1387 schließlich kaufte Heinz Schnitzer mit seiner Tochter und seinem Schwiegersohn dieses Haus für 50 Pfund als Leibgeding. Die Esslinger Dominikaner sollten auch weiterhin „in dem vorgeschribenen hus herberg haben und sullen ir gemach in der stuben uf der louben und in der kamer haben“.<sup>26</sup>

<sup>22</sup> Ebd., Nr. 121, S. 78f.; A. Schneider (wie Anm. 1), S. 159.

<sup>23</sup> RUB I, Nr. 344, S. 219; UB Esslingen I, Nr. 922, S. 457; A. Schneider (wie Anm. 1), S. 45.

<sup>24</sup> RUB I, Nr. 396, S. 251; UB Esslingen I, Nr. 1056, S. 534–535; J. Halbekann (wie Anm. 5), S. 463; A. Schneider (wie Anm. 1), S. 159.

<sup>25</sup> RUB I, Nr. 396, S. 251.

<sup>26</sup> Ebd., Nr. 835, S. 504.

Von größerer Bedeutung für Reutlingen war jedoch das Dominikanerinnenkloster Sirnau in Esslingen. Dementsprechend häufig finden sich in der Reutlinger Überlieferung auch Stiftungen an diesen Konvent. Die erste bekannte Reutlinger Stiftung an Sirnau erfolgte am 16. Mai 1315, als die Bürgerin Bene Wältin ihren gesamten Besitz dem Kloster vererbte.<sup>27</sup> Als erstes Reutlinger Mitglied in diesem Kloster ist 1344 Gere Rütling belegt, der ihr Vater Heinz Rütling eine Gült von vier Pfund Heller jährlich schenkte.<sup>28</sup> Bis 1399 sind insgesamt noch neun weitere Stiftungen Reutlinger Bürger an die Esslinger Schwestern überliefert.<sup>29</sup> Anders als bei den Geschäften ihrer männlichen Ordensbrüder standen bei den Dominikanerinnen nicht Immobilien im Vordergrund, sondern es waren in der Regel Gülten, welche die Reutlinger Familien ihren Töchtern im Kloster persönlich übertrugen. Der familiäre Versorgungsgedanke wird z. B. in einer Schenkung aus dem Jahr 1357 deutlich. Am 18. April schenkte der Reutlinger Schultheiß Konrad der Maier seinen Töchtern Katharina und Anne in Sirnau eine jährliche Gült von 3 Pfund Heller aus einem Hof in Pliezhausen. Starb eine der Schwestern, sollte die Gült an die jeweils andere fallen, nach beider Tod an das Kloster.<sup>30</sup>

In den Schenkungen des 14. Jahrhunderts treten insgesamt zwölf Reutlingerinnen als Konventsmitglieder in Esslingen in Erscheinung. Diese waren als leibliche Schwestern, Tanten und Nichten nahezu alle miteinander verwandt. Im Jahr 1350 sind mit Gute und Irmgard sogar die Witwe und die Tochter des Reutlinger Bürgers Heinrich von Horb in Sirnau belegt.<sup>31</sup> Die Frauen entstammten durchweg den führenden Reutlinger Familien wie den Öler,<sup>32</sup> den Ungelter<sup>33</sup> oder den Spiegel<sup>34</sup>. Man kann somit von einem regelrechten Reutlinger Netzwerk im Dominikanerinnenkloster Sirnau sprechen. Einen ähnlichen Befund würde sicher auch die Untersuchung des Klarissenklosters in Pfullingen ergeben. Da es im 14. Jahrhundert kein eigentliches Frauenkloster

<sup>27</sup> Ebd., Nr. 108, S. 70; UB Esslingen I, Nr. 443, S. 204.

<sup>28</sup> RUB I, Nr. 292, S. 187.

<sup>29</sup> 1348 Schenkung Berthold Ölers an seine beiden Enkelinnen im Kloster Sirnau (RUB I, Nr. 331, S. 211–212); 1353 Schenkung Konrad Aulbers an die Dominikanerin Gute von Horb (ebd., Nr. 374, S. 238). 1357 Schenkung Konrad des Maiers an seine beiden Töchter im Kloster (ebd., Nr. 403, S. 255). Im selben Jahr Schenkung der Dominikanerin Anne Strubandin von Einkünften u. a. aus Reutlingen an ihr Kloster (ebd., Nr. 404, S. 255–256). 1363 Schenkung Eberhard Ungelters an seine Tochter Hedwig im Kloster (ebd., Nr. 460, S. 288–289). 1366 Schenkung Konrad des Holders an zwei Dominikanerinnen in Sirnau (ebd., Nr. 491, S. 309). 1376 Schenkung Anne Spiegels an ihre Enkelin im Kloster (ebd., Nr. 613, S. 377). 1383 Schenkung von Jakob Strus an den Konvent Sirnau (ebd., Nr. 771, S. 465) und 1390 Schenkung Eberhard Bächts an seine Schwägerin im Kloster (ebd., Nr. 865, S. 520–521).

<sup>30</sup> RUB I, Nr. 403, S. 255; J. Halbekann (wie Anm. 5), S. 465 f.

<sup>31</sup> RUB I, Nr. 348, S. 221, Urkunde vom 24. August 1350.

<sup>32</sup> Ebd., Nr. 331, S. 211–212.

<sup>33</sup> Ebd., Nr. 491, S. 309.

<sup>34</sup> Ebd., Nr. 613, S. 377.





Kirche des Dominikanerinnenklosters Sirnau in Esslingen, Zeichnung von Johannes Braungart, vor 1849.

in Reutlingen gab, waren die Familien zur Unterbringung ihrer Töchter gezwungen, auf auswärtige Konvente auszuweichen, wo sich dann kleine Reutlinger Kolonien bildeten.<sup>35</sup>

## II.

Aber auch außerhalb des klösterlichen Stiftungswesens bestanden enge, wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Bürgern von Reutlingen und Esslingen. Dies zeigt sich in umfangreichen Immobiliengeschäften. So verkaufte im Jahr 1335 der Esslinger Konrad Glaser dem Priester Heinrich Munzin für 40 Pfund weniger 16 Schilling Heller eine Gült von zwei Pfund und sechs-einhalb Schilling jährlich aus einem Haus am Markt in Reutlingen: „Den obgenanten zins han ich geben ze kouffende rehte und redliches koufes dem erbern man Phaffe Hainrich Munzin.“<sup>36</sup> Wie eng die personellen und

---

<sup>35</sup> Vgl. die Schenkung der Reutlingerin Luitgard Viltzingin an ihre Enkelin und ihre beiden Nichten im Esslinger Klarissenkloster im Jahr 1361 (RUB I, Nr. 446, S. 280); A. Schneider (wie Anm. 1), S. 280.

<sup>36</sup> RUB I, Nr. 197, S. 132; Roland Deigendesch: Aufbruch und Beharrung. Reutlinger Kleriker vor der Reformation, in: RGB NF 56 (2017), S. 27–56, hier: S. 37.

wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Städten waren, demonstriert auch das folgende Geschäft aus dem Jahr 1350. Der aus Reutlingen stammende Prior des Esslinger Dominikanerklosters, Albrecht von Horb, trat zusammen mit den Sirnauer Dominikanerinnen Gute und Irmgard von Horb als Verkäufer auf. Gute war seine verwitwete Mutter, Irmgard seine Schwester. Zusammen verkauften sie an den ebenfalls aus Reutlingen stammenden Ludwig Veringer, Chorherr in Konstanz, für 140 Pfund Heller zwei Häuser mit Grundstücken in Reutlingen an der gemeinen Straße.<sup>37</sup> Eine weitere enge Verbindung zwischen beiden Städten geht aus einer Urkunde vom 26. Juli 1381 hervor. Darin verkaufte der Esslinger Eberhard Bürgermeister – so der Nachname – an Werner Ungelter aus Reutlingen für 183 Pfund eine Hälfte des Laienzehnten in Wankheim.<sup>38</sup> Diese Einkünfte hatte der Esslinger zuvor von seinem Oheim Walker Bächt geerbt. Die Bächt wiederum gehörten zu den wichtigsten Familien in Reutlingen. Ihr entstammten im 13. und 14. Jahrhundert ein Schultheiß, mehrere Bürgermeister und Richter.<sup>39</sup>

Neben privaten Geschäften konnten aber auch die städtischen Finanzen von diesen Verflechtungen betroffen sein. Das zeigt schlaglichtartig ein Fall von 1363. Damals kaufte die Stadt Esslingen von dem Reutlinger Johann Remser für 600 Pfund eine jährliche Gült von 62 Pfund und zwölf Schilling Heller auf ein Drittel des Esslinger Reichszolls zurück.<sup>40</sup> Das bedeutet, zu einem früheren Zeitpunkt hatte die Stadt Esslingen – vermutlich aus akuter Geldnot – von dem Reutlinger Bürger eine Summe von 600 Pfund aufgenommen gegen eine jährliche Zahlung von 62 Pfund. Diese Zahlung sollte aus dem Esslinger Zoll erfolgen, seit dem Übergang vom Reich an die Stadt war der eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen.<sup>41</sup> Offenbar war Esslingen im Jahr 1363 wieder zahlungskräftig. Die Stadt konnte das Geschäft rückabwickeln und so ihren Zoll von dieser Belastung befreien. Eine derartige Transaktion einer so hohen Summe, bei dem eine so wichtige Ressource wie der Reichszoll eingesetzt wurde, wird die Stadt Esslingen kaum mit einer völlig fremden Einzelperson abgeschlossen haben. Vielmehr ist anzunehmen, der Reutlinger Johann Remser war den Esslinger Akteuren gut bekannt oder er wurde von Reutlinger Seite vorgeschlagen und vermittelt. Diese Beispiele zeigen, wie stark die familiären Bindungen von Reutlinger Bürgern zu ihren Verwandten in Esslingen waren und wie sie in Grundstücksgeschäften ihren Niederschlag fanden.

---

<sup>37</sup> RUB I, Nr. 348, S. 221.

<sup>38</sup> Ebd., Nr. 725, S. 436–438.

<sup>39</sup> Ebd., Orts- und Personenregister, S. 605; Herbert Kopp: Das Patriziat im mittelalterlichen Reutlingen, in: ZWLG 15 (1956), S. 35–39.

<sup>40</sup> UB Esslingen II, Nr. 1215, S. 38–39; RUB I, Nr. 463, S. 291.

<sup>41</sup> Zum Esslinger Reichszoll: J. Halbekann (wie Anm. 5), S. 456.

### III.

Parallel zu diesen personellen und geschäftlichen Verbindungen wird auch ein gemeinsames Handeln der Stadtgemeinden von Reutlingen und Esslingen sichtbar. So bezeugten und besiegelten die Vertreter beider Städte gemeinsam Verträge auswärtiger Herren. Am 20. Dezember 1294 treten Bürgermeister, Schultheißen und Richter von Reutlingen und Esslingen als Zeugen in einem Kaufvertrag auf, in dem der Ritter Cudis von Urach der Zisterzienserabtei Salem für 61 Pfund seinen Hof in Nürtingen, der ursprünglich Berthold von Neuffen gehörte, verkauft. Die Urkunde wurde von beiden Reichsstädten mitbesiegelt.<sup>42</sup> Im folgenden Jahr unterwarfen sich Abt und Konvent von Bebenhausen im Streit mit Ulrich von Neidlingen einem Schiedsverfahren wegen des Gerichts und einiger Grundstücke in Plieningen. Die Schiedsurkunde vom 19. September 1295 wird außer von den Streitparteien und Herzog Hermann von Teck auch von Reutlingen und Esslingen mitbesiegelt.<sup>43</sup> Die Städte wurden oft darum gebeten, ihr Siegel an eine Urkunde zu hängen und diese damit zu ratifizieren, wenn die Aussteller selbst über kein eigenes Siegel verfügten. Zum anderen erhoffte man sich von dem Ansehen und der Autorität der Siegler eine verstärkte Geltungsmacht der Urkunde. Offenbar wurde den Reichsstädten Reutlingen und Esslingen an der Wende zum 14. Jahrhundert von den benachbarten Adelsherren eine solche Autorität beigemessen. Ihre Gemeindevertreter rückten in den Kreis der weltlichen und geistlichen Personen auf, die in der regionalen Adelswelt zu Rechtsakten als Zeugen und Siegler hinzugezogen wurden. Das setzte einen gewissen Bekanntheitsgrad und ein Vertrauensverhältnis der Beteiligten untereinander voraus.

So war es auch im Fall des Tübinger Grafen Rudolf des Schärers. Der verpflichtete sich in den Jahren 1301 und 1304 gegenüber den Zisterziensern von Bebenhausen, den Schönbuch nicht zu verkaufen und die Rechte der Abtei in diesem Wald zu wahren.<sup>44</sup> Beide Urkunden wurden u. a. von den Städten Esslingen und Reutlingen mitbesiegelt. In der Urkunde vom 9. August 1304 heißt

---

<sup>42</sup> WUB, Bd. 10, Nr. 4598, S. 288; RUB I, Nr. 44, S. 26; Wilhelm Kinkelin: *Verfassung und Stände in der jungen Reichsstadt Reutlingen*, in: *ZWLG* 3 (1939), S. 360–369, hier: S. 366.

<sup>43</sup> WUB, Bd. 10, Nr. 4728, S. 394–396; UB Esslingen I, Nr. 271 a, S. 114; RUB I, Nr. 49, S. 29.

<sup>44</sup> Am 1. Juli 1301 (RUB I, Nr. 69, S. 41) und am 9. August 1304 (Ludwig Schmid: *Geschichte der Pfalzgrafen von Tübingen nach meist ungedruckten Quellen, nebst Urkundenbuch. Ein Beitrag zur schwäbischen und deutschen Geschichte*, Tübingen 1853, Nr. 77, S. 77–79; RUB I, Nr. 74, S. 44). Paul Schwarz: *Die Schönbuchgerechtigkeit der Reichsstadt Reutlingen*, in: Hermann Grees (Hrsg.): *Der Schönbuch. Beiträge zu seiner landeskundlichen Erforschung*, Bühl 1969, S. 65–75, hier: S. 65; Johanna Regnath: *Das Schwein im Wald. Vormoderne Schweinehaltung zwischen Herrschaftsstrukturen, ständischer Ordnung und Subsistenzökonomie* (Schriften zur Südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 64), Ostfildern 2008, S. 115–117.

es: „Auch wir, die Räte und Gemeinden der Städte Esslingen, Reutlingen und Rottenburg, hängen auf Bitten des vorgenannten Grafen und insbesondere wir von Reutlingen auf Bitten der vorgeschriebenen Bürgen unsere Siegel zur Bekräftigung und zum Zeugnis aller vorgeschriebener Dinge.“<sup>45</sup> Außerdem sollen die 20 von Graf Rudolf benannten Bürgen im Falle von Vertragsverletzungen in Esslingen, Reutlingen, Tübingen und Rottenburg in Haft gehen. Die Bürgen bestätigen den Vertrag gemeinsam unter dem Siegel der Stadt Reutlingen.<sup>46</sup> Von Rudolf dem Schärer selbst ist zu diesem Vorgang noch ein separates Schreiben überliefert, in dem er die Städte Esslingen, Reutlingen und Rottenburg ausdrücklich darum bittet, die genannte Urkunde mit zu besiegeln.<sup>47</sup>

In diese Zeitspanne des ersten gemeinsamen Auftretens beider Städte nach außen fällt auch die Anfrage Reutlingens an die Esslinger, diese mögen ihnen ihre städtische Wahlordnung für Richter und Zunftmeister übersenden. Am 31. Juli 1299 kam Esslingen dieser Bitte nach: „Dar über geben wir unseren guoten vriunden von Ruothelingen disen brief und haben durch ir bete den selben brief haizen besigelt mit der stete insigel von Ezzelingen“.<sup>48</sup> Die Wahlordnung ist nur in diesem Schreiben an die Reutlinger überliefert, das sich aber nicht in der Reutlinger, sondern in der Überlieferung der Reichsstadt Esslingen findet.<sup>49</sup> Im Wesentlichen beinhaltete sie folgende Punkte. Ein neuer Richter wurde von den bereits amtierenden Richtern hinzugewählt, also kooptiert. Die Absetzung eines Richters durch den Rat der Stadt war in Esslingen nicht vorgesehen. Abgesetzt werden durfte ein Richter nur, wenn er sich etwas zu Schulden kommen ließ oder wenn er zu alt oder zu krank war, um sein Amt auszuüben. Die Zunftmeister wurden von ihren Zünften gewählt und mussten dem Bürgermeister und dem Stadtgericht einen Eid schwören. Sie waren 1299 auch im Esslinger Stadtrat vertreten. Bei weit reichenden Entscheidungen wie Steuersachen oder Kriegszügen wurden vom Rat neben den Meistern sogar noch weitere Zunftmitglieder hinzugezogen.<sup>50</sup> All diese Regelungen wurden in Reutlingen zur Kenntnis genommen. Eine direkte Über-

<sup>45</sup> „Nos etiam consules ac universitates civitatum in Ezzelingen, Rutelingen et Rotenburg ad petitionem predicti comitis et specialiter nos de Rutelingen ad petitionem fideiussorum prescriptorum appendimus nostra sigilla in robur et testimonium omnium prescriptorum.“ RUB I, Nr. 74, S. 44.

<sup>46</sup> „[...] sub sigillo civitatis in Rutelingen prenotate singuli et singulariter et omnes universaliter publice profitemur.“, ebd.

<sup>47</sup> Ebd., Nr. 75, S. 45. Als die Reutlinger am 14. August 1310 von Graf Rudolf dem Schärer Nutzungsrechte im Schönbuch kauften, wurde der Vertrag u. a. von der Stadt Esslingen mitbesiegelt (ebd., Nr. 88, S. 56–59); L. Schmid (wie Anm. 44), S. 278–281; P. Schwarz (wie Anm. 44), S. 65–68; J. Regnath (wie Anm. 44), S. 116 f., 163–167.

<sup>48</sup> RUB I, Nr. 62, S. 36–37, hier: S. 37; WUB, Bd. XI, Nr. 5322, S. 299.

<sup>49</sup> StA Ludwigsburg B 169 U 581.

<sup>50</sup> O. Borst (wie Anm. 2), S. 114–116; H. Rabe (wie Anm. 15), S. 136; J. Halbekann (wie Anm. 5), S. 440; B. Breyvogel (wie Anm. 1), S. 27.

nahme von Verfassungsbestimmungen aus der Partnerstadt lässt sich an der Wende zum 14. Jahrhundert aber noch nicht nachweisen.<sup>51</sup>

#### IV.

Aus dem Jahr 1299 stammt außerdem eine Urkunde, die deutlich macht, dass Reutlingen und Esslingen auch vom König als gemeinsame Ansprechpartner angesehen wurden. So wandte sich Albrecht I. am 13. Januar dieses Jahres an die beiden Reichsstädte und an Ulm mit der Aufforderung, die Zisterzienserabtei Bebenhausen nicht in ihren Freiheiten zu beeinträchtigen. Insbesondere sollten die Städte das Kloster nicht mit Steuern, Beden, Zöllen und sonstigen Abgaben belasten. Die Zisterzienser sollten ihre Waren frei nach Reutlingen, Esslingen und Ulm ein- und ausführen, sie dort verkaufen und lagern können.<sup>52</sup> Der Bebenhäuser Klosterhof in Reutlingen befand sich in der heutigen Wilhelmstraße 34 bis 40.<sup>53</sup>

Am 8. Juli 1305 nahm König Albrecht die Abtei von der Gerichtsbarkeit der Landvögte aus, unterstellte sie seiner direkten Gewalt und befreite sie von Kriegsabgaben und sonstigen Belastungen. Gleichzeitig befahl er den Bürgermeistern, Schultheißen und Gemeinden der Städte Esslingen, Reutlingen und Weil der Stadt den Schutz des Klosters Bebenhausen.<sup>54</sup> Kurz danach, am 15. Januar 1308, übertrug Albrecht I. der Abtei Königsbronn, ebenfalls eine Zisterze, das Patronatsrecht über die Reutlinger Pfarrkirche Sankt Peter.<sup>55</sup> Im Jahr 1309 schließlich teilte der König und spätere Kaiser Heinrich VII. den Städten Esslingen und Reutlingen mit, dass er die Äbtissin und den Konvent des Klarissenklosters in Pfullingen von sämtlichen Abgaben und Steuern befreit und sie seinem besonderen Schutz unterstellt habe.<sup>56</sup>

Im Jahr 1331 erfolgte dann wiederum eine Anfrage des Reutlinger Rates an die Esslinger. Diesmal erbaten sich die Reutlinger Auskunft über die Rechte der dortigen Zünfte. In zahlreichen schwäbischen Städten herrschten zu die-

---

<sup>51</sup> W. Jäger (wie Anm. 5), S. 74, spricht von einer Übernahme der Esslinger Zunftordnung von 1299 in Reutlingen, allerdings ohne Beleg.

<sup>52</sup> RUB I, Nr. 61, S. 36.

<sup>53</sup> A. Schneider (wie Anm. 1), S. 157; Jürgen Sydow: Die Zisterzienserabtei Bebenhausen (*Germania Sacra*, NF Bd. 16/2), Berlin 1984, S. 107.

<sup>54</sup> RUB I, Nr. 77, S. 45, J. Sydow (wie Anm. 53), S. 108.

<sup>55</sup> RUB I, Nr. 81, S. 48f.; die Bestätigung durch König Heinrich VII. von 1311 (ebd., Nr. 92, S. 60f.); Wolfgang Zimmermann: Die Beziehungen zwischen der Zisterzienserabtei Königsbronn und der Reichsstadt Reutlingen, in: RGB NF 45 (2006), S. 55–74, hier: S. 62–66.

<sup>56</sup> RUB I, Nr. 85, S. 54; Hans-Georg Hofacker: Die schwäbischen Reichslandvogteien im späten Mittelalter (Spätmittelalter und Frühe Neuzeit, Bd. 8) Stuttgart 1980, S. 181.



Abteikirche von Bebenhausen mit steinernem „Glockenhaus“. Die Zisterze verfügte über einen großen Wirtschaftshof mit eigener Kapelle in der Stadt.

ser Zeit Konflikte zwischen den Zünften und den patrizischen Stadtoberern um die Macht in den Gemeinden.<sup>57</sup> In Reutlingen und Esslingen war es bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen.<sup>58</sup> Das Interesse des Reutlinger Rates war es, dass dies auch so blieb. Dazu bot sich der Blick in das in vielem so ähnliche Esslingen an und die Frage, wie dort mit diesem gemeinsamen Problem umgegangen wurde.

Am 8. April 1331 also übersandten die Esslinger ihre Zunftordnung nach Reutlingen.<sup>59</sup> Der Brief beginnt wie folgt:

<sup>57</sup> Zu den Zunftkämpfen in Südwestdeutschland allgemein: Karl Czok: Die Bürgerkämpfe in Süd- und Westdeutschland im 14. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte. Esslinger Studien 12/13 (1966/67), S. 40–72 (Neudruck in: Carl Haase: Die Stadt des Mittelalters, Bd. 3: Wirtschaft und Gesellschaft [Wege der Forschung, Bd. 145], Darmstadt 1984, S. 303–344); Eberhard Naujoks: Obrigkeit und Zunftverfassung in den südwestdeutschen Reichsstädten, in: ZWLG 23 (1974), S. 53–93. H. Rabe (wie Anm. 15); und zuletzt Bernhard Kreutz: Zunftkämpfe in südwestdeutschen Städten, in: Aufstand, Aufruhr Anarchie! Formen des Widerstands im deutschen Südwesten, hrsg. von Sigrid Hirbodian; Tjark Wegner (Landeskundig. Tübinger Vorträge zur Landesgeschichte, Bd. 5), Ostfildern 2019, S. 37–56.

<sup>58</sup> B. Kreutz (wie Anm. 57), S. 45–51.

<sup>59</sup> Volltext in: UB Esslingen I, Nr. 612, S. 301–304; Regest: RUB I, Nr. 165, S. 103 f.; O. Borst (wie Anm. 2), S. 116 f.; M. Bauer u. a. (wie Anm. 1), S. 352–356; K. Ziegler (wie Anm. 16), S. 29–35.

„Den ersamen wisen lúten dem burgermaister, dem schulthaisen, den rih-tern und dem raute ze Rúthelingen embieten wir der burgermaister, der schulthais und der raut ze Esslingen unsern dienst ze allen ziten. Als ir uns gebetten haunt, daz wir ú geschriben gaebin, wie die zúnfte in unser stat stunden und wie die zunftmaister die da halten, daz haben wir getaun und wissent, daz die zúnfte also staunt und man die ouch also haltet.“<sup>60</sup>

Die Ordnung nennt 13 Zünfte in Esslingen: die Fassbinder, die Schuhmacher, die Tucher, die Schmiede, die Gewandhändler, die Metzger, die Krämer, die Erdarbeiter, die Gerber, die Bäcker, die Weinschenken, die Fuhrleute und die Näher. Diesen großen Zünften waren jeweils kleinere Berufsgruppen zugeordnet. So umfasste etwa die Tucherzunft auch Wollweber, Schneider und Hutmacher oder die Metzgerzunft auch die Fischer, Bader und Jäger. Zu den sog. „Erdarbeitern“ („die das ertrich mit der hant búwent“)<sup>61</sup> gehörten z. B. die Winzer, Gärtner und Ackerbauern. Innerhalb der Zünfte hatten die Zunftmeister Disziplinargewalt. Ungehorsam wurde mit 6 Hellern Buße geahndet, bei säumiger Zahlung verdoppelte sich die Summe. Wer einberufenen Zunftversammlungen oder Ratssitzungen fernblieb, hatte Geldbußen von einem Schilling oder sechs Hellern zu zahlen. Die Zunftmeister wurden jeweils am Jakobstag, dem 25. Juli, für ein Jahr gewählt. Ihnen standen je nach Größe der Zunft bis zu zwölf Mitglieder als Beisitzer zur Seite. Die 13 Esslinger Zunftmeister wählten jedes Jahr zusammen mit fünf Ratsmitgliedern einen Bürgermeister. Zugezogene durften sich frei entsprechend ihrem Handwerk einer Zunft anschließen. Neumitglieder sollten eine Aufnahmegebühr von einem Pfund und fünf Schilling Heller bezahlen. Eine absolute Besonderheit enthielt Artikel 9 der Zunftordnung. Demnach war es auch Juden erlaubt, der Zunft der Gerber und Pergamentner beizutreten, wenn sie sich darin einkauften. Ihr weiterer Rechtsstatus blieb davon unberührt: „und ist, daz ein jude dar under wúren wil, der muoz die zúnft kouffen und lebt doch als ein ander jude in alle wise“.<sup>62</sup>

Einige Punkte der Esslinger Zunftordnung wurden in die Reutlinger Stadtverfassung von 1343 übernommen.<sup>63</sup> So wurden auch in Reutlingen die Zunftmeister am Jakobstag für ein Jahr gewählt. Auch hier umfassten die jeweiligen Zunftausschüsse bis zu zwölf Mitglieder. Auch in Reutlingen saßen

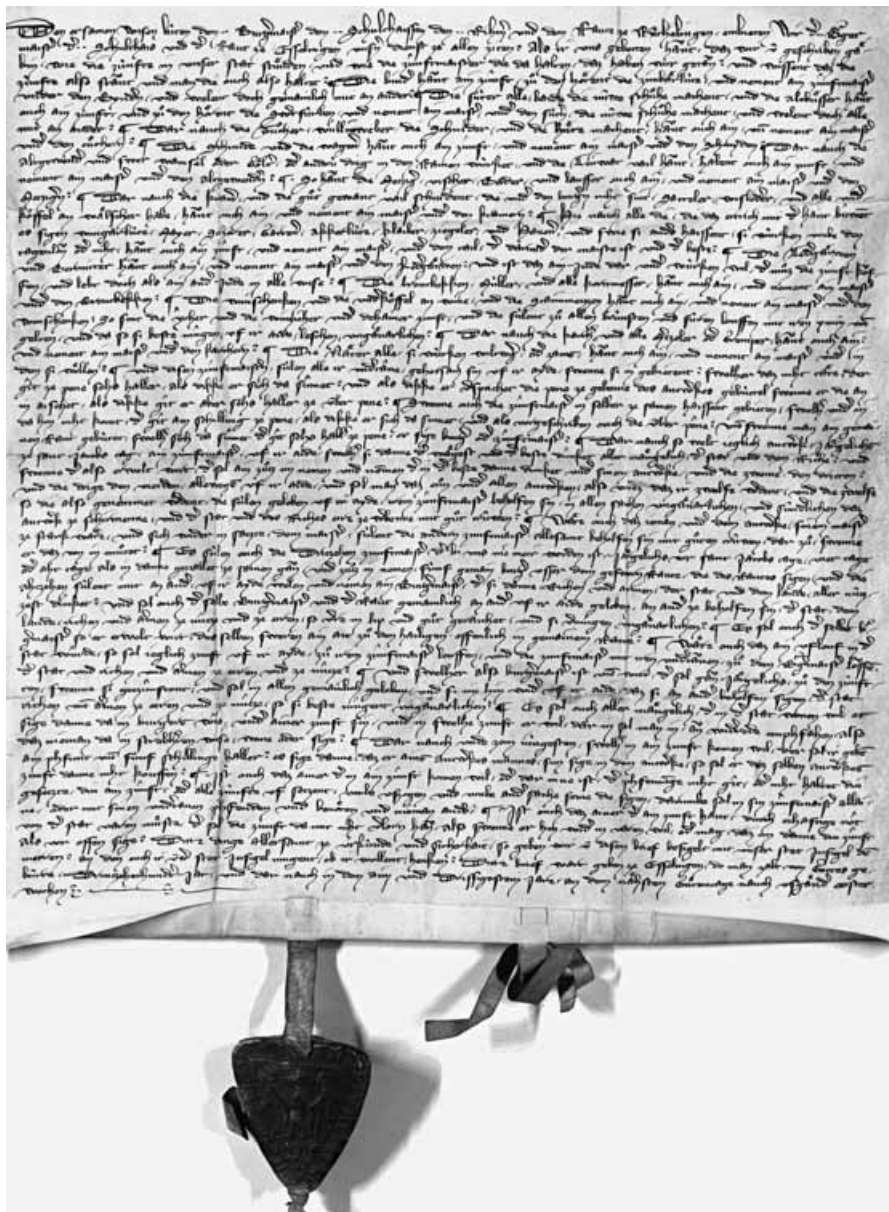
---

<sup>60</sup> Zitiert nach StA Ludwigsburg B 169 U 585; vgl. UB Esslingen I, Nr. 612, S. 301.

<sup>61</sup> Wie Anm. 60; vgl. UB Esslingen I, Nr. 612, S. 302.

<sup>62</sup> Ebd.; zu Juden als Mitglieder einer christlichen Zunft: Corpus der Quellen zur Geschichte der Juden im spätmittelalterlichen Reich, hrsg. von Alfred Haverkamp und Jörg R. Müller, Trier, Mainz 2016, KN01, Nr. 164, URL: <http://www.medieval-ashkenaz.org/KN01/KN-c1-0060.html>. (20. 8. 2020).

<sup>63</sup> RUB I, Nr. 283, S. 182 f.; zur Reutlinger Ratsordnung von 1343: B. Breyvogel (wie Anm. 1), S. 36 f.; Bauer u. a. (wie Anm. 1), S. 323 f.; E. Naujoks (wie Anm. 57), S. 79–83; H. Rabe (wie Anm. 15), S. 136–138.



Die Esslinger Zunftordnung von 1331 in einem Schreiben an die Stadt Reutlingen.



die Zunftmeister im Rat und wählten den Bürgermeister mit. Schon 1297 werden in Reutlingen acht Personen summarisch als Zunftmeister („zumphaister“) bezeichnet, allerdings ohne eine Zuordnung zu einzelnen Berufsgruppen.<sup>64</sup> In den Reutlinger Urkunden werden bis 1399 sogar nur sechs einzelne Zünfte explizit genannt: die Grautucher, Karcher, Krämer, Kürschner, Ledergerber und Schuhmacher.<sup>65</sup>

## V.

Am 29. Juli 1331, kurz nach der Übersendung der Esslinger Zunftordnung, schlossen Reutlingen und Esslingen zusammen mit den Reichsstädten Rottweil, Weil der Stadt, Schwäbisch Hall, Schwäbisch Gmünd, Heilbronn, Weinsberg und Wimpfen einen ersten Städtebund.<sup>66</sup> Er bildete den Auftakt für eine Epoche der gemeinsamen bündischen Politik von Reutlingen und Esslingen, die 1376 im großen Schwäbischen Städtebund mit Ulm, Konstanz, Überlingen, Ravensburg, Lindau, Sankt Gallen, Wangen, Buchhorn, Reutlingen, Rottweil, Memmingen, Biberach, Isny und Leutkirch gipfelte.<sup>67</sup> Aus diesem Zusammenhang sollen hier zwei Begebenheiten herausgegriffen werden, bei der die besonderen Beziehungen zwischen Reutlingen und Esslingen auch im Rahmen der Städtebünde deutlich werden.

Als am 4. Juli 1376 der große Schwäbische Städtebund gegründet wurde, war unter den 14 Gründungsmitgliedern Reutlingen zwar vertreten. Esslingen hielt sich dem Bund aber noch fern. Jedoch nicht für lange. Der Städtebund hatte offenbar ein großes Interesse daran, dass Esslingen ebenfalls Mitglied wurde, denn er machte der Stadt in den bald aufgenommenen Beitrittsverhandlungen große Zugeständnisse. Diese Verhandlungen wurden von Seiten des Bundes übrigens federführend von der Stadt Reutlingen geführt. Am 1. Januar 1377 erfolgte dann der Beitritt Esslingens zum schwäbischen Städtebund.<sup>68</sup> Die Stadt erhielt dabei weitreichende Sonderrechte. An den bisherigen Kosten und Schäden des Bundes musste sie sich nicht beteiligen. Sie durfte statt einem zwei Ratsmänner zu den Bundestagen schicken und hatte damit bei den Abstimmungen doppeltes Gewicht. Esslingen hatte somit genauso

---

<sup>64</sup> RUB I, Nr. 56, S. 33–34, Urkunde vom 23. März 1297; K. Ziegler (wie Anm. 16), S. 21–23; B. Breyvogel (wie Anm. 1), S. 27.

<sup>65</sup> Vgl. RUB I, Orts- und Personenregister, S. 601.

<sup>66</sup> Die Urkunden und Akten der oberdeutschen Städtebünde, bearb. v. Konrad Ruser, 3 Bde., Göttingen 1979–2005, hier: Bd. 1, Nr. 547, Abs. 4 f., S. 483.

<sup>67</sup> Gründung des Schwäbischen Städtebundes am 4. Juli 1376 (RUB I, Nr. 615, S. 378 f.; K. Ruser [wie Anm. 66], Bd. 2, Nr. 596, S. 601–605); B. Kreutz (wie Anm. 17), S. 211–222; S. Rütther, Bündnisfall (wie Anm. 17), S. 213 f.

<sup>68</sup> UB Esslingen II, Nr. 1443, S. 156 f.; RUB I, Nr. 624, S. 383 f.; R. Deigendesch (wie Anm. 17), S. 27 f.

viele Stimmen wie Ulm und Konstanz, die größten Bundesstädte, während alle anderen Mitgliedsstädte nur über jeweils eine Stimme verfügten. In der Rangordnung innerhalb des Bundes gehörte Esslingen also zur Gruppe der Führungsstädte und rangierte damit vor Reutlingen.<sup>69</sup> Trotz der vertraglich festgelegten Truppenkontingente brauchten die Esslinger dem Städtebund nur so viele Soldaten zur Verfügung stellen, wie sie wollten. Außerdem sollten die übrigen Bundesstädte ihnen eine Summe von 5000 Gulden leihen. All diese Zugeständnisse zeigen, wie groß das Interesse des Schwäbischen Städtebundes gewesen sein muss, Esslingen in seine Reihen aufzunehmen. Sie zeigen aber auch, wie großzügig die Reutlinger Verhandlungsführer den Esslingern entgegenkamen. Man kann sich bei diesem Ergebnis auch die Frage stellen, ob die Reutlinger bei den Verhandlungen tatsächlich die Interessen des Städtebundes gegenüber Esslingen vertraten oder ob es nicht eher umgekehrt war, sie also vielmehr ihrer langjährigen Partnerstadt halfen, im Bund eine vorteilhafte Position zu erhalten.

Reutlingen und Esslingen waren in der Konfrontation des Schwäbischen Städtebundes mit den Grafen von Württemberg in einer besonders exponierten Lage. Umgeben von württembergischem Territorium, standen sie praktisch an vorderster Front.<sup>70</sup> Daher setzten sie ihre Kooperation besonders auf militärischer Ebene weiter fort. Dies geht z. B. aus dem Bericht des Reutlinger Rates an die Stadt Ulm über die berühmte Schlacht bei Reutlingen vom Mai 1377 hervor.<sup>71</sup> Bei der Rückkehr von einem Raub- und Plünderzug gegen das württembergische Urach wurden die Reutlinger von Graf Ulrich von Württemberg, der mit über 200 Speissen von der Burg Achalm herabkam, vor den Toren ihrer Stadt gestellt. Die städtischen Fußtruppen errangen über das adelige Reiterheer einen überwältigenden, aber grausamen Sieg. Über 80 Ritter fanden auf württembergischer Seite den Tod.<sup>72</sup> In dem Reutlinger Bericht wird zudem ausdrücklich erwähnt, dass sich zum Zeitpunkt der Schlacht 25 der besten Reutlinger Kämpfer gar nicht in der Stadt befanden, sondern in Esslingen stationiert waren: „Und wissen auch daß wir dennoch unser soldner burger und gesellen der besten in unser statt seiter Weyhenachten wohl uf fünff und zwaintzig speißen allweg gelegt hand zu Eßlingen undt die auch noch da ligen.“<sup>73</sup> Doch auch ohne diese Männer, die zur Bündnishilfe in die Partnerstadt abkommandierten waren, erfocht Reutlingen einen Sieg gegen die Württemberger.

<sup>69</sup> RUB I, Nr. 615, Abs. 13, S. 379.

<sup>70</sup> R. Deigendesch (wie Anm. 17), S. 24–28.

<sup>71</sup> RUB I, Nr. 626, S. 384–386.

<sup>72</sup> Johannes Jacobsen: Die Schlacht bei Reutlingen 14. Mai 1377 (Historische Studien, Bd. 8), Leipzig 1882, S. 36–70; Karl Keim: Die Schlacht bei Reutlingen am 14. Mai 1377. 600. Jahrestag. Wahrheit und Dichtung in Uhlands Ballade, in: RGB NF 15 (1977), S. 7–30, hier: 19–28; R. Deigendesch (wie Anm. 17), S. 28–35.

<sup>73</sup> RUB I, Nr. 626, S. 386.

## VI.

Die urkundliche Überlieferung bis 1399 dokumentiert also ein breit gefächertes Beziehungsnetz zwischen den Reichsstädten Reutlingen und Esslingen. Es beginnt mit den persönlichen Kontakten vieler Reutlinger Familien zu den Klöstern des Dominikanerordens in Esslingen. Diese lassen sich in Kloster-eintritten und Stiftungen nachweisen. Es setzt sich fort in Immobilien- und Kreditgeschäften zwischen den Bürgern beider Städte. Dabei werden ebenfalls immer wieder verwandtschaftliche Beziehungen über die Stadtgrenzen hinweg erkennbar. Aufbauend auf diese persönlichen und geschäftlichen Verbindungen, begannen auch die politischen Organe beider Stadtgemeinden in Beziehung zueinander zu treten. Dies kommt in den von Esslingen an Reutlingen gesandten Verfassungsdokumenten von 1299 und 1331 zum Ausdruck. Daneben erscheinen beide Stadtgemeinden gemeinsam als Siegler auswärtiger Urkunden, aber auch als gemeinsame Adressaten von fürstlichen oder königlichen Schreiben. Schließlich agierten beide Partnerstädte in enger Abstimmung miteinander in den schwäbischen Städtebünden des 14. Jahrhunderts. Man könnte für diese Zeit gewissermaßen von einer gemeinsamen Außenpolitik der beiden Reichsstädte sprechen. Basis dafür war eine über Generationen gewachsene personelle, wirtschaftliche und politische Verflechtung zwischen Reutlingen und Esslingen, die sich seit Ende des 13. Jahrhunderts in den Urkunden nachweisen lässt. Doch war Esslingen zwar die wichtigste, aber bei Weitem nicht die einzige Stadt, mit der die Reutlinger enge Beziehungen pflegten. Verwiesen sei auf die Reichsstadt Rottweil, von der die Reutlinger 1374 die Stadtverfassung übernahmen<sup>74</sup>, oder auf Ulm als Vorort des Schwäbischen Städtebundes<sup>75</sup>. Im Reutlinger Urkundenbuch tritt praktisch jede schwäbische Reichsstadt in Erscheinung. Die Edition kann daher sicher auch einen Beitrag liefern zur schwäbischen Stadtgeschichte des Mittelalters insgesamt.

---

<sup>74</sup> RUB I, Nr. 596, S. 366–368; Jörg Leist: Reichsstadt Rottweil. Studien zur Stadt- und Gerichtsverfassung bis zum Jahre 1546, Rottweil 1962, S. 38–42; H. Rabe (wie Anm. 15), S. 138 f.; E. Naujoks (wie Anm. 57), S. 79–83; Rainer Joß: Schwören und Schwörtage in Reutlingen und in anderen Reichsstädten vor 1802, in: RGB NF 46 (2007), S. 57–68.

<sup>75</sup> A. Schubert (wie Anm. 17), S. 33; B. Kreutz (wie Anm. 17), S. 478–480.



## Die Anfänge der Hollensammlung im Spiegel neuer Urkunden im Stadtarchiv Reutlingen

Maria Magdalena Rückert und Ulrich Müller

Am Nikolaustag des Jahres 2019 wurden zwei die Reutlinger Hollensammlung betreffende Urkunden feierlich an das Stadtarchiv Reutlingen übergeben. Die bisher in Privatbesitz befindlichen Stücke stellen eine willkommene Ergänzung zum Projekt eines Reutlinger Urkundenbuches in analoger und digitaler Form dar, von dem bereits der erste bis 1399 reichende Band erschienen ist.<sup>1</sup> Die beiden aus den Jahren 1367 und 1368 stammenden Pergamenturkunden geben nicht nur Einblick in das Alltagsleben einer Sammlung frommer Frauen in der spätmittelalterlichen Reichsstadt, sondern sie ermöglichen sogar die frühere Datierung der Hollensammlung um 30 Jahre. Die älteste bisher bekannte Urkunde zur Hollensammlung in Reutlingen stammt aus dem Jahr 1397: Der Reutlinger Bürger Heinz Klutter bestätigt darin den in einem Haus bei der Liebfrauenkirche lebenden Frauen eine frühere Schenkung.<sup>2</sup> Die daraus abgeleitete Vermutung der Forschung, dass die Anfänge der Hollensammlung weiter zurückliegen müssen,<sup>3</sup> konnte nun bestätigt werden.

Bisher lagen nur acht Urkunden zur Hollensammlung aus der Zeit von 1397 bis 1449, also aus einem Zeitraum von gerade einmal 50 Jahren, vor. Urkunden von Beginen oder sonstigen Frauensammlungen, die keinem Orden angehörten, hatten nur wenig Chancen, dauerhaft aufbewahrt zu werden.<sup>4</sup> Beim Niedergang oder der Aufhebung ihrer Häuser gingen die von ihnen erhaltenen Urkunden meist verloren. Anders als in einen Orden inkorporierte Kloster-

---

<sup>1</sup> Reutlinger Urkundenbuch Teil 1: Die Urkunden bis 1399, bearb. von Bernhard Kreutz, hrsg. vom Stadtarchiv Reutlingen, Reutlingen 2019 (im Folgenden RUB I), Nr. 504 und Nr. 506, S. 317. Die beiden Urkunden stammen aus dem Privatbesitz des Mitautors Dr. Dr. Ulrich Müller, Berlin.

<sup>2</sup> RUB I, Nr. 944, S. 564.

<sup>3</sup> Daniel Gotzen: Schwesternsammlung „Hollensammlung“ Reutlingen, in: Württembergisches Klosterbuch, hrsg. von Wolfgang Zimmermann; Nicole Priesching, Stuttgart 2003, S. 397. Vgl. zur Hollensammlung Theodor Schön: Klösterliche Niederlassungen für Frauen in der ehemaligen Reichsstadt Reutlingen, in: Diözesan-Archiv von Schwaben 12 (1894), S. 65–67; Johannes Gatz: Die franziskanischen Niederlassungen in Pfullingen – Reutlingen. Franziskaner, Klarissen, Terziarinnen, in: *Alemania Franciscana Antiqua* 17 (1972), S. 123–242, hier S. 156–157.

<sup>4</sup> Arnold Esch: Überlieferungschance und Überlieferungszufall als methodisches Problem des Historikers, in: *Historische Zeitschrift* 240 (1985), S. 529–570.

frauen hinterließen sie weder Gründungsberichte noch verfassten sie andere erzählende Quellen.<sup>5</sup>

Während die bisher bekannten Urkunden der Hollensammlung vor allem Güter- und Kaufgeschäfte betreffen, behandeln die beiden hier näher vorzustellenden Stücke eine Übereinkunft über den Zugang zu einem Abort und dessen Nutzung durch die Nachbarn. Der auf den ersten Blick sehr profan anmutende Gegenstand erweist sich bei näherer Betrachtung als ein Aspekt städtischen Zusammenlebens auf engstem Raum, dessen Bedeutung nicht gering zu schätzen ist.

Bevor näher auf den Inhalt der beiden Urkunden, die im Anhang ediert werden, eingegangen wird, soll zusammengetragen werden, was bisher über die Hollensammlung bekannt war. Auch soll vor dem Hintergrund aktueller Forschungen zu Beginen gefragt werden, wie die frommen Frauen in der Reichsstadt zu verorten waren, in der es im späten Mittelalter keine Niederlassung von klausurierten Nonnen wie etwa in Kirchheim unter Teck oder Esslingen gab.

Das 2003 erschienene Württembergische Klosterbuch verzeichnet neben der Hollensammlung noch drei weitere Sammlungen von Frauen in der Reichsstadt Reutlingen. Neben der wohl bedeutendsten sog. Rastsammlung werden Klausnerinnen bei der Katharinenkapelle auf dem Kirchhof<sup>6</sup> sowie eine weitere Frauensammlung bei der Leonhardskapelle<sup>7</sup> vor dem Obertor mit einem Artikel gewürdigt. Die in der Nähe des Barfüßerklosters gelegene Rastsammlung<sup>8</sup> wird mit der in den Quellen auftretenden „Reichen Sammlung“<sup>9</sup> identifiziert. Gotzen folgt hier der älteren Forschung, die im Gegensatz dazu die Hollensammlung, von der deutlich weniger Besitzurkunden überliefert sind, auch als „arme Sammlung“ bezeichnete.<sup>10</sup> Das im selben Jahr 2003 erschienene Archäologische Stadtkataster von Reutlingen kennt ebenso vier Frauensammlungen. Neben der Klausur bei der Leonhardskapelle und der Hollensammlung nennt Schneider die Rastsammlung, identifiziert diese aber nicht mit der Reichen Sammlung, die auch in der Barfüßergasse gelegen haben muss.<sup>11</sup> Vielmehr setzt er nun die Reiche Sammlung mit den Schwestern in

<sup>5</sup> Letha Böhringer: Beginen und Schwestern in der Sorge für Kranke, Sterbende und Verstorbene. Eine Problemskizze, in: Organisierte Barmherzigkeit. Armenfürsorge und Hospitalwesen in Mittelalter und Früher Neuzeit, hrsg. von Artur Dirmeier, Regensburg 2010, S. 127–154, hier S. 131.

<sup>6</sup> D. Gotzen (wie Anm. 3), S. 397.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ebd., S. 396. Vgl. HStA Stuttgart, H 197 Bd. 1, S. 82 r (1484): „dominae conventuales apud Minores residentes“.

<sup>9</sup> HStA Stuttgart, H 197 Bd. 1, S. 73 r. Zu 1484 heißt es, das Haus des Schreibers Aulber in der Barfüßergasse stößt oben an die „reichen sammlung“.

<sup>10</sup> T. Schön (wie Anm. 3), S. 66; J. Gatz, (wie Anm. 3), S. 156 f.

<sup>11</sup> Alois Schneider: Reutlingen (Archäologischer Stadtkataster Baden-Württemberg, Bd. 23), Stuttgart 2003, S. 169–178.

der willigen Armut gleich, die erstmals 1458 erwähnt werden.<sup>12</sup> Dies hängt wohl damit zusammen, dass deren Klausur 1497 ebenso als „vor dem Barfüßerkloster gelegen“<sup>13</sup> bezeichnet wird. Die Klausnerinnen bei der Katharinenkapelle, die 1376 aus einer Seelgerätstiftung des Reutlinger Bürgers Albrecht Mutscheler 5 Schilling erhalten hatten,<sup>14</sup> werden hier nicht als Frauensammlung erwähnt. Offenbar hat es sie aber schon 1345 gegeben, da im Rahmen einer Stiftung für die Feldsiechen bei der Katharinenkapelle von mehreren Jauchert Acker die Rede ist, die oberhalb und unterhalb des dortigen „samnungs ackers“<sup>15</sup> gelegen seien. Es wird vermutet, dass diese Sammlung sich um die Pflege der Aussätzigen kümmerte, denen die außerhalb der Stadt gelegene Kapelle als Gotteshaus zugewiesen war.<sup>16</sup>

Vor diesem Hintergrund sei Gatz zitiert, der dazu 1972 in seiner Abhandlung über die franziskanischen Niederlassungen in Pfullingen und Reutlingen meinte: „Die Geschichte der Frauenkläusen in Reutlingen ist etwas verworren [...]. Es ist wohl kaum mehr möglich, eine Geschichte dieser Kläusen eingehend zu erstellen.“<sup>17</sup>

Dies kann auch hier nicht geleistet werden, wenn auch immerhin einige Mosaiksteine zu dem schon vorhandenen Bild geliefert werden können.

Ebenso „verworren“ wie die Geschichte sind die Bezeichnungen der Reutlinger Frauensammlungen in der Literatur. So werden sie als Franziskanerterziarinnen,<sup>18</sup> als Terziarinnenkläusen bzw. Franziskanerinnenkläusen<sup>19</sup> oder als Beginnengemeinschaften<sup>20</sup> bezeichnet. Der Begriff „Klausur“ ist in den zeitgenössischen Quellen im Zusammenhang mit den Frauen belegt, die bei der Leonhardskapelle vor dem Obertor zu verorten sind. Die Klausur soll schon um 1393 bestanden haben, ist aber erst 1493 urkundlich fassbar: Der Reutlinger Bürger Michel Rietthammer der Wingarter übergab der Kathrine der Tilgerin, einer Schwester in der „Clusen bei St. Leonharts Capelle“, und allen ihren Nachkommen derselben Klausur jährlich auf St.-Martins-Tag ein Pfund Heller aus seiner vor der Stadt gelegenen Wiese.<sup>21</sup> Im selben Jahr wurde

<sup>12</sup> StadtA Rt., A 2 U 1805.

<sup>13</sup> StadtA Rt., A 1 Nr. 8242. Dazu A. Schneider (wie Anm. 11), S. 178.

<sup>14</sup> RUB I, Nr. 611, S. 377 von 1376 April 1.

<sup>15</sup> RUB I, Nr. 300, S. 192. Zitat: „den siechen zu Sant Katherinun an dem velde ze Rutlingen zwo juchart aggers hinder ir capelle ze Rutlingen gelegen der lit ain juchart ob der Samnungge agger und du ander dar underr“.

<sup>16</sup> D. Gotzen (wie Anm. 3), S. 397.

<sup>17</sup> J. Gatz (wie Anm. 3), S. 151.

<sup>18</sup> A. Schneider (wie Anm. 11), S. 177 f.

<sup>19</sup> J. Gatz (wie Anm. 3), S. 150.

<sup>20</sup> Bernd Breyvogel: Von den dörflichen Anfängen zur stolzen Reichsstadt. Reutlingen im Mittelalter, in: Vergangenheit trifft Zukunft. Reutlingen. Von der Reichsstadt zur selbstbewussten Großstadt, Reutlingen 2013, S. 12–51, hier S. 48.

<sup>21</sup> StadtA Rt., A 2 U 1142. Vgl. D. Gotzen (wie Anm. 3), S. 397, und A. Schneider (wie Anm. 11), S. 174, auch im Folgenden.

ein Ewiggeld an die Schwestern dieser Klause verkauft,<sup>22</sup> die offenbar bis zur Reformation existierte. 1531 wurden nämlich zwei Reutlinger Bürger dafür bestraft, dass sie den Schwestern bei St. Leonhard Zwiebeln aus ihrem Garten und die Nägel aus den Wänden gerissen hätten. Verbürgt ist auch der Abriss der Kapelle im selben Jahr.<sup>23</sup>

Gatz bezeichnet sowohl die Niederlassungen bei St. Katharina und St. Leonhard als auch die Rastsammlung und die Hollensammlung als Franziskanerinnenkläuser und hält eine Betreuung durch die Reutlinger Minoriten für möglich.<sup>24</sup> Die zeitgenössischen Quellen schweigen dazu. Die Franziskaner sind erstmals 1273 urkundlich in Reutlingen belegt,<sup>25</sup> wo sie vermutlich schon früher ansässig wurden. Während fünf auswärtige Klöster hier große Klosterhöfe anlegten, nämlich Zwiefalten, Bebenhausen, Marchtal, Salem und Königsbronn, blieb das Franziskanerkloster die einzige Niederlassung eines männlichen Konvents in der Reichsstadt.<sup>26</sup> Die Minoriten hatten bis zur Einführung der Observanz die cura monialium im Klarissenkloster in Pfullingen inne und sollen auch danach gestrebt haben, in Reutlingen ein Frauenkloster ihres Ordens zu errichten.<sup>27</sup>

Die Nähe zu den Franziskanern ist vor allem bei der Rastsammlung zu finden, die als die älteste und bedeutendste Frauensammlung in Reutlingen gilt, denn schon am 16. März 1292 verkauften Timo von Gomaringen und seine Geschwister an Adelheid, „genannt von Raste“, und ihre Mitschwester drei Höfe mit allem Zubehör.<sup>28</sup> Bezeugt wurde die Urkunde nicht nur von den Richtern der Stadt, sondern auch von den Reutlinger Franziskanern. 1404 unterstützte die Meisterin der Rastsammlung, Anna Oetlin, den Barfüßerkonvent mit 7½ Gulden zum Kauf einer Gült<sup>29</sup>, was ebenso auf eine besondere Beziehung zwischen den Frauen und dem Minoritenkonvent hindeutet.

Wie schon betont, wird die Niederlassung der 1356 als „conventus dominarum de Rast“<sup>30</sup> erscheinenden Frauensammlung in unmittelbarer Nähe des Reutlinger Franziskanerklosters vermutet. 1382 wird eine Schwester Bet

<sup>22</sup> StadtA Rt., A 3 U 150.

<sup>23</sup> HStA Stuttgart, B 201 Bü 3, Bl. 13r.

<sup>24</sup> J. Gatz (wie Anm. 3), S. 150.

<sup>25</sup> RUB I, Nr. 11, S. 6; Volltext, WUB VII, Nr. 2334, S. 237–238.

<sup>26</sup> Vgl. zur Sakraltopographie in Reutlingen Roland Deigendesch: *Aufbruch und Beharrung. Reutlinger Kleriker vor der Reformation*, in: RGB 56 (2017), S. 27–56.

<sup>27</sup> J. Gatz (wie Anm. 3), S. 126–150. A. Schneider (wie Anm. 11), S. 177f.; B. Breyvogel (wie Anm. 20), S. 33, nach WLB Stuttgart Cod. hist. qt. 488.

<sup>28</sup> RUB I, Nr. 39, S. 23f. und WUB online, Nr. 6055: „Adilhaidi dicte de Raste ceterisque suis consorioribus“.

<sup>29</sup> J. Gatz (wie Anm. 3), S. 154. Vgl. StadtA Rt., A2 Nr. 1682.

<sup>30</sup> Das Bebenhäuser Urbar von 1356, bearb. von Wolfgang Wille (VKGL A Bd. 47), Stuttgart 2015, S. 146, col. 326, fol. 82r.



(Elisabeth) die Messingerin, Sammlungsfrau in der Rastsammlung, erwähnt.<sup>31</sup> 1383 heißt es von einer Schwester Beth (Elisabeth), Tochter des Reutlinger Schulmeisters Konrad Spechtshart, dass sie in „der frowen samening ze Rutlingen by der Barfusser closter“<sup>32</sup> lebe. Eine Elisabeth die Spechtshartin ist auch noch 1434 als eine Sammlungsfrau in der von Rastsammlung nachgewiesen.<sup>33</sup> Auch 1484 ist von „dominae conventuales apud minores residentes“ die Rede.<sup>34</sup> Aus dieser Formulierung wurde geschlossen, dass die Frauen in den Jahren vor der Reformation die Dritte Regel der Franziskaner angenommen und sich noch enger an das Kloster gebunden hätten. Dafür würde auch sprechen, dass sich Schwestern von der Reichen Sammlung in Esslingen 1504 beim Custos der Minoriten von Schwaben wegen eines Fehltritts einer Schwester verantworten mussten, vorausgesetzt die Reiche wäre mit der Rastsammlung identisch.<sup>35</sup>

Gegen eine Verklösterlichung spricht allerdings, dass die Reutlinger Ratsprotokolle von 1576 und 1579 davon berichten, dass „die Beginen“, die nach der Reformation von der Stadt ein Leibgeding erhalten hatten, zum Teil im Siechenhaus untergebracht wurden und die „Beginenbehausung“ in der Barfüßergasse im Jahr 1579 an den Prediger Veit verkauft wurde.<sup>36</sup>

In der jüngeren Beginenforschung wird davor gewarnt, allein aus den Zeichnungen für die frommen Frauen weitgehende Schlüsse auf deren Lebensweise zu ziehen. In verschiedenen Regionen wurde herausgearbeitet, dass oft ein Unterschied zwischen Selbst- und Fremdbezeichnung dieser frommen Frauen festzustellen ist, die sich zudem im Laufe der Jahrhunderte ändern konnte.<sup>37</sup>

An der Spitze des Konvents der Rastsammlung stand eine Meisterin. Die in den Urkunden namentlich genannten Frauen bezeichnen sich selbst als Schwestern oder Sammlungsfrauen.<sup>38</sup> In den reichsstädtischen Quellen und den Urbaren der benachbarten Männerklöster werden sie dagegen als „domi-

<sup>31</sup> RUB I, Nr. 731, S. 440; StadtA Rt., A 2 U 1639.

<sup>32</sup> RUB I, Nr. 766, S. 462 f.; HStA Stuttgart A 602 U 13 286.

<sup>33</sup> StadtA Rt., A 2 U 1065. Wenn es auch fraglich ist, ob es sich noch um dieselbe Elisabeth handelt, so schickte offenbar die Familie Spechtshart ihre Töchter in diese Sammlung.

<sup>34</sup> HStA Stuttgart, H 197 Bd 1, Bl. 82r.

<sup>35</sup> T. Schön (wie Anm. 3), S. 66; J. Gatz (wie Anm. 3), S. 155 f.

<sup>36</sup> Dazu A. Schneider (wie Anm. 11), S. 178.

<sup>37</sup> Letha Böhringer: Merging into clergy: beguine Self-Promotion in Cologne in the 13<sup>th</sup> and 14<sup>th</sup> Centuries, in: Labels and Libels. Naming beguines in Northern Medieval Europe, hrsg. von Letha Böhringer; Jennifer Kolpacoff Deane; Hildo van Engen (Sanctimoniales, Bd. 1), Turnhout 2014, S. 151–186; Sigrid Wegner: Beginen, Klausnerinnen und andere Fromme Frauen im Raum Koblenz. Geistliche und weltliche Netzwerke im späten Mittelalter (Quellen und Abhandlungen zur mittelhheinischen Kirchengeschichte, Bd. 140), Mainz 2017, S. 24–29; Andreas Wilts: Beginen im Bodenseeraum, Sigmaringen 1994, S. 11–22.

<sup>38</sup> RUB I, Nr. 685, S. 414: „ich swester mehthilt du spigelin“; vgl. ebd., Nr. 766, S. 462 f.; HStA Stuttgart, A 602 U 13286: „iunkfrow beth die Speptzhartin, ain samening schwester.“

nae conventuales“<sup>39</sup> bezeichnet, was eher klösterliche Strukturen vermuten lässt. Erschwerend kommt hinzu, dass der Begriff „Schwester“ oder „soror“ sowohl für Nonnen als auch für außerhalb der Klausur lebende quasireligiöse Frauen gewählt wurde.<sup>40</sup>

Wie verhält es sich nun mit der Hollensammlung? Die hier vorzustellende Urkunde von 1367 wird ausgestellt von: „Ich Metzze von Zabelsheim, muoter in der hollen samlung bey unnser frowen kirch und wir die mitschwesteren der selben samlung“. Weitere Urkunden sprechen ebenso von den Sammlungs-frauen und den Schwestern der Hollensammlung und ihrer Meisterin. 1409 heißen sie „ersame frowen in Hollensammlung“,<sup>41</sup> 1426 ist ein Verkauf zugunsten von „maistrin und den sammelung schwestren gemainlich in hollensammlung“<sup>42</sup> überliefert, 1449 werden sie wieder „swestran in Hollensammlung“<sup>43</sup> genannt.

Obwohl die Schwestern der Hollensammlung offenbar ähnlich organisiert waren wie die Frauen der Rastsammlung und der Begriff „Begine“ hier gar nicht in den wenigen Quellen auftaucht, werden sie in der Literatur auch als Beginensammlung bezeichnet.<sup>44</sup> Tatsächlich ist in Reutlingen bereits 1289 eine „Irmingart dicta Elpin begina“<sup>45</sup> belegt, die bisher keiner der hier genannten Sammlungen zugeordnet werden kann. Sie schenkte den am Rande Reutlingens lebenden Leprosen ein Lehengut und ein Gut in Sickenhausen.<sup>46</sup> Da sie über Besitz verfügte, den sie verschenken konnte, und selbst als Ausstellerin einer Urkunde auftritt, muss sie vermögend gewesen sein. Sie entspricht damit dem Bild, das die neuere Beginenforschung von den im 13. Jahrhundert auftretenden Frauen entwirft, die sich einem Leben in der Nachfolge Christi widmeten, ohne in einen Konvent einzutreten.<sup>47</sup> Vermutlich ist sie identisch mit der „Irmengardis monialis residens in Reuttelingen“, die 1277 der Zisterzienserabtei Bebenhausen ihre Güter in Kusterdingen schenkte und

<sup>39</sup> Das Bebenhäuser Urbar (wie Anm. 30), S. 146, col. 326, fol. 82 r und HStA Stuttgart, H 197 Bd 1, Bl. 82r.

<sup>40</sup> Zum Begriff Quasireligiose im Unterschied zu Semireligiose vgl. S. Wegner (wie Anm. 37), S. 113–120, die sich stützt auf Elisabeth M. Makowski: *A pernicious sort of women. Quasireligious women and canon lawyers in the Middle Ages* (Studies in medieval and early modern canon law, Bd. 6), Washington 2005.

<sup>41</sup> StadtA Rt., A 2 U 1018.

<sup>42</sup> StadtA Rt., A 2 U 1045, ähnlich StadtA Rt., A 2 U 1054 von 1429 März 12.

<sup>43</sup> StadtA Rt., A 2 U 1090 und StadtA Rt., A 2 U 1091.

<sup>44</sup> KB Rt., Bd. 2, S. 340; B. Breyvogel (wie Anm. 20), S. 48.

<sup>45</sup> RUB I, Nr. 31, S. 18.

<sup>46</sup> RUB I, Nr. 31, S. 18: „feodum meum ibidem et predium meum in Sickenhusen“. Zur Familie Epp, vgl. Wilhelm Kinkel: *Verfassung und Stände in der jungen Reichsstadt Reutlingen*, in: *ZWLG* 3 (1939), S. 360–369, hier S. 368; RUB I, Nr. 593, S. 363 und Nr. 750, S. 453 sowie *passim*.

<sup>47</sup> L. Böhringer, *Merging* (wie Anm. 37), S. 185; S. Wegner (wie Anm. 37), S. 28 f., und Barbara Baumeister: *Geistliche Schwestern und fromme Bürger – die Nördlinger Seelhäuser im Spätmittelalter*, in: *Rieser Kulturtag* 14 (2002), S. 193–204.

sie als Leibgeding für 2 Schilling Heller jährlich auf Lebenszeit zurückerhielt.<sup>48</sup> Festzuhalten ist auch hier, dass Irmingard sich selbst als Begine bezeichnet, ein Begriff, der im 13. Jahrhundert durchaus positiv besetzt war. In der Bebenhäuser Quelle, die nur in einer Abschrift des 16. Jahrhunderts überliefert ist, dagegen wird sie monialis genannt. Darauf wird zurückzukommen sein.

Wie aus mehreren Urkunden hervorgeht, befand sich die Hollensammlung in der Nähe der Reutlinger Marienkirche. Dies wird 1409, 1433 und 1449 eigens hervorgehoben wie auch in der von der Meisterin 1367 selbst ausgestellten Urkunde, in der von der „holensammlung by unnser frowen kirch“<sup>49</sup> die Rede ist.

Schneider verortet die Sammlung in der Metzgerstraße in der Nähe des Zwiefalter Hofes. 1428 nämlich wird eine Zwiefalter Hofstatt beschrieben als gelegen zwischen Haus und Hofraite des Konrad Mieser und dem „gemin frowen hüslī“. 1489 wiederum heißt es, dass der Pflerhof des Benediktinerklosters „am Frauen Haus“ liege.<sup>50</sup> Spätere Quellen zur Hollensammlung liegen nicht vor. Die früher vorgenommene Gleichsetzung mit der armen Sammlung bzw. der Sammlung von der willigen Armut scheidet wegen deren Lage in der Nähe der Barfüßer aus.<sup>51</sup>

Unsicher ist auch die Herkunft des Namens der Hollensammlung. Offenbar geht dieser auf einen frühen Stifter oder Wohltäter zurück,<sup>52</sup> was auch in anderen Städten beobachtet wurde. Böhringer weist darauf hin, dass bereits im frühen 13. Jahrhundert Beginenkonvente gegründet wurden, um die Memoria ihrer Stifter und Wohltäter zu sichern.<sup>53</sup> Schmitt (Hirbodian) stellt in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts einen Wandel in der städtischen Memorialkultur in Straßburg fest. Die Stiftung von Beginenhäusern habe sich für führende Familien der Stadt als lohnende Investition in ihre Jenseitsvorsorge angeboten. Diese Stiftungen hätten zudem die Möglichkeit geboten, den Namen des Stifters und seiner Familie dauerhaft ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen, indem die Stiftungen häufig deren Namen trugen.<sup>54</sup>

Dies scheint auch bei der Hollensammlung der Fall zu sein. In den Reutlinger Quellen taucht mehrfach ein Haus auf, das früher einem „Holl“ gehört

<sup>48</sup> RUB I, Nr. 18, S. 10f., nur in einer Abschrift des 16. Jahrhunderts überliefert. HStA Stuttgart, H 14, Nr. 20, fol. 550v–551r.

<sup>49</sup> Jetzt StadtA Rt., A 3 U 355, RUB Nr. 504, S. 317. Vgl. StadtA Rt., A 2 U 1018 von 1409 und U 1756 von 1433 März 19; In StadtA Rt., A 2 U 1090 und U 1091 (1449) heißt es: „den swe-stran in Hollensammlung by Unser Frowen capelle zuo Rutlingen“.

<sup>50</sup> A. Schneider (wie Anm. 11), S. 177.

<sup>51</sup> Beleg bei A. Schneider (wie Anm. 11), S. 178.

<sup>52</sup> A. Schneider (wie Anm. 11), S. 177.

<sup>53</sup> L. Böhringer, Beginen (wie Anm. 5), S. 146.

<sup>54</sup> Sigrid Schmitt: Verfolgung, Schutz und Vereinnahmung. Die Straßburger Beginen im 14. Jahrhundert, in: RJKG 27 (2008), S. 111–136, hier S. 123–124.

hatte. 1344 etwa bestätigt Konrad Schiklin zwei Stiftungen seines verstorbenen Vaters zugunsten der Siechen im Spital und der Feldsiechen zu St. Katharina aus einem Haus, dessen Vorbesitzer ein gewisser Holl gewesen war. So heißt es: „uz Wernher Bittrolfs hus daz Hollen waz“. <sup>55</sup> Auch das Bebenhäuser Urbar von 1356 kennt ein Haus, das ehemals Holl gehörte: „Item Uelin faber dat de domo quondam dicti Hollen 11 ß, et est primus census“. <sup>56</sup> Möglicherweise deutet der Hinweis „et est primus census“ darauf hin, dass Uelin das Haus gerade erst gekauft hatte oder sogar, dass Holl nicht mehr am Leben war. Bei der Aufzählung der Zinse, die Bebenhausen aus Reutlinger Gärten zukamen, wird auch eine Frau namens Hoellin genannt: „Item Hoellin dat de via una ibidem 18 h“. <sup>57</sup> Es gab demnach 1356 noch Vertreter dieses Namens in der Reichsstadt. Interessanterweise wird in der nächsten Zeile im Lagerbuch betont: „Omnes orti prescripti sunt siti in nova via et sunt continui et contigui prato dicti Hollen.“ <sup>58</sup> Es gab also auch noch eine Wiese, die nach Holl benannt war. Bereits 1326 stiftete Heinrich der Wenge von Sickenhausen den Feldsiechen zu Reutlingen eine jährliche Gült von 1 Pfund und 4 Schilling Heller aus seiner Brot- und Fleischbank. Als Sicherheit stellte er einen Acker am Hollenacker. <sup>59</sup> Die Lage dieses Hollenackers ist unsicher. Wenn er in Sickenhausen zu suchen wäre, könnte ein Bezug zur Schenkung der Begine Irmingard bestehen, die 1289 ein dort gelegenes Lehengut an die Reutlinger Leprosen geschenkt hatte. <sup>60</sup> Der 35 Jahre später auftretende Hollenacker könnte dann als Hinweis auf die Zugehörigkeit der Begine Irmingard zur Hollensammlung gedeutet werden. Beweisen lässt sich dies aber nicht, solange der Hollenacker nicht sicher lokalisiert ist. <sup>61</sup>

Ferner wird Ende des 15. Jahrhunderts in Urkunden und Lagerbüchern ein Hollenbrunnen genannt. <sup>62</sup> Es lässt sich nicht entscheiden, ob auch dieser nach der Familie Holl benannt wurde oder in einem direkten Bezug zur Hollensammlung stand. Immerhin ist der Name Holl bis Ende des 15. Jahrhunderts in Reutlingen an verschiedenen Stellen präsent. Wenn die These zutrifft, dass eine Familie Holl hinter der Stiftung der Hollensammlung stand, so hatte sie ein doppeltes Ziel erreicht. Die Sammlungsfrauen kümmerten sich um die Memoria der Familie, deren Name durch die Benennung der Sammlung über lange Zeit im Gedächtnis der Reutlinger präsent blieb. Wie Schmitt für Straß-

<sup>55</sup> RUB I, Nr. 290, S. 186 und StadtA Rt., A 2 U 1569. Vgl. auch RUB Nr. 291, S. 186 und StadtA Rt., A 2 U 900.

<sup>56</sup> Das Bebenhäuser Urbar (wie Anm. 30), S. 145 (col. 325, Bl. 82 r).

<sup>57</sup> Ebd., S. 144 (col. 322, Bl. 81 r.).

<sup>58</sup> Ebd., S. 144 (col. 323, Bl. 81 v).

<sup>59</sup> RUB I, Nr. 134, S. 1540 und StadtA Rt., U 1540.

<sup>60</sup> RUB I, Nr. 31, S. 18.

<sup>61</sup> Bei Wolfgang Wille: Opferstein und Ofenschelcher – Reutlinger Flurnamen und ihre Geschichte, in: RGB NF 54 (2015), S. 9–128, taucht der Hollenacker nicht auf.

<sup>62</sup> StadtA Rt., A 2 U 1135 von 1487 Mai 8. Vgl. W. Wille, Flurnamen (wie Anm. 61), S. 117–118.

burg gezeigt hat, wäre auch hier in Reutlingen zu vermuten, dass diese von Bürgern initiierten Gründungen Frauen eine Heimstatt boten, die dafür die Grabpflege, den Totendienst und Gebetsleistungen erbrachten. Für Töchter und Verwandte boten die Häuser eine Alternative zum Leben im Kloster, wenn sie ein geistliches Leben führen wollten. Die eingangs erwähnten Stiftungen von Heinz Klutter und Heinz Dekker an die Frauen der Hollensammlung, die sie um des Seelenheils willen getätigt hatten, veranschaulichen die Erwartungen an die frommen Frauen, die eben für sie beten sollten.<sup>63</sup>

Zu den führenden Familien scheinen die Holl nicht gehört zu haben.<sup>64</sup> Die für Reutlingen belegten Patrizier schickten ihre Töchter entweder in das Klarissenkloster nach Pfullingen oder aber in die Rastsammlung. Belegt sind hier etwa eine Mechthild Spiegel oder Anna Ungelter. Auch Beth, die Tochter des bekannten Reutlinger Schulmeisters Konrad Spechtshart, lebte, wie bereits erwähnt, als Schwester in der Rastsammlung.<sup>65</sup> Über die soziale Zusammensetzung der Hollensammlung ist dagegen nichts bekannt, da nur der Name einer einzigen Meisterin in der nun zu beschreibenden Urkunde von 1367 überliefert ist.

Die Ausstellerin der Urkunde vom 10. Dezember 1367 nennt sich Metzze von „Zabelseim“.<sup>66</sup> Der Name Zabelsheim lässt sich in Reutlinger Quellen bisher nicht nachweisen, sodass zu vermuten ist, dass die Meisterin keine Einheimische war. Möglicherweise handelt es sich um eine Verschreibung für Zavelstein im Schwarzwald, das gute 65 Kilometer entfernt liegt.<sup>67</sup> Es ist zu hoffen, dass die Zeugenlisten der für den zweiten Band des Reutlinger Urkundenbuchs vorgesehenen Urkunden weitere Bezüge möglich machen.

Wie bereits betont, betreffen die bisher bekannten Privilegien der Hollensammlung Kauf- und Gültangelegenheiten. Die neu hinzugekommenen Stücke führen eine den Besitz der Hollensammlung betreffende Regelung vor Augen, die Einblick in den Alltag der Frauen in der spätmittelalterlichen Stadt bietet. Es geht um den Zugang zu einem sog. Privet, einem Abort mit einer steinernen Rinne. Dieser befand sich auf einem kleinen Hof in einem Winkel,

<sup>63</sup> RUB I, Nr. 944, S. 564. S. Schmitt (wie Anm. 54), S. 124. Vgl. L. Böhringer, *Beginen* (wie Anm. 5), S. 133, die hervorhebt, dass die *Beginen* die *Memorien* ihrer *Stifter* zu begehren hatten. Die Rolle der *Beginen* beim Totendienst biete den Ansatzpunkt für eine realistische Einordnung ihrer Aktivitäten.

<sup>64</sup> Herbert Kopp: *Das Patriziat im mittelalterlichen Reutlingen*, in: *ZWLG* 15 (1956), S. 33–52, hier S. 45 und 49; Theodor Schön: *Die Reutlinger Patrizier- und Bürgergeschlechter bis zur Reformation*, in: *RGB* 1 (1890), S. 88–90.

<sup>65</sup> RUB I, Nr. 685, S. 414–415; RUB I, Nr. 816, S. 518. Vgl. oben Anm. 32 und Anm. 33 zu Mitgliedern der Familie Spechtshart.

<sup>66</sup> RUB I, Nr. 504, S. 317, jetzt *StadtA Rt.*, A 3 U 356.

<sup>67</sup> Heute Bad Teinach-Zavelstein. S. Schmitt (wie Anm. 54), S. 134, nennt eine Metzze von Selsheim, die im Jahr 1330 eine Stiftung für St. Clara am Rossmarkt in Straßburg vornahm. Vgl. *Urkundenbuch der Stadt Straßburg*, Bd. III, bearb. von Aloys Schulte, Straßburg 1884, Nr. 1259, S. 379f. Ob Beziehungen hierher bestehen, müsste noch weiter erforscht werden.

also einer engen Stelle zwischen einer Scheune und dem Anwesen der Nachbarn Eberhard und Hans Erglin. Er wird als vier Schuh breit beschrieben.<sup>68</sup> Aborte in nachbarlichen Grenzlagen oder in gemeinsam genutzten Höfen boten oft Stoff für Konflikte. Gemeinsam genutzte Aborte waren mit Fragen des Wegerechts, der Entsorgung, der baulichen Instandhaltung oder auch Belästigungen, nicht zuletzt des Geruchs wegen, verbunden, wie Laqua betont.<sup>69</sup>

Obwohl die Schwestern selbst hervorheben, dass dem Nachbarn ein Zugang zu diesem Abort nach „Winkelrecht“ zustand, rissen sie die Scheune einfach ab und informierten Eberhard Erglin erst im Nachhinein darüber. Sie baten ihn, sich durch das Haus seines Bruders Hans Erglin einen neuen Zugang zum Privet zu verschaffen. Damit erreichten sie offenbar, dass er nicht mehr durch den gemeinsam genutzten Hof gehen musste, um zum Abort zu gelangen. Die steinerne Rinne wollten sie verkaufen. Ferner gestanden sie zu, in dem Hof keine Bäume zu pflanzen und die Grenze zu den Nachbarn nicht zu bebauen.

Bezeugt wurde die Regelung von Eberhard Nädeler, zurzeit Bürgermeister in Reutlingen, und dem Richter Walter Koetscheler. Zwei Monate später bestätigte Hans Erglin seinem Bruder gegenüber die neue Zugangsregelung durch sein Haus. Neben Eberhard Nädeler, dem Bürgermeister, treten nun Walter Koetscheler sowie Heinrich Remmli, beide Richter zu Reutlingen, als Zeugen auf.<sup>70</sup> Die Erglin (Ärgeli) zählen neben den Nädeler zu den führenden Reutlinger Familien. Eberhard Erglin ist von 1359 bis 1377 in Reutlingen als Richter belegt und war zeitweise Bürgermeister. Er tritt in diesem Zeitraum zwölf Mal als Aussteller oder Zeuge in den Urkunden auf, meist zusammen mit den hier genannten Richtern Heinrich Remmli, Walter Koetscheler und Eberhard Nädeler in wechselnder Zusammensetzung. 1377 war er offenbar verstorben, da seine Witwe Irmingard Erglin am 9. Oktober mit richterlicher Erlaubnis für sich und ihre Kinder eine Gült verkaufte, was in einem Einkünfteregister der Marienkirche überliefert ist.<sup>71</sup>

Hervorzuheben ist, dass die Frauen von der Hollensammlung nicht nur den Bürgermeister und die Richter als Zeugen heranzogen, sondern ihre Einigung mit dem Nachbarn auch mit dem reichstädtischen Siegel beglaubigen ließen. Während das Siegel der Urkunde vom 10. Dezember 1367 verloren ist, hängt an der Bestätigung durch Hans Erglin vom 25. Februar 1368 ein leicht beschä-

<sup>68</sup> Da sich Aborte oft in engen Winkeln zwischen zwei Häusern befanden, wird „Winkel“ auch als Synonym für Abort gebraucht. Vgl. Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm, Bd. 30, München 1984, Sp. 352 und Sp. 378 zum Winkelrecht.

<sup>69</sup> Benjamin Laqua: Aborte in Nachbarschaftsräumen – Konflikte und Kompromisse in deutschen Städten des Spätmittelalters, in: Aborte im Mittelalter und der Frühen Neuzeit. Bau- und Kunstgeschichte, Archäologie, Kulturgeschichte (Studien zur internationalen Architektur- und Kunstgeschichte, Bd. 117), Petersberg 2014, S. 178–185, hier S. 179 und 182.

<sup>70</sup> RUB I, Nr. 506, S. 317, jetzt StadtA Rt., A 3 U 356

<sup>71</sup> RUB I, Nr. 647, S. 395. Vgl. zu Eberhard Erglin RUB I, S. 605.

digtes Stadtsiegel. Es handelt sich um das zweite für Reutlingen belegte Stadtsiegel, das den linksgewendeten (heraldischen) Adler mit der Umschrift: S(IGILLUM) UNIVERSITATIS DE RIUTELINGEN zeigt.<sup>72</sup>

Zu erwarten wäre daher auch, dass ein städtischer Schreiber die Urkunden ausfertigte.<sup>73</sup> Seit dem frühen 14. Jahrhundert war es in Reutlingen üblich, dass ein zweiköpfiger städtischer Ausschuss Ausfertigungen von Urkunden und Auflassungen vornahm,<sup>74</sup> handelt es sich hier doch um Konfliktbeilegungen und Aushandlungsprozesse, die das enge Zusammenleben in einer spätmittelalterlichen Stadt und letztlich den Stadtfrieden regelten. Benjamin Laqua hat darauf hingewiesen, dass gerade „Aborte in Nachbarschaftsräumen [...] immer wieder Anlass für Absprachen, Auseinandersetzungen und Kompromisse in spätmittelalterlichen Städten“<sup>75</sup> bildeten.

Die nun im Bestand des Stadtarchivs Reutlingen aufbewahrten Urkunden von 1367 und 1368 sind für die Geschichte der Reutlinger Hollensammlung von herausragendem Wert. Sie ermöglichen die sichere frühere Datierung der wohl noch älteren Sammlung um 30 Jahre. Sie zeigen uns die im 14. Jahrhundert vermutlich als Beginen lebenden Frauen der Hollensammlung als gleichberechtigte Partner neben der führenden Reutlinger Familie Erglin. Wir lernen sie als aktive Akteurinnen in einem Nutzungskonflikt kennen, in dem sie die erforderlichen Baumaßnahmen selber in die Hand nahmen. Einen städtischen Pfleger, der sich um wirtschaftliche Belange der Sammlung kümmerte, wie für 1426 belegt, scheint es zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegeben zu haben. Nicht zuletzt liegt nun eine Urkunde im Reutlinger Bestand vor, die sich von allen bisher bekannten Stücken zur Hollensammlung abhebt, weil sie von der namentlich genannten Vorsteherin und ihren Mitschwestern selbst ausgestellt wurde.

Es bleibt zu hoffen, dass noch mehr Urkunden zu den Reutlinger Frauensammlungen auftauchen, die weitere Einblicke in ihre Lebensform erlauben, aber auch ihre sozialen Beziehungen im spätmittelalterlichen Reutlingen sichtbar machen.

---

<sup>72</sup> Vgl. zu diesem zweiten Reutlinger Stadtsiegel Roland Deigendesch: Adler oder Hirschhorn. Zur Geschichte des Wappens der Reichsstadt Reutlingen, in: RGB NF 53 (2014), S. 43–64, hier S. 44–51; Volker Steck: Das Siegelwesen der südwestdeutschen Städte im Mittelalter (Esslinger Studien. Schriftenreihe, Bd. 12), Esslingen 1994, S. 21–23; Wilfried Schöntag: Kommunale Wappen und Siegel in Südwestdeutschland (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 68), Ostfildern 2010, S. 47–48.

<sup>73</sup> Mit den bei Wolfgang Wille: Die Reutlinger Stadtschreiber des 14. Jahrhunderts und ihre Urkunden, in: RGB NF 37 (1998), S. 165–230, aufgeführten Schriftbeispielen konnte keine Ähnlichkeit festgestellt werden; Laut Stadt Rt., A 2 U 1045 hatten die Frauen 1426 auch einen städtischen Pfleger, was hier noch nicht der Fall gewesen zu sein scheint.

<sup>74</sup> KB Rt., Bd. 2, S. 317. Zur Verfassung B. Breyvogel (wie Anm. 20), S. 26–27.

<sup>75</sup> B. Laqua (wie Anm. 69), S. 181.



### 1367 Dezember 10, Reutlingen

Die Vorsteherin Metz Zabelsheim und die Schwestern der Hollensammlung bei der Marienkirche zu Reutlingen einigen sich mit ihren Nachbarn Eberhard und Hans Erglin über die Nutzung eines Hofes und den Zugang zu einem Abort.

*Ich Metzzen Zabbelseim, muoter in der hollen samlung by unnser frowen kirch, und wir, die mitschwesteren der selben samlung,/bekennen offentlich für uns und alle unser erben und tuen kunt allen den, die disen brieff lesent oder horent lesen, das uff dem/hofflin, das da lit an Eberhart Erglins huß by unser frowen kirchen ain schürlin gestannden ist, zwüschent dem selben schürlin/und Eberhart Erglins huß ain winckel vier schuoch wyt gewessen ist mit ainer staineren rinnen. In den selben winckel Eberhart Erg-/lins hus recht gehept hant mit ainer priwet<sup>a</sup> nach winckelrecht. Ich, die obgenant metzen zibelsaim, muoter der hollen/samlung und wir, die mitschwesteren der selben samlung, das selb schürlin haben abgebrochen und syen kommen an Eberhart/Erglin und haben in gebetthen, das er also wol tue und sinen bruoder Hannsen Erglin bitt umb ainen gang zuo ainen priwet durch/sin huß an der wand gen unserm garten und uns die vorder priwet lauß anweg tuon und die stainen rinen verkouffen. Das hat/er günt und umb das haben wir obgenanten schwesteren dem egenanten Eberharten und Hannsen Erglin, sinem bruoder,/iren baiden hüsern füro-*

<sup>a</sup> Im Text steht „priwet“. U/V nach Lautwert transkribiert.



*hin recht und gewalt geben, das sy beide mügent hinden uß laden machen und gesicht da hinin/laussen. Wir haben ouch Eberhart Arglin umb dú rinnen und recht der privet geben, das er und sin erben und were das huß/Innhant fúrohin als vil rechts in dem obgenanten hoefflin han sol als wir und sollen ouch kain bomme dar in setzen noch/kainerlay an sin wannde lainen noch legen. Des ist getzüge Eberhart, der Naedeler, zuo disen ziten burgermaister ze Rútlingen/ vnd Walther, der Koetscheler, richter ze Rútlingen, mit urkúnde diß brieffs besigelt mit der Sette<sup>b</sup> zuo Rútlingen gemaynde/Insigel, das der Raute<sup>c</sup> durch min, der egenanten Metzen Zibelsaim und miner mitschwesteren bette willen gehenckt/hant an disen brieff, Der geben warde, do man zalt von Cristus [!] burt drützehen hundert Jaer vnd siben vnd sechtzig Jare an/dem nechsten frytag nach Sant Nicklaus tag.*

Z.: Eberhard, der Nädeler, Bürgermeister zu Reutlingen; Walter, der Koetscheler, Richter zu Reutlingen.

Sg.: Reichsstadt Reutlingen (auf Bitten der Mutter und der Schwestern der Sammlung)

StadtA Rt., A 3 U 355. Ausf. Perg., deutsch, 1 Sg. abg.

Versovermerke: 1367<sup>d</sup>, 1367<sup>e</sup>, N<sup>o</sup>. 80.

Regest: RUB I Nr. 504, S. 317.

---

<sup>b</sup> Soll wohl heißen „der stette“, also der Stadt Reutlingen.

<sup>c</sup> Der Rat von Reutlingen.

<sup>d</sup> Oben zeitgenössisch.

<sup>e</sup> Mitte mit Bleistift.



### 1368 Februar 25, Reutlingen

Der Aussteller Hans Erglin gewährt seinem Bruder Eberhard Zugang zu einem hinter seinem Haus gelegenen Abort.

*Ich, Hanns Aerglin, vergich öffentlich für mich Und für min erben und tuon kunt allen/den, die disen brieff lesen oder hoerent lesen, Das mins bruders huß Eberhart Erglins/ainen gang sol han durch min huß zuo ainer privet an der wande gegen der Samlungsgarten. Des ist getzüge Eberhart, der Naedler, zu disen zyten burgermaister ze Rütlingen,/Hainrich Remmli und Walther, der Koetscheler, Richter ze Rütlingen, mit urkunde diß brieffs,/besigelt mit der Stette ze Rütlingen gemainde Insigel, das der Raute durch min, des/egenanten Hannßens Erglins bette willen gehencket haut an disen brieff, Der geben/warde do man zalt von Cristus [!] gebürt drützehen hundert jar und acht und sechtzig/jare an dem nechsten frytag nach Sanct Mathieis tag.*

Z.: Eberhart, der Nädler, Bürgermeister zu Reutlingen; Walter, der Koetscheler, Richter zu Reutlingen.

Sg.: Reichsstadt Reutlingen.

StadtA Rt., A 3 U 356. Ausf. Perg., deutsch, 1 Sg.: Stadtsiegel, hellbraunes Wachs (links gewendeter Adler mit leicht beschädigter Umschrift: S(IGIL-LUM) VNIVERSITATIS DE RIU[TE]LINGIN)

Versovermerke: 1368<sup>f</sup>, drei Zeilen Text verblasst, N°. 26.

Regest: RUB I Nr. 506, S. 317.

---

<sup>f</sup> Zeitgenössisch.



## „Hinter Pferdestall und Kellerhals“ – Die Hauskapelle des Zwiefalter Hofes in Reutlingen

Irmtraud Betz-Wischnath

In vielen Städten im Südwesten Deutschlands besaßen Klöster aus der Umgebung einen Stadthof, so auch in Reutlingen. Die Stadt war Zufluchtsort im Fall von Kriegsgefahr oder Seuchen und auf den Märkten konnten landwirtschaftliche und andere begehrte Produkte abgesetzt werden. Fünf Klosterhöfe gab es in der Reichsstadt: den Bebenhäuser, den Königsbronner, den Marchtaler, den Salemer und den Zwiefalter Hof. Dieser war der älteste und der reichste in der Stadt.

### Die alte Johanniskapelle

Am 12. Dezember 1267 urkundete Abt Ulrich II. von Zwiefalten (1266/67–1283)<sup>1</sup> in Reutlingen, wo ihm ein Auftrag von Papst Clemens IV. übermittelt wurde.<sup>2</sup> Ob das Kloster schon damals eine Niederlassung in der Stadt hatte, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall ließ der Abt ein dreigeschossiges Steinhaus mit einer Kapelle erbauen, die Johannes dem Täufer geweiht war.<sup>3</sup> Urkundlich erwähnt wurde die Johanniskapelle erstmals 1277, als die Bischöfe Tholomäus von Sardana, Vikar des Bischofs von Konstanz, und Inzelerius von Budva Ablässe am Jahrtag der Weihe der Kapelle gewährten.<sup>4</sup> Wie Egbert Martins nachweisen konnte, handelte es sich bei dem 1974 für das Parkhaus „Stadtmitte“ abgerissenen Gebäude Zwiefalterhofstraße 2 im Kern um dieses mittelalterliche Steinhaus, eines der wenigen seiner Art in Reutlingen. Im Unterschied zu dem aus vergleichbarer Bauzeit stammenden Kernbau des Königsbronner Hofes hatte es sich sogar freistehend erhalten.<sup>5</sup> Beim Stadt-

<sup>1</sup> Die Jahreszahlen bei den Äbten beziehen sich auf die Zeitspanne des Abbatats.

<sup>2</sup> WUB VI, Nr. 1956, S. 346–347.

<sup>3</sup> *Epitome Historica Curiae Zwifaltensium In Civitate Reuttlina*, 1718, HStA Stuttgart, B 551 Bü 191. Dieser historische Abriss ist wesentliche Quelle für die umfassende Zusammenstellung der Daten zum Zwiefalter Hof in: Alois Schneider: *Reutlingen* (Archäologischer Stadtkataster Baden-Württemberg, Bd. 23), Esslingen 2003, S. 164–167.

<sup>4</sup> WUB VIII, Nr. 2709, S. 51.

<sup>5</sup> Das Gebäude war die Nr. 2 an der Gasse, die von der Metzgerstraße zur Mauerstraße führte. Seit dem Abriss sämtlicher Reste der Hofgebäude und dem Bau des Parkhauses „Stadtmitte“ hat der Zugang zum Parkhaus den Straßennamen „geerbt.“ Zum Königsbronner Hof vgl. den Archäologischen Stadtkataster (Anm. 3), S. 159 f.



Die frühere Johanniskapelle von der Metzgerstraße aus.

brand 1726 war es zwar stark beschädigt worden, aber die Außenmauern, die bis in den Giebel einen Querschnitt von einem Meter aufwiesen, hatten den Brand überstanden und auch dem Fliegerangriff im März 1945 standgehalten.<sup>6</sup> Martins revidierte damit die von Karl Keim vertretene Meinung, mittelalterliche Reste des Zwiefalter Hofes seien nicht erhalten geblieben. Beim Stadtbrand seien die Hofgebäude samt den benachbarten Gebäuden vielmehr bis auf die Grundmauern abgebrannt.<sup>7</sup>

1290 erlaubte Graf Eberhard von „Wirtemberg“ dem Zwiefalter Abt freie Beholzung und Holzzufuhr auf dem Rossfeld für die Höfe des Klosters in Horgenloch und Reutlingen. In dieser Urkunde ist der Zwiefalter

Klosterhof in Reutlingen erstmals namentlich belegt.<sup>8</sup> 1426 wird ein „vorderes Haus“, möglicherweise ein Wohnhaus, erwähnt, das an die gemeine Straße und „an die aechentz“<sup>9</sup> stößt, ferner ein „neues Haus“, das an die Kapelle angebaut ist.<sup>10</sup> In den folgenden Jahrhunderten kamen weitere Grundstücke und Gebäude hinzu, sodass das Hofgelände fast die ganze Fläche zwischen Metzgerstraße, Zwiefalterhofstraße, Mauerstraße und Aulberstraße umfasste,

<sup>6</sup> Egbert Martins: Der abgegangene Zwiefalter Klosterhof in Reutlingen – Überraschende Entdeckungen 30 Jahre nach dem Abbruch, in: RGB NF 45 (2006), S. 173–201, hier S. 174–177.

<sup>7</sup> So in einem Beitrag im Reutlinger General-Anzeiger vom 1.4. 1975. Vgl. E. Martins (wie Anm. 6), S. 176f. – Älteren Reutlingern ist das Gebäude vielleicht noch in Erinnerung als Wohnhaus des Kunstmalers Fritz Hummel, der kurz vor der Jahrhundertwende, 1897, die Fassade im neugotischen Stil mit märchenhaften Motiven bemalt hat. Vgl. die farbenprächtige Entwurfszeichnung Hummels in: Stadt Bild Geschichte. Reutlingen in Ansichten aus fünf Jahrhunderten, Reutlingen 1990, S. 170. Auch dort findet sich die unzutreffende Behauptung, das Gebäude sei nach dem Stadtbrand neu errichtet worden. Weitere Abbildungen bei E. Martins (wie Anm. 6) auf den S. 181, Abb. 7, S. 184, Abb. 10, S. 185, Abb. 11.

<sup>8</sup> RUB I, Nr. 33. Volltext: WUB IX, Nr. 4001, S. 378–379. Horgenloch, „Siedlung am sumpfigen Wald“, ist eine Wüstung bei der Johannes dem Täufer geweihten Kapelle, zu der ein kleiner Wirtschaftshof des Klosters Zwiefalten gehörte. Heute Gestüthof St. Johann.

<sup>9</sup> Gemeint ist damit wohl ein alter Arm der Echaz, eine Art Stadtbach.

<sup>10</sup> HStA Stuttgart, B 551 U 989.



Auf dem 1620 entstandenen Kupferstich des Reutlinger Goldschmieds Ludwig Ditzinger zeichnet sich das Abtsgebäude des Klosterhofs neben der Marienkirche als mächtiger Fachwerkbau mit steinernem Erdgeschoss ab.

das frühere Pfarrhaus ausgenommen.<sup>11</sup> 1510 ließ Abt Georg Fischer (1474–1513) im Reutlinger Hof weitere „sehr nützliche neue Gebäude“ errichten.<sup>12</sup>

## Die neue Abtswohnung und die Hauskapelle

In der Mitte des 16. Jahrhunderts kam es dann zu einer grundlegenden Modernisierung. Der tatkräftige Zwiefalter Abt Nikolaus Buchner ließ während seines ersten Abbatiats (1538–1549) einige Gebäude auf dem Hofgelände abreißen, zum Beispiel das Haus des Fritz Swelher zu Strassberg, der es 1442 an das Kloster verkauft hatte.<sup>13</sup> Dann, während seines zweiten Abbatiats (1555–1567), führte Buchner, der während des Interims in Reutlingen gelebt hatte,<sup>14</sup> seinen Plan aus, auf dem Hof ein neues, großes Wohngebäude zu errichten,

<sup>11</sup> Vgl. die Pläne bei E. Martins (wie Anm. 6), S. 182f., Abb. 8 und Abb. 9.

<sup>12</sup> Arsenius Sulger: *Annales Imperialis Monasterii Zwifaltensis ordinis S. Benedicti in Suevia*, Augsburg 1698, Bd. II, S. 100.

<sup>13</sup> HStA Stuttgart, B 551 U 991.

<sup>14</sup> Vgl. Irmtraud Betz-Wischnath: Der Zwiefalter Klosterhof in Reutlingen und seine Kapelle – Ein Pfahl im Fleisch der protestantischen Reichsstadt? In: *RGB NF 56* (2017), S. 127–167, hier: S. 134f.

das allen Anforderungen der Zeit an eine repräsentative Stadtwohnung entsprach.<sup>15</sup> Es sollte, wie Sulger berichtet, fast alle anderen Gebäude der Stadt überragen und an Pracht übertreffen. Das Gebäude besaß einen sehr großen Weinkeller, eine Hauskapelle und einen Getreidespeicher.<sup>16</sup> Nachdem die Kapelle eingewölbt war, wurde sie 1559 wie das gesamte Abtshaus von dem Reutlinger Maler Jakob Salb<sup>17</sup> ausgemalt.<sup>18</sup> Der Reutlinger Steinmetz Hans Motz<sup>19</sup> schuf das qualitätvolle Hauptportal am Abtsgebäude mit einer schönen Supraporte mit den Wappen des Klosters sowie des Abtes und für die Renaissance typischen Schmuckelementen wie Delphine und Rauten. In der Tat konnte sich der Hof sehen lassen. Der Reutlinger Chronist Johann Fizion rühmte seine Pracht in seiner Reimchronik noch sechs Jahrzehnte später in den höchsten Tönen.<sup>20</sup>

Zusätzlich zum neuen Abtshaus hatte Buchner eine neue Scheune mit darunterliegendem Weinkeller<sup>21</sup> erbauen und auch in die alte Johanniskapelle ein Kellergewölbe oder „Hypogaeum“ einziehen lassen. Dieser Keller diente ebenfalls der Weinlagerung und war über einen an der Ostseite angebauten mächtigen Kellerhals zugänglich.<sup>22</sup> Gottesdienste waren hier wohl schon seit dem Ende des Interims nicht mehr gefeiert worden.<sup>23</sup> Es ist auch schwer vor-

<sup>15</sup> Das Folgende nach dem Archäologischen Stadtkataster (wie Anm. 3), soweit abweichend nach A. Sulger (wie Anm. 12), S. 146, und der Epitome (wie Anm. 3).

<sup>16</sup> Auf Ludwig Ditzingers Kupferstich von 1620 ist der Abtshof gut zu erkennen. Vgl. Stadt Bild Geschichte (wie Anm. 7), S. 33 sowie die Abbildung oben. Der Weinkeller war so geräumig, dass Abt Christophorus Raßler (1658–1675) dafür ein Fass bauen ließ, das 93 alte württembergische Eimer fasste – das sind 27.342 Liter. Als es hinten und vorne noch nicht geschlossen war, sollen zwei junge Grafen von Truchseß-Waldburg zu Pferd nebeneinander durchgeritten sein. A. Sulger (wie Anm. 12), S. 279 f.

<sup>17</sup> Salb, Jacob, gest. in Reutlingen 1579. Ein Nachlassinventar liegt vor im StadtA Rt., B 1 Nr. 20. Zu Salb vgl. Werner Fleischhauer: Renaissance im Herzogtum Württemberg, Stuttgart 1971, S. 172–173, 176–177.

<sup>18</sup> Epitome (wie Anm. 3).

<sup>19</sup> Thomas Leon Heck; Joachim Liebchen: Reutlinger Künstlerlexikon, Reutlingen–Tübingen 1999, Art.: Hans Mautz (Motz), Steinmetz aus Gmünd. 1555 zuerst in Reutlingen nachweisbar, 1576 einer der „Siebener“ im Rat. Arbeitete im Spital, im Zwiefalter Hof und am Kirchnerbrunnen.

<sup>20</sup> Johann Fizion: „Cronica unnd Grindtliche Beschreibung des Hailigen Römischen Reichs Statt Reüttlingen, Erster Anfang, Und Ursprung [...], hrsg. von Adolf Bacmeister, Reutlingen 1862, S. 68.

<sup>21</sup> Der Archäologische Stadtkataster (wie Anm. 3) spricht an dieser Stelle irrtümlich von „Kelter“ (S. 165). Auch in den Inventaren fehlt jedoch ein Hinweis auf eine Kelter.

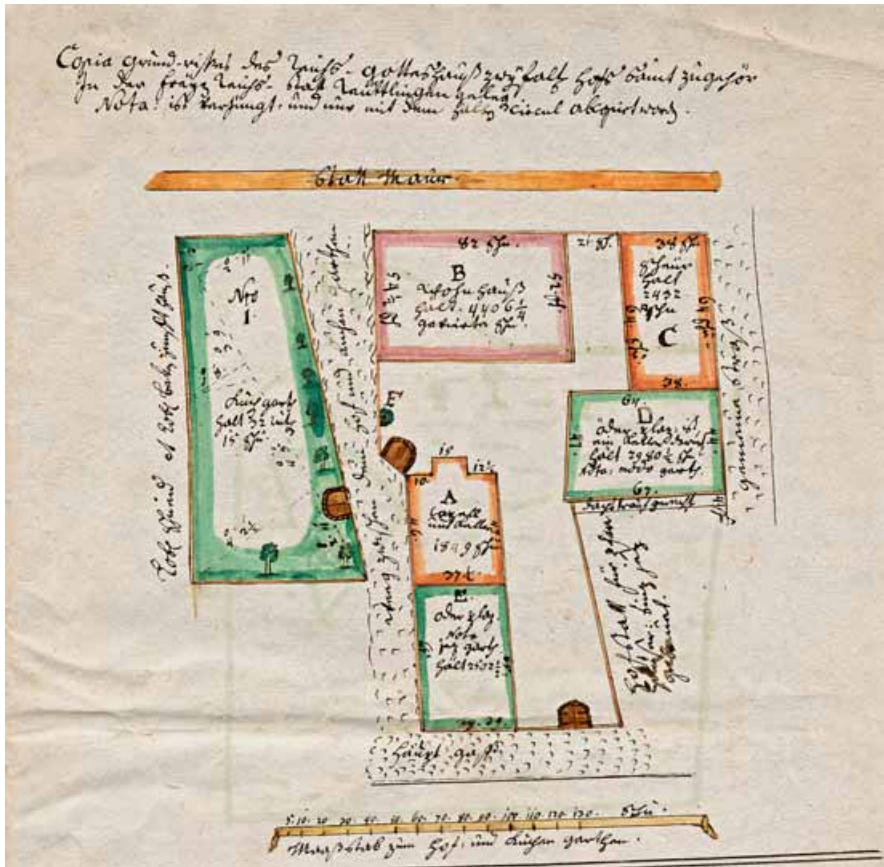
<sup>22</sup> A. Sulger (wie Anm. 12), S. 146, und Epitome (wie Anm. 3). Vgl. Abb. S. 134.

<sup>23</sup> Vgl. Warhafftige Widerlegung (wie Anm. 38), S. 75, wo es heißt, Nikolaus Buchner habe als resignierter Prälat sechs Jahre lang in Reutlingen gelebt und ohne Zweifel in der St. Johanniskapelle Messen gelesen, „daß aber furohin gegen 1560 und so fort die Catholische Religion unter der Burgerschaft gänzlich erloschen und öffentlicher Gottesdienst aufgehört habe, will ich wohl glauben: von dannen an mögen auch die Glöcklein in S. Johans-Capell verstummet seyn.“





Das 1915 entstandene Foto zeigt über der Pforte das Zwiefalter Wappen mit den sieben Sternen und den beiden Schrägbalken sowie das Wappen des Abtes mit einem steigenden Widder auf Dreieck. Dazwischen die Mitra und der Abtsstab mit nach außen gekehrter Krümme, was zeigen sollte, dass das Kloster die Reichsfreiheit für sich beanspruchte. Es erhielt sie jedoch unter großem finanziellem Aufwand erst 1750. Rechts der Pforte ist eine „Fensterstange“ zu sehen, wie sie in der Beschreibung der Gebäude 1727 erwähnt wird.



Auf diesem Messbeschrieb aus dem Jahr 1766 ist die frühere Johanniskapelle (Zwiefalterhofstraße 2) mit „A Capell und Keller“ und das von Abt Nikolaus Buchner erbaute Hauptgebäude (Zwiefalterhofstraße 4) mit „B Wohnhaus“ bezeichnet. Das Gebäude „C Scheur“ an der Ecke Mauerstraße/Aulberstraße steht heute noch. „D öder Platz: ist ein Keller darunter“ zeigt die Stelle der nach dem Stadtbrand nicht mehr aufgebauten Scheune mit Weinkeller.

stellbar, dass die Kapelle nach dem Umbau dafür noch geeignet war. Sie diente jedenfalls seit 1557 als Bindhaus,<sup>24</sup> wenn auch die Erinnerung an die frühere

<sup>24</sup> Vgl. Archäologischer Stadtkataster (wie Anm. 3), S. 165. Dort kein Beleg für die Nutzung als Bindhaus. Dieses erscheint im 16. Jahrhundert in den Inventaren. A. Sulger (wie Anm. 12), S. 235, bezeichnete die Kapelle als „antiquata“, Gayler, sicher in Anlehnung an Sulger, als „antiquiert“ (Christoph Friedrich Gayler: Historische Denkwürdigkeiten der ehemaligen freien Reichsstadt izt Königlich Württembergischen Kreisstadt Reutlingen [...], Reut-

Bestimmung noch lange erhalten blieb. Noch 1766 wurde das Gebäude auf einem Messbeschieb als „Capell“ bezeichnet.<sup>25</sup>

Fizion hatte auch hervorgehoben, dass es wegen der Religion keinen Unfrieden zwischen Stadt und Kloster gebe.<sup>26</sup> Das war noch in den ersten Jahren des Dreißigjährigen Krieges, bevor der deutsche Südwesten von den Kriegshandlungen unmittelbar betroffen war. In der Zeit nach dem Westfälischen Frieden blieb es dann jedoch nicht beim scheidlich-friedlichen Miteinander. Aus der Sicht der Reichsstadt war es unproblematisch, wenn der Hofmeister das Gesinde an den Sonn- und Feiertagen zum Gebet in der Hauskapelle und anschließend zur Lesung aus einem Andachtsbuch in der Stube versammelte.<sup>27</sup> Auch wenn gelegentlich anwesende Konventualen in der Kapelle Messe lasen, wurde das geduldet, solange es in aller Stille geschah. Aber um die Mitte des 17. Jahrhunderts kam es zu Konflikten. Wenn sich nämlich ein Zwiefalter Priester im Hof aufhielt, wurden an den Sonntagen zunehmend auch katholische Dienstboten aus Reutlingen und den umliegenden Dörfern oder in der Stadt einquartierte Soldaten zu den Messfeiern in den Klosterhof eingeladen.<sup>28</sup> Dass die Kapelle bald zu klein war, lassen sogar die Klosterhofinventare erkennen, die wohl jedes Mal, wenn der Hofmeister wechselte, neu aufgestellt wurden.<sup>29</sup>

## Die Ausstattung der Hauskapelle

Die Klosterhofinventare zeigen auch, wie reich der Zwiefalter Stadthof ausgestattet war. Besonders in den Gemächern des Prälaten fand sich eine Fülle von Büchern, Gemälden und anderen, meist sakralen Kunstobjekten, aber die kleine Hauskapelle, die kaum einem Dutzend Personen Raum bot,<sup>30</sup> stand nicht zurück. Im Inventar von 1660 werden im Einzelnen an Altären, Skulpturen, Andachtsbildern, liturgischem Gerät und Textilien aufgeführt:

---

lingen 1845, hier S. 270). Antiquatus könnte man als „ehemalig“, „aus dem Gebrauch genommen“ oder „profaniert“ übersetzen.

<sup>25</sup> Vgl. Abb. S. 130 und E. Martins (wie Anm. 6), S. 182 f.

<sup>26</sup> „Ein kirchlein ist auch drin bestellt,/Dorin man auch yemal Mess heltt,//Gannz ohne glockhen Unnd gesang,/Sonder allein mit stillem ganng,//für den Hoffmaister Unnd sein gind,/Wann ohn dass Priester vorhanden sind,//Sonst derffen sie sich gor nit regen,/Diss last man zu von fridens wegen.“ J. Fizion (wie Anm. 20), S. 68.

<sup>27</sup> HStA Stuttgart, B 551 Bü 195, Dienstanweisungen für die Hofmeister 1652, 1660, 1667.

<sup>28</sup> Dazu ausführlich I. Betz-Wischnath (wie Anm. 14), S. 139 ff.

<sup>29</sup> Angaben zur Kapelle sind in den Inventaren von 1660 und 1667 überliefert (HStA Stuttgart, B 551 Bü 195). Für den Archäologischen Stadtkataster (wie Anm. 3, S. 166) wurde nur das Inventar von 1632 (StadtA Rt., A 1 Nr. 8584) ausgewertet, das keine Angaben zur Kapelle enthält.

<sup>30</sup> So C. F. Gayler (wie Anm. 24), S. 271.

- Ein Altar „mit flügel“ (Flügelaltar), ein „Imago Diuo Virginis ob dem Alltar gemahlt“ (ein Bild der seligen Jungfrau), zwei „kleine Altäre“, zwei Altartücher samt einem „Gestelltuch“, ein Antependium.
- „Unßer liebe Fraw in der Sonnen geschnützlett“ (holzgeschnittene Madonna im Strahlenkranz), „S. Anna geschnützet“, ein „Caput S. Joannis“ (Haupt Johannes des Täufers), drei steinerne Bilder (Skulpturen), „S. Franciscus in einem Täfele“, „Fünff Kupferstückh gefast“ (gerahmte Kupferstiche), zwei gerahmte Bilder mit Blumen.
- Zwei Messbücher samt Kissen (als Unterlage), „ein Bettstüele“ (Betstuhl), „zwen Bettstein“ (zum Niederknien), zwei Alben (weißes Chorhemd des Priesters), ein rotes, ein weißes, ein schwarzes, ein grünes und ein aschenfarbenes Messgewand.<sup>31</sup>
- Drei Messingleuchter, ein „Löschhernle“ (Kerzenlöscher), ein silberner Kelch mit Patene (Messkelch mit Tellerchen für die Hostien), zwei Deckel, eine zinnerne Hostienbüchse, drei zinnerne und zwei gläserne Opferkännchen und Tellerchen, zwei Wandelglöckchen, ein „Weywasserkessele sambt dem Wedell“, verschiedene weiße leinene Tücher und „Tüchlein“ für die Gabenbereitung.

Aus dem Inventar von 1667 ergibt sich zunächst, dass insbesondere der Bestand an Skulpturen und Bildern noch einmal vermehrt worden war, nämlich um ein hölzernes Bild einer Jungfrau (einer weiblichen Heiligen), zwei kleine steinerne Bilder (Skulpturen), ein „Täfelin von Giebs, der Englisch Gruß“, ein „gemahltes „Kupferblät S. Udalrici“ und um einen „Salvator auf Kupfer“ (Bild des Heilands). Außerdem waren ein „Teppich auf dem Gestiel“ (Auflage für den Betstuhl), zwei „kleine Schemele in dem Gestüel“, und ein „Opferkänle“ (Kännchen) hinzugekommen.

Die auffälligste Neuerung im Inventar von 1667 ist jedoch, dass nun auch Angaben für den Raum „Vor der Capellen vsserhalb“, also für die große Halle im Erdgeschoss, gemacht wurden: Neu waren dort ein „Gross Crucifix an der Wand“, drei „Betschemmel“, vier Betstühle, eine „lange Schrand“ (Schranne, Bank ohne Lehne) und eine lange „Thafel.“<sup>32</sup> Das ist ein deutliches Indiz dafür, dass sich der Besuch der Messfeiern verstärkt hatte und die Beschwerden, die die Stadt damals vorbrachte, nicht aus der Luft gegriffen waren. Der Verlauf der Streitigkeiten zwischen Stadt und Kloster, die sich hieran entzündeten und mit wechselnder Intensität bis in die ersten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts hingen, muss hier nicht geschildert werden.<sup>33</sup> Wichtig ist, dass Zwiefalten schließlich einen Prozess beim Reichshofrat anstrengte und dass dieser

<sup>31</sup> HStA Stuttgart, B 551 Bü 195. Inventare der im Hof des Klosters Zwiefalten zu Reutlingen befindlichen Mobilien 1660 und 1667.

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Dazu ausführlich I. Betz-Wischnath (wie Anm. 14).

Prozess immer noch in der Schwebe war, als auch der Klosterhof im September 1726 beim großen Stadtbrand in Flammen aufging.

## Lage und Größe der Hauskapelle

Wo nun befand sich diese Kapelle, die so viel Ärger und Streit verursachte? Merkwürdigerweise finden sich hierzu im Archäologischen Stadtkataster und auch in dem Beitrag von Egbert Martins keine klaren Angaben. Beide sprechen von einer Kapelle „hinter Pferdestall und Kellerhals“, ohne die Lage von Pferdestall, Kellerhals und Kapelle angeben zu können.<sup>34</sup> Die rätselhafte Formulierung geht auf den Reutlinger Syndikus Johann Georg Beger zurück, der im Jahr 1714 den Standpunkt der Reichsstadt in der Auseinandersetzung mit dem Kloster in einer umfangreichen Denkschrift darlegte.<sup>35</sup> Beger, dessen Name in dieser „rechtlichen Repraesentatio“ übrigens nicht genannt wird, argumentierte, der Raum, in dem die umstrittenen Messen gefeiert wurden, könne unmöglich bereits von Abt Buchner als Kapelle erbaut worden sein. Das beweise die einer Kapelle unwürdige Lage „hinter Pferdestall und Kellerhals [...] in dem allerfinsterst und verächtlichsten Eck-Winckel des untersten Hauß-Oehren“. Sie habe gegen Morgen eine blinde Wand, gegen Mittag „das allerunsauberste Eck“ des Hofes – nämlich die Mistgrube, das „sterquilinium“ – und gegen Abend einen nicht kapellartigen Eingang.<sup>36</sup> Solch ein obskures Gellass könne nur „clancularie“, „heimlich und verborgener weise“ zum Privat-Oratorium für den Prälaten umfunktioniert worden sein und zwar erst geraume Zeit nach dem Normaljahr 1624.<sup>37</sup>

Gegen die herabsetzende Darstellung von Seiten der Reichsstadt setzte sich das Kloster vehement zur Wehr. In einer ebenfalls ohne Nennung des Verfassers gedruckten Gegenschrift, der „Warhaffte(n) Widerlegung“, die der damalige Archivar und spätere Zwiefalter Abt Augustin Stegmüller (1724–1744) im Jahr 1719 verfasst hat, heißt es: Es sei eine „unerträgliche Unwahrheit, was

<sup>34</sup> Archäologischer Stadtkataster (wie Anm. 3), S. 165. Martins spricht sogar von mehreren Kapellenbauten, deren Standort unklar sei, vgl. E. Martins (wie Anm. 6), S. 182f. und S. 184, Anm. 17.

<sup>35</sup> Bestgegründete rechtliche Repraesentatio, was es mit dem von des Herrn Praelaten zu Zwiefalten Hoch-Würden in dero zu Reutlingen innhabendem Hof [...] für eine wahrgründliche Beschaffenheit habe/Aus höchst tringender Not heraus gegeben in des Heil. Röm. Reichs Freyer Stadt Reutlingen im Jahr 1714/[von Johann Georg Beger] Reutlingen 1714. Die „Repraesentatio“ umfasst eine Sachdarlegung oder „Species facti“ (18 S.) und einen Dokumentenanhang mit getrennter Seitenzählung (85 S.).

<sup>36</sup> Der Eingang zur Kapelle lag an der südlichen Innenwand der Halle. Wahrscheinlich ist hier aber der Eingang gemeint, der vom Hof in die Halle führte.

<sup>37</sup> Repraesentatio (wie Anm. 35), S. 13 und Beilage Hh, S. 83. Vgl. auch S. 8 und Beilage Hh, S. 51–53 und 83–85. Breit ausgeführt ist diese Argumentation in der mitabgedruckten „Exzeptionsschrift“ (Beilage Hh, S. 51f.).



Dieser Kellerhals führt bei der Suche nach der Hauskapelle in die Irre, denn es fehlte in diesem Gebäude der Pferdestall!

der Verfasser der ‚Repraesentatio‘ [...] von der Hauß-Capell vorgibet, nemblich man habe die allerhinterste unter deß Hofmeisters ordinari Wohnung hinter einem Pferdestall und dem Keller-Halß befindliche kleine Aream, ganz NB. [nota bene, d. Verf.] heimlich und neuerlich außräumen, um ihre privat Andachten darinnen verrichten zu können, zu einem oratorio privato adaptiren lassen.“<sup>38</sup>

Dann aber lässt Stegmüller eine Lagebeschreibung folgen, die mit der Begers völlig übereinstimmt. „Der Pferdestall ist gegen der Gassen, daran [daneben, d. Verf.] ist die Hauß-Porten; folgends ein grosser, schöner, außgewölbeter Platz, allwo mehrer

als hundert Persohnen die heilige Meß anhören können; und ist dieser Platz auch von Anfang deß Gebäues darzu gewidmet worden, als dann erst die Capell, dero Porten gegen ermeldtem Platz eröffnet wird, umb den Priester auf dem Altar sehen und hören zu können.“ Diesen von der Gasse nicht einsehbaren Platz habe man wählen müssen, damit die Kapelle nicht dem Mutwillen des Pöbels ausgesetzt sei wie die alte Johanniskapelle, die aus diesem Grund profaniert worden sei.<sup>39</sup>

Da den Bearbeitern des Archäologischen Stadtkatasters die Beschreibungen der ‚Repraesentatio‘ und der ‚Warhafften Widerlegung‘ nicht bekannt waren, blieb ihnen auch die Lage der Kapelle „hinter Pferdestall und Kellerhals“ verborgen.<sup>40</sup> Ein Blick auf den Grundriss des Erdgeschosses, den Egbert

<sup>38</sup> Warhaffte Widerlegung Der so genandten best-begründlichen Rechtlichen Repraesentation, welche deß Heil. Röm. Reichs-Stadt Reütlingen Anno 1714 in öffentlichen Druck herauß gegeben wider Das Reichs-Gotts-Hauß Zwyfalten In causa geübter Religion in dem Zwyfaltisch – zu Reütlingen ligenden Hof [...], Konstanz 1719. Stegmüller bezieht sich hier auf S. 8 der Repraesentatio (wie Anm. 35).

<sup>39</sup> Warhaffte Widerlegung (wie Anm. 38), S. 81 f.

<sup>40</sup> Martins übernahm die Angabe „hinter Pferdestall und Kellerhals“ aus dem Archäologischen Stadtkataster, dieser übernahm sie von Schön (Theodor Schön: Die Klosterhöfe in der Reichsstadt Reutlingen, in: Diözesanarchiv von Schwaben 16 (1897), S. 37–41, hier S. 37), Schön übernahm sie – und zwar an dieser Stelle unter Weglassung der entscheidenden Lageangabe „unter des Hofmeisters ordinärem Wohnhaus“ – von C. F. Gayler (wie Anm. 24), S. 270 f. Gayler allein stützte sich unmittelbar auf „Repraesentatio“ und „Warhaffte Widerlegung“.

Martins 2006 veröffentlichte, ist hilfreich, um die Situation zu erfassen.<sup>41</sup> Dabei ist besonders auf die Einteilung der Flächen zu achten. Ganz links das Tor zum Pferdestall, daneben der Eingang zu den Räumen des Abts und der Wohnung des Hofmeisters im Obergeschoss, rechts davon der Eingang zum innenliegenden Kellerhals,<sup>42</sup> der zu dem mächtigen Weinkeller hinunterführte. Durch das breite Portal ganz rechts betrat man einen großen Saal von etwa 130 Quadratmetern mit einem Kreuzgratgewölbe, das auf drei Renaissancesäulen aus grünem Schilfsandstein ruhte.<sup>43</sup> Von hier aus war schließlich ein lang gestreckter schmaler Raum von ca. 2,75 m Breite an der südlichen Schmalseite des Gebäudes zugänglich. 1805 befanden sich in diesem Teil des Gebäudes „ein kleines Stüble, Kämmerle und Kühle“, was noch der ursprünglichen Einteilung entsprochen haben könnte<sup>44</sup> Der frühere Pferdestall und das Erdgeschoss der früheren Johanniskapelle dienten damals beide als Schafstallung.<sup>45</sup>

Bei dem ca. 1 m breiten Eingang in diesen Raum von der Halle her könnte es sich um den ursprünglichen Zugang zur Kapelle, bei der ca. 2,25 m breiten Wandnische an der gegenüberliegenden südlichen Außenwand um ein zugesetztes Fenster gehandelt haben. Das scheint nicht unwahrscheinlich, denn bei Wandstärken von ca. 1,25 m (Außenwand) und ca. 75 cm (Innenwand) muss hier jede Veränderung mit erheblichem Aufwand verbunden gewesen sein. Die Nische an der Stelle des zu vermutenden Fensters weist nur eine Wandstärke von ca. 25 cm auf. Der Abstand zwischen dem jeweils äußeren Gewände von Wandnische und Durchgang beträgt ca. 4,25 m. Nimmt man mit Rücksicht auf die Gewölbeansätze einen Abstand von ca. 5,50 m zwischen der östlichen und westlichen Wand an, so ergäbe das eine Grundfläche von etwa 15 Quadratmetern. Diese beiden Wände wären im Plan von 1944 zu ergänzen. Der Altar an der Ostwand war nur zu sehen, wenn man in die Kapelle eintrat und konnte von der Halle aus nicht eingesehen werden. Das steht nur

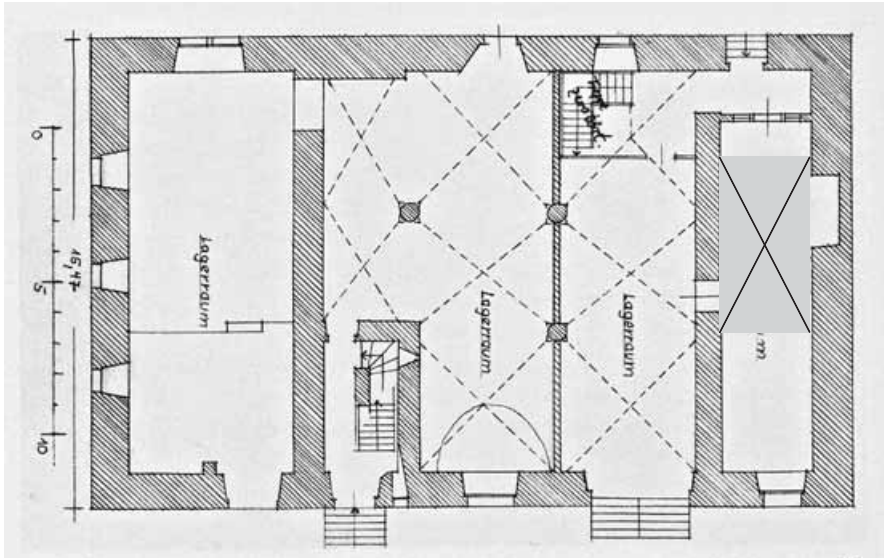
<sup>41</sup> E. Martins (wie Anm. 6), S. 189, Abb. 14.

<sup>42</sup> Den Kellerhals hat Martins nicht als solchen erkannt. Er hielt die Tür zum Kellerabgang für einen weiteren Zugang zum Erdgeschoss. E. Martins (wie Anm. 6), S. 191.

<sup>43</sup> Bei der Besichtigung des gewölbten Saals im Erdgeschoss nach dem 2. Weltkrieg stellte der Reutlinger Steinrestaurator Hans Krauß fest, dass die Säulen aus grünem Schilfsandstein waren. Vgl. E. Martins (wie Anm. 6), S. 189. – Beger, um die Kapelle „schlechtzureden“, sprach von „Haus-Oehren“. Tatsächlich erinnert die Halle eher an eine Dürnitz, einen rauchfrei beheizbaren Raum, der in Burgen oder älteren Schlössern als Versammlungs- und Speiseraum diente. Ein schönes Beispiel ist die Dürnitz im Uracher Schloss.

<sup>44</sup> StadtA Rt., Steuerbuch der Metzgerzunft Teil IV, Bl. 1929 b. Nach E. Martins (wie Anm. 6), S. 188. Dies kann, muss aber nicht der Einteilung vor dem Brand entsprechen. Die Zwischenwand an der Südseite der Halle hielt Martins wohl für sekundär (ebd., S. 191). Die folgenden Überlegungen gehen davon aus, dass die massive Zwischenwand dem bauzeitlichen Zustand entsprach, die übrigen Zwischenwände im südlichen Bereich des Erdgeschosses dagegen aus jüngerer Zeit stammten.

<sup>45</sup> E. Martins (wie Anm. 6), S. 185 f. und 187 f.



Der Grundriss wurde von Egbert Martins nach Vorlagen des Landesdenkmalamtes neu gezeichnet. Sie stammen aus dem Jahr 1944, als ein Luftschutzkeller eingerichtet werden sollte. Rechts markiert ist die Lage der Kapelle. Die Maßangaben im vorliegenden Beitrag wurden daraus abgeleitet.

scheinbar im Widerspruch zur zitierten Behauptung der „Warhafften Widerlegung“, man habe bei geöffneter „Porten“ den Priester „auf dem Altar sehen und hören können“. Bei Benutzung eines beweglichen oder eines Tragaltars wäre dies nämlich sehr wohl möglich gewesen. Denkbar ist auch, dass der Priester in oder vor der Kapellentür zelebrierte. Die im Inventar von 1667 erwähnten Kniebänke außerhalb der Kapelle dienten vermutlich den Gläubigen zum Niederknien beim Empfang der Hostie.

### Die Ausmalung der Hauskapelle

Überraschenderweise ist nicht nur überliefert, wie die Hauskapelle ausgestattet war. In den Zwiefalter Akten im Hauptstaatsarchiv findet sich sogar eine ausführliche Beschreibung der Ausmalung von 1559 durch Jakob Salb. Das hängt mit dem unerledigten Rechtsstreit zwischen Stadt und Kloster zusammen. Augustin Stegmüller, der Verfasser der „Warhafften Widerlegung“, war 1724 zum Abt gewählt worden. Er hielt es nun für geboten, die Beweise für das Alter der Kapelle für künftige Auseinandersetzungen zu sichern und beauftragte den Munderkinger Notar Johann Anton Mayer, die Brandruine in



Gegenwart von Zeugen zu inspizieren, den Befund mit den in Zwiefalten vorhandenen Unterlagen – Rechnungen des Hofmeisters und Aufzeichnungen über die Inschriften in der Kapelle – zu vergleichen und darüber eine förmliche notarielle Urkunde zu errichten.<sup>46</sup> Der Inhalt dieses „Notariatsinstruments“ ist bis heute für Veröffentlichungen über den Klosterhof noch nicht ausgewertet worden.<sup>47</sup>

Die Urkunde zeigt, dass der gesamte, von einem Kreuzrippengewölbe überspannte Raum mit Ornamenten, Bildern und Spruchbändern ausgemalt war.<sup>48</sup> Fenster- und wohl auch Türgewände waren „verbrämt“, das heißt, mit ornamentaler Ziermalerei versehen. Für die „Beweiserhebung“ war neben den bildlichen Darstellungen und dem Text der Inschriften<sup>49</sup> vor allem von Interesse, was für die Errichtung der Kapelle schon zur Zeit von Abt Nikolaus Buchner sprechen konnte: Wappen, Steinmetzzeichen und Künstlermonogramme samt deren Auflösung in den Hofmeisterrechnungen. Die Farben der Inschriften und Wappen wie der übrigen Ausmalung hatten sich unter der Einwirkung von Feuer und Hitze verändert. Vormalig schwarze Buchstaben waren jetzt weiß, schwarz zum Beispiel auch der vormalig grüne Schild des Zwiefalter Wappens, während dessen goldene Querbalken und Sterne rote Farbe angenommen hatten.

Oberhalb der Tür waren im Kapelleninnern die Wappenschilder des Klosters und des Abts Nikolaus gemalt, links und rechts gehalten von zwei Engeln oder Putten, wie bei der Supraporte über dem Hauptportal. Links oberhalb der Tür war ein Engel mit einem Schultäfelchen mit der Jahreszahl 1559 und dem Monogramm IS des Reutlinger Malers Jakob Salb zu sehen. Das Steinmetzzeichen des Reutlinger Steinmetzen Hans Motz fand sich mit seinen Initialen und der Jahreszahl 1557 am nordöstlichen Gewölbeansatz „auf einem ausgehauenen steinern Schildt“.<sup>50</sup>

<sup>46</sup> Vgl. Betz-Wischnath (wie Anm. 14), S. 129f.

<sup>47</sup> HStA Stuttgart, B 551 Bü 197, Not. Inst. E, 1727 Jan. 25. Der auf der Rückseite angebrachte Registraturvermerk lautet: „Instrumentum Notariatus super monumentis exercitio Religionis reperti in der zwif[faltischen] Hof-Kapell zu Reutlingen nach der Brunst. de a[nn]o 1727“, zu Deutsch: Notariatsinstrument vom Jahr 1727 betreffend die in der Kapelle des Zwiefalter Hofes zu Reutlingen nach der Feuersbrunst noch erhaltenen Zeugnisse der Religionsausübung. Theodor Schöns Darstellung lässt zweifeln, ob er vom Inhalt des Dokuments Kenntnis hatte. Den Registraturvermerk verwertete er grob sinntestellend. Es heißt bei ihm: „In der Nacht vom 23. auf den 24. September 1726 brannte der Zwiefalter Hof nieder. Doch wurde der Hof vom Kloster wiederaufgebaut, nachdem 1727 nach dem Brande die Kapelle in Augenschein genommen und darin ein ‚instrumentum religionis‘ erfunden worden war.“ T. Schön (wie Anm. 40), S. 110.

<sup>48</sup> Zum Gewölbe heißt es: Sonsten hat das Gewölb in dieser Cappellen an all. 4 Ecken rott-steinerne Leisten, in der Mitte wie ein Creutz zusamben gehende, das ganze Cappellein aber ist, wie die alte Kirchgebäu, mit unterschiedlichen Zieraden gemahlt, und durchschneiden eine jede von vorgedachten Leisten die abgemahlte Sonnen.

<sup>49</sup> Die Schrift wird als „durchgehends nach dem alten Typo formirt“ beschrieben.

<sup>50</sup> Dieser Befund ist auch in der Epitome (wie Anm. 3) nachgetragen worden.



Der Hauskapelle des Zwiefalter Hofes vergleichbar ist das freilich deutlich kleinere Oratorium im früheren Königsbronner Klosterhof, auch in der Art der Ausmalung.

Die Altarmensa aus rötlichem Sandstein hatte nur leichte Schäden erlitten, vermutlich beim Brand des Altaraufsatzes. Über der Mensa waren nur noch Reste der Ausmalung erhalten: „Ein weisses abgemahltes Lämblein, auf all 4 Füßlein auff der Erden sitzend, an dem rechten Fueß und Ohr hinauff ein Creutz haltend. Neben diesem Lämblein ist der gemahlt geweste Heylige Johannes nit mehr völlig zu erkennen gewest.“ Denkbar ist, dass diese Schäden auf eine Übermalung des Bildes des Täufers mit dem Marienbild zurückzuführen sind, das im Inventar von 1660 als „ob dem altar gemahlt“ aufgeführt ist. Oberhalb und unterhalb dieses Wandbildes waren Schriftworte mit Bezug auf Johannes den Täufer, den Patron auch der neuen Hauskapelle, angebracht, links und rechts Engel mit Schriftbändern in den Händen. Es handelte sich um folgende Bibelstellen, die allerdings nur noch teilweise zu lesen waren: „vox clamanti in deserto, parate vias domino rectas facite in solitudine semitas Dei nostri. Esaia 40“<sup>51</sup> – „Ecce agnus Dei“/„Ecce qui tollit peccata mundi“/„Hic

<sup>51</sup> Unterhalb des Wandbildes: Bereitet dem Herrn den Weg. Macht auf dem Gefilde eine ebene Bahn unserm Gott! (Jesaja 40, V. 3).

est, de quo dixi Jo 1<sup>52</sup> – „Panis quem ego dabo Caro mea est, quam dabo pro mundi vita Jo. 6.“<sup>53</sup>

An der südlichen Außenwand befand sich rechts vom Altar das „Hell- oder Taglicht“, sechs Werkschuh und ein Zoll breit und ebenso hoch. Das entspricht ca. 260 cm und stimmt wenigstens ungefähr mit den Maßen der ca. 225 cm breiten Wandnische ein, die im Grundriss von 1944 eingezeichnet ist. Ein ähnlich dimensioniertes Fenster war noch bis zum Abriss an der Nordostecke des Gebäudes zur Mauerstraße hin zu sehen, wo sich einst der Pferdestall befunden hatte.<sup>54</sup> Das „Taglicht“ war mit drei eisernen „Fensterstangen“ gesichert, möglicherweise ähnlich der, die auf alten Aufnahmen noch in einem kleinen Fenster rechts des Hauptportals zu sehen ist, s. Abb. auf S. 129. Oberhalb des „verbrämten“ Fensters war die Gewölbekappe mit dem Schweißtuch der Veronika mit dem dornengekrönten Haupt Jesu bemalt, umgeben von einem Kranz und weiterem Schmuck: „Umb und umb dieses Haubts an dem gesprengten Bogen seynd unterschiedliche Zieraden, Blumwerkh und, unter anderm, eine abgemahlte Latern auff eines Engels Kopff stehend.“

Rechts neben dem Fenster war auf der verbleibenden Wandfläche Graf Kuno von Achalm zu sehen, einer der beiden Stifter des Klosters, einen Streithammer in der Rechten. In der linken Hand hielt Kuno sein Wappen, „welches besteht in einem Blumen-Krug mit 7 Rosen, so einem Haffen gleicht und auff einem Kissen steht, einem offenen Helm und einem Schilt mit 7 rotlechten Sternen in einem nunmehr schwarzen Veldt, welches von 3 rotlechten Balken durchschnitten wirdt,“<sup>55</sup> Von der Beischrift waren nur noch Bruchstücke lesbar, sie hatte gelautet: „Cuno mihi nomen fuit achalm claro propago/frater germanus sed Luitoldus erat/Cum quo fundavi Divae Zwifalt-hah/Mariae ipse monasterium rite favente Deo.“<sup>56</sup>

Wie die dem Altar gegenüberliegende Wand aussah, ist nicht überliefert. Denkbar ist, dass sich hier eine Tür zu einem westlich anstoßenden kleinen Raum an der Hofseite befand. Zwischen Kapelleneingang und Altar befand sich an der Innenwand zur Halle hin ein in die Wand eingelassener Paramen-

<sup>52</sup> Oberhalb des Wandbildes: Siehe das ist Gottes Lamm, das der Welt Sünde trägt. Dieser ist es von dem ich gesagt habe (Joh. 1, V. 29–30a). – Textstellen, die nach dem Brand nicht mehr lesbar waren, hier und im Folgenden kursiv.

<sup>53</sup> Links des Altars: Das Brot, das ich geben werde ist mein Fleisch, das ich geben werde für das Leben der Welt (Joh. 6, V. 51). Das korrespondierende Schriftband rechts des Altars war nicht mehr zu erkennen.

<sup>54</sup> Vgl. E. Martins (wie Anm. 6), S. 174, Abb. 1.

<sup>55</sup> Das Wappenwesen war zur Zeit der Klostergründung noch nicht entwickelt. Erst später schuf das Kloster ein Stifterwappen, das mit der Siebenzahl, den goldenen Sternen und sieben Rosen im Rosenstock Mariensymbole aufgriff.

<sup>56</sup> Kuno von Achalm war mein berühmter Name/Liutold aber war mein leiblicher Bruder,/mit dem ich das der seligen Maria/geweihte Kloster mit Gottes Gnade gestiftet habe.

tenschrank, den das Feuer völlig zerstört hatte. Darüber waren der Ordensgründer St. Benedikt und neben ihm der jüngere Bruder Kunos, Graf Liutold von Achalm, gemalt. Benedikt hielt in der rechten Hand die Ordensregel, in der Linken Stab und Kelch, daneben sein Wappen mit einem Löwen im – jetzt – schwarzen Feld und einem „Pfawen-Schweyff“ als Helmzier. Als Beischrift war die Antiphon für die Messe am Fest des Heiligen Bendikt am 21. März zugesetzt: „Sanctus Benedictus Romae sacrarum litterarum disciplinis traditus. Sed subinde nihil scire duxit commodum, nisi crucis mysterium“.<sup>57</sup> Liutold, der unmittelbar vor seinem Tod noch die Mönchsweihe erhalten hatte, war im Benediktinerhabit dargestellt, in der rechten Hand einen Rosenkranz, in der linken das gleiche Wappen wie Kuno. Auch hier war die Beischrift nur noch teilweise zu lesen. „Ex Achalm Comes Illustris Luitoldusque habebat Consilio, Populis et ditione potens, qui pertaesus opes mundi quae Coelicae quarens Regna Monasterium Construo mente pia.“<sup>58</sup>

Am 25. Januar hatte die Inspektion der ausgebrannten Kapelle stattgefunden, am 27. Januar wurde dem Notar in Zwiefalten noch ein von Jakob Salb gemaltes Portrait Nikolaus Buchners mit dessen Wappen vorgelegt.<sup>59</sup> Der Notar stellte fest, dass dieses Wappen – von den Farbveränderungen abgesehen – völlig mit dem im Innern der Hauskapelle übereinstimmte: „die Inful ist roth, der Widder weiß im Rotten Veldt, deßgleichen des Closters Wappen im Rotten Veldt, die 7 Rosen im verguldeten Krueg seynd Roth im grünen Busch, die Balcken gelb, die Velder, worinnen die 7 verguldete Stern, seynd grün, unten stehet die Jahrzahl 1565 und des Malers Nahmen IS<sup>60</sup> gleich wie auf dem Täftelein in des Reutlingischen Hoffs Capellen zusehen.“

Der Beweis, dass die Kapelle hinter „Pferdestall und Kellerhals“ schon Mitte des 16. Jahrhunderts eingerichtet worden war und nicht „neuerlich“, lange nach dem Normaljahr 1624, war erbracht. Abt Stegmüller konnte sich nun beruhigt seinem neuen Projekt in Zwiefalten widmen, dem Neubau des Münsters. Der Hof in Reutlingen wurde noch in den letzten Jahren seiner Amtszeit wieder aufgebaut, aber nur in vereinfachter Form, mit zwei Fruchtböden und nur noch einem Wohngeschoss unter dem mächtigen Dach. Hofmeister und Oberpfleger hatten ihren Sitz schon nach dem Stadtbrand in den

<sup>57</sup> Benedikt, Bewahrer der heiligen Schriften Roms. Doch oft bringt nicht zu wissen Gewinn, sondern allein das Geheimnis des Kreuzes. – Antiphon: Kehrvers vor und nach dem Introitus bzw. Eingangspalm. Vgl. Cantus. A database for Latin ecclesiastic chant, Cantus 202147, vgl. <https://cantus.uwaterloo.ca/chant/242449> (20.1.2020). Dort ein etwas abweichender Text nach einem hochmittelalterlichen Antiphonar.

<sup>58</sup> Der Graf von Achalm hat den erlauchten Liutold zu Rate gezogen. Reich an Macht, Besitz und Volk, der Geschäfte der Welt überdrüssig, habe ich nach dem Himmelreich verlangt und mit frommem Sinn ein Kloster erbaut.

<sup>59</sup> Dieses – oder ein anderes – Portrait Nikolaus Buchners ist auch in den Klosterhofinventaren des 17. Jahrhunderts (wie Anm. 29) nachgewiesen.

<sup>60</sup> Als Monogramm.



Hinter dem Gebäude Zwiefalterhofstraße 2, der ehemaligen Johanniskapelle, ist das nach dem Stadtbrand wieder aufgebaute Hofgebäude Zwiefalterhofstraße 4 zu erkennen, rechts davon ein Anbau mit zweiflügligem Garagentor. An dieser Stelle befand sich einst, gleich neben dem Fenster der Hauskapelle, die Dunglege des Zwiefalter Klosterhofs.

Zwiefalter Hof in Neuhausen verlegt,<sup>61</sup> und eine repräsentative Unterkunft für den Abt wurde in Reutlingen nicht mehr benötigt.

Damit könnte auch das Thema „Zwiefalter Klosterhof“ abgeschlossen werden. Das „sehr geräumige Wohngebäude“ wurde 1805 an den Reutlinger Metzger Benz verkauft, Nebenräume, Fruchtboden und Keller wurden zu verschiedenen Zwecken genutzt. Nach dem Luftangriff am 1. März 1945 war das ehemalige „Abtshaus“ schwer beschädigt. Aber das immer noch standfeste Erdgeschoss mit seinen meterdicken Mauern erhielt erst 1949 ein Notdach. Um das Trümmergrundstück und die Reste des Klosterhofes kümmerte man sich kaum. An der Stelle des einst so stattlichen Gebäudes steht heute ein unschönes Parkhaus. Das Portal von Hans Motz ist schon 1955 in den Garten des Heimatmuseums versetzt worden und heute der letzte bauliche Rest der Zwiefalter Stadtresidenz.<sup>62</sup>

Wenige Reutlinger würden sich noch an den Zwiefalter Hof und seine Geschichte erinnern, wenn nicht Egbert Martins, der am Beginn seiner Tätigkeit

---

<sup>61</sup> Vgl. I. Betz-Wischnath (wie Anm. 14), S. 166 f.

<sup>62</sup> Vgl. E. Martins (wie Anm. 6), S. 193 und 199.

im Reutlinger Stadtplanungsamt auch an den planerischen Vorarbeiten für den Parkhausbau beteiligt war, die letzten baulichen Reste des Hofes wieder ins Licht gerückt und das unrühmliche Schlusskapitel seiner fast 700-jährigen Geschichte geschrieben hätte. Ohne Martins „überraschende Entdeckungen 30 Jahre nach dem Abbruch“<sup>63</sup> hätte auch der vorliegende Beitrag nicht verfasst werden können.

---

<sup>63</sup> E. Martins (wie Anm. 6).

## Ende und Wende. Das Jahr 1945 in Südwestdeutschland

Thomas Schnabel

An das Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 wird zu Recht in weiten Teilen der Welt bis heute gedacht. Während die meisten Völker schon immer ihre Befreiung gefeiert haben, tat sich die Bundesrepublik, die sich als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches verstand, in den ersten Nachkriegsjahrzehnten schwer mit dem Zusammenbruch. Erst 1985 löste Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Widersprüche auf, indem er darauf hinwies, dass 1945 für die Deutschen neben der katastrophalen Niederlage eben auch eine Befreiung war, die erst den wirtschaftlichen Aufstieg und die Entstehung einer stabilen parlamentarischen Demokratie ermöglicht hatte.

Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Niederlage 1945 nicht ohne die Ernennung Adolf Hitlers zum Kanzler im Jahre 1933 zu verstehen ist. Anfang und Ende des sogenannten Dritten Reiches sind untrennbar miteinander verbunden. Die totalitäre Diktatur des Nationalsozialismus und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges gehören in Europa untrennbar zusammen.

Seit Ende der siebziger Jahre begann sich in der Bundesrepublik auch immer mehr die Erkenntnis von den Verbrechen an den europäischen Juden in der breiteren Bevölkerung durchzusetzen. Erstmals 1977 hatte mit Helmut Schmidt ein Bundeskanzler das Vernichtungslager Auschwitz besucht und wenige Jahre später entschuldigte er sich ebenfalls zum ersten Mal für den Völkermord an den Sinti und Roma.

Auch auf lokaler Ebene begann die intensive Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Geschichte, zunächst mit deren Opfern und sehr viel später schließlich auch mit den Tätern. Es begann sich ein breiter gesellschaftlicher Konsens zum verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes herauszubilden – trotz der immer wieder auftauchenden ewiggestrigen Parteien, wie die vom Bundesverfassungsgericht verbotene Sozialistische Reichspartei in den fünfziger Jahren, die NPD vor allem in den sechziger und die Republikaner in den neunziger Jahren. Alle diese Parteien relativierten die Verbrechen und die Schuld des NS-Regimes. Aber sie blieben nur kurz auf-rüttelnde Episoden.

75 Jahre nach Kriegsende sind wir im wiedervereinigten Deutschland das erste Mal mit einer erschreckend starken Partei konfrontiert, die den bisherigen gesellschaftlichen Konsens zum Dritten Reich und den Verbrechen des Nationalsozialismus in Frage stellt. Die Bedeutung dieser 12 Jahre wird zu-

mindest relativiert und die erfolgreiche, in hohem Maße ehrenamtliche Arbeit der Gedenkstätten systematisch bekämpft und in vielen Landtagen die Streichung der entsprechenden staatlichen Mittel gefordert. Gleichzeitig gibt es keine klare Abgrenzung zu rechtsextremistischen und rassistischen Gruppierungen, die inzwischen unser Land mit Terror überziehen.

Trotzdem kann niemand ernsthaft die Verbrechen, die von Deutschen in den besetzten Gebieten begangen worden sind, infrage stellen. Mir scheint es aber daneben gerade in der heutigen Zeit wichtig zu sein, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Adolf Hitler nicht nur grauenvolle Verbrechen an Nichtdeutschen begehen ließ, sondern auch seinen 1933 gegebenen Eid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, brutal gebrochen hat. Dafür scheint mir gerade das Kriegsende ein besonders eindrückliches Beispiel zu sein.

Dabei ist leider unstrittig, dass die Deutschen in ihrer großen Mehrheit bis 1945 hinter Hitler und dem NS-Regime standen. Erst mit dem Überschreiten der Reichsgrenzen durch die Alliierten im Osten und Westen begannen sich Zweifel zu regen. Aber angesichts des seit dem gescheiterten Staatsstreich vom 20. Juli 1944 zunehmenden Terrors der NS-Machthaber auch gegen die eigene Bevölkerung kam es erst in den allerletzten Kriegstagen zu größeren Verweigerungen gegenüber den Zumutungen des Regimes.

Für ausländische Beobachter blieb das Verhalten der Deutschen in diesen letzten Kriegsmonaten rätselhaft. Der im französischen Widerstand aktive spätere Literaturnobelpreisträger Albert Camus schrieb im September 1944 in der Tageszeitung *Combat*: „Was macht das deutsche Volk? Es schläft. Es ist ein Schlaf, der von Alpträumen und Ängsten geplagt wird, doch es schläft. Dabei haben wir sein Erwachen schon so lange erwartet, doch es fährt fort, sich hinter seinen massiven, hartnäckig errichteten Grenzen zu verbarrikadieren und schweigt zu den Verbrechen, die man in seinem Namen verübt hat; resigniert angesichts der schlimmen Zerstörungen seiner Städte.“

Fast überall stellt man Fragen zu seinem Schicksal: ‚Es wird aufwachen. Es wird vor den Augen der Welt ein wenig von der fürchterlichen Verantwortung zurückgewinnen, die es vor der Geschichte übernommen hat.‘ Aber nichts bewegt sich. Die deutschen Jugendlichen sterben auf den Schlachtfeldern für eine Ehre dahin, die ihre Führung tausend Mal verraten hat. Eine ganze Nation wird sterben; ein Jahrhundert voller Einigungsversuche endet im blutigsten aller denkbaren Fehlschläge – aber das deutsche Volk bewegt sich nicht. Diese enorme Anzahl von Menschen schweigt weiter, als sei ihr die ganze Welt ebenso wie ihr eigenes Schicksal fremd geworden. Alle Beobachter, ob sie zu den Alliierten zählen oder neutral sind, sind sich einig: Das deutsche Volk schläft weiter in seiner eigenen Götterdämmerung.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Jacqueline Lévi-Valensi (Hrsg.): Albert Camus – Journalist in der Resistance, Bd. I. Leitartikel und Artikel in der Untergrund- und Tageszeitung *Combat* von 1944–1947, Hamburg 2014, S. 145.



Fast prophetisch muten seine Zeilen im Nachhinein an: „Die kommenden Tage werden keine glücklichen Tage werden. Sie werden für die Geschichte jene Zeit sein, in der ein Volk und sein Führer sich darauf einigen könnten, kollektiv Selbstmord zu begehen.“<sup>2</sup>

Die Zahlen bestätigen die Einschätzung von Albert Camus. Die meisten deutschen Soldaten starben zu einem Zeitpunkt, als der Krieg schon längst verloren war. Nach den Niederlagen von Stalingrad und El Alamein Ende 1942/Anfang 1943 befanden sich die deutschen Truppen nur noch auf dem Rückzug. Nach der Kapitulation von Stalingrad starben mehr als drei Viertel aller im Zweiten Weltkrieg umgekommenen deutschen Soldaten. Allein im Januar 1945 verloren mehr als 450.000 deutsche Soldaten ihr Leben, eine unvorstellbare Zahl.<sup>3</sup> Das waren jede Stunde über 600 Menschen, 24 Stunden am Tag und 31 Tage im Monat. Dazu kommt eine vermutlich noch etwas höhere Zahl von alliierten Toten, vor allem auf russischer Seite. Und dies alles nur, um die NS-Schreckensherrschaft noch einige Wochen und Monate weiter aufrechtzuerhalten.

Noch dramatischer fällt ein Blick auf die zivilen Toten des Krieges aus. In Südwestdeutschland starben mehr als 90 % aller Zivilisten in den letzten 12 Monaten des Krieges. Nahezu alle Flächenbombardements von Städten in Baden und Württemberg fanden in diesem Zeitraum statt, zumeist sogar erst ab Herbst 1944. Zu Letzteren gehörten u. a. Pforzheim, Heilbronn, Freiburg, Ulm, Karlsruhe, Bruchsal oder auch Reutlingen mit insgesamt mehreren Zehntausend Toten. Vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen fielen diesen Angriffen zum Opfer.

Im März und April 1945 kam es dann noch zu militärisch völlig sinnlosen Auseinandersetzungen auf südwestdeutschem Boden. Obwohl es nur zwischen Heilbronn und Crailsheim noch zu länger anhaltenden Kämpfen gekommen war, hatten vor allem die völlig unzureichend ausgestatteten, demoralisierten, personell dezimierten deutschen Truppen hohe Verluste zu verkraften. Gleichzeitig führten die Kämpfe um Heilbronn dazu, dass entgegen der Absprachen und Erwartungen nicht die Amerikaner, sondern die Franzosen den größten Teil Südwestdeutschlands besetzten, darunter die beiden Hauptstädte Karlsruhe und Stuttgart.

Mitte März 1945 hatte Hitler befohlen, „alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes“ zu zerstören. Gleichzeitig sollte die Bevölkerung aus den „bedrohten“ Gebieten ins Innere Deutschlands evakuiert werden. Allerdings widersetzten sich die meisten Menschen dieser Anordnung mit Erfolg.

---

<sup>2</sup> Ebd., S. 149.

<sup>3</sup> Rüdiger Overmans: *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999, S. 239.

In Württemberg wurden die Anweisungen Hitlers, der sogenannte „Nero-Befehl“, am 27. März 1945 den Behörden von Nazi-Gauleiter Murr mitgeteilt. Unter dem Stichwort „Cäsar“ sollten Vorbereitungen für die Evakuierung von Teilen der Bevölkerung Nordwürttembergs getroffen werden. Für die Räumung und Zerstörung der Betriebe hatte man das Stichwort „Schwaben-treue“ ausgegeben. Zumindest sprachlich blieben die Nationalsozialisten bis zum bitteren Ende kreativ.

Allerdings gab es zu diesem Zeitpunkt auch schon Überlegungen, wie das Leben der Menschen über den allgemein erwarteten Zusammenbruch hinaus zu organisieren war. So ist aus dem badischen Innenministerium ein Erlass vom 20. März 1945 bekannt, der bestimmte, auf welchen Gebieten die Versorgung der Bevölkerung im sogenannten feindbesetzten Gebiet unbedingt aufrechterhalten werden musste: Ernährung; Versorgung mit den unentbehrlichsten Bedarfsgegenständen; Aufrechterhaltung der Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität, Schlachthof); Befriedigung des dringendsten Wohnungsbedarfes; Gesundheitsfürsorge; Familienunterhalt; Öffentliche Fürsorge und Zahlungsverkehr.<sup>4</sup>

Damit sind die beherrschenden Themen der allgemeinen, vor allem aber der kommunalen Nachkriegspolitik aufgezählt. Gleichzeitig macht diese Aufzählung aber auch deutlich, dass in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft, in der die meisten Menschen auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind, um überleben zu können, eine längere Unterbrechung allen öffentlichen Handelns gar nicht möglich ist. Zumindest auf kommunaler und Kreisebene konnte es 1945 keine Stunde Null im Sinne eines kompletten Neubeginns geben.

Nach der gescheiterten deutschen Ardennen-Offensive im Westen und dem russischen Sturm auf Berlin Anfang 1945 verschlechterte sich auch die Stimmung im Südwesten. So sprach der Sicherheitsdienst der SS im März 1945 in einem internen Bericht von einem Umsichgreifen der Vertrauenskrise zur politischen Führung. „Man soll uns nicht immer sagen“, wurden Meinungen aus der Bevölkerung zitiert, „daß wir den Krieg gewinnen müssen, sondern man soll einmal aufzeigen, wie ihn die anderen noch verlieren können.“<sup>5</sup>

Und aus Stuttgart berichtete man, dass ein großer Teil der Bevölkerung beinahe froh sei, „dass dieser Krieg endlich für sie ein Ende nimmt“. Angst vor den Amerikanern, die man als Besatzungsmacht erwarte, bestehe nirgends. „So kommt es auch, dass die Volksgenossen fest entschlossen sind, hier zu bleiben. Es komme ja nicht der Russe, sondern ein kultiviertes Volk, und man wisse aus den bereits besetzten Gebieten, dass es den dortigen Bewohnern

---

<sup>4</sup> Thomas Schnabel: Stadtverwaltung und Kriegsalltag in Freiburg 1944/45; in: Ders.; Gerd R. Ueberschär: Endlich Frieden! Das Kriegsende in Freiburg 1945, Freiburg 1985, S. 57.

<sup>5</sup> Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, bearb. u. eingel. v. Heinz Boberach, Herrsching 1984, S. 6732–6733.

unter der alliierten Besetzung gut gehe.“<sup>6</sup> Die allgemeine Stimmung fasste der Priester der nordbadischen Pfarrei Huttenheim bei Philippsburg in seinem Bericht von Mitte Juli 1945 an das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg über das „Kriegserleben“ in seiner Pfarrei in den treffenden Worten zusammen: „Die Leute wollten nicht einer verlorenen Sache ihre Heimat opfern.“<sup>7</sup>

Die Agonie des Dritten Reiches in den letzten Kriegswochen führte auf kommunaler Ebene zu einem seltsamen Gegensatz. Einerseits wurden Willkür und Führerprinzip durch Kampfkommandanten, SS, Wehrmacht, Kreisleiter und fanatische Nationalsozialisten in dieser Zeit in vielen Gemeinden auch in Südwestdeutschland auf die Spitze getrieben. Andererseits brach der Kontakt mit übergeordneten Stellen aufgrund der zunehmenden Auslagerungen durch die Flächenbombardements der Alliierten zusammen. Zuerst betraf es Berlin und die Reichsebene, dann auch die Hauptstädte Karlsruhe und Stuttgart und schließlich nicht selten sogar die jeweilige Kreisstadt. Oder anders ausgedrückt: Die gewohnten Befehlsebenen, die ja nicht erst seit dem Dritten Reich existiert hatten, gab es nicht mehr. Dies schuf an vielen Orten erst den Spielraum, in den letzten Kriegstagen die eigenen Lebensgrundlagen zu erhalten. Allerdings blieben die meisten Gemeinden im Land von diesen existenziellen Fragen verschont, da Wehrmacht und SS häufig zu keiner Gegenwehr mehr in der Lage waren.

Trotz der unterschiedlichen Entwicklungen in jeder einzelnen Gemeinde während der letzten Kriegstage lassen sich einige verallgemeinerbare Aussagen treffen:

1. Es war von großer Bedeutung, ob es sich bei den verteidigenden deutschen Truppen um SS oder Wehrmacht handelte. Wehrmachtsoffiziere ließen sich leichter von einer geplanten Verteidigung abbringen als SS-Offiziere. Wehrmachtseinheiten waren eher bereit zu kapitulieren als SS-Einheiten. Dies heißt allerdings nicht, dass alle Wehrmachtsoffiziere Verständnis für die Sorgen der einheimischen Bevölkerung hatten, und auch die fliegenden Standgerichte, die desertierte Soldaten kurzerhand erschossen oder aufhängten, agierten im Namen der Wehrmacht.
2. In keiner Gemeinde gab es im März/April 1945 noch eine Mehrheit, die bereit war, den letzten Befehlen des untergehenden Dritten Reiches freiwillig oder aus Überzeugung zu gehorchen. Die Macht des Dritten Reiches beruhte am Ende nur noch auf Bajonetten. Wenn kein Militär und vor allem keine SS in der Nähe waren, wurden die Verteidigungsbefehle umgangen.
3. In kleineren Gemeinden blieben die meisten Bürgermeister und auch einige Ortsgruppenleiter bzw. Ortsbauernführer im Ort. Vereinzelt gab es sogar spontane Bürgerversammlungen, in denen über die Verteidigung des Ortes

---

<sup>6</sup> StA Ludwigsburg, K 110 Bü 58.

<sup>7</sup> Erzbischöfliches Archiv Freiburg, B 2–35/150.

bzw. dessen Übergabe beraten wurde wie z. B. in Westerstetten, Kreis Ulm, oder in Ohmenhausen bei Reutlingen. Auch wenn man diese Beispiele nicht überbewerten darf, ist es doch bemerkenswert, dass nach 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft wie selbstverständlich in einigen Gemeinden bei einer für den Ort existenzbedrohenden Situation basisdemokratische Entscheidungen gesucht und gefunden worden waren. Es war sicher kein Zufall, dass es sich fast ausschließlich um kleine Gemeinden handelte, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt noch funktionierte oder die alten Honoratioren aus der Zeit vor 1933 kooperierten.

4. Frauen spielten in zahlreichen Orten, wie z. B. in Pfullingen,<sup>8</sup> eine wesentliche Rolle bei der Rettung ihrer Gemeinde, obwohl sie seit 1933 von jeder politischen Einflussnahme ausgeschaltet gewesen waren. Bezeichnend ist allerdings, dass ihre Namen schon unmittelbar nach Kriegsende in den einschlägigen Berichten nur selten auftauchten. Während Männer, vor allem Honoratioren, die sich für die Rettung ihres Ortes eingesetzt hatten, in den Berichten unmittelbar nach Kriegsende meist namentlich genannt werden, wird andernfalls nur von Frauen oder einer Wortführerin gesprochen. Dabei war dies gar nicht so überraschend. Schon in den Jahren zuvor hatten Frauen bei Maßnahmen, die in ihre Lebensbereiche eingriffen, ein vergleichbares Engagement gezeigt. So hatten sie sich in einigen Gemeinden gegen die Politik der NSDAP gestellt, wenn diese vor allem gegen kirchliche Einrichtungen, wie Kindergärten oder den Religionsunterricht in der Schule, vorgegangen war.
5. Obwohl in den meisten Fällen der amerikanische und französische Einmarsch ohne Kampfhandlungen vonstatten ging, kam es noch zu zahlreichen sogenannten Kriegsendeverbrechen bzw. „Endphaseverbrechen“. „Zuletzt hatte sich gegen Ende des Krieges das NS-Herrschaftssystem radikalisiert und in dramatischem Ausmaß gegen die eigene Bevölkerung und gegen Ausländer, die erzwungenermaßen im Reich waren, gewandt [...] Die Dimension, die die NS-Gewaltverbrechen aufweisen, gepaart damit, dass sie nun für nahezu jedermann öffentlich sichtbar waren, und schließlich, dass sie, jedenfalls zum Teil, neue Opfer- und Tätergruppen umfassten – dies macht vermutlich die spezifische Qualität der Endphaseverbrechen aus.“<sup>9</sup>

Zu den dramatischsten Verbrechen dieser Endphase gehören sowohl die sogenannten Todesmärsche aus aufgelösten Konzentrationslagern in Richtung Dachau, wie z. B. aus den Lagern des Unternehmens „Wüste“ zur

---

<sup>8</sup> Vgl. dazu Gerhard Junger: Schicksale 1945. Das Ende des 2. Weltkrieges im Kreis Reutlingen, Reutlingen 1971, <sup>3</sup>1991.

<sup>9</sup> Edgar Wolfrum: Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges; in: Cord Arendes; Edgar Wolfrum; Jörg Zedler (Hrsg.): Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 2006, S. 8.

Schieferölgewinnung im Raum Balingen, als auch die zahllosen Hinrichtungen von Deserteuren. Die Ermordung von verteidigungsunwilligen Einheimischen zählte ebenso dazu wie die drei Männer von Brettheim, die Erschießung von vier Heilbronner Einwohnern auf Befehl des abziehenden Kreisleiters Drauz oder die Ermordung von zwei Meßstetter Bürgern, die den Ort kampfflos an die Franzosen übergeben hatten. Dazu kamen auch noch Racheakte an Pfarrern oder übergabewilligen Bürgermeistern oder die Erschießung von Menschen, die Panzersperren beseitigt bzw. weiße Fahnen gehisst hatten.

Zwar entsprachen diese Anordnungen durchaus den letzten verbrecherischen Befehlen der NS-Machthaber und der Wehrmachtsspitze. So hatte der Reichsführer SS Heinrich Himmler noch Ende März angeordnet: „Aus einem Haus, aus dem eine weiße Fahne erscheint, sind alle männlichen Personen zu erschießen. Es darf bei diesen Maßnahmen keinen Augenblick gezögert werden.“<sup>10</sup> Allerdings hatten sich zu diesem Zeitpunkt die Kontrollmöglichkeiten des Regimes schon so weit aufgelöst, dass es, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, im Ermessen jedes einzelnen Offiziers, Soldaten oder Parteifunktionärs lag, diese Befehle auszuführen oder zu ignorieren. Mit Sanktionen musste nicht mehr gerechnet werden. Es bestand also nicht, wie häufig nach Kriegsende betont wurde, ein Befehlsnotstand. Es handelte sich um eine individuelle Entscheidung, ob man kapitulationswillige Menschen laufen ließ oder ermordete.

Die weit überwiegende Mehrzahl der Menschen war im April 1945 froh, dass die Luftangriffe und die Kriegshandlungen ein Ende gefunden hatten. Allerdings werden nur wenige wie der spätere Ministerpräsident Reinhold Maier in diesen Tagen empfunden haben: „Man spürte es körperlich, wie der Alldruck, der seit zwölf Jahren ohne Unterlass auf einem gelastet hatte, Stück für Stück wegfiel.“ Nach der Besetzung durch die Amerikaner fasste er am 22. April seine Einschätzung in seinem Tagebuch zusammen. „Die Erlebnisse dieses Tages hatten uns, die wir allesamt alte Soldaten des letzten Weltkriegs waren, mit Bitterkeit erfüllt; wir hatten miterleben müssen, in welcher militärisch unehrenhaften Weise ein Widerstand geleistet wurde: mit schwachen Mitteln, mit unzureichenden Waffen, mit halberwachsenen Jungen. Ein solcher Widerstand musste beim Gegner den Eindruck einer beschämenden Unzulänglichkeit, beinahe der Feigheit erwecken.“<sup>11</sup>

Allerdings endete das Leiden der Zivilbevölkerung meist nicht mit dem Einmarsch der Alliierten. So hieß es in der Direktive an den Oberkommandierenden der amerikanischen Okkupationstruppen vom April 1945: „Deutsch-

---

<sup>10</sup> Ebd., S. 9.

<sup>11</sup> Reinhold Maier: *Ende und Wende. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen 1944–1946*, Wuppertal 2004, S. 211–212.

land wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.“ Das grundlegende Ziel der amerikanischen Militärregierung war: „Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.“<sup>12</sup>

Der von Deutschland begonnene Krieg holte nun seine Urheber ein, unabhängig von der individuellen Schuld. Plünderungen, Einquartierungen, Requisitionen, willkürliche Zerstörungen, gelegentlich sogar Geislerschießungen und Morde bestimmten den Alltag der ersten Nachkriegstage. Massenhafte Vergewaltigungen gehörten zu den traumatischen Erfahrungen vieler Mädchen und Frauen aller Altersgruppen. Im Südwesten scheint es dazu, soweit man den wenigen zeitgenössischen, vor allem kirchlichen Quellen glauben darf, fast ausschließlich in den französisch besetzten Gebieten gekommen zu sein. Von Amerikanern sind bei der Besetzung nur Einzelfälle bekannt.

Die Folgen für die Frauen sind kaum zu ermessen, zumal die Übergriffe nicht selten in aller Öffentlichkeit stattgefunden hatten und somit oft allgemein bekannt waren. Immerhin ermöglichte man es wohl den meisten Frauen, falls gewünscht, Abtreibungen durchzuführen, obwohl der Paragraph 218 nach wie vor in Kraft war und schwere Strafen androhte. Selbst die beiden christlichen Kirchen äußerten im Sommer 1945 Verständnis für diese Praxis. Kinder von französischen Besatzungstruppen wurden später teilweise von den Franzosen ihren Müttern entzogen und zur Adoption entweder nach Frankreich oder nach Algerien geschickt, wobei die Herkunft der Kinder verschleiert wurde.<sup>13</sup>

Die oberste Regierungsgewalt hatten in Württemberg die Amerikaner und Franzosen inne. Nachdem die Franzosen nach massivem amerikanischem Druck am 8. Juli Stuttgart und Karlsruhe geräumt hatten, verlief die Zonengrenze entlang der Autobahn Karlsruhe–Ulm. Die Landkreise südlich davon gehörten zur französischen Zone. Zentrale deutsche Einrichtungen gab es nicht mehr. Die oberste, noch einigermaßen funktionierende Ebene waren die Gemeinden und die Landkreise. Im Südwesten existierten nur noch wenige intakte deutsche Organisationen mit landesweiten, teilweise reichs- und weltweiten Kontakten, nämlich die beiden christlichen Kirchen: Die Diözese Rot-

---

<sup>12</sup> Zitiert nach Ernst-Ulrich Huster u.a.: *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949*, Frankfurt 1973, S. 284.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Rainer Gries: „Retour en France“? – Die Wege der französischen Besatzungskinder nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Wege in ein neues Leben. Die Nachkriegszeit*, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Stadt Stuttgart, Ubstadt-Weiher 2017, S. 79–99.

tenburg mit dem reichsweit einzigen von den Nationalsozialisten vertriebenen Bischof Sproll und die Erzdiözese Freiburg mit Erzbischof Gröber, der sich vom „braunen Conrad“ der Anfangsjahre ab der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zu einem entschiedenen Gegner des nationalsozialistischen Totalitätsanspruchs entwickelt hatte.

Auf evangelischer Seite war es vor allem die württembergische Landeskirche unter ihrem Bischof Theophil Wurm, die sich nach anfänglich großen Sympathien für das neue Regime zunächst erfolgreich gegen die geplante kirchliche Gleichschaltung durch die NS-nahen Deutschen Christen wehrte. Während des Krieges wurde Wurm dann zu einem deutlichen Kritiker der NS-Vernichtungsmaßnahmen, vor allem der sogenannten Euthanasie, der Ermordung von behinderten Menschen in Grafeneck auf der Schwäbischen Alb sowie auch des Rassenkriegs im Osten. Allerdings äußerte er sich erst sehr spät zu den antisemitischen Verfolgungen. Die wenigen mutigen Geistlichen, die wie Pfarrer Julius von Jan in Oberlenningen öffentlich die Pogrome vom November 1938 kritisiert hatten, wurden von der Kirchenleitung nicht wirklich unterstützt. Nach 1945 wurde Wurm der erste Vorsitzende der EKD. Die badische evangelische Landeskirche war in der damaligen Sprache sowohl eine intakte als auch eine zerstörte Landeskirche, weil sich in ihr weder die Deutschen Christen noch die Bekennende Kirche als deren Gegner durchsetzen konnten. So kam es, dass in den größeren Städten sowohl Pfarrer der Deutschen Christen als auch der Bekennenden Kirche tätig waren.

Beim Einmarsch der Amerikaner und Franzosen spielten die Pfarrer im Regelfall eine wichtige Rolle, da sie von den Besatzungstruppen als Gesprächspartner akzeptiert wurden. Sie berieten die Alliierten, wer die Führung der jeweiligen Gemeinde behalten oder übernehmen konnte. Die fast überall schnell wieder erlaubten Gottesdienste waren für lange Zeit die einzigen ‚Versammlungsmöglichkeiten‘ für die deutsche Bevölkerung, die in diesen Notzeiten ohnehin in steigendem Maße seelischen Beistand suchte.

Die Kirchen waren im Südwesten 1945 noch die einzigen intakten deutschen ‚Großorganisationen‘ mit einer unzensurierten internen Kommunikation und mit ausländischen Kontakten. Die Ordinariate und der Evangelische Oberkirchenrat in Stuttgart waren die deutschen Einrichtungen, die gegenüber alliierten Stellen Kritik, Einwände und Wünsche artikulieren konnten, unterstützt auch durch kirchliche Kontakte in die Länder der westlichen Besatzungsmächte. Für einige Zeit entstand der Eindruck einer nachhaltigen und dauerhaften Wiederbelebung christlichen Lebens.

Die Franzosen betrachteten ihre Zone als große Reparation, d. h. sie wollten so viel als irgend möglich an Entschädigungen für die deutsche Besetzung Frankreichs herausholen. Der amerikanische Außenminister Byrnes hatte Mitte 1946 diese Politik dahingehend zusammengefasst, dass „die französische Regierung sich eine Politik einseitiger Ausbeutung der wirtschaftlichen Res-

sourcen Deutschlands zu eigen macht.“<sup>14</sup> Dazu muss man allerdings wissen, dass die deutsche Besatzungspolitik in Frankreich zwischen 1940 und 1944 vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet die Handlungsanweisungen für die französische Besatzungsverwaltung nach 1945 geliefert hatte.

Die Amerikaner dagegen, die, von einigen Ausnahmen abgesehen, kein Interesse an deutschen Reparationen besaßen, traten ihre Besatzungsherrschaft mit bestimmten politischen Zielen an, die sich in den Begriffen Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Dekartellisierung zusammenfassen lassen. Später kam dann auch noch die Demokratisierung dazu. Gleichzeitig sollten jedoch die örtlichen und regionalen Militärorganisationen für eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung sorgen und dies bei einer ab Sommer 1945 stark abnehmenden Zahl von amerikanischen Offizieren. Die häufig anzutreffende Unkenntnis über deutsche Verhältnisse erschwerte die Situation zusätzlich.

Seit der Corona-Krise können sich auch junge Menschen und historisch wenig Interessierte vorstellen, welche Konsequenzen unterbrochene Lieferketten haben. Schon ab Ende 1944 begann auch die wirtschaftliche Agonie in Südwestdeutschland und nach der Kapitulation kam das wirtschaftliche Leben weitgehend zum Erliegen. Die sinnlosen Sprengungen zahlloser Brücken durch deutsche Truppen bei ihrem Rückzug hatten ganz wesentlich dazu beigetragen. Die Wirtschaft hatte vor allem unter dieser Zerstörung der Verkehrsinfrastruktur, der Auflösung der gewachsenen Lieferketten auch durch die neuen Zonengrenzen, dem Fehlen von Arbeitskräften (vor allem in der Landwirtschaft) und Rohstoffen sowie den Requisitionen und Entnahmen (besonders in der französischen Zone) zu leiden. So berichtete der Reutlinger Landrat und Oberbürgermeister Oskar Kalbfell am 3. November 1945 bei der Landrätetagung in Tübingen, dass nur ein Sechstel des gewöhnlichen Steueraufkommens vorhanden sei. „Das neue Steueraufkommen reiche nicht einmal für die Gehälter aus. Nur 15–20 % der Industrie arbeite, vielfach ohne Verdienst, nur als Lohnverarbeitung für ausländische Firmen.“<sup>15</sup> Bis 1945 hatten mehrere Millionen Zwangsarbeiter Industrie und Landwirtschaft in Deutschland aufrechterhalten. Diese fielen nun als Arbeitskräfte weg, mussten aber gleichzeitig untergebracht und versorgt werden, wie auch die französischen Truppen.

Dazu kamen die zahllosen Evakuierten sowohl aus den zerstörten südwestdeutschen Städten als auch aus anderen Gebieten des Reiches. Im amerikanisch besetzten Teil trafen dann ab Herbst 1945 noch Hunderttausende von

---

<sup>14</sup> Zitiert nach Klaus-Dietmar Henke: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Claus Scharf; Hans-Jürgen Schröder (Hrsg): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983, S. 70.

<sup>15</sup> Protokoll der 1. Landrätetagung der französischen Zone Württembergs am 3. November 1945 in Tübingen und der 2. Landrätetagung der französischen Zone Württembergs am 1. Dezember 1945 in Wangen i. A., Reutlingen 1945–1946, S. 7.



Vertriebenen vor allem aus den Sudetengebieten und aus Ungarn ein. Die Franzosen hatten die Aufnahme von Heimatvertriebenen in ihrer Zone abgelehnt. Allerdings war dies den deutschen Stellen noch Ende 1945 nicht bekannt. Auf der 2. Landrätetagung der französischen Zone Württembergs am 1. Dezember 1945 vermutete Theodor Eschenburg, der Beauftragte für das Flüchtlingswesen, „daß es sich um 100.000, vielleicht aber auch nur um 75.000 für die südwürttembergische Zone handle“.<sup>16</sup>

Daneben beschäftigte die Menschen die Sorge um die Millionen Kriegsgefangenen. Während nach dem Ersten Weltkrieg die meisten deutschen Soldaten schon wenige Wochen nach dem Waffenstillstand nach Hause gekommen waren, saßen sie nun alle in alliierten Kriegsgefangenenlagern. Da es vor allem mit den in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Soldaten zunächst keine Kontakte gab, herrschten große Sorgen und Ängste. Dazu kam in der französischen Zone ein weiteres Problem. Soldaten, die aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden waren und in ihre Heimatorte in der französischen Zone zurückkehrten, wurden von dort nach Frankreich zur Zwangsarbeit deportiert – trotz amerikanischer Proteste.

Ein weiteres, ganz zentrales Problem war die Nahrungsmittelversorgung. Auch wenn sich während des Krieges die Versorgung auch in Deutschland verschlechtert hatte, kam es doch zu keinen vergleichbaren Hungerkrisen wie im Ersten Weltkrieg. Dies lag in erster Linie daran, dass die Deutschen die besetzten Gebiete zugunsten der eigenen Bevölkerung ausplünderten. Die deutsche Ernährungssituation entsprach nach der Kapitulation dann im Großen und Ganzen der europäischen „Normalsituation“. Die französische Zone hatte einerseits größere Probleme wegen der Versorgung der Besatzungstruppen, war aber überwiegend agrarisch strukturiert. Die Versorgung war deshalb vor allem im ländlichen Raum besser, als die offiziellen Hungerrationen vermuten lassen. Die Bewirtschaftungsregeln und Lebensmittelmarken der Kriegszeit blieben erhalten und wurden praktisch unverändert weitergeführt. Ebenso blühte der Schwarzmarkt weiter, der erst mit der Währungsreform am 20. Juni 1948 sein abruptes Ende fand.

Hinzu kamen als große Belastungen die kriegsbedingten Wohnraumzerstörungen, die allerdings im Südwesten zwischen Nord und Süd, aber auch zwischen den einzelnen Landkreisen erheblich schwankten. So wurden allein in Pforzheim fast doppelt so viele Wohnungen zerstört wie im gesamten Land Württemberg-Hohenzollern. Größere Schäden hatten in dieser Reihenfolge nur Friedrichshafen, Reutlingen und Freudenstadt aufzuweisen. Die geringsten Schäden im gesamten Südwesten hatte der Landkreis Sigmaringen mit gerade einmal fünf zerstörten Wohnungen aufzuweisen. Aber auch in den Kreisen Saulgau (16), Ravensburg (16), Wangen (25) und Ehingen (35 zer-

---

<sup>16</sup> Ebd., S. 16.

störte Wohnungen) hielten sich die Schäden in Grenzen. Da auch keine Heimatvertriebenen wie in den nördlichen Landesteilen untergebracht werden mussten, kam es nur in Friedrichshafen, Freudenstadt und Reutlingen zu größeren Problemen.<sup>17</sup> Auch die Zahl der zivilen Kriegesopfer fiel deshalb im südlichen Landesteil deutlich geringer aus als in den anderen Landesteilen.

Ein selten beachtetes Problem waren die Schul- und Universitätsschließungen, die sich je nach Ort zwischen sechs Monaten und mehr als einem Jahr hinzogen. Vor allem in den zerstörten Städten endete der Unterricht für viele mit den großen Bombenangriffen ab Herbst 1944. Die Universitäten in Heidelberg und Tübingen blieben weitgehend unzerstört, während die Universität Freiburg und die Technischen Hochschulen in Karlsruhe und Stuttgart schwere Schäden aufzuweisen hatten.

Nach dem Einmarsch der Alliierten fehlte es aber nicht nur an geeigneten Räumlichkeiten, sondern vor allem auch an unbelasteten Lehrern und Schulbüchern, die frei von nationalsozialistischem Gedankengut waren. Auch an den Universitäten hatte es viel Opportunismus, Anpassung und nationalsozialistische Überzeugung gegeben. Viele Schulen begannen den Unterricht wieder ab dem September/Oktober 1945, wobei häufig Schichtbetrieb notwendig war und Schulbücher für längere Zeit nicht oder nicht in ausreichender Menge zur Verfügung standen. Die Gymnasien folgten teilweise noch später, da z.B. in Wertheim nach der politischen Säuberung kein einziger verwendbarer Lehrer übrig geblieben war.<sup>18</sup>

Auch die Universitäten begannen im Wintersemester 1945/46 wieder mit einem regulären, wenn auch eingeschränkten Lehrbetrieb. Dies war auch deshalb so wichtig, weil man den aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen jungen Männern eine berufliche Perspektive bieten wollte, nachdem sie schon Jahre wegen ihres Kriegseinsatzes verloren hatten. Außerdem stellten junge Männer ohne berufliche Aussichten einen großen Unruheherd in einer ohnehin aufgewühlten und desorientierten Gesellschaft dar, die deshalb nach Ansicht der westlichen Alliierten von der Straße geholt werden mussten. Diesen praktischen Überlegungen wurde dann auch eine strenge Säuberung der Universitäten nachgeordnet.

Am 24. September wurde in Stuttgart von den Amerikanern eine neue Regierung für Nordwürttemberg und Nordbaden unter Ministerpräsident Reinhold Maier eingesetzt. Die Franzosen folgten am 16. Oktober mit der Einrichtung eines Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Würt-

---

<sup>17</sup> Historischer Atlas von Baden-Württemberg, hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Karte VII,11 (Kriegsschäden in Baden-Württemberg 1939–1945), bearb. von Heinz Bardua, Stuttgart 1975.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Kurt Ludwig Joos: Schwieriger Aufbau. Gymnasium und Schulorganisation des deutschen Südwestens in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg (VKGL Reihe A, Bd. 55), Stuttgart 2012.

tembergs und Hohenzollerns mit Carlo Schmid an der Spitze. Allerdings blieben die Vorgänge in Stuttgart und Tübingen im Land draußen zunächst weitgehend unbekannt. In seinem Lagebericht für die Zeit vom 12. bis 18. Oktober 1945 berichtete der Bürgermeister von Wangen im Allgäu, dass das Volk keine Möglichkeit habe, sich über die allgemeine Politik zu orientieren. Eine Presse gebe es nicht, und die Nachrichten im Radio seien oft widersprüchlich. „Selbst eine Übersicht über die Lage in unserem engeren Vaterland Württemberg ist unmöglich, denn es bestehen auch hier keine zuverlässigen Nachrichten. Die sogenannte württembergische Regierung ist für das Volk so gut wie noch nicht in Erscheinung getreten. Selbst im Kreis Wangen sind die Verbindungen sehr lose, so daß eine gegenseitige Aussprache kaum möglich ist.“<sup>19</sup>

Das politische Leben kam nur sehr langsam in Gang. Antifaschistische Ausschüsse, die unmittelbar nach Kriegsende aktiv wurden und zumeist schon davor in einem mehr oder minder losen Zusammenhang gestanden hatten, gab es im Südwesten offensichtlich nicht sehr viele. Hinweise und Unterlagen finden sich u. a. für Konstanz, Lörrach, Ludwigsburg („Antinazikomitee“), Mannheim („Antifaschistische Liga“), Radolfzell („Antinazi-Bewegung“), Rastatt („Antifa“), Singen („Anti-Nazi-Bewegung“), Stuttgart, Tuttlingen („Freies Deutschland“), Überlingen („Antinazi-Komitee“) und Villingen.<sup>20</sup>

In einigen Städten waren Teile der Stadtverwaltung entgegen anderslautender Befehle im Ort geblieben und hatten die Übergabe und die Weiterarbeit nach dem Einmarsch organisiert. Das prominenteste Beispiel war sicherlich der Stuttgarter Oberbürgermeister Karl Strölin, der nicht nur persönlich seine Stadt den französischen Truppen übergeben hatte, sondern auch noch seinen Nachfolger benennen konnte, nämlich den Rechtsanwalt Arnulf Klett, der im Juli 1945 von den Amerikanern bestätigt und später auch von der Bevölkerung gewählt wurde. Er blieb bis zu seinem Tod 1974 im Amt.<sup>21</sup>

In Reutlingen hatte sich gegen Kriegsende eine Gruppe von Regimegegnern mit einigen städtischen Beamten, zu denen auch der stellvertretende Oberbürgermeister gehörte, zusammengeschlossen, um eine Zerstörung der Stadt durch die Partei zu verhindern. Der frühere sozialdemokratische Gemeinderat Oskar Kalbfell führte die Franzosen in die Stadt, wo der stellvertretende Oberbürgermeister die Stadt formell übergab. Kalbfell wurde neuer Oberbürgermeister und Landrat, während der Stellvertreter sein Amt weiter ausübte.<sup>22</sup>

---

<sup>19</sup> StadtA Wangen, Bü 64.

<sup>20</sup> Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, hrsg. von Lutz Niethammer; Ulrich Borsdorf; Peter Brandt, Wuppertal 1976, Karte.

<sup>21</sup> Vgl. dazu Roland Müller: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988.

<sup>22</sup> Vgl. dazu Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. Katalog und Ausstellung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, hrsg. von Heimatmuseum und Stadtarchiv Reutlingen, Reutlingen 1995.

In Schwenningen blieb Oberbürgermeister Otto Gönnerwein sogar bis zu seiner Abwahl 1948 im Amt, das er seit 1930 ununterbrochen innegehabt hatte – eine auch für württembergische Städte einmalige Karriere. Allerdings gab es in einigen kleineren Gemeinden noch Bürgermeister, die teilweise schon vor dem sogenannten Dritten Reich in ihr Amt gewählt worden waren. Selbst die Amerikaner beließen trotz ihrer anfangs rigiden Entnazifizierungspolitik noch einzelne alte Bürgermeister im Amt. Für die Franzosen gehörte die Entnazifizierung ohnehin nicht zu den wichtigsten Besatzungszielen. Bereits auf der 1. Landrätetagung der französischen Zone Württembergs hatte Carlo Schmid den versammelten Landräten versichert, „daß die französische Regierung nicht die Tendenz verfolge, den Verwaltungsapparat lahmzulegen.“ Sie habe den Willen, den Verwaltungsapparat dankenswerterweise intakt zu lassen.<sup>23</sup>

Die Amerikaner hatten bereits im Sommer 1945 weitgehend schematische Entlassungen vor allem in der Verwaltung vorgenommen, die dadurch in ihrer Leistungsfähigkeit stark eingeschränkt wurde. Schließlich wurde im Frühjahr 1946 ein justizförmiges Spruchkammerverfahren eingeführt. In Württemberg-Hohenzollern war die politische Säuberung weniger schematisch. In Reutlingen hatte die neue Verwaltung unter Oberbürgermeister Kalbfell bereits am 21. April 1945 von sich aus mit den ersten Entlassungen begonnen. „Wir haben durchaus unterschieden zwischen Pg. [Parteigenosse, Mitglied der NSDAP, Anm. d. Verf.] und Nazi. Und ich bin dankbar, dass ich damit volles Verständnis bei der Militärregierung gefunden habe.“<sup>24</sup>

Im Frühjahr 1946 wurde ein „Staatskommissariat für die politische Säuberung“ unter Leitung des stellvertretenden Oberbürgermeisters von Reutlingen, Otto Künzel, eingerichtet, das in der Folgezeit über die Entnazifizierungsmaßnahmen entschied. Mitte 1948 wurde dann das durchaus erfolgreiche, eigene Modell der Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern durch das amerikanische Spruchkammerverfahren ersetzt. Im Ergebnis führte dies dann auch im Süden des Landes zu der allgemein verbreiteten „Mitläuferfabrik“, d.h. fast alle Betroffene endeten spätestens in den Revisionsverfahren als Mitläufer mit geringen Strafen.<sup>25</sup>

Das demokratische Leben kam nur langsam in Gang. Die westlichen Besatzungsmächte hatten daran zunächst kein großes Interesse. Die Vorreiter machten interessanterweise die Sowjets, die zu diesem Zeitpunkt Berlin allein besetzt hatten und mit den Parteigründungen auch ein gesamtdeutsches Ziel verfolgten. Bereits am 10. Juni 1945 genehmigte deshalb die Sowjetische

<sup>23</sup> Protokoll (wie Anm. 15), S. 11.

<sup>24</sup> Protokoll der 3. Landrätetagung der französischen Zone Württembergs am 3. 1. 1946 im Rathaus Reutlingen, S. 12.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Klaus-Dietmar Henke: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981.

Militäradministration die Bildung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone. Einen Tag später erschien der Gründungsauftrag des Zentralkomitees der KPD und deren formelle Zulassung durch die Militäradministration. Die SPD folgte wenige Tage später am 17. Juni und die CDU schließlich am 26. Juni. Den Abschluss bildete die Zulassung der Liberal-Demokratischen Partei am 5. Juli. Die Berliner Parteigründer verstanden sich, und dies lag durchaus im Interesse der Sowjets, als „Reichsleitungen“ der jeweiligen Parteien. Dieser Anspruch ließ sich jedoch nur in der KPD durchsetzen.

Durch die mit den übrigen Alliierten nicht abgestimmte Parteizulassung kamen vor allem die Amerikaner in Zugzwang. Ihrem Demokratieverständnis entsprechend genehmigten sie im Unterschied zu den übrigen drei Alliierten die Parteien zunächst auf Gemeinde- und Kreisebene am 13. bzw. 27. August. Die Briten folgten am 15. September. Erst am 23. November erlaubten die Amerikaner Parteien auf Zonenebene. Der entsprechende französische Erlass stammte vom 29. November, wurde aber erst am 12. Dezember veröffentlicht. Die offiziellen Zulassungsverfügungen für CDU, SPD und KPD im französisch besetzten Württemberg-Hohenzollern unterzeichnete Militärgouverneur Widmer aber erst am 18. März 1946. Da die Franzosen ein Dreiparteiensystem bevorzugten, lehnten sie die Gründung einer liberalen Partei zunächst ab. Erst am 19. Juli 1946 erhielt die Demokratische Volkspartei schließlich ihre Genehmigung. Bis zum Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht 1956 und dem Auftreten der Grünen ab den achtziger Jahren war damit das Parteiensystem der späteren Bundesrepublik festgelegt.

Zur politischen Willensbildung sind unabhängige Medien von zentraler Bedeutung. Umgekehrt spielte der Goebbels'sche Propagandaapparat für die NS-Politik bis unmittelbar vor Kriegsende eine nicht zu überschätzende Rolle. Hier gab es zumindest in der amerikanischen Zone eine wirkliche Stunde Null. Die Herausgabe einer Zeitung war nämlich nur mit einer Lizenz der Amerikaner möglich. Die Lizenzen wurden meist an mehrere, unterschiedlichen Parteien zugerechnete Männer vergeben. Die erste Lizenz erhielt am 5. September 1945 die Rhein-Neckar-Zeitung in Heidelberg. Lizenzträger waren Theodor Heuss (DVP), Hermann Knorr (SPD) und Rudolf Agricola (KPD). Damit sollte auch erreicht werden, dass die Zeitungen nicht eine bestimmte Parteilinie verfolgten. Tageszeitungen einzelner Parteien, wie es sie vor 1933 in größerer Zahl gegeben hatte, lehnten die Amerikaner ab. Insgesamt lizenzierten sie in Württemberg-Baden 16 Tageszeitungen. Die sogenannten Altverleger, d. h. die Verleger der Zeitungen aus der Zeit vor 1933 bzw. 1945, erhielten alle keine Lizenz. Die Franzosen verfolgten dagegen weder das Ziel der Ausschaltung der Parteipresse noch den konsequenten Ausschluss der Altverleger. Insgesamt erschienen im Land Baden (dem französisch besetzten Teil Badens) neun Zeitungen und in Württemberg-Hohenzollern sechs Zeitungen jeweils mit mehreren Dutzend Lokalausgaben.

Von freier Presse in unserem heutigen Sinne konnte natürlich nicht die Rede sein. So war z. B. neben dem Verbot der Verbreitung nationalsozialistischer, völkischer und militaristischer Ideologien auch „jede Kritik an der Militärregierung und ihren Beamten sowie der Versuch, ‚Uneinigkeit zwischen den Besatzungsmächten‘ herzustellen“, untersagt. Kritik an den Maßnahmen deutscher Stellen war natürlich erlaubt. Zensur wurde von den Besatzungsmächten ganz selbstverständlich praktiziert. Ein weiteres Hindernis für eine wirklich freie Presse hatte mit der allgemeinen Notlage zu tun. Die zugeteilten Papiermengen reichten nur für wenige Seiten pro Ausgabe und das auch nur alle zwei bis drei Tage. Dies besserte sich in den darauffolgenden Jahren zusehends und auch die Altverleger durften ab 1949 wieder selbst Zeitungen herausgeben. Trotzdem konnten sich die 1945/46 gegründeten Lizenzzeitungen behaupten und dominieren bis heute den südwestdeutschen Tageszeitungsmarkt.<sup>26</sup>

Der Rundfunk spiegelte nach 1945 die neuen politischen Gegebenheiten wider. Bereits im Juni 1945 nahm der ehemalige Reichssender in Stuttgart unter amerikanischer Leitung wieder sein Programm auf, das in Nordbaden und Nordwürttemberg zu hören war. Die Franzosen benötigten eine etwas längere Zeit. Sie gingen im Frühjahr 1946 von Baden-Baden aus auf Sendung. Hier dominierte bis in die frühe Bundesrepublik hinein der französische Einfluss. Das Sendegebiet umfasste die gesamte Besatzungszone, also Baden, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern. Erst zum 1. Oktober 1998 wurden die beiden Sender zum Südwestrundfunk zusammengeschlossen.<sup>27</sup>

Ein entscheidendes Kriterium für demokratische Verhältnisse sind freie Wahlen. Nachdem die Amerikaner bei der Zulassung der Parteien zunächst gezögert hatten, machten sie bei den Wahlen den ersten Schritt. Vor allem der stellvertretende Militärgouverneur Lucius D. Clay engagierte sich dafür: „Ich war der Auffassung“, schrieb er in seinen Erinnerungen, „daß es am zweckmäßigsten sei, eine politische Verwaltung von unten nach oben und nicht von der Spitze abwärts zu bilden; man mußte also nach und nach, von der Ebene der Gemeinden bis zu jener der Länder, Wahlen abhalten.“<sup>28</sup>

Als er allerdings die Wahltermine auf Januar bis Mai 1946 festlegte, regte sich massiver Widerstand sowohl in der eigenen Militärverwaltung als auch bei den deutschen Ministerpräsidenten. Man hatte die Sorge, dass die katastro-

<sup>26</sup> Vgl. dazu Uwe Mönninghoff: Neuanfang und Wiederkehr. Die Tagespresse in Baden und Württemberg nach 1945, in: Von der Preßfreiheit zur Pressefreiheit. Südwestdeutsche Zeitungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, hrsg. von der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger und dem Verband der Druckindustrie in Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 173–199.

<sup>27</sup> Vgl. dazu Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945, Erster Teil: 1945–1962, München 1980.

<sup>28</sup> Lucius D. Clay: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt o. J. [1950], S. 106.

phale Versorgungslage sowie die trost- und perspektivlose Situation zu einer Radikalisierung oder einer demonstrativen Wahlenthaltung führen könnte. Amerikanische Offiziere warnten vor dem „Verbrannte-Finger-Komplex“, der einerseits von früheren Ausflügen der Wählerinnen und vor allem Wähler in die Politik herrührte und andererseits von der bekannten Einflusslosigkeit der deutschen Parteien und Politiker auf die wahren Probleme der Zeit, wie die Entnazifizierung oder die politische und wirtschaftliche Zukunft des Landes.<sup>29</sup>

Ganz frei waren die Wahlen allerdings verständlicherweise zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Eine amerikanische Direktive vom 23. November 1945 regelte die Wahlbestimmungen weitgehend. So blieben NSDAP-Mitglieder, die vor 1937 in die Partei eingetreten waren, ebenso vom Wahlrecht ausgeschlossen wie alle sogenannten aktiven Parteigenossen. Ihre Zahl schwankte erheblich, lag aber durchschnittlich bei etwas über 5%.<sup>30</sup> Die Gemeinderäte und die von diesen zu wählenden Bürgermeister hatten zudem nur eine Amtszeit von maximal zwei Jahren. Außerdem konnte die Militärregierung gegen jeden Kandidaten ihr Veto einlegen. Wichtig war auch noch, dass die Wähler mindestens ein Jahr in der Gemeinde leben mussten, d. h., die seit Oktober 1945 in die Dörfer und Städte strömenden Vertriebenen waren noch nicht wahlberechtigt. Zugelassen waren nicht nur die vier anerkannten Parteien, sondern auch andere Gruppen.<sup>31</sup>

Das Ergebnis vom 27. Januar 1946 übertraf die kühnsten Erwartungen.<sup>32</sup> Die Wahlbeteiligung lag in Nordbaden bei fast 90% und in Nordwürttemberg noch bei immerhin 84% – ein Wert, der seither nie wieder auch nur annähernd erreicht worden ist. Während in Nordbaden die Parteilisten und die CDU dominierten, sah es in Nordwürttemberg anders aus. Dort schnitten die Sonstigen, also die parteiunabhängigen Listen, am besten ab, entsprechend der württembergischen Kommunalwahltradition aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus. Sie erhielten deutlich über 40% der Stimmen und über 70% der Gemeinderatssitze. Stärkste Partei wurde auch hier die CDU mit 23,8%, gefolgt von der SPD mit 19,8%, der DVP mit 9,6% und der KPD mit 4,2%. In einer öffentlichen Stellungnahme zu den Wahlen meinte der amerikanische Militärgouverneur in Stuttgart, William Dawson, „daß das Volk die Bedeu-

---

<sup>29</sup> Earl F. Ziemke: *The U.S. Army in the Occupation of Germany 1944–1946*, Washington 1975, S. 427.

<sup>30</sup> *Wie wählte Württemberg-Baden? Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1946*, hrsg. von den Statistischen Landesämtern in Stuttgart und Karlsruhe, Karlsruhe 1947, S. 8.

<sup>31</sup> Conrad F. Latour; Thilo Vogelsang: *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947*, Stuttgart 1973, S. 110.

<sup>32</sup> *Wie wählte Württemberg-Baden?* (wie Anm. 30), S. 23–61.

tung der Wahlen verstanden hat und nun die Bereitwilligkeit zeigt, die Verpflichtung auf sich zu nehmen, die ihm eine Demokratie auferlegt.“<sup>33</sup>

Für den CDU-Erfolg gab es aus Sicht der Amerikaner drei Gründe:

1. die Ablehnung von Extremismus, Radikalismus und einer linksorientierten Politik in jeder Form,
2. die Bejahung des Christentums im öffentlichen und privaten Leben und
3. der Versuch, sich hinter dem Mantel der Kirche zu verstecken und dort Schutz zu suchen.<sup>34</sup>

Ganz ähnlich hatte etwas verbittert der spätere SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher bereits am 21. Januar 1946, also kurz vor den Wahlen, in einem Schreiben an den Stuttgarter Parteisekretär Max Denker argumentiert: „Demokratie und Sozialismus sind die Forderungen der Stunde, aber Bürokratie und Bürgertum regieren die Stunde.“<sup>35</sup> Schumacher war vor 1933 langjähriger Landtagsabgeordneter in Stuttgart gewesen und hatte das Land auch im Reichstag vertreten.

Bei den Gemeinderats- und Stadtratswahlen in den größeren Städten und Stadtkreisen, die zusammen mit den Kreistagswahlen am 28. April sowie am 26. Mai 1946 stattfanden, ergab sich naturgemäß ein anderes Bild. In diesen Kommunen hatten die Parteien auch schon vor 1933 die ausschlaggebende Rolle gespielt und die Entwicklung der Parteiorganisationen hatte nach 1945 von hier ihren Ausgang genommen und war deshalb relativ weit gediehen. Hier lieferten sich CDU und SPD ein Kopf-an-Kopf-Rennen. In Karlsruhe, Heidelberg, Ulm, Esslingen, Göppingen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd wurde die CDU zur stärksten Partei, in Stuttgart, Mannheim, Heilbronn, Pforzheim und Ludwigsburg hatte die SPD die Nase vorn.<sup>36</sup>

Am 15. September 1946 fanden auch in der französisch besetzten Zone Gemeinderatswahlen statt. Gleichzeitig wurden die Bürgermeister direkt vom Volk gewählt. In den südlichen Landesteilen dominierte die CDU noch stärker als im Norden, während es bei den freien Listen vergleichbare Ergebnisse gab. In Württemberg-Hohenzollern zogen über 60 % der Gemeinderäte auf parteiungebundenen Listen in die Kommunalparlamente ein. Stärkste Partei wurde die CDU, die etwa ein Drittel der Stimmen erhielt, gefolgt von der SPD mit knapp 20 %, der DVP mit etwas über 10 % und der KPD mit etwa 6 %.<sup>37</sup>

Die Wahlbeteiligung war erfreulich hoch. Dies wertete das Schwäbische Tagblatt in Tübingen als Bekenntnis zur Demokratie. „Es ging auch ohne

<sup>33</sup> Stuttgarter Zeitung Nr. 10 vom 2. Februar 1946, S. 1.

<sup>34</sup> HStA Stuttgart, OMGWB RG 260, 5/47–3/3. Weekly Military Government Report vom 3.2.1946.

<sup>35</sup> Archiv der Sozialen Demokratie, Bestand Schumacher J 25.

<sup>36</sup> Wie wählte Württemberg-Baden? (wie Anm. 30), S. 11.

<sup>37</sup> Schwäbisches Tagblatt Nr. 75 vom 20. September 1946, S. 1.



Trommeln und Fanfaren. Der Gerüchte sind ja genug umgelaufen, die meinen, der Wähler werde demonstrativ zu Hause bleiben. Demonstrieren? Gegen wen eigentlich? Die Urheber dieser Ohrenbläse sind nun eindeutig als trübe Außenseiter festgelegt. Es sind die Ewiggestrigen, die sich nach den fetten Fleischtopfen des Dritten Reiches zurücksehnen.“<sup>38</sup>

1946 hatten in Württemberg-Baden noch Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung sowie zum Landtag und in Baden und Württemberg-Hohenzollern noch Kreisversammlungswahlen stattgefunden, bei denen nur die vier zugelassenen Parteien kandidieren durften. Bei den Parlamentswahlen im Norden waren die Stärkeverhältnisse der Parteien und ihre Rangfolge aus den Gemeindevahlen bestätigt worden. Im Süden dominierte die CDU mit weit über 60 %, die SPD folgte mit knapp über 20 %, während sich die DVP mit etwas über 10 % und die KPD mit etwa 7 % begnügen mussten.<sup>39</sup>

In Württemberg-Hohenzollern hatten die Statistiker des Landesamtes in Tübingen im Auftrag der Franzosen die Kreisversammlungswahlen 1946 mit den letzten württembergischen Landtagswahlen von 1928 und 1932 zu vergleichen. Dabei kamen sie zu einem interessanten Ergebnis: „Alles in allem verteilt sich, abgesehen von dem mäßigen Stimmenanteil der Harzburger Front im Jahre 1928, die heutige Wählerschaft genau so auf die großen Parteien bzw. Parteigruppen wie vor 18 Jahren.“<sup>40</sup>

Der erhoffte bzw. befürchtete Linksrutsch war also weitgehend ausgeblieben, auch wenn sich SPD und KPD gegenüber 1928 um über 7 % verbessern konnten. Dazu muss allerdings angemerkt werden, dass die Frauen, wegen der umgekommenen oder in Gefangenschaft befindlichen Männer, einen weit überproportional hohen Anteil unter den Wählern aufwiesen. So kamen 1946 auf 1000 Männer 1361 Frauen. Sieben Jahre zuvor war das Verhältnis noch 1000 zu 1062 gewesen.<sup>41</sup> Es gibt einige Indizien, z. B. aufgrund von Sonderauszählungen wie in Heilbronn<sup>42</sup>, dass die Frauen auch nach 1945, wie schon vor 1933, die Linksparteien SPD und vor allem KPD stark unterdurchschnittlich wählten. Vermutlich glich also der hohe Frauenanteil die gestiegenen Sympathien für die Linksparteien insgesamt aus.

Über die Bürgermeister in Württemberg-Baden, die 1946 von den Gemeinderäten gewählt wurden, gibt es keine genauen Angaben, während wir aus Württemberg-Hohenzollern einen guten Überblick haben. Danach wurden im Sommer 1945 rund drei Viertel der früheren Bürgermeister suspendiert und später vom sogenannten Säuberungskommissar entlassen. Im Herbst

---

<sup>38</sup> Schwäbisches Tagblatt Nr. 74 vom 17. September 1946, S. 1.

<sup>39</sup> Württemberg-Hohenzollern in Zahlen. Zeitschrift für Statistik und Landeskunde, Nr. 5/6, 1946, S. 11.

<sup>40</sup> Ebd., S. 10.

<sup>41</sup> Württemberg-Hohenzollern in Zahlen (wie Anm. 39), Nr. 2, 1946, S. 18–19.

<sup>42</sup> Thomas Schnabel: Kommunalpolitik in einer zerstörten Stadt. Parteien und Wahlen in Heilbronn a. N. von 1945–1948, Magister-Arbeit Freiburg 1977, S. 65.

1946 traten rund 70 % der 1945 neu eingesetzten Bürgermeister zur Wahl an, von denen fast 90 % gewählt wurden. „Von den nunmehr amtierenden Bürgermeistern“, schrieb das Statistische Landesamt in Tübingen, „sind noch 84 solche der Jahre 1944 und früher; 453 sind nach der Besetzung im Sommer 1945 eingesetzt, jetzt wiedergewählt und erneut bestätigt; fast 3/5 der Bürgermeister verblieben also im Amt. 384 Bürgermeister (= 41,7 v. H.) wurden erstmals gewählt. Damit dürfte auch für die Gemeindeverwaltung eine Zeit stetiger Verwaltungsführung nach demokratischen Grundsätzen angebrochen sein.“<sup>43</sup>

Auf diese Weise waren Ende 1946 auf kommunaler Ebene die entscheidenden demokratischen Strukturen bereits erfolgreich wiederbelebt. Dabei konnte man in Württemberg auf die bis 1933 weitgehend erfolgreich gelebte kommunale Demokratie zurückgreifen und daran auch personell anschließen. So berichtete der erste Ministerpräsident von Württemberg-Baden und später von Baden-Württemberg, Reinhold Maier, in seinen Erinnerungen von der ersten Landrätetagung am 20. Juni 1945 in Murrhardt: „Die Diskussion stand auf einem beachtlichen Niveau an Sachkenntnis. Besonders interessant war, wie selbstverständlich die Versammlung die demokratischen Spielregeln handhabte. Wie wenn die zwölf Jahre Diktatur nie gewesen wären. Die Männer erinnerten sich an ihre Tätigkeit in ihren Gemeinderäten, in ihren Verbandsversammlungen, im Landtag und sprachen frisch von der Leber weg. Sie waren nach der langen Unterbrechung mit Leib und Seele dabei.“<sup>44</sup>

Allerdings darf dies und die hohe Wahlbeteiligung bei den ersten Gemeinderatswahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Interesse an Politik in der Nachkriegszeit nur sehr kleine Teile der Bevölkerung umfasste. So veröffentlichte die Stuttgarter Zeitung Ende September 1946 den Kommentar eines „Heimgekehrten“, der darauf hinwies, dass der Begriff der Demokratie so unbeliebt wie schon immer sei. Bei einem Eintreten für die Demokratie ernte man nur Hohn und Spott. In den Gefangenenlagern herrschten naturgemäß eine noch größere Verbitterung bzw. Resignation und Nihilismus. „Die Begleiterscheinung einer solchen Haltung ist dann regelmäßig der Vorsatz, nachdem man nun so oft enttäuscht und betrogen worden sei, von nun an aber ganz gewiß, ganz ausschließlich, ganz bedenkenlos für sich selbst zu sorgen.“<sup>45</sup>

Angesichts der eigenen, riesigen Probleme verdrängten die meisten Menschen die Ursachen und die Schuldigen der miserablen Situation. Theodor Heuss hatte bereits am 9. Mai 1946, zum ersten Jahrestag der deutschen Kapitulation, in einem Leitartikel der Rhein-Neckar-Zeitung davor gewarnt, die Konsequenzen des verlorenen Krieges zu vergessen: „So hätten sie sich die Demokratie nicht vorgestellt, sagen viele, und sie verwechseln immer noch,

<sup>43</sup> Württemberg-Hohenzollern in Zahlen (wie Anm. 39), Nr. 5/6, 1946, S. 7.

<sup>44</sup> Reinhold Maier: Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945–1947, Tübingen 1964, S. 97.

<sup>45</sup> Stuttgarter Zeitung Nr. 88 vom 21. September 1946, S. 1.

manche ganz gern, daß wir nicht im Zustand einer freien Demokratie leben, sondern auf ‚Gnade und Ungnade‘ Ausgelieferte sind. Das Schimpfen auf diesen oder jenen geglaubten oder tatsächlichen Fehlgriff der Besatzungsmächte mag wohl menschlich begreiflich sein, und die freie Argumentation über Sinn und Wirkung dieser oder jener Maßnahme ist Pflicht und Gebot. Aber das erlaubt nicht, von den Ursachen des Elends wegzusehen.“<sup>46</sup>

Am 6. September 1946 hielt der amerikanische Außenminister James F. Byrnes im Großen Haus in Stuttgart seine berühmte Rede der Hoffnung. Darin erklärte er u. a., dass sich die Amerikaner im Unterschied zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg dieses Mal nicht einseitig aus Deutschland zurückziehen würden. „Solange die Anwesenheit von Besatzungskräften in Deutschland notwendig ist, wird die Armee der Vereinigten Staaten einen Teil dieser Besatzungsmacht bilden.“<sup>47</sup> Er gab damit den Deutschen in den westlichen Besatzungszonen eine Art Sicherheitsgarantie gegen sowjetische Expansionsbestrebungen, was Lucius D. Clay für den wichtigsten Teil der Rede hielt. Gleichzeitig machte er den Deutschen Hoffnung für die Zukunft. „Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt.“<sup>48</sup>

Auch wenn es noch einige schwierige Jahre dauerte, bis sich diese Hoffnung für den westlichen Teil Deutschlands bestätigte, begannen sich, bestärkt durch die wachsenden Ost-West-Spannungen und den beginnenden Kalten Krieg die positiven Signale zu verstärken. Mit der Währungsreform im Juni 1948, der Luftbrücke nach Berlin 1948/49, der Schaffung des Grundgesetzes ebenfalls 1948/49 und der Bildung der Bundesrepublik 1949 verwirklichten die Amerikaner, unterstützt durch die Briten und nach einigem Zögern auch durch die Franzosen, ihre Zusagen von 1946.

Es blieb aber nicht nur bei diesen Signalen. Vor allem Franzosen und Deutschen war klar, dass es ein weiter so nicht geben konnte. Drei Kriege innerhalb von 70 Jahren waren genug. Es mussten neue Wege gesucht und gefunden werden. Die enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit begann, wesentlich ergänzt durch Städtepartnerschaften und eine Unzahl von persönlichen Kontakten. So schlimm die Jahre zwischen 1940 und 1948 für Franzosen und Deutsche waren, so wichtig sind sie möglicherweise für die daran anschließende Versöhnung gewesen.

---

<sup>46</sup> Theodor Heuss: Aufzeichnungen 1945–1947. Aus dem Nachlass herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Eberhard Pikart, Tübingen 1966, S. 212–213.

<sup>47</sup> 50. Jahrestag Rede der Hoffnung. James F. Byrnes, Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, 6. September 1946, hrsg. von Landtag und Landesregierung von Baden-Württemberg sowie von der Landeshauptstadt Stuttgart und dem James-F.-Byrnes-Institut, Stuttgart 1996, S. 17.

<sup>48</sup> Ebd., S. 19.

Ralf Lahr, in den sechziger Jahren Staatssekretär im Auswärtigen Amt in Bonn, berichtete im September 1950 von einem feucht-fröhlichen Treffen zwischen Deutschen und Franzosen in einem Gasthaus in einem kleinen Ort in der Ile-de-France. Die Deutschen, aus einem württembergischen Dorf stammend, waren dort bis 1944 stationiert gewesen, und man hatte bei ihrem Abzug vereinbart, sich nach dem Krieg wiederzutreffen. Sie waren nach mehreren gegenseitigen Besuchen dicke Freunde geworden.

Lahr fragte in diesem Zusammenhang, warum sich Deutsche und Franzosen nach 1945 schon nach wenigen Jahren so anders begegneten als nach 1918. Seine Antwort lautete: „Mit der Besetzung Frankreichs durch die Deutschen und der Besetzung Deutschlands durch die Franzosen, mit Hunderttausenden französischer Kriegsgefangener in Deutschland und deutscher Kriegsgefangener in Frankreich, haben beide Völker „[...] – zum erstenmal in ihrer Geschichte auf breiter Ebene Gelegenheit gehabt, den Nachbarn zu sehen, wie er ist, und nicht, wie ihn die Fama darstellte. Sie haben gesehen, daß er anders ist, als diese es wollte, daß er ein Mensch mit seinen Nöten, seinen Sehnsüchten, seinen Schwächen, ja auch seinen Qualitäten ist wie man selbst.“<sup>49</sup>

So war das schreckliche Ende von 1945 und die französische Besatzung danach auch eine Wende in den deutsch-französischen Beziehungen. Aus den Erbfeinden von einst wurden Partner und Freunde. Auch daran sollten wir bei unserem Gedenken an das Kriegsende und den Neuanfang erinnern – selbst wenn dies 1945 nicht vorstellbar erschien.

---

<sup>49</sup> Rolf Lahr: Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981, S. 161–162.

## „Die Deutschen verteidigen Reutlingen mit Verbissenheit“ – Die Eroberung Reutlingens durch die französische Armee im April 1945

Lukas Weyell

Die Eroberung Reutlingens durch die französische Armee am 21. April 1945 bietet viel Stoff für Legendenbildung und Mythen.<sup>1</sup> Im kollektiven Gedächtnis hat sich hierbei die Legende einer friedlichen Übergabe der Stadt durch den späteren Oberbürgermeister, Oskar Kalbfell, festgesetzt. Dokumente aus den französischen Militärarchiven in Paris erzählen jedoch einen weniger friedlichen Hergang.

Zeitzeugen zufolge soll es ein schöner Frühlingstag gewesen sein. Der 20. April 1945 blieb vielen Reutlingern im Gedächtnis als der Tag, an dem für sie der Zweite Weltkrieg enden sollte.<sup>2</sup> Ironischerweise war es Führers Geburtstag, welcher sich wenige Tage später in einem Bunker in Berlin das Leben nahm. Möglicherweise einer der Gründe, warum sich dieser Tag so sehr im kollektiven Gedächtnis der Stadt verankert hat, als der Tag, an dem der spätere Oberbürgermeister Oskar Kalbfell Reutlingen friedlich an die anrückende französische Armee übergab, welche kurz vor Reutlingen stand und der Legende zufolge den Angriff auf die Stadt plante.

Der offizielle Bericht der Stadtverwaltung zu den Vorkommnissen beschreibt den Hergang folgendermaßen: „Inzwischen war es einem Bürger der Stadt, dem Kaufmann Oskar Kalbfell aus Betzingen gelungen, mit dem Kommandeur der einrückenden Panzertruppe, dem Capitaine de St. Germain, im vordersten Panzer zu sprechen. Oskar Kalbfell versicherte hierbei dem Kommandanten, er bürge mit seinem Leben dafür, dass die Stadt kampfflos übergeben werde, wenn keine weitere Beschießung und vor allem keine Bombardierung mehr erfolge. Er habe in Verbindung mit Gleichgesinnten entsprechende Vorbereitungen getroffen, um die Stadt vor einer weiteren Zerstörung zu bewahren. Der französische Kommandant nahm das Anerbieten positiv auf und befahl Oskar Kalbfell, den französischen Führungspanzer zu besteigen. [...] Der französische Kommandant beauftragte noch am gleichen Abend Oskar Kalbfell mit der kommissarischen Führung der Geschäfte des Ober-

<sup>1</sup> Dazu gehört auch das Datum der Besetzung Reutlingens, das der Reutlinger Verwaltungsbericht (wie Anm. 3) auf den 20. April, das französische Militär auf den 21. April datiert.

<sup>2</sup> StadtA Rt., S 205 Nr. 20, Bericht von Frau W. über den Einmarsch in Reutlingen.

bürgermeisters.“<sup>3</sup> Im Folgenden werden keine weiteren Kampfhandlungen mehr erwähnt.

Nach eigenen Angaben hatte Oskar Kalbfell zuvor ein Netz von Widerstandskämpfern innerhalb der Stadt aufgebaut und sich gegen Kriegsende das Kommando über den Volkssturm unter einem Vorwand übertragen lassen sowie die Führer der Hitlerjugend kontaktiert, um die Verteidigung der Stadt sowie mögliche Attentate und Widerstandsaktionen zu unterbinden.<sup>4</sup> Die friedliche Übergabe der Stadt sei eben auch deshalb möglich gewesen, da er die Autorität über die verbliebenen NS-Strukturen hatte und daher eine sichere Einfahrt der französischen Panzer gewährleisten konnte.

Andere Berichte gehen noch weiter und erzählen von einem drohenden Angriff von 200 Bombern, den Kalbfell hatte verhindern können: „Abends gelang es Oberbürgermeister Kalbfell, sich dem französischen Führungspanzer zu nähern. Die von ihm angebotene und abends halb 8 Uhr in Reutlingen nach langem, durch Beschießung gehinderten Panzermarsch erfolgte Übergabe kam der, wohl vernichtenden, Beschießung Reutlingens durch 200 für abends 8 Uhr angeforderte, schwere Bombenflugzeuge zuvor.“<sup>5</sup>

Diese Schilderungen sind Teil einer offiziellen Darstellung über die scheinbar friedliche Übergabe Reutlingens durch „eine[n] Bürger der Stadt, dem Kaufmann Oskar Kalbfell“,<sup>6</sup> welcher auch maßgebliche Grundlage für die über 30 Jahre währende Amtszeit Oskar Kalbfells als Oberbürgermeister war.<sup>7</sup> Ebenso wie seine Vergangenheit als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime machte ihn dieser Mythos für seine Kritiker „unantastbar“, wie sein

<sup>3</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Reutlingen 1945–1965, hrsg. von der Stadt Reutlingen, Reutlingen o.J. Zitiert nach: Hans-Georg Wehling: Oskar Kalbfell. ein Oberbürgermeister und seine Stadt, Reutlingen 1997, S. 89f. Anders die Darstellung nach Gerhard Junger, auf die im Verlauf des vorliegenden Textes näher eingegangen wird, Gerhard Junger: Schicksale 1945. Das Ende des 2. Weltkrieges im Kreis Reutlingen, Reutlingen 1991.

<sup>4</sup> StadtA Rt., Akten der Nachkriegszeit (im Folgenden: AdN) Nr. 14a, Rede Kalbfells vor dem Lehrerkollegium und den Schülern der Oberklasse der Johannes-Kepler-Oberschule und der Friedrich-List-Oberschule am 14. 11. 1945. Zur „Widerstandsgruppe“ vgl. Werner Ströbele: Die Reutlinger Widerstandsgruppe. Annäherung an die Formen der Opposition des Kreises um Oskar Kalbfell und Georg Allmendinger während des Zweiten Weltkrieges anhand neuer Quellen und Berichte. Anhang: Manuskript über die Reutlinger Widerstandsgruppe aus dem Nachlaß von Otto Künzel, in: RGB NF 34 (1995), S. 381–417.

<sup>5</sup> Auszug aus der Kriegschronik der evangelischen Kirchengemeinde Reutlingen. Zitiert nach: Ute Ströbele: Das Ende des Krieges. Zerstörung und Besetzung, in: Heinz Alfred Gemeinhardt (Hrsg.): Reutlingen 1930–1950, Reutlingen 1995, S. 265–290, hier: S. 277. Die 200 Bomber werden ebenfalls erwähnt von dem bei der Firma Gminder beschäftigten Kurt Graf, s. Holger Lange: Gminder, Bosch und die Besetzung Reutlingens im Frühjahr 1945. Drei zeitgenössische Berichte über das Kriegsende und die Monate danach, in: RGB NF 44 (2005), S. 281–318, hier: S. 286.

<sup>6</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Reutlingen 1945–1965. Zitiert nach: H. G. Wehling (wie Anm. 3), S. 89.

<sup>7</sup> H. G. Wehling (wie Anm. 3), S. 92.

Biograf Hans-Georg Wehling schreibt.<sup>8</sup> So heißt es auf der Homepage der Stadt Reutlingen anlässlich Kalbfells 25. Todestages: „Er war der Mann der Stunde, zur rechten Zeit am richtigen Ort, als die französischen Soldaten am 20. April 1945 in die von drei Luftangriffen schwer getroffene Stadt einmarschierten. In Betzingen hatte er mit ihnen verhandelt und – selbst auf einem der ersten Panzer mitfahrend – für eine kampflose Übergabe Reutlingens gesorgt. Noch am selben Tag ernannten die Besatzer Kalbfell zum kommissarischen Oberbürgermeister, und innerhalb kürzester Zeit präsentierte er ihnen eine funktionsfähige Verwaltungsmannschaft. Die Weichen hatte er bereits in den Jahren zuvor gestellt: Zusammen mit einer oppositionellen Gruppe Gleichgesinnter hatte man Vorkehrungen für die Zeit nach dem sich abzeichnenden Zusammenbruch des NS-Regimes getroffen.“<sup>9</sup>

Die Reutlinger Geschichtsschreibung datiert den Tag des Kriegsendes für Reutlingen auf den 20. April 1945, dem Tag, an dem die französischen Panzer mit Oskar Kalbfell an der Spitze in die Reutlinger Innenstadt vorgerückt waren.<sup>10</sup> In den französischen Quellen wird jedoch ein weniger friedlicher Hergang beschrieben, der sich auch mit den Schilderungen einiger Reutlinger Zeitzeugen deckt und erklärt, weshalb die Eroberung Reutlingens mit der relativ hohen Zahl von mindestens 50 toten Zivilisten einherging.<sup>11</sup> Der französische Militärbericht erklärte deshalb Reutlingen erst am 21. April als erobert.<sup>12</sup> Im Folgenden wird dargelegt, warum der 21. April 1945 plausibler und die Datierung symptomatisch für den Mythos der friedlichen Übergabe Reutlingens ist.

Dabei wird auf folgende drei Aspekte des Mythos eingegangen: 1. Oskar Kalbfell konnte die Stadt friedlich übergeben und weiteres Blutvergießen verhindern, 2. Oskar Kalbfell konnte die Zerstörung der Stadt durch den Angriff von 200 bereits geordneten Bombern verhindern, 3. Oskar Kalbfell hatte die Kontrolle über die verbliebenen NS-Strukturen innerhalb der Stadt wie Volkssturm und Hitlerjugend und konnte daher die sichere Übergabe der Stadt qua seiner Autorität sicherstellen. Zu diesem Zweck wird die Eroberung

<sup>8</sup> Ebd., S. 91.

<sup>9</sup> Stadt Reutlingen. Offizielle Homepage. Eintrag zum 25. Todestag von Oskar Kalbfell. URL: <https://www.reutlingen.de/de/Kultur-Bildung/Stadtarchiv/Aktuelles-und-Rueckschau/Rueckschau/Meldung?id=504item=articleview=publish> (28. 10. 2019).

<sup>10</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Reutlingen 1945–1965. Zitiert nach: H. G. Wehling (wie Anm. 3), S. 90.

<sup>11</sup> U. Ströbele (wie Anm. 5), S. 276. Hierbei werden allerdings auch die vier Geiseln hinzugezählt, die im Rahmen der Reutlinger Geislerschießung nach der eigentlichen Eroberung ums Leben kamen. Das Sterberegister des Reutlinger Standesamtes beurkundet 47 Tote zwischen dem 19. und dem 22. 4. 1945.

<sup>12</sup> Roger Michalon (Hrsg.): *Guerre 1939–1945 Les Grandes Unités Françaises. Historiques Succincts*, Bd. 3, *Campagne de France et d’Allemagne (1944–1945)*. Ministère de la Défense. État-Major de l’Armée de Terre. Service Historique, Paris 1980, S. 396 u. 404.

Reutlingens zwischen dem 19. und 24. April 1945 anhand von französischen Militärberichten und Reutlinger Zeitzeugen-Berichten rekonstruiert.

## Französisches Vorrücken nach Reutlingen

Am 19. April meldet der Bericht des 2. Armeekorps der französischen Armee, dass Tübingen im Morgengrauen von Panzerspitzen der Kampfgruppe 5 eingenommen wurde, ohne dass nennenswerter Widerstand zu vermelden war.<sup>13</sup> Die Stadt war von einem Arzt in einer beherzten Aktion friedlich übergeben und anschließend mit den Offiziellen der Stadt der organisatorische Ablauf der Besetzung vereinbart worden.<sup>14</sup>

Gemäß dem eigenen Vorhaben, so viel Boden in so kurzer Zeit wie möglich gutzumachen, um Frankreich eine große Besatzungszone zu erobern und der Wehrmacht den Rückzug nach Österreich abzuschneiden, setzten sich die Aufklärer der Kampfgruppe 5 noch am selben Morgen in Bewegung Richtung Reutlingen. Sollte es zu einer friedlichen Übergabe der Stadt gekommen sein, wäre auch Reutlingen ohne Frage noch am selben Tag eingenommen worden. So war es bei den zwischen Tübingen und Reutlingen liegenden Ortschaften Gomaringen, Kusterdingen und Jettenburg der Fall gewesen.<sup>15</sup> Der französische Militärbericht vermeldet Reutlingen allerdings erst zwei Tage später, am 21. April, als erobert.

Weiter heißt es nämlich im Bericht vom 19. April: „Die Kampfgruppe 5 ist in Reutlingen eingedrungen und hat den Feind überrumpelt, der eine unterbrochene, aber starke Gegenwehr aufrechterhält.“<sup>16</sup> In französischen Militärberichten wird, vielleicht auch aufgrund mangelhafter geografischer Kenntnisse, der Westen Reutlingens als Kampfgebiet ausgemacht.<sup>17</sup> Zutreffender dürfte Betzingen gewesen sein, so wie es von Reutlinger Quellen als Ort der Kampfhandlungen genannt wird. So beschreibt es auch der Geschäftsführer der Firma Ulrich Gminder, Kurt Graf, in seinen Aufzeichnungen.<sup>18</sup> Graf war während der Eroberung in der Textilfabrik in der Tübinger Straße, unweit dem vermutlichen Ort der Kämpfe entfernt, untergebracht. Er führte ein Protokoll während der Eroberung durch die französische Armee und notierte sich neben organisatorischen Details, die Firma Gminder betreffend, allerlei

<sup>13</sup> Ebd., S. 396.

<sup>14</sup> Hermann Werner: Tübingen 1945, Stuttgart 1986, S. 185.

<sup>15</sup> R. Michalon (wie Anm. 12), S. 396.

<sup>16</sup> Im Original: „[Le C. C. 5] a pénétré dans Reutlingen [...] bousculant l'ennemi qui présente des résistances discontinues, mais assez fortes.“ Service historique de la Défense in Vincennes (im Folgenden: SHD), 10 P 100, 2<sup>ème</sup> C. A., 3<sup>e</sup> bureau, C. R. d'événements quotidiens Janvier à juin 1945, Compte rendu des événements survenus du 18 avril au 19 avril.

<sup>17</sup> R. Michalon (wie Anm. 12), S. 399.

<sup>18</sup> Originalquelle editiert in: H. Lange (wie Anm. 5).





Beim Einmarsch der Franzosen kam es auch zu Zerstörungen durch die deutsche Seite wie die Sprengung von Eisenbahnbrücken.

Berichte und Gerüchte, die an ihn herangetragen wurden. So heißt es in seinen Aufzeichnungen vom 19. April: „In Betzingen sind an den Ortseingängen gegen Tübingen Panzersperren errichtet. Der Feind wird an diesem Tag von Jettenburg her gemeldet.“<sup>19</sup> Diese Lokalisierung der Kämpfe deckt sich auch mit denen anderer Zeitzeugen-Berichte.

Es ist wahrscheinlich, dass sich die deutsche Verteidigung in Betzingen und am Rande der Reutlinger Innenstadt positioniert hatte. Entsprechend war mit dem Eindringen in die Stadt das Eindringen in Betzingen gemeint. Viel weiter waren die französischen Truppen am 19. April auch nicht gekommen. Weiter heißt es nämlich im Bericht der französischen Armee: „Die Deutschen verteidigen Reutlingen mit Verbissenheit. Die Kämpfe werden dort von Haus zu Haus geführt. Wir benötigen noch zwei weitere Tage, bis wir die Situation unter Kontrolle bekommen.“<sup>20</sup> Diese Beschreibung deckt sich mit den Berichten von Kurt Graf, der in der Tübinger Straße über die in der Nähe stattfindenden Kämpfe informiert wurde. Erst am späten Nachmittag des 20. April berichtet

<sup>19</sup> Ebd., S. 285.

<sup>20</sup> Im Original: „Les Allemands défendent Reutlingen avec acharnement. Les combats s’y déroulent maison par maison. Il faudra 2 jours encore pour en venir à bout.“, R. Michalon (wie Anm. 12), S. 396.

er von der Einnahme Betzingens und anschließendem Vorrücken der französischen Verbände Richtung Reutlingen.<sup>21</sup> Am 19. April sollten sie jedoch zunächst vor Betzingen aufgehalten werden, vermutlich von Volkssturm-Verbänden und Panzersperren, die am Eingang von Betzingen errichtet worden waren.<sup>22</sup>

In der Folge umgingen die französischen Verbände Reutlingen im Norden über Metzingen und im Süden über Ohmenhausen und kreisten die Stadt ein.<sup>23</sup> Laut Aufzeichnungen wurde Reutlingen aufgrund des andauernden Widerstandes nun zweimal durch das französische Fliegerkorps bombardiert. Am 19. April wurden hierbei zehn Bomben abgeworfen.<sup>24</sup> Laut Reutlinger Quellen trafen die Bomben das Haus Eberhard Wendler im Panoramaweg, zwei Gärten und die Drahtweberei Villforth in der oberen Kaiserstraße. Bei dem Beschuss durch Bordwaffen seien anschließend zwei Männer getötet und zwei verwundet worden.<sup>25</sup> Am 20. April wurden zusätzlich Tieffliegerangriffe auf Reutlingen und den Wald nordöstlich der Stadt geordert.<sup>26</sup> Die Luftangriffe und gleichzeitiger Beschuss durch Artillerie finden sich auch in den Aufzeichnungen des Reutlinger Dekans Friedrich Keppler wieder. Er schreibt: „Manche Leute wollten wissen, dass die scharfe Beschießung durch die Erbitterung des Feindes über die Sprengung von Reutlinger Brücken verursacht sei.“<sup>27</sup> Wahrscheinlicher ist hingegen, dass die Luftangriffe das Ziel hatten, Artillerie-Beobachter auszuschalten, die Verteidigung der Stadt zu durchbrechen und den französischen Panzern den Weg zu bereiten.

Denn Reutlingen und Betzingen wurden durchaus verteidigt. Kurt Graf schildert in seinen Aufzeichnungen aus der Gminder-Textilfabrik in der Tübinger Straße, wie der Volkssturm im Westen Reutlingens und in Betzingen Stellung bezog. So heißt es dort: „Am Stollen [an der Rappenhalde, Anm. d. Verf.] hat am 20. April morgens eine kleine Kompanie Volkssturm mit Gewehren und Panzerfäusten (Führer Schrade) Stellung bezogen. Auf den Höhen südlich Betzingen werden 4 Panzer gemeldet. Auch diese sind von Volkssturmspährtrups vorgetrieben.“<sup>28</sup>

Die Beschreibungen legen nahe, dass von den deutschen Verbänden auch noch Kampfhandlungen ausgingen, es sich also nicht um bloße Vergeltungsmaßnahmen der Franzosen handelte. Anschließend wurde die Umgebung in

<sup>21</sup> Kurt Graf, zitiert nach: H. Lange (wie Anm. 5), S. 287.

<sup>22</sup> Ebd., S. 286.

<sup>23</sup> R. Michalon (wie Anm. 12), S. 399.

<sup>24</sup> SHD, 11 P 247, 5ème D. B. Appui Aerien, 19. 4. 1945.

<sup>25</sup> Kurt Graf, zitiert nach: H. Lange (wie Anm. 5), S. 284.

<sup>26</sup> SHD, 11 P 247, 5ème D. B., Appui Aerien, 21. 4. 1945.

<sup>27</sup> StadtA Rt., DB 2448 k (Die Eroberung Reutlingens von Dekan Friedrich Keppler). Wahrscheinlich erfolgten die Sprengungen durch deutsche Soldaten oder nationalsozialistische Untergrundorganisationen wie den Werwolf.

<sup>28</sup> Kurt Graf, zitiert nach: H. Lange (wie Anm. 5), S. 285.

und um Betzingen sowie der Reutlinger Westen von französischer Artillerie beschossen, ein Hofarbeiter wurde in der Tübinger Straße getroffen und starb.<sup>29</sup> Außerdem wird von Kurt Graf erwähnt, wie Betzinger Frauen versuchten, die Panzersperren am Ortseingang zu öffnen, aber vom Militär daran gehindert wurden. Eine friedliche Übergabe wurde also zunächst unterbunden.<sup>30</sup>

Der Einsatz der französischen Jagdbomber zeugt von besonders schweren Kämpfen und war alles andere als gewöhnlich für die Einnahme von Städten durch die französische Armee. Die Aufzeichnungen der 5. Panzerdivision, deren Panzer die Speerspitze der französischen Kampfgruppen bildeten und während der gesamten Kampfhandlungen an vorderster Front eingesetzt wurden, vermeldet für die gesamte Deutschland-Kampagne lediglich eine Handvoll Einsätze des beigefügten Fliegerkorps.<sup>31</sup> Diese Aufzeichnungen legen nahe, dass es sich bei der Einnahme von Reutlingen um einen ausnehmend schweren Fall handelte.

### **Vorstoß der französischen Panzer in die Reutlinger Innenstadt und Übergabe durch Oskar Kalbfell**

Es ist nun wahrscheinlich, dass am 20. April der eigentliche Vorstoß der französischen Armee in das Zentrum der Stadt erfolgte. Der Bericht der französischen Armee bleibt hier unklar und spricht lediglich von unterbrochener, aber starker Gegenwehr.<sup>32</sup> Reutlinger Zeitzeugen-Berichte, wie die Schilderungen des Dekans Keppler oder Kurt Graf, datieren den Einmarsch jedoch auf den späten Nachmittag bis Abend des 20. April 1945.<sup>33</sup>

Hier kann es nun tatsächlich zur berühmten Übergabe der Stadt durch Oskar Kalbfell gekommen sein. Die Reutlinger Quellen beschreiben oftmals, jedoch meistens in Rückgriff auf angebliche Augenzeugen, dass Kalbfell sich den französischen Panzern, die sich, aus Betzingen kommend, der Innenstadt näherten, entgegenkam: „Wie später bekannt wird, geht Oskar Kalbfell (in Betzingen wohnhaft) sogleich mit einem weissen Tuch auf die Panzer zu, trifft auf den deutsch sprechenden Kommandanten und erklärt, dass er als künftiger Leiter der Stadt Reutlingen [...] die Stadt übergeben wolle.“<sup>34</sup>

Diese friedliche Übergabe hätte jedoch entsprechend erst stattgefunden, nachdem die Verteidigungslinie der Stadt von den französischen Panzern nach

---

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Ebd., S. 286.

<sup>31</sup> SHD, 11 P 247, 5ème D. B., Appui Aerien, 19. u. 21. 4. 1945.

<sup>32</sup> SHD, 10 P 100, 2ème C. A., 3 e bureau, C. R. d'évènements quotidiens janvier à juin 1945, compte rendu des évènements survenus du 18 avril au 19 avril.

<sup>33</sup> StadtA Rt., DB 2448 k (wie Anm. 27).

<sup>34</sup> Kurt Graf, zitiert nach: H. Lange (wie Anm. 5), S. 286.

anhaltendem Bombardement durch Jagdbomber durchbrochen war. Die nächste organisierte Verteidigungslinie befand sich wiederum erst einige Kilometer hinter Reutlingen, am Albaufstieg. Und auch nach der Übergabe durch Kalbfell kam es noch zu Schusswechseln, denen einige Zivilisten zum Opfer fielen. So beschreibt Kurt Graf:

„Am Spätnachmittag dringen die Panzer von Betzingen aus langsam gegen Reutlingen vor. Von der Granate eines Panzers wird der Torpfeiler zwischen der Reutlinger Spinnerei und Mädchenheim stark beschädigt. In Reutlingen werden von Soldaten die Eisenbahnbrücken über die Hohenzollernstrasse und die Echaz gesprengt. Ein Panzer (oder ein in Stellung gebrachtes Maschinengewehr?) unterhalb der Werke bestreicht die Tübingerstrasse zwischen den Werken. Auf alles, was sich bewegt, wird geschossen, so auch auf Ob.-Ing. Robert Widmaier, der einmal auf die Straße hinausgeht. Einem Feuerstoss fällt kurz oberhalb der Werke eine Frau mit einem Wägelchen zum Opfer (wie sich später herausstellt, die Tochter des bereits durch Granate getöteten Hofarbeiters Hipp [...]). Oberhalb der Werke erscheint ein Mann in braunem Tourenanzug und bewegt sich auch zu der am Boden liegenden Hipp herunter. Versuche, ihn durch Zurufe zu warnen, kommen zu spät. Ein neuer Feuerstoss tötet ihn durch Bauchschuss mit Ausschuss aus dem Rückgrat. [...] Unvorsichtigerweise geht auch Kralik vom Werkschutz auf die Strasse und wird durch 5 Schüsse schwer verwundet.“<sup>35</sup>

Von einer friedlichen Übergabe der Stadt kann somit schwerlich gesprochen werden. Zumal die eigentlichen Kampfhandlungen, die auch zur Beschädigung einiger Wohnhäuser sowie der Nikolaikirche führen sollten, erst am darauffolgenden Tag stattfanden.

### **Gegenangriff durch die Kampfgruppe Kimmich**

Reutlinger Quellen zufolge rückten die französischen Panzer am späteren Nachmittag oder Abend des 20. April 1945 von Betzingen aus in die Stadt ein und wurden über Nacht an mehreren Plätzen rund um die historische Altstadt stationiert.<sup>36</sup> In der Nacht zum 21. April und am frühen Morgen wurden sie dort zum Ziel eines Gegenangriffs der Kampfgruppe Kimmich. Die Kampfgruppe Kimmich, geführt durch Hauptmann Hans-Jörg Kimmich, hatte sich zuvor am Georgenberg formiert und rückte anschließend in zwei Stoßtrupps Richtung Innenstadt vor. Der Ritterkreuz-Träger Kimmich, der mit 25 Jahren bereits für die Verteidigung einer Brücke am Dnjepr an der Ostfront für sei-

<sup>35</sup> Ebd., S. 287.

<sup>36</sup> StadtA Rt., DB 2448 k (wie Anm. 27).

nen Mut ausgezeichnet wurde,<sup>37</sup> ließ es sich nicht nehmen, einen der Stoßtrupps persönlich anzuführen. Die Stellungen der französischen Panzer waren bereits von Hitlerjungen ausgekundschaftet worden.<sup>38</sup> Ziel war es, Hans-Jörg Kimmich zufolge, den Vormarsch der Franzosen durch eine Störaktion zu verlangsamen und so den Rückzug der Wehrmacht zu decken. So kam es unter anderem am Karlsplatz, in der Lederstraße, am Federnseeplatz und am Albtorplatz zum Beschuss auf die geparkten Panzer durch Maschinengewehre und Panzerfäuste.<sup>39</sup>

Der Geschäftsführer der Gminder-Werke, Kurt Graf, hält fest:

„In der Stadt am Karlsplatz wird aus dem Haus der Papierhandlung Fischbach [...] geschossen. Daraufhin wird der Häuserblock nördlich der Karlstraße [...] in Brand geschossen. Den ganzen Abend und die Nacht über brennen diese Häuser und solche auf der anderen Seite des Karlsplatzes, auch die Nikolaikirche. [...]

[21. April]

Später wird bekannt, dass Kreisleiter Sponer von Pfullingen aus Wehrmachtsteile zur Wiedereroberung der angeblich nur schwach besetzten Stadt Reutlingen in der Nacht oder am frühen Morgen vorgeschickt hat.“<sup>40</sup>

Zeitgleich fand ein zweiter Angriff in Betzingen statt. Feldwebel Dickreuter hatte die Aufgabe, den Rückzug des Stoßtrupps von Kimmich zu sichern, indem er die französischen Verbände in der Tübinger Straße band.<sup>41</sup> Kurt Graf beschreibt den Gegenangriff auf Betzingen wie folgt: „Auf den Höhen südlich von Betzingen sind offenbar vorgetriebene deutsche Linien gemeldet worden. Darauf rollen zahlreiche Panzer von Reutlingen wieder nach Betzingen zurück.“<sup>42</sup> Nach der Störaktion zog sich der Stoßtrupp von Dickreuter nun zurück auf den Georgenberg, wo sein Trupp schließlich von den Franzosen ausgemacht und beschossen wurde. Kurt Graf notiert: „Am Abend rücken wieder Panzer gegen Reutlingen vor. Nach Meldungen sind die Franzosen bis zum Südbahnhof vorgedrungen und haben Widerstand von Pfullingen her gefunden. Am Georgenberg Bewegungen, wo sich auch Kreisleiter Sponer befindet. Von der Römerschanze her wird der Georgenberg mit Artillerie beschossen.“<sup>43</sup> Der sowieso schon aus genesenen Verwundeten, Volkssturm und Strafbataillonen notdürftig zusammengesetzte und schlecht ausgerüstete

---

<sup>37</sup> Walther-Peer Fellgiebel: Die Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes 1939–1945, Friedberg 1988, S. 24.

<sup>38</sup> G. Junger (wie Anm. 3), S. 85.

<sup>39</sup> SHD, 11 P 24, 2 e D. I. M., 2 e Bureau, Rapport Quotidien No. 100.

<sup>40</sup> Kurt Graf, zitiert nach: H. Lange (wie Anm. 5), S. 288 u. 290.

<sup>41</sup> G. Junger (wie Anm. 3), S. 85.

<sup>42</sup> Ebd., S. 289.

<sup>43</sup> Ebd., S. 289f.

Trupp löste sich hierauf planlos auf. Die Männer traten die Flucht an und versuchten einzeln durch die französischen Linien zu kommen.<sup>44</sup>

Derweil scheint der Kampf zwischen dem von Hans-Jörg Kimmich geführten Stoßtrupp und den französischen Verbänden in der Innenstadt erbittert geführt worden zu sein. Im Feuergefecht wurde die Nikolaikirche von einem alliierten Panzer, vermutlich versehentlich, getroffen und massiv beschädigt. Ebenso mehrere Gebäude in der Karlstraße. Immer wieder finden sich Schilderungen Reutlinger Quellen, die davon berichten, dass Löscharbeiten durch die französischen Truppen untersagt wurden.<sup>45</sup> Am selben Tag noch wurden schließlich Stoßtruppen zur Unterstützung gerufen. Das gefürchtete „1er Bataillon de Choc“ von Fernand Gambiez war eine Spezialeinheit der französischen Armee, oftmals aus ehemaligen Résistance-Kämpfern rekrutiert und für Kommandoinsätze wie den Häuserkampf spezialisiert. Zeitzeugen-Berichten zufolge bezeichneten sie sich selbst als die „französische SS“.<sup>46</sup> Diese Stoßtruppen waren auch bei der Zivilbevölkerung gefürchtet und wurden mit angeblichen Gräueltaten gegen SS-Angehörige in Verbindung gebracht.<sup>47</sup> Gambiez' Männer sollten nun im Laufe des 21. April die Stadt von Widerstandsnestern säubern.<sup>48</sup> Es entspann sich ein verlustreicher Kampf von Haus zu Haus.<sup>49</sup> Die 5. Panzerdivision alleine, der die Kommandotruppen operativ untergeordnet waren, hatte an diesem Tag acht Verletzte und sechs Tote zu beklagen.<sup>50</sup> Auf Seite der deutschen Angreifer soll es nach mancher Darstellung sehr hohe Opferzahlen gegeben haben, eine Ausgabe des Spiegel aus dem Jahr 1950 berichtet gar von 100 Toten.<sup>51</sup> Diese Zahl scheint allerdings sehr hoch gegriffen und wenig glaubwürdig. Laut Informationen der französischen Armee, die sie aus dem Verhör von Gefangenen dieser Einheit gewonnen hatte, wären das fast 15 % der effektiven Einsatzstärke der ungefähr 800 Mann starken Kampfgruppe Kimmich.<sup>52</sup> Blutig wird es jedoch in jedem Fall gewesen sein. Kurt Graf notiert nur knapp: „Infanteristen stoßen in der Nähe der

<sup>44</sup> G. Junger (wie Anm. 3), S. 86.

<sup>45</sup> Beispielsweise bei Keppler, StadtA Rt., DB 2448 k, (wie Anm. 27).

<sup>46</sup> Kurt Graf, zitiert nach: H. Lange (wie Anm. 5), S. 291.

<sup>47</sup> Das 4e Bataillon de choc wird laut Bericht des Bürgermeisters von Oberessendorf mit der Ermordung zahlreicher vermeintlicher SS-Mitglieder im Kreis Biberach in Verbindung gebracht. Siehe: Bericht des Bürgermeisters von Oberessendorf, Karl Scheffold, 1953, in: Kurt Diemer (Hrsg.): April 1945 – Ende und Anfang. Der Krieg kommt nach Oberschwaben, Bad Buchau 2005, S. 105.

<sup>48</sup> SHD, 10 P 100, 2ème C. A., 3 e bureau, C. R. d'évènements quotidiens janvier à juin 1945, compte rendu des évènements survenus du 20 avril au 21 avril.

<sup>49</sup> R. Michalon (wie Anm. 12), S. 396.

<sup>50</sup> SHD, 10 P 100, 2ème C. A., 3 e bureau, C. R. d'évènements quotidiens janvier à juin 1945, compte rendu des évènements survenus du 21 avril au 22 avril.

<sup>51</sup> Ohne Autor: K. hat es so bestimmt, in: „Der Spiegel“ Nr. 46/1950.

<sup>52</sup> SHD, 11 P 24, 2 e D. I. M., 2 e Bureau, Rapport Quotidien No. 100.

Marienkirche auf die feindlichen Panzer und werden zusammengesossen.“<sup>53</sup>

Hans-Jörg Kimmich beschreibt den Angriff in der Nachbetrachtung als Erfolg: „Der offensichtlich verwirrte Franzose unternahm zwei Tage nichts; der Stoß in die ungeschützte Flanke des LXXX. A.K. [Armeekorps der Wehrmacht, Anm. d. Verf.] unterblieb. Im Vergleich zu den dort drohenden Verlusten waren die eigenen gering. Die Stadt selbst war durch größere Zerstörung nicht bedroht.“<sup>54</sup> Ob diese sogenannte Störaktion wirklich erfolgreich war, oder nicht vielmehr ein Himmelfahrtskommando gegen einen übermächtigen Feind wenige Tage vor Kriegsende, ist fraglich. Die Reutlinger Quellen bewerten den Gegenangriff hingegen äußerst negativ. Chronisten wie der Dekan Friedrich Keppler sehen ihn eher als sinnlose Zerstörung kurz vor Kriegsende und im Einklang mit dem nationalsozialistischen Kadavergehorsam, der eine Verteidigung der Stadt forderte, selbst „wenn kein Stein auf dem anderen bleibt“, wie es der für die Verteidigung der Stadt zuständige Hauptmann Oexle formulierte.<sup>55</sup> Ein Großteil der Zerstörungen der Stadt während des Einmarschs waren maßgeblich diesem Gegenangriff zuzurechnen.

In seiner Analyse der Wirkung auf den Gegner war Kimmichs Einschätzung jedoch nicht falsch: Die französischen Streitkräfte schienen nun tatsächlich überrascht ob des massiven Gegenangriffs. So heißt es im Bericht der Abteilung für Feindaufklärung vom 23. April 1945: „Die Kampfgruppe Kimmich, benannt nach ihrem Anführer, Hauptmann Kimmich, wurde in Reutlingen aus Verwundeten, Soldaten auf Heimaturlaub und Angehörigen der Strafkompagnien rekrutiert, die seit Landau aus Gefängnissen zusammengesucht wurden, sowie durch Elemente des Volkssturms verstärkt. Insgesamt besteht sie aus acht Kompanien, je ungefähr 100 Mann stark. Die Bewaffnung scheint ebenfalls recht stark (im Durchschnitt acht leichte Maschinengewehre pro Kompanie). Diese Einheit ist mit der Verteidigung Reutlingens betraut sowie anschließend Pfullingens und sollte sich schließlich in Honau neu formieren. Laut Kriegsgefangenen dieser Einheit war auch ein Verband der Hitlerjugend an der Verteidigung von Reutlingen und Pfullingen beteiligt.“<sup>56</sup>

<sup>53</sup> Kurt Graf, zitiert nach: H. Lange (wie Anm. 5), S. 288 u. 290.

<sup>54</sup> G. Junger (wie Anm. 3), S. 85. Hierzu ist anzumerken, dass Jungers Buch in der ersten Auflage erst Anfang der 1970er Jahre erschien, fast 30 Jahre nach Kriegsende. Die Darstellungen zum Angriff der Kampfgruppe Kimmich stützen sich dabei fast ausschließlich auf Erzählungen und Einordnungen von Kimmich und dem Feldwebel Dickreuter.

<sup>55</sup> Ebd., S. 87.

<sup>56</sup> Im Original: „Kampfgruppe Kimmich, du nom de son chef, le Hauptmann Kimmich. Formée à Reutlingen avec des c[ompan]ies de convalescents, des permissionnaires, des unités de condamnés (Straff K[om]p[an]ien), ramenés de prison en prison depuis Landau, renforcés par quelques éléments de Volkssturm. L'ensemble formerait 8 C[ompan]ies, fortes chacune de 100 hommes environ. L'armement serait encore assez puissant (8 L.M.G. en moyenne par C[ompan]ie). Cette unité a été chargée de défendre Reutlingen, puis Pfullingen, et devait se regrouper à Honau. Selon des P[risonnier] G[uerre] de cette unité, une formation de la

Die Beschreibungen decken sich mit denen Hans-Jörg Kimmichs und anderer Reutlinger Quellen. Die Kampfgruppe Kimmich sollte sich nach dem Gegenangriff auf Reutlingen auch bei der Verteidigung Pfullingens beteiligen.

Mit dem Rückzug der Kampfgruppe Kimmich Richtung Honau neigten sich die eigentlichen Kampfhandlungen ihrem Ende zu. Der Armeebericht der französischen Armee verzeichnet am 21. April, dass die „Säuberung“ Reutlingens durch Stoßtruppen beendet sei.<sup>57</sup> Am 22. April kam es wohl noch zu einem kleineren Gegenangriff, der allerdings schnell zurückgeschlagen werden konnte. In Pfullingen und am Alaufstieg bei Honau leisteten dem französischen Militärbericht zufolge einige Truppen, allen voran die Kampfgruppe Kimmich, noch Widerstand, bis der für die Verteidigung der Stadt verantwortliche Offizier Kies durch die (weibliche) Bevölkerung gedrängt wurde, die Verteidigung zu unterlassen und die Panzersperren zu öffnen.<sup>58</sup>

Am 23. April wurden nun auch die später eingemeindeten Orte Bronnweiler und Gönningen ohne größere Gegenwehr eingenommen. Lediglich der Alaufstieg bei Genkingen wurde noch von einer Handvoll Soldaten und Artillerie für einige Zeit verteidigt, den alliierten Vorstoß konnten aber auch sie nicht ernsthaft gefährden.<sup>59</sup>

## Der Mythos der 200 Bomber

Zusätzlich zur Übergabe der Stadt wird in Reutlinger Augenzeugenberichten davon berichtet, dass Oskar Kalbfell mit seiner friedlichen Übergabe den Angriff von 200 Bombern verhindert habe. Die Franzosen wären bereits daran gewesen, die Bomberflotte zu rufen, um die Stadt dem Erdboden gleichzumachen, lediglich das Engagement Oskar Kalbells hätte die Stadt vor der Vernichtung bewahrt.<sup>60</sup> Diese Beschreibung findet sich auch im ansonsten sehr akkuraten Bericht von Kurt Graf. Dort heißt es zusätzlich zur Beschreibung der Übergabe der Stadt durch Kalbfell: „Es wird ihm [Oskar Kalbfell, Anm. d. Verf.] gesagt, dass es höchste Zeit sei, da wegen des Widerstandes in Betzingen bereits 200 Bomber für 8 Uhr abends zu einem Bombardement der Stadt für 20 Minuten Dauer angefordert worden seien. Auch die zwischen der Stadt und Betzingen liegenden Werke von UG [Gminder, Anm. d. Verf.] soll-

---

jeunesse Hitlerienne aurait participé à la défense de Reutlingen et de Pfullingen.“ SHD, 11 P 24, 2 e D. I. M., 2 e Bureau, Rapport Quotidien No. 100.

<sup>57</sup> R. Michalon (wie Anm. 5), S. 404.

<sup>58</sup> SHD, 11 P 24, 2 e D. I. M., 2 e Bureau, Rapport Quotidien No. 100. Vgl. auch U. Ströbele (wie Anm. 5), S. 277.

<sup>59</sup> SHD, 10 P 100, 2ème C. A., 3 e bureau, C. R. d'évenements quotidiens Janvier à juin 1945, compte rendu des evenements survenus du 22 avril au 23 avril.

<sup>60</sup> Auszug aus der Kriegschronik der evangelischen Kirchengemeinde Reutlingen. Zitiert nach: H. A. Gemeinhardt (wie Anm. 5), S. 277.



ten mit Brandgranaten beschossen werden, da man darin Truppen vermutete.“<sup>61</sup>

Es kann nun sein, dass dieser Mythos der schlechten Informationslage während der letzten Kriegstage zuzuschreiben ist. Es kam zu diesem Zeitpunkt oftmals zu Gerüchten, die durch Hörensagen weitergetragen wurden und so Verbreitung fanden.<sup>62</sup> Kurt Graf selbst war nach eigenen Angaben zehn Tage und neun Nächte lang nicht aus der Spinnerei der Gminder-Textilfabrik in der Tübinger Straße hinausgekommen und sollte dort gemäß Weisung von Emil Gminder für einen geordneten Ablauf sorgen.<sup>63</sup> Auch wenn die Gminder-Werke in der Tübinger Straße, dem vermuteten Ort der Kämpfe, am Reutlinger Stadtrand bzw. Betzingen, benachbart waren, sind seine Informationen daher aus dritter Hand und keine Augenzeugenberichte. Auch verweist Kurt Graf bei seinen Schilderungen darauf, dass der Ablauf der Übergabe erst später bekannt wurde, durch wen, ist nicht bekannt. Es ist daher sehr schwer nachzuweisen, wie diese Gerüchte in Umlauf gekommen waren.

Tatsache ist jedoch, dass die französische Armee alleine, ohne die alliierte Luftflotte miteinzubeziehen, zu diesem Zeitpunkt gar nicht über eine derartige Anzahl schwerer Bomber verfügte. Den Kampfgruppen der französischen Armee waren einige Jagdbomber beigeordnet, die taktische Luftunterstützung bereitstellten.<sup>64</sup> Viel mehr als die bereits beschriebenen Bombenabwürfe und Tieffliegerangriffe war hiervon jedoch nicht zu erwarten, zumal die zeitgleiche Eroberung Stuttgarts einen Großteil der französischen Kräfte band.<sup>65</sup>

Um weitere Möglichkeiten eines größeren Luftangriffs durch 200 Bomber auszuschließen, muss man etwas ins Detail der Organisation der alliierten Streitkräfte gehen. Die französische Armee selbst war der 6. Armee-Gruppe unter dem US-General Devers strategisch unterstellt. Theoretisch hätte sie auf höherer Ebene bei ihren amerikanischen Alliierten nach strategischer Luftunterstützung ersuchen können, es sind jedoch keinerlei Anhaltspunkte hierfür in den Unterlagen der französischen Armee zur Luftunterstützung zu finden. Auch wäre die Hürde hierfür ungleich höher gewesen: Im Wettlauf um die eigene Besatzungszone war die französische Armee in einer konstanten Konkurrenz zu den anderen alliierten Verbänden, insbesondere der US-Army, die nördlich der französischen Armee entlang der, so besprochenen, Achse Karlsruhe–Stuttgart–Ulm–München, vorrückte.<sup>66</sup> Immer wieder

---

<sup>61</sup> Kurt Graf, zitiert nach H. Lange (wie Anm. 5), S. 286.

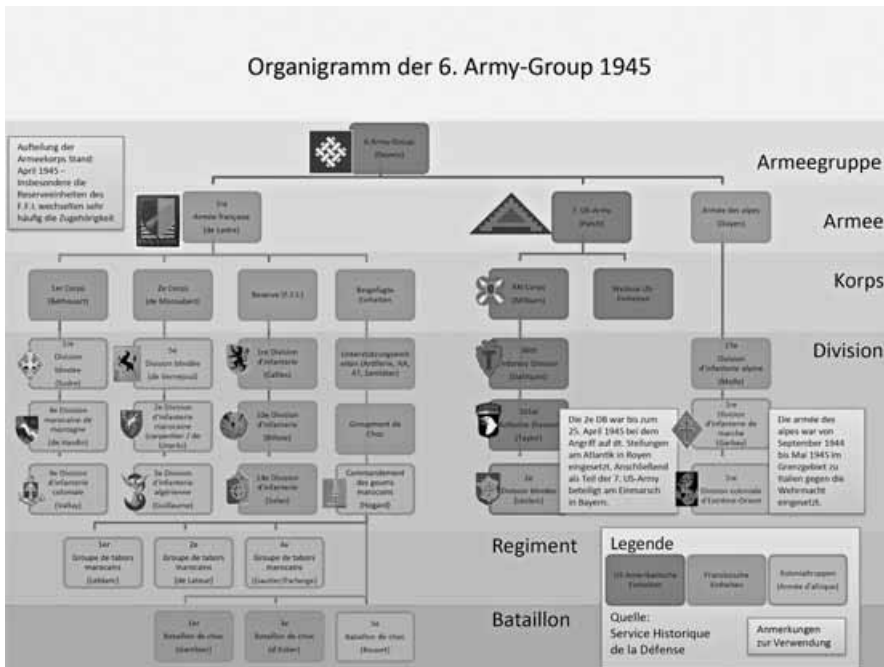
<sup>62</sup> StadtA Rt., DB 2448 k (wie Anm. 27).

<sup>63</sup> Kurt Graf, zitiert nach H. Lange (wie Anm. 5), S. 297.

<sup>64</sup> SHD, 11 P 247, 5ème D. B., Appui Aerien, 19. 4. 1945 u. 21. 4. 1945.

<sup>65</sup> 70 Jahre Kriegsende. Schicksalstage in Stuttgart, in: „Stuttgarter Nachrichten“ vom 20. April 2015.

<sup>66</sup> Jean-Christophe Notin: *Les vaincus seront les vainqueurs. Les Français en Allemagne* (1945), Paris 2004, S. 30.



Organigramm der 6. Army-Group. Graphik: Lukas Weyell.

machten französische Einheiten der US-Armee die vorgesehene Aufteilung streitig.

Die französische Armee hatte das politische Ziel, eine spätere Besatzungszone durch geschaffene Tatsachen zu sichern.<sup>67</sup> Entsprechend wollte man soviel Boden wie möglich gutmachen, um später eine Verhandlungsmasse zu haben. Zum Zeitpunkt der Eroberung war die Größe der französischen Besatzungszone noch nicht endgültig geklärt.

Während der Konferenz von Jalta, bei der die Aufteilung der Besatzungszonen beschlossen wurde, war Frankreich nicht Teil der Verhandlungen gewesen. Es wurde lediglich beschlossen, dass Frankreich einen Teil der britischen und US-amerikanischen Besatzungszone erhalten sollte.<sup>68</sup> Wieviel, sollte zwischen den Westalliierten vereinbart werden und war ergo davon abhängig, wieviel die französische Armee selbst erobern konnte.

<sup>67</sup> Claire Miot: *Sortir l'armée des ombres. Soldats de l'Empire, combattants de la Libération, armée de la Nation. La Première armée française, du débarquement en Provence à la capitulation allemande (1944 – 1945)*, Diss. Paris 2016, S. 606.

<sup>68</sup> Volker Hentschel: *Charles de Gaulle. Eine kurze Geschichte seines Lebens (1890 – 1970)*, Hildesheim 2016, S. 188.

Die französische Armee war also von einem Ehrgeiz getrieben, der auch darauf beruhte, dass sie von der US-Army nach der schmachvollen Niederlage während des Westfeldzugs 1940 als minderwertig betrachtet wurde.<sup>69</sup> Hinzu kam eine latente Abneigung Charles de Gaulles gegenüber den angloamerikanischen Alliierten, die mit persönlichen Verletzungen zu tun hatte und später während seiner Präsidentschaft noch zu erheblichen Spannungen innerhalb der Nato-Verbündeten führen sollte.<sup>70</sup>

Das ambitionierte Vorgehen der Franzosen war entsprechend von oberster Stelle gedeckt worden. Niemand anderes als Charles de Gaulle hatte dem Befehlshaber der französischen 1. Armee, Jean de Lattre de Tassigny, noch vor der Überquerung des Rheins zu verstehen gegeben, er solle eine möglichst große Besatzungszone für Frankreich sichern, im Notfall auch gegen den Widerstand der Amerikaner.<sup>71</sup>

Entsprechend kam es immer wieder zu Konflikten zwischen den Alliierten. Als die US-Army im Winter 1944/45 vorhatte, Straßburg aus strategischen Gründen zu räumen, drohte Charles de Gaulle damit, den Alliierten die französischen Straßen zu blockieren.<sup>72</sup> In der Nähe von Biberach gaben amerikanische Soldaten gar Warnschüsse in die Luft, um den eigenen Besatzungsanspruch vor den französischen Soldaten zu unterstreichen.<sup>73</sup> Vergleichbare Schilderungen finden sich auch für den Einmarsch in Österreich und dem Großraum Stuttgart.<sup>74</sup> Zeitgleich zur Eroberung Reutlingens war die französische Armee in einer Auseinandersetzung mit den US-Streitkräften über die Besetzung Stuttgarts, welche beinahe in einem offenen Feuergefecht endete und nur um Haaresbreite friedlich, wenn auch nicht einvernehmlich, beigelegt werden konnte.<sup>75</sup> Zeitweise waren amerikanische Panzer bis nach Ludwigsburg und an die Ränder von Stuttgart vorgerückt und hatten gedroht, sich die Stadt mit Gewalt zu holen.<sup>76</sup> Es ist also sehr unwahrscheinlich, dass die französische Armee in ihrer aktuellen Konfliktsituation mit der US-Army für die Eroberung einer weniger relevanten und leicht zu umgehenden Stadt wie Reutlingen das alliierte Oberkommando um Luftunterstützung ersucht hätte.

---

<sup>69</sup> Julie le Gac hat das schwierige Verhältnis zwischen der US-Army und der französischen Armee beispielhaft für die Italien-Kampagne aufgearbeitet. Die hier zitierten Quellen dokumentieren dieses Spannungsverhältnis auch für die Eroberung Südwestdeutschlands. Vgl. Julie le Gac: *Le corps expéditionnaire français et l'armée américaine en Italie (1943–1944)*. Une alliance asymétrique, in: *Revue Historique des Armées* 258 (2010), S. 57–66, hier: S. 64.

<sup>70</sup> V. Hentschel (wie Anm. 68), S. 150.

<sup>71</sup> Jean de Lattre de Tassigny: *Histoire de la Première Armée Française*, Paris 1949, S. 487 f.

<sup>72</sup> V. Hentschel (wie Anm. 68), S. 185.

<sup>73</sup> Laupheim vor 50 Jahren, von Markus Lehmann. Zitiert nach K. Diemer (wie Anm. 47), S. 266.

<sup>74</sup> Edward L. Bimberg: *The Moroccan Goums. Tribal warriors in a modern war*, Westport 2010, S. 111.

<sup>75</sup> R. Michalon (wie Anm. 5), S. 415

<sup>76</sup> Ebd.

Es ist hingegen durchaus vorstellbar, dass die französischen Offiziere die Information, dass bei anhaltendem Widerstand 200 Bomber die Stadt dem Erdboden gleichmachen würden in Form einer Drohung tatsächlich an Oskar Kalbfell oder andere Offizielle der Stadt weitergegeben haben, um die eigene Machtposition zu unterstreichen. Sie hatte wohl allerdings keinen realen Hintergrund und muss als Mythos abgetan werden. Ebenso wie die Behauptung, Oskar Kalbfell hätte den Angriff dieser Bomberflotte verhindern können.

## Die Reutlinger Geislerschießung

Richtig zur Ruhe kam Reutlingen jedoch auch nach dem eigentlichen Ende der Kampfhandlungen am 22. April nicht. Denn in die unmittelbare Zeit des Kriegsendes in Reutlingen fällt auch die Geislerschießung zwei Tage später, am 24. April. Ein französischer Soldat, angeblich ein Unteroffizier, war unter ungeklärten Umständen in der Nacht vom 22. auf den 23. April gestorben. Reutlinger Quellen sprechen von einem Verkehrsunfall.<sup>77</sup> Die französische Militärverwaltung der Stadt witterte jedoch ein Attentat und verlangte nun die Übergabe der Schuldigen durch die deutschen Autoritäten. Als niemand gefunden werden konnte, wurden Geiseln genommen, die angeblich vom Vertrauensmann der französischen Militärverwaltung, Oskar Kalbfell, ausgewählt wurden.<sup>78</sup> Der „Spiegel“ machte 1950 mögliche Animositäten zwischen Kalbfell und den Hingerichteten als Motiv für die Auswahl aus.<sup>79</sup> Nach späteren Aussagen des damals verantwortlichen französischen Offiziers Rouché hatte Kalbfell jedoch keinerlei Einfluss auf die Auswahl der Geiseln nehmen können. Demnach habe Rouché zunächst 20 Nazis gefordert, jedoch brachte ihm die Reutlinger Polizei lediglich drei Geiseln, worauf der französische Offizier noch einen Arzt auf die Liste setzte, von dem er gehört hatte, dass dieser bei der SS gewesen sei.<sup>80</sup> Ein Prozess gegen Kalbfell, den dieser selbst angestrengt hatte, um seine Unschuld zu beweisen, konnte keinen Einfluss Kalbells auf Anzahl oder Auswahl der Geiseln nachweisen.<sup>81</sup> Die tatsächlichen Hintergründe sind jedoch noch bis heute nicht gänzlich geklärt.

Der Vorgang, Geiseln zu nehmen, war an sich nichts Ungewöhnliches und wurde auf Seiten der Wehrmacht und der französischen Armee praktiziert. In vielen Orten wurden zur Sicherung des Lebens der eigenen Männer beim Einmarsch der Franzosen Geiseln verlangt, die im Falle eines Attentats erschossen

---

<sup>77</sup> Elisabeth Timm: Reaktionen auf die Reutlinger Geislerschießungen 1945. Eine Studie zum kollektiven Gedächtnis, Tübingen 1997, S. 36.

<sup>78</sup> Ohne Autor (wie Anm. 51).

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> E. Timm (wie Anm. 77), S. 96.

<sup>81</sup> Ebd., S. 77 u. 176 f.

werden sollten.<sup>82</sup> Hierzu kam es allerdings so gut wie nie. Ungewöhnlich ist, dass es nun in Reutlingen zur Hinrichtung von vier Geiseln kam. Das macht die Reutlinger Geislerschießung zu einem prominenten Sonderfall, der auch überregional Beachtung fand und häufig im Zusammenhang mit der überaus gewaltsamen Eroberung Freudenstadts genannt wird.<sup>83</sup>

Der damals verantwortliche Offizier Rouché erklärte, dass, entgegen der öffentlichen Bekanntmachung der französischen Militärverwaltung, bereits damals bekannt war, dass die Erschossenen nicht die Täter waren, es sich hierbei also um eine Vergeltungsmaßnahme handelte.<sup>84</sup> Die Erschießung der vier Geiseln war nach Genfer Konvention, auch zum damaligen Zeitpunkt, völkerrechtswidrig gewesen. Insbesondere die Erschießung eines gefangenen Sanitätsoffiziers und eines Verwundeten waren durch Haager Landkriegsordnung und Genfer Konvention geächtet worden.<sup>85</sup> Während der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg und Brüssel nutzten Anwälte die Reutlinger Geislerschießung als Entlastungsargument zur Relativierung von Kriegsverbrechen durch SS und Wehrmacht.<sup>86</sup>

Zur Reutlinger Geislerschießung schweigen die gefundenen Quellen aus den französischen Archiven. Allerdings kann dies auch in der Natur der militärischen Dokumente liegen, die vielmehr organisatorischen Zwecken dienen sowie der strategischen Planung. Die Erschießung von vier deutschen Zivilisten als Vergeltungsmaßnahme war daher für die deutsche Bevölkerung ein deutlich gravierenderes Ereignis als für die Besatzer zum Zeitpunkt des Einmarsches. Auch waren die hier untersuchten Dokumente Aufzeichnungen des Stabes und der verschiedenen Einheiten. Möglicherweise befinden sich in den Archiven der französischen Militärjustiz, dem „Dépôt central des archives de la justice militaire“ in Le Blanc, weitere Unterlagen, die Aufschluss über den Fall geben können.

Was sich allerdings sehr gut aus den gefundenen Dokumenten nachzeichnen lässt, ist die Erwartungshaltung und die Nervosität der französischen Offiziere. In Geheimdienstberichten des 3e Bureau, welches für die Feindaufklärung zuständig war, finden sich immer wieder Hinweise auf die Existenz eines

---

<sup>82</sup> So z. B. auch in Riedlingen: „Bürgermeister Fischer und Herr Stadtpfarrer Göser wurden sodann am Dienstag auf dem Rathaus als Geiseln festgehalten.“ Bericht von Studiendirektor a. D. Dr. Franz Zeller, Riedlingen. Zitiert nach K. Diemer (wie Anm. 47), S. 125.

<sup>83</sup> Jochen Thies; Kurt von Daak: Südwestdeutschland Stunde Null. Die Geschichte der französischen Besatzungszone 1945–1948, Düsseldorf 1989, S. 23 sowie Sven Felix Kellerhoff: Geislerschießungen – ein Freibrief für Morde, in: „Die Welt“ vom 19.12. 2012, URL: [www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article112126574/Geislerschiessungen-ein-Freibrief-fuer-Morde.html](http://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article112126574/Geislerschiessungen-ein-Freibrief-fuer-Morde.html) (11.10.2020).

<sup>84</sup> E. Timm (wie Anm. 77), S. 36.

<sup>85</sup> Ebd., S. 34.

<sup>86</sup> Ebd., S. 70ff.

vermeintlichen deutschen „Maquis“, der französischen Bezeichnung für Resistance-Kämpfer in den ländlichen Regionen des besetzten Frankreich.<sup>87</sup> Die französische Armee erwartete, entsprechend der eigenen Besetzungserfahrung, deutlichen Widerstand durch die deutsche Bevölkerung, begleitet durch Sabotage-Aktionen und Attentate von organisierten Gruppen. Dass der alliierte Geheimdienst bereits im Herbst 1944 auf Aufzeichnungen der Heeresgruppe G stieß, die die baldige Aufstellung einer Guerilla-Organisation namens „Werwolf“ anmahnte, tat ihr Übriges.<sup>88</sup> Die wirkliche Kampfkraft dieser Organisation war, wie Ian Kershaw und viele weitere deutsche Historiker nachweisen konnten, marginal.<sup>89</sup> Die deutsche Bevölkerung war nach fast sechs Jahren Krieg ausgeblutet, der Wille zum bewaffneten Widerstand, insbesondere an der Westfront, überschaubar.<sup>90</sup> Seine eigentliche Bedeutung erhielt der „Werwolf“ vielmehr als Propaganda-Instrument und Abschreckungswaffe. Der Heidelberger Historiker Cord Arendes spricht gar von der „virtuellen“ Gefahr durch den Werwolf, die viel größer war als die reale Bedrohung durch einen „semi-offiziellen Kleinkriegerverbund“.<sup>91</sup> Tatsächlich fielen die französische wie auch die US-amerikanische Feindaufklärung auf die deutsche Propaganda herein und gingen von einem organisierten wie schlagkräftigen Guerilla-Netzwerk aus, das hinter feindlichen Linien Attentate verüben würde.<sup>92</sup> In der Praxis beschränkten sich diese Attentate jedoch größtenteils auf das Kapfen von Telefonleitungen und Sprengen von Brücken.<sup>93</sup> Einige der als Anschläge wahrgenommenen Vorkommnisse waren auch schlicht Unfälle, wie es in Reutlingen möglicherweise der Fall gewesen ist, oder stellten sich im Nachhinein als selbst verschuldet heraus.

<sup>87</sup> SHD, 10 P 96, 1ere armée française, 2eme Bureau, bulletin de renseignements, 11. 5. 1945.

<sup>88</sup> „Werwolf“ oder „Wehrwolf“. Im folgenden nur „Werwolf“ genannt. SHD, 10 P 94, 1ere armée française, Rapport Quotidien du 2e bureau, 15. 4. 1945, S. 4 f.

<sup>89</sup> Vgl.: Ian Kershaw: Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45, München 2011. Oder auch: Cord Arendes: Schrecken aus dem Untergrund. Endphasenverbrechen des Werwolf, in: Ders.; Edgar Wolfrum; Jörg Zedler (Hrsg.): Terror nach innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkriegs, Göttingen 2006, S. 149–171, sowie: Jürgen Wolfer: Ein hartes Stück Zeitgeschichte. Kriegsende und französische Besatzungszeit im mittleren Schwarzwald, Hamburg 2012.

<sup>90</sup> Vgl. beispielsweise Berichte aus dem Kreis Biberach: „Es herrschte allgemein keine Freude über die Einführung des Volkssturms. Die Ansicht war, dass die alten Jahrgänge bestimmt nichts mehr aufhalten könnten. Überhaupt, als dann die feindlichen Truppen den Rhein überschritten hatten, war die allgemeine Stimmung schon auf das Tiefste gesunken.“ Bericht von Anton Hagmann und Johann Schmid vom 4. Februar bzw. 19. Januar 1946, zitiert nach K. Diemer (wie Anm. 47), S. 68.

<sup>91</sup> C. Arendes (wie Anm. 89), S. 156.

<sup>92</sup> SHD, 11 P 24, 2e D.I.M., 2e Bureau, Rapports Quotidiens.; SHD, 10 P 154, Directive D'Orientation no.12.; SHD, 10 P 94, 1ere armée française, 2e bureau, Rapport Quotidien du 2e bureau, 18. 4. 1945.; SHD, 11 P 149, Rapport Quotidien No 238, 27 avril 1945.

<sup>93</sup> So vermutlich auch in Wannweil geschehen. Vgl. StadtA Rt., DB 2448 k (wie Anm. 27).

Die eigene Besatzungserfahrung der Franzosen kreierte jedoch, zusammen mit den gefundenen Plänen und den vielerorts auftauchenden Wolfsangeln, dem Zeichen des „Werwolf“, eine nervöse Grundstimmung innerhalb des Offizierskorps, aus der heraus teilweise stark überzogene Reaktionen folgten. Die gewalttätige Einnahme und großteilige Zerstörung von Freudenstadt durch die französische Armee wird auf die Angst vor Einheiten des Werwolfs zurückgeführt.<sup>94</sup> Dort wurden vor dem Einmarsch Zeichen des Werwolfs gesichtet. Auch in Reutlingen wurden sogenannte „Wolfsangeln“ kurz vor dem Anrücken der französischen Armee vorgefunden. Unter anderem sollen mehrere Häuser und die Marienkirche, samt Glocke, mit dem Zeichen versehen worden sein.<sup>95</sup> Zeitgleich mit der Geislerschießung wurde daher auch in Aushängen auf den „Werwolf“ hingewiesen: „Am 23. 4. erfolgt ein Anschlag des französischen Kommandanten der Stadt, dass die Angehörigen der Wehrmacht und des Volkssturms Kriegsgefangene sind mit Ankündigung der Bestrafung für alle, die Soldaten (mit oder ohne Waffen) oder Wehrwölfe [sic] aufnehmen oder ihnen bekannten Aufenthalt nicht nennen.“<sup>96</sup>

Von der französischen Militärverwaltung wurde der Tod des französischen Soldaten und die daraus resultierende Vergeltungsmaßnahme, die Geislerschießung, also offensichtlich mit dem „Werwolf“ in Verbindung gebracht. Wie in Freudenstadt auch, scheint die Angst vor Attentaten, zusammen mit den vorgefundenen Wolfsangeln, dem Zeichen des „Werwolfs“, zu einer Überreaktion geführt zu haben. Die eigene Besatzungserfahrung – viele der in Reutlingen eingesetzten Kommando-Soldaten, das Bataillon de Choc, waren selbst im französischen Widerstand gewesen – hatte eine nervöse Grundstimmung innerhalb der französischen Armee kreierte, die in einer Angst vor einem nicht zu kontrollierenden Guerilla-Krieg resultierte. Schon am Tag nach dem Gegenangriff der Kampfgruppe Kimmich hatte die französische Militärverwaltung mit der Erschießung von zehn deutschen Soldaten gedroht, sollte irgendwo eine Panzerfaust gefunden werden.<sup>97</sup>

Nach Reutlinger Zeitzeugen-Berichten wurden noch Tage nach der offiziellen Eroberung der Stadt Verdächtige festgenommen und verhört. So beschreibt der Dekan Friedrich Keppler: „Die Übergabe [der Stadt, Anm. d. Verf.] wurde durch die Werwölfe immer wieder in Frage gestellt. Die Schiessereien am Samstagmorgen [Gegenangriff der Kampfgruppe Kimmich, Anm. d. Verf.] und während des ganzen Tages, auch noch am Sonntag, haben nicht bloss das Opfer von ganzen Wohnvierteln, sondern auch wertvolles Blut gekostet. Der Kampf gegen den Werwolf wird noch jetzt (29.4.) in aller Schärfe geführt. Nach der Kirche wird die männliche Jugend von 12–18 Jah-

---

<sup>94</sup> J. Thies; K. von Daak (wie Anm. 83), S. 36 f.

<sup>95</sup> StadtA Rt., DB 2448 k (wie Anm. 27).

<sup>96</sup> Anmerkungen in Klammern durch Kurt Graf, vgl. H. Lange (wie Anm. 5), S. 293.

<sup>97</sup> StadtA Rt., DB 2448 k (wie Anm. 27).

ren versammelt, um auf die Suche nach dem Werwolf gesandt zu werden. 11 Werwolfjungen liegen im Gefängnis. Die wahnwitzigen Drohungen der Feinde lassen schwerste Gefahr für die Stadt befürchten, wenn dieser Widerstand nicht endlich eingestellt wird.“<sup>98</sup>

Offensichtlich war die französische Militärverwaltung noch bis zur offiziellen Kapitulation am 8. Mai in nervöser Angst vor Anschlägen durch den „Werwolf“. Den Beschreibungen von Friedrich Keppler zufolge auch nicht unbegründet. Er führt sie unter anderem auch auf den Gegenangriff der Kampfgruppe Kimmich („Schliessereien am Samstagmorgen“) zurück.

Der Angst vor dem „Werwolf“ hatte Oskar Kalbfell bei der Übergabe der Stadt entgegenzutreten wollen. Es gibt Indizien, dass Kalbfell Kontakte zum lokalen „Werwolf“ und zum Volkssturm hatte. In einer Rede im November 1945 gab er an, dass ihm kurz vor Kriegsende sogar das Kommando über den lokalen „Werwolf“ angetragen wurde. Außerdem will er auch Kontakte mit lokalen Hitlerjugend-Führern unterhalten haben.<sup>99</sup> Ein Teil des Mythos der Rettung Reutlingens durch Oskar Kalbfell rührt auch daher, dass er selbst angab, die deutschen Widerstandsgruppen unter Kontrolle gehabt zu haben und damit den sicheren Einmarsch der Franzosen hat gewährleisten können. Dem gegenüber steht der Angriff der Kampfgruppe Kimmich, die unter anderem, laut Verhörprotokollen von Angehörigen der Einheit, auch aus Mitgliedern der Hitlerjugend sowie Volkssturm-Einheiten bestand.<sup>100</sup> Es ist daher fraglich, inwieweit Kalbfell wirklich Kontrolle über „Werwolf“, Hitlerjugend und Volkssturm vor Ort hatte.

Dass die französischen Panzer nachts und überraschend aus dem Hinterhalt angegriffen und französische Soldaten verletzt und getötet wurden, nachdem ihnen von Oskar Kalbfell sicheres Geleit versprochen worden war, kann auch zu einem Vertrauensverlust der Franzosen gegenüber den Reutlinger Autoritäten geführt haben. Es ist durchaus denkbar, dass dieser Umstand dazu beigetragen hat, dass die französische Militärverwaltung auf einen relativ geringfügigen Vorfall, wie es das Auffinden eines aus ungeklärter Ursache verstorbenen Soldaten war, mit dieser extremen Härte reagierte. Auch würde es erklären, warum die französischen Offiziere in diesem Fall, anders als es bei der Neuorganisation der Reutlinger Verwaltung und der Eingemeindung Pfullingens der Fall war, ihren Vertrauensmann Oskar Kalbfell nicht an der Entscheidung beteiligten.

---

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> StadtA Rt., AdN Nr. 14 a, Rede Kalbells vor dem Lehrerkollegium und den Schülern der Oberklasse der Johannes-Kepler-Oberschule und der Friedrich-List-Oberschule am 14. 11. 1945.

<sup>100</sup> SHD, 11 P 24, 2 e D. I. M., 2 e Bureau, Rapport Quotidien No. 100.





Oskar Kalbfell, hier 1946 zusammen mit einem französischen Offizier, wird nach Darstellung vieler zeitgenössischer Quellen mit einer friedlichen Übergabe der Stadt in Verbindung gebracht.

### Fazit: Reutlingen als Sonderfall der Regionalgeschichte

Von zeitgenössischen Reutlinger Quellen wird häufig auf die sinnlose Zerstörung durch die französische Armee hingewiesen, die, scheinbar aus Vergeltung für zerstörte Brücken oder die Besetzung Frankreichs, die Stadt mit Artillerie und Jagdbombern beschoss.<sup>101</sup> Diese Einschätzung zeugt jedoch von der verklärten Sicht auf die Einnahme Reutlingens, unterstützt von den eingangs erwähnten Mythen. Verkannt wird hierbei, dass der Beschuss der Stadt durchaus Teil von Kampfhandlungen war, denn Reutlingen wurde entgegen anders lautenden Berichten verteidigt, den französischen Militärberichten gar mit „Verbissenheit“.<sup>102</sup> Am sichtbarsten war dies durch die geschlossenen Panzersperren am Ortseingang von Betzingen gekennzeichnet. Volkssturm und Wehrmacht brachten sich, wie von Kurt Graf beschrieben, in Position und beschossen die Aufklärer der Franzosen. Anders lässt sich auch nicht erklären, warum die französischen Panzer vom Morgen des 19. April bis zum Nachmittag des 20. April vor Betzingen feststeckten, die Stadt von Nor-

<sup>101</sup> Vgl. beispielsweise: StadtA Rt., DB 2448 k (wie Anm. 27).

<sup>102</sup> R. Michalon (wie Anm. 12), S. 396.

den und Süden her einkreisten und erst am 21. April die Einnahme Reutlingens vermeldeten.

Die „friedliche Übergabe der Stadt“ durch Oskar Kalbfell, welche am Nachmittag des 20. April stattfand, war eben auch nur dem Vernehmen nach friedlich und widerspricht den Schilderungen der französischen Armee, die Reutlingen als besonders schwer einzunehmen beschreibt. Denn zuvor, während und nach der Übergabe der Stadt, kam es zu Schusswechseln, bei denen Zivilisten, Männer und Frauen ums Leben kamen oder schwer verletzt wurden. Kurt Graf beschreibt, dass die französischen Panzer und Maschinengewehre während des Vorrückens in die Reutlinger Innenstadt auf alles schossen, was sich bewegte.<sup>103</sup> Dieser Narrativ der friedlichen Übergabe muss daher deutlich relativiert werden.

Auch war die weitere Eroberung Reutlingens alles andere als friedlich. Insbesondere der Gegenangriff durch die Kampfgruppe Kimmich in der Nacht zum 21. April scheint besonders verlustreich auf beiden Seiten gewesen zu sein und hatte massiv zur Zerstörung der Reutlinger Innenstadt, insbesondere der Nikolaikirche, beigetragen. Der Einsatz von Kommandogruppen, der Bataillons de Choc, welche im kollektiven Gedächtnis als besonders brutal erinnert werden, lässt sich eben auf die massive Gegenwehr durch die Kampfgruppe Kimmich und den daraus entstandenen Häuserkampf zurückführen, den die französischen Armeebereiche hervorheben: „Die Deutschen verteidigen Reutlingen mit Verbissenheit. Die Kämpfe werden dort von Haus zu Haus geführt.“<sup>104</sup> Der Lagebericht der französischen Armee scheint die Vorkommnisse zwischen dem 19. und 21. April daher deutlich treffender zu charakterisieren als die häufig verklärten und wohl im Nachhinein entstandenen Reutlinger Zeitzeugen-Berichte. Dementsprechend ist die Datierung des Kriegsendes für Reutlingen auf den 20. April auch irreführend. Wirklich beendet war der Kampf um Reutlingen nämlich erst im Laufe des 21. April 1945.

Der Mythos, Oskar Kalbfell habe mit seinem Eingreifen die Stadt vor dem Bombardement durch 200 alliierte Bomber gerettet, muss darüber hinaus als eben das abgetan werden, was es ist: Ein Mythos. Der französischen Armee fehlten schlicht die eigenen Mittel wie auch die Motivation, das alliierte Kommando um die Unterstützung einer derart riesigen Bomberflotte für eine relativ kleine und leicht zu umgehende Stadt zu bitten. Vermutlich wurde dieser Mythos als Druckmittel von den französischen Offizieren genutzt, um die Reutlinger zur Kooperation zu bewegen. Die französischen Offiziere hatten ein hohes Interesse daran, die Kämpfe zu beenden und so schnell wie möglich Reutlingen zu besetzen.

In den von mir untersuchten Dokumenten der französischen Armee, die sich mit der Eroberung Stuttgarts, Tübingens, Reutlingens, Biberachs und der

---

<sup>103</sup> Kurt Graf, zitiert nach: H. Lange (wie Anm. 5), S. 287.

<sup>104</sup> Wie Anm. 20.

Schwäbischen Alb befassten, macht Reutlingen daher einen Sonderfall aus. Der relativ starke Einsatz von Jagdbombern, Kommandoeinheiten und Artillerie war für eine Stadt dieser Größenordnung äußerst ungewöhnlich und, wenn überhaupt, nur mit der Eroberung von Stuttgart zu vergleichen. Auch war ein Gegenangriff durch die Wehrmacht mit zeitweiser Rückeroberung einiger Teile der Stadt für keine andere Stadt in Württemberg-Hohenzollern dokumentiert.

So ist es auch zu erklären, dass die französische Militärverwaltung im Fall der wohl völkerrechtswidrigen Reutlinger Geislerschießungen so ungewöhnlich hart durchgriff. Gepaart mit der Angst vor Angriffen des „Werwolf“ und den vorgefundenen Wolfsangeln waren die französischen Offiziere wohl nach dem nächtlichen Beschuss ihrer Panzer äußerst nervös gewesen und reagierten im Falle eines womöglich durch einen Verkehrsunfall getöteten Unteroffiziers mit aller Härte. Die Reutlinger Geislerschießungen markieren einen weiteren Sonderfall von überregionaler Bekanntheit, der in dieser Form für keine andere Stadt in Württemberg-Hohenzollern dokumentiert ist und symptomatisch für die vorangegangenen Kämpfe war.

Die Behauptung Oskar Kalbfells, er habe Einfluss auf Hitlerjugend, „Werwolf“ und Volkssturm gehabt oder sei gar dessen Kommandant gewesen und konnte auf diese Weise eine friedliche Übergabe gewährleisten, lässt sich vor diesem Hintergrund schwer glauben. War es doch der Volkssturm, der gemeinsam mit der Wehrmacht die bereits beschriebene Verteidigung Reutlingens und Betzingens organisierte, die Öffnung der Panzersperren verhinderte und dafür sorgte, dass die Panzer aufgehalten wurden und die französische Armee mit dem Beschuss durch Artillerie und Jagdbombern reagierte. Auch waren bei dem Gegenangriff der Kampfgruppe Kimmich am 21. April Hitlerjugend und Volkssturm-Einheiten beteiligt, die angeblich unter Kontrolle des NSDAP-Kreisleiters Sponer standen und offenbar lokale Verbände waren.<sup>105</sup> Die von Kalbfell beschriebene Kontrolle der örtlichen NS-Organen scheint daher äußerst unwahrscheinlich und, sollte er dasselbe so gegenüber den französischen Offizieren behauptet haben, irreführend.

Die Rolle, die Oskar Kalbfell für das Kriegsende in Reutlingen beigemessen wird, muss daher als stark überzeichnet und von Mythen durchsetzt beschrieben werden. Ebenso wie bei seiner Biografie als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, profitierte er selbst von diesem Image, welches auch maßgeblich zu seiner politischen Karriere beitrug. Die Behauptung, man hätte Reutlingen kampflos übergeben, muss vor dem Hintergrund der schweren Kämpfe vor, während und nach dem Einmarsch der französischen Panzer revidiert werden. Dass eine Stadt friedlich übergeben werden konnte, zeigt die Einnahme des benachbarten Tübingen, bei der es tatsächlich durch die beherzte

---

<sup>105</sup> SHD, 11 P 24, 2 e D. I. M., 2 e Bureau, Rapport Quotidien No. 100.

Aktion eines Arztes zur friedlichen Übergabe der Stadt kam, die auch in der Folge friedlich bleiben sollte.

## Durch die Hölle und zurück. Der Reutlinger Kommunist Fritz Wandel

Boris Niclas-Tölle

Fitz Wandel zählt zu den weniger bekannten Persönlichkeiten der Reutlinger Stadtgeschichte des 20. Jahrhunderts. Insbesondere in den 1930er und 1940er Jahren war seine Tätigkeit jedoch durchaus relevant für das lokale politische Geschehen. Als Stadtrat und Unterbezirksleiter der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) erlangte er 1933 durch seine maßgebliche Beteiligung am Mössinger Generalstreik geschichtliche Bedeutung über die Stadtgrenzen hinaus. Als Zeuge der Nazi-Verbrechen berichtete er der befreiten Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit von den Gräueln, die er im Konzentrationslager Dachau erlebt hatte. Als dritter Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Leiter des Reutlinger Wohnungsamtes und stellvertretender Leiter der Untersuchungsausschüsse zur Säuberung der Verwaltung und der Wirtschaft von nationalsozialistischem Einfluss war er maßgeblich am frühen Wiederaufbau der Stadt beteiligt. Während es zu all diesen Themen bereits einiges an Arbeiten gibt<sup>1</sup> und auch Wandel in diesem Kontext immer wieder erwähnt und gewürdigt wird, ist es umso erstaunlicher, dass eine zusammenfassende Darstellung seines Lebens und Wirkens in Reutlingen bislang nicht vorliegt. Diese Lücke soll der vorliegende Artikel schließen, in dem ich die bekannten Daten zusammentrage. Darüber hinaus gehe ich im Detail auf einige Schriftstücke aus Wandels Gefangenenakte aus dem Landesgefängnis Rottenburg in den 1930er Jahren ein, auf die ich im Rahmen der Recherche für einen Vortrag für den Reutlinger Geschichtsverein im Jahr 2017 gestoßen bin. Diese Gefangenenakte erwies sich als ein durchaus ergiebiger Fund, da insbesondere die darin aufbewahrte Korrespondenz Wandels mit seiner Familie einen gewissen Einblick in seine Persönlichkeit und die politisch motivierte Haft erlaubt.

Diesen Akten, oder genauer gesagt, Wandels Strafregister und einer Stellungnahme des betreuenden Gefängnislehrers zu seinem „Charaktergefüge“, können unter anderem einige biografische Details aus Wandels Kindheit und Jugend entnommen werden.<sup>2</sup> Gottlob Friedrich Wandel, geboren am

---

<sup>1</sup> Neben diversen, teilweise hier zitierten Artikeln aus den Reutlinger Geschichtsblättern empfiehlt sich zum Thema: Heimatmuseum und Stadtarchiv Reutlingen (Hrsg.): Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit, Reutlingen 1995.

<sup>2</sup> StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/3, /15 und /23.

2. Mai 1898 in Ebersbach an der Fils, war demnach das älteste von sieben Kindern des Tagelöhners Johann David Wandel und seiner Frau Luise, geb. Beck, der mit seiner Familie im Jahr 1900 nach Reutlingen zog. Der Bericht des Gefängnislehrers zeichnet eine schicksalhafte Kindheit und Jugend in der württembergischen Industriestadt: Nachdem der Vater eine Anstellung als Former in einer Gießerei gefunden hatte, entwickelte er sich zu einem gewalttätigen Alkoholiker, der regelmäßig Frau und Kinder verprügelte. Um seinen Alkoholismus zu finanzieren, nahm er seiner Frau das in Heimarbeit verdiente Geld ab und zwang den jungen Fritz, ein zusätzliches Einkommen mit akrobatischen Darbietungen in Kneipen zu verdienen. 1909<sup>3</sup> starb der Vater an einer Typhuserkrankung, woraufhin der Junge neben der Schule als „Laufbursche“ arbeiten musste. Bei einem Konfirmandenausflug wurde er von einem Lehrer für die sozialdemokratische Jugend geworben. Nach Beendigung seiner Schulausbildung arbeitete er dann für eine kurze Zeit in verschiedenen Reutlinger Betrieben, bis er 1916 im Alter von 18 Jahren in die Armee eingezogen wurde. Nach der Teilnahme an der Frühjahrsoffensive an der Westfront im Jahr 1918 wurde er mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse ausgezeichnet, bevor er im August, kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges, in englische Kriegsgefangenschaft geriet. Dort erkrankte er an Typhus und versuchte dreimal vergeblich zu fliehen, bevor er im Jahr 1919 wieder nach Reutlingen zurückkehren konnte.

Der stellenweise mitfühlende Tonfall der hier wiedergegebenen Beschreibung der Kindheit von Fritz Wandel darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Quelle nicht als objektiv betrachtet werden kann. Der Text wurde offensichtlich mit der Absicht verfasst, aus der Perspektive der nationalsozialistischen Strafjustiz Wandels Entwicklung zu einem Kommunisten zu erklären. Er kann deshalb nur mit einer gewissen Distanz wiedergegeben werden. Es ist dabei auffallend, dass der Bericht die Rolle des gewalttätigen und alkoholkranken Vaters deutlich umfassender wiedergibt und dabei sogar auf Details und Anekdoten wie fehlende Pausenbrote beim Schulbesuch eingeht, als etwa auf die Erfahrungen des jungen Soldaten Wandel, der offenbar den Ersten Weltkrieg in der ganzen Härte der letzten zwei Kriegsjahre erlebte – eine Erfahrung, die seinen Charakter sicherlich nachdrücklich prägte. Letzteres wird jedoch lediglich mit kurzen lakonischen Bemerkungen wiedergegeben, auch nähere Details aus den immerhin ungefähr zwei Jahren als jugendlicher Arbeiter in nicht näher genannten Betrieben werden nicht weiter ausgeführt. Die Gefängnis-Analyse von Wandels „Charaktergefüge“ fokussiert also vor allem auf die Darstellung seiner sozialen Herkunft, die zwar durchaus empathisch geschildert, aber zugleich auch pathologisiert wird. Auf diesen Aspekt werde ich später zurückkommen. An dieser Stelle gehe ich davon aus, dass trotz der

---

<sup>3</sup> Ebd., /6; StadtA Rt., Fürsorgeamt, Einzelfallakten Nr. 12768.

fragwürdigen Motivation bei der Verfassung des Textes durchaus die Absicht bestand, eine faktenbasierte Darstellung zu erarbeiten und die Eckdaten von Wandels Werdegang also korrekt, wenn auch entsprechend selektiv hervorgehoben oder sogar lückenhaft wiedergegeben wurden.

Im September 1919 kehrte Wandel also als 21-jähriger Veteran zurück in seine Heimat Reutlingen,<sup>4</sup> die sich dem Heimkehrer trotz der völlig neuen politischen Verhältnisse nicht als gewandelte Gesellschaft präsentierte. Die Novemberrevolution von 1918 hatte sowohl Krieg als auch Kaiserreich beendet, eine Republik war ausgerufen worden. Dieser Umbruch hatte in Reutlingen unter vergleichsweise geordneten Verhältnissen stattgefunden. Die bestehende Verwaltung, bis hin zum Oberbürgermeister, hatte sich den neuen Gegebenheiten angepasst und auch die Gemeinderatswahlen im Januar 1919 hatten, über die nach langen politischen Auseinandersetzungen errungene politische Beteiligung der Frauen hinaus, keine Umwälzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit sich gebracht.<sup>5</sup> Die heraufziehenden Krisen der frühen Jahre der Weimarer Republik beherrschten jedoch bald auch die württembergische Industriestadt. Keine fünf Monate nach Wandels Rückkehr nach Reutlingen erschütterte ein von konservativen Militärs und Freikorps getragener Putschversuch das Land. Der Kapp-Putsch im März 1920 konnte durch einen beispiellos erfolgreichen deutschlandweiten Generalstreik vereitelt werden, zu dem die amtierende Regierung unter dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert aufgerufen hatte und der auch in Reutlingen von einer beachtlichen Breite der Gesellschaft mitgetragen wurde.<sup>6</sup>

Die Rettung der Republik vermochte jedoch nicht den politischen Frieden im Land zu konsolidieren. Die sozialen und wirtschaftlichen Krisen der Nachkriegszeit führten bereits im Sommer 1920 zu neuen sozialen Unruhen und in Reutlingen zu einem weiteren Generalstreik im August. Die Unzufriedenheit der sozialistischen Milieus mit der Politik der regierenden Mehrheitssozialdemokraten trat hier offen zutage. Insbesondere unter Kommunisten wurde zum Umsturz aufgerufen, um die Revolution von 1918 zu vollenden.<sup>7</sup> Mit der Gründung erster Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und anderen nationalistisch gesinnten Gruppierungen waren dann auch bald paramilitärisch organisierte Wehren der rechten

---

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Vgl. Lukas Kuhn: Ohne eigentliche Störung der öffentlichen Ordnung. Der November 1918 in Reutlingen, in: RGB NF 57 (2018), S. 65–89; Gabriel Johannes Pscheidt: Der Reutlinger Gemeinderat im Moment der Revolution 1918, in: RGB NF 57 (2018), S. 133–152.

<sup>6</sup> Vgl. Nils Martin Schulz: Die Reutlinger Generalstreiks des Jahres 1920 in Zeiten der sozialen Krise: Ruhe und Ordnung oder Fortsetzung der Revolution?, in: RGB NF 57 (2018), S. 91–114.

<sup>7</sup> Ebd.

Parteien in Reutlingen präsent, die schnell stark anwuchsen.<sup>8</sup> Das deutschlandweit zunehmend aggressive Auftreten dieser Gruppen gipfelte im November 1923 im Hitler-Putsch in München, der von der Regierung vereitelt werden konnte. Im selben Jahr kam es auch in Reutlingen zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen linken und rechten Gruppen, bevor am 23. November NSDAP und KPD gleichermaßen vorübergehend verboten wurden.<sup>9</sup>

Fritz Wandel fand in dieser von gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen geprägten Zeit seine Heimat in der KPD. Bei seiner Rückkehr schloss er sich zunächst der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an, womit er an seine Mitgliedschaft bei den Jungsozialisten vor dem Krieg anknüpfte. Wahrscheinlich wechselte er dann bereits im Herbst 1920 mit zahlreichen seiner Genossen zu den Kommunisten.<sup>10</sup> Er selbst wird dazu in den Rottenburger Gefängnisunterlagen folgendermaßen zitiert: „Zu Hause bei der Mutter kein Brot und kein Geld und ich erwerbslos. Die Not der Heimat holte mich – und wer will mich tadeln, dass ich mich um diese Not kümmerte und auf Abhilfe sann. Ich wandte mich der KPD zu und wurde eifriges Mitglied und Funktionär. Ich habe das Beste gewollt. Was man heute unter Bolschewismus versteht, damit hatte ich nie etwas zu tun, umso mehr aber mit der täglichen Not des Proletariats, das ich liebe, weil ich seine Not ausgekostet habe.“<sup>11</sup> Dass Wandel sich 1936 im Rahmen seiner Haft selbst nicht als Bolschewist bezeichnen mochte, ist sicherlich der Tatsache geschuldet, dass die Bezeichnung durch die Nationalsozialisten in erster Linie als anti-kommunistischer Kampfbegriff verwendet wurde. Insofern war die Ablehnung der Bezeichnung nachvollziehbar. Dass er gleichwohl die Zugehörigkeit zur KPD vor allem durch sein proletarisches Herkunftsmilieu begründete und sich dadurch offenbar von den Bolschewismus-Vorwürfen distanzieren konnte, war für ein Parteimitglied, das in den frühen 1920er Jahren eingetreten war, nicht unüblich. Zwar war es durchaus die Absicht der zentralistisch organisierten Führungsebenen, die Partei an der revolutionären Linie der Kommunistischen Internationale (Komintern) auszurichten. Gerade durch den

<sup>8</sup> Vgl. Manfred Maul-Ilg: „Reutlingen war ein harter Boden“ – Anfänge und Aufstieg der NSDAP in Reutlingen, in: Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 1), S. 11–41, hier S. 19–21.

<sup>9</sup> Vgl. Silke Knappenberger-Jans: Hochverrat oder versuchte Abwehr der Nazis? Ein Reutlinger Kriminalfall Mitte der 1920er Jahre, in: RGB NF 57 (2018), S. 281–367, hier S. 284–287.

<sup>10</sup> StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/15. Es wird nicht ganz klar, von welcher „Auflösung der USP“ als Zeitpunkt von Wandels Wechsel in der Quelle die Rede ist. Es erscheint plausibel, dass der Zusammenlegungsbeschluss von 1920 gemeint ist, in dessen Folge eine Vielzahl von Mitgliedern der USPD zur KPD wechselte. Dazu vgl. Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 33, bzw. für Reutlingen Paul Landmesser; Peter Päßler: Wir lernen im Vorwärtsgen! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Reutlingen 1844–1949, Heilbronn 1990, S. 258–259.

<sup>11</sup> StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/23, Ausschnitt aus einem nicht näher definierten „Schreiben vom 5. Oktober 1936“, der Adressat wird nicht genannt.



Eintritt zahlreicher ehemaliger USPD-Mitglieder, zu denen ja auch Wandel gehörte, entstand aber durchaus eine Diskrepanz zwischen der politischen Avantgarde und der Basis, die sich eher in den Traditionslinien der Sozialdemokratie vor 1914 sah.<sup>12</sup> Dass es sich auch bei der Ortsgruppe der Reutlinger KPD in den frühen 1920er Jahren nicht um eine straff aus Moskau durchorganisierte und entsprechend revolutionsbereite Truppe handelte, zeigte 2018 die in den Geschichtsblättern erschienene detaillierte Untersuchung von Silke Knappenberger-Jans.<sup>13</sup>

Fritz Wandel hingegen schien durchaus eine gewisse Linientreue entwickelt zu haben, wie sich im Folgenden zeigen wird. Als zunächst einfaches Parteimitglied stand er in den frühen 1920er Jahren nicht in der Öffentlichkeit. Dementsprechend taucht sein Name weder bei Berichten über die Streiks von 1920 auf, noch war er Teil der militanten KPD-Gruppe, die im Januar 1924 wegen der Herstellung von Sprengstoff verhaftet und verurteilt wurde. Mit seiner Frau Klara, die er im Juli 1922 geheiratet hatte und mit der er die beiden Kinder Fritz und Anita zeugte,<sup>14</sup> zog er zwischen 1925 und 1928 aus dem Ledergraben in eine Wohnung in der Tübinger Straße 33, direkt neben der Maschinenfabrik zum Bruderhaus, wo er Arbeit gefunden hatte.<sup>15</sup> Über Wandels Aufstieg in der Reutlinger KPD zu einem politischen Anführer liegen keine mir bekannten Quellen vor, aus den Prozessakten geht lediglich hervor, dass er als „Referent für alles“ bis in die 1930er Jahre der politische Leiter des Unterbezirks Reutlingen wurde.<sup>16</sup>

Nach 1924 blieb die politische und wirtschaftliche Lage in der Weimarer Republik zunächst vergleichsweise stabil, was die KPD in eine schwierige Lage brachte. Trotz der Schwächung zwischen 1920 und 1924 blieb die SPD weiterhin die stärkste Vertretung der Arbeiterklasse. Die Kommunisten scheiterten daran, sich im Rahmen einer konstruktiven Beteiligung am demokratischen Prozess signifikant von den Sozialdemokraten abzusetzen,<sup>17</sup> was sich 1924 und 1928 auch in Württemberg in den schlechtesten Reichstagswahlergebnissen für die KPD zwischen 1919 und 1933 niederschlug.<sup>18</sup> Die Antwort auf diese Problematik war eine Rückkehr zur scharfen Revolutions-

---

<sup>12</sup> K. M. Mallmann (wie Anm. 10), S. 94–105.

<sup>13</sup> S. Knappenberger-Jans (wie Anm. 9), hier S. 364–365.

<sup>14</sup> Klara Wurster, geboren am 4. Dezember 1896 in Reutlingen, war die Tochter des Müllers Karl Wurster und seiner Ehefrau Pauline (Auskunft StadtA Rt.). Wandels Gefangenenaakte berichtet fälschlicherweise von einer Eheschließung im Jahr 1924 (StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/15, S. 2).

<sup>15</sup> Adressbücher der Stadt Reutlingen, Reutlingen 1925 und Reutlingen 1928.

<sup>16</sup> StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/7, S. 4.

<sup>17</sup> K. M. Mallmann (wie Anm. 10), S. 34–54.

<sup>18</sup> Grafik: Stimmanteil von KPD, SPD und USPD bei der Wahl zur Nationalversammlung bzw. den Reichstagswahlen 1919–1933 im Oberamt Reutlingen, in: Landmesser/Päßler (wie Anm. 10), S. 296.

rhetorik. Im Sommer 1928 rief die Parteispitze auf dem 6. Komintern-Kongress den Kampf gegen den „Sozialfaschismus“ der SPD aus: Die demokratische Verfassung der Weimarer Republik und insbesondere die reformistische Politik der Sozialdemokratie sollten im selben Maße wie der Faschismus selbst bekämpft werden, der Umsturz des Systems sollte endlich eine kommunistische Revolution ermöglichen.<sup>19</sup> Die Partei verlor durch den radikalen Kurswechsel so große Teile der Mitgliederschaft, dass sogar eine Kommunistische Partei-Opposition (KPO) gegründet werden konnte. Dennoch reagierte die Regierung hart. Als die KPD im Mai 1929 zu ungenehmigten Demonstrationen aufrief, wurden diese auf Geheiß des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel blutig niedergeschlagen. Dieser Zusammenstoß von Kommunisten mit der Staatsgewalt, der als „Blut-Mai“ in die Geschichte einging, befeuerte den Kampf der Kommunisten gegen den „Sozialfaschismus“ und war andererseits Wasser auf die Mühlen der Nationalsozialisten. Die fragile Stabilität, die sich seit 1924 in der Weimarer Republik abgezeichnet hatte, endete dann spätestens mit der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929. In Reutlingen stieg wie in anderen Städten die Zahl der Erwerbslosen massiv an und radikale Gruppierungen konnten von regem Zulauf profitieren. Paramilitärische Truppen wie SA, SS, Reichsbanner, Stahlhelm, aber auch die Eiserne Front und kommunistische Gruppen marschierten immer öfter auf und lieferten sich Straßenschlachten mit der Gegenseite mit einer zunehmenden Anzahl von Toten.<sup>20</sup>

Auch das Leben des inzwischen 31-jährigen Kommunisten Fritz Wandel wurde mit der Zunahme der politischen Gewalt wieder deutlich turbulenter. Im August 1929 verurteilte ihn das Amtsgericht Tübingen wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 30 Reichsmark (RM) oder sechs Tagen Gefängnis, im November 1930 folgte eine weitere Verurteilung durch das Amtsgericht Reutlingen wegen Gefangenenbefreiung, ebenfalls zu 30 RM oder sechs Tagen Gefängnis.<sup>21</sup> Im Zuge eines lokalen Politikskandals trat Wandel dann 1931 als heftiger Kritiker von Misswirtschaft und Korruption der etablierten Strukturen in Rathaus und Verwaltung auf. In diesem Kontext stellte er sich im Rahmen einer Bürgerversammlung im Frühsommer 1931 unter anderem an die Seite der NSDAP, die zu der Zeit eine massive Hetzkampagne gegen den Gemeinderat führte.<sup>22</sup> Während die gelegentliche Zusammenarbeit von KPD und NSDAP in den frühen 1930er Jahren beim Angriff auf etablierte Institutionen ein Phänomen ist, das sich in ganz Deutschland beobachten ließ, wirft diese spezielle Situation ein gewisses Schlaglicht auf den Kommunisten Wandel. Offenbar folgte dieser zumindest in diesen Jahren stärker der revolu-

---

<sup>19</sup> K. M. Mallmann (wie Anm. 10), S. 354–363.

<sup>20</sup> M. Maul-Ilg (wie Anm. 8), hier S. 18.

<sup>21</sup> StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/6.

<sup>22</sup> M. Maul-Ilg (wie Anm. 8), hier S. 16–17.

tionären Parteilinie, als er später von sich behauptete. Wenngleich er mit seiner Kritik an der Reutlinger Verwaltung nicht gezielt mit den Nationalsozialisten kooperierte, nahm er hier doch zumindest in Kauf, diese mit seinen Taten zu unterstützen, um seine eigene Agenda zu verfolgen. Damit war er durchaus erfolgreich, als Kandidat der KPD wurde er im Dezember 1931 mit über 7000 Stimmen als einziger Kommunist in den Gemeinderat gewählt.<sup>23</sup> Es kann zwar argumentiert werden, dass Wandel durch seine Kandidatur und die Wahl in den Gemeinderat gerade nicht gegen das System handelte, sondern nach wie vor die parlamentarische Repräsentation suchte. Seine politische Arbeit im Gemeinderat war offenbar auch konstruktiv, als Leiter des Reutlinger Erwerbslosenausschusses kämpfte er 1932 politisch gegen eine Senkung der Fürsorgegerichtsätze.<sup>24</sup> Andererseits ist die Beteiligung an einem demokratischen System kein Beweis für die Absicht, dieses erhalten zu wollen. Tatsächlich folgte die Reutlinger KPD unter Wandel einer stramm linientreuen Strategie der Destabilisierung der als sozialfaschistisch deklarierten Republik. Eine Rote Gewerkschaftsopposition (RGO) rief in Konkurrenz zum etablierten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zu revolutionären Streiks auf, während in der Süddeutschen Arbeiterzeitung der KPD aggressiv gegen den ADGB und die „SPD-Bonzen“ gehetzt wurde.<sup>25</sup> Aus einem Aufruf der Reutlinger Betriebsräte vom Oktober 1931 geht hervor, dass Wandel persönlich an der Organisation und den Aufrufen zu Veranstaltungen der RGO beteiligt war.<sup>26</sup> Auch 1932 noch hetzte der antifaschistische Kampfausschuss, dessen Referent Wandel war, gegen die „Verbrechen der sozialdemokratischen Führer“, während im selben Atemzug zu einer einheitlichen Abwehrfront gegen den Faschismus und die „internationalen Kriegstreiber“ aufgerufen wurde, deren Ziel es sei, „die proletarische Sowjetunion, das leuchtende Beispiel für alle Schaffenden in Stadt und Land, zu vernichten.“<sup>27</sup>

Die Sozialdemokraten der Eisernen Front hingegen betrachteten Wandel nicht zu Unrecht als zentrale Führungsfigur der Reutlinger KPD und zugleich als Gegner. Im Wahlkampf im Vorfeld der Reichstagswahlen im November 1932 organisierte die Eiserner Front Anfang Juli, drei Wochen vor einer großen Wahlkampfveranstaltung der NSDAP mit Adolf Hitler auf der Rennwiese,<sup>28</sup> eine antifaschistische Kundgebung gegen vorher erfolgte Aufmärsche von SA und SS. Die Veranstalter schlossen die KPD davon aus und ließen Wandel für

---

<sup>23</sup> Ebd., S. 17.

<sup>24</sup> Ebd., S. 13.

<sup>25</sup> Die Rote Gewerkschaftsfront der KPD, in: Landmesser/Päßler (wie Anm. 10), S. 367–369 (Dok. 72 a und b).

<sup>26</sup> Aufruf Reutlinger Betriebsräte zur Einheitsfront gegen die Notverordnungen, in: ebd., S. 369 (Dok. 73).

<sup>27</sup> Appell der Antifaschistischen Aktion Reutlingen an alle Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, in: ebd., S. 373–374 (Dok. 75).

<sup>28</sup> M. Maul-Ilg (wie Anm. 8), hier S. 29–30.

die Dauer der Veranstaltung von der Polizei festsetzen. Während die Eiserner Front auf Flugblättern verkündete, die KPD habe einen angebotenen Burgfrieden nicht annehmen wollen, verbreitete diese später Flugblätter, auf denen Wandel eidesstattlich erklärte, er habe zu einer störungsfreien Teilnahme an der Demonstration aufgerufen, die Führung der Eisernen Front habe die Kommunisten aber dennoch ausgeschlossen.<sup>29</sup> Es ist nicht feststellbar, ob Wandel tatsächlich plante, sich angesichts des enorm wachsenden Drucks durch die Faschisten der Kundgebung der Eisernen Front unterzuordnen oder ob seitens der Kundgebungsleitung zu Recht Störungen befürchtet wurden.

Für die rückblickende Beurteilung der Situation ist diese Frage allerdings nicht relevant. Vielmehr zeigen die beschriebenen Konflikte die tiefen Gräben des Misstrauens und gegensätzlicher Überzeugungen, die sich in Reutlingen zwischen den linken Lagern gebildet hatten und die einer gemeinsamen Bekämpfung des Faschismus im Weg standen. Die Überzeugung der einen, nur eine vollständige Revolution nach Vorbild der Sowjetunion könne die Nationalsozialisten aufhalten, stand gegen die der anderen, mit allen Mitteln eine Republik verteidigen zu wollen, die sich bereits in einem weit fortgeschrittenen Zerfallstadium befand. Fritz Wandel hatte in diesem Konflikt eine klare Position eingenommen. Mit ihm war die Reutlinger KPD auf einem Konfrontationskurs, zu dem andernorts durchaus alternative Wege eingeschlagen wurden. In Eningen hatte sich bereits 1930 eine KPO gegründet,<sup>30</sup> und 1931 hatte es bei den Kommunalwahlen in Württemberg in mehreren Orten Zusammenarbeiten zwischen KPD und SPD gegeben, in Einzelfällen waren sogar gemischte Wahllisten aufgestellt worden.<sup>31</sup> Dass zu einem Streit immer zwei gehören und es neben dem politischen Bezirksleiter Fritz Wandel auch andere Kommunisten in Reutlingen gab, muss an dieser Stelle nicht vertieft werden. Ohnehin waren es weder die Kommunisten noch die Sozialdemokraten, die ab Januar 1933 eine massenmordende Diktatur errichteten. Wandel kämpfte gegen diese Diktatur, selbst über den Punkt hinaus, an dem sie nicht mehr aufzuhalten war. Dass er diesen Kampf, wie oben zitiert, „aus Liebe zum Proletariat“ führte und „nur das Beste wollte“, muss dabei nicht infrage gestellt werden. Ob der von ihm offenbar angestrebte Weg einer Revolution möglicherweise ebenso in eine Diktatur geführt hätte, ist indes eine spekulative Frage, die historisch nicht beantwortet werden kann.

---

<sup>29</sup> Auseinandersetzung zwischen der Eisernen Front und der Antifaschistischen Aktion, in: Landmesser/Päßler (wie Anm. 10), S. 375–380 (Dok. 76 a und b).

<sup>30</sup> Bericht der „Arbeitertribüne“ über die Gründung einer KPD-Opposition in Eningen, in: ebd., S. 366–367 (Dok. 71).

<sup>31</sup> K. M. Mallmann (wie Anm. 10), S. 373.

## Die Haft in Rottenburg

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die KPD reagierte noch am selben Tag und rief zu einem deutschlandweiten Generalstreik auf. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und der SPD hätte eine breite Welle der Verweigerung durch das Land gehen und wie bereits 1921 die Machtübernahme der Nationalsozialisten vereiteln sollen. Weder die Gewerkschaften noch die SPD schlossen sich aber dem Aufruf an, die SPD rief stattdessen zum Kampf auf dem Boden der Verfassung auf. Am Vormittag des 31. Januar wurde Fritz Wandel von Martin Maier, dem Mössinger KPD-Vorsitzenden, besucht, der ihm berichtete, dass in Mössingen ein Streik organisiert wurde. Wandel ließ sich von Maier nach Mössingen begleiten und hielt mehrere Reden vor den streikenden Arbeitern. Im Laufe des Tages wurden erfolgreich mehrere Produktionsstätten bestreikt, bevor die Reutlinger Schutzpolizei den Demonstrationszug der Streikenden gewaltsam auflöste. Ich verzichte an dieser Stelle auf eine ausführliche Beschreibung des Mössinger Generalstreiks, der mit umfangreicher Literatur, Theaterstücken, Dokumentarfilmen und einer eigenen Internetseite mittlerweile zu einem festen Bestandteil der lokalen Erinnerungskultur geworden ist.<sup>32</sup>

In den Tagen nach dem Streik wurden zahlreiche Personen festgenommen. 74 Streikteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden zu Freiheitsstrafen zwischen drei Monaten und einem Jahr verurteilt.<sup>33</sup> Fritz Wandel war einer von sechs Angeklagten, denen als „Rädelsführer“ des Streiks unter anderem die Vorbereitung eines Hochverrats vorgeworfen wurde, mit der Begründung, das Ziel ihres Streiks sei die Errichtung einer Diktatur des Proletariats und eine Abschaffung der Weimarer Verfassung gewesen. Das Urteil gegen Wandel wurde am 27. Oktober 1933 verkündet und fiel mit einer Haftstrafe von viereinhalb Jahren im Vergleich zu den Mitangeklagten besonders hart aus, da ihm nach Ansicht der Richter unter anderem „die geistige Leitung der Zusammenrotteten“ zur Last gelegt wurde.<sup>34</sup> Auch seine Mitangeklagten wurden mit einer Ausnahme zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Insgesamt begründete das Gericht die besondere Härte damit, dass „die Straftaten in einen

---

<sup>32</sup> Vgl. Lothar Frick (Hrsg.): „Heraus zum Massenstreik.“ Der Mössinger Generalstreik vom 31. Januar 1933 – linker Widerstand in der schwäbischen Provinz (Materialien, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), Stuttgart 2015. Die Veröffentlichung enthält nicht nur eine umfassende Literaturliste, sondern auch eine sehr gute Darstellung der Entwicklung der Erinnerungskultur bis 2015. Für eine umfangreiche und detaillierte Darstellung der Abläufe vgl. Hans-Joachim Althaus u. a. (Hrsg.): Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen“ im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes, überarb. und erw., Mössingen-Talheim 2012.

<sup>33</sup> L. Frick (wie Anm. 32), S. 36.

<sup>34</sup> StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/7, S. 20.

sehr kritischen Zeitpunkt“ fielen. Es sei andererseits zu berücksichtigen, so der Urteilsspruch, „dass damals der Umschwung zum neuen nationalsozialistischen Staat eben erst begonnen hatte. Bis dahin war der Staat Angriffen auf seinen Bestand nicht mit der nötigen Entschlossenheit entgegengetreten.“<sup>35</sup> Implizit folgte das Gericht der Ansicht, dass mit dem harten Durchgreifen der Nationalsozialisten nach 1933 mit einer „nötigen Entschlossenheit“ gehandelt wurde, um eine Verfassung zu schützen, die freilich spätestens nach der Auflösung der Parlamente im März 1933 lediglich noch Makulatur war. Das Oberlandesgericht Stuttgart reihte sich damit in eine groß angelegte Verfolgung der politischen Gegner ein, die unmittelbar nach der Machtübernahme begann. Kommunisten wurden massenhaft festgesetzt und in Schutzhaft genommen, einige kamen bald wieder frei, für andere begann ein langer Leidensweg. Verurteilungen wegen Vorbereitung zum Hochverrat nahmen im Dritten Reich insbesondere 1933 massiv zu. Wandel war einer von 1652 Angeklagten, die in diesem Jahr aufgrund dieser Anklage zu teilweise langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, in den meisten Fällen handelte es sich um Kommunisten.<sup>36</sup>

### Briefe aus der Haft

Fritz Wandel sollte wenige Monate nach Kriegsende den langen Leidensweg, der mit dieser Verurteilung begann, in einem Vortrag unter dem Titel „Ein Weg durch die Hölle“ beschreiben. Auf die Zeit seiner Inhaftierung in der Strafvollzugsanstalt Rottenburg geht er darin allerdings nur am Rande ein.<sup>37</sup> Sicher war die Gefängnisstrafe im Vergleich mit seiner späteren Gefangenschaft im Konzentrationslager Dachau leichter zu ertragen, doch auch die viereinhalb Jahre in Rottenburg waren eine Herausforderung für sich. Sie können außerdem exemplarisch für den Umgang mit politischen Gefangenen in den frühen Jahren des Dritten Reichs betrachtet werden. Allein in Rottenburg waren 1933 Hunderte Kommunisten inhaftiert worden, die Anstaltsleitung musste bereits im März zwanzig zusätzliche Hilfspolizisten einstellen, und auf dem Heuberg (bei Stetten am kalten Markt) wurde ein Konzentrationslager für weitere 1500 „Schutzhäftlinge“ errichtet.<sup>38</sup>

Der genauere Blick auf Wandels Haftzeit in Rottenburg wird durch das eingangs erwähnte Material aus seiner Gefangenenakte möglich. Darunter finden

<sup>35</sup> Ebd., S. 31.

<sup>36</sup> Nikolaus Wachsmann: Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006, S. 106–111.

<sup>37</sup> Fritz Wandel: Dachau, wie es wirklich war. Ein Weg durch die Hölle, Reutlingen 1946.

<sup>38</sup> Wigberth Schubert: Der Schlüssel zum Schloss. Die Chronik des Rottenburger Gefängnisses, Rottenburg 2017, S. 91.



sich persönliche Briefe, Ergebnisse ärztlicher Untersuchungen und sogar Dossiers, die seinen Geisteszustand analysieren. Dabei ist zu beachten, dass wir es mit bewusst als Akte zusammengestellten Materialien einer Gefängnisverwaltung des Dritten Reiches zu tun haben. So handelt es sich bei sechs handschriftlichen Briefen Wandels an seine Frau Klara wahrscheinlich um zensierte Korrespondenz, zumindest deuten darauf Beanstandungsvermerke der Gefängnisleitung und Markierungen von Passagen mit politischen Aussagen und Kritik am Strafvollzug hin. In diesem Fall ist festzustellen, dass die in der Akte abgehefteten Briefe gerade nicht repräsentativ für die gesamte Korrespondenz Wandels mit der Außenwelt sind. Dennoch sind es ebendiese Passagen, die Wandels kritische Wahrnehmung der Haftsituation verdeutlichen und so einen intensiven Blick auf seine Persönlichkeit erlauben. Auffällig ist auch, dass fünf der Briefe in relativ kurzen Abständen datiert sind, nämlich zwischen Dezember 1933, also kurz nach Antritt der Haft, bis Juni 1934. Es ist anzunehmen, dass Wandel mit der Zeit lernte, welche Aussagen eine Zensur auslösten und wie er kommunizieren musste, um das Abfangen seiner Briefe zu verhindern. Eine Ausnahme stellt lediglich der sechste Brief, wahrscheinlich aus dem Dezember 1935 dar. Wandel formuliert darin sehr offen negative Gefühle und Kritik am Vollzug. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Lapsus, der aus einem emotionalen Tiefpunkt resultiert, der auch an anderer Stelle in den Unterlagen erwähnt wird.

Da es sich um ein relativ kleines Konvolut handelt und die Texte aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden können, sind die Transkriptionen im Anhang an diese Darstellung abgedruckt.

Es lohnt sich, die Briefe nicht nur im Hinblick auf Wandels politische Persönlichkeit zu lesen. Neben den beanstandeten Passagen enthalten sie alltägliche Kommunikation, die wahrscheinlich den größten Teil der nicht abgefangenen Korrespondenz ausmacht. Trotz dieses kurzen Schlaglichts auf Wandels Leben transportieren sie damit eine Fülle von Eindrücken davon, wie Wandel mit seiner Familie umging und was ihm als Ehemann und Vater wichtig war. Zusammenfassend kann man diese Kommunikation als streng, aber auch liebevoll und fürsorglich zusammenfassen. Beinahe jeder Brief endet mit einer zärtlichen Grußformel wie „Küss mir die Kinder“ oder „Streich dem Jungen übers Haar und küss mir die Buzel als Gruß von ihrem Vater“. Er sorgte sich um die Verkehrserziehung seiner Tochter Anita, der Klara beibringen sollte, bei der Überquerung der Straße links und rechts zu schauen, und seinem Sohn Fritz<sup>39</sup> untersagte er den Beitritt zur „Jugendmannschaft des

---

<sup>39</sup> Wandels Sohn hieß Fritz wie er selbst, in den Briefen schreibt Wandel jedoch immer an „Ditze“, wahrscheinlich handelt es sich um einen Kosenamen, der jedoch eher für den Namen Dieter oder Dietrich geläufig ist. Allerdings ist es mir schwergefallen, Wandels Handschrift in diesem Zusammenhang zu entziffern, eine gewisse Unsicherheit verbleibt. Aus dem Kontext heraus bin ich aber sicher, dass Wandel sich an seinen Sohn richtet.



Turnerbundes“<sup>40</sup>, in der Hoffnung, „dass der Junge nicht zu sehr unter dem Missgeschick, welches mich getroffen hat, leiden muss, seine Jugend soll ihm dadurch nicht vergällt werden.“ Gleichzeitig begrüßte er es aber auch, wenn der Sohn an einem Ausflug nach Konstanz teilnehmen konnte, bei dem er ihn ermahnte, er solle „sich den Anordnungen des Jugendbegleiters fügen und auf der Bahn- oder Autofahrt keine Unarten treiben.“

Wandel erhielt auch Post von anderen, in einem Fall freute er sich sehr über den Brief seines jüngeren Bruders David, der ihm „ganz im Stile der Liebesbriefe der Köchin Mamuschka an ihren Schatz Fabuschka, aus den fliegenden Blättern“ schrieb.<sup>41</sup> Die Freude hinderte ihn, ganz großer Bruder, freilich nicht daran, sich über die zahlreichen Rechtschreibfehler im Brief lustig zu machen. Wandel interessierte sich für seine Familienmitglieder, erkundigte sich nach deren Wohlbefinden und fand in den Briefen die Möglichkeit, über seine Gefühle in der Haft zu sprechen. Mit seiner Frau Klara pflegte er einen vertrauten Ton, der allerdings auch ins Sauertöpfische umschlagen konnte, wenn er sie etwa darauf hinwies, dass „12 Pf. für die paar Buchstaben Deines letzten Briefes [...] sträfliche Verschwendung“ waren. Dieselben Zeilen zeigen aber deutlich, dass ihm diese Art der Kommunikation viel bedeutete. So beschwerte er sich: „Wenn ich den Brief erhalte, hoffe ich etwas von zu Hause zu erfahren und wenn ich den Brief gelesen habe, fühle ich mich gefoppt.“ Darauf folgte eine ausschweifende Metapher um eine Guillotine, die die Hoffnung des Wartenden zerschlug. Während es leicht fällt, über diese Übertreibung ins Schmunzeln zu geraten, wird gleichzeitig bewusst, wie eng die Bindung Wandels an seine Familie im Gefängnis war.

Diese Bindung war der Gefängnisleitung durchaus bewusst. In einer befürwortenden Stellungnahme zu einem Gnadengesuch Wandels im Januar 1937 argumentierte Strafanstaltsdirektor Lupfer: „An seiner Familie, an der er sehr hängt, wird er eine weitere Führung hin zum Dritten Reich haben.“<sup>42</sup> Kontakte zur Familie wurden dementsprechend unterstützt. Im Dezember 1936 nahm sich Wandels Bruder Heinrich das Leben. In seinen Briefen hatte sich Wandel wiederholt nach ihm erkundigt, stets in Sorge um dessen Gemütszustand. Offenbar war Heinrich chronisch krank, aus dem geringen vorliegenden Kontext heraus kann vermutet werden, dass er an Depressionen litt. Wandel erhielt um Weihnachten dieses Jahres für eine Nacht Freigang, um an der Beerdigung des Bruders teilnehmen zu können.<sup>43</sup>

---

<sup>40</sup> Es ist unklar, welchen Turnerbund Wandel meint. Offensichtlich ist, dass er im Falle eines Eintrittes Nachteile für seinen Sohn befürchtete.

<sup>41</sup> Die Fliegenden Blätter waren eine humoristische illustrierte Wochenschrift, die zwischen 1844 und 1944 erschien. Eine Köchin Mamuschka konnte ich darin nicht finden, dafür aber ein Digitalisat aller 100 Jahrgänge: <https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/fb> (1.2.2021).

<sup>42</sup> StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/19.

<sup>43</sup> Ebd., /17, /18.

Auch über die Haftbedingungen erfahren wir zunächst einiges aus seinen Briefen, weswegen offenbar gerade die frühen Sendungen bis Mitte 1934 nicht zugestellt wurden. Zu Beginn kommunizierte Wandel durchaus freimütig, auch über seine Sicht zu aktuellen politischen Ereignissen. Im Dezember 1933 freute er sich über den Freispruch im Reichstagsbrandstifterprozess und stellte fest, dass außer ihm Tausende Kommunisten in Haft waren. Im Januar wiederholte er seine Freude noch einmal, prompt wurde auch diese Nachricht abgefangen. Später wurde er in dieser Hinsicht vorsichtiger, lediglich im März 1934 äußerte er noch einmal Akzeptanz für sein Leid und das „tausender Gesinnungsgenossen“, wenn es denn der deutschen Arbeiterklasse helfe, doch die Frustration über seine Situation war offensichtlich. Eine Unkenntlichmachung im Text lässt feststellen, dass er sich weitere Ausführungen verkniff und im Nachhinein das Gesagte relativierte, indem er die eigene Unsicherheit betonte.

Deutlich häufiger übte er Kritik an seinem Strafvollzug, den er in zunehmender Härte wahrnahm. Während er sich im Dezember 1933 noch über die Monotonie beklagte und weiße Flecken („Flecken“) an seinen Hausschuhen offenbar aus ästhetischen Gründen entfernte, wurde bereits im Januar 1934 eine unbehandelte Zahnerkrankung zum ernsthaften Problem. Wandel klagte über schreckliche Schmerzen, sein Wunsch, den Zahn zu ziehen, wurde als Versuch interpretiert, sich vor der Arbeit zu drücken. Abgesehen davon, beschrieb er die allgemeinen Haftbedingungen zumindest im Februar 1934 als extrem monoton, grundsätzlich aber erträglich: Wandel erhielt mehrmals am Tag Mahlzeiten, er erwähnte Brot, Kaffee und Suppe. Auch wenn er sich über die Eintönigkeit des Essens beklagte und die „Fettlücke“ der 1930er Jahre offenbar auch im Rottenburger Gefängnis wahrzunehmen war, schien seine Ernährung ausreichend. Durch seine Frau wurde er mit Lesestoff versorgt, sie schickte ihm außerdem Pakete, die wahrscheinlich die bestellten Hygiene-Artikel enthielten und die ihn auch erreichten.

Dennoch wurde bald wieder die Vernachlässigung der gesundheitlichen Fürsorge durch die Vollzugsanstalt zum Problem. Zu Beginn der Haft webte er zunächst noch Jutegurte und Taschentücher an einem Webstuhl in seiner Zelle und begriff das sogar im positiven Sinne als Möglichkeit, sich müde zu arbeiten, um nachts besser schlafen zu können. Im Juni 1934 wurde er dann aber zu einer „stark staubenden Arbeit“ eingeteilt, die seine Atemwege angriff. Wandel klagte: „Abends bin ich so verstockt in der Nase, dass ich mir nur mit Mühe Luft verschaffen kann und bald dauernd Blut im Taschentuch habe, im Rachen habe ich dauernd Jutefasern, welche sich trotz allem Gurgeln nicht lösen wollen.“ Obwohl er nach Kautabak fragte, um die Arbeit zu erleichtern, wurde ihm lediglich mitgeteilt, er solle „spuren“. Im ersten halben Jahr seiner Haft war das bereits das zweite Mal, dass ihm eine grundlegende medizinische Versorgung verweigert wurde, in beiden Fällen im Kontext einer erzwungenen Arbeitsleistung. Das ist umso bemerkenswerter, als 1933 und 1934 die

deutschen Haftanstalten eher von Erwerbslosigkeit geprägt waren, als dass es einen Mangel an Arbeitskraft gegeben hätte: 1932 und 1934 waren ca. 50 % der Gefängnisinsassen ohne Arbeit, zudem standen mit den zahlreichen inhaftierten Kommunisten viele qualifizierte Insassen aus den traditionellen Arbeitermilieus zur Verfügung, die entsprechend produktiv eingesetzt hätten werden können.<sup>44</sup> Der starke Druck auf Wandel, trotz gesundheitlicher Beeinträchtigung weiterzuarbeiten, deutet also darauf hin, dass zumindest in seinem Fall Zwangsarbeit bevorzugt als Disziplinierungsmaßnahme angewandt wurde. Doch wozu wollte man ihn disziplinieren? Werkmeister Schmid, der Wandel während seiner Haftzeit beaufsichtigte, beschrieb Wandel 1937 durchweg positiv: „Ich muss Wandel das Zeugnis ausstellen, dass er stets willig und anständig war; man ist ja nicht alle Tage gleich gut aufgelegt, aber Wandel war auch an solchen Tagen stets korrekt und ich habe während dieser langen Zeit nicht einen einzigen Zusammenstoß oder Unannehmlichkeiten mit ihm gehabt. Seine Arbeit machte er pünktlich und er war fleißig.“<sup>45</sup>

### Regierungsrat Lupfer

Das Problem lag nicht in Wandels Arbeitsdisziplin, sondern vielmehr in der fehlenden Bereitschaft, sich vom Kommunismus loszusagen. Dass er seine Inhaftierung als Unrecht begriff, machte er mehrfach in seinen Briefen deutlich. Auch der Gefängnisleitung gegenüber machte er aus seiner Überzeugung keinen Hehl und es war genau dieser geistige Widerstand, der zu den harten Maßnahmen führte. Gefängnisleiter Lupfer erläuterte dies in seinem abschließenden Führungsbericht vom 19. November 1937 in aller Deutlichkeit:

„Entsprechend der streng abgeschlossenen und scharf überwachten Zellenhaft, und entsprechend Wandels innerer Persönlichkeitsstruktur, die einen langen und harten Kampf mit sich selbst bezüglich der weltanschaulichen Klärung zu führen hatte, war Wandel sonst im persönlichen Umgang, besonders aber im Anfang eher zurückhaltend, misstrauisch und verschlossen. Vorübergehend schien dann auch einmal sein seelisches Gleichgewicht, (mit als Folge der langen, auf die Gesundheit ganz allgemein einwirkenden Strafhaft und bei ihm mit als Folge der noch außerordentlich anstrengenden Arbeit, die seinen Kräftezustand damals vollständig aufgezehrt hatte) überhaupt etwas zu leiden und ziemliche Mutlosigkeit und Niedergeschlagenheit kehrte bei ihm ein. Die Schulerlaubnis und die Versetzung an die Spulmaschine waren mit Wege, ihn wieder aufzurichten.“<sup>46</sup>

---

<sup>44</sup> N. Wachsmann (wie Anm. 36), S. 85–86.

<sup>45</sup> StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/24, S. 3.

<sup>46</sup> Ebd., S. 3–4.

Was Lupfer hier in fürsorglich klingender Sachlichkeit schilderte, beschreibt den Versuch, Wandel physisch und psychisch zu brechen. An anderer Stelle, in einem Abschlussgutachten vom 18. Oktober 1937, wurde Lupfer noch deutlicher:

„Drei abgeschlagene Gnadengesuche, der Freitod eines Bruders an Weihnachten letzten Jahres, das Ergehen seiner Familie im Hintergrund während langen 4½ Jahren, gehörte Führerreden bei großen Übertragungen, laufende Berichte in der Gefangenenzeitung; all das trug mit dazu bei, wenn auch unter schweren Kämpfen, die kommunistische Weltanschauung in ihm zu zerschlagen.“<sup>47</sup>

Es birgt eine gewisse Ironie, dass Lupfer das Hören von Führerreden in eine Reihe mit wenig erbaulichen Erfahrungen setzte. Tatsächlich erlauben die Sätze einen tiefen Einblick in die Rationalität hinter Wandels Haft in Rottenburg. Das Ziel der Haft, wie es Lupfer formulierte, ging deutlich über das Verbüßen einer Straftat hinaus. Während Wandel vor Gericht noch für den Tatbestand der Vorbereitung eines Umsturzes verurteilt worden war, ging es im Gefängnis um seine „Weltanschauung“. Wandel sollte gezwungen werden, von kommunistischen Gedanken abzuschwören, und um das zu erreichen, griff man bewusst auf harte Methoden der Disziplinierung wie Isolationshaft und Zwangsarbeit zurück. Wandel war dadurch Härten ausgesetzt, die eindeutig politisch motiviert waren.

Allerdings war der Anstaltsdirektor offenbar kein glühender Nationalsozialist. Regierungsrat Karl Lupfer, Jahrgang 1887, hatte zunächst in Tübingen und später Berlin Latein, Griechisch und Recht studiert und war seit 1925 Gefängnisdirektor in Rottenburg. Ab 1941 leitete er dann bis Kriegsende die Vollzugsanstalt Wolfenbüttel.<sup>48</sup> 1950 wurde er von einem belgischen Militärgericht wegen Mordes an 40 Kriegsgefangenen im Gefängnis Wolfenbüttel zunächst zu zehn Jahren Haft verurteilt, dann aber in zweiter Instanz vor dem Militärgerichtshof in Brüssel freigesprochen.<sup>49</sup> Ein Zeuge in diesem Prozess beschrieb ihn als „Schwaben“ mit „gemütlichem und freundlichem Temperament“, der sich bemühte, seine Aufgaben so sachlich wie möglich durchzuführen.<sup>50</sup> Lupfer charakterisierte sich in seiner Verteidigungsschrift, auf seine Zeit in Rottenburg zurückblickend, selber als gutmütigen Menschenfreund, der zwischen Deutschen und Ausländern, politischen und gewöhnlichen kriminellen Gefangenen keine Unterschiede machte und dabei stets

<sup>47</sup> Ebd., /23, S. 3.

<sup>48</sup> State Archives of Belgium, Cour Militaire de Bruxelles, Prosecutor v. Lupfer et al., case 182/B/1950, 5.12.1950, Dossier de l’Auditeur militaire (A), PDF1 (1/37), online: <http://www.legal-tools.org/doc/15bd9c/> (11.2.2021), S. 224–225.

<sup>49</sup> Ebd., S. 1 (Facts & Trial Information).

<sup>50</sup> Ebd., S. 138.

alles im Rahmen des Möglichen unternahm, seinen Häftlingen zu helfen – dabei behauptete er sogar, Insassen im medizinischen Notfall persönlich in die Klinik in Tübingen gefahren zu haben.<sup>51</sup>

Dieser philanthropische Duktus findet sich in den Berichten in Wandels Gefangenenakte wieder. Lupfer schilderte Wandels Entwicklung in der Haft stets wohlwollend und berichtete auch in seinem Fall von persönlichen Besuchen zu Gesprächen in dessen Zelle. Lupfer setzte sich für Wandel ein und machte ihm dennoch zumindest die ersten Jahre seiner Haft zur Qual, weil Wandel nicht von seiner Weltanschauung abrücken wollte. Der Schlüssel zum Verständnis dieses diskrepanten Handelns liegt in Lupfers Bereitschaft, sich in die herrschende Hierarchie einzuordnen. Er selbst schrieb dazu in seiner Verteidigungsschrift in Bezug auf seine Zeit in Wolfenbüttel:

„Ich hatte [...] keinen Einspruch auf die Rechtsprechung, also auf die Verhängung gerichtlicher Strafen und konnte nicht nach meinem Belieben Gefangene aufnehmen oder entlassen, sondern war gebunden an die Weisungen der Strafvollstreckungsbehörden [...] und der mir vorgesetzten Aufsichtsbehörden. [...] Ebenso war ich hinsichtlich der Versetzung von Gefangenen in andere Anstalten an die Weisungen meiner vorgesetzten Dienststelle gebunden. Das ist altes, nicht erst nationalsozialistisches Recht. Im Strafgefängnis Wolfenbüttel [...] war seit 1938 eine Richtstätte zur Vollstreckung der Todesurteile, welche von den Gerichten mehrerer mittel- und nordwestdeutscher Oberlandesgerichte gefällt worden waren. Die Vollstreckung der Todesurteile erfolgte jeweils durch die Strafvollstreckungsbehörden [...] unter Hinzuziehung des Scharfrichters und seiner Gehilfen, niemals durch den Gefängnisvorstand. Ein einziges Mal nur ist an mich als Gefängnisvorstand eine Weisung zur Vollstreckung von 3 Todesurteilen – meines Wissens an Deutschen – ergangen. [...] Dieser Weisung bin ich selbstverständlich nicht nachgekommen. Im Übrigen beschränkte sich die Aufgabe der Gefängnisverwaltung auf die sichere Verwahrung der rechtskräftig zum Tode Verurteilten und ihre Herausgabe an die Vollstreckungsbeamten.“<sup>52</sup>

Lupfer zog sich in seiner Verteidigung auf das in vergleichbaren Zusammenhängen oft gesehene formaljuristische Argument zurück, Befehlsempfänger gewesen zu sein. Er bekräftigte dies noch dadurch, dass die Regeln, nach denen er diese Befehle ausführte, ja bereits „altes, nicht erst nationalsozialistisches Recht“ waren. An diese Befehle hielt er sich und jede Menschenfreundlichkeit seinerseits beschränkte sich auf die Spielräume, die ihm dieser Rahmen gestattete. Dieses Koordinatensystem behielt für ihn selbst dann seine Gültigkeit, als Todesurteile in seinem eigenen Gefängnis vollstreckt wurden. Erst,

---

<sup>51</sup> Ebd., S. 206–207.

<sup>52</sup> Ebd., S. 204–205.



Zellenblock im „Haus 2“ der JVA Rottenburg, 1937.

als er sie selbst vollstrecken sollte, lehnte er das ab – mit dem Argument, dass er dafür nicht zuständig sei. Mir sind keine Hinweise darauf bekannt, dass Lupfer jemals das Zustandekommen dieser Urteile und seiner Befehle infrage stellte. Im Gegenteil, 1941, im Jahr seiner Versetzung nach Wolfenbüttel, trat er in die NSDAP ein.<sup>53</sup>

Wandel war in Rottenburg also unter einem freundlichen Bürokraten inhaftiert, der im Sinne des Systems handelte. In seiner Haft erging es ihm im Vergleich nicht schlechter als vielen anderen. Isolationshaft und Zwangsarbeit waren keineswegs Vollzugsmaßnahmen, die die Nationalsozialisten erfunden hatten, auch in der Weimarer Republik war beides vielfach angewandt worden und auch

für Lupfer dürfte es sich um bewährte Mittel gehandelt haben. Nach 1933 nahm allerdings die Anwendung beider Maßnahmen insbesondere bei den zahlreichen politischen Gefangenen deutlich zu und in vielen Fällen waren die Begleitumstände wesentlich härter, vor allem, wenn die Vollzugsbeamten junge Nationalsozialisten waren. Nicht selten lebten sie ihren offenen Hass gegen die Kommunisten aus, denen sie in einigen Fällen noch kurze Zeit vorher in Straßenschlachten begegnet waren.<sup>54</sup> Wandel hatte das relative Glück, dass ihm der Kontakt zu seiner Familie gestattet wurde und abgesehen von der harten Zwangsarbeit und der schlechten medizinischen Versorgung sind keine politischen Racheakte oder andere gezielte Angriffe auf seine Gesundheit bekannt. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass Lupfer nicht zu den Vollzugsbeamten gehörte, die politische Gefangene besser behandelten als kriminelle. Für eine stille Widerstandshaltung seinerseits gibt es auch zwischen den Zeilen keine Anhaltspunkte. Dass die Haftanstalt Rottenburg unter Direktor Lupfer dennoch vergleichsweise human war, zeigt indes insbesondere der Kontrast zu der Zeit nach 1941, als unter Lupfers Nachfolger, Direktor Schwarz, die Todesfälle im Vollzug nach oben schnellten und die

<sup>53</sup> Ebd., S. 58.

<sup>54</sup> N. Wachsmann (wie Anm. 36), S. 111–119.

neue Leitung dazu übergang, „die Ausrottung der Häftlinge systematisch“ zu betreiben.<sup>55</sup>

## In der Schule

Während die Haft für Wandel zumindest bis Dezember 1935 physisch und psychisch von Härte geprägt war, gab er seinen Widerstand mit der Zeit offenbar auf. Mit der „Schulerlaubnis“ begann eine Phase, in der man versuchte, Wandel zu „bessern“. Die Idee, Häftlinge als Menschen mit Grundrechten zu sehen und sie für ein Leben nach der Haft zu schulen, war in der Weimarer Republik von Reformern des Strafvollzugs angestrebt worden und hatte in vereinzelt Vollzugsanstalten zu besseren Haftbedingungen, insbesondere aber der Einführung von Unterrichtseinheiten durch Hauslehrer geführt.<sup>56</sup> Auch wenn die Nationalsozialisten dieses Konzept der „Besserung“ im Prinzip wieder abschafften, wurde der Unterricht fortgesetzt und in diesem Rahmen versucht, Gefangene mittels NS-Propaganda in „wertvolle Glieder der Volksgemeinschaft“ zu „erziehen“. <sup>57</sup> Auch in Rottenburg gab es einen Hauslehrer, Herrn Narr, dessen Unterricht Wandel besuchen durfte, nachdem er in der Gefängnisweberei an die Spulmaschine versetzt worden war. Dieser Hauslehrer war es auch, der im Oktober 1936 das zu Beginn dieses Textes erwähnte „Charaktergefüge“ Wandels erstellte. Narr beschäftigte sich darin ausführlich mit Wandels Persönlichkeit, die er zunächst im Lichte der Rassenkunde beleuchtete. So stellte er fest, dass Wandels „Rassengepräge“ eine „Verbindung nordischer und fälischer Art“ darstellte, „nordische Lebensmächtigkeit, die zur Leistung an der Welt u. an sich selbst drängt u. frei und selbstverantwortlich in sich selbst gründet; und fälische Verharrungsschwere, die allem mit Misstrauen begegnet.“ Er bescheinigte Wandel weiter eine „schizothyme Seelenart“ mit „cholisch-sanguinischem Temperament“ und zählte diverse Charaktereigenschaften auf wie „Entweder-oder-Haltung; innere Unbeirrbarkeit; engen Interessenkreis; prinzipielle Ansichten; [...] im Bereich der Wertungen Spannungsverhältnis zwischen ‚Sein u. Sollen‘; [...] reformatorisch bekehrerischen Willen gegenüber dem Sein der Welt.“<sup>58</sup>

Selbstverständlich sah sich Narr nicht in der Position, sich mit Wandels Ansichten intellektuell auseinandersetzen zu müssen, stattdessen pathologisierte er kurzerhand alles, was an einem ‚wertvollen Glied der Volksgemeinschaft‘ nicht erwünscht war. Die Kindheit beschrieb er als proletarische Elendsherkunft, nicht ohne die frühe Beeinflussung durch die Sozialdemokratie her-

---

<sup>55</sup> W. Schuberth (wie Anm. 38), S. 56.

<sup>56</sup> N. Wachsmann (wie Anm. 36), S. 29–38.

<sup>57</sup> Ebd., S. 78–80.

<sup>58</sup> StA Sigmaringen, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/15, S. 2.

vorzuheben. Kritische Haltung und abweichende Ansichten erklärte er mit der Außenseiterdiagnose der „Schizothymie“, negative Charaktereigenschaften führte er auf einen „fälschen“ Rasseinschlag des ansonsten strammen „nordischen“ Typs zurück. Im Folgenden zitierte er Passagen aus den vorliegenden und anderen Briefen, die Wandel bis Ende 1935 an seine Frau geschrieben hatte und aus denen hervorging, dass Wandel keine Reue zu zeigen bereit sei. Umso erstaunlicher ist es, dass Narr schließlich zu folgendem Schluss kam: „Die kommunist. Weltanschauung ist in ihm zerschlagen: die äußere Entwicklung des Dritten Reiches hat alle seine Hoffnungen zuschanden gemacht u. ihm gezeigt, dass ‚sein Ziel‘ ohne ihn und seine Gesinnungsgenossen besser erreicht wird. Die Auseinandersetzung mit der nat. soz. Weltanschauung in Schule u. Lektüre hat ihn tiefer erfasst, als er zugesteht. Der Strafzweck kann bei ihm persönlich als erfüllt angesehen werden.“<sup>59</sup> Die Feststellung, dass Wandels Weltanschauung zerschlagen war, teilte, wie bereits gezeigt, auch Anstaltsleiter Lupfer, der damit einerseits die Haltung des Hauslehrers übernahm, sich andererseits aber auch auf persönliche Gespräche mit Wandel berief. Auffällig ist, dass Wandel jedoch offenbar gar nicht zugestand, dass ihn die nationalsozialistische Gesinnung erfasst hatte. Selbst im Abschlussbericht von 1937 beteuerte Lupfer: „Ich bin überzeugt, dass W. mehr von der Weltanschauung des Nat. soz. ergriffen ist, als er wahrhaben möchte.“<sup>60</sup>

Es ist rätselhaft, wie Lupfer und Narr zu der Einschätzung gelangten, dass Wandel mit dem Kommunismus gebrochen hatte, während er das selber offenbar bis zum Ende seiner Haftzeit weder zugestand noch wahrhaben mochte. Im Fall des Hauslehrers besteht die Möglichkeit, dass dieser die Wirkung seiner Lehrtätigkeit als erfolgreicher darstellen wollte, als sie war. Es scheint aber, dass Wandel tatsächlich insbesondere nach 1935 durch seine gute Führung beeindruckte und es verstand, den Vollzugsbeamten zu vermitteln, dass er für das Dritte Reich keine Gefahr darstellte, sodass das explizite Abschwören vom Kommunismus letztlich eine Formalie war, über die sie hinwegsehen konnten. Es ist auch festzustellen, dass Direktor Lupfer sich tatsächlich zum Ende der Haft hin für eine Haftverkürzung für Wandel einsetzte und die Gesellschaftsfähigkeit Wandels möglicherweise in der Befürchtung unterstrich, dass Wandels Gefangenschaft gar nicht zu einem Ende kommen sollte.

Völlig unklar ist in diesem Zusammenhang, wie es um Wandels geistiges Innenleben in dieser kritischen Phase bestellt war. Relativ sicher ist, dass Wandel um 1935 einen Tiefpunkt erreicht hatte und dass ihn eine Verbesserung der Haftbedingungen, insbesondere im Rahmen der Zwangsarbeit, wieder zu Kräften brachte. Lernte er in dieser Zeit, wie er es selbst in einem Brief vom Dezember 1933 formulierte, „aus seinem Herzen eine Mördergrube“ zu

---

<sup>59</sup> Ebd., S. 3.

<sup>60</sup> Ebd.



machen? Sicher ist auch, dass er begann, mit der Gefängnisleitung zu kooperieren, und überzeugend darlegen konnte, dass er infolge einer Entlassung aus dem Gefängnis nicht zu einer Gefahr für das System werden würde. Inwieweit es ihm hier gelang, sich zu verstellen, oder ob doch die Einschätzung Lupfers zutraf, dass eine stabile Existenz im Dritten Reich ihn als Systemgegner neutralisiert hätte, ist letztlich nicht zu klären. Belegt ist jedoch, dass Lupfer sich noch am Ende in beschwörenden Worten an die Geheime Staatspolizei (Gestapo) Stuttgart wandte: „Wir befürworten in diesem Fall, wo es sich um eine versöhnende Tat im Sinne des Hitlerworts handeln kann, dringendst eine wenigstens probeweise Verschonung von der Schutzhaft.“<sup>61</sup> Die Antwort der Gestapo am 23. November 1937, in der mitgeteilt wurde, dass ein Schutzhaftbefehl erlassen worden war, war glatt gelogen: „Es wird darin ausdrücklich vermerkt, dass mit Rücksicht auf das gute Abschlussgutachten nur eine kurze Beobachtungszeit vorgesehen ist.“<sup>62</sup>

## Dachau

Wandels Haft in Rottenburg endete fünf Tage später, am 28. November 1937. Dass für ihn der Befehl zur Schutzhaft erlassen worden war, erfuhr er erst beim Verlassen des Landesgefängnisses. Seine Frau wartete am Ausgang vergeblich auf ihn. Wandel wurde zunächst ins Schutzhaftlager Welzheim gebracht, wo er fünf Monate einsaß. Im Anschluss daran kam er in das Konzentrationslager Dachau. Wie bereits erwähnt, liegt Wandels Bericht über diese Zeit als Buch vor. Es handelt sich um die Niederschrift des Vortrages, mit dem er Ende 1945 den Bürgern in Reutlingen, und später auch anderen Orten in der Region, die Verbrechen der Nationalsozialisten vor Augen führte.<sup>63</sup> Angesichts des Inhaltes ist der Titel „Ein Weg durch die Hölle“ passend gewählt. Wandel berichtete von Misshandlungen und zahlreichen Morden, die an Grausamkeit und Niedertracht schwer zu überbieten sind. Er selbst wurde demnach mehrfach brutal misshandelt und zu extrem harter Strafarbeit gezwungen, die ihn ohne das solidarische Verhalten der anderen politischen Häftlinge wahrscheinlich das Leben gekostet hätte. Als Schuldigen für diese konkrete Strafmaßnahme benannte Wandel den Reutlinger NSDAP-Kreisleiter Sponer, der sich wegen eines Briefes an seine Frau bei der Lagerleitung über Wandel beschwert hatte. Zum Zeitpunkt der Vorträge war Sponer bereits in alliierter Gefangenschaft. Wandel erklärte sein Bedürfnis nach

---

<sup>61</sup> Ebd., /24, S. 3.

<sup>62</sup> Ebd., /25.

<sup>63</sup> Vgl. F. Wandel (wie Anm. 37).

„Rache“, wünschte ihm aber dennoch nicht den Tod, sondern Zwangsarbeit für den Rest seines Lebens.<sup>64</sup>

Im November 1942 erkrankte Wandels Frau schwer. Er erhielt die Erlaubnis, für zwei Wochen nach Reutlingen heimzukehren, um sich um sie zu kümmern. Bei seiner Ankunft konnte er wenige Worte mit seinem mittlerweile herangewachsenen Sohn wechseln, der als Soldat Heimaturlaub erhalten hatte, nun aber wieder an die Front zurückkehren musste. Dieser kurze Augenblick, in dem Wandel ihn nach mehreren Jahren wiedersehen konnte, war eine der letzten Begegnungen mit dem Sohn, der den Krieg nicht überlebte.

Wandel konnte daraufhin 14 Tage bei seiner Frau verbringen, die im Krankenhaus wieder gesund wurde. Während seines Aufenthalts in Reutlingen gelang es den Mitgliedern einer Art Widerstandsgruppe, einen Entlassungsantrag für Wandel durchzusetzen. Wandel war später davon überzeugt, dass diese Gruppe bereits seine Beurlaubung aus Dachau veranlasst hatte, was ja in der Tat alles andere als ein alltäglicher Vorgang war. In Reutlingen ist die Gruppe unter anderem deshalb bekannt, weil ihr auch der spätere Oberbürgermeister Oskar Kalbfell und andere lokalpolitische Prominente der Nachkriegszeit angehörten.<sup>65</sup> Insgesamt handelte es sich um ein Netzwerk von Regimegegnern, die aus der Schutzhaft entlassen worden waren, und NSDAP-Mitgliedern, die die Gruppe im Geheimen protegieren konnten. Zu ihnen gehörte vor allem der stellvertretende Bürgermeister Georg Allmendinger, der die Stadtverwaltung wesentlich stärker kontrollierte als der eigentliche NS-Oberbürgermeister Richard Dederer. Konkrete Widerstandshandlungen wurden von dieser Gruppe nicht begangen, ihre Tätigkeit fokussierte sich auf die Unterstützung und den Schutz Verfolgter des Regimes und ansonsten auf die Vorbereitung der Übernahme der Verwaltung nach einer sich abzeichnenden Niederlage. Zwar gab es offenbar auch Kontakte zu einer bewaffneten Widerstandszelle, die Bezeichnung einer Widerstandsgruppe wurde aber in der jüngeren Geschichte zurückhaltend verwendet, da es sich eher um ein lockeres Helfernetzwerk als um eine organisierte, aktionsfähige Gruppe handelte. Zumindes Allmendinger agierte zudem eher aus dem opportunistischen Kalkül heraus, sich im Falle einer feindlichen Übernahme als Regimegegner präsentieren zu können, eine Rechnung, die zwar nicht vollends

---

<sup>64</sup> Ebd., S. 15.

<sup>65</sup> Zur Reutlinger Widerstandsgruppe vgl. Werner Ströbele: Die Reutlinger Widerstandsgruppe. Annäherung an die Formen der Opposition des Kreises um Oskar Kalbfell und Georg Allmendinger während des Zweiten Weltkrieges anhand neuer Quellen und Berichte, in: RGB NF 34 (1995), S. 381–407, und Christine Glauning: „Die Umstellung geschieht fast zu geschwind.“ Politischer Neubeginn nach Krieg und Nationalsozialismus, in: Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 1), S. 292–315, hier S. 292–295.



Fritz Wandel mit Ehefrau Klara, Tochter Anita und Sohn Fritz, wahrscheinlich 1943.

aufging, ihn aber dennoch vor härteren Entnazifizierungsmaßnahmen bewahrte.<sup>66</sup>

Wandel musste dennoch nach Ablauf der 14 Tage zurück nach Dachau, bis seine Entlassung bearbeitet worden war. Eigentlich hätte dieser Vorgang nur wenige Wochen in Anspruch genommen, wegen einer Quarantäne dauerte es aber bis zum 17. März 1943, bis er das Lager endgültig verlassen konnte. Wandel musste in diesen letzten Wochen noch einige seiner Mithäftlinge an einer Typhus-Epidemie zugrunde gehen sehen.

Zurück in der Freiheit stellte sich bald heraus, dass die Gestapo Wandels Freilassung nur zugestimmt hatte, um ihn als Spitzel einsetzen zu können. Wandel erhielt Geld, mit dem er durch Reutlinger Lokale ziehen und Regimekritiker identifizieren sollte. Da solche Denunziationen in dieser Zeit sehr schnell zu härtesten Strafen führen konnten,<sup>67</sup> sah sich Wandel einem moralischen Dilemma ausgesetzt. In Absprache mit seiner Frau verriet er nach eige-

---

<sup>66</sup> W. Ströbele (wie Anm. 65), hier S. 406–407; C. Glauning (wie Anm. 65), S. 292 und Hans-Georg Wehling: Oskar Kalbfell. Ein biographischer Versuch, in: RGB NF 34 (1995), S. 419–486, hier S. 454.

<sup>67</sup> W. Ströbele (wie Anm. 65), hier S. 398–399.

ner Aussage niemanden und lieferte der Gestapo stattdessen unbrauchbare Informationen. Wenn diese Aussage stimmt – und die Tatsache, dass er die Mitglieder der Widerstandsgruppe durchaus in Gefahr hätte bringen können, lässt zumindest diese Vermutung zu –, zeugt sie von einer beachtlichen moralischen Standhaftigkeit im Angesicht der Gefahr, in ein Terrorlager wie Dachau zurückkehren zu müssen. Als die Gestapo feststellte, dass man Wandel „nicht zu einem Lumpen machen“ konnte,<sup>68</sup> entschied man sich, ihn in den Krieg zu schicken. Nach massiven Verlusten und militärischen Niederlagen hatte das Oberkommando der Wehrmacht 1942 beschlossen, künftig auch „wehrunwürdige“ Zivilisten als Soldaten einzusetzen. So entstand Ende 1942 das zunächst als „Afrika-Brigade 999“ bekannte „Bewährungsbataillon 999“.<sup>69</sup> Bis 1944 dienten zwangsweise ca. 13.000 ehemalige und direkt aus den Haftanstalten übergebene Sträflinge in der Truppe, die an allen Fronten eingesetzt wurde. Das Bewährungsbataillon war geprägt von brachialen Disziplinierungsversuchen durch die Führungsoffiziere, gleichzeitig aber hohen Todesraten, Desertationen und sogar Versuchen bewaffneten Widerstandes. Wandel wurde im Januar 1944 in das Bewährungsbataillon 999 eingewiesen und dann bei Kämpfen an der West- und Ostfront eingesetzt. Am 8. März 1944 wurde er schwer verwundet und geriet im Lazarett in Prag in russische Kriegsgefangenschaft. In seinem Vortrag berichtete er, dass er die Gelegenheit bekam, „die Russen und ihr Regime kennenzulernen“.<sup>70</sup> Ob es sich um ein freundliches Kennenlernen handelte, ist unbekannt. Jedenfalls schlussfolgerte er daraus, dass die Sowjetunion viel Gutes erreicht hatte, aber nicht unbedingt ein Vorbild für den Wiederaufbau Deutschlands werden sollte. Immerhin war seine Kriegsgefangenschaft diesmal von begrenzter Dauer, bereits kurz nach Kriegsende konnte er nach Reutlingen zurückkehren.

## Wiederaufbau

Der Krieg endete für Reutlingen am 20. April 1945. Der Reutlinger Sozialdemokrat und Mitglied der Widerstandsgruppe Oskar Kalbfell kapitulierte im Namen der Reutlinger Stadtverwaltung vor den Franzosen und bewahrte die Stadt so vor der Zerstörung. Bereits am 21. April konnte er die Leitung der Stadtverwaltung übernehmen, die er für fast drei Jahrzehnte behalten sollte. Wann genau Fritz Wandel in die Stadt zurückkehrte, ist unklar, es ist aber offenkundig, dass er sich nicht viel Zeit zur Erholung gönnte. Noch im selben Jahr setzte ihn Oberbürgermeister Kalbfell als Leiter des städtischen Wohnungsamtes ein, das bereits im Oktober 1945 eine Bestandserhebung zur

<sup>68</sup> Vgl. F. Wandel (wie Anm. 37), S. 46.

<sup>69</sup> N. Wachsmann (wie Anm. 36), hier S. 287–289.

<sup>70</sup> Vgl. F. Wandel (wie Anm. 37), S. 47.

Ermittlung des verfügbaren Wohnraumes in der zerstörten Stadt durchführte.<sup>71</sup> Die Umverteilung von Wohnraum in der unmittelbaren Nachkriegszeit erwies sich als undankbare Aufgabe, die weniger durch politische Abrechnungen geprägt war als durch die Notwendigkeit zu Effizienz und Pragmatismus. Alleinstehende etwa, selbst wenn sie in keinem Verdacht einer Nähe zur NSDAP standen, mussten mit höherer Wahrscheinlichkeit ihre Wohnungen räumen als etwa mehrköpfige Familien, deren Angehörige überzeugte Parteimitglieder waren.<sup>72</sup>

Kalbfell, der mit Wandel aufgrund dessen Schicksals auf einer persönlichen Ebene sympathisierte,<sup>73</sup> förderte ihn und setzte ihn als seinen dritten Stellvertreter an der Spitze der Stadtverwaltung ein. Zum ersten und zweiten Stellvertreter hatte er mit Otto Künzel und Hans Kern zwei weitere Mitglieder der Widerstandsgruppe ernannt. Der Sozialdemokrat Künzel war vor 1933 Verwaltungsbeamter in Reutlingen gewesen und als Gegner der Nationalsozialisten gemeinsam mit Kalbfell für einige Monate in Schutzhaft auf dem Heuberg inhaftiert worden.<sup>74</sup> Hans Kern war Direktor der Firma Stoll und hatte für die Widerstandsgruppe den wichtigen Kontakt zu einigen Reutlinger Industriellen hergestellt. Bereits zwei Tage nach der Besetzung durch die Franzosen war er als Leiter der wiedergegründeten Industrie- und Handelskammer eingesetzt worden.<sup>75</sup>

Kalbfell setzte Wandel außerdem im Bereich der Entnazifizierung ein. Am 10. Dezember 1945 machte er ihn zum stellvertretenden Leiter des Kreisuntersuchungsausschusses zur Entnazifizierung der Verwaltung unter der Leitung von Otto Künzel und kurze Zeit später zum stellvertretenden Leiter des Kreisuntersuchungsausschusses für die Entnazifizierung der Wirtschaft unter der Leitung des stellvertretenden Geschäftsführers der Firma Gminder, Kurt Graf.<sup>76</sup> Als sich 1946 die Wahlen eines neuen Gemeinderates abzeichneten und Kalbfell im Januar ein vorläufiges „Gemeinderatskomitee“ einrichtete, ernannte er Wandel als eines von 25 Mitgliedern.<sup>77</sup> Wandel gehörte damit von 1945 bis 1946 zum Leitungsstab der Verwaltung und trug ein signifikantes Maß an politischer Verantwortung. Darüber hinaus war er durchaus präsent

---

<sup>71</sup> Christine Glauning: Planen, Bauen, Wohnen – Zwischen Requirierung und Wiederaufbau, in: Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 1), S. 382–399, hier S. 389.

<sup>72</sup> Ebd.

<sup>73</sup> H.-G. Wehling (wie Anm. 66), hier S. 464.

<sup>74</sup> W. Ströbele (wie Anm. 65), hier S. 396.

<sup>75</sup> Elisabeth Timm: Von der Produktion für die Besatzungsmacht zum „Wohlstand für Alle“: Die Reutlinger Wirtschaft 1945 bis 1950, in: Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 1), S. 410–453, hier S. 417.

<sup>76</sup> Christine Glauning: Vom Politischen Haftlager zum „Spruchjammer“ – Die Entnazifizierung im französisch besetzten Reutlingen, in: Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 1), S. 316–324, hier S. 320–321.

<sup>77</sup> C. Glauning, „Die Umstellung geschieht fast zu geschwind“ (wie Anm. 65), hier S. 305.



Wandels Vortrag über seinen „Weg durch die Hölle“ ist bis heute ein eindrucksvolles Zeugnis über den Terror der Nationalsozialisten.

hatte.<sup>81</sup> Weniger als ein Jahr nach Ende der nationalsozialistischen Diktatur brachen die alten Konfliktlinien zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wieder auf. Zwar gab es in beiden politischen Lagern moderierende Stimmen, die zur Vereinigung aufriefen, aber der aufziehende kalte Krieg, der das besetzte Deutschland für viele Jahrzehnte lang teilen sollte, machte eine tatsächliche Vereinigung auf politischer Augenhöhe praktisch unmöglich. Die Gestaltung der Politik war bis auf die lokale Ebene eng mit den Interessen der Besatzungsmächte verknüpft und diese standen sich in zunehmendem Maße in einem Systemkonflikt gegenüber, dessen Kernfragen genau die Konfliktlinie zwischen SPD und KPD bildeten.

Als im Februar 1946 der erste Parteitag der noch nicht offiziell wiedergegründeten SPD in der französischen Besatzungszone in Reutlingen statt-

in der Öffentlichkeit. Am 20. November 1945 hielt er den bereits beschriebenen Vortrag über das Leid im Konzentrationslager in der voll besetzten Reutlinger Bundeshalle. Über die Veranstaltung berichtete mit viel Sympathie Werner Steinberg im Schwäbischen Tagblatt, der 1945 in Tübingen neu gegründeten und für einige Jahre auch für Reutlingen maßgeblichen Lokalzeitung.<sup>78</sup> Der Vortrag stieß auf große Resonanz und Wandel wiederholte ihn am 21. Dezember in Mössingen<sup>79</sup> und am 8. Januar 1946 in Pfullingen.<sup>80</sup>

Anfang 1946 sah es also danach aus, dass Wandel in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten die Geschicke der Stadt lenken würde. Bald kündigten sich jedoch wieder die ersten Risse an. Am 4. Januar konnten die Reutlinger Leser des Schwäbischen Tagblattes erfahren, dass sich in Berlin ein Komitee zur Vereinigung von SPD und KPD gegründet

<sup>78</sup> Schwäbisches Tagblatt, 20. November 1945 (10 Jahre in Mörderhand).

<sup>79</sup> Schwäbisches Tagblatt, 21. Dezember 1945 (Erster politischer Vortrag).

<sup>80</sup> Schwäbisches Tagblatt, 8. Januar 1946 (Pfullinger Rückblick).

<sup>81</sup> Schwäbisches Tagblatt, 4. Januar 1946 (Zusammenschluss der Sozialdemokraten und Kommunisten).

fand, war auch Fritz Wandel als geladener Gast anwesend. Er musste miterleben, wie sich die württembergischen Sozialdemokraten für ein Abrücken von der klassischen marxistischen Lehre stark machten und sich von Klassenkampf und Materialismus lossagten.<sup>82</sup> Am 19. Februar erschien im Schwäbischen Tagblatt eine Replik von Fritz Wandel zu der direkt daneben abgedruckten Parteitagssrede von Karl (Carlo) Schmid. In dem Leserbrief begründete Wandel zunächst das Misstrauen der Kommunisten gegen eine Einladung Schmid zum Wiedereintritt in die SPD mit dem Vorwurf, die SPD hätte mit den Kriegskrediten von 1914 und der Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen von 1933 bereits mehrfach das in sie gesetzte Vertrauen enttäuscht.<sup>83</sup> Was dann folgte, klang kämpferisch, aber zugleich war Wandels Worten Hoffnungslosigkeit anzumerken: „Freilich haben die Kommunisten vor 1933 Fehler gemacht. Das wissen wir und wir geben es zu. Wir korrigieren die unseren, so gut wir es können: Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihre Partei das auch so macht. Wir sind und bleiben der radikale Flügel der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands und wachen darüber, dass von Ihnen und Ihren Freunden nicht allzu viel an der Lehre von Marx-Engels korrigiert wird. [...] Ich war bis zu dem Tage Ihrer Rede ein fanatischer Verfechter des Vergessens alles dessen, was früher war. Weil Sie anderer Meinung sind und außerdem eine Antwort gefordert haben, antworte ich. Sollten auch Sie es für falsch halten, das Kriegsbeil von früher wieder auszugraben, dann freut es mich und wir suchen gemeinsam nach Wegen, welche unser zertretenes deutsches Volk einer sonnigen Zukunft entgegenführen.“<sup>84</sup>

Die Reutlinger KP(D) und SP(D) wurden auf lokaler Ebene im darauffolgenden März als separate Parteien neu gegründet. Fritz Wandel bildete mit Ludwig Wieland, Ludwig Arnold, Otto Nädtle und Vinzenz Mayer den Kern der neuen Kommunistischen Partei in Reutlingen.<sup>85</sup> Wandels Aufstieg in der Reutlinger Stadtverwaltung war damit beendet. Er erhielt keine neuen Aufgaben mehr und zog sich aus der Öffentlichkeit zurück. Obwohl er als Redner neben Oskar Kalbfell und Stadtrat Christian Benz bei der Kundgebung am 1. Mai 1946 angekündigt war,<sup>86</sup> trat er selbst offenbar nicht auf.<sup>87</sup>

Wie positionierte sich die KPD in Reutlingen? Wie wurden angesichts der notleidenden Bevölkerung Entnazifizierungsfragen, der wirtschaftliche Wiederaufbau, die Rolle der französischen Besatzung und vieles andere unter den

---

<sup>82</sup> Schwäbisches Tagblatt, 15. Februar 1946 (Die neue sozialdemokratische Partei).

<sup>83</sup> Die SPD hatte 1933 tatsächlich gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, *Fake News* waren eben auch damals ein Phänomen der politischen Auseinandersetzung. Ob Wandel hier bewusst Unwahrheiten reproduzierte oder er es einfach nicht besser wusste, kann nicht festgestellt werden.

<sup>84</sup> Schwäbisches Tagblatt, 19. Februar 1946 (Ich antworte Herrn Staatsrat Schmid).

<sup>85</sup> StadtA Rt., Hauptamt Az. 000–71, Ordner 1, Gründungsmitglieder KP.

<sup>86</sup> Schwäbisches Tagblatt, 30. April 1946 (Kundgebung am 1. Mai).

<sup>87</sup> Schwäbisches Tagblatt, 3. Mai 1946 (Für Sozialismus und Demokratie).

Undatiertes Foto von Fritz Wandel aus den späten 1940er oder frühen 1950er Jahren.



Parteigenossen diskutiert? In Ermangelung einer umfassenden Untersuchung der Geschichte der Reutlinger KPD nach 1945 wird gelegentlich auf den Reportage-Roman „Einzug der Gladiatoren“ von Werner Steinberg verwiesen.<sup>88</sup> Steinberg, der zwischen 1945 und 1948 als Redakteur beim Schwäbischen Tagblatt tätig war, besaß detaillierte Einblicke in die lokalen politischen Gegebenheiten der Zeit. Den „Einzug der Gladiatoren“ veröffentlichte der bekennende Marxist zwei Jahre nach seinem Umzug nach Leipzig 1956. Er beschrieb darin die Nachkriegszeit in dem fiktiven Ort „Hellenstadt“ und orientierte sich dabei bis in Details an Geschehnissen und Personen Reutlingens, die er allerdings allesamt umbenannte. Aufgrund der Nachzeichnung persönlicher Beziehungsgeflechte und politischer Verhältnisse bietet sich das Buch in der Tat als Lektüre für einen generellen Einblick in die damalige Zeit an. Gegen eine Nutzung als verlässliche Quelle sprechen aber zwei gewichtige Punkte. Zum einen sind entscheidende Ereignisse im Buch dramatisiert oder abgewandelt. Während das für historische Romane weder unüblich noch verwerflich ist, ist die fehlende Transparenz dieser Änderungen für eine historische Darstellung eine unüberwindbare Hürde. Das wird bereits an offenkundigen Änderungen wie der Besetzung Hellenstadts durch die Amerikaner anstatt der Franzosen deutlich (zu dieser Änderung wird im Nachwort von H. G. Tschörtner lapidar kommentiert, dass die Vorgänge in den Besatzungszonen im Prinzip ohnehin die gleichen gewesen seien!<sup>89</sup>). Doch auch zahlreiche kleinere Änderungen sind erkennbar, die im Endeffekt sämtliche konkreten Inhalte zur unzuverlässigen Information machen. Als noch gewichtigerer Punkt muss die Motivation des Autors betrachtet werden. Steinberg, der sich

<sup>88</sup> Werner Steinberg: *Einzug der Gladiatoren*, Leipzig 1958, das Buch wird erwähnt bei W. Ströbele (wie Anm. 65), hier S. 383, und H.-G. Wehling (wie Anm. 66), hier S. 465.

<sup>89</sup> W. Steinberg (wie Anm. 86), hier S. 557.



selbst in der Gestalt des Redakteurs Schober verewigte, zeichnete darin auch seine eigenen Konflikte mit dem Reutlinger Establishment nach, die letztlich zu seiner Entlassung als Redakteur führten. Damit wurde aus dem Reportage-Roman eine persönliche Abrechnung, in der sich Steinberg keineswegs zurückhielt, seine bisweilen durchaus gehässige Sicht auf die Dinge in der Gestaltung der einzelnen Charaktere niederzuschreiben. So wurde Oberbürgermeister Schneewind, der Oskar Kalbfell darstellt, als faschistoid-autoritärer Wolf im Schafspelz gezeichnet, während Fritz Wandel in der Person des Kranführers Schorlekay als korrumpierter Zauderer auftritt, der im Roman in auffälliger Redundanz von einem kleinen Häuschen mit rotem Ziegeldach träumt und es deshalb lange nicht wagt, gegen Schneewind aufzubegehren. Steinberg erkennt dabei durchaus an, dass Schorlekays bzw. Wandels Konfliktmüdigkeit auf Erfahrungen während der NS-Zeit zurückzuführen ist, beschreibt diese Eigenschaft aber mit deutlicher Verachtung als Charakterchwäche.

Grundsätzlich zeichnet Steinberg die persönliche Entwicklung Wandels als einen Konflikt mit der Entnazifizierung, die im Buch durch die Interessen der Industrie behindert und letztlich vereitelt wurde. Im Roman gerät Schorlekay durch seine Verurteilung eines belasteten Industriellen in einen Konflikt mit Oberbürgermeister Schneewind, der den Verurteilten aus finanzpolitischen Gründen schützen will. Schneewind schreibt Schorlekay daraufhin gegen dessen Willen kurzerhand krank und lässt ihn für einige Zeit in einem Sanatorium kaltstellen. Als Schorlekay bei seiner Rückkehr angeboten wird, als Leiter der Friedhofsverwaltung zu arbeiten, quittiert er wutentbrannt den Dienst, um wieder Kranführer zu werden.

In der realen französischen Besatzungszone kam es am 1. Juli 1947 zu einem radikalen Bruch mit den etablierten Entnazifizierungsausschüssen, denen Wandel vorstand. Nachdem die Franzosen die Entnazifizierung als politische Aufgabe betrieben hatten, wurden die Verfahren nun nach dem Vorbild der amerikanischen Besatzungszone als juristische Auseinandersetzungen weitergeführt, damit in vielen Fällen weit zurückgeworfen und durch die wesentlich komplexeren Anforderungen letztlich vereitelt.<sup>90</sup> Wandel selbst wurde 1948 in die Friedhofsverwaltung versetzt und gab alle anderen Ämter ab. Tatsächlich wurde der Schritt mit seinem schlechten Gesundheitszustand begründet, ob es eine Zwangsbeurlaubung oder einhergehende Konflikte mit Kalbfell gab, ist nicht bekannt. Angesichts der in Steinbergs Buch beschriebenen Geschehnisse und der Hintergründe der Situation erscheint es naheliegend, in dem Vorgang eine Neutralisierung Wandels in der Stadtverwaltung aufgrund eines Zerwürfnisses mit Kalbfell zu vermuten. Aus persönlichen Gesprächen mit Wandels Nachfahren konnte ich aber erfahren, dass seine Gesundheit zu

---

<sup>90</sup> C. Glauning, Vom Politischen Haftlager zum „Spruchjammer“ (wie Anm. 76), hier S. 323–324.

dieser Zeit tatsächlich bereits angegriffen war.<sup>91</sup> Langzeitfolgen seiner Haft schwächten ihn, und selbst wenn es kein Komplott gab, ihn ins Abseits zu befördern, liegt es auf der Hand, dass die Situation sehr frustrierend für ihn war. Die Frage nach den tatsächlichen Umständen der Versetzung ins Friedhofsamt muss hier mangels interner Dokumente letztlich offengelassen werden, ein nochmaliger Blick in die Archive könnte sich jedoch als lohnend erweisen. Immerhin schaffte es Wandel, auf seiner Stelle als Friedhofsverwalter politische Zeichen zu setzen. Vier Jahre nach seiner Versetzung konnte er im Februar 1952 als Vorsitzender des Vereins der Verfolgten des Naziregimes (VVN) ein Denkmal des Bildhauers Richard Raach auf dem Reutlinger Friedhof Unter den Linden einweihen. Unter der sarkophagartigen Skulptur mit der Inschrift „Den Opfern der Gewalt 1933–1945“ liegt die Asche von 128 KZ-Opfern begraben, deren Leichen zwischen Oktober 1944 und Januar 1945 im Reutlinger Krematorium verbrannt wurden. Im Jahr 2010 wurde eine ergänzende Tafel angebracht, die neben einer erläuternden Inschrift auch die Namen der Ermordeten aufzählt.<sup>92</sup>

Privat zog sich Wandel mit seiner Frau Klara in ein Haus im Reutlinger Quartier In Laisen zurück, wo die beiden 1950 eine kleine Gastwirtschaft eröffneten. Während im Wirtschaftswunder die Erinnerungen an die Nazizeit zu verschwimmen begannen, kämpfte Wandel weiter gegen das durch die Nationalsozialisten erlittene Unrecht. Ein Entschädigungsverfahren für seine Haft in Rottenburg zog sich über mehrere Jahre hin. Zwischen 1951 und 1954 führte der Stuttgarter Anwalt Hermann Göckeritz im Auftrag des VVN einen Prozess in Wandels Namen gegen das Land Württemberg-Hohenzollern und später Baden-Württemberg. Nachdem Wandel für seinen Aufenthalt im Konzentrationslager 1951 eine Entschädigungszahlung zugesprochen wurde, wurde die Haftzeit in Rottenburg vom Wiedergutmachungsausschuss beim Amtsgericht Reutlingen zunächst allerdings nicht als Unrecht anerkannt. Die Abweisung der Klage wurde mit dem 1933 geltenden Recht begründet, gegen das Wandel mit seiner Beteiligung am Mössinger Generalstreik verstoßen habe. Die Verurteilung wegen Landfriedensbruch und Vorbereitung zum Hochverrat sei daher rechtskräftig. Göckeritz legte Widerspruch gegen dieses Urteil und die Darstellung der Behörde ein, das Bewährungsbataillon 999 sei eine ganz normale Wehrmachtseinheit gewesen. Dabei wurde Wandels Soldatenausweis herangezogen, in dem vermerkt war, dass ihm eine Schusswaffe ausgehändigt worden sei. Für das Gericht war dies der Beweis, dass es sich bei den Soldaten des Bataillons nicht um Sträflinge gehandelt haben konn-

---

<sup>91</sup> 2017 hatte ich die Gelegenheit, zwei Gespräche mit dem Enkel Wandels und einigen bei meinem Vortrag anwesenden entfernteren Verwandten zu führen, durch die ich interessante Einblicke in die Lebenssituation Wandels in den späten 1940er und 1950er Jahren erhielt.

<sup>92</sup> Bilder und eine Dokumentation von der Ergänzung finden sich unter: <https://www.kz-gedenkstaette-hailfingen-tailfingen.de/php/kzht.ar.ve.reu.php> (14.3.2021).

te. Göckeritz wies in seinem Einspruch darauf hin, dass es Anfang der 1950er Jahre längst Präzedenzurteile gab, die die Argumentation des Landes widerlegten. Offenbar sah er beim Amtsgericht in Reutlingen keine Aussicht auf Erfolg, daher beantragte er im Dezember 1952, das Verfahren bis 1954 ruhen zu lassen. Im Oktober 1953 trat das Bundesergänzungsgesetz in Kraft, das erstmals eine bundesweite Regelung für Entschädigungen für Taten des NS-Regimes einführte. Damit ging die Zuständigkeit für den Fall an die Entschädigungskammer des Landgerichts Tübingen. Hier wurde der Prozess gegen das 1952 gegründete Land Baden-Württemberg weitergeführt, das durch das ebenfalls neu gegründete Landesamt für Wiedergutmachung vertreten wurde. Die Kammer gab dem Widerspruch im Juli 1954 statt und bestätigte die Rechtmäßigkeit von Wandels Entschädigungsanspruch mit der Begründung, dass die Haft in Rottenburg zweifelsfrei als nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahme einzustufen gewesen sei.<sup>93</sup> Wandel wurde eine weitere Entschädigungssumme zugesprochen, doch seine Gesundheit war mittlerweile so schlecht, dass er bei der Verhandlung selbst schon nicht mehr bei Gericht erscheinen konnte. Wandel hatte den Weg durch die Hölle überlebt, doch an den Spätfolgen starb er schließlich mit lediglich 58 Jahren am 29. April 1956.

## Fazit

Fritz Wandel sorgte einige Jahre nach seinem Tod für ein gewisses Aufsehen, nachdem die Reutlinger SPD 1971 ihr hundertjähriges Bestehen feierte und dabei in einer Festschrift die Leistung des Wiederaufbaus der Stadt durch die „drei legendären K“, Kalbfell, Künzel und Kern würdigte. Die dort abgedruckte Fotografie von 1945, die sie abbildete, war allerdings beschnitten worden. Rechts auf dem Originalbild hatte sich der Kommunist Fritz Wandel befunden, die Erinnerung an die einstmalige enge Zusammenarbeit mit ihm passte nicht zur Geschichte eines sozialdemokratischen Wiederaufbaus.<sup>94</sup> Das beschnittene Motiv entwickelte eine gewisse Symbolwirkung und wurde in den 1980er Jahren vom Künstler Alain Philippe in Öl gemalt. Das Bild wurde im Sitzungssaal der Reutlinger Wohnungsbaugesellschaft GWG aufgehängt, der in der Nachkriegszeit zunächst als Ratssaal benutzt worden war.<sup>95</sup> Die Autoren des Quellenbandes „Wir lernen im Vorwärtsgehen“, auf den ich für diesen Artikel an einigen Stellen zurückgreifen konnte, warfen der

---

<sup>93</sup> StA Sigmaringen Wü 28/3 Landgericht Tübingen 15, 629, S. 5–6 und 33–45.

<sup>94</sup> Das beschnittene Bild wurde abgedruckt in: SPD Reutlingen (Hrsg.): 100 Jahre SPD Reutlingen, Reutlingen 1971.

<sup>95</sup> H.-G. Wehling (wie Anm. 66), hier S. 463.



Oberbürgermeister Oskar Kalbfell und seine drei Stellvertreter Hans Kern, Otto Künzel und Fritz Wandel. Die SPD erinnerte später an den sozialdemokratisch geprägten Wiederaufbau der Stadt und veröffentlichte dazu einen Bildausschnitt, der lediglich die „legendären drei K’s“ zeigte – ohne den Kommunisten Fritz Wandel.

SPD 1990 dafür vor, eine „vom kalten Krieg der 50er Jahre geprägte Legende“ reproduziert zu haben.<sup>96</sup>

Tatsächlich hatte sich Wandels maßgebliche Mitarbeit in der Verwaltung auf eine kurze Zeit beschränkt. Dass er auch 1945 bis 1946 nicht zum innersten Zirkel der Verwaltungsspitze gehörte, suggeriert selbst das Originalbild, auf dem er einen deutlichen Abstand zum Geschehen einnimmt und dabei etwas verloren wirkt. Dass die Sozialdemokraten ihn bei ihrem Rückblick übersahen, kann insofern als Unsensibilität ausgelegt werden, um eine Geschichtsfälschung handelt es sich indessen nicht. Wandel wurde als Kommunist von der Wiederaufbauleistung ausgeschlossen, doch es war ebenso eine Rolle, die er selbst wählte. Für ihn war eine Eingliederung in das sozialdemokratische Reutlingen mit hoher Wahrscheinlichkeit unmöglich, da es bedeutet hätte, eine politische Identität zu leugnen, für die er viele Jahre an Haft und Folter erlitten hatte.

<sup>96</sup> Landmesser/Päßler (wie Anm. 10), S. 521.

Diese politische Identität war der Kommunismus. Wandel war ein prägendes Mitglied der Reutlinger KPD, er war überzeugter Kommunist, und was er für diese Überzeugung durchlitt, ist kaum vorstellbar. In den 1930er Jahren kämpfte er für eine politische Ideologie, die später in anderen Teilen der Welt und auch im Osten Deutschlands ebenfalls zu einer Diktatur führen sollte und nichts mit dem zu tun hatte, wofür er zu kämpfen glaubte. Diese Entwicklung lag damals jedoch in der Zukunft, die Wandel nicht kennen konnte, und auch der bereits in den 1930er Jahren existierende Stalinismus war für Wandel eine Realität, die sich außerhalb seiner Wahrnehmungsreichweite abspielte.

Dennoch bleibt Wandels politisches Denken bei genauerer Betrachtung schwer einzuordnen. Während er im Angesicht des nationalsozialistischen Regimes eine durchaus bemerkenswerte Charakterstärke und Standfestigkeit in seinen Überzeugungen bewies und diese auch mit Stolz vor sich hertrug, ist doch wenig Genaues über seine eigenen Ansichten bekannt. Abgesehen von seiner Linientreue und dem starken Wunsch nach einer linken Einheitsfront unmittelbar nach dem Krieg, gibt es so gut wie keine Dokumente, die erkennen ließen, wie weit er die kommunistischen Theorien intellektuell durchdrungen hatte, die er Zeit seines Lebens verteidigte. War der Kommunismus mehr für ihn als ein Klassenkampf, in dem er durch seine soziale Herkunft auf einer klar definierten Seite stand? Wie stellte er sich die Gesellschaft vor, für die er kämpfte? Ging es ihm um bessere Lebensverhältnisse, Gerechtigkeit oder eine große marxistische Vision von einer zukünftigen Gesellschaft? Stellte er sich diese Fragen überhaupt? Diese Fehlstelle mag neben der lückenhaften Quellenlage zu seiner Person auch darin begründet sein, dass es für umfangreiche kritische Reflexionen in Wandels politischem Werdegang nur wenig Gelegenheit gab. Viel eher erscheint sein Leben so sehr dominiert von Gewalterfahrungen und politischen Kämpfen, dass der Eindruck entsteht, dass ihn der Kampf selbst stärker prägte als die Frage, wofür er eigentlich kämpfte.

Dieser Kampf endete nicht etwa unter der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten, sondern in einem Moment, als er für kurze Zeit mehr politischen Einfluss besaß als je zuvor. Als klar wurde, dass eine Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten auch nach dem Krieg eine Illusion bleiben sollte, reagierte er zunächst gewohnt haltungsstark und offensiv, akzeptierte dann aber die Abschiebung in die Friedhofsverwaltung und realisierte für sich im Privaten den Traum von einem kleinen Häuschen, den Walter Steinberg seiner Figur Schorlekay so verächtlich übel nahm. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte er nicht als unpolitischer Mensch, aber nach vielen Jahren der schmerzhaften Trennung, im Kreise seiner Familie, die ihn nach seinem frühen Tod in liebender Erinnerung behielt.

## Anhang: Briefe aus dem Gefängnis in Rottenburg

*Im Folgenden gebe ich meine Transkription sechs handschriftlich verfasster Briefe aus Wandels Gefangenenakte wieder.<sup>97</sup> Zensurmarkierungen und Anmerkungen sind nicht transkribiert. Runde Klammern und Anführungszeichen des Verfassers habe ich übernommen, Rechtschreibung und insbesondere Interpunktion habe ich an die heutige Rechtschreibung angepasst, Änderungen und Anmerkungen meinerseits sind durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Die Reihenfolge der Briefe ist chronologisch angeordnet, die Sortierung im Archivbestand ist unregelmäßig. Der Brief vom 18. Februar 1934 liegt im Archivbestand in vier Abschnitten auf drei Blättern vor, für die Lesbarkeit musste die Reihenfolge korrigiert werden.*

**26. Dezember 1933**

Rottenburg, den 26. Dezember 1933

Liebe Clara!

Das Paket habe ich erhalten, doch hast Du nicht daran gedacht, dass ich zum Rasierapparat auch Pinsel, Seife und Spiegel brauche, ich bitte Dich daher, mir dies auch zu senden, auch hast Du mir frische Wäsche geschickt, diese wurde auf die Kammer gelegt und liegt nun dort 4 Jahre lang, ich darf hier nichts Eigenes tragen. Am meisten freuten mich die warmen Hausschuhe, nur die weißen Flecken, welche Du aufgenäht hast, wollten mir nicht gefallen, ich habe daher dieselben wieder abgetrennt, ich hoffe, Du bist mir nicht böse, dass ich Dir Deinen guten Willen hier mit Undank gelohnt habe. Ich bin auch hier in Einzelhaft, ich hoffe immer, hier wenigstens mit anderen Sträflingen zusammenzukommen. Ich weiß gar nicht, was ich Dir schreiben soll. Das Leben hier spielt sich in solch trostloser Eintönigkeit ab, dass es nichts mitzuteilen gibt. Kommunisten hat es hier in Massen, vor einem Jahr waren sie alle noch anständige Menschen, heute sind es Verbrecher, zur Nummer degradiert, um eines Flugblattes oder einer Redewendung willen. Schreibe mir bitte hie und da auch etwas über das, was in der Welt vorgeht. Du weißt schon, was mich interessiert, ich hoffe, Neiff und Wieland sind nun auch zu Hause. Wie geht es den Übrigen, welche in Untersuchungshaft sind, wann findet ihr Prozess statt? Zu fragen hätte ich viel. Wenn Du mir schreibst, dann finde den richtigen Ton, ich fürchte, man kontrolliert uns besonders. Buchheimers Frau soll auch verhaftet sein, ob das wahr ist, weiß ich nicht, Du siehst aber, dass Vorsicht am Platze ist, wenn Du mir schreibst.

---

<sup>97</sup> StA Sigmaringen Wü 32/2 T 4 Nr. 1499/9.

Sag an alle unsere Geschwister und Eltern herzliche Grüße von mir. Wenn mir diese in Deinem nächsten Brief auch wieder einen beilegen würden, würde es mich ganz besonders freuen. Ihr werdet dieser Tage armselige Weihnachten gefeiert haben, das tröstet mich, armseliger wie meine können sie nicht gewesen sein. Mit staunenswerter Hartmütigkeit werden hier Amnestieparolen kolportiert, man hofft von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr, bis die Strafe um ist, die Hoffnung auf Gnade gehört zum Gefängnismilieu, wohl dem, der sich davon freimachen kann, ihm bleibt manche Enttäuschung erspart. Ich hörte, Torgler und die Bulgaren seien freigesprochen worden im Reichstagsbrandstifterprozess. Wenn dies wahr ist, dann ist eine der größten Lügen, welche gegen die K. P. D. verbreitet wurde, zusammengebrochen. So viel Gerechtigkeit ist man ja gar nicht mehr gewöhnt. Du schreibst mir immer, ich solle mich gut führen, dann erhalte ich einen Teil meiner Strafe geschenkt. Du weißt nicht, was es heißt, im Gefängnis ein gutes Führungszeugnis zu erhalten. Da muss man Talent zum Frömmel und Heiligen haben, wer es nicht fertigbringt, aus seinem Herzen eine Mördergrube zu machen, gilt als verstockt und daher nicht gebessert. Wer sich gut führen will, darf nicht nur seine Arbeit gut und fleißig verrichten, sondern muss auch seine Tat bereuen. Wie kann ich Reue empfinden über einen Hochverrat, den ich gar nicht begangen habe. Du siehst also, dass auch Du Dich mit dem Gedanken abfinden musst, dass am 27. Nov. 1937 meine Strafe um ist. Streich dem Jungen übers Haar und küsst mir die [Buzel?] als Gruß von ihrem Vater.

Sei herzlich begrüßt von Deinem  
Fritz

**Undatiert, wahrscheinlich Januar 1934**

Liebe Clara!

Deinen Brief vom 15.1. habe ich erhalten. Wenn Du mir, seit Deinem letzten Besuch, mehr wie diesen einen Brief geschrieben hast, dann wurden dieselben beschlagnahmt, erhalten habe ich nur diesen einen.

Wohl habe ich Dir versprochen, Dir an Weihnachten einen Brief zu schreiben, habe auch einen solchen geschrieben, doch wurde er beschlagnahmt und zu den Akten gelegt, weil ich darin meiner Freude über den Freispruch Torglers im Reichstagsbrandstifterprozess Ausdruck gegeben habe.

Wenn Du mich am kommenden Samstag besuchst, dann bringe mir bitte Rasierseife, Rasierpinsel und einen Spiegel mit, damit ich mich endlich selber rasieren kann, auch eine Gesichtsseife hätte ich gerne.

Die Hausschuhe habe ich erhalten, die weißen Flecken trennte ich ab, musste aber bereits schon andere aufnähen, weil die Sohlen durch waren.

Mein Gemütszustand ist nicht der beste, ich leide an starken Zahnschmerzen und wurde keinem Zahnarzt zugeführt, man hält mich für einen Simulanten, weil ich kein geschwollenes Gesicht habe und am Zahn nichts zu sehen sei, ich wolle mir durch den Gang zum Zahnarzt nur die Verbüßung meiner Strafe unterhaltender gestalten, als ob es ein Vergnügen wäre, sich die Zähne ausreißen zu lassen. Ich werde mich wohl nochmals zahnkrank melden müssen, denn die Schmerzen sind auf die Dauer unerträglich. Glaube mir, ich hatte schon Stunden, in welchen für mich der Gedanke, zum Friedhof auszuwandern, seine Schrecknisse verloren hatte, nur der Gedanke an Dich und die Kinder hielt mich aufrecht, Du musst wissen, dass man mir hier die Bilder von Dir und den Kindern, welche Du mir nach Stuttgart geschickt hast, abgenommen und zu den Effekten auf die Kammer gelegt hat, warum man das gerade mir tut und sonst keinem, weiß ich nicht.

In meiner Zelle steht ein alter Handwebstuhl aus Holz, auf welchem ich zurzeit breite Gurte aus Jutegarn webe, ich arbeite mich täglich müde, um nachts schlafen zu können, wenn die Zahnschmerzen nicht wären, wäre alles gut.

Ich weiß, dass noch Tausende meiner Gesinnungsfreunde in den Gefängnissen schmachten, hat es doch hier eine ganze Menge Kommunisten, doch bin ich am hiesigen Gefängnis der Höchstbestrafte, ein trauriger Rekord.

Meiner Leidenschaft, Bücher zu lesen, fröne ich in jeder freien Minute, das lenkt ab.

Abends um 7 Uhr wird das Licht abgedreht, ich liege dann 12 Stunden, bis anderen Tags 7 Uhr in der Früh, im Dunkeln, meine Gedanken sind dann stundenlang bei Euch.

Ich darf nicht daran denken, dass ich dieses Stallhasen-Dasein noch nahezu 4 Jahre lang führen soll, der Gedanke ist zum schwersinnig werden, zumal wenn ich durchdenke, was ich eigentlich verbochen haben soll.

Liebe Clara, küss mir die Kinder, und der Junge soll mir auch mal wieder schreiben. An alle anderen sag herzliche Grüße. Wenn es nach mir ginge, würde ich auf Euren Besuch verzichten, hinterher quält mich nur unendliches Heimweh. Was ist mit Anna?

Herzliche Grüße sendet Dir  
Dein Fritz

**18. Februar 1934**

Liebe Clara!

Das muss ich sagen, bei Deinen Briefen liegt in der Kürze die Würze. Wenn ich Dir damit den Vorwurf mache, dass Deine Briefe zu kurz sind, dann ist es nicht richtig, dass Du mir in Deinem nächsten Briefe schreibst, ich hätte Dir ja lange



Zeit überhaupt keine Briefe geschrieben, ich sage Dir, es ist barmherziger, gar keine Briefe zu schreiben statt Brieffragmenten, denn wenn ich den Brief erhalte, hoffe ich etwas von zu Hause zu erfahren, und wenn ich den Brief gelesen habe, fühle ich mich gefoppt, doch es ist ein eigenartiges Ding, die Hoffnung, tausend zerbrochene Hoffnungen verhindern nicht, dass der Mensch zum 1001. Male hofft. Ich glaube, der zum Tode Verurteilte hofft [v. Verf. unkenntlich gemacht] unterm Fallbeil noch, das Beil würde nicht fallen.

Wenn Du mir anstatt 3 Briefe, im selben Zeitraum, mit all den Mitteilungen, nur einen schreiben würdest, so hätte dies ganz bestimmt seinen Vorteil, einmal rentierte sich das Porto, denn 12 Pf. für die paar Buchstaben Deines letzten Briefes ist sträfliche Verschwendung, zum anderen rentierte es sich für mich eher, einen solchen Brief zu lesen. Ich hoffe, ich habe mich verständlich ausgedrückt. So! – Du hast Dich also beschwert darüber, dass meine Briefe zurückbehalten worden sind. Dir wurde gesagt, dass dies untersucht werde. Wie naiv Du bist! Lang doch mal den [sic] Sprichwörter Lexikon, dort steht zu lesen: Eine Krähe hackt der andern kein Auge aus, oder: Du sollst den Teufel nicht bei seiner Großmutter verklagen usw.

Du möchtest gerne wissen, wie ich die Tage totschrage. Ja, das ist nun wieder so'ne Sache, wenn ich Dir dies schreibe, dann teile ich Dir ja Maßnahmen im Strafvollzug mit [v. Verf. unkenntlich gemacht] ich meine sowieso, dass mein letzter Brief [kassiert?] ist, doch auf die Gefahr hin will ich Dir einiges mitteilen. 7 Uhr in der Früh aufstehen, ich klappe meine Falle hoch und erhalte 1 Liter Trinkwasser, dazu reiche ich mein in der Ecke stehendes transportables Klosett einem Strafgefangenen der Stufe II, der darf nun meinen Eimer leeren, ich schreibe darf, das ist nämlich eine Vergünstigung. Wenn ich mal in Stufe II bin, dann darf ich auch den anderen, welche noch nicht so „gebessert“ sind, die Eimer leeren. Dann erhalte ich Kaffee und Brot, ½8 bis 9 Uhr webe ich, z.Z. Taschentücher, 9 Uhr gibt's Brot, bis um ½ 10 Uhr Vesper. ½ 10 – 10 Uhr Hofstunde. Wir gehen zirka 40 Gefangene im Gänsereihen im Viereck, Kopf im Dreck zum Zeichen der Reue, wer keine Reue empfinden kann, markiert's. 10 – ½ 12 Uhr Arbeit, ½ 12 bis ½ 13 Uhr Mittagspause. Man weiß so ziemlich im Voraus, was es zu essen gibt, so eintönig ist die Kost, einmal gab's Gulasch, das war eine Sensation, da war nämlich tatsächlich Fleisch drin und obendrauf schwammen richtiggehende Fettaggen, es ist dies das einzige Mal, dass ich Mühe hatte, meinen Essensnapf mit kaltem Wasser reinzubekommen. Sonst geht's immer wie der [Wisch?]. ½ 13 – ½ 18 Uhr Arbeiten, um 15 Uhr gibt's einen Liter Trinkwasser, es kommt dann wieder einer leeren, Kaffee nehmen, Suppe fassen, um 7 Uhr Licht aus bis anderntags 7 Uhr, ich bringe also von täglich 24 Stunden 12 in horizontaler Lage zu, man wird zur [Schlafhorde?] erzogen, solche sollen besser zu regieren sein. Jede freie Minute lese ich, zzt. Tut-ench-Amun, ein Ägyptisches Königsgrab, kein Roman, sondern ein archäologischer Bericht mit vielen Abbildungen. Dabei vergesse ich die Trostlosigkeit der Gegenwart und phantasiere mich in die Vergangenheit

prunkvoller ägyptischer Königsgruft. Hier und da schaue ich durchs Gitter, doch die Aussicht ist nichts wert und das bisschen wird mir verleidet, durch aus der Küche aufsteigende [Sauerkrautdüfte?]. Küß mir die Kinder

Dein Fritz.

**18. März 1934**

Liebe Clara!

Deinen Brief habe ich erhalten, den ersten nicht ganz, etwas war durchgestrichen. Ich will heute versuchen, so zu schreiben, dass der Brief keine Angriffsfläche bietet, ich muss eben mit der Sonde durch den deutschen Wörterschatz stolpern, um keine unmäßigen Satzbildungen zusammenzustellen, sonst gibt's wieder Arrest, komme also im Gefängnis ins Gefängnis, so was gibt's nämlich. Dein letzter Brief war ein ausgesprochener Hiobsbrief. Sage Deiner Mutter herzliche Grüße von mir und es betrübt mich sehr, dass sie sich um meinewillen so sehr abrämt, es wäre mir recht, wenn Du Mutter auf andere Gedanken bringen könntest. Vielleicht beruhigt sie sich auch ein wenig, wenn mein heutiger Brief Dich erreicht und Du denselben Deine Mutter lesen lässt. (Ich schreibe eine saumäßige Handschrift, bin maßlos nervös geworden.) Sage Mami, sie soll an Heinrich herzliche Grüße von mir schreiben und wenn es ihm einmal schwer werde, dann soll er an mich denken, dann werde es ihm wieder besser. Von mir kann ich berichten, dass ich mich gesund fühle und hoffe, nie die Hilfe des Arztes brauchen zu müssen, denn seitdem ich mich mit Zahnschmerzen krankmelden musste, ist mein Vertrauen zu den hiesigen Heilkünstlern flöten gegangen. Du möchtest gerne wissen, wie mir zumute ist, das würde ich Dir gerne schreiben (denn es ist ja dies die einzige Möglichkeit, dass ich mich aussprechen könnte), wenn die Briefe nicht zensiert würden, so verzichte ich darauf, denn an meiner seelischen Not soll sich niemand ergötzen. Nach Ostern darf [Ditze?] nach Konstanz, das freut mich, dass der Junge nicht zu sehr unter dem Missgeschick, welches mich getroffen hat, leiden muss, seine Jugend soll ihm dadurch nicht vergällt werden, deshalb verbiete ich ihm ja auch, der Jugendmannschaft des Turnerbundes beizutreten, dass Du befürchtest, es könnte ihm etwas passieren ist übrig, er soll sich den Anordnungen des Jugendbegleiters fügen und auf der Bahn- oder Autofahrt keine Unarten treiben, dann geht's gut, hoffentlich ist er immer folgsam, dass ich keine Klagen mehr über ihn hören muss. Wie geht's mit Anita, hat sie erneut einen Ausschlag oder ist sie jetzt gesund? Sie soll, wenn jetzt der Frühling kommt und sie ist immer auf der Straße, immer daran denken, dass sie letztes Jahr unter ein Auto kam und dass es nicht immer so gut abläuft wie dazumal, der Kanzleiplatz ist so groß, dass sie nicht auf der Straße spielen muss, und wenn sie über die Straße gehen will, dann stille stehen, erst links, dann rechts

schauen, dann schnell und nicht schräg, sondern gerade über die Straße gehen, sag dies Anita und gib ihr einen Kuss von mir. Du kriegst ihn wieder, wenn ich mal nach Hause komme. Sag auch meiner Mutter herzliche Grüße, und sie soll sich nicht zu sehr grämen wegen mir und Heinrich. Sie hat in ihrem Leben schon Schweres zu tragen gehabt, auch dieser Schicksalsschlag geht vorüber. Wenn das, was ich und Tausende meiner Gesinnungsgenossen jetzt zu tragen haben, der Deutschen Arbeiterklasse zu Nutz und [Traum?] diene, dann will ich es gerne tragen, [v. Verf. unkenntlich gemacht] doch das ist ein Vorurteil, und Vorurteile sind sträflich, deshalb schon, weil ich ja völlig desorientiert bin. Liebe Clara, ich bitte Dich, achte auf meine Bücher, ich habe nichts dagegen, wenn Du hie und da eines ausleihst, doch schau Dir die Leute an, bevor Du eines weggibst, und trage Sorge, dass alle beisammenbleiben. Wenn Du mich das nächste Mal besuchst, dann bringe mir Goethes Liebesleben mit, ich erhalte hier wöchentlich nur zwei Bücher und habe daher oft schon ab Montag nichts mehr zu lesen.

Sag an alle herzlichen Grüße und sei begrüßt von Deinem Fritz.

## **Juni 1934**

Liebe Clara!

Dir zu schreiben, es geht mir gut, wäre Lüge. Doch fühle ich mich gesund und hoffe, dass zu Hause auch alles wohl ist. Was schreibt Euch Karl aus Amerika? Wenn ihr ihm schreibt, dann schreibt ihm auch herzliche Grüße von mir. Bei Deinem letzten Besuch habe ich ganz vergessen, Dir an David und Bertha Grüße aufzutragen, sage David: seinen Brief hätte ich erhalten, so hätte mir beim Lesen noch kein Brief Spaß gemacht wie seiner, ich hätte ihn so oft gelesen, dass ich ihn hinterher auswendig aufsagen konnte. David schrieb mir nämlich ganz im Stile der Liebesbriefe der Köchin Mamuschka an ihren Schatz Fabuschka, aus den fliegenden Blättern. Ich will Dir im Folgenden einige Proben mitteilen, auch Du sollst ein wenig etwas zum Lachen haben. Er schrieb:<sup>98</sup> „Ich und Berda und die Kinter sind gesunt. Soeben hat Margod einen Most geholt. Sie sakte: Das habe ich auch noch nicht gesehen, daß der Vater schreibt! (Ich will das nicht gerne glauben, kam es ihm doch selber etwas spanisch vor.) Wem er denn schreibe, habe Margot gefragt: Dem Onkel Fritz und Heinrich (also auch Heinrich bekam einen Brief) Margot habe dann gesagt: Wenn ich mal nach Hause komme und sie besuche, dann hole sie allen Most herauf.

---

<sup>98</sup> Die gehäuften Rechtschreibfehler im folgenden Abschnitt sind für Wandel ungewöhnlich, sodass sie vermutlich eine absichtliche Wiedergabe der Fehler aus dem Brief von David sind. Deshalb wurden sie originalgetreu belassen.

Am 1. Mai hätten sie vorm Tiefbauamt schon morgens um 4 Uhr auf dem Marktplatz Nuteln stege n müssen. Ich dachte immer: Nuteln? Nuteln? Was sind denn Nuteln? Erst aus dem Zusammenhang ist mir dann klar geworden, dass sie auf dem Marktplatz zur Abschränkung eiserne Pfähle rammen mussten und dass das in der Fachsprache des Tiefbauamtes Nudeln stecken heißt. Nachmittags hätte dann das ganze Tiefbauamt demonstriert alle in neuen blauen Arbeitzfrondanzügen, sah schneidick aus. An Nod hätten sie nicht zu klagen, schrieb er weiter, (wenn ich das wörtlich nehme, dann schreit bei ihm zu Hause die Not aus allen Ecken, ich muss das eher wohl anders nehmen. denn Margot könnte ja [nicht?] Most holen).“

Ich korrigierte den Brief und fand nicht weniger wie 67 Fehler. U-bögen und -töpfelchen hält David für sträfliche Zeitenvergeudung. Komma oder Punkte gibt's bei ihm gar nicht. Armer David, dachte ich. Wenn Du mit diesem Brief zur Schule gingst und 20 Hände hättest, würde dein Schulmeister noch über Platzmangel klagen, wo er die Tatzen alle unterbringen soll, welche Du verdient hast. Sag ihm, er soll mir bald wieder einen Brief schreiben, er soll denselben aber beileibe nicht seine Margot lesen lassen, sonst korrigiert mir das Kind alle Fehler weg und für mich ist die ganze Freude beim Teufel.

Wie steht's? Hast Du das Geld vom Konsum erhalten? Wenn ja, dann lass damit Deine Zähne richten, erkundige Dich aber zuvor nach dem Preis. Ich hätte eine ganze Menge zu fragen und zu erzählen, doch Du weißt ja, dass ich dies durch die Briefe nicht fragen und erzählen will. [Ditze?] soll mir, nachdem er mich das letzte Mal nicht besuchen konnte, wenigstens etwas schreiben. Hast Du ihm ein Schreibheft gekauft? Wie ich Dir gesagt habe und schreibt er die aufgetragene Arbeit? Das will ich wissen.

Alle, auch Deine Briefe, welche ich bisher erhalten habe, habe ich vernichtet. Ich sollte die Briefe abgeben, damit dieselben zu den Effekten gelegt werden, ich habe dann natürlich keine Kontrolle mehr über die Briefe, deshalb zerriss ich sie, bewahre dafür Du meine Briefe gut auf, es ist einiges enthalten, an was ich mich später erinnern möchte. Zurzeit habe ich eine unglaublich stark staubende Arbeit, die soll ich nun wochenlang verrichten, abends bin ich so verstockt in der Nase, dass ich mir nur mit Mühe Luft verschaffen kann und bald dauernd Blut im Taschentuch habe, im Rachen habe ich dauernd Jutefasern, welche sich trotz allem Gurgeln nicht lösen wollen. Ich habe dafür um Kautabak gebeten, doch wurde mir dies abgelehnt mit dem Hinweis, ich solle spüren. Ich muss also hier spüren lernen, weil ich es noch nicht kann, trotzdem ich 1½ Jahre lang eine 4-köpfige Familie mit 12 MK Erwerbslosenunterstützung durchgebracht habe, ohne Schulden zu machen. Ich habe schon viel gelernt, seitdem ich hier bin.

Herzliche Grüße an alle Fritz.  
Küss mir die Kinder

## Undatiert, wahrscheinlich Dezember 1935

Liebe Clara!

Bei Deinem letzten Besuch hatte ich mir vorgenommen, mir von Anita ihr Weihnachtsgedicht vorsagen zu lassen, habe es aber glücklich vergessen. Vielleicht schreibst Du mir das Gedicht, wie's heißt, wenn ich es noch nicht kenne. [Ditze?] wird wohl fleißig mit Skifahren beschäftigt sein, vielleicht hat er trotzdem ein wenig Zeit übrig, um mir zu schreiben, wie ihm seine Telemarkschwünge gelingen. Am Heiligen Abend hab ich an Euch gedacht, ich habe Euch wohl nicht verfehlt, wenn ich meine Gedanken nach Villa Kanzleiplatz sandte, dort seid ihr sicherlich gewesen. Um der Sitte zu genügen, sei so gut und sage allen herzliche Grüße zum neuen Jahr, auch Euch, Dir und den Kindern wünsche ich das Beste.

Bei diesem Wetter denke ich manchmal an Heinrich, es wird ihn wohl mächtig schlauchen, denn schließlich ist er das nicht gewöhnt, zumal nach dem, was er durchgemacht hat. Die Kinder sollen mir noch schreiben, was sie zu Weihnachten erhalten haben und von wem sie etwas bekamen. Gestern nahm ich an der Weihnachtsfeier teil, wir saßen vor ungeschmückten Tannensäulen als Symbol, wie freudlos für uns Weihnachten sei, vielleicht auch um uns deutlich zu machen, dass wir Menschen II. Klasse sind, im Übrigen zeigte man Lichtbilder, Krippenbilder u. [Malereien?] von [Rubens?], Raphael, Stifter usw. Gesang und Musik, teilweise von Gefangenen vorgetragen.

Das war das dritte Weihnachten, das ich auf Zelle 94 frieren muss und darf noch ein Jahr hier frieren, um kurz vor dem folgenden entlassen zu werden, da nützt alles Glück wünschen zum neuen Jahr nichts. Wenn ich mir doch hätte wenigstens etwas zuschulden kommen lassen, dass ich mir sagen könnte, dass ich zu Recht hier bin, vielleicht ließe es sich dann besser ertragen.

Habt ihr auch satt zu essen? Ich höre und lese immer wieder von Fettknappheit, es muss da etwas nicht in Ordnung sein. Ich weiß Euch wirklich nicht mehr zu schreiben, ich muss jeden Satz mühsam zusammensuchen, um überhaupt etwas schreiben zu können. Ja, wenn ich noch schreiben könnte, wie es mir um das Herz ist, dann reichte der Raum bei Weitem nicht. [Vom Verf. unkenntlich gemacht.]

Seid alle herzlich begrüßt  
von Eurem Vater  
Küss mir die Kinder.



## „Arbeit im Dienst der Textilindustrie der ganzen Welt“<sup>1</sup> Modernisierung und Rationalisierung beim Unternehmen Emil Adolff 1918 bis 1939

Marisse Hartmut

### Vorwort

Die Firma Emil Adolff gehörte rund hundert Jahre zu den bekanntesten Firmen in Reutlingen und war aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Die Emil-Adolff-Straße und die momentan noch bestehenden Firmengebäude sind vielen Reutlinger Bürgern ein Begriff.

Die Firma war ein klassischer Zulieferbetrieb für die Textilindustrie und fertigte Hülsen und Spulen, die als Garnträger dienten. Das Portfolio umfasste anfangs Hartpapierspulen für Drosselspindeln und Zettel- und Flyerspulen aus Papier und Hartpapier.<sup>2</sup> Später kamen Spulen und Hülsen aus Holz sowie Kunstharz-Pressmaterial dazu. Auf den ersten Blick gehörte sie mit ihren Produkten nicht zu den großen Industriebranchen wie Maschinenbau- und Textilindustrie in Reutlingen. Gleichwohl war sie eine bedeutende Firma und erfolgreich in ihrer Herstellung von Textilzubehör. Aus kleinen Anfängen entwickelte sie sich zu einer global tätigen Firma. Neben der Hauptproduktion, Spulen und Hülsen, besaß Emil Adolff ab den 1920er Jahren eine Papierfabrik und eine Maschinenfabrik, in denen Papier, Hartpappe, Maschinen und Werkzeuge für den eigenen Bedarf hergestellt wurden. Ferner gehörten noch ein landwirtschaftlicher Betrieb, eine Ziegelei und ein Elektrizitätswerk zum Unternehmen. Neben dem Hauptwerk unterhielt die Firma noch verschiedene Zweigbetriebe.<sup>3</sup>

Während des Ersten Weltkrieges musste unter besonderen Umständen produziert werden. Viele Mitarbeiter wurden eingezogen und neben der Produktion der Spulen und Hülsen wurden hauptsächlich Artikel für die Heeres-

<sup>1</sup> Hülsen und Spulen. Ihre Verwendung und Herstellung. Festschrift anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Firma Emil Adolff, Reutlingen 1954, S. 5.

<sup>2</sup> Ebd., S. 137. Flyerspulen wurden für Vorspinnmaschinen – sogenannte Flyer – in der Baumwoll-Feinspinnerei verwendet. Professor Dipl.-Ing. Hugo Glafey (Hrsg.): Textil-Lexikon. Handwörterbuch der gesamten Textilkunde, Stuttgart, Berlin, 1937, S. 282.

<sup>3</sup> Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart, Bestand Y2 Emil Adolff GmbH & Co., im Folgenden: „WABW, Y2“. Da der Bestand nicht erfasst ist, gibt es bei den weiteren Anmerkungen folgende Beschreibungen der Archivalien, so wie sie im WABW verzeichnet sind: Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte; Jakob Röcker: Geschichte der Firma Emil Adolff. Aus kleinen Anfängen zur Weltmacht; Notizen aus der jüngeren Geschichte (1953).



Papierhülsen,  
1930er Jahre.

verwaltung hergestellt. Nach Ende des Krieges musste die Produktion wieder auf Friedenswirtschaft umgestellt und die Firma erneut auf eine sichere Basis gestellt werden.<sup>4</sup> Die 1920er und frühen 1930er Jahre waren instabile Zeiten, die geprägt waren von Unruhen und Wirtschaftskrisen. Trotz dieser schwierigen Bedingungen kam es in vielen Unternehmen zu Modernisierungen und Weiterentwicklungen. Auch im Alltags- und Kulturleben, vor allem in der Großstadt, war dieser Wandel und Aufbruch spürbar.<sup>5</sup>

Im Folgenden soll, nach einer kleinen Rückschau auf die frühe Firmengeschichte, untersucht werden, wie die Firma Emil Adolff in diesen Umbruchs- und Aufbruchsjahren agierte und wie sie sich durch die unsicheren Zeiten manövrierte. Ein besonderer Fokus wird dabei auf Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen liegen. Im Laufe der Firmengeschichte wurden von den jeweiligen Geschäftsführern immer wieder Modernisierungen und Neuerungen im Unternehmen vorangetrieben. Die Rationalisierungen in den 1920er und 1930er Jahren, für die hauptsächlich Fritz Fallscheer verantwortlich war, fielen in eine Zeit, in der Rationalisierung ein großes Thema in der deutschen Industrie wie auch weltweit war. Es soll vor dem Hintergrund der Rationalisierungsprozesse der damaligen Zeit betrachtet werden, wie diese in der Firma gestaltet und umgesetzt wurden.

Als Hauptquelle für die vorliegende Untersuchung diente der nicht verzeichnete Bestand der Firma Emil Adolff im Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg. Dieser wurde erstmals eingesehen und die für diese Arbeit relevanten Akten ausgewertet.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Ulrich Kluge: Die Weimarer Republik, Paderborn 2006, S. 129.



## Die Firma Emil Adolff von der Gründung bis 1918

Der Firmengründer Emil Adolff (1851–1905) wurde in Backnang geboren. Seine Familie besaß dort eine Spinnerei. Emil Adolff, gelernter Textilingenieur, kam nach Aufenthalten in England, St. Petersburg und Moskau nach Deutschland zurück und machte sich daran, Hülsen für Garne zu entwickeln. Bis dahin gab es zwar Garnträger aus Pappe und Holz, die jedoch nicht für alle Garne geeignet waren. Um eine Hülse aus Papier auf den Markt zu bringen, die haltbar war und vor allen Dingen vielseitig in der Verwendung, konstruierte er eigene Maschinen und entwickelte neue Imprägnierverfahren. Für die Herstellung dieser Hülsen bedurfte es Kenntnisse in der Papierherstellung und -verarbeitung, des Maschinenbaus und nicht zuletzt Wissen um die Klebstoff- und Kunststoff-Chemie.<sup>6</sup>



Emil Adolff (1851–1905) war Gründer und Namensgeber des Unternehmens. Sein Vater war Eigentümer der Backnanger Wollspinnerei J. F. Adolff.

1874 gründete Emil Adolff zunächst eine kleine Fabrik für Webgeschirre und Hülsen in Stuttgart. Viele seiner Produkte verkaufte er vorrangig nach Reutlingen, da dort viele Textilbetriebe angesiedelt waren. 1879 entschloss er sich dazu, mit seiner Firma nach Reutlingen umzusiedeln.<sup>7</sup> In einer ehemaligen Gerberei in der Degerschlachter Straße<sup>8</sup> fing er mit sieben Arbeitern an. 1884 brannte die Fabrik aus, woraufhin er 1885 einen Neubau, ebenfalls in der Degerschlachter Straße, errichtete. Sein Schwager Friedrich Schwenk wurde Teilhaber. 1886 war die Zahl der Beschäftigten bereits auf 150 angestiegen.<sup>9</sup>

1894 fing Emil Fallscheer (1864–1922), der Neffe Emil Adolffs, als Prokurist in der Firma an. Emil Fallscheer erlernte den Beruf des Textilkaufmanns. 1898 bekam er eine Teilhaberschaft aufgrund des Ausscheidens von Friedrich Schwenk.<sup>10</sup> Auch sein Sohn Fritz (1897–1978) stieg nach dem Ersten Welt-

1894 fing Emil Fallscheer (1864–1922), der Neffe Emil Adolffs, als Prokurist in der Firma an. Emil Fallscheer erlernte den Beruf des Textilkaufmanns. 1898 bekam er eine Teilhaberschaft aufgrund des Ausscheidens von Friedrich Schwenk.<sup>10</sup> Auch sein Sohn Fritz (1897–1978) stieg nach dem Ersten Welt-

<sup>6</sup> 75 Jahre Emil Adolff: Ansprachen, Ausschnitte aus Briefen und Zeitungen, Reutlingen 1954, S. 5f.

<sup>7</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 137.

<sup>8</sup> 75 Jahre Emil Adolff (wie Anm. 6), S. 32. Am 31.5. 1954 wurde vom Gemeinderat einstimmig die Umbenennung der Degerschlachter Straße in Emil-Adolff-Straße anlässlich des 75-jährigen Firmenjubiläums beschlossen.

<sup>9</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte.

<sup>10</sup> Ebd.



Paul, Hermann und  
Emil Fallscheer auf  
dem Firmengelände,  
um 1903.

krieg in die Firma als Kaufmann ein. 1895 fing Hermann Fallscheer (1868–1918), der Bruder Emil Fallscheers, als Prokurist in dem Unternehmen an. Hermann Fallscheer war ebenfalls Kaufmann. 1900 stieß Paul Fallscheer (1875–1947), der dritte der Brüder, als Ingenieur hinzu. In dieser Funktion übernahm er fortan die gesamte technische Leitung des Betriebes. Um die Herstellung handgewickelter Hülsen auf eine maschinelle Fertigung umzustellen, wurden die ersten automatischen Maschinen im Ausland gekauft.<sup>11</sup> Ebenfalls zu dieser Zeit begann die Firma zu expandieren: In der polnischen Stadt Lodz,<sup>12</sup> einer Hochburg der Textilindustrie, wurde eine Filialfabrik gegründet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte sich das Unternehmen weiter. Bereits 1903 wurde auf 61 automatischen Wickelmaschinen gefertigt und ein 11.000 m<sup>2</sup> großer Shedbau errichtet.<sup>13</sup> Der Hauptkonkurrent Gebr. Adt aus Ensheim bei Saarbrücken, der schon vor Emil Adolff Hartpapierspulen erzeugte, verpflichtete sich 1904, die Herstellung des Artikels gegen eine einmalige Vergütung von 10.000 Mark zu unterlassen.<sup>14</sup>

Emil Adolff, der aus gesundheitlichen Gründen schon seit 1899 nicht mehr aktiv im Unternehmen tätig sein konnte, schied 1903 ganz aus der Firma aus.

<sup>11</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 138.

<sup>12</sup> Lodz lag im sog. Kongresspolen, welches dem russischen Zarenreich unterstand.

<sup>13</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 138.

<sup>14</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte.

Da er keine Söhne hatte, verkaufte er seine Anteile an Emil, Paul sen. und Hermann Fallscheer, die Söhne seiner Schwester Friederike Emilie Fallscheer. 1905 verstarb Emil Adolff im Alter von 53 Jahren.<sup>15</sup>

1908 trennte man sich aufgrund der politischen Lage<sup>16</sup> wieder von dem Betrieb in Lodz. 1910 war die Zahl der Wickelmaschinen auf 150 gestiegen. 1911 wurde eine Dampfturbine aufgestellt, mit deren Hilfe die Firma nun in der Lage war, selbst Kraft für die Maschinen zu erzeugen. 1911 wurde die erste selbst konstruierte und hergestellte Wickelmaschine in Betrieb genommen, die vollständig automatisch funktionierte.<sup>17</sup> 1912 gab es einen ähnlichen Vertrag wie mit den Gebr. Adt 1904. Dieses Mal war es eine französische Firma, die die Herstellung der Spulen gegen die Zahlung von 75.000 Mark aufgab.<sup>18</sup>

Ende 1913 arbeiteten rund 1000 Personen bei Emil Adolff und das Unternehmen expandierte weiter. Auf dem Firmengelände an der Degerschlachter Straße wurde 1913 ein Hochbau mit 5200 m<sup>2</sup> Nutzfläche errichtet. Ebenfalls 1913 bekam die Firma einen Gleisanschluss an das städtische Industriegleis.<sup>19</sup> Zu diesem Zeitpunkt war das Unternehmen europaweit Marktführer bei der Herstellung von Spulen und Hülsen für die Textilindustrie.<sup>20</sup> Emil Fallscheer sagte dazu: „Wir haben jetzt die Firma auf der von mir erstrebten Höhe. Weiter möchte ich mich geschäftlich nicht engagieren, die Fabrik ist jetzt groß genug.“<sup>21</sup>

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 stoppte diese Entwicklungen und führte zu kriegsbedingten Umstrukturierungen. Zu Beginn des Krieges stand der Betrieb drei Wochen still, da die meisten der Arbeiter eingezogen wurden. Der Export in die Feindesländer kam zum Erliegen, dagegen liefen die Geschäfte mit den neutralen Ländern gut. Gefertigt wurden in dieser Zeit unter anderem Pappbüchsen in großer Stückzahl für die Heeresverwaltung. Die Firma gründete mit 200.000 Reichsmark eine Kriegsunterstützungskasse und übernahm Patenschaften für die Kinder gefallener Mitarbeiter.<sup>22</sup> 1916 schied Hermann Fallscheer krankheitsshalber aus der Firma aus. 1918 starb er an der Spanischen Grippe, der auch zwei Monate zuvor innerhalb weniger Tage seine Frau Anna, geborene Krimmel, und ihr Sohn Gottfried erlagen.<sup>23</sup>

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Laut den Archivquellen (WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte) wurde aufgrund der Sandschak-Krise das Werk in Polen aufgegeben. Der Sandschak war ein Bezirk im Osmanischen Reich in Südosteuropa. Bei der hier genannten Krise handelte es sich vermutlich um die Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn 1908.

<sup>17</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 138.

<sup>18</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte.

<sup>19</sup> StadtA Rt., Städtisches Tiefbauamt Nr. 516, Industriegleis-Neubau Irtenbachstraße, die Firma Emil Adolff betreffend.

<sup>20</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 139.

<sup>21</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Ebd., Gespräch mit Dr. Andreas Fallscheer-Schlegel am 13.11.2020.

1918 wurde ein Grundstück in Altenburg sowie das Gebiet Die Untere Ziegelei in Reutlingen aufgekauft. In Altenburg gab es damals schon Pläne, dort ein Kraftwerk zu bauen.<sup>24</sup> In der Unteren Ziegelei sollte eine Papierfabrik gebaut werden. Diese hielt man mittelfristig für notwendig, da die Zulieferer nicht schnell genug produzieren konnten und die Geschäftsführer mit der Qualität nicht zufrieden waren. Das Papier war nicht gleichmäßig und sauber und die Preissteigerungen übertrieben und ungerechtfertigt.<sup>25</sup>

## Rationalisierungsmaßnahmen im Unternehmen 1918 bis 1939

### Vorgeschichte

Die industrielle Produktion in der Weimarer Republik war in den ersten Nachkriegsjahren geprägt von der Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft.<sup>26</sup> Dies war auch bei der Firma Emil Adolff der Fall. Die Kohle, die zum Heizen benötigt wurde, kam vor dem Krieg aus dem Saarland und konnte nun aufgrund der politischen Lage – das Saarland bzw. „Saargebiet“ stand von 1920 bis 1935 unter der Verwaltung des Völkerbundes und gehörte zum französischen Wirtschaftsraum<sup>27</sup> – nicht mehr von dort bezogen werden. Die Textilbetriebe hatten am Ende des Krieges keine Baumwolle und Wolle mehr, um Stoffe zu fertigen. Bei dem Zuliefererbetrieb Emil Adolff führte das zu ausbleibenden Aufträgen, da niemand Spulen und Hülsen bestellte.<sup>28</sup> Dies zeigte zum ersten Mal die Abhängigkeit der Firma von der Textilindustrie, die im Lauf der Firmengeschichte immer wieder eine Rolle spielte.

Während des Ersten Weltkrieges wurden zahlreiche Frauen und Mädchen eingestellt, da die männlichen Beschäftigten an der Front Dienst taten. 130 Kriegsteilnehmer wurden nach Beendigung des Krieges wieder eingestellt, dafür wurden rund 200 weibliche Arbeitskräfte wieder entlassen.<sup>29</sup> 1920 wurde die Firma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Emil Fallscheer zog sich krankheitshalber zurück und verstarb 1922. Neuer Vorstand wurden Paul Fallscheer senior und Emil Fallscheers Sohn Fritz, der schon 1913 als Schlos-

<sup>24</sup> StadtA Rt., Städtisches Tiefbauamt Nr. 516 (wie Anm. 17). Festschrift (wie Anm. 1.), S. 139.

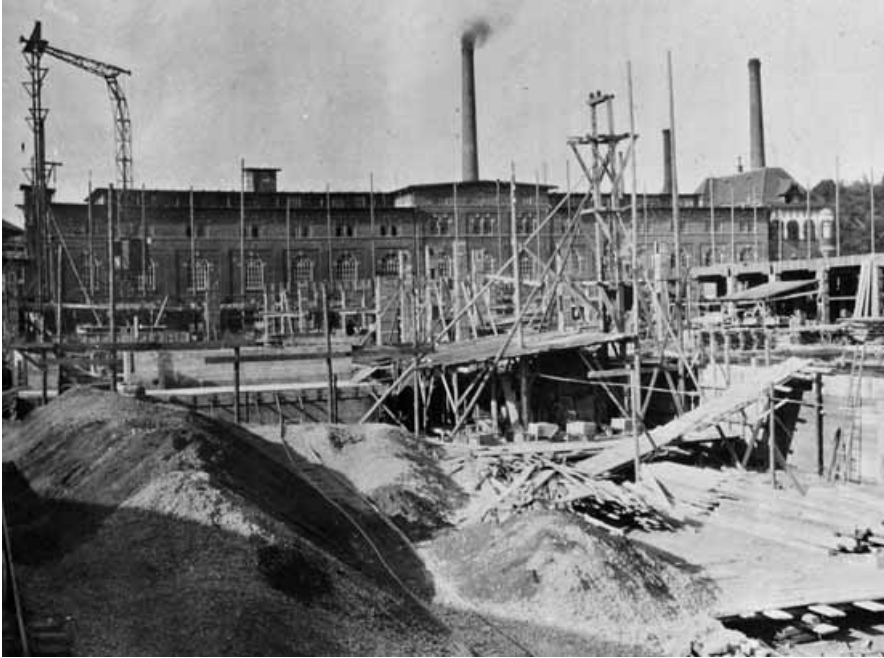
<sup>25</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte.

<sup>26</sup> Heike Knortz: Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik, Göttingen 2010, S. 15.

<sup>27</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte.

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Ebd. Siehe auch: Reutlinger General-Anzeiger 275 (22. 11. 1918), S. 2.



Mit der eigenen Papierfabrik wurde die Firma unabhängig von Lieferanten. Gebaut wurde sie von 1921 bis 1923.

serlehrling bei Emil Adolff angefangen hatte und 1919 nach Beendigung des Krieges als Kaufmann wieder in die Firma kam.<sup>30</sup>

Die Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs waren auch geprägt von Streiks und Unruhen. 1921 kam es zu einer Aussperrung eines Teiles der Belegschaft, da sich diese weigerten, im Akkord zu arbeiten und höhere Löhne forderten. Daraufhin wurden die streikenden Arbeiter fristlos entlassen. Nach einigen Tagen gab es Verhandlungen zwischen der Firma und dem Textilarbeiterverband. Deren Ergebnis war, dass die Aussperrung aufgehoben wurde. Der Textilarbeiterverband wirkte auf die sich im Sympathiestreik befindenden Kollegen ein und beschwor sie, dass sie die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Die Löhne jedoch wurden nicht verändert. Diese sollten erst angepasst werden, wenn es allgemein zu Teuerungen kommen sollte.<sup>31</sup>

1922 gab es aufgrund der beginnenden Inflation vermehrt Aufträge, da die Kunden versuchten, Geld in Sachwerten anzulegen. Die Firma verkaufte nur

---

<sup>30</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte.

<sup>31</sup> Paul Landmesser; Peter Päßler: Wir lernen im Vorwärtsgehen! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Reutlingen 1844–1949, Heilbronn 1990, S. 338 ff.



Blick von der neu errichteten Papierfabrik auf die weiteren Firmengebäude und den Schieferberg.

noch in Goldmark und mit Sicherheitsklausel. Die Auszahlung an die Mitarbeiter erfolgte nun zwei Mal pro Woche, was aber in kurzer Zeit unhaltbar war, da die Kaufkraft der Mark zurückging. Im Oktober 1923 waren die Lohntüten bei Fabrikschluss nur zum Teil fertig, was zu Unzufriedenheit bei den Mitarbeitern führte. Sie wollten ihren Lohn sofort, um gleich einkaufen gehen zu können, da die Preise sich innerhalb kürzester Zeit veränderten und das Geld binnen Stunden wertlos sein konnte.<sup>32</sup> Dieser Umstand führte zu einem Tumult in den Büroräumen der Firma, da 600 bis 700 Beschäftigte gleichzeitig ins Büro kamen und in dem Durcheinander und Gedränge Schränke und Türen eingedrückt wurden.<sup>33</sup> Wenige Tage danach, im November 1923, wurde die Rentenmark der neu gegründeten Rentenbank eingeführt.<sup>34</sup>

Inmitten dieser unsicheren und instabilen Zeiten startete 1923 die neue Papier- und Pappenfabrik der Firma ihre Produktion mit einem Ausstoß von circa 10 Tonnen Papier täglich. Sie steigerte diesen auf 15 bis 16 Tonnen pro

<sup>32</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte.

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> U. Kluge (wie Anm. 5), S. 85.

Tag, 1925 waren es bereits 20 Tonnen.<sup>35</sup> Ebenso wurden zu der Zeit ein Speisesaal und eine Kohlenförderanlage sowie Werkswohnungen für die Mitarbeiter in der Sickenhäuser-, Opferstein- und Gellertstraße gebaut.<sup>36</sup> Die Gleisanlage, die 1913 fertiggestellt und in Betrieb genommen worden war, wurde ebenfalls 1921 erweitert.<sup>37</sup> Die Zahl der Beschäftigten stieg in den Jahren weiter an. 1920 waren es noch 967 Beschäftigte, im folgenden Jahr 1093 und 1922 bereits 1234.<sup>38</sup>

## Wirtschaftsgeschichtlicher Hintergrund der Rationalisierung

Mitte der 1920er Jahre stabilisierte sich die Wirtschaft der Weimarer Republik immer mehr. In dieser Zeit wurde die deutsche Industrie von einer regelrechten Rationalisierungswelle erfasst.

Bevor es um die Umsetzung bei der Firma Emil Adolff geht, wird vorab der Terminus Rationalisierung definiert. Anfangs war nur von „amerikanischen Methoden“ die Rede als Anspielung auf die Herkunft der Neuerungen. In den 1920er Jahren setzte sich dann nach und nach das technisch klingende Wort *Rationalisierung* durch, was in vielen Bereichen angewendet wurde. Man assoziierte damit den technischen Fortschritt und Wohlstand, den man mit dem Bild von Amerika verband, wo die Rationalisierungsmaßnahmen zuerst aufgriffen wurden.<sup>39</sup> Unter dem Begriff Rationalisierung werden verschiedene Schritte zusammengefasst, die dazu führen sollen, Unternehmen wirtschaftlicher zu betreiben. Es geht darum, die Arbeitsvorgänge so zu gestalten bzw. umzugestalten, dass am Ende mit möglichst wenig Aufwand ein hoher Nutzen herauskommt und die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen erhöht wird. Im Einzelnen werden dabei die Arbeitsmittel, die Produkte selbst und die menschlichen Arbeitskräfte einem Umgestaltungsprozess unterworfen.<sup>40</sup> Einer der Schritte ist die Mechanisierung und Automatisierung in der Produktion. Handarbeit wird von Maschinen oder technischen Komponenten ersetzt und schließlich die Produktion so vereinheitlicht, dass genormte, austausch-

---

<sup>35</sup> Der Spatenstich für die Papierfabrik in der Degerschlachter Straße erfolgte 1921. Der Bau der Fabrik war ein wichtiger Schritt zur Unabhängigkeit der Firma von Zuliefererbetrieben.

<sup>36</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 139.

<sup>37</sup> StadtA Rt., Tiefbauamt (wie Anm. 19).

<sup>38</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Wirtschaftsgeschichte.

<sup>39</sup> Takeshi Ebine: Die „deutsche“ Rationalisierungsbewegung und der „Amerikanismus“ der 1920er Jahre in der Weimarer Republik, online unter der URL: [https://www.academia.edu/12268774/Die\\_deutsche\\_Rationalisierungsbewegung\\_und\\_der\\_Amerikanismus](https://www.academia.edu/12268774/Die_deutsche_Rationalisierungsbewegung_und_der_Amerikanismus) (1.2.2021).

<sup>40</sup> Technoseum Mannheim (Hrsg.): Tanz auf dem Vulkan. Die goldenen 20er in Bildern, Szenen und Objekten, Mannheim 1994, S. 2 f.

bare Teile gefertigt werden und das Baukastensystem immer mehr Verwendung findet.<sup>41</sup>

Grob kann man in den Jahren zwischen 1924 und 1935 drei Rationalisierungsphasen ausmachen. Die erste umfasste die Jahre 1925/26, die zweite 1926/27 und die dritte die Jahre von 1932 bis 1935.<sup>42</sup> Die Inflation und die Währungsreform hatten zur Folge, dass die deutsche Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz abgehängt war. Die Produktionsverfahren und die Konstruktion waren noch auf dem Stand der Vorkriegszeit und auch die eigentlichen Produkte waren nicht auf der Höhe der Zeit. Spätestens durch die Umsetzung der Währungsreform musste in dieser Hinsicht in den Fertigungsprozessen aufgeholt werden.<sup>43</sup>

Es folgte eine Krisenphase, da die wirtschaftliche Produktion nun an die reduzierte und stabil gehaltene Geldmenge angepasst werden musste. Die Reichsbank unterstützte den Wirtschaftsaufschwung anfangs mit großzügigen Krediten. Die Vergabe wurde allerdings 1924 eingestellt, sodass es 1925/26 zu einem Geld- und Kreditmangel kam. Folge davon war, dass vermehrt auf Kredite aus dem Ausland gesetzt wurde.<sup>44</sup> Durch die Währungsreform und die Umsetzung des Dawes-Plans<sup>45</sup> ging es mit der Wirtschaft in den Jahren von 1924 bis 1928 aufwärts, doch war dieser Aufschwung trügerisch. Die Neustrukturierungen und Mechanisierungen in der Industrie waren nur möglich, da alle diese Maßnahmen hauptsächlich mit Kapital aus dem

---

<sup>41</sup> H. Knortz (wie Anm. 26), S. 127. Auch bei der Reutlinger Firma Burkhardt+Weber wurde in den 1920er Jahren mit der Übertragung der Geschäfte auf Louis Weber das Baukastensystem eingeführt und die Firma so zum Erfolg gebracht. Burkhardt+Weber Fertigungssysteme GmbH (Hrsg.): *Zukunft aus Tradition*. Festschrift zum 125-jährigen Bestehen der Burkhardt+Weber Fertigungssysteme GmbH, Reutlingen 2013.

<sup>42</sup> Ebd. Erste kleine Rationalisierungsschritte gab es allerdings schon um die Jahrhundertwende und während des Ersten Weltkriegs. Diese Maßnahmen waren das Ergebnis der Kriegswirtschaft, da nun versucht wurde, unter sparsamer Verwendung der knappen Rohstoffe, massenhaft und billig Produkte für den Krieg zu produzieren. Diese Produktionsweisen führten dann auch zur Gründung mehrerer Institutionen, um eine Vereinheitlichung zu gewährleisten. 1917 gründete sich der Normenausschuss der Deutschen Industrie (DIN), der ein nationales Normensystem einführte. 1975 erfolgte die Umbenennung in Deutsches Institut für Normung, wie es auch heute noch heißt. 1920 entstand der Reichsausschuss für Technik in der Landwirtschaft (RKTL), U. Kluge (wie Anm. 5), S. 129f. 1921 wurde das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk (RKW) und 1924 der Reichsausschuss für Arbeitszeitermittlung (Refa) gegründet, H. Knortz (wie Anm. 22), S. 126. Mit Hilfe dieser Institutionen sollten die Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben umgesetzt werden. Das heißt, es ging nicht mehr nur um die Verbesserung und Optimierung der Fertigungsabläufe, sondern nun wurden auch betriebswirtschaftliche und später auch humanwissenschaftliche Aspekte berücksichtigt.

<sup>43</sup> H. Knortz (wie Anm. 26), S. 126.

<sup>44</sup> Ebd., S. 117 ff.

<sup>45</sup> Die Zahlung der Reparationen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs wurde an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Deutschen Reichs gekoppelt. Der Dawes-Plan wurde benannt nach Charles Dawes, der diesen Plan 1924 mitentwickelte.



Ausland finanziert wurden.<sup>46</sup> Vor diesem Hintergrund kam es zu Entlassungen, Zusammenschlüssen von Unternehmen und der Stilllegung von Betrieben.<sup>47</sup>

1926/27 begann die zweite Rationalisierungsphase. In dieser wurden Produktionsmittel erneuert und ersetzt und insgesamt die Technik in den Fabriken modernisiert.<sup>48</sup> Damit verbindet sich oft die Fließbandfertigung bzw. der Übergang von der Einzel- zur Linien- und Fließbandfertigung.<sup>49</sup> Die Fließarbeit ist eine Tätigkeit, die an den Takt der einzelnen Mitarbeiter gebunden ist. Die Arbeitskräfte, die am Anfang einer Einheit arbeiten, geben den nachfolgenden den Produktionsrhythmus vor.<sup>50</sup>

Ein Name, der in diesem Zusammenhang immer genannt wird, ist der von Henry Ford. Ford (1863–1947) führte 1913 in seiner Fabrik das Fließband ein und fertigte Autos „am laufenden Band“. Das war die Geburtsstunde für die massenhafte Produktion von Teilen für die Automobilindustrie bzw. dem Automobil selbst.<sup>51</sup> Sinnvoll war diese neue Produktionsweise vor allem dort, wo große Stückzahlen hergestellt wurden, wie gerade in der Autoindustrie.

Die reine Fließfertigung, die zum Symbol der Rationalisierung geworden war, ließ sich in der Praxis jedoch kaum realisieren, da es bei großen Werkstücken immer wieder einen Stillstand gab, weil etwas nicht funktionierte. Wenn nun alle Fließstrecken miteinander verbunden wären, würde die gesamte Produktion stillstehen. Wenn es nur einzelne Fließstrecken gibt, kann bei Stillstand an einer Anlage an der anderen weitergearbeitet werden. So gab es meistens Zwischenlager zwischen den einzelnen Fließstrecken, bevor die Werkstücke an den nächsten Arbeitsschritt weitergegeben wurden. Hinzu kommt, dass die Maschinen nur mit großem Aufwand auf ein neues Werkstück umgestellt werden konnten, was dann wiederum für Stillstand sorgte. Und eine komplette Fließfertigung stillstehen zu lassen, kostet Zeit und vor allem auch Geld.<sup>52</sup>

Ein weiterer Name, der im Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen steht, ist der des amerikanischen Ingenieurs Frederick Winslow Taylor (1856–1915). Er hatte versucht, die Fertigungsabläufe so zu untersuchen und einer betriebswirtschaftlichen Prüfung zu unterziehen, dass später das Management in der Lage war, die Produktion unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu kontrollieren und zu optimieren.<sup>53</sup>

---

<sup>46</sup> H. Knortz (wie Anm. 26), S. 118 f.

<sup>47</sup> Ebd., S. 126.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Ebd., S. 127.

<sup>50</sup> Wolfgang König (Hrsg.): *Propyläen Technikgeschichte*, Bd. 5, *Energiewirtschaft, Automatisierung, Information*, Berlin 1997, S. 58.

<sup>51</sup> H. Knortz (wie Anm. 26), S. 136.

<sup>52</sup> Technoseum (wie Anm. 40), S. 9.

<sup>53</sup> Ebd., S. 5.



Hülsen und Spulen aus verschiedenen Materialien wurden im Lauf der Jahrzehnte bei der Firma Emil Adolff produziert.

In den 1920er Jahren gab es in Deutschland nur wenig Bandarbeit in den Firmen und auch die weniger strenge, taktgebundene Fließarbeit war nur in wenigen Großbetrieben zu finden. Fehlende Normierung oder Typisierung der Produkte und geringe oder schwankende Nachfrage standen der Massenproduktion und damit der Fließ(band)arbeit, entgegen.<sup>54</sup> In deutschen Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten arbeiteten um das Jahr 1930 nur 1 % der Arbeitskräfte an 80.000 Fließ- und Bandarbeitsplätzen. Zur gleichen Zeit fertigten nur 2 bis 3 % aller Unternehmen zu der Zeit mit Fließfertigung.<sup>55</sup>

Der Weltwirtschaftskrise folgte eine dritte Phase der Rationalisierung, die sich zeitlich von 1932 bis ca. 1935 eingrenzen lässt: Heike Knortz spricht hier von der „Intensivierung der Arbeit“.<sup>56</sup>

### Konkrete Rationalisierungsmaßnahmen bei Emil Adolff

Zeit- und Raumersparnis waren die Schlagwörter, die man der Umstellung im Produktionsprozess bei Emil Adolff ab den 1920er Jahren vorangestellt hatte.<sup>57</sup> Die Fabrikation am laufenden Band wurde immer wichtiger und gab die Richtung für die gesamte Weiterentwicklung des Betriebs an.<sup>58</sup> Im Vorfeld wurde festgestellt, dass die Arbeitsweise, die man über viele Jahrzehnte beibehalten hatte, nunmehr veraltet war. Bis dahin wurden alle Arbeitsschritte, die zur Herstellung der Spulen und Hülsen notwendig waren, in einem Raum erledigt: Wickeln, trocknen, pressen, abstechen, einringeln, imprägnieren,

<sup>54</sup> W. König (wie Anm. 50), S. 58.

<sup>55</sup> H. Knortz (wie Anm. 26), S. 129.

<sup>56</sup> Ebd., S. 127.

<sup>57</sup> WABW, Y2, Jakob Röcker: Geschichte der Firma Emil Adolff. Aus kleinen Anfängen zur Weltmacht.

<sup>58</sup> Ebd.

lackieren, ausbohren und kontrollieren. Es stellte sich mit der Zeit heraus, dass die Wege für die Mitarbeiter zu lang und zu viele Körbe für die Produkte in Benutzung waren. Die Umlaufzeit der Ware vom Fertigungsbeginn bis zum Verpacken nahm viel mehr Zeit in Anspruch als der eigentliche Fabrikationsprozess. Hinzu kam, dass man bei der Schlusskontrolle der Produkte nicht wusste, welcher Abteilungsleiter für Mängel und Fehler verantwortlich war.<sup>59</sup> Diese Art, den Betrieb zu führen, nannte man auch das „Werkstattprinzip“. Es eignete sich gut für die Fertigung von Einzelstücken oder kleineren Serien, war aber für größere Chargen unrentabel.<sup>60</sup>

Diese Situation führte dazu, dass der Betrieb 1927 unter der Leitung von Fritz Fallscheer auf eine neue Basis gestellt wurde. Ein Mitarbeiter wurde eingestellt, um die Neuausrichtung in der Produktion zu leiten und zu koordinieren.<sup>61</sup> Die Wicklerei wurde in einzelne Sonderabteilungen aufgelöst, getrennt nach den einzelnen Spularten, z.B. schwere Ringdrosselhülsen, Schussdrosselhülsen,<sup>62</sup> Kreuzspulenhülsen<sup>63</sup> etc. Die Arbeitsschritte zur Herstellung der verschiedenen Spulentypen erfolgten bis auf das Imprägnieren in einzelnen Abteilungen. Neuerungen waren ferner, dass die Wickelmaschinen Trockenvorrichtungen



Fritz Fallscheer war maßgeblich für die Rationalisierungsmaßnahmen in den 1920er und 1930er Jahre verantwortlich.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Technoseum (wie Anm. 40), S. 4.

<sup>61</sup> WABW, Y2, Jakob Röcker: Geschichte der Firma Emil Adolff. Aus kleinen Anfängen zur Weltmacht.

<sup>62</sup> H. Glavey, Textil-Lexikon (wie Anm. 2), S. 710. Eine Ringspinnmaschine bzw. Feinspinnmaschine wird auch Drossel genannt. Eine Schussdrossel ist ein Begriff aus der Baumwollindustrie für weiches, lose gedrehtes Schussgarn.

<sup>63</sup> Ebd., S. 460. Eine Kreuzspule ist eine scheibenlose Spule, die einen größeren Garnvorrat aufnehmen kann. Kreuzspule wird sie deswegen genannt, da die Fäden kreuzverlegt sind, um sich nicht von der Spule zu lösen.

bekamen und die Ringel- und Abrundmaschinen an ein laufendes Band angeschlossen wurden.<sup>64</sup>

Trockenbänder gab es erstmals 1909, davor wurden die Hülsen in einem großen Sammeltrockenraum getrocknet. Die ersten Trockenbänder wurden mit Heißluft beheizt und an die Ringdrosselmaschine angebaut. Das hatte den Vorteil, dass man die getrockneten Hülsen gleichzeitig mit einer Steckvorrichtung verbinden konnte. Bis dahin wurden die Hülsen von Hand zusammengesteckt. Das war meist eine Arbeit, die Frauen verrichteten. Die Trockenbänder wurden im Laufe der Zeit immer weiterentwickelt, so dass auch die dickwandigen Hülsen auf diese Art getrocknet werden konnten. Dank dieses Fortschritts konnte in den 1920er Jahren von der Papierrolle bis zur fertigen Hülse alles per Fließfertigung gefertigt werden. Bis dahin mussten alle Wickelmaschinen in der Nähe des Trockenraumes aufgestellt werden. Die Veredlungsmaschinen zum Rillen, Abstechen und Abrunden waren ebenfalls in einem eigenen Saal untergebracht. Durch das Trockenband erübrigte sich das und die Fließfertigung war möglich. Die entsprechenden Arbeitsgänge waren nun in der Regel ohne Unterbrechung möglich.<sup>65</sup>

Die Ware konnte kontinuierlich hergestellt werden und man sparte Körbe, Platz und Zeit. Dieses Prinzip wurde in den darauffolgenden Jahren immer dort durchgeführt, wo es die Herstellung der Produkte vereinfachte und kostengünstiger machte.<sup>66</sup> In einem Referat über Spulen- und Hülsenherstellung, das 1938 in der Firma gehalten wurde, heißt es dazu: „In den folgenden Jahren wurden unter der zielsicheren und energischen Leitung unseres Herrn Fritz Fallscheer alle Abteilungen umgestellt, d.h. modernisiert und konzentriert. Man hat dadurch die Herstellung unserer Erzeugnisse wesentlich verbilligt. Eine Reihe moderner Apparate und Maschinen wurden auf sein Betreiben und nach seinen Richtlinien aufgestellt und die Arbeitsweise vereinfacht.“<sup>67</sup> Zeitgleich mit diesen Verbesserungen wurde das Konstruktionsbüro erweitert und eine Zentralwerkstatt für die Produktion eigens konstruierter Maschinen gebaut.<sup>68</sup> Ende 1926 liefen im Betrieb 300 Wickelmaschinen. Laut Aussage einer Firmenschrift war das Unternehmen zu dieser Zeit der größte Hülsenfabrikant in Deutschland, wenn nicht weltweit.<sup>69</sup> Die Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen wurden auch in der Verwaltung umgesetzt.

---

<sup>64</sup> WABW, Y2, Jakob Röcker: Geschichte der Firma Emil Adolff. Aus kleinen Anfängen zur Weltmacht.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Ebd.

<sup>69</sup> Ebd.

1929 richtete man ein neues Büro mit einem Schreibtelegraphen ein, mit dem es möglich wurde, Telegramme direkt zum Telegrafenamts zu übermitteln.<sup>70</sup>

Der durch die Rationalisierung verursachte Wandel in der Produktion beeinflusste auch die Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und veränderte die tägliche Arbeit der Belegschaft. Der Anteil der Fachkräfte nahm ab, im Gegenzug waren mehr ungelernete oder angelernte Arbeiter in der Produktion zu finden.<sup>71</sup> Leider gibt es in den Quellen keine Hinweise darauf, wie das Verhältnis der Facharbeiter zu den ungelerten Arbeitskräften bei Emil Adolff war und wie sich die soziale Schicht der Fabrikarbeiter zusammensetzte. Es wäre ferner interessant zu wissen, wie sich die neuen, oft monotonen Tätigkeiten an den Maschinen oder am Band bei den Mitarbeitern bemerkbar machten. Bedauerlicherweise ist in den überlieferten Firmenunterlagen oder anderen Quellen nichts dazu zu finden.<sup>72</sup>

Die Produkte der Firma Anfang des 20. Jahrhunderts, Papier und Spulen aus Papier, benötigten neben elektrischer und mechanischer Energie auch ausreichend Wärme für Trockenprozesse. Für jeden An- oder Neubau, der für das Unternehmen errichtet wurde, musste eine Kessel-, Kraft- oder Heizungsanlage mitgebaut werden. Dies hatte zur Folge, dass sich 1928 über das Fabrikensemble verstreut vier Kessel- und Maschinenhäuser mit acht verschiedenen Dampfkesseln, zwei Dampfturbinen und sechs Dampfmaschinen befanden. Mit den Dampfmaschinen wurden über Transmissionen die unterschiedlichen Fertigungsmaschinen angetrieben, die Dampfturbinen dienten zur elektrischen Stromerzeugung. Sieben Schornsteine prägten infolgedessen das Gesamtbild der Firma.<sup>73</sup> Die Zahl der Antriebsmaschinen war auch ein Ausdruck für die finanzielle und fortschrittliche Lage des Unternehmens zu dieser Zeit. Dampfmaschinen und die laufenden Kosten bei Betrieb waren teuer, und in Reutlingen gab es zahlreiche Firmen, die Anfang des 20. Jahrhunderts noch nicht über eine Dampfmaschine verfügten. Die Textilfirmen Ulrich Gminder und Heinrich Stoll beispielsweise unterhielten bis ins 20. Jahrhundert Wassertriebwerke.<sup>74</sup>

Die schon erwähnten Modernisierungen auf rationelle Fließstrocknung und auch die Umstellung der Maschinen auf elektrische Einzelantriebe brachten

---

<sup>70</sup> Ebd.

<sup>71</sup> U. Kluge (wie Anm. 5), S. 130f.

<sup>72</sup> Die Situation der Fabrikarbeiter und deren Arbeitswelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist ein Kapitel, über das für Reutlingen wenig bekannt ist. Ein umfassendes und detailliertes Werk zu den Textilarbeitern in Württemberg hat Peter Borscheid in den 1970er Jahren für das 19. Jahrhundert vorgelegt, vgl. Peter Borscheid: *Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert)*, Stuttgart 1978.

<sup>73</sup> WABW, Y2, Jakob Röcker: *Geschichte der Firma Emil Adolff. Aus kleinen Anfängen zur Weltmacht*.

<sup>74</sup> Heimatmuseum Reutlingen (Hrsg.): *Mühlen und Maschinen. Der Beginn der Industrialisierung an der Echaz, Reutlingen 1999*, S. 34.

Das 1928 in Betrieb genommene Wasserkraftwerk in Altenburg dient heute noch zur Energiegewinnung.



zwangsläufig Veränderungen in der Kraft- und Wärmeerzeugung mit sich. Das Wasserkraftwerk in Altenburg, dessen Bau 1926 begonnen wurde, wurde 1928 fertiggestellt. Es wurde mit maximal 900 kW und 10.000 Volt betrieben, die Übertragung nach Reutlingen erfolgte über eine 7,5 km lange 10-kV-Leitung. Die eigene elektrische Stromversorgung des Betriebes und der Maschinenhallen war somit gesichert.<sup>75</sup>

In dieser Zeit wurden einige Betriebe übernommen, um das Produktionsprogramm zu erweitern. Der erste war 1924 die mechanische Spulenfabrik in Hofen im Allgäu. Diese Fabrik war die erste deutsche Northropspulenfabrikation.<sup>76</sup> Benannt waren diese Spulen nach dem Engländer James Northrop, der um 1890 in den USA einen Webautomaten mit automatischem Schützen- bzw. Spulenwechsel erfand.<sup>77</sup> 1927 kamen die Firma Rugendas & Cie. in Augsburg und 1929 die Schlesische Holzspulenfabrik GmbH in Donnerau zum Unternehmen dazu. Nun war es möglich, auch alle Arten von Holzspulen herzustellen.<sup>78</sup>

1928 wurde mit dem Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes begonnen, wofür schon 1925 ein Anwesen der Familie Villforth in der Degerschlachter Straße<sup>79</sup> gekauft wurde. Bezogen wurde das neue Gebäude, in dem nun die technische und kaufmännische Verwaltung ihre Büros hatte, 1929.

<sup>75</sup> WABW, Y2, Notizen zur jüngeren Geschichte der Firma (1953).

<sup>76</sup> Ebd.

<sup>77</sup> Almut Bohnsack: Spinnen und Weben. Entwicklung von Technik und Arbeit im Textilgewerbe, Bramsche 2002, S. 29.

<sup>78</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 140.

<sup>79</sup> 75 Jahre Emil Adolff (wie Anm. 6), S. 32.



Das neue  
Verwaltungsgebäude,  
1928.

Auch wenn die Firma in den 1920er Jahren noch expandierte, war die Zeit der relativen Stabilität vorbei und es begann eine unsichere Phase, in der immer wieder Krisen auftraten. Auslöser dafür war der New Yorker Börsen-crash am 24. Oktober 1929, dessen Beben auch bis nach Reutlingen zu spüren war. Geprägt waren die folgenden Jahre von der Finanzkrise in den Industriestaaten, vom Rückgang der Wirtschaftsproduktion, von Arbeitslosigkeit und daraus resultierenden sozialen Problemen.<sup>80</sup> Die Arbeitslosigkeit nahm Ende der 1920er Jahre allorts zu. Bei Emil Adolff waren 1928 noch 1852 Personen beschäftigt,<sup>81</sup> die Zahl sank in den darauffolgenden Jahren immer weiter und erreichte 1933 mit 1086 Beschäftigten einen Tiefststand.<sup>82</sup>

Bei den anderen Firmen und Wirtschaftszweigen in Reutlingen sah es ähnlich aus. Im Textilgewerbe, so zum Beispiel in der Baumwollspinnerei Unterhausen oder bei den Gebrüdern Wendler, kam es zu Entlassungen oder der Betrieb konnte gar nicht mehr aufrechterhalten werden. In der Metallindustrie gab es ähnliche Meldungen. Der Strickmaschinenhersteller Stoll entließ im August 1930 100 Mitarbeiter und die Firma Burkhardt+Weber 60. Rund 5000 Personen in Reutlingen waren Arbeit suchend.<sup>83</sup>

1929 herrschte bei Emil Adolff noch Vollbeschäftigung, allerdings hatte man sehr unter den Preisrückgängen zu leiden, die aufgrund der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Situation auftraten. Hinzu kam, dass die Firma sich noch mitten in den schon erwähnten Umstellungen des Betriebes befand,

<sup>80</sup> H. Knortz (wie Anm. 26), S. 14ff.

<sup>81</sup> WABW, Y2, Archiv für schwäbische Geschichte. Die Zahlen beziehen sich auf das Hauptwerk in Reutlingen.

<sup>82</sup> Ebd.

<sup>83</sup> Heidi Stelzer (Bearb.): Reutlingen in den Zwanziger Jahren, Reutlingen 2001, S. 163.



Firmenansicht um 1925. Im Vordergrund ist die Papierfabrik zu sehen.

die mit Investitionen verbunden waren. Laut Geschäftsleitung waren diese zu diesen Zeiten nötig, um mittelfristig die Kosten zu senken.<sup>84</sup>

Mit der Ernennung Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler änderte sich in den darauffolgenden Jahren die Wirtschaftspolitik. Die Senkung der Arbeitslosigkeit spielte dabei eine große Rolle. Zu den Bestrebungen gehörte außerdem, dass die deutsche Wirtschaft langfristig autark und unabhängig von Rohstoffen aus dem Ausland gemacht werden sollte.<sup>85</sup> Da die Firma Emil Adolff rund 80 % ihrer benötigten Materialien Papier und Pappe in den eigenen Fabriken fertigte und durch das Kraftwerk in Altenburg auch selbst den benötigten Strom herstellte, fügte sich das Unternehmen perfekt in die Wirtschaftspolitik mit ihren Autarkiebestrebungen ein.<sup>86</sup>

Zu Beginn der 1930er Jahre kam es zu weiteren Maßnahmen, um die Produktion zu verbessern und rationeller zu machen. Im Werk in Augsburg war nun eine vollautomatische Herstellung und Trocknung an sämtlichen Maschinen möglich.<sup>87</sup> 1931 wurde ein eigenes Kunstharzpresswerk in Reutlingen in

<sup>84</sup> WABW, Y2, Notizen aus der jüngeren Geschichte (1953).

<sup>85</sup> Heimatmuseum und Stadtarchiv Reutlingen (Hrsg.): Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit, Reutlingen 1995, S. 174.

<sup>86</sup> Ebd., S. 185.

<sup>87</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 140.



Betrieb genommen. Gefertigt wurden Maschinenteile aus dem Kunstharz „Emadolit“ für die Textilmaschinenindustrie und besondere Textilspulen.

1932 wurde in Kearny, USA, ein eigenes Verkaufsbüro unter dem Namen „Adolff Bobin Company Inc.“ gegründet, wofür ein Mitarbeiter aus Reutlingen zuständig war. Trotz dieser Umstellungen, Modernisierungen und Neuerungen hatte die Wirtschaftskrise ihre Spuren in der Firma hinterlassen. Die Textilbetriebe, für die hauptsächlich produziert wurde, mussten ganz oder teilweise schließen, was sich in der Folge dann auf Zulieferer wie Emil Adolff auswirkte. Einzig das Werk in Hofen blieb davon verschont, in allen anderen Werken gab es nicht genügend Arbeit.<sup>88</sup>

Ab 1933 gab es indessen trotz der anhaltenden Depression wieder eine gute Auftragslage. So wurden zwischen 1933 und 1936 bei Emil Adolff 500 neue Mitarbeiter eingestellt.<sup>89</sup> Technisch wurde weiterhin einiges unternommen, um die Firma voranzutreiben. Im Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg findet sich neben anderen Unterlagen ein Dokument, das mit dem Hinweis „Streng vertraulich“ versehen ist. In ihm sind die wichtigsten technischen Neuerungen von 1933 bis 1939 aufgelistet: 1934/35 wurde eine Fließfertigung für diverse Pappbüchsen-Typen eingerichtet sowie eine vollautomatische Einrichtung für die Produktion von 2 cm großen Papphülsen fertiggestellt. Ein weiterer Modernisierungsschritt war 1935 die Umstellung aller Maschinen auf Einzelantrieb.

Diese Modernisierungen und Mechanisierungen waren mit den veralteten Kraft- und Wärmeanlagen nicht mehr zu meistern. 1935 wurde eine neue Dampfkraftanlage der Firma Sulzer mit 100 atü und 420 Grad aufgestellt. Sie galt als die modernste Anlage, die es seinerzeit in Europa gab. Das Aufstellen dieser Höchstdruckdampfkraftanlage war für den technischen Stand der Zeit nicht einfach, da es keine Betriebserfahrungen mit solch einer Maschine gab und der Betriebsdruck mit 100 atü und 420 Grad Überhitzung zur damaligen Zeit ein absolutes Novum war. Nun war es möglich, dem steigenden elektrischen Kraft- und Wärmebedarf der Firma durch Nutzung des Abdampfes beizukommen.<sup>90</sup> Ingenieure aus ganz Württemberg kamen 1936 nach Reutlingen, um die neue Anlage zu besichtigen. Im Zuge der Aufstellung der neuen Dampfkraftanlage wurde auch das gesamte Stromnetz auf dem Firmengelände mit einheitlicher Spannung und Stromart erneuert. Zuvor hatte jeder Saal seine eigene Stromversorgung und es herrschte ein großes Durcheinander an Leitungen und Anlagen.<sup>91</sup> Die Genehmigung für die neue Dampfkraftanlage wurde 1934 im „Sinne des Arbeitsbeschaffungsprogramms“ der Regierung

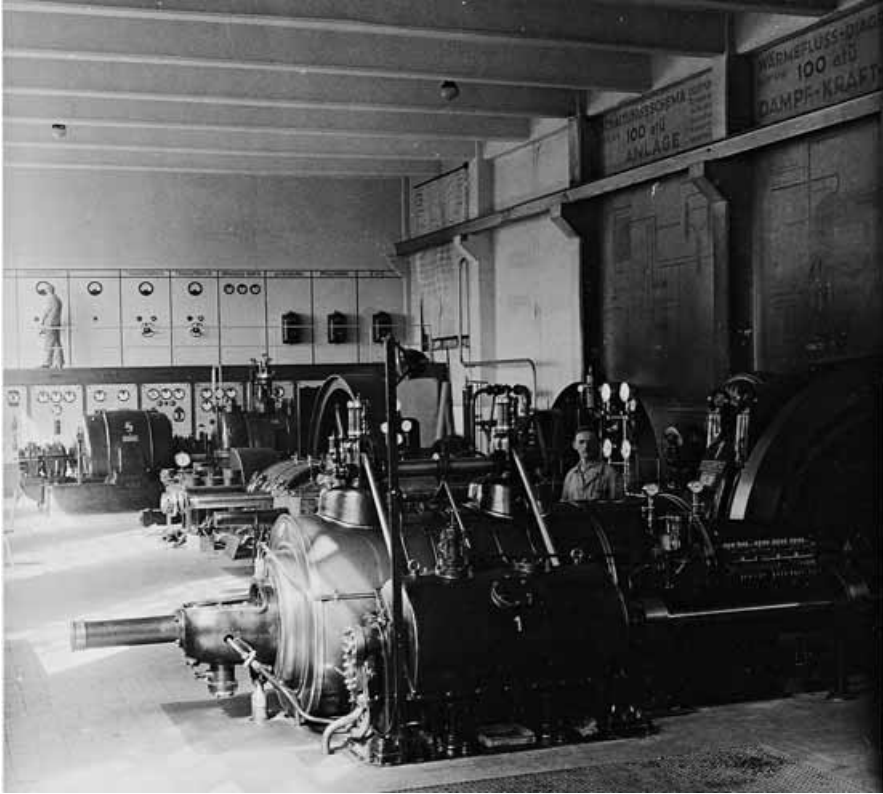
---

<sup>88</sup> Ebd.

<sup>89</sup> Ebd., S. 174.

<sup>90</sup> Ebd.

<sup>91</sup> Ebd.



Die 1935 errichtete Dampfkraftanlage war eine der modernsten der damaligen Zeit.

beantragt.<sup>92</sup> In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre wurden fortlaufend Abteilungen und Fertigungsbereiche umgebaut, modernisiert, umgestellt oder erweitert.<sup>93</sup>

1936 wurde die Produktion der Papierfabrik durch die Vergrößerung der Papiermaschine um 25 % gesteigert. Nun konnten über 7000 Tonnen Papier im Jahr produziert werden. Im selben Jahr kam es dort immer wieder zu kleineren Bränden. Ein größerer Brand zerstörte das Gebäude der Flyerspulenabteilung. Daraufhin wurde ein neuer Shedbau errichtet.

<sup>92</sup> Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 85), S. 84.

<sup>93</sup> WABW, Y2, Notizen aus der jüngeren Geschichte (1953). Auch bei einem anderen Unternehmen aus der Papierindustrie lassen sich ähnliche Neuerungen und Maßnahmen feststellen. So wurden bei der Papierfabrik Scheufelen in Oberlenningen ebenfalls in den 1920er und dann später nochmals in den 1930er Jahren zahlreiche Investitionen in Neu- und Umbauten und Modernisierungen getätigt. Siehe dazu: 125 Jahre Papierfabrik Scheufelen 1855–1980. Bd. 1, Lenningen 1980.



Der 1936 neu errichtete Speisesaal bot Platz für 1000 Personen.

Zwischen 1933 und 1937 steigerte die Firma ihre Gesamtproduktion um mehr als 80 %, nicht zuletzt durch die Aufnahme von weiteren Produkten wie Kunstharzpressmasse und imprägnierte Spezialpappe in ihr Portfolio. Eigens dafür wurde 1937 ein 4500 m<sup>2</sup> großer Shedbau errichtet. Auch der Export der herkömmlichen Produkte der Firma, Spulen und Hülsen, konnte um mehr als 20 % gesteigert werden. Die Papierfabrik wurde 1937/38 durch einen Anbau erweitert, in dem Gelatine-Folie gefertigt wurde. All dies entstand auf Grundlage des NS-Vierjahresplanes.<sup>94</sup>

Auch die Einrichtungen für die Mitarbeiter wurden sukzessive modernisiert. So wurden ein Brausebad und Umkleideräume sowie ein neuer Speisesaal errichtet. Anstelle des alten Speisesaals baute man eine Turnhalle für die neu gegründete Betriebssportgemeinschaft.<sup>95</sup> Diese Einrichtungen hatten den Zweck, die Arbeiter stärker an den Betrieb und die Betriebsgemeinschaft zu binden, und dienten angesichts der fehlenden Arbeitskräfte Mitte der 1930er Jahre auch dazu, neue Arbeitskräfte zu gewinnen.<sup>96</sup>

---

<sup>94</sup> Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 85), S. 185. Ziel des Vierjahresplanes ab 1936 war es, die Wirtschaftsproduktion so hochzufahren bzw. auf Rüstungsprodukte umzustellen, dass das Land kriegsfähig und wirtschaftlich unabhängig werden konnte.

<sup>95</sup> WABW, Y2, Notizen aus der jüngeren Geschichte (1953).

<sup>96</sup> Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 85), S. 186.



Paul Fallscheer leitete die Firma von 1937 bis 1975. Während des Zweiten Weltkrieges war er eingezogen und die Geschicke der Firma lagen hauptsächlich in der Hand seines Cousins Otto Fallscheer.

Cousin Paul Fallscheer jun. in die Geschäftsführung mit auf. 1938 wurde die Papierhülsenfabrik Theodor Fries & Co. in Sulz im österreichischen Vorarlberg erworben und weiter ausgebaut sowie 1939 eine Hülsenfabrik in Aalen übernommen. Durch die Gründung eines Verkaufsbüros in Bombay, Indien,<sup>99</sup> wurde das Auslandsgeschäft weiterentwickelt. Ende der 1930er Jahre betrug die Zahl der Beschäftigten 2400.<sup>100</sup> Im selben Jahr musste Fritz Fallscheer wegen Devisenvergehen als geschäftsführender Gesellschafter aus dem

1935 hieß es in einer handschriftlichen Chronik: „Unter der genialen Führung Adolf Hitlers ist ein ungeheurer Aufschwung auf allen Gebieten festzustellen. Der Geschäftsgang ist besser denn je. Die Firma stellt sich ganz auf den Boden der Mitarbeit am großen Aufbauwerk.“<sup>97</sup> Dieses Zitat macht deutlich, dass sich die Firma mit den beschriebenen Verbesserungen und Maßnahmen ganz auf die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik eingelassen hatte und ihren Beitrag für die „Gemeinschaft“ leisten wollte. Die erfolgten Umstrukturierungen, Erweiterungen und Neuerungen im Sinne der Rationalisierung in den 1930er Jahren sind daher im Kontext der Zeit und vor dem damaligen politischen und wirtschaftspolitischen Hintergrund zu sehen. Einige Modernisierungen und Neubauten erfolgten ganz bewusst im Sinne der NS-Wirtschaftspolitik und für Aufträge der Rüstungsindustrie.<sup>98</sup>

1937 erfolgte die Umwandlung der AG in eine Kommanditgesellschaft. Fritz Fallscheer, der geschäftsführender Gesellschafter war, nahm seinen

<sup>97</sup> WABW, Y2, Jakob Röcker: Geschichte der Firma Emil Adolff. Aus kleinen Anfängen zur Weltmacht.

<sup>98</sup> Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 85), S. 175 f.

<sup>99</sup> Der heutige Name ist Mumbai.

<sup>100</sup> 75 Jahre Emil Adolff (wie Anm. 6), S. 8.

Unternehmen ausscheiden.<sup>101</sup> Die neue Geschäftsleitung setzte sich nun aus Paul Fallscheer jun. und Otto Fallscheer zusammen.<sup>102</sup>

## Die Firmengeschichte ab 1939

### Das Unternehmen 1939 bis 1945

Der Vollständigkeit halber soll an dieser Stelle ein Blick auf die weitere Geschichte des Unternehmens nach 1939 geworfen werden. Die Firma Emil Adolff war während des Zweiten Weltkrieges ein Betrieb, der verstärkt für die Wehrmacht produzierte, so beispielsweise Papphülsen für Leuchtpatronen, die ab 1943 gefertigt wurden und eine Neuerung waren, da sie Metall einsparten. Außerdem wurden Granatpackungen, Kartuschendeckel aus Papierfaserstoffen, Sprengstoff-Pappkörper, Gewehrlaufreiniger aus Papier sowie Kunstharzpressmasse für die elektrotechnische Industrie und Kfz-Zubehör hergestellt. 1943/44 wurde das Rüstungskommando Stuttgart II in das Verwaltungsgebäude verlagert.<sup>103</sup> Ende 1943 begann die Firma Emil Adolff an der Schieferstraße mit dem Bau eines Lagers für die Ostarbeiter.<sup>104</sup> 1944 wurde das Werk in Augsburg durch einen Luftangriff vollständig zerstört. Mit dem Ende des Krieges wurde das Werk in Donnerau polnischer Staatsbetrieb, die Niederlassungen in den USA und Indien wurden als deutscher Besitz enteignet. Das Zweigwerk in Vorarlberg fiel als deutsches Eigentum unter österreichische Verwaltung. 207 Mitarbeiter in Reutlingen und Hofen kamen während des Krieges ums Leben.<sup>105</sup>

---

<sup>101</sup> Gespräch mit Dr. Andreas Fallscheer-Schlegel am 1.2. 2021. 1939 war Fritz Fallscheer auf Geschäftsreise in Amerika bei einem Verkaufsvertreter der Firma. Dieser hatte mit Firmengeldern Sperrmark-Kredite beantragt. Das führte dazu, dass die Firma verdächtigt wurde, Sperrmark-Manipulation betrieben zu haben. Die Sperrmark über die Sperrung von Auslandsguthaben war so entwertet worden, dass deutsche Waren zu Billigpreisen importiert werden konnten. Siehe dazu: Birgit Rettich: Die NS-Zeit im Raum Reutlingen: Aspekte der Wirtschaftsgeschichte, Zulassungsarbeit, Tübingen 1991, S. 118.

<sup>102</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 141.

<sup>103</sup> Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 85), S. 238 f.

<sup>104</sup> Ebd., S. 254 ff. Während des Krieges wurden auch bei Emil Adolff Zwangsarbeiter beschäftigt. Mit mindestens 350 hatte die Firma mit die meisten Zwangsarbeiter im Reutlinger Raum. 1943 wurde das nach einem firmeninternen Wettbewerb geplante Lager Adrula (ADolffs RUussen-LAger) errichtet. Von den ehemals acht Baracken steht heute keine mehr. Sie wurden Mitte der 1980er Jahre im Zuge des Baus der Ost-West-Trasse abgerissen. Am ehemaligen Standort der Baracken erinnert heute eine Gedenktafel an die Zwangsarbeiter bei der Firma. Auch die an derselben Stelle erbauten fünf Baracken für Gastarbeiter, die bei Emil Adolff tätig waren, wurden 2017 abgerissen, vgl. Reutlinger Generalanzeiger vom 29. 7. 2017, S. 13.

<sup>105</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 141.

## Ausblick auf die Nachkriegsentwicklung

Am Stammhaus in Reutlingen kam es zur Demontage von Maschinen, die von der französischen Militärregierung in zwei Eisenbahnzügen nach Frankreich transportiert wurden. Dennoch konnten die Betriebe in Reutlingen und Hofen 1946 langsam wieder mit der Fertigung für die Textilindustrie beginnen. Die unmittelbare Nachkriegszeit war geprägt von Rohstoffengpässen und Erschwernissen durch die Besatzungszonen.<sup>106</sup>

In den 1950er Jahren war die Produktion wieder in vollem Gange und die Firma eine der größten Firmen ihrer Branche in Europa. Die Rationalisierungsbestrebungen, die in dem Unternehmen schon vor dem Ersten Weltkrieg begonnen hatten und in den 1920er und 1930er Jahren einen ersten Höhepunkt erreichten, wurden während des Zweiten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit an allen drei Standorten weiter vollzogen. Aufgrund der fortschreitenden Modernisierungen musste 1953 eine zusätzliche Dampfkraftanlage mit 100 atü und 600 Grad aufgestellt werden, die in Größe und Leistung nur noch ein Gegenstück in Westdeutschland hatte.<sup>107</sup> 1955 beteiligte man sich an einer GmbH in New York und erweiterte den Betrieb.<sup>108</sup>

Um 1960 deckte die Firma ungefähr 60 bis 65 % des Bedarfs an Spulen und Hülsen aus Pappe, Kunststoff und Sperrholz für die Textilindustrie in der Bundesrepublik, 40 % gingen in den Export. Die Papierfabrik fertigte 1500 Tonnen jährlich, 1000 Tonnen verarbeitete sie selbst, der Rest wurde als Wellpappe an die Kartonagenindustrie und die Bundeswehr geliefert.<sup>109</sup> Fritz Fallscheer, der frühere Vorstand, schied 1961 mit einer Abfindung von 7,4 Millionen DM nach jahrelangen Auseinandersetzungen aus dem Unternehmen aus.<sup>110</sup> Dessen Wert bezifferte sich Anfang der 1960er Jahre auf 40 Millionen DM.<sup>111</sup>

1963 wurde erstmals die Krise in der westdeutschen Textilindustrie spürbar, die zu einem Strukturwandel in der Wirtschaft führte. Es kam verstärkt zu Importen aus Billiglohnländern, mit denen die deutschen Textilfirmen nicht mithalten konnten. Auch die Textilfirmen in Reutlingen waren davon betroffen und in der Folge auch Zuliefererfirmen wie Emil Adolff. Der Absatz ging zurück und der Umsatz stagnierte. Die Produktion wurde auf Kunstfaser-

---

<sup>106</sup> Ebd., S. 141 f.

<sup>107</sup> Westdeutsche Wirtschaftschronik, Bd. 2 Württemberg, Stuttgart 1954, S. 187 ff.

<sup>108</sup> Festschrift (wie Anm. 1), S. 141.

<sup>109</sup> Wirtschaftsberichte Landeszentralbank Baden-Württemberg, Reutlingen 1953–1980, 1960, S. 12.

<sup>110</sup> Ebd., 1960, S. 12. Zu den Auseinandersetzungen siehe die Zulassungsarbeit von Birgit Retzsch (wie Anm. 98).

<sup>111</sup> Ebd.

spulen und Kunststoffpressteile für Maschinen, Kunststoffbehälter und Verpackungsmaterial für Munition verlagert.<sup>112</sup>

Dennoch war das Unternehmen Mitte der 1960er Jahre der größte Spulenhersteller in Europa.<sup>113</sup> Ende der 1960er Jahre wurde je eine Firma in den USA und in Südafrika gegründet.<sup>114</sup> 1969 war nur noch eine Firma in den USA größer als Emil Adolff, daneben gab es einen ernst zu nehmenden Konkurrenten in Großbritannien, alle anderen Hülsenhersteller waren deutlich kleiner. Die Produktion von Kunststoffhülsen wurde ausgebaut und eigens dafür eine neue Fabrik für Kunststoffspulen errichtet, die als die modernste in Europa galt.<sup>115</sup>

Ab den 1970er Jahren gab es aufgrund falscher Entscheidungen und Zukunftsprognosen sowie sich ändernder wirtschaftlicher Bedürfnisse immer wieder Rückschläge für das Unternehmen. Paul Fallscheer jun. zog sich 1975 altershalber aus der Geschäftsleitung zurück. Ab diesem Zeitpunkt war das Unternehmen, dessen Geschicke rund 70 Jahre in Händen der Familie Fallscheer gelegen hatte, unter familienfremdem Vorsitz.<sup>116</sup>

Ende der 1970er Jahre befand sich das Unternehmen an Rand des Zusammenbruchs und das Eigenkapital war aufgebraucht. Beteiligungen und Grundbesitz sowie Teile des Betriebs wurden verkauft und andere Betriebsbereiche stillgelegt.<sup>117</sup> 1983 meldete die Emil Adolff GmbH u. Co. KG endgültig Konkurs an.<sup>118</sup> Überkapazitäten, Verpflichtungen an Pensionäre und hohe Verluste trugen zum Ende des Unternehmens bei, 180 Mitarbeiter verloren ihre Arbeit.<sup>119</sup>

Die zu Emil Adolff Industrierwerke GmbH umgewandelte Firma, die noch in Reutlingen und Hofen produzierte, meldete im Dezember 1991 Konkurs an.<sup>120</sup> Seit dem Auszug der Firma sind verschiedene Mieter in den ehemaligen Fabrikgebäuden ansässig. Seit Ende 2020 ist klar, dass nahezu alle noch beste-

---

<sup>112</sup> Ebd., 1963, S. 11.

<sup>113</sup> Ebd., 1965, S. 16.

<sup>114</sup> Ebd., 1968, S. 12.

<sup>115</sup> Ebd., 1969, S. 12.

<sup>116</sup> Der erste familienfremde Geschäftsführer war Dr.-Ing. Dieter Haffer, der nur kurz in dem Unternehmen blieb. Nach ihm leitete Dr. Franz Kaiser die Geschäfte, der jedoch 1982 verstarb. Gespräch mit Dr. Andreas Fallscheer-Schlegel am 1.3. 2021.

<sup>117</sup> Wirtschaftsberichte (wie Anm. 109), S. 16f. Das Kinderspielzeug QUADRO hatte seine Anfänge in der Emil Adolff Plastic GmbH, der Nachfolgerin der Kunststofffabrik. Dort wurden die ersten Kletterspielzeuge entwickelt. 1979 wurde die Firma dann selbstständig.

<sup>118</sup> Gespräch mit Dr. Andreas Fallscheer-Schlegel am 1.2. 2021; Stuttgarter Zeitung vom 18.1. 1992.

<sup>119</sup> Stuttgarter Zeitung vom 18.1. 1992.

<sup>120</sup> Gespräch mit Dr. Andreas Fallscheer-Schlegel; Stuttgarter Zeitung vom 18.1. 1992.

henden Fabrikgebäude abgerissen werden, um Platz zu machen für neue unterschiedliche Nutzungen.<sup>121</sup>

## Fazit

Um das Jahr 1930 fertigten nur 2 bis 3 % aller Unternehmen mit Fließfertigung. Nur 1 % der Arbeitskräfte in deutschen Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten arbeiteten an Fließ- und Bandarbeitsplätzen.<sup>122</sup> Die Firma Emil Adolff war eine der Firmen, die die Zeichen der Zeit erkannte und ihre Produktion, zumindest teilweise, auf Fließarbeit und Fließbandarbeit umstellte.<sup>123</sup> Leider liegen keine Zahlen vor, die die Massenproduktion der Spulen und Hülsen veranschaulichen und so verdeutlichen könnten, welche Stückzahlen wirklich produziert wurden. Dennoch zeigen die Erfolge des Unternehmens, dass die Entscheidungen für die Maßnahmen und Modernisierungen richtig waren und die Firma nicht zuletzt dadurch in der damaligen Zeit eine der bedeutendsten ihrer Branche war.

---

<sup>121</sup> Reutlinger General-Anzeiger vom 2.11. 2020, S. 9. Die Gebäude stehen aufgrund der verschiedenen Abrisse, Um- und Anbauten in der Vergangenheit nicht unter Denkmalschutz.

<sup>122</sup> H. Knortz (wie Anm. 26), S. 129.

<sup>123</sup> Ebd., S. 128. Bei der Firma Opel lassen sich Parallelen zu Emil Adolff beobachten. Auch hier wurde die Produktion in einer ähnlichen Weise wie bei Emil Adolff umgestellt, auch wenn die Firmen in Größe und Produktion nicht vergleichbar sind.



## Buchbesprechungen

*Cornelia Rottke-Fleisch; Reiner Linsenbolz; Uwe Loewer; Harald Schneider (Hrsg.): Mittendrin. Tatort Schule – Der Blick hinter die Kulissen. Friedrich-List-Gymnasium. Verlag Oertel + Spörer, Reutlingen 2020. 159 S., zahlreiche Farbbabb., 9,95 Euro.*

Der auf die bekannte Kult-Krimi-Serie der ARD anspielende Untertitel „Tatort Schule“ suggeriert, dass die vorliegende Publikation des Friedrich-List-Gymnasiums Reutlingen keine übliche Schulgeschichte ist, sondern einen alternativen Zugang zum „Netzwerk Schule“ beabsichtigt. In einem Akt der Selbstdistanzierung und gestützt auf „subjektive Erfahrungssplitter“ versuchen ehemalige und aktive Lehrkräfte, Einblicke in den Lehrerberuf mit seinen Alltagserlebnissen und psychologischen Befindlichkeiten zu vermitteln und darüber hinaus das „Kaleidoskop“ einer renommierten Bildungsanstalt vorzulegen. Dabei soll auch, ein „Blick hinter die Kulissen“ und auf eine sonst der Außenwelt verborgene Schulwirklichkeit, das „Arkanum Schule“, geworfen werden, sei es im Rektorat, im Lehrerzimmer, in Konferenzen und im Klassenzimmer. Die Herausgeber glauben, dass sich gerade ihr Gymnasium dazu eignet, nachhaltige Erkenntnisse und Einsichten über den Komplex Schule zu gewinnen.

Dementsprechend erwarten Insider und interessierte Außenstehende weit mehr als eine klassische Schulchronik. Die offene Konzeption und die Zahl von über 19 Autoren verbürgen ein breites inhaltliches Spektrum und eine ansprechende Präsentation mit buntem Wechsel von Ernsthaft-Analytischem, Geistreich-Witzigem, ja selbst Poetischem in Gestalt japanischer Sinn- und Kurzgedichte (Haikus). Das angekündigte Kaleidoskop ist bunt gemischt: Man stößt auf engagierte Beiträge über Schul- und Bildungspolitik, Didaktik und Unterrichtsmethoden, Exkurse über bürokratische und organisatorische Zwänge, auf nachdenkliche oder triviale Alltagserfahrungen, humorvoll-anekdoteschen Details und amüsante Kuriosa.

Die Publikation gliedert sich in acht Teile. Die beiden Eingangskapitel enthalten Selbstzeugnisse und Erfahrungen ehemaliger und aktiver Lehrerinnen und Lehrer. Dem folgt eine Außenansicht über internationale Beziehungen (Partnerschaften mit Schulen in Roanne [Frankreich] und Aarau [Schweiz], Schüleraustausch, gegenseitige Lehrerhospitationen mit Schulen in Russland, China, in den Niederlanden sowie weitere temporäre Kontakte). Unter den

Titeln „Der alltägliche Wahnsinn“ und „Heiteres und Kurioses“ sprechen zwei Kapitel unerwartete, ärgerliche oder skurrile Erlebnisse an, die dem Schulleiter und den Kollegen mit der Schulverwaltung, bei Schullandheimaufenthalten, bei der Abituraufsicht, mit Entschuldigungsschreiben volljähriger Schüler, neuen Medien und mit dem nie endenden Reformkarussell widerfahren sind. Ein weiterer Abschnitt greift die gesellige Seite des Lehrerdaseins jenseits dienstlicher Funktionen auf (z.B. Kollegenausflüge, Lehrersport, Tischtennis-AG oder die durch gemeinsame Berufserfahrungen vertieften menschlichen Kontakte). Die beiden Abschlusskapitel widmen sich nochmals der Lehrerschaft mit bilanzierenden Interviews bzw. einem illustrierten Überblick über die Schulgeschichte seit 1986/1987, dem Jahr des 100-jährigen Bestehens als Gymnasium.

Detaillierter ist nun zu fragen, welches Bild der eigenen Schule in den Lehrererinnerungen und spontanen Beiträgen auftaucht und wie die persönlichen Berufserfahrungen bewertet werden. Zunächst springt ins Auge, dass sich die Schule in einem lebendigen historischen Kontinuum sieht, das von der reichsstädtischen Lateinschule des Mittelalters (mit Hugo Spechtshart) bis in die Reformationszeit (mit Matthäus Alber als Schüler und Lehrer) reicht und lückenlos ins 19. Jahrhundert übergeht, mit Friedrich List als Schüler und Schulpatron, mit einem in der 1848/49er-Revolution engagierten Lyzeum und dem humanistischen Gymnasium seit 1886/87. Auch das aus dem 16. Jahrhundert stammende Schulgebäude auf einem einstigen Klosterareal wird nicht als „alter Kasten“, sondern eher als „Heimat“ und identitätsstiftendes Gehäuse des oft beschworenen „List-Geistes“ empfunden. Konsequenterweise räumen zahlreiche Stellungnahmen der lateinischen Sprache einen erhöhten Stellenwert durch ein spezifisches Schulcurriculum ein, sowohl aus Traditionsbewusstsein als auch aufgrund sorgfältiger Analysen zum Bildungswert des Faches.

Ein weiterer Beitrag hebt das aus anderen Wurzeln entstandene Profil des Faches Sport hervor. Dank des Neubaus der Oskar-Kalbfell-Halle (1973) und des Engagements zweier Sportlehrer und aktiven Sportler haben die Tischtennis-AG und Tischtennis-Neigungsgruppen des Friedrich-List-Gymnasiums die Schule zu einer Hochburg des Tischtennissports in Reutlingen gemacht. Für Hunderte von Schülern dient diese Sportart als Identifikationsmerkmal mit dem „FLG“. Eindrucksvoll berichtet ein Kollege über Erfolge und Nachwirkungen seines Unterrichtsfaches: Zahlreiche List-Schulmannschaften sind baden-württembergische Meister geworden und sogar zu nationalen Ehren gelangt. Renommierte Tischtennispieler und Trainer in Reutlingen und seiner Region hätten „ihren Ursprung im FLG“ genommen.

Offen ist noch die Frage, wie die angestrebte Insidersicht auf die Institution Schule und die Selbstwahrnehmung des Lehrerstandes – jenseits des Beamtenstatus – ausfällt. Eine weit gespannte Introspektion zeigt sich bei denjenigen, die am FLG gleichzeitig Schüler und Lehrer waren. Da wurde ein durch Kriegsverletzungen beeinträchtigter Mathematiklehrer als „personifizierter

Horror“ erlebt, dem der zum Kollegen gewordene Schüler später Abbitte leistet. Oder der vor der Klasse hilflose und zur Bewältigung der NS-Vergangenheit mutlose Geschichtslehrer, dem ein als „großartig“ empfundener Historiker folgte, der die Berufswahl seines Schülers beeinflusste: Ein eindrucksvolles Beispiel für die dialektische Wirkung des Erziehers zwischen Abschreckung und Vorbild. Viele Erinnerungen kreisen vor allem um zwei Ebenen des Lehrerdaseins: Die Erfahrungen als Mitglied eines Großkollegiums und das Verhältnis des Lehrers/der Lehrerin zu seinen/ihren Klassen und Schülern. Bei einer Zusammensetzung des Lehrkörpers aus prinzipiell Gleichqualifizierten herrscht eine latente Spannung, die positiv als leistungsfördernder Wettbewerb um die beste Unterrichtsqualität wahrgenommen wird oder eher negativ als Gruppendruck sog. Alpha-Tieren auf mehr oder weniger frustrierte Außenseiter. Die häufigen methodisch-didaktischen und pädagogischen Innovationen bieten bei der normalen Altersstruktur des Kollegiums zahlreiche Anlässe zu lebhaften Kontroversen zwischen drängenden Progressiven und veränderungsscheuen Skeptikern. Konkrete Konfliktpunkte waren etwa „der Abschied vom Tafelanschrieb“, die Sitzordnung im Klassenzimmer, Frontalunterricht und Arbeitsunterricht, offene Unterrichtsformen, neue Lernkulturen, die Lehrerrolle, neue Medien, Digitalisierung und nicht zuletzt „eine neue Schulkultur“ sowie das Selbstverständnis einer Schule, die sich gegen den Vorwurf wehren muss, eine verengte bürgerlich-humanistische Bildungstradition zu pflegen und eine Ständeschule für die Kinder der städtischen Oberschicht zu sein.

Offen werden Erfolgs- und Frustrationserlebnisse, Selbstzweifel von Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht und im Umgang mit Schülern angesprochen mit einem Spektrum von euphorischen Momenten und Ängsten sowie Beispielen auftrumpfender Souveränität und eingestandenen Scheiterns. Schlussendlich erscheint als Summe eines Lehrerlebens eine „Läuterung“ zur Bescheidenheit und als Berufsethos, die Genugtuung, junge Menschen auf dem Weg ins Erwachsenenleben begleiten zu dürfen.

Auch einer einmaligen Ausnahmeerfahrung vieler Lehrer und Lehrerinnen wird Raum gegeben, d. h. dem Überschwappen der 1968er-Bewegung auf den Schulalltag, als eine agitatorisch organisierte und ideell vom Sozialistischen Studentenbund indoktrinierte Schülerschaft die Schulordnung kurzfristig außer Kraft setzte, tradierte Formen des Schülergehorsams zerbrechen ließ und Schulleiter und Lehrer mit nie gekannte Ohnmachtsgefühlen konfrontierte. Ein gut dokumentierter Stress-Test nicht nur für das Friedrich-List-Gymnasium.

Als Fazit bleibt, dass der Buchtitel „Mittendrin“ durch die eindrucksvolle Binnensicht eines schulischen Mikrokosmos, der mehr ist als nur eine Lehr- und Lernanstalt, gerechtfertigt wird, aber auch zeigt, wie dieser Mikrokosmos in das Leben und die Geschichte einer Stadt, europaweit und darüber hinaus eingebettet ist.

*Wilhelm Borth*

*Grieshaber Malgré tout. Der politische HAP Grieshaber. Hrsg. von Kurt Femppel. Ludwigsburg 2019. 159 S., zahlreiche Schwarz-Weiß- und Farbbabb., 32,00 Euro.*

Das Grieshaber-Dreamteam, bestehend aus Kurt Femppel, Catharina Geiselhart und Hermann Pfeiffer, hat erneut zugeschlagen und in Rekordzeit nach der Veröffentlichung des letzten Grieshaber-Bandes „Angewandte Kunst“ seine neue Publikation vorgelegt. Wie es sich für einen politisch links stehenden Künstler und eine Veröffentlichung mit dem Schwerpunkt Politik gehört: in einem überwiegend roten Cover mit einem 1.-Mai-Motiv.

Kurt Femppel steuert den ersten Teil des Buches, untergliedert unter dem Oberbegriff „Lebenszyklen“, bei – schon auf der ersten Seite findet auch der Grieshaber-Kenner Interessantes nebst bisher unveröffentlichten Fotos zu seiner Familiengeschichte. Ist es ein Zufall, dass auf dem Familienfoto von 1927 einzig Helmut Andreas, der spätere HAP, vor dem Tisch, an dem seine übrige Familie versammelt ist, etwas isoliert auf dem Boden sitzt? Ein Hinweis auf seine spätere Sonderstellung? Weiter geht es mit seiner Lehrzeit als Schriftsetzer bei der Buchdruckerei Fischbach und seine – aufgrund fehlender finanzieller Mittel und mangelnder Unterstützung seiner Familie – schwierige Zeit an der Staatlichen Kunstgewerbeschule in Stuttgart. Femppel unterlegt dieses Kapitel sehr einfühlsam mit Originaldokumenten und Briefzitate von Grieshaber. Das Bild des Menschen Grieshaber, der Ende der 1920er Jahre ein ärmliches Dasein fristete („Ich versuchte, Schuhwichse aufs Brot zu schmieren“), rundet sich zusehends. Das politische Erwachen Grieshabers kann mit seiner Rückkehr im Sommer 1933 aus Griechenland nach einem Aufenthalt in England und Ägypten ziemlich exakt datiert werden: „Ich wusste, dass ich ins Dunkel fuhr.“ Manifestiert wird dies zum Beispiel an seiner Entlassung als freiberuflicher Grafiker bei Burkhardt und Weber, die 1935 oder 1936 nach Intervention der Nazis erfolgt sei. Bis Kriegsende war er bei der Wehrmacht, die Hungerjahre gingen jedoch weiter – noch 1953 empfahl er seiner zweiten Frau Riccarda Grieshaber-Gohr „Schwarzen Brei“ als probates Mittel, wenn man sonst nichts zum Essen hat. Seine erste Frau Lena Krieg hatte er 1941 geheiratet, mit der er in der Ablehnung des Nationalsozialismus war. Allerdings war sie gefährdet, dem Euthanasieprogramm zum Opfer zu fallen. Nicht vergessen werden darf für seine politische Sozialisation auch seine Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, damals sah er erstmals Züge voller verwundeter und verstümmelter Soldaten. Für ihn blieb als einzig logische Konsequenz der Weg des Pazifismus und der Eintritt in die Kommunistische Partei, der wohl bereits 1926 erfolgte, allerdings erst 1949 schriftlich dokumentiert wurde – Grieshaber hatte im Mitgliedsbuch interessanterweise als Beruf „Kunsthistoriker“ angegeben. Kurt Femppel gelingt es auch, Grieshabers Aufenthalt in Griechenland und den Umstand, warum er das Land verlassen musste, anhand von Original-Dokumenten teilweise neu und umfassend darzulegen. Beson-

ders spannend sind seine Auslassungen über das Leben von HAP Grieshaber in der Vorkriegszeit von 1933 bis 1939 nachzulesen. Sofort nach Kriegsende setzte er folgerichtig seine politischen Aktivitäten fort, zum Beispiel mit der Organisation des Deutschlandtreffens des Friedenskomitees, was zu einer Überwachung Grieshabers durch den Verfassungsschutz führte. Künstlerisch stark prägend (auch persönlich: dort hatte er seine zweite Frau kennengelernt) war seine Zeit als Lehrer an der Bernsteinschule; hier versuchte er, seine gesellschaftlichen Ideale mit einer vom Krieg unverseuchten jungen Künstlergeneration zu leben. Dies setzte er während seiner Professorentätigkeit konsequent in Karlsruhe fort – unter anderem mit seinem Rücktritt 1960, nachdem die Prüfungskommission zwei seiner Studentinnen durchfallen ließ und sich dabei auf die Prüfungsordnung aus dem Jahr 1940 berief. Den Lohn für sein Engagement konnte Grieshaber beispielsweise im Jahr 1968 ernten, als er in Recklinghausen mit dem Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes ausgezeichnet wurde. Folgerichtig setzte er sich für die Belange der SPD ein, für die er Holzschnitte entwarf, und trat in die IG Druck und Papier ein, spätere IG Medien. Femppel zeichnet von Grieshaber ein vielschichtiges Bild als Antifaschist, Kommunist und Friedenskämpfer, was auch in seinem persönlichen Einsatz zu einer Verbesserung des Kontakts zwischen der BRD und der DDR deutlich wurde. Natürlich führten die ausgiebigen Reisen in die DDR zu einer Überwachung durch die Stasi, Grieshabers Deckname lautete originellerweise „Hap“. Anerkennung findet dieses Engagement 1978 in der Verleihung des Gutenberg-Preises der Stadt Leipzig an einen der fortschrittlichsten Künstler der Bundesrepublik Deutschlands, der sich „dadurch auszeichnet, dass er politische Geschehnisse zum konkreten Ausgangspunkt seiner ästhetischen und gesellschaftlichen Aktivitäten“ macht. Sein Fazit fasst Femppel folgendermaßen zusammen: „Die Wurzeln des politischen Grieshabers finden sich im Verhältnis zu seinem Vater und zu seinen Lehrern sowie in seinem Streben nach Heimat und Freiheit.“

Catharina Geiselhart ergänzt diese Ausführungen (einige wenige Doppelungen ergeben sich hierbei) durch ihre mehr künstlerisch geprägte Sichtweise auf Grieshaber und seiner Abgrenzung zum militärisch geprägten Vater, der als Leutnant gedient hat und SA-Mitglied gewesen war. Geiselhart arbeitet überzeugend heraus, wie Grieshaber als Künstler seismografisch auf Unrecht reagierte, egal gegen wen. Er lebte den Begriff des *homme engagé*, das Motto „*Malgré tout*“ wurde sein Lebensspruch. Mittels seiner Kunst, seiner Holzschnitte prägte er den Diskurs seiner Zeit, Geiselhart nennt als Beispiele „*The Swabian Alb*“ oder auch die Mappen „*Die Marienkirche in Reutlingen*“ und „*Ägyptische Reise*“ sowie seine Drucke der „*presse clandestine Haguenau*“. Selbst in seiner Kriegsgefangenschaft betätigte sich Grieshaber künstlerisch: „*The big Show*“ entstand mit Reflexionen über die widrigen Zeitumstände, was ihm ein Jahr Zwangsarbeit im belgischen Bergwerk Mons einbrachte. Geiselhart arbeitet sehr schön heraus, dass es dem politischen Künstler Gries-

haber immer um eines ging: darum, Haltung zu bewahren. Wenig bekannt dürfte auch sein, dass er ab 1947 eine eigene Zeitung mit dem unbescheidenen Titel „Weltpresse“ herausgab, der allerdings nur drei Ausgaben beschieden waren. Auf weltpolitische Ereignisse reagiert er schnell: Auf den Ausbruch des Koreakrieges 1950 schneidet er noch in der Nacht des Bekanntwerdens ein Plakat; genau so, wie er 1956 sofort auf das schreckliche Grubenunglück in Marcinelle mit einem Holzschnitt antwortete, dessen Verkaufserlöse er den Hinterbliebenen spendete. Ein weiteres Beispiel seines Einsatzes für andere ist seine Unterstützung für den in den letzten Kriegstagen von der deutschen Besatzung erschossenen niederländischen Drucker Hendrik Werkman. Grieshaber finanzierte mit seinem ersten größeren Preisgeld (10.000 Mark als Summe des Oberschwäbischen Kunstpreises) ein Buch im Selbstverlag, damit das Werkman angetane Unrecht und sein künstlerisches Potenzial nicht in Vergessenheit gerieten. Legendär auch sein Protest gegen die Wiederverwendung des „Hauses der Kunst“ in München, das sich seiner Ansicht nach als originärer Hitler-Bau nicht für die neue Kunst der Bundesrepublik eignete. Sehr aussagekräftig auch der Hinweis der Autorin am Schluss des Aufsatzes auf aktuelle Vorfälle mit Neonazis Anfang 2019 in Nürnberg. Wie Geiselhart umfassend darlegt, war der afrikanische Kontinent ein weiterer Schwerpunkt Grieshaberschen Engagements. Er greift die chaotischen Umstände auf, unter denen Menschen und Tiere dort leben, so entsteht zum Beispiel neben weiteren das Triptychon „Afrikanische Passion“, das den – teilweise bis heute andauernden – Leidensweg der afrikanischen Völker verdeutlicht. Eindrücklich ist auch Grieshabers Einsteigen für Martin Luther King, den er mit einer Ausgabe seines „Engels der Geschichte“ 1968 ehrt, oder sein politisches Statement in den Blättern mit Motiven seines vietnamesischen Hängebauchschweins als Protest gegen den Konflikt zwischen Nord- und Süd-Vietnam und die Rolle der USA. Singulär in der Nachkriegsgeschichte ist sein Eintreten für eine Verständigung zwischen der DDR und der BRD, die ihren Höhepunkt in seinem „Totentanz“ als Gemeinschaftsprojekt zwischen Ost und West fand. Geiselhart erwähnt weiter seinen Beitrag zur Ausgestaltung des Sitzungssaals des Verteidigungsausschusses sowie seine spezielle Beziehung zu Griechenland, aber auch zu Chile. Grieshabers „Bauernkrieg“ wird abgehandelt, ein für den Künstler sehr wichtiges Thema, speziell 1975 zum 450. Jubiläum der Geschehnisse. Geiselhart lässt auch die wohl populärste Rolle des Künstlers als Umwelt- und Tierschützer nicht aus, galt er doch als einer der ersten „Grünen“. Seinen Einfluss machte er in der Regel mit explizit zum Thema gedruckten Plakaten geltend, so auch in seinem Einsatz für die Umwandlung des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme in eine Gedenkstätte und die Veröffentlichung eines sogenannten „Totenbuches“. Auch politische Parteien oder Gruppierungen wie Amnesty International unterstützte er unregelmäßig mit eigens entworfenen Plakaten. Das rastlose Wirken des politischen Grieshabers, mittels dessen Werken immerhin 50 Jahre (1930–1980) deutscher Ge-

schichte anschaulich nachvollziehbar sind, erläutert Geiselhart präzise mit reichhaltigem Bildmaterial in sehr guter Qualität, vielfältigen Quellenangaben und ausgesprochen gut lesbar. Würde Grieshaber heute noch leben, er hätte, angesichts der aktuellen politischen Situation, leider sehr reichlich zu tun.

Kurt Femppel bereichert das Buch mit einem bisher so nicht existierenden Gesamtüberblick der politisch motivierten Holzschnitte, deren Zahl er mit rund 300 Einzelblättern angibt und der zukünftig ein wichtiges Arbeitsinstrument darstellen wird. Den Abschluss des Bandes bildet ein umfassender Lebenslauf von HAP Grieshaber, den Catharina Geiselhart beisteuert. Alles in allem ein höchst lesenswertes Buch mit vielen interessanten Details über den – nicht nur – politischen HAP Grieshaber, sondern über einen Künstler, dessen Maxime das „Machen“, die „Aktion“ war. *Barbara Krämer*

*Winni Victor; Reinhold Maas (Hrsg.): Glasfenster. Dokumentation zu den Glasfenstern des Reutlinger Künstlers Winand Victor mit Entwurfszeichnungen und Werkverzeichnis. Reutlingen, Oertel+Spörer 2019. Zahlreiche zumeist Farbabb., 87 S., 19,95 Euro.*

Künstler, die in verschiedenen Schaffensbereichen tätig sind, werden oft nicht in der Gesamtheit ihres Schaffens gewürdigt. So ist bisher wenig beachtet worden, dass der Reutlinger Künstler Winand Victor (1918–2014), der sich einen Namen als Maler und Graphiker gemacht hat, auch ein bedeutender Gestalter farbiger Glasfenster war, die er zumeist (aber nicht nur) für sakrale Bauten schuf. Selbst in Darstellungen, die beanspruchen, das Gesamtwerk in den Blick zu nehmen (etwa R. Zerbst: Dem Leben auf der Spur. München 1998, oder R. Tabbert: Winand Victor, Maler in Reutlingen, in: RGB NF 46 (2007), S. 237–264) werden die Glasfenster nur am Rande berücksichtigt.

Das hat Gründe. Zum einen ist ihnen lange nicht der gleiche Kunstcharakter zugebilligt worden wie Gemälden; zum andern hat es lange kein Verzeichnis der Glasfenster und ihrer Standorte gegeben. Inzwischen ist solch ein Verzeichnis von Winni Victor, der Tochter des Künstlers, erarbeitet worden. Anhand ihrer Ermittlungen haben die beiden Kulturjournalisten Otto Paul Burkhardt und Wolfgang Alber den Victor'schen Glasfenstern eine erste Studie gewidmet, die 2013 in der Zeitschrift „Schwäbische Heimat“ erschienen ist. Im vorliegenden Band ist die Studie nachgedruckt und durch zwei weitere Beiträge ergänzt worden: aus aktuellem Anlass ein Plädoyer der beiden Autoren für den Schutz der Fenster sowie eine Betrachtung der erhalten gebliebenen Fensterentwürfe durch die Kunsthistorikerin Kristina Schamkaew. Was dem Band einen besonderen Wert verleiht, ist das detailliert dokumentierte Verzeichnis aller ermittelten Glasfenster und die ganzseitigen Farbfotografien einer größeren Auswahl der Fenster und der Entwürfe. Ein Augenerlebnis!

Es handelt sich bei den Fenstern um Auftragsarbeiten, die in den Jahren 1956 bis 1971 von Winand Victor eigenhändig ausgeführt wurden, insbesondere für Neuapostolische Kirchen in Württemberg. Im Reutlinger Atelier wurde dickes Buntglas zurechtgeschlagen und durch Beton, den bevorzugten Baustoff jener Jahre, zusammengefügt. Was auf diese Weise entstanden ist, sind nicht (wie in den bleigefassten mittelalterlichen Kirchenfenstern) Bebilderungen von Bibelereignissen, sondern – teils abstrakt, teils figurativ – leuchtend meditationsanregende symbolische Strukturen. Alle drei Interpreten setzen die entstandenen Werke zur Glasfensterkunst anderer zeitgenössischer Künstler in Beziehung. Im Hinblick auf das Victor'sche Gesamtwerk böte es sich an, auch einen Bogen zu schlagen von Werken der Glasfensterkunst zu Werken der Malerei, etwa von dem Entwurf für die Neuapostolische Kirche Bondorf (1971, S. 73) zu den Sonnengemälden der letzten Schaffensphase. Es würde augenfällig: So unterschiedlich der Werkstoff, so übereinstimmend die Kunst.

Burkhardt und Alber ist nachdrücklich daran gelegen, den künstlerischen Wert der Victor'schen Glasfenster und damit ihre Schutzbedürftigkeit zu betonen. In ihrem zweiten Beitrag zeigen sie beispielhaft auf, wie mit dem Abriss der Neuapostolischen Kirche in Pliezhausen ein besonders eindrucksvolles Victor'sches Glasfenster verloren ging und wie notwendig es daher ist, dass sich der Denkmalschutz dieser Kunst annimmt. Kurz nach Erscheinen des vorliegenden Bandes droht der Neuapostolischen Kirche in Nehren, zu dessen sinnträchtigem Glasbetonfenster es sogar einen deutenden Hinweis des Künstlers gibt (S. 12; 34), ein ähnliches Schicksal wie der Kirche in Pliezhausen (vgl. Schwäbisches Tagblatt vom 18.2.2020).

*Reinbert Tabbert*

*Christa Birkenmaier (Hrsg.): Rudolf Yelin d.J. 1902–1991. Mit Beiträgen von Frauke Dietz und Uwe Braun-Dietz, Erika und Helmuth Kern. Michael Imhof Verlag, Petersberg 2019. 192 S., zahlreiche meist farbige Abb., 29,95 Euro.*

Dass Rudolf Yelin d.J. (hinfort RY) gerade als Glasmaler, aber auch darüber hinaus als vielseitiger Künstler im Dienste von „Kunst am Bau“, im Südwesten Deutschlands seit den 1920er Jahren eine unglaubliche Zahl an Werken geschaffen hat, ist als Allgemeinplatz hinlänglich bekannt. Und dass er fast ein Vierteljahrhundert (1946–1970) als von Theodor Heuss berufener Professor und Leiter der Abteilung für Glasmalerei und Mosaik an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste (ABK) Stuttgart wirkte, ist ebenso vertraut: Schließlich war er dabei u. a. der entscheidende Lehrer Hans Gottfried von Stockhausens (1920–2010), des wohl bedeutendsten und international geschätzten süddeutschen Glasmalers seit den 1970er Jahren und RYs Nachfolger an der ABK Stuttgart (1971–1986). Umso befremdlicher erscheint es, dass erstmals mit der besprochenen Publikation im Jahre 2019 endlich der Versuch



einer umfassenden Darstellung seines künstlerischen Schaffens erschienen ist, wohingegen eine Monographie zu seinem in Reutlingen geborenen Vater Rudolf Yelin d. Ä., dem Gestalter der Vorhallenfenster in der Reutlinger Marienkirche (1902), längst vorliegt (Bodo Cichy: *Rudolf Yelin 1864–1940. Seine Zeit, sein Leben, sein Werk*, Stuttgart 1987).

Erst jetzt also sind notwendige Voraussetzungen geschaffen, um zukünftig RYs Wirken in Reutlingen und der Region adäquat im Kontext seines Gesamtwerks zu analysieren, eine Möglichkeit, die Hans Fegers 1983 fehlte (Hans Fegers: *Rudolf Yelin der Jüngere*, in: *RGB NF 22* (1983); in diesem Band auch *Rudolf Yelin: Erinnerungen an das großelterliche Haus in Reutlingen*). Lohnenswert wäre dies allemal, denn der sicher immer noch nicht ganz vollständige und minimalistische Bild-„Katalog – Rudolf Yelins Arbeiten in Kirchen“ von Frauke Dietz, ein chronologisches Werkverzeichnis der baugebundenen Arbeiten von Claudia Lamprecht, einer Kunststudentin, die mit der Erstellung von RY persönlich ein Jahr vor dessen Tod beauftragt wurde, sowie ein Register der Orte, in denen RY gearbeitet und Werke hinterlassen hat, liefern in diesem reichhaltig bebilderten Band eine fundierte Basis: Immerhin verfügt Reutlingen, die Geburtsstadt seines Vaters und „Spielort“ zweier RY-Ausstellungen (1982 und 1986), mit mehreren Arbeiten (auf die Zahl der Bauten bezogen nach Stuttgart die meisten an einem Ort), deren zeitliche Spanne von 1936 bis 1978 reicht, über einen spannenden Querschnitt.

Eine der großen Glasfenster-Schöpfungen RYs, die raumprägende Beton-Buntglas-Wand (1964) der Mössinger Martin-Luther-Kirche, war für die Mössinger Kunsthistorikerin Christa Birkenmaier (hinfort CB) Ausgangspunkt für eine intensive Auseinandersetzung mit seinem Schaffen, das die sakrale Kunst im protestantischen deutschen Südwesten v.a. in der Nachkriegszeit wesentlich mitgeprägt hat. Für ihren umfassenden Beitrag „Leben und Werk“, der die private wie künstlerische Vita RYs lückenlos aufarbeitet, stand der Autorin der vollständige Nachlass unbeschränkt zu Verfügung. In einer Verschränkung von chronologischen und thematischen Kapiteln gelingt hier ein überaus detailreiches Gesamtbild sowohl des Künstlers als auch des Hochschullehrers.

Deutlich wird, dass RY, der zeitlebens fast ausnahmslos dem Figürlichen verhaftet blieb, auch in den Jahren des Nationalsozialismus zu den durchaus erfolgreichen Meistern seiner Zünfte gehörte: Wer die präsentierten Fakten und Werke analysiert und „zwischen den Zeilen“ liest, kommt kaum umhin, die Anpassung RYs an die Erwartungen der NS-Ideologie weniger neutral einzuschätzen als die Autorin. Allein der Umstand, dass RY in dieser Zeit aus eigenem Antrieb an zahlreichen Wettbewerben teilnahm – mit manchem Erfolg und manch „guter Presse“ –, deutet darauf hin, dass hier noch tiefer schürfende Untersuchungen nötig sind. Gleichwohl gilt auch hier wie für die anderen Kapitel: Die materialreiche, konzise Darstellung des Faktischen taugt hervorragend als Basis für weitere Untersuchungen, was auch der Impetus CBs ist.

Dies gilt auch für RYs Wirken als Hochschullehrer. Wenig aufschlussreich dagegen ist der kurze „Bericht ehemaliger Studierender“ von Erika und Helmuth Kern, der verzichtbar gewesen wäre: Das Einflechten von kurzen Statements mehrerer Ehemaliger im entsprechenden Kapitel von CBs Einführungsbeitrag hätte mehr leisten können. Harald Reinhardt (1937–2016) z. B., ein der Abstraktion verbundener Grafiker und Maler, der Ende der 1950er Jahre an der ABK Stuttgart studierte, charakterisierte RY in einem Gespräch vor etwa 20 Jahren als wichtige Erfahrung für junge Studierende, weil er zeitlose Grundlagen vermitteln konnte und man sich bei ihm zielorientiert und experimentell zugleich handwerklich die Hände dreckig machen und zusammenarbeiten musste.

CBs dann folgender Beitrag „Künstlerische Entwicklung und kunstgeschichtliche Einordnung“ lässt aufschlussreich RY selber zu Wort kommen, so z. B. aus seinem „Rechenschaftsbericht“ im Nachlass. Auch je zeitgenössische Einschätzungen seiner künstlerischen Stellung bzw. Leistung sind gut ausgewählt und prägnant. Selbstverständlich gilt auch hier: Der Beitrag eröffnet weitere Fragen und gibt Raum und Basis zur Entschlüsselung konkreter Bezüge im Werk RYs – zur älteren Tradition, zum vom Münchener Realismus, von Symbolismus und Jugendstil geprägten Werk seines Vaters, zu den Kunstströmungen seiner Schaffensjahrzehnte einschließlich der NS-Kunst, zum Werk seiner Schüler, v. a. Stockhausens.

Hilfreich für zukünftige Forschungen, aber auch für den heutigen, in biblischer Ikonographie meist unerfahrenen Betrachter, ist der anschließende Beitrag des Pfarrers der Mössinger Martin-Luther-Kirche, Uwe Braun-Dietz samt „Yelin-Motiv-Quickfinder-Tabelle“. Er schlüsselt RYs theologisches Bildprogramm auch in seiner Entwicklung auf, analysiert Gestaltungslinien und misst seine Kunst am kirchlichen Anspruch, „denn die Sache der Bildenden Kunst im Kirchenraum ist die Sichtbarmachung der Botschaft des Evangeliums und damit die Ermöglichung, über diese Ebene mit Gott zu kommunizieren“ (S. 103).

Im Beitrag „Künstlerische Mittel bei Rudolf Yelin und ihre Wirkungen“ zeigen Helmuth und Erika Kern mit hohem technischem, kunsthistorischem und künstlerischem Sachverstand an ausgewählten Beispielen die ganze handwerkliche und technische Bandbreite im Bereich von Wand- und Glasfenstergestaltung auf. Hier wird deutlich, mit welchem hohem handwerklichem Anspruch, virtuosem Können, immer wieder auch experimentellem Zugriff und künstlerischem Anspruch RY adäquate Umsetzungen der Themen und Aufgaben anging. Deutlich wird vor allem hier die künstlerisch herausragende Stellung der Mössinger Betonglaswand von 1964, mit der Yelin ein wegweisendes „Betonglasgemälde“ als „monumentales Lichtrelief“ (S. 131–133) gestaltet hat.

Insgesamt ist ein sehr profundes, schönes, auch für den interessierten kunsthistorischen Laien zugängliches Buch entstanden, das nicht nur einer zukünft-

tigen Yelin-Forschung wichtige Grundlage sein wird. Es möge auch dazu beitragen – dies ist sicher auch der Wunsch der die Publikation fördernden Institutionen (Stiftung für Kirche und Kunst und Verein für Kirche und Kunst der Ev. Landeskirche in Württemberg – ein Geleitwort von Landesbischof Frank Otfried July bekräftigt dies), die Auseinandersetzung mit figurativer kirchlicher Kunst im 20. Jh. aus ihrem Schattendasein zu führen. Denn sie wird, wohl, weil zweck- und auftragsgebunden sowie oft handwerklich geschaffen, vom künstlerischen und kunstwissenschaftlichen Zeitgeist meist vernachlässigt, obschon ebendieser Zeitgeist für sich ein sehr weites Kunstverständnis in Anspruch nimmt.

Thomas Becker

*Nation im Siegesrausch. Württemberg und die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71. Begleitbuch zur Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Hrsg. und bearb. von Wolfgang Mährle. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2020. 384 S., zahlreiche Farbabb., 1 Kartenbeilage, 35,00 Euro.*

*Wolfgang Mährle (Hrsg.): Württemberg und die Deutsche Frage 1866–1870. Politik – Diskurs – Historiografie (Geschichte Württembergs. Impulse der Forschung, Bd. 5). W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2019. 293 S., 13, überwiegend Farbabb., 25,00 Euro.*

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 und die Bismarck'sche Reichsgründung sind Kapitel, die nicht eben Konjunktur in den Geschichtsbüchern unserer Tage haben. Zu sehr ist diese Episode mit einer unseligen, 75 Jahre dauernden Kette blutiger Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Frankreich verbunden, nicht wenige wollen gar von der Reichsgründung eine direkte Linie zur Katastrophe deutscher Geschichte 1933–1945 ziehen. Andererseits wurden in dieser Zeit Grundlagen für einen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Aufstieg Deutschlands gelegt, den angesichts des Rückstands zu etablierten Industrienationen wie England Jahre zuvor kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Es ist das Verdienst des Hauptstaatsarchivs Stuttgart und des dort angesiedelten, von Wolfgang Mährle geleiteten Arbeitskreises für Orts- und Landesgeschichte, durch eine Tagung und eine Ausstellung diese Sattelzeit aufgegriffen und mit der spezifischen Frage versehen zu haben, welche Rolle Württemberg vor und bei der Reichsgründung spielte. Während das Ausstellungsvorhaben den Einschränkungen der jüngsten Pandemie zum Opfer fiel, konnte 2017 eine Arbeitskreistagung zu „Württemberg und die Deutsche Frage 1866–1870“ noch stattfinden. Und trotz allem erschien rechtzeitig ein umfangreiches und reich bebildertes Begleitbuch zur Ausstellung.

Dieses unterteilt sich nicht ganz hälftig in zwölf thematische Aufsätze und in einen reich bebilderten Katalogteil. Wie der Titel „Nation im Siegesrausch“ bereits andeutet, geht es im ersten Teil keineswegs nur um eine vorwiegend südwestdeutsche oder württembergische Sicht. Einen deutlichen Schwerpunkt bilden militär- und mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen (Ute Plannert, Nationalismus und Krieg, S. 17–29; Gerhard P. Groß, Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, S. 31–43; Frank Becker, Der Krieg von 1870/71 als ‚Racenkampf‘, S. 65–84) sowie Überlegungen zur – vorwiegend verfassungsgeschichtlichen – Besonderheit des neu gebildeten Deutschen „Reichs“ (Ewald Frie, Imperium und Nationalstaat im 19. Jahrhundert, S. 7–15; Michael Kotulla, Entstehung der Reichsverfassung, S. 151–163). „Württembergische“ Themen konzentrieren sich wiederum auf militärische Aspekte (Wolfgang Mährle, Das württembergische Heer im Deutsch-Französischen Krieg, S. 45–64) sowie auf die Haltung vor allem des Königshauses in Person König Karls von Württemberg (Nicole Bickhoff, „Württemberg ist so feindlich“, S. 127–137) und des Kronprinzen, des späteren Königs Wilhelm II. (Albrecht Ernst, „Der Krieg ist furchtbar aber schön ist die Begeisterung“, S. 99–112) zu Krieg und Reichsgründung. Aus heutiger Sicht wohlthuend ist hier die Erkenntnis der Zurückhaltung, wenn nicht Skepsis sowohl des Königs als auch des Thronfolgers gegenüber Militarismus und einer preußisch dominierten nationalen Einigung. Angesichts der überschaubaren militärischen Fähigkeiten des Landes – die Niederlage gegen Preußen lag erst vier Jahre zurück – ist es wenig überraschend, dass der württembergische Anteil am Krieg alles andere als entscheidend war. Gewürdigt wird die Rolle schwäbischer Bataillone beim französischen Versuch, nach der Schlacht von Sedan zu Anfang Dezember 1870 den Belagerungsring um Paris bei den Marneorten Villiers und Champigny zu sprengen (S. 45–64). Wer es noch nicht wusste, kann so die Hintergründe der Straßenbenennung nach diesen Schlachtenorten auch in Reutlingen erfahren, wobei die hiesige Champignystraße offenbar mit der in Stuttgart-Vaihingen die einzige im württembergischen Landesteil ist, die die Umbenennungen der jüngeren Zeit überstanden hat (S. 361).

Der letzte Beitrag des Aufsatzteils führt wiederum ein Stück weit nach Reutlingen. Friedemann Schmoll widmet sich „Reich und Nation“ im „würtembergischen Denkmalskult 1870/71“, einem Thema, zu dem sich die Namensgebung Kaiser- und Bismarckstraße in der gründerzeitlichen Oststadt oder das 1892 errichtete Kaiserdenkmal in der Planie fügen, das im Katalog auch mit einer Abbildung vertreten ist (S. 367). „Was indizieren die württembergischen Denkmalslandschaften? Besinnungsloses Einschwenken und euphorisches Einstimmen in proborussische Einmütigkeit?“ Die Beantwortung dieser Frage (S. 167) leidet, so Schmoll, zunächst unter dem Mangel systematischer Untersuchungen im Land (S. 169). Evtl. könnten die in den letzten 20 Jahren intensiv vorangetriebenen Bemühungen um die Erfassung sogenannter Kleindenkmale dieser Fehlstelle ein wenig abhelfen. Schmoll vermag dann aber anhand einzel-

ner exemplarischer Beispiele von Sieges-, Gefallen-, Kaiser- und Bismarckdenkmälern ein ganzes Tableau an Möglichkeiten für eine ostentative Erinnerung an Krieg und Reichsgründung auszubreiten. Am Ende kommt er zum Ergebnis, dass etliche Denkmalstypen eine Verankerung Württembergs im „Reichsnationalismus“ anzeigen, indes ebenso eine Distanzierung gegenüber einem „militanten Nationalismus“ nach 1890 erkennbar sei. Für beides ließen sich lokale und regionale Beispiele anfügen: Der Buttenhausener Pfarrerssohn Otto von Haldenwang (1828–1897), vom württembergischen Schlachtenmaler Faber du Faur verewigter Kriegsheld (vgl. die Darstellung S. 252), erhielt 1902 an seinem jüdisch-christlichen Heimatort ein imposantes, heute noch bestehendes Denkmal, für das der örtliche Militärverein sorgte. Andererseits bemerkenswert ist ein nicht nur, aber auch um Reutlingen verbreiteter Denkmalstyp in Form von Baumpflanzungen, „Friedenslinden“, die auf weniger martialische Weise an das Ereignis erinnern.

Der anschließende, überwiegend von Wolfgang Mährle verantwortete Katalogteil greift viele dieser Themen in vier Abschnitten (Württemberg am Vorabend der Reichsgründung, Die württembergische Armee im Deutsch-Französischen Krieg, Auf dem Weg ins Deutsche Reich, Erinnerung an Krieg und Reichsgründung) wieder auf und illustriert sie anhand von Archivalien und einer sorgfältigen Auswahl von Bildquellen bis hin zur damals noch ausgesprochen jungen Kriegsfotografie, die sich in Teilen auf die durch den einstigen Reutlinger Museumskustos Karl Keim gesammelten Aufnahmen des Tübinger Lichtbildners Paul Sinner (1838–1925) stützt. Mährle ließ es sich auch nicht nehmen, selbst Feldzugsorte in Frankreich aufzusuchen, sodass der Band durch sonst kaum bekannte Ansichten und Denkmäler bereichert wird (etwa S. 356 f.).

Eine weitere Vertiefung bieten die Beiträge der 2017 veranstalteten Tagung, die nun als Band 5 der Arbeitskreisreihe „Impulse der Forschung“ erschienen sind. Die elf Aufsätze zu *Württemberg und die Deutsche Frage 1866–1870* konzentrieren sich auf die Jahre vor der Reichsgründung. Gewissermaßen als Klammer dienen die Beiträge von Gabriele Clemens aus Saarbrücken zur „Nationalismusforschung“ in Europa zwischen 1770 und 1870 sowie des Tübinger Historikers Dieter Langewiesche zu Württemberg 1866–1870 „in vergleichender Perspektive“, die beide den Blick auf gleichzeitige europäische Entwicklungen weiten. Clemens, eine hervorragende Kennerin italienischer Geschichte, arbeitet die europaweite, durch zahlreiche Exilanten begünstigte Vernetzung der dortigen Einigungsbewegung heraus, die in gewisser Weise zum Motor nationaler Bewegungen wurden. Zu dieser Beobachtung passt, am Rande bemerkt, auch die Vita Friedrich Lists, der in den 1820er Jahren im Schweizer Exil mit dem italienischen Geheimbündler Gioacchino de Prati zusammentraf (vgl. *Kilian Spiethoff in RGB NF 52 (2013), S. 68–69*). Südlich der Alpen gelang die nationale Einigung 1861, allerdings nicht, so Clemens, im Sinn demokratischer, liberaler Ideen, sondern mit militärischer Hilfe von

außen (S. 23). Bemerkenswert bleibt die Erkenntnis intensiver gegenseitiger Beeinflussung italienischer, polnischer und deutscher Aktivisten, die sich auch in kulturellen Ausdrucksformen (Literatur, Musik) zeigte. Was die Wirkmächtigkeit national grundierter Ideologie angeht, ist die neuere Forschung eher zurückhaltend und mit Blick auf Württemberg fragt die Autorin am Ende skeptisch: „Konnte wirklich in Stuttgart alles siegesdeutsch angestrichen werden? Oder gab es im Südwesten Alternativen zur proborussischen Meistererzählung?“ (S. 34). Dieter Langewiesche arbeitet die verfassungs- und politikgeschichtlichen Unterschiede deutscher und italienischer Nationalstaatsbildung heraus (S. 271–282). Während in Deutschland aufgrund der Tradition von Altem Reich und Deutschem Bund ein föderales Gebilde entstehen konnte, das Württemberg auch nach 1871 in Grenzen eine gewisse Autonomie gewährte, war dies in Italien völlig anders: Eine Einigung gelang dort ausschließlich auf Kosten bislang eigenständiger Fürstentümer und auf Kosten des habsburgischen Vielvölkerstaats.

Der nähere Blick auf das Königreich Württemberg beginnt mit einer komprimierten Übersicht Jürgen Müllers auf die Rahmenbedingungen württembergischer Außenpolitik 1866–1871 (S. 35–48). Wenig überraschend das Fazit, dass das mit vergleichsweise bescheidenen Möglichkeiten versehene Land „durch seine geographische Lage und die sich daraus ergebenden Sicherheitsbedürfnisse, seine ökonomische Einbindung in den kleindeutsch-preußischen Zollverein [...] stark eingeschränkt“ waren (S. 48). Einen Zugang zu praktischen Handlungsmöglichkeiten der Außenpolitik bieten die Gesandtschaften, die Württemberg in allen wichtigen Hauptstädten unterhielt. Nicole Bickhoff stellt mit Carl Freiherr Hugo von Spitzemberg (1826–1880) *den* Vertreter Stuttgarts in Berlin in der Ära des Ministerpräsidenten Varnbühler vor. Spitzemberg, ein Mann aus altem lothringischem Adel, verfügte über sehr gute Verbindungen zu Bismarck und unterstützte durch umsichtiges Agieren die überaus heikle, schrittweise Hinwendung des Königreichs zu Preußen, die nach dem Ausscheiden Wiens aus dem deutschen Einigungsprozess alternativlos erschien und sich 1866 in (zunächst geheime) Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit Württemberg und anderen deutschen Staaten ausmünzte. Allerdings, so Bickhoff, „ohne dass Württemberg zunächst in eine allzu große Abhängigkeit geraten wäre.“

Eine naheliegende Alternative zu einem engen Anschluss an Preußen war das „Dritte Deutschland“ in Form eines Zusammengehens der süddeutschen Mittelstaaten, eine Idee, die gerade in Württemberg sehr weit zurückreicht. Gerhard Hetzer untersucht dazu die Beziehungen Württembergs und Bayerns im Vorfeld der Reichsgründung aus bayerischer Sicht, gestützt auf die Gesandtschaftsakten im Münchner Hauptstaatsarchiv. Der Blick auf vielfältige Versuche, nach der gemeinsamen Niederlage gegen Preußen, Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, zeigt ein von gegenseitigem Misstrauen bestimmtes, allzu vorsichtiges Agieren – den einen waren die Bayern zu selbst-

bewusst, die anderen konnten sich nicht vorstellen, kleinere Partner als gleichberechtigt zu akzeptieren. Minutiös zeichnet Hetzer nach, wie sehr sich dieses Misstrauen von den Überlegungen eines Süddeutschen Bundes 1867 bis zu den Verhandlungen für den Beitritt zum preußisch dominierten Reich 1870/71 hinzog – bekanntermaßen mit besserem Verhandlungsergebnis für Bayern, das sich im neuen Staat mehr „Reservatrechte“ sichern konnte als etwa Württemberg.

Bei dem Tagungsthema naheliegend ist sicherlich auch eine militär-geschichtliche Betrachtung, die Dieter Storz mit einem Vergleich der Militärreformen in Bayern und Württemberg beisteuert (S. 93–127). Von der Diplomatie- und Politikgeschichte weg und in die Welt von Mentalitäten und Geistesgeschichte führt Tilmann Matthias Schröders Beitrag zur evangelischen Landeskirche Württembergs und deren Haltung zur „nationalen Frage“, der sich durch eine weiter gesteckte zeitliche Perspektive auszeichnet. Voraussetzung und Rahmen war das württembergische Staatskirchentum mit dem König als „Summepiskopus“ an der Spitze eines keineswegs homogenen evangelischen Landes. Schröder konstatiert für das junge Königreich eine erhebliche Verunsicherung der Geistlichkeit aufgrund einer engen Gängelung, die umso stärker empfunden wurde, als die katholische Kirche durch das Konkordat von 1862 in inneren Angelegenheiten vergleichsweise unbehelligt erschien. War es da nicht irgendwie wohltuend, eine auch außenpolitisch reüssierende protestantische Großmacht zu haben, die katholische Staaten wie Österreich oder Frankreich in die Schranken wies? Bemerkenswert sind die unterschiedlichen Strömungen innerhalb des im Land traditionell starken Pietismus: Während der konservative (zeitweilig Reutlinger) Prälat Sixt Karl von Kapff (1805–1879) einer engen Anlehnung an Preußen das Wort redete und sein Sohn gar den Sieg gegen Frankreich und die Reichsgründung „enthusiastisch“ begrüßte (S. 144), waren andere deutlich reservierter. In Boll hatte der ältere Blumhardt dafür nur die Bemerkung übrig: „Nun ist’s wieder mit dem Reich Gottes nichts.“ (S. 153). Die hier einschlägige Arbeit Walter Göggelmanns zu Gustav Werner und dem Bruderhaus im Deutsch-Französischen Krieg (*RGB NF 48* (2009), S. 251 ff.) blieb leider unberücksichtigt. Persönliche Bindungen an die wissenschaftliche theologische Berliner Schule („Berlinpilger“), ein nachvollziehbares Interesse an einer auch außenpolitisch relevanten Schutzmacht seitens der für Württemberg so wichtigen Basler Mission waren schließlich Faktoren, die der Linie Kapffs zum Durchbruch verhelfen, auch wenn natürlich während des Krieges 1866 zwischen den Bundesstaaten und Preußen in den Gemeinden eine solche Haltung kaum opportun sein konnte. In vielem war der preußische Protestantismus aber auch schon vor dem „Wendepunkt“ 1866 anschlussfähig, so in der aus pietistischem Milieu hervorgegangenen sozial-karitativen Arbeit Wicherns – wobei man aus Reutlinger Sicht hier wiederum gerne ein Wort zu Gustav Werners Gründung zum Bruderhaus und dessen Kontakte nördlich des Mains gelesen hätte.

Am Ulmer Beispiel wird die Auseinandersetzung um die „deutsche Frage“ auf lokaler Ebene in einer ehemaligen Reichsstadt, sozusagen einem Vergleichsstück zu Reutlingen, verfolgt, wobei die damals schon deutlich größere Donaustadt durch ihre Grenzlage zu Bayern und die Bundesfestung einige Besonderheiten aufzuweisen hatte, die Verallgemeinerungen verbieten. Der Leiter des dortigen Stadtarchivs, Michael Wettengel, schildert den Aufstieg des neu gegründeten Ortsvereins der Deutschen Partei in Ulm, die sich aus Nationalliberalen und Konservativen zusammensetzte und dem es nach 1866 gelang, Wahlen gegenüber einer Koalition aus katholisch-großdeutscher Vereinigung und linksliberaler Volkspartei zusehends für sich zu entscheiden. Aufgrund einer Analyse vor allem der parteigebundenen Presse (Beobachter, Ulmer Schnellpost) kommt Wettengel zum Schluss, dass sich diese keineswegs erwartbare Entwicklung zum einen hausgemachten Fehlern der „Beobachter“-Partei verdankt, indem diese gegen wirtschaftliche Interessen der Garnisons- und Handelsstadt argumentierte, und zum andern der Mobilisierungsfähigkeit der neuen preußenfreundlichen Deutschen Partei gerade unter den Militärangehörigen in Ulm. Rückbezüge auf eine in einer vormaligen Reichsstadt vielleicht noch aufscheinenden älteren Reichsidee haben zumindest explizit offenbar keine Rolle gespielt. Bemerkenswert ist auch das Ende, indem die Deutsche Partei dann Opfer ihres eigenen Erfolgs wurde: Nach 1871 eines der Reichseinigung vergleichbaren großen Ziels beraubt, verloren die Konservativen an Kampagnefähigkeit und die Volkspartei gewann noch einmal an Zustimmung, ehe dann am Ende des Jahrhunderts mit den Sozialdemokraten und dem katholischen Zentrum neue politische Kräfte auftraten. Daran schießt sich eine weitere Lokalstudie zum ostwürttembergischen Ellwangen von Michael Hoffmann an (S. 185–218), wo der liberale, von Friedrich List beeinflusste Nationalökonom Moritz Mohl (1802–1888) entgegen dem langfristigen Trend ein Mandat erringen konnte.

Die historiografische Wirkungsgeschichte jener Jahre untersuchen Michael Kitzing anhand der Habilitationsschrift des Tübinger Hochschullehrers Adolf Rapp (1880–1976) „Die Württemberger und die nationale Frage“ von 1910 (S. 219–239) und Tobias Hirschmüller, der mit dem monumentalen siebenbändigen Reichsgründungsopus Heinrich von Sybels die borussisch-Berliner Perspektive beleuchtet (S. 241–270). Der Band wird, wie in dieser Reihe üblich, durch ein nach Personen und Orten getrenntes Register abgeschlossen.

Insgesamt ist mit Tagungsband und Ausstellungskatalog eine beachtliche Rückschau im „Jubiläumsjahr“ gelungen. Auch wenn militär- und diplomatiegeschichtliche Aspekte etwas stark gewichtet erscheinen, zeigen ihre Ergebnisse und in gleicher Weise die lokalen und thematischen Ausblicke beider Bände, dass es diese Jahre deutscher und württembergischer Geschichte allemal wert sind, intensiv unter die Lupe genommen zu werden.

*Roland Deigendesch*



*Von der Monarchie zur Republik. Beiträge zur Demokratiegeschichte des deutschen Südwestens 1918–1923. Hrsg. von Sabine Holtz und Gerald Maier (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Bd. 224). W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2019. 198 S., 27 Abb., 24,00 Euro.*

Im November 2018 jährt sich das Ende des Ersten Weltkriegs, die deutsche Revolution und damit der Beginn der deutschen Demokratie zum einhundertsten Mal. Das war Anlass für eine Vielzahl von Forschungsprojekten, Tagungen, Ausstellungen und Publikationen, die sich dem Thema aus verschiedensten Perspektiven näherten. Zu den Ergebnissen dieser erhöhten Forschungstätigkeit zählt auch der vorliegende Sammelband. Er ging hervor aus einer wissenschaftlichen Tagung, die bereits im November 2017 in Stuttgart stattfand und die ihrerseits wiederum den Abschluss eines Forschungs- und Digitalisierungsprojekts markierte, das im Vorgriff auf den hundertsten Jahrestag der Revolution bereits zwei Jahre zuvor vom Landesarchiv Baden-Württemberg und der Universität Stuttgart ins Leben gerufen worden war. Das auf der Tagung präsentierte Ergebnis des Projekts mit dem Titel „Von der Monarchie zur Republik. Digitalisierung von Quellen zur Demokratiegeschichte im deutschen Südwesten 1918–1923“ umfasst eine Online-Quellensammlung mit eigens digitalisierten Dokumenten vorwiegend aus staatlichen Archiven (die Sammlung umfasst ca. 900.000 Digitalisate und ist abzurufen unter <http://www.weimarer-republik.landearchiv-bw.de>) und ein neues Themenmodul „Von der Monarchie zur Republik“ im landeskundlichen Informationsportal „LEO BW“. Beide Online-Angebote ermöglichen das Durchsuchen und direkte Studieren einer gewaltigen Zahl von Primärquellen zum politischem Leben, zu wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen sowie zu Gesellschaft, Bildung und Kultur in Württemberg, Baden und Hohenzollern von 1918 bis in die 1920er Jahre. Damit sind sie, gerade auch in Zeiten des Coronavirus, der das Aufsuchen von Archiven erschwert, eine unschätzbar wertvolle, von überall leicht zugängliche Ressource, die allen ans Herz gelegt sei, die sich mit der genannten Zeit im deutschen Südwesten beschäftigen wollen. Ein vollwertiger Ersatz für eigene Archivbesuche und -recherchen kann die trotz der großen Fülle bei Weitem nicht umfassende Sammlung indes nicht sein.

Der hier zu besprechende Tagungsband vereint die auf der Abschluss-tagung des Projekts gehaltenen Vorträge. Nach einer einleitenden grundsätzlichen Vorstellung des Digitalisierungsprojekts und der dahinter stehenden Überlegungen, insbesondere zur Auswahl der digitalisierten Quellen, sind das vor allem konkrete Untersuchungen zu verschiedenen Aspekten der Geschichte des deutschen Südwestens im Übergang von der Monarchie zur Republik. Unterteilt ist der Band in drei thematische Abschnitte. Der erste und umfangreichste hat den Titel „Revolution und politischer Umbruch“. Er umfasst Beiträge zur Abdankung der württembergischen und ba-

dischen Monarchen, zum Konflikt zwischen der demokratischen Regierung und dem ehemaligen Fürstenhaus in Hohenzollern in den 1920er Jahren, zum Umgang mit aus Elsass-Lothringen vertriebenen Deutschen in Baden (ein bisher kaum beachtetes Thema) sowie zur Rätebewegung aus unterschiedlichen Perspektiven. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit gesellschaftlichen und sozialen Dimensionen des Umbruchs und enthält eine Untersuchung zur schwindenden Bedeutung der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in der Zeit nach der Revolution, einen Beitrag zu Einbürgerungsanträgen vor allem von Frauen in Karlsruhe und eine Studie zu den südwestdeutschen Universitäten Tübingen, Heidelberg und Freiburg in der Umbruchzeit. Besonders interessant ist hier der Blick auf die spezifischen Herausforderungen von Studentinnen. Der dritte und letzte Abschnitt schließlich widmet sich der Geschichtsvermittlung. Vorgestellt werden ein Praxisprojekt der Professur für Public History der Universität Heidelberg, das archivalische Quellen zu „Ausländern“ in der Weimarer Republik sowohl Studierenden als auch einem breiteren Publikum nahebringen sollte, außerdem die Ausstellung „Demokratie wagen? Baden 1818–1918“ des Generallandesarchivs Karlsruhe und dazugehörige didaktische Überlegungen zur historisch-politischen Bildungsarbeit.

Besonders beachtenswert erscheinen dem Rezensenten drei Beiträge aus dem ersten Abschnitt: Ursula Rombeck-Jaschinski analysiert in ihrem Beitrag (S. 47–62) den politischen Diskurs um die Monarchen von Baden und Württemberg vor, während und nach ihrer Abdankung. Sie ordnet den Machtverzicht von 1918 in den größeren Kontext der Herrschaftsentwicklung seit Beginn des 19. Jahrhunderts ein. Das recht schnelle „Implodieren“ der beiden Herrschaften 1918 hält sie für das Ergebnis eines längeren Prozesses: Seit 1871 kam es zu einem schleichenden Bedeutungsverlust gegenüber dem Kaisertum und in den späten Kriegsjahren erwiesen sich die Herrscher als unfähig, auf die veränderten Bedingungen und großen Probleme adäquat und in Abgrenzung zum Kaiser zu reagieren. Die Monarchen blieben als Personen zwar weiterhin und auch über die Abdankung hinaus verhältnismäßig beliebt, das System der Monarchie hatte sich jedoch überlebt, war den Herausforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen.

Der Beitrag von Wilfried Reininghaus (S. 73–84) fällt in einem Sammelband zur südwestdeutschen Demokratiegeschichte etwas aus dem Rahmen: Er befasst sich mit Arbeiter-, Bauern-, Bürger- und Soldatenräten in Westfalen. Reininghaus stellt verschiedene Rätetypen vor und kommt zu dem Ergebnis, dass die Räte in Westfalen, anders als von konservativer Seite in jener Zeit gerne behauptet, zumeist nicht die Verursacher von Chaos und revolutionärer Unsicherheit waren. Im Gegenteil: Sie „organisierten“ das Chaos nach dem Zusammenbruch des alten Systems, wirkten häufig während der ersten Phase des Übergangs von der Monarchie zur Demokratie als wichtige stabilisierende Faktoren, bevor sie im parteipolitischen Konflikt zwischen Sozialdemokraten

und Kommunisten recht schnell an Bedeutung verloren. Eine Neubetrachtung der Rätebewegung im deutschen Südwesten ist überfällig. (Nach wie vor grundlegend sind die Publikationen von Eberhard Kolb und Klaus Schönhoven, die inzwischen über 40 Jahre alt sind.) Wie der Rezensent jedoch aus seinen eigenen, noch nicht veröffentlichten Untersuchungen zu württembergischen Städten in der Revolutionszeit bestätigen kann, lassen sich viele der Ergebnisse aus Westfalen zumindest auf Württemberg auch recht gut anwenden. Räte als wichtiger Faktor im politischen Geschehen sind auch im Beitrag von Wolfram Pyta (S. 85–106) ein zentrales Thema: Er stellt anhand der Revolutionsereignisse und der Rätebewegung in Stuttgart grundsätzliche Fragen nach den „Funktionsbedingungen moderner Demokratien“. Nach Pyta veränderte sich im Herbst 1918 die Gestalt der politischen Sphäre grundlegend. Die Revolution setzte ein enormes Bedürfnis nach politischer Teilhabe bei allen Schichten der Bevölkerung frei: Bei der Bewältigung der großen Unsicherheiten nach dem Sturz des alten Systems wollten alle zu Wort kommen, auch um eigene Interessen zu sichern. Das verlangte nach neuen Formen der politischen Auseinandersetzung und in den Wochen zwischen Revolution und ersten Wahlen war es trotz vieler demokratietheoretischer Defizite die Gründung von Räten, die diesem Partizipationsbedürfnis am schnellsten und besten entsprechen konnte. Es organisierten sich nicht nur die politische Linke, Arbeiter und Soldaten, sondern auch viele andere, zuvor teils kaum politisch aktive Teile der Bevölkerung. In ihren Räten bewältigten sie Konflikte in offener Debatte und probierten neue Formen der politischen Mitwirkung aus: Aus der politischen Kultur des passiven Zuhörens der Kaiserzeit wurde in den Räten eine Kultur des Teilnehmens und Mitsprechens.

Wie es bei Tagungsbänden üblich ist, sind im vorliegenden Buch Beiträge vereint, die sich der „Demokratiegeschichte 1918–1923“ aus verschiedenen Perspektiven und anhand verschiedener, zum Teil auch sehr spezieller Forschungsthemen nähern. Der Band ermöglicht so einen Einblick in diverse aktuelle Forschungsfragen und gibt Anregungen für die eigene Beschäftigung mit dem Thema. Dafür besonders wertvoll sind theoretische und grundsätzliche Überlegungen, die in vielen der Beiträge enthalten sind, und diese auch dann lesenswert machen, wenn das konkrete Forschungsthema nicht exakt dem eigenen Interesse entspricht. Wer sich allerdings einen grundlegenden und zusammenhängenden Überblick zur Novemberrevolution und zur nachfolgenden Zeit im deutschen Südwesten erhofft, wird wohl enttäuscht werden: Das ist nicht der Sinn dieses direkt aus der aktuellen Forschung gespeisten Buches. Zum Einstieg ins Thema sei hier deshalb zusätzlich noch der folgende Sammelband der Landeszentrale für politische Bildung empfohlen: *Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende – Revolution – Demokratie*. Hrsg. von Frank Engehausen und Reinhold Weber, Stuttgart 2018. Und wer sich für die Ereignisse in der eigenen Umgebung interessiert, der findet in der Ausgabe 2018 der Reutlinger Geschichtsblätter einen umfangreichen The-

menschwerpunkt zur Novemberrevolution und zur Weimarer Zeit in Reutlingen.

Lukas Kuhn

*Sebastian Elsbach: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik (Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 10). Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019. 731 S., 89,00 Euro.*

Was trug das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu seinem erklärten Gründungsziel des Schutzes der Weimarer Republik bei und welche Rolle spielte es in der ausufernden politischen Gewalt jener Zeit? Diese Fragen stehen im Zentrum der von Sebastian Elsbach 2018 in Jena als Dissertationsschrift eingereichten und 2019 im Franz Steiner Verlag erschienenen Studie. Das Reichsbanner, das 1924 als überparteilicher Bund republikanischer Kriegsteilnehmer gegründet wurde und zu einer der wichtigsten Massenorganisationen der Weimarer Republik heranwuchs, erfährt seit einigen Jahren verstärkte Aufmerksamkeit der Forschung. So erschien erst 2016 Marcel Böhles Dissertation zum Reichsbanner in Baden und Württemberg. Dies ist im Wesentlichen auf veränderte Schwerpunkte der Weimar-Forschung zurückzuführen, welche die Weimarer Republik nicht mehr ausschließlich von ihrem Ende her betrachtet, sondern vielmehr die Chancen und Möglichkeiten der ersten deutschen Demokratie in den Vordergrund rückt. Vor diesem Hintergrund ist es jedoch erstaunlich, dass Elsbachs Studie seit Karl Rohes Grundlagenwerk aus dem Jahr 1966 (Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik) die erste umfassende Arbeit zum Reichsbanner darstellt.

Die umfangreiche Studie folgt einer klassischen chronologischen Unterteilung in vier Hauptkapitel, welche die Jahre 1919 bis 1933 umfassen. Die Kapitel sind in sich thematisch gegliedert und haben den Anspruch, „republikanischer Gewaltkultur, Gewaltstrategie und konkrete Gewalthandlungen als getrennte Aspekte der politischen Gewalt des Reichsbanners“ (S. 26) zu untersuchen. Elsbach beleuchtet dabei die Ambivalenz zwischen dem zivilen und dem militärischen Handeln des Reichsbanners, das er unter den Begriffen „Zivilkultur und Gewaltkultur“ (S. 23) zusammenfasst. Der Verband agierte demnach einerseits als militärischer Gegenpol zu den rechten Wehrverbänden, setzte sich aber andererseits als zivilgesellschaftlicher Akteur für die Festigung der Republik ein. Dies geschah etwa durch die Abhaltung republikanischer Feste, in die auch versucht wurde, die örtlichen Behörden einzubeziehen.

Der zweite Schwerpunkt der Studie liegt auf den Bemühungen des Reichsbanners, als sicherheitspolitischer Akteur aktiv zu werden. Anhand der Archivbestände der Sicherheitsbehörden des Reiches und Preußens arbeitet Elsbach heraus, wie der Verband die Behörden zur Bekämpfung von Rechts-

und Linksradikalismus gleichermaßen zu verpflichten suchte. Zudem bemühte sich das Reichsbanner um eine Kooperation mit dem Reichswehrministerium, die nach dem Preußenschlag im Juli 1932 tatsächlich – wenn auch eingeschränkt – stattfand. Der Verband bot der Armee damit eine Alternative zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Sowohl in Bezug auf die kulturelle als auch auf die sicherheitspolitische Arbeit des Reichsbanners zeigt der Verfasser schlüssig und anschaulich die Verbindungen des Verbands zu den obersten staatlichen Stellen der Weimarer Republik auf und unterstreicht damit seine Einflussmöglichkeiten – aber auch deren Grenzen – im politischen Geschehen der Zeit.

In der Untersuchung der tagtäglichen Straßengewalt liegt der dritte Schwerpunkt der Arbeit. Elsbach widerspricht hier der Annahme, dass das Reichsbanner keine nennenswerte Rolle bei der politischen Gewalt der Weimarer Republik gespielt hätte. Anhand von ausführlichen Statistiken, die erfreulicherweise im umfangreichen Anhang der Studie enthalten sind, wird gezeigt, dass die Mitglieder des Reichsbanners entsprechend der „defensiven Gewaltstrategie“ (S. 22) des Verbandes zwar „deutlich passiver und weniger gewaltaffin“ (S. 570f.) auftraten als ihre Gegner, aber auf Angriffe und Provokationen durchaus auch mit mitunter tödlicher Gewalt reagierten. Die von Elsbach untersuchten tödlichen Gewalttaten traten in Norddeutschland wesentlich häufiger auf als in Süddeutschland und in industrialisierten Gebieten häufiger als in agrarischen. Demnach ist es nicht verwunderlich, dass das ländlich geprägte Württemberg in der Gewaltstatistik zu den Schlusslichtern gehört (Tabelle 11, S. 471f). Zu der relativ gewaltfreien Situation Württembergs trug zweifellos auch die insgesamt geringe Stärke nicht nur des Reichsbanners, sondern aller Wehrverbände im Land bei.

Sebastian Elsbachs vorzügliche Studie reiht sich in die Reichsbannerforschung der letzten Jahre ein und stellt darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Sicherheits- und Gewaltgeschichte der Weimarer Republik dar. Elsbach hat erfolgreich bewiesen, dass der Quellenmangel im Hinblick auf das Reichsbanner keineswegs so gravierend ausfällt, wie bislang angenommen. Es wäre daher sehr erfreulich, wenn die Arbeit des Reichsbanners in Zukunft durch weitere (Regional-)Studien näher erforscht würde.

Miriam Adler

*Von Hölderlin bis Jünger. Zur politischen Topographie der Literatur im deutschen Südwesten. Hrsg. von Thomas Schmidt und Kristina Mateescu (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 51). W. Kohlhammer Verlag in Verbindung mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2020. 449 S., 6,50 Euro.*

„Das politische Thema war zu allen Zeiten auch Thema der Dichtung“, schrieb Bernhard Zeller in dem von ihm und Walter Scheffler 1987 heraus-

gegebenen Band *Literatur im deutschen Südwesten*. Und: „In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das starke politische Engagement im Wort und auch in der Tat geradezu zu einem Charakteristikum der Autoren des deutschen Südwestens.“ Diesem Thema widmet sich der vorliegende Sammelband. Allerdings lebten bei Weitem nicht alle Autoren im Südwesten oder wurden dort geboren. Leitmotiv ist vielmehr ihr jeweiliger Bezug zur Politik, und chronologisch sind folglich die Texte angeordnet, beginnend nicht, wie der Titel verheißt, mit Hölderlin, sondern, sehr zu Recht, mit Christian Friedrich Daniel Schubart. Schubart hatte Herzog Carl Eugen angeprangert, der seine Landeskinder als Soldaten nach Amerika verkaufte, um seinen luxuriösen Lebensstil zu finanzieren. Der Herzog rächte sich, indem er Schubart kidnappen und zehn Jahre lang auf dem Hohenasperg einkerkern ließ. Er überwachte die Aktion persönlich, zusammen mit seiner frommen Gemahlin Franziska von Hohenheim. Schubart ist also der Prototyp des politisch engagierten Schriftstellers. Als Anhänger der Französischen Revolution war er auch Vorbild für Hölderlin, der mit seinem Freund Sinclair am Rastatter Kongress (1797–1799) teilnahm. Sie hatten die Vision einer Schwäbischen Republik nach Schweizer Vorbild, wurden aber bitter enttäuscht. Der Band endet mit Ernst Jünger, der, zunächst umstritten, zwischen seinem 90. und seinem 100. Geburtstag von Politikern hofiert wurde, sich aber jeder Vereinnahmung widersetzte, denn, so schrieb er, „Staat und Gesellschaft suchen bald durch Bestechung, bald durch Erpressung auf die Dichtung einzuwirken; beidem ist zu widerstehen.“ Es sind also komplett gegensätzliche Beispiele, wie sich Politik und Literatur begegnen können; der Bogen ist historisch und sachlich weit gespannt.

Dabei sind die Auswahlkriterien für dieses Buch recht unterschiedlich. Es gibt

- Autoren, die im Südwesten leben und über politische Themen schreiben oder sich aktiv in die Politik einmischen.
- Autoren, die nicht im Südwesten leben, aber über Ereignisse im Südwesten schreiben.
- Autoren, die im Südwesten zu Besuch oder zur Kur sind oder im Exil.

Je turbulenter die Zeiten sind, umso reicher ist die Literatur der Autoren, die sich in Wort und Tat in die Politik einmischen. Schwerpunkte des Buches sind daher der deutsche Vormärz und die Revolution von 1848 einerseits sowie der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg andererseits.

Ein entscheidendes Ereignis ist die Ermordung August von Kotzebues 1819 in Mannheim, in dessen Folge die Karlsbader Beschlüsse die Freiheitsbestrebungen der Bürger einschränkten und eine strenge Zensur einführten. Letztendlich führte das zu den revolutionären Bewegungen von 1848, besonders in Südwestdeutschland. Dass das so ist, führt Thomas Schmidt in seiner Einführung zu dem vorliegenden Band u. a. auf die geopolitische Lage als Grenzland

zur Schweiz und zu Frankreich zurück. Frankreich lieferte die revolutionären Ideen, die Schweiz bot den Dissidenten Exil.

Viele Schriftsteller im Südwesten griffen aktiv in das politische Geschehen ein: Emma und Georg Herwegh zogen für die Revolution in die Schlacht. Ludwig Uhland und Friedrich Theodor Vischer ließen sich als Abgeordnete in die Paulskirche wählen. Andere setzten sich in ihren Schriften für die Republik ein. Wieder andere, wie Annette von Droste-Hülshoff, fürchteten nichts so sehr wie eine Revolution und saßen auf gepackten Koffern.

Unter dem Nationalsozialismus überwiegen die Namen derjenigen Autoren, die ins Exil getrieben wurden und die nach 1945 nach Deutschland zurückkehrten. Besonders eindrücklich ist hier Kurt Pinthus, der seine 1938 in die USA gerettete Bibliothek deutscher Expressionisten zunächst dem Literaturarchiv Marbach für eine Ausstellung zur Verfügung stellte (*Expressionismus. Literatur und Kunst* 1960) und später selbst aus New York nach Marbach übersiedelte. Die Konfrontation zwischen Rolf Hochhuth und Hans Filbinger, der nach zwölf Jahren als Ministerpräsident Baden-Württembergs seinen Rücktritt erklären musste, steht exemplarisch für die Auseinandersetzung mit den Naziverbrechen in der Nachkriegszeit. Die persönliche Feindschaft zwischen Carl Zuckmayer und Joseph Goebbels zeigt, welche Rolle Neid und Verachtung in der Politik spielen können.

Da die Artikel jeweils nur wenige Seiten umfassen, sind sie meistens auf ein einziges Ereignis oder einen Text fokussiert. „Das Burschenleben“, eine Parodie auf Schillers Wallenstein, die Wilhelm Hauff 1821 schrieb, ist ein solcher Text; oder die Schülerrede, die Georg Büchner 1829 über den „Helden-Tod der vierhundert Pforzheimer“ hielt. Häufig ist der Ausgangspunkt die Einweihung eines Denkmals (Schiller, Moscherosch, Tschechow, Eichendorff, Johann Peter Hebel) oder eine Festrede (Theodor Heuss und Thomas Mann zu Schillers 150. Todestag). Für russische Autoren war der Schwarzwald ein Ort der Erholung (Tschechow, Gorki und Nabokov), Politik spielte keine große Rolle; während für René Schickele der Raum Schwarzwald/Vogesen ein utopischer Ort für ein zukünftiges Europa war.

Bei einigen, wenigen Autoren fragt man sich als Leser, warum sie aufgenommen worden sind: Anna Seghers, zum Beispiel, war lediglich zu zwei kurzen Besuchen bei ihrem Verleger auf der Höri; sie war in Mainz, Berlin, Paris und Mexiko zu Hause. Andere Autoren vermisst man: Hermann Kurz wird in seinem Verhältnis zu Mörrike gezeigt, aber es gibt keinen Hinweis auf seine Frau, die Rote Marie, eine leidenschaftliche Revolutionärin. Auch seine Tochter Isolde Kurz, immerhin zu ihrer Zeit eine bekannte Schriftstellerin, wird nicht erwähnt.

39 Artikel umfasst der Band; der Herausgeber deutet an, dass „ein zweiter, dritter oder vierter Band zum behandelten Thema ohne Weiteres denkbar wäre.“

*Renate Overbeck*

*Der „Schwäbische Dichterkreis“ von 1938 und seine Entnazifizierung. Begleitpublikation zu der Ausstellung des Staatsarchivs Ludwigsburg vom 5. Juni bis 6. September 2019. Hrsg. von Stephan Molitor. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2019. 133 S., zahlreiche Abb., 14,00 Euro.*

Der vorliegende Band ist in einer Lehrveranstaltung an der Universität Tübingen unter der Leitung von Stephan Molitor entstanden. Er ist als Begleitbuch zu einer Ausstellung im Staatsarchiv Ludwigsburg gedacht, lässt sich aber auch selbstständig mit Gewinn lesen, da es sich nicht um einen Katalog handelt, sondern um eine Dokumentation, deren einzelne Beiträge von den Studierenden und dem Herausgeber selbst verfasst worden sind.

Das Thema der insgesamt 26 kleinen Aufsätze ist eine 1938 ins Leben gerufene Gruppierung südwestdeutscher Schriftsteller, die in offensichtlicher, aber auch (was die literarische Qualität angeht) ganz und gar vermessener Anlehnung an den ‚Schwäbischen Dichterkreis‘ um Uhland, Kerner, Schwab und Mörike, ebenfalls ‚Schwäbischer Dichterkreis‘ genannt wurde. Diese Gründung durch den damaligen Gauleiter Wilhelm Murr und den Gaukulturleiter Georg Schmückle war politisch motiviert. Sie geschah mit der Absicht, den ‚Dichterkreis‘ gemeinsam mit dem Bund für Heimatschutz in Württemberg und Hohenzollern (jetzt Schwäbischer Heimatbund) sowie mit dem Schillerverein und dem Schiller-Nationalmuseum in Marbach am Neckar auf Parteilinie zu bringen.

Jedem der einzelnen Kreismitglieder ist ein eigener Beitrag gewidmet, der Angaben zur Biographie und eine knappe Charakterisierung ihres Werks enthält, dazu, falls vorhanden, vom Ausgang des Spruchkammerverfahrens zur Entnazifizierung berichtet und einen Ausblick auf Leben und Werk in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gibt. Die dabei behandelten Dichter sind heute großenteils vergessen und höchstens dem Namen nach noch bekannt. Sie heißen Ernst Bacmeister, Karl Heinrich Bischoff, Karl Hans Bühner, Hans Heinrich Ehrler, Ludwig Finckh (zu ihm vgl. die Buchbesprechung in den *RGB 2016*, S. 270f.), Anton Gabele, Otto Gmelin, Karl Götz, Wilhelm Kohlhaas, Isolde Kurz, August Lämmle, Otto Lautenschlager, Heinrich Lilienfein, Otto Linck, Helmut Paulus, Max Reuschle, Hans Reyhing, Anna Schieber, Wilhelm Schloz, Georg Schmückle, Gerhard Schumann, Wilhelm Schussen, Auguste Supper und Emil Wezel. Was es über diese Dichter zu berichten gibt, ist überwiegend unerfreulich.

Dabei sind die einzelnen Fälle unterschiedlich gelagert: Bei vielen der Schriftstellern lässt sich rechtes Gedankengut bereits vor 1933 finden; sie und andere lassen sich dann nach Hitlers Machtergreifung schnell auf die Ideologie der Nationalsozialisten ein und stellen sich aktiv in deren Dienst (Finckh, Götz, Lämmle, Schloz, Supper); andere treten in die Partei wohl eher aus Feig- oder Trägheit und aus Opportunismus ein, um weiter schreiben zu können (Bischoff, Paulus), wieder andere zeigen eine eindeutige Nähe zu rechtem



Gedankengut, aber nicht unbedingt zum Nationalsozialismus (Ehrler, Gmelin, Reyhing), manche Fälle müssen unentschieden bleiben (Gabele). Bei Heinrich Lilienfein und Anna Schieber lässt sich auf Seiten der beiden Dichter keine eindeutige Nähe zu den Nationalsozialisten ausmachen, eher ist es die Verehrung der Nazis für ihr Werk, die zu ihrer Aufnahme in den Dichterkreis geführt hat.

In den Veröffentlichungen der meisten Mitglieder vor und nach 1933 dominieren in der Erzählepik durch die Gestaltung des dörflichen Raums (Volk!) oder der deutschen Geschichte (Reichsidee! Heldentum!), in der Lyrik das Naturnah-Patriotische und Kriegerische. Auch der Führer selbst wird dabei zum Gegenstand: Der von Karl Hans Bühner zum fünfzigsten Geburtstags Hitlers herausgegebene Band *Dem Führer – Gedichte für Adolf Hitler* ist hierfür das eindeutigste Beispiel; er enthält auch Gedichte anderer Kreismitglieder. Bühler wurde als Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft 1948 entlastet.

Die einzelnen Spruchkammer- bzw. Entnazifizierungsverfahren sind, wie auch die Einstellungen der einzelnen Dichter, ebenfalls nicht eindeutig zu bewerten. Kaum einer der Genannten wird in dem Maße schuldig gesprochen, wie er es aus heutiger Perspektive zu sein scheint, die gefällten und oftmals zugunsten der Angeklagten noch einmal revidierten Urteile erscheinen großzügig und milde. Fast alle Schriftsteller, gegen die ein Verfahren eingeleitet wird, werden darin schließlich als Mitläufer eingestuft oder ganz entlastet, nicht wenigen wird so nach 1945 noch eine stattliche Karriere ermöglicht.

Einigermaßen elend (aber menschlich verständlich) ist es, wie die Angeklagten in ihren Verfahren lavieren und sich herauszureden suchen; schuldig bekennt sich unter ihnen keiner. Erstaunlich ist einerseits die mangelnde Fähigkeit zur Selbstkritik, die mit dem Drang, sich in Autobiographien öffentlich eher reinzuwaschen als zu rechtfertigen einhergeht (Ehrler, Finckh, Schumann). Manche blieben, so zeigt sich, Nazis bis zu ihrem Lebensende. Kurios ist der Fall Max Reuschles, der in den dreißiger Jahren Gedichtsammlungen wie *Volk, Land und Gott* und *Brudergestirn* sowie mehrere verehrende Hitlergedichte veröffentlicht hat und sich in seinem Spruchkammerverfahren dann als „Antifaschist und Pazifist“ selbst zu entlasten versucht hat. Einige wenige der behandelten Dichter werden von unbescholtenen Kollegen entlastet, wie etwa der Kulturgaleiter Georg Schmückle von Bernhard Blume, einem mit seiner jüdischen Ehefrau in die USA emigrierten Schriftsteller, dem mit der finanziellen Hilfe von Schmückle und August Lämmle die Ausreise gelang. Nicht selten jedoch haben sich die Mitglieder des „Schwäbischen Dichterkreises“ praktischerweise gegenseitig entlastet.

Übrigens haben die wenigsten dieser Schriftsteller von ihrer Mitgliedschaft im „Schwäbischen Dichterkreis“ profitiert, viele lebten bereits während der Kriegsjahre in Armut, noch mehr gerieten nach dem Zweiten Weltkrieg ganz unabhängig von der Entscheidung der Spruchkammer, in finanzielle Schwie-

rigkeiten. Seither sind sie alle gründlich in Vergessenheit geraten – was freilich nicht nur politische, sondern auch literarische Gründe hat.

Dennoch lohnt sich die Beschäftigung mit ihnen, lohnt sich die Lektüre des Bandes. Sie lohnt sich, weil sie zeigt, wie schwer man sich mit der Entnazifizierung getan hat, sie lohnt sich auch schon deshalb, weil manche der einschlägigen Zitate aus den Werken der Dichterkreis-Mitglieder dem Jargon, den die AfD derzeit zu etablieren versucht, beängstigend nahekommen. So wäre ein Verdienst der hier vorliegenden Dokumentation, dass sie durch den Vergleich des Heute mit dem Damals hellhörig machen kann.

Stefan Knödler

*Wolfgang Proske (Hrsg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer. Bd. 9: NS-Belastete aus dem Süden des heutigen Baden-Württemberg. Kugelberg Verlag, Gerstetten 2018. 448 S., 19,99 Euro.*

Inzwischen ist das ehrgeizige Werk vollendet: Zehn Bände umfasst die vom Sozialwissenschaftler und Historiker Wolfgang Proske herausgegebene Reihe über Nazi-Verbrecher im Südwesten. Nahezu 130 Autorinnen und Autoren zeigen in über 200 Biografien nicht nur Täter (Frauen bilden eine kleine Minderheit) im großen Maßstab, sondern spüren ebenso Handlanger und Nutznießer im Kleinen auf. Band 9 stellt die Region zwischen Ulm und Tübingen, Karlsruhe und Konstanz, Ravensburg und Lörrach anhand von 25 Lebensläufen vor. Es waren diese Unterstützer und Opportunisten der zweiten und dritten Reihe, die dem Nationalsozialismus die Akzeptanz in der Breite verschafften; basierend auf diesem Geflecht konnte er sich erst entfalten.

Damit reiht sich die Arbeit in die neuere Täterforschung ein, die der Selbstentlastung in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die Projektion von Schuld auf weit entfernte Massenmörder im Osten oder Schreibtischstrategen in Berlin dann in den 1990er Jahren eine differenzierte Sicht entgegenstellte. Mit der Wehrmachtausstellung, den Büchern von Christopher R. Browning und Daniel Goldhagen rückten „normale“ und „gewöhnliche“ Deutsche, das Nahfeld und seine Details in den Blickpunkt.

Proskes Reihe bündelt vorhandene Quellen, präsentiert neue Belege, zeigt exemplarische Beispiele, macht die Texte durch Personen- und Ortsregister nutzbar. Das Spektrum reicht von Geistesmenschen, die sich über die Niederungen des Regimes erhaben fühlten, bis hin zu „Männern fürs Grobe“ und „Handwerkern des Todes“. Alle waren Teil des Räderwerks, spätere bundesdeutsche „Promis“ wie Kurt Georg Kiesinger und Elisabeth Noelle-Neumann, Wissenschaftler wie der Philosoph Martin Heidegger oder der Literaturwissenschaftler Hans Robert Jauf, KZ-Schergen wie Georg Grünberg am Bodensee, Ärzte wie der Hechinger Kreisleiter Theodor Johannsen, Journalisten und Propagandisten wie Gustav Memminger aus Freudenstadt. Viele von

ihnen konnten in der Bundesrepublik ihre schmutzigen Westen weiß waschen und veritable Karrieren machen.

In der Nachbarschaft Reutlingens spielen drei Beiträge. Volker Mall stellt zwei Akteure des KZ- Außenlagers Hailfingen vor: Karl Bäuerle, der als Baustellenleiter KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter misshandelte. Der gleichfalls zur Organisation Todt gehörende Tiefbauingenieur Bruno Störzer war mitverantwortlich für die dortigen katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen; er wurde nach 1945 in seiner Odenwälder Heimat Lokalpolitiker und Ehrenbürger. Auch der an der Universität Tübingen tätige Anthropologe Hans Fleischhacker konnte seine akademische Laufbahn nach dem Krieg fortsetzen. Madeleine Wegner skizziert, wie der „Rasseexperte“ 1943 im KZ Auschwitz 86 Männer und Frauen selektierte und für eine Schädel- und Skelettsammlung des SS-„Ahnenerbes“ ermorden ließ.

Rudolf Renz, und damit befinden wir uns im Kreis Reutlingen, hat sich mit „Hugo Boss: Uniformschneider im ‚Dritten Reich‘“ beschäftigt; zugleich zeichnet er ein Bild des in Metzingen grassierenden Hitlerfanatismus und Antisemitismus. Der langjährige Vorsitzende des Arbeitskreises Stadtgeschichte Metzingen fasst die Quellenlage konzis zusammen. Grundlegend sind die von der heutigen Hugo Boss AG nie veröffentlichte Studie (die Autorin stellte sie daraufhin ins Internet) der Kulturwissenschaftlerin Elisabeth Timm „Hugo Ferdinand Boss (1885–1948) und die Firma Hugo Boss. Eine Dokumentation“ aus dem Jahr 1999 sowie die 2011 publizierte Unternehmensgeschichte des Historikers Roman Köster „Hugo Boss, 1924–1945. Eine Kleiderfabrik zwischen Weimarer Republik und ‚Drittem Reich‘“.

Hugo Boss trat schon 1931 der NSDAP bei. Er hatte, schreibt Renz, durchaus eine ideologische Nähe zu den Nazis, aber maßgeblich waren wirtschaftliche Gründe. Sein Bekleidungsgeschäft stand vor dem Konkurs, nun konnte er es mit dem Schneidern von Braunhemden und Uniformen sanieren; in Kriegszeiten hatte sein Unternehmen 330 Mitarbeitern und Jahresumsätze von rund einer Million Reichsmark. Im Entnazifizierungsverfahren beharrte Boss darauf, dass er zwar von den Parteaufträgen profitiert, aber den Aufstieg selbst bewerkstelligt habe.

Lange verdrängt wurde von der späteren Nobelfirma Boss, dass dafür auch 180 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und Kriegsgefangene ausgebeutet wurden. Einige von ihnen entlasteten Hugo Boss im Spruchkammerverfahren, er habe sich ihnen gegenüber menschlich verhalten. 1948, da hatte er die Geschäftsführung aus gesundheitlichen Gründen schon an Sohn Siegfried und Schwiegersohn Eugen Holy abgegeben, wurde Hugo Boss schließlich als „Mitläufer eingestuft“ und mit einer geringen Geldstrafe belegt. Renz benennt ihn aber präzise als Nutznießer der NS-Rüstungspolitik: „Er war mehr als nur ein Trittbrettfahrer.“

Der heutige Modekonzern Boss trat 2000 der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft zur Entschädigung der Zwangsarbeiter bei und zahlte in

einen internationalen Fonds ein. Der Metzinger Gemeinderat beschloss 2017, einen Platz in der Outlecity nach Hugo Boss zu benennen: Man würdige die Vergangenheit der Firma und ihres Gründers zwar kritisch, sehe sie aber nicht als Hinderungsgrund, zumal das Unternehmen heute in keiner Verbindung mehr zur NS-Zeit stehe. Zu so viel Geschichtsvergessenheit gehört auch, dass im Unterschied zu anderen Metzinger Straßennamen bis heute eine erläuternde Hinweistafel auf den Namensgeber des Platzes fehlt.

Es geht also auch darum, aus der Geschichte Erkenntnisse für kommende Generationen zu ziehen, einen lebendigen Diskurs können die Bände der Reihe ebenso anregen wie Gedenkstätten oder Jugendguides vor Ort. Erinnerungsweisen verändern sich, heute etwa durch soziale Medien, aber ohne emotionales Erleben ist NS-Historie nicht nachvollziehbar – und dazu gehören konkrete Bezugspunkte in der Lokal- und Regionalgeschichte.

Wolfgang Alber

*Andreas Heusel; Peter Maier: Der Einsiedel im Schönbuch. Stiftskirche, Schloss, Hofgut. Hrsg. im Auftrag der Gemeinde Kirchentellinsfurt. Kirchentellinsfurt 2018. 336 S., zahlreiche, meist farbige Abb., 25,00 Euro.*

Es war zweifelsohne an der Zeit für eine umfassende Beschäftigung mit der Geschichte des Einsiedels. Dies nicht nur aus der Sicht des Historikers, sondern viele, die, wie auch der Rezensent, die weitläufige Hochfläche über dem Neckartal am Südostrand des Naturparks Schönbuch als Wandergebiet schätzen und den herrlichen Blick hinüber zur Schwäbischen Alb genießen, werden sich darüber freuen, mehr über das wechselvolle Schicksal dieser Gegend zu erfahren. Nicht, dass nicht schon manches dazu veröffentlicht worden wäre, so zum Beispiel die nach wie vor aktuelle Publikation von Siegwalt Schiek aus dem Jahr 1982, aber eine Gesamtdarstellung von den Anfängen bis in die Gegenwart fehlte bislang. Dabei gehört der Einsiedel zu den geschichtsträchtigen Orten unseres Landes, wie das Familienoberhaupt des Hauses Württemberg, Carl Herzog von Württemberg, als Eigentümer in seinem Geleitwort zu Recht betont. Die beiden in Kirchentellinsfurt lebenden und mit der Region bestens vertrauten Historiker Andreas Heusel und Peter Maier haben sich dieser anspruchsvollen Aufgabe gestellt, und das Ergebnis kann sich in der Tat sehen oder, besser gesagt, mit großem Gewinn lesen lassen. Schon 2007 haben sie mit der Ortschronik von Kirchentellinsfurt einen großen Wurf gelandet, einige Jahre später hat Andreas Heusel mit einer Arbeit über die Geschichte des Stifts St. Peter zum Einsiedel promoviert.

Das Buch gliedert sich in fünf große, chronologisch angeordnete Themenblöcke. Das erste Kapitel reicht von den frühesten Siedlungsspuren und archäologischen Funden über die schon besser greifbare Zeit der Römer und die erste Erwähnung eines namengebenden Einsiedlers bzw. einer Einsiedler-

klausen im damaligen Königsforst bis zum Erwerb des Schönbuchs durch die Grafen von Württemberg Mitte des 14. Jahrhunderts.

Das zweite Kapitel befasst sich mit der relativ kurzen, aber bedeutenden Zeit des Stifts „St. Peter zum Einsiedel“, das von Graf Eberhard (im Bart) 1492 als eine Art klösterliche Gemeinschaft der „Brüder vom Gemeinsamen Leben“ gegründet wurde. Mit der Zusammensetzung der Bruderschaft aus Klerikern, Adligen und Angehörigen des gehobenen Bürgertums setzte Eberhard, der 1496 auf dem Einsiedel auch seine erste Ruhestätte gefunden hat, ein politisches Zeichen. Dies kam nicht zuletzt durch den Besuch von König Maximilian 1498 zum Ausdruck. Während das Stift bereits 1537 im Zuge der Reformation aufgelöst und die Stiftskirche nebst Stiftsgebäuden in den folgenden Jahrzehnten abgetragen wurde, war einem Hofgestüt und dem Jagdschloss, das Eberhard auf der von Ackerland und Weideflächen geprägten Hochebene errichtet hatte, eine lange Existenz beschieden. Um 1600 wurde im Stil der Renaissance ein neues Jagdschloss erbaut. Von diesem als „Schlössle“ bezeichnete einst prachtvolle Gebäude lässt sein heutiger Zustand allerdings kaum mehr etwas erkennen.

Nach diesem als „Zeit des Übergangs“ überschriebenen Kapitel beginnt unter Herzog Carl Eugen in den 1760er Jahren mit der Wiederentdeckung des Einsiedels als „idyllischer“ Ort eine neue Ära. Der baufreudige Herzog investierte große Summen und ließ ein repräsentatives Schloss (Château Neuf) mit Barockgärten und radial darauf zulaufenden Alleenstraßen errichten. Durch den Ausbau des Gestüts und die Gründung einer Baumschule veränderte er die Landschaft ringsum im Stile seiner Zeit. Allerdings hielt der Aufschwung nicht lange an. Schon wenige Jahre nach Carl Eugens Tod ließ sein Neffe, der spätere König Friedrich I., das Château abbrechen, und auch das Gestüt verlor gegenüber dem in Marbach zunehmend an Bedeutung.

Eine entscheidende Zäsur bedeutet 1802/03 der Verkauf der Staatsdomäne Einsiedel an das Haus Württemberg und somit deren Übergang in den königlichen Privatbesitz. Das gesamte, über 300 Hektar umfassende Areal mit dem Schlössle, der Hofstelle und weiteren Gebäuden wurde fortan von der königlichen Hofkammer verwaltet und zur Bewirtschaftung verpachtet. Seit 1849 gehört der Einsiedel gemarkungs- und verwaltungsmäßig zur Gemeinde Kirchentellinsfurt.

Im letzten Themenkomplex behandeln die Autoren die Entwicklung des Einsiedels im 20. Jahrhundert und schlagen den Bogen bis in unsere Tage. Die vorwiegend landwirtschaftliche und zunehmend in maschinellen Anbau betriebene Nutzung der Hochfläche blieb bestehen, während die Schaf- und Rinderhaltung mit den dazugehörigen Weideflächen allmählich eine nachgeordnete Rolle spielte, und auch die Bedeutung des Obstbaus ging zurück – noch im 19. Jahrhundert standen auf dem Einsiedel über 8000 Obstbäume. Von 1913 (bis 2012) hatte die Zuckerfabrik Stuttgart, die spätere Süddeutsche Zucker bzw. Südzucker AG, die Pacht inne. Die Schwerpunkte des Anbaus

lagen in der Folge bei Zuckerrüben, Getreide und Saatgut. Seit 2013 bewirtschaftet die württembergische Hofkammer das Gut in eigener Regie.

Das Schlösle nahm im 20. Jahrhundert eine davon unabhängige Entwicklung mit den Zeitumständen geschuldeten sehr unterschiedlichen Nutzungen. So diente es im Dritten Reich anfangs als Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes, dann als NS-Schulungslager, zeitweilig waren dort auch Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene untergebracht. Nach Kriegsende zunächst von der französischen Besatzungsmacht beschlagnahmt, fungierte das Schlösle seit den 1950er Jahren als Jugendwohnheim bzw. Jugendhaus in wechselnder sozialer und kirchlicher Trägerschaft. Im Jahr 2000 hat das Haus Württemberg einen langfristigen Mietvertrag mit der katholischen Kirche abgeschlossen. Seitdem befindet sich in dem traditionsreichen Gebäude ein Jugendbildungshaus.

So kommen die Leserinnen und Leser am Ende der interessanten historischen Reise, auf die sie Peter Maier und Andreas Heusel, ausgehend vom Stift St. Peter, mitgenommen haben, beim katholischen „Jugendbildungshaus Schloss Einsiedel“ an. Und am Wegesrand erfahren sie noch viel mehr Wissenswertes, zum Beispiel über die die Gemarkung des Stifts begrenzenden und mit dem Attribut des Apostels Petrus versehenen sog. „Schlüsselsteine“ (vgl. dazu den Beitrag von Klaus Hermann in den RGB 2012, S. 215 ff.), die einst die Gemarkung des Stifts begrenzt und von denen einige noch heute aufzuspüren sind, ferner über den jahrhundertlang betriebenen Weinbau, über den Bau der Steige vom Neckartal hinauf zum Einsiedel, über die Wasserversorgung und die Errichtung des Pumpspeicherkraftwerks, dessen oberes Staubecken lange auch als Freibad genutzt wurde, oder über den 1974 angelegten Historischen Lehrpfad.

Heute ist der Einsiedel vor allem ein beliebtes Naherholungsgebiet. Insofern ist es zu begrüßen, dass sich das vorliegende reich illustrierte Buch nicht ausschließlich an das Fachpublikum wendet, sondern in gut lesbarer und allgemein verständlicher Form eine breite Leserschaft anspricht. Doch genügt die Publikation in jeder Hinsicht wissenschaftlichen Ansprüchen, was alleine schon das ausführliche Literaturverzeichnis, die sich jedem Kapitel anschließenden Quellennachweise sowie ein detailliertes, sehr hilfreiches Sach-, Orts- und Personenregister belegen.

Da der Band so konzipiert ist, dass die einzelnen Unterkapitel in der Regel auch für sich alleine verständlich sind, ist es zu wünschen, dass möglichst viele Menschen durch einen Spaziergang im Schönbuch oder einen Besuch auf dem Einsiedel angeregt werden, das Buch immer wieder zur Hand zu nehmen.

*Heinz Alfred Gemeinhardt*

*Casimir Bumiller: Zwischen Alb und Alpen. Die Grafen von Gammertingen in der politischen Welt des Hochmittelalters. Südverlag, Stuttgart 2019. 208 S., zahlr., überwiegend Farbabb. und Karten, 24,90 Euro.*

Die Grafen von Gammertingen haben in den letzten Jahren für Aufsehen gesorgt. Umfangreiche, von der Stadt Gammertingen geförderte Grabungsarbeiten führten zu der spektakulären Entdeckung, dass die Michaelskapelle bereits im 10. Jahrhundert die Grablege einer hochstehenden, mutmaßlich tonangebenden Adelsfamilie war, die als die direkten Vorfahren der Grafen von Gammertingen gelten können. Nach Abschluss der von Sören Frommer geleiteten Grabungen und der Publikation der Ergebnisse (zuletzt 2017) legt Casimir Bumiller nun erstmals seit den 1980er Jahren wieder eine monographische Studie zu der hochmittelalterlichen Grafenfamilie vor. Das auf Initiative der Stadt Gammertingen entstandene Buch richtet sich an eine breite, historisch interessierte Leserschaft, behält aber zugleich auch die Fragen und Probleme der Forschung im Blick.

Zentrales Anliegen des Autors ist es, die archäologisch gewonnenen Thesen auf Basis der schriftlichen Überlieferung zu überprüfen (S. 17). Das Buch ist in acht Kapitel gegliedert, die alle aufeinander aufbauen und schrittweise ein Gesamtbild zeichnen. Nach einem Überblick über den Stand der Forschung und die frühen archäologischen Befunde beschäftigt sich Bumiller eingehend mit den Achalmer Grafen und ihrem Erbe, welches in Teilen auf die Gammertinger überging. Ein weiterer Kernpunkt ist die problematische Frage der Herkunft und Identität Arnolds von Gammertingen, der als „Stammvater“ der Familie gilt und die Forschung mehrfach zu gewagten genealogischen Konstruktionen verleitet hat (S. 72 ff.). Die bisherigen Thesen werden, zumal sie den archäologischen Befunden entgegenstehen, zurückgewiesen und stattdessen eine Verbindung zum Umkreis der Burchardinger vertreten (S. 89 ff.).

Auf dieser Basis wird in der zweiten Hälfte des Buchs die Entwicklung der Familie, ihres Besitzes und ihrer Beziehungen anhand der Quellen des 11. und 12. Jahrhunderts aufgearbeitet. Daran schließt eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Besitzungen der Gammertinger im Oberengadin an, von denen wir allein aus drei Urkunden von 1137/39 wissen, die nur in später Abschrift erhalten sind (S. 123). Davon ausgehend werden weitreichende Schlüsse zu den schwäbisch-rätischen Beziehungen und zur Stellung der Gammertinger im Alpenraum abgeleitet (S. 139 ff.). Die letzten beiden Kapitel behandeln schließlich die Entwicklung der Grafenfamilie im 12. Jahrhundert und ihre Verstrickungen mit der regionalen Adelslandschaft bis zum unerwarteten Aussterben beider Gammertinger Linien (Gammertingen-Achalm und Gammertingen-Achalm-Hettingen). Ein Ausblick auf den Verbleib des jeweiligen Besitzes und die weitere Entwicklung im 13. Jahrhundert beschließt den Band.

Das Buch bietet einen umfassenden Überblick über das historische Quellenmaterial und die jüngsten archäologischen Erkenntnisse und diskutiert

ausführlich die zahlreichen Thesen zu Herkunft und politisch-sozialer Entwicklung der Familie. Vor allem Fragen zu Verwandtschaft und politischen Netzwerken werden gut aufgearbeitet und ausführlich besprochen, wobei aufgrund der Quellenlage naturgemäß Unsicherheiten und offene Fragen zurückbleiben. Überzeugend ist das Gesamtbild einer gewissen Notlage der Gammertinger seit den 1130er Jahren und einer daraus folgenden „Konsolidierung“ ihrer Herrschaft (S. 166f.) bis zum Aussterben der Familie im Mannesstamm in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts.

Erfreulich ist auch, dass die Geschichte der Grafen in den größeren Rahmen der allgemeinen historischen Entwicklung eingebettet wird und mehrfach generelle Aspekte diskutiert werden, wie etwa die soziale Einordnung der *milites* in den Zwiefalter Chroniken (S. 61 ff.) oder die Rolle der Hirsauer Reform. Mitunter vermisst man aber Erkenntnisse der neueren Forschung. Beispielsweise wird die grundlegende Kritik am Modell des Lehnswesens nicht berücksichtigt, was an manchen Stellen zu überholten Argumenten führt (S. 55f., 171 ff.). Auch ist die Darstellung bisweilen einem zu starren Modell von adligen „Häusern“ verhaftet, was gerade im Kontext des sog. Investiturstreits zu einer eher schematischen Sichtweise auf die beteiligten Akteure und ihre Parteinahme führt (S. 36ff.). An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, dass die frühneuzeitliche Abschrift der St. Galler Annalen, die für 1083 Ulrich von Gammertingen als tatkräftigen Heerführer Kaiser Heinrichs IV. notiert, keine Neuentdeckung ist, wie es der Text (S. 99ff.) geltend macht, sondern schon Ende der 1980er Jahre aufgefunden wurde.

Wie der Autor selbst mehrfach eingesteht (etwa S. 145), basieren viele Bausteine der Handlung auf Hypothesen und nicht beweisbaren Annahmen. Dies ist freilich der lückenhaften Überlieferung der Zeit geschuldet, dennoch ist an manchen Abschnitten eine gewisse Skepsis angebracht. So erscheint die Stellung der Gammertinger im Oberengadin insgesamt weit prominenter, als es der konkrete Befund nahelegt (S. 142 ff.). Leider wirkt dadurch der Titel des Bandes etwas suggestiv und es fällt auf, dass solche Konstruktionen in den letzten Kapiteln über weite Strecken den Text bestimmen. Auf Vorbehalte muss nämlich auch die Erklärung zum Aussterben der Gammertinger stoßen. Bumiller postuliert eine „familiäre Katastrophe“ (S. 174), denn alle Männer der Familie seien im Rahmen der Tübinger Fehde gewaltsam zu Tode gekommen. Der etwa zeitgleiche Brand der Michaelskapelle und der abgebrochene Versuch eines Wiederaufbaus deuten zwar auf ein unerwartetes Aussterben der Familie hin, doch das aus dem „Schweigen der Quellen“ (S. 168) erschaffene Szenario entfernt sich spürbar von den konkreten historischen Befunden.

Der Band selbst besticht durch eine beachtliche Menge an Abbildungen, Stammtafeln, Listen und Karten, die das Verständnis des Textes erleichtern und wichtige Informationen auf einen Blick bieten. Lediglich ein Register wäre noch wünschenswert gewesen. Es ist wohl dem anvisierten Leserkreis geschuldet, dass der Anmerkungsapparat gesondert an das Ende des Bandes



gestellt wurde; wissenschaftlich Interessierte nötigt das zu häufigem Blättern. Im Quellenverzeichnis fehlen leider Nachweise der zitierten Urkundenbände der MGH.

Das große Verdienst Bumillers ist es, die bisherige Forschung, die neuesten Thesen sowie die Quellen zur Geschichte der Gammertinger gebündelt und leicht zugänglich aufbereitet zu haben. Der historisch interessierten Öffentlichkeit bietet das Werk einen gut lesbaren Einblick in die Welt des hochmittelalterlichen schwäbischen Adels. Darüber hinaus liefern die vorgestellten Ansätze und Erklärungsmodelle der künftigen Forschung reichlich Diskussionsstoff.

*Uwe Grupp*

*Verena Christ: Täter von Grafeneck. Vier Ärzte als Angeklagte im Tübinger „Euthanasie“-Prozess 1949 (Contubernium, Bd. 88). Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2020. 242 S., 50,00 Euro.*

Grafeneck, einst Jagdschloss der Herzöge von Württemberg, später Samarterstift, steht als konkreter und symbolischer Erinnerungsort für den Beginn der „Euthanasie“-Morde der „Aktion T4“, von der auch die Reutlinger Einrichtung Rappertshofen betroffen war: 1940 vergasteten die Nazis hier mindestens 10.654 Männer, Frauen und Kinder, die sie mit grau getarnten Bussen aus Heil- und Pflegeanstalten auf die Schwäbische Alb transportierten – der Beginn des industriellen Massenmordes.

Auch dank der Forschungen an der 1990 eingerichteten Gedenkstätte und der Veröffentlichungen ihres Leiters Thomas Stöckle sind die Fakten in Publikationen gut dokumentiert, in einer Dauerausstellung präsentiert, zudem machen pädagogische und künstlerische Aktivitäten das Geschehen anschaulich. Mit der neueren Täterforschung wird der Blick inzwischen nicht mehr nur auf „große“ Hauptkriegsverbrecher, sondern auch auf „kleine“ Mitverantwortliche gelenkt, die das Räderwerk ebenso am Laufen hielten. Bereits 1986 hat Ernst Klee in seinem Buch „Was sie taten – was sie wurden“ ein Schlaglicht auf beteiligte Ärzte und Juristen geworfen. Mit der Tübinger Dissertation von Verena Christ liegt nun eine verdienstvolle Arbeit vor, die am regionalen Beispiel von vier Grafeneck-Ärzten, darunter eine Ärztin, exemplarisch die Taten, Motive und Verdrängungsmechanismen der Täter, aber auch die lang anhaltende öffentliche Abwehrhaltung analysiert.

Christ konnte dabei auf eine breite Quellengrundlage zurückgreifen, die sie akribisch einschätzt und so zu neuen Theoremen gelangt. Sie bringt die Prozessunterlagen zum Sprechen, nähert sich den Angeklagten zurückhaltend an, ohne sie vorschnell zu verurteilen. Nach einem Überblick zur Forschungslage beschreibt die Autorin die scheinbar hehren philosophischen und medizinischen Diskurse um die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, die in bürokratische Organisation und mörderische Aktion, in Meldebogenformulare,

Transportlisten, letztlich ins Aufdrehen des Gashahns durch die Ärzte mündeten.

Die französische Militärregierung begann nach Kriegsende ebenso wie der Münsinger Landrat Richard Alber mit Ermittlungen. Sie führten zur Anklage gegen Alfons Stegmann, Leiter der Anstalt Zwiefalten, seine Stellvertreterin Martha Fauser, den Landesjugendarzt Max Eyrich, allesamt Psychiater und direkt tatbeteiligt in den Anstalten und in Grafeneck, den Frauenarzt und ärztlichen Berichterstatter im Stuttgarter Innenministerium, Otto Mauthe. Horst Schumann, der beim Aufbau von Grafeneck dabei war und später in der Tötungsanstalt Sonnenstein und im KZ Auschwitz zum Einsatz kam, konnte sich zunächst der Justiz entziehen. 1970 wurde ihm in Frankfurt der Prozess gemacht, wegen angeblicher Verhandlungsunfähigkeit kam er 1971 frei.

Der Prozess gegen acht Angeklagte, darunter die vier Ärzte, wurde am 8. Juni 1949 vor dem Schwurgericht im Rittersaal der Schlosses Hohentübingen eröffnet. Nach 16 Verhandlungstagen und Anhörung von 77 Zeugen fielen die Urteile dem juristischen Zeitgeist entsprechend milde aus, auch Öffentlichkeit und Medien zeigten viel Verständnis für die Angeklagten: Eyrich wurde freigesprochen, Stegmann und Fauser wurden wegen Totschlags zu 24 bzw. 18 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten. Wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhielt der Hauptangeklagte Mauthe fünf Jahre Gefängnis, ein Jahr Untersuchungshaft wurde angerechnet; aus „gesundheitlichen Gründen“ brauchte Mauthe die Strafe nicht anzutreten.

Die Prozessakten zeigen, wie sich das schon im 19. Jahrhundert in der Medizin verbreitete eugenische Denken im Zusammenspiel mit der rassehygienischen Ideologie der Nazis entfalten konnte. Deren Anziehungskraft bestand für Ärzte darin, dass sie ihr individuelles Verhalten, das teils von Abstumpfung und Zynismus sowie einem autoritär-konformistischen Charakter bestimmt war, strukturell legitimieren konnten. So wurden sie Kollaborateur oder Überzeugungstäter ohne Schuldbewusstsein. Christ: „Keiner der Angeklagten zeigte Reue und keiner sagte konkret, dass die ‚Euthanasie‘ ein abscheulicher Gedanke sei und es schrecklich gewesen sei, Teil der Tötungsmaschinerie zu werden.“

Die Motive an der Tatbeteiligung waren unterschiedlich, alle versuchten sich zu rechtfertigen: Stegmann behauptete, nicht genau über den Ablauf informiert gewesen zu sein, andererseits habe er Euthanasie auf gesetzlicher Grundlage und „beschränkt auf absolut unheilbare Geistesranke“ akzeptieren können – als ob sie vom Schutz des Lebens ausgenommen wären. Fauser sprach von einer „humanen Art des Tötens“, sie habe das Schlimmste verhindern wollen – aber selbst Mauthe nannte sie eine „Psychopathin“. Der an der „Kindereuthanasie“ beteiligte Eyrich exkulperte sich, Ärzte seien in ihren Entscheidungen allein gelassen worden – als ob der hippokratische Eid kein moralischer Maß-

stab sei. Mauthe lehnte den Massenmord angeblich ab und beanspruchte eine innerliche Distanz zum Regime – zugleich unterzeichnete er Transportlisten und selektierte Patienten. Die Vorwürfe gegen die Angeklagten wurden anhand von Fallbeispielen und konkreten Patienten dokumentiert, sie zeigen, wie erschreckend inhuman Denken und Handeln funktionierte.

Mauthe rief bei der Urteilsverkündung am 5. Juli 1949: „Unrecht!“ Unrechtsbewusstsein für die eigenen Taten hatte indes keine/r der Angeklagten. Richter Wilhelm Dieterich bescheinigte ihnen Gewissenskonflikte, dem Konflikt mit den Machthabern aber gingen sie angeblich aus Angst aus dem Weg; Beispiele anderer Ärzte zeigen, dass Widerstand nicht unbedingt die Todesstrafe nach sich zog. Nach dem Krieg ging es den Tätern dann vor allem darum, die Karriere als „minderbelastet“ oder „entlastet“ fort- und Pensionsansprüche durchzusetzen.

In ihrem Resümee verneint Christ, dass es einen bestimmten „Typus“ des „Euthanasie“-Arztes gegeben habe, die Faktoren der Tatbeteiligung seien zu unterschiedlich. Christ rekonstruiert die Biografien, hält sich aber interpretierend zurück. Hier lohnt ein Blick in die psychologische und psychoanalytische NS-Forschung, die über die scheinbare „Normalität“ und „Banalität“ der Täter hinaus Destruktivitätspotenziale und pathologische Persönlichkeitsmerkmale als tiefergehende Ursachen deutet.

Neben individuellen Beweggründen benennt Christ mentalitätsgeschichtliche Gemeinsamkeiten in den Täterprofilen wie Radikalisierung durch Kriegserfahrung, Befürwortung von Eugenik, schlechtes Ansehen der Anstaltspsychiatrie, Unvermögen zur Heilung von Geisteskranken, Einbindung in die Funktionseliten. Ihr Fazit: „Die vier angeklagten Mediziner zeigten keine Reue, stilisierten sich zu Widerstandskämpfern oder Opfern der Verhältnisse und konnten sich alle mehr oder weniger gut nach dem Prozess in die Gesellschaft der neu gegründeten Bundesrepublik integrieren.“ Die differenzierte Studie könnte ein Beitrag dazu sein, einen scheinbar überdauernden Phänotyp des Kriegsverbrechers besser zu verstehen – über den regionalen Gedenkort Grafeneck hinaus.

Wolfgang Alber

*Friedemann Scheck: Interesse und Konflikte. Eine Untersuchung zur politischen Praxis im frühneuzeitlichen Württemberg am Beispiel von Herzog Friedrichs Weberwerk (1598–1608) (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 81). Jan Thorbecke Verlag, Ostfildern 2020. 292 S., 3 Abb., 39,00 Euro.*

Nach Georg Wendts 2018 erschienener Arbeit zu „Herrschaftsverdichtung und politische(r) Praxis in Württemberg“ liegt nun eine weitere, wiederum am Tübinger Lehrstuhl für Geschichtliche Landeskunde entstandene Dissertation vor, die sich mit dem frühneuzeitlichen Herzogtum befasst. Die politik-

geschichtlichen Fragen verpflichtete Studie Friedemann Schecks verdient eine Berücksichtigung in dieser Zeitschrift, da das „Weberwerk“ Herzog Friedrichs I. von Württemberg mit Leinwandbleiche und Webersiedlung im nahen Urach seinen wichtigsten Schauplatz hatte.

Der Vf. zeichnet Entstehung, Entwicklung und Ende des „Weberwerks“ akribisch entlang eines zeitlichen Gerüsts nach. „Weberwerk“ ist ein Quellenbegriff und meint die Gesamtheit von Rohstoffherzeugung, Vorproduktion sowie Herstellung und Veredelung von Leinwand. Heute noch zeugen in Urach die Bauten der Webervorstadt und der Bleiche von dem 1599 begonnenen Unternehmen, das sich aber keineswegs auf Stadt und Amt Urach beschränkte, sondern das ganze Herzogtum umfassen sollte. Ziel war es, die Wertschöpfung bei der Leinwandherstellung zu steigern, indem der bislang nach Oberschwaben und Ulm exportierte Flachs im Land verarbeitet werden sollte. Dazu diente ein harsches System aus Regiebetrieben und Abgaben. Der Flachs wurde zu Garn verarbeitet, Weberstellen wurden vermehrt, die Leinwand in herrschaftlichen Bleichen veredelt. Die württembergischen Weber waren in wenigen und einheitlich organisierten Zünften zwangsweise zusammengeschlossen. In Urach und auch in Heidenheim entstanden Gewerbesiedlungen am Rand bzw. außerhalb der mittelalterlichen Stadtmauern. Anders als in den östlich und südlich gelegenen Reichsstädten, die seit dem Mittelalter bei Handel und Herstellung von Leinwand bzw. dem Mischgewebe Barchent etabliert waren, scheint es in Reutlingen keine Proteste gegen diese Eingriffe in althergebrachte Handels- und Produktionsbeziehungen gegeben zu haben, sei es, weil hier keine eigenen Interessen elementar berührt waren, sei es aus Sorge um einen Konflikt mit dem Herzog, der ja Schirmherr der Reichsstadt war. Das „Weberwerk“ verfolgte indes nicht nur merkantilistische Wirtschafts-, sondern auch sozialpolitische Ziele. Durch Spinnstätigkeit sollten die „Armen“ im Land Einkommen erhalten und so die Armenkassen von ihren Lasten erleichtert werden.

Dies war der Grundgedanke, den die zentrale Gestalt des Unternehmens, Esaias Huldenreich (1562–1624), dem Herzog unterbreitete. Woher der Spross der Stuttgarter Ehrbarkeit sein Konzept hatte, wird leider nicht recht deutlich (S. 77), Verbindungen zu ganz ähnlichen Überlegungen um die Etablierung eines Garnmarktes in Heidenheim schon 1596 (S. 134) werden nicht gezogen. Scheck gelingt es jedoch, die in der Literatur immer wieder herangezogene Denkschrift Huldenreichs an den Herzog von 1598 im Original aufzuspüren (S. 78–79), schon dies allein zeigt, wie sehr sich eine gründliche Beschäftigung mit den Quellen lohnt.

Das System von Zwangsmaßnahmen und Abgaben, die mit dem „Weberwerk“ verbunden waren, führten von Beginn an zu hinhaltendem Widerstand und Protest sowohl vor Ort als auch bei der „Landschaft“, der Vertretung der Städte und Ämter des Herzogtums. Hier spielt nun auch ein in Reutlingen bekannter Name eine Rolle. Der zeitweilige Schulmeister der Reichsstadt und

durch seine (von Werner Krauss edierte) Reutlinger Chronik bekannte Jakob Frischlin (1557–1621), Bruder des berühmten Tübinger Rhetorikprofessors, war 1599–1600 als Schreiber der Uracher Weberzunft ein wichtiger Mittler zwischen Huldenreich und den Webern vor Ort – allerdings einer, der sich anders als sein Vorgänger Sixt Weigelin den Protesten der Untertanen gegen zu hohe, aus dem „Weberwerk“ resultierende Abgaben annahm. Der Zunftschriftsteller stand damit in direkter Opposition zum herzoglichen Beauftragten und wurde deswegen schließlich inhaftiert (S. 115–124).

Am Ende waren es aber weniger solche Proteste oder die Klagen grenznaher Orte wie Laichingen, die ihre angestammten Absatzmärkte verloren, sondern der ausbleibende wirtschaftliche Erfolg des mit der Brechstange eingeführten Systems, der Huldenreich das Genick brach. Es gelang nicht, Qualitätsware zu Marktpreisen zu produzieren und für deren Absatz auf auswärtigen Märkten dauerhaft erfolgreich zu sorgen. Zunächst mit einem weiteren Sonderbeauftragten sozusagen als Aufpasser versehen, wurde Huldenreich bald der Prozess wegen Veruntreuung gemacht, dem er sich 1603 durch Flucht entzog. Dies wäre nun für Friedrich die Gelegenheit gewesen, ohne größeren Gesichtsverlust mit der Landschaft einen Kompromiss zu erwirken, doch hielt der selbstbewusste, von den frühabsolutistischen Ideen Jean Bodins beeinflusste Fürst eisern an dem einmal begonnenen Vorhaben fest. Erst nach seinem Tod 1608 wurde das „Weberwerk“ aufgelöst und die Verantwortlichkeit den lokalen Amtleuten und Zünften zurückgegeben.

Im abschließenden Teil verlässt der Vf. sein chronologisches Erzählergerüst und versucht eine Synthese entlang der Frage, welche Rückschlüsse der Streit um das „Weberwerk“ auf Staatlichkeit und Staatskonzepte in Württemberg um 1600 erlauben. Deutlich wird schnell, dass der Widerstand der Landschaft an keiner Stelle die Herrschaft des Herzogs grundlegend in Frage stellte, sondern die Interessen einer gewissen Schicht in Städten und Ämtern unter Berufung auf – frei nach Ludwig Uhland – das „gute alte Recht“ sowie auf den „gemeinen Nutzen“ verfolgte. Abgesehen von wirtschaftlichen Interessen ging es im Kern um die Auseinandersetzung darüber, ob man dem Herrscher zubilligen mochte, „durchzuregieren“, um etwa Konzepte merkantilistischen Wirtschaftens durchzusetzen: „Während die Territorialherrschaft nach einer Verdichtung und Intensivierung ihrer Landeshoheit strebte, beharrten Kommunen und lokale Eliten auf ihrer tradierten regionalen Autonomie.“ (S. 234). Einem Kompromiss stand das frühabsolutistische Staatsverständnis des Herzogs im Wege: Unterschiedliche Staatsauffassungen und Interessen prallten aufeinander und so verbietet es sich wohl – und der Vf. tut dies auch nicht –, hier von einer gescheiterten Modernisierung im Streit zwischen frühmoderner (zentraler) Staatlichkeit und rückwärtsgewandten Partikularinteressen zu sprechen. Zwar vermochte die Zentralinstanz, das „Weberwerk“ gegen alle Widerstände durchzusetzen, auf lange Sicht aber, d. h. über seinen Tod hinaus, scheiterte Friedrichs ambitioniert begonnenes Projekt.

Friedemann Scheck ist ein Lehrstück zur politischen Entwicklung Württembergs vor dem Dreißigjährigen Krieg gelungen, der die Frage der Staatlichkeit dann neu und radikaler aufwerfen sollte. Der Band wird, wie in dieser Reihe üblich, durch ein nach Personen und Orten getrenntes Register beschlossen.

*Roland Deigendesch*

## Autoren und Rezensenten

Miriam Adler M. A., Mitarbeiterin des Sonderforschungsbereichs 923 an der Universität Tübingen; Keplerstraße 2, 72074 Tübingen

Dr. Wolfgang Alber, Kulturwissenschaftler; Eschenweg 6/1, 72770 Reutlingen

Thomas Becker M. A., Kunsthistoriker; VHS Reutlingen, Spendhausstraße 6, 72764 Reutlingen

Irmtraud Betz-Wischnath, Kreisarchivarin i.R.; Lindachstraße 11, 72793 Pfullingen

Dr. Wilhelm Borth, Oberstudiendirektor i.R.; Darrenstraße 44, 72768 Reutlingen

Dr. Roland Deigendesch, Stadtarchivdirektor; Marktplatz 22, 72764 Reutlingen

Dr. Heinz Alfred Gemeinhardt, Stadtarchivdirektor i.R.; Wielandstraße 8, 72127 Kusterdingen

Uwe Grupp M. A., Kreisarchivar; Kreisarchiv Ostalbkreis, Stuttgarter Straße 41, 73430 Aalen

Sybil Harding M. A., Archäologin; ArchaeoConnect GmbH, August-Bebel-Straße 16, 72072 Tübingen

Marike Hartmut M. A., Leiterin des Industriemagazins; Heimatmuseum Reutlingen, Stadtbachstraße 14, 72764 Reutlingen

Prof. Dr. Sigrid Hirbodian, Direktorin des Instituts für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen; Wilhelmstraße 36, 72074 Tübingen

Dr. Stefan Knödler, Akademischer Rat; Universität Tübingen, Deutsches Seminar, Wilhelmstraße 50, 72074 Tübingen

Barbara Krämer M. A., Kunsthistorikerin; Dorotheenweg 7, 72764 Reutlingen

Dr. Bernhard Kreutz, Historiker; Stadtarchiv Reutlingen, Marktplatz 22, 72764 Reutlingen

Lukas Kuhn, Student der Geschichtswissenschaft; Christian-Laupp-Straße 4, 72072 Tübingen

Dr. Dr. Ulrich Müller, Oberregierungsrat i. R., Privatgelehrter, Hirzerweg 132, 12107 Berlin

Prof. Dr. Maria Magdalena Rückert, Oberarchivrätin; Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Ludwigsburg, Arsenalplatz 3, 71639 Ludwigsburg

Dr. Boris Niclas-Tölle, Historiker; Heimatmuseum Reutlingen, Stadtbachstraße 14, 72764 Reutlingen

Prof. Dr. Renate Overbeck, Literaturwissenschaftlerin; Waldeckstraße 27, 72074 Tübingen

Prof. Dr. Thomas Schnabel, Direktor des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg a. D.; Dittmarstraße 85/1, 74074 Heilbronn

Prof. Dr. Wilfried Schöntag, Archivpräsident i. R.; Dattelweg 23, 70619 Stuttgart

Prof. Dr. Reinbert Tabbert; Hans-Grischkat-Straße 3, 72766 Reutlingen

Lukas Weyell, M. A., Journalist und Historiker; Knaackstraße 86, 10435 Berlin



## Abkürzungen

### Allgemeine Abkürzungen

|        |                                   |
|--------|-----------------------------------|
| HMR    | Heimatmuseum Reutlingen           |
| HStA   | Hauptstaatsarchiv                 |
| KreisA | Kreisarchiv                       |
| LKA    | Landeskirchliches Archiv          |
| ND     | Nachdruck                         |
| NF     | Neue Folge                        |
| Rt.    | Reutlingen                        |
| StA    | Staatsarchiv                      |
| StadtA | Stadtarchiv                       |
| UB     | Universitätsbibliothek            |
| WLB    | Württembergische Landesbibliothek |
| WLM    | Landesmuseum Württemberg          |

### Abgekürzte Literatur und Zeitschriften

|        |                                                                                                                                                                                                         |
|--------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BWKG   | Blätter für Württembergische Kirchengeschichte                                                                                                                                                          |
| KB Rt. | Der Landkreis Reutlingen, hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landkreis Reutlingen (Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg), 2 Bde., Sigmaringen 1997 |
| OAB    | Oberamtsbeschreibung                                                                                                                                                                                    |
| RGB    | Reutlinger Geschichtsblätter                                                                                                                                                                            |
| RJKG   | Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte                                                                                                                                                             |
| RUB I  | Reutlinger Urkundenbuch, Teil 1 bearb. von Bernhard Kreutz, Reutlingen 2019                                                                                                                             |
| VKGL   | Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg                                                                                                                   |
| WUB    | Württembergisches Urkundenbuch, hrsg. von dem Königl. Staatsarchiv in Stuttgart, 11 Bde., Stuttgart 1849–1913, ND Aalen 1972–1978                                                                       |
| ZGO    | Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins                                                                                                                                                           |
| ZHG    | Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte                                                                                                                                                             |
| ZWLG   | Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte                                                                                                                                                       |



## Abbildungsnachweise

- S. 15: HMR, Inv.-Nr. 994.
- S. 16: aus: A. Schneider, Archäologischer Stadtkataster. Bearb.: S. Harding, ArchaeoConnect GmbH.
- S. 19: Landesamt für Denkmalpflege. Bearb. S. Goll.
- S. 20: Landesamt für Denkmalpflege. Bearb. S. Goll; S. Harding.
- S. 24: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 25: oben: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 25: unten: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 26: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 28: links: S. Harding.
- S. 28: rechts: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: Y. Mühleis.
- S. 29: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 30: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 31: Landesamt für Denkmalpflege. Bearb.: S. Harding.
- S. 33: Orthofotos: Landesamt für Denkmalpflege. Bearb.: S. Harding.
- S. 34: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 36: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 37: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 38: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 39: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 40: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: Y. Mühleis.
- S. 41: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 42: Landesamt für Denkmalpflege. Foto: S. Harding.
- S. 52: StadtA Rt., S 105/5 Nr. 11075/4. Foto: Dohm.
- S. 56: StadtA Rt., S 105/21 Nr. 81.
- S. 57: StadtA Rt., Bauakten II Nr. 2583.
- S. 59: Landesarchiv BW, HStAS, B 475 U 35.
- S. 64: Logen „Glocke am Fuße der Alb“ und „Achalm“. Foto: H. Frohneberg.
- S. 95: Ulrich Knapp, Leonberg.
- S. 97: Stadtmuseum Esslingen.
- S. 102: Wiki commons.
- S. 104: Landesarchiv BW, StAL, B 169 U 585.
- S. 120: StadtA Rt., A 3 U 355. Foto: Landesarchiv BW, StAL.
- S. 122: StadtA Rt., A 3 U 356. Foto: Landesarchiv BW, StAL.
- S. 126: Landesamt für Denkmalpflege.
- S. 127: StadtA Rt., S 90 Nr. 412. Bearb.: H. Pfeiffer.
- S. 129: StadtA Rt., S 105/1 Nr. 72/72.
- S. 130: Landesarchiv BW, HStAS, B 551 Bü 198.
- S. 134: Landesamt für Denkmalpflege.
- S. 136: Graphik: E. Martins (aus: RGB 2006, S. 189).
- S. 138: I. Betz-Wischnath.
- S. 141: StadtA Rt., S 105/5 D Nr. 376. Foto: Dohm.
- S. 169: StadtA Rt., S 100 Nr. 060/37.
- S. 178: Graphik: Lukas Weyell.
- S. 185: StadtA Rt., S 105/5 Nr. 250/38. Foto: Dohm.
- S. 199: Landesarchiv BW, StASig, Wü 32/2 T 4 Nr. 1499.
- S. 206: JVA Rottenburg.
- S. 211: Privat/StadtA Rt., S 105/36 Nr. 15.
- S. 214: StadtA Rt., DB 2165k.
- S. 216: Privat/StadtA Rt., S 105/36 Nr. 13/1.
- S. 220: StadtA Rt., S 105/5 Nr. 10887. Foto: Dohm.
- S. 232: HMR. Foto: M. Hartmut.
- S. 233: aus: StadtA Rt., DB 3358.
- S. 234: Privat.
- S. 237–238: Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg (WABW) Y2.
- S. 242: StA Rt., S 1 Nr. 115.
- S. 243: Privat.
- S. 246–247: WABW Y2.
- S. 248: Privat.
- S. 250: WABW Y2.
- S. 251: StadtA Rt., S 105/4 Nr. 189/19.
- S. 252: Privat.